Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1721-01	Termin 04.07.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
20.06.2016	Finanz- und Personalausschuss	V		
04.07.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Jahresabschluss 2015

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt den Jahresabschlusses 2015 zur Kenntnis und überweist ihn an den zuständigen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gem. § 59 Abs. 3 GO i. V .m. § 101 GO.

Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die vom Stadtkämmerer bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 (siehe 5.5.2.1 / 6.7.2.1) zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Oberhausen stimmt der Leistung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 (siehe 5.5.2.2 / 6.7.2.2) zu.

Bereichsleiterin Bereich 1-1 o. V. i. A.	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Herr Heithausen 24.05.16	Datum	Tsalastras Datum 25.05.2016	Schranz Datum 31.05.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1721-01	Termin 04.07.2016	Rat der Stadt

Bezug

-

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [x]

ja [ ]

b) Sonstige

-

Begründung

Die Gemeinde hat, gem. § 95 GO NRW i. V. m. § 37 GemHVO, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist, aufzustellen. Gem. den Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sind die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zu beachten. Dies umfasst die Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.
Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen.

Gem. § 95 Abs. 3 GO wurde der Entwurf des Jahresabschlusses vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister bestätigt. Nachfolgend werden die wesentlichen Eckdaten des Entwurfes dargestellt:

Ergebnisrechnung zum 31.12.2015

Der Jahresabschluss 2015 zum Ergebnishaushalt ist gekennzeichnet durch einen Fehlbetrag, der mit 33.989 TEUR gegenüber dem vom Rat der Stadt ursprünglich beschlossenen Fehlbedarf (= 26.802 TEUR) um 7.186 TEUR höher ausfällt.

Das Jahresergebnis ergibt sich aus dem Saldo des „ordentlichen Ergebnisses“ und des „Finanzergebnisses“. „Außerordentliche Ergebnisse“ werden nicht ausgewiesen, da keine entsprechenden Geschäftsvorfälle im Haushaltsjahr 2015 zu verzeichnen waren. Darüber hinaus sind Detailinformationen dem Entwurf des Jahresabschlusses zu entnehmen.

Ergebnisrechnung	PLAN 2015 *(in TEUR)*	IST 2015 *(in TEUR)*	Abweichung *PLAN 2015 IST 2015*
Ordentliche Erträge	*708.726*	*714.320*	*+ 5.594*
Ordentliche Aufwendungen	*691.419*	*713.741*	*+ 22.323*
Ordentliches Ergebnis	*17.308*	*579*	*- 16.729*
Finanzergebnis	*- 44.110*	*- 34.567*	*+ 9.543*
Jahresergebnis	*- 26.802*	*- 33.989*	*- 7.186*

(Rundungsdifferenzen)

Finanzrechnung zum 31.12.2015

Der Jahresabschluss 2015 zum Finanzhaushalt ist gekennzeichnet durch einen Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 14.734 TEUR, der gegenüber dem vom Rat der Stadt ursprünglich beschlossenen Finanzmittelfehlbedarf (= 13.239 TEUR) um 1.495 TEUR höher ausgewiesen wird.

Finanzrechnung	PLAN 2015 *(in TEUR)*	IST 2015 *(in TEUR)*	Abweichung *PLAN 2015 IST 2015*
Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	*684.551*	*684.071*	*- 480*
Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	*682.030*	*679.800*	*- 2.230*
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	*2.521*	*4.271*	*+ 1.751*
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	*19.203*	*21.417*	*+ 2.213*
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	*34.963*	*40.422*	*+ 5.459*
Saldo aus Investitionstätigkeit	*- 15.760*	*- 19.005*	*- 3.245*
Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	*- 13.239*	*- 14.734*	*- 1.495*

(Rundungsdifferenzen)

Bilanz zum 31.12.2015: Darstellung der Vermögens- und Schuldenlage

Aktiva	Mio EUR	Passiva	Mio EUR
1. Anlagevermögen	1.695	**1. Eigenkapital**	0
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1.1 Allgemeine Rücklage	0
1.2 Sachanlagen	1.478	1.2 Ausgleichsrücklage	0
1.3 Finanzanlagen	217	**2. Sonderposten**	431
2. Umlaufvermögen	50	2.1 für Zuwendungen	365
2.1 Vorräte	9	2.2 für Beiträge	62
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	2.3 für Gebührenausgleich	4
		2.4 für sonstige	0
2.4 Liquide Mittel	9		
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	20	**3. Rückstellungen**	462
4. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	1.075	3.1 Pensionsrückstellungen	403
Fehlbetrag aus Eröffnungsbilanz	281	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	1
Jahresfehlbetrag 2008	122		
Jahresfehlbetrag 2009	128	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4
Jahresfehlbetrag 2010	156		
Jahresfehlbetrag 2011	68	3.4 Sonstige Rückstellungen	54
Jahresfehlbetrag 2012	52		
Jahresfehlbetrag 2013	73	**4. Verbindlichkeiten**	1.926
Verrechnungen 2013 (§ 43 (3) GemHVO)	84		
Jahresfehlbetrag 2014	62	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	298
Verrechnungen 2014 (§ 43 (3) GemHVO)	16		
Jahresfehlbetrag 2015	34		
Verrechnungen 2015 (§ 43 (3) GemHVO) u. Korrektur aus Vj.	-1	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.582
		4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17
		4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	5
		4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	18
		4.8 Erhaltene Anzahlungen	6
		5. Passive Rechnungsabgrenzung	21
	2.840		**2.840**

(aggregierte Bilanz 2015)

Die Schulden auf der Passivseite übersteigen das Vermögen auf der Aktivseite um 1.075 Mio. €. Daraus resultiert eine negative Eigenkapitalquote von 37,87 %. Aufgrund des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages konnten keine Rücklagen nachgewiesen werden.

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015

Die in § 83 GO NRW enthaltenen Verfahrensregelungen und Zuständigkeiten für überplanmäßige/ außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen sind auf Erfordernisse und die Ausführungen des Haushaltsplans innerhalb des Haushaltsjahres ausgelegt (siehe 5.5.1/6.7.1).

Anlässlich der Beratungen zum Jahresabschluss zum 31.12.2013 im Rat der Stadt Oberhausen wurde darum gebeten, „dass sämtliche Ratsbeschlüsse zu apl. oder üpl. Aufwendungen zukünftig der Vorlage zum Thema „Jahresabschluss“ beigefügt werden sollten.“
Als Anlage 2 beigefügt ist eine Übersicht der im Jahr 2015 durch den Rat der Stadt Oberhausen beschlossenen überplanmäßigen bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen. Enthalten sind auch die Kenntnisnahmen der durch den Stadtkämmerer bewilligten überplanmäßigen/ außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des Rates der Stadt Oberhausen.

Soweit Aufwendungen – auch erhebliche – erst im Rahmen des Jahresabschlusses (d. h. nach dem offiziellen Buchungsschluss) dem abgelaufenen Haushaltsjahr wirtschaftlich zugeordnet werden können, bedarf es nicht des in § 83 GO NRW bestimmten Verfahrens.

Vielmehr können im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit

- der Stadtkämmerer bei der Aufstellung des Jahresabschlusses (siehe 5.5.2.1/6.7.2.1),
- der Oberbürgermeister bei der Bestätigung (siehe 5.5.2.1/6.7.2.1) und
- der Rat bei der Feststellung (siehe 5.5.2.2/6.7.2.2),

den erforderlich gewordenen Aufwendungen zustimmen. Zu den Abschlussbuchungen (nicht abschließend) zählen:

- die Rechnungsabgrenzungen
- die Wertberichtigungen
- die Bildung und Auflösung von Rückstellungen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses werden die Abschlussbuchungen, die zu überplanmäßigen/ außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen geführt haben, dargestellt.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Stadtkämmerer/der Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen die unter Ziffer 5.5.2.1/6.7.2.1 dargestellten überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW. Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die Bewilligung zur Kenntnis.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Rat der Stadt Oberhausen die unter Ziffer 5.5.2.2/6.7.2.2 dargestellten überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen.

Anlagen

a) Jahresabschluss 2015

b) Übersicht der überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2015

Ratsbeschlüsse zum Jahresabschluss 2015

Drucksache Nr.	Datum	Beratungsgegenstand
B/16/0346-01	17.11.2014	Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft (Sportstättenkonzeption), Fortschreibung 2014/2015"
B/16/0427-02	15.12.2014	Antrag Ratsbürgerentscheid zur Fortführung der Straßenbahnlinie 105
B/16/0568-01	09.02.2015	Bereitstellung eines außerplanmäßigen Auszahlungsbudgets im Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Produktgruppe 1201 - Öffentliche Verkehrsflächen
B/16/0574-01	09.02.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen im Deckungsring "Jugend"
B/16/0646-01	23.03.2015	Fortführung der mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Bürger-Energieberatung der Verbraucherzentrale in Oberhausen durch städtischen Eigenanteil
B/16/0689-01	23.03.2015	Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für BuT Schulsozialarbeit 2015-2017
B/16/0736-01	23.03.2015	ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ)
B/16/0831-01	18.05.2015	Wiederherstellung des ursprünglichen Haushaltsansatzes im LVZ 10-Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen -
B/16/0805-01	18.05.2015	BürgerInnenbeteiligung in Oberhausen
B/16/0958-01	22.06.2015	Einrichtung von 14,5 Stellen Schulsozialarbeit an Oberhausener Schulen
B/16/0888-01	22.06.2015	Haushaltssanierungsplan Maßnahme 68a, Reduzierung des städtischen Zuschusses für die Veranstaltung "Olgas Rock" durch Sponsoring oder die Erhebung von Eintrittsgeldern
B/16/0970-01	22.06.2015	Antrag der Koalition SPD / Die Grünen / FDP gemäß § 4 der Geschäftsordnung: Rückerstattung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen aufgrund des Streiks in den städtischen Kindertageseinrichtungen.
B/16/0944-01	22.06.2015	1. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Inklusion an Schulen 2. Umbaumaßnahmen im Rahmen der Inklusion am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg (KKBk)
B/16/0976-01	22.06.2015	Einbau einer Ausgabeküche für den offenen Ganztag der Melanchthonschule
B/16/1046-01	14.09.2015	Neubau von städtischen Kindertageseinrichtungen
B/16/1054-01	14.09.2015	Ankauf von Grundstücken im Hintergelände der Duisburger Straße (postalisch Duisburger Straße 221)
B/16/1055-01	14.09.2015	Weiterentwicklung Stadion Niederrhein
B/16/1065-01	14.09.2015	Mehrbedarfe Kanalbauprogramm 2015
B/16/1063-01	14.09.2015	Ausbau der Steinbrinkstraße von Hildegard- bis Hospitalstraße hier: Umschichtung von Finanzmitteln
B/16/0966-01	14.09.2015	Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen für den Krankentransport für das Jahr 2015
B/16/1051-01	14.09.2015	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Schaffung zusätzlicher Flüchtlingsunterkünfte
B/16/1187-01	03.11.2015	Dringlichkeitsentscheidung: Stadtarchiv Oberhausen; hier: Auftragsvergabe Lieferung und Einbau einer Rollregalanlage
B/16/1178-01	03.11.2015	Zustimmung zur Leistung eines überplanmäßigen Aufwandes beim Sachkonto 544151 -LVZ 5 Leist. zur Beseitigung Versicherungsschäden
B/16/1232-01	16.11.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2.
B/16/1177-01	16.11.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen beim Deckungsring Personal im Ergebnisplan 2015
B/16/1149-01	16.11.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -
B/16/1148-01	16.11.2015	Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für Flüchtlingsunterkünfte
B/16/1147-01	16.11.2015	Unabweisbarer außerplanmäßiger Bedarf im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung bezogen auf den Bereich 2-4/Öffentliche Ordnung
B/16/1315-01	07.12.2015	Unterbringung von Flüchtlingen - Abschluss eines Mietvertrages -
B/16/1309-01	10.12.2015	Neugestaltung einer Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein
B/16/1308-01	14.12.2015	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Jugend"
B/16/1324-01	14.12.2015	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Errichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung "ParkHaus" für die offene Kinder- und Jugendarbeit am Standort Uhlandpark
B/16/1304-01	14.12.2015	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Soziales
B/16/1286-01	14.12.2015	Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung im Produktbereich 15 "Wirtschaft und Tourismus"
B/16/1264-01	14.12.2015	Zustimmung zur Leistung eines überplanmäßigen Aufwandes in der Produktgruppe 0601 "Förderung, Erziehung und Bildungsangebote für Kinder"
B/16/1329-01	14.12.2015	Umbau eines Personenaufzuges in einen Evakuierungsaufzug am Hans-Böckler-Berufskolleg

Ratsbeschlüsse zum Jahresabschluss 2015

Drucksache Nr.	Datum	Beratungsgegenstand
B/16/1318-01	14.12.2015	Erwerb von 24 gebrauchten Containern zur Unterbringung von Flüchtlingen an der Weierstraße
B/16/1274-01	14.12.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Produktbereich 11 "Ver- und Entsorgung"
B/16/1332-01	14.12.2015	Überplanmäßiger Bedarf im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft, Bereich 0-3 Bert-Brecht- Bildungszentrum, Fachbereich Volkshochschule.
B/16/1275-01	14.12.2015	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft -
B/16/1328-01	14.12.2015	Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel beim Produkt 050304 (Hilfen für Asylbewerber) und der Kostenart 529183 (Dienstleistungen OGM GmbH - Notunterkünfte)
B/16/1424-01	01.02.2016	Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 (DR 40000032)
B/16/1498-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung, hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 05 - Soziale Leistungen -
B/16/1448-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel bei den Produktgruppen PN0502 Leistungen nach SGB XII, 0503 Hilfen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose, 0504 Hilfen für ältere Menschen, Schwerbehinderte und Pflegebedürftige, 0603 Kinder, Jugendliche und Familien und 0604 Erzieherische Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Prävention, Kostenart 529142 – EP Post- und Botendienste (DR 30000032 – EP Bereich 3-2)
B/16/1451-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Fremdleistungen" im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung
B/16/1449-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen zur Bildung von Rückstellungen im Haushalt 2015 gemäß §88 GO (Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 36 GemHVO (Gemeindehaushaltsverordnung)
B/16/1477-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben
B/16/1495-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 01 'Innere Verwaltung'.
B/16/1496-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 11 'Ver- und Entsorgung'.
B/16/1499-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -
B/16/1501-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -
B/16/1374-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 – Innere Verwaltung –
B/16/1488-01	15.02.2016	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 (1) S. 2 GO NRW Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Einrichtung Jobcenter (DR05000312)
B/16/1438-01	15.02.2016	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung über die Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Jugend"

**** Nicht öffentlich***

Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Drucksache Nr.	Datum	Beratungsgegenstand
M/16/0914-01	22.06.2015	1. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015
M/16/1048-01	14.09.2015	2. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015
M/16/1277-01	14.12.2015	3. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015
M/16/1503-01	14.03.2016	4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0346-01	Termin 17.11.2014	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
28.10.2014	Bezirksvertretung Osterfeld			
29.10.2014	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen			
06.11.2014	Sportausschuss			
10.11.2014	Finanz- und Personalausschuss			
17.11.2014	Rat der Stadt			

Beratungsgegenstand

Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft (Sportstättenkonzeption), Fortschreibung 2014/2015"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt die auf der Grundlage des Haushaltssanierungsplans 2012 ff. erarbeiteten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sportstättenkonzeption in den Jahren 2014 und 2015 zur Kenntnis.

Er beschließt

a) die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 20.09.2010, Einzelmaßnahme „Sanierung und Ertüchtigung Sportplätze Ehrenmal“.
(Sanierung und Ertüchtigung von 2 Naturrasenplätzen, Ursprungskonzeption)

b) die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 07.04.2014
- Erneuerung des 4. Flutlichtmastes Stadion Niederrhein (außerplanmäßiges Budget)

Bereichsleiter/in Bereich 2-5 H.-B. Reuschenbach Datum	Dezernent Datum	Kämmerer Datum	Oberbürgermeister Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
250008010300740	Stadion Niederrhein	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	300.000,00 €
250008010300740	Stadion Niederrhein	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	30.000,00 €

c) die Umsetzung der Maßnahme in den Jahren 2014 und 2015
- Neubau eines Sportplatzes in der Sport- und Freizeitanlage, Lindnerstraße,

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
253008010300400	Sportpl. Lindner Str.	785210	Anlage im Bau Tiefbau OGM	827.800,00 €
253008010300400	Sportpl. Lindner Str.	785220	Anlage im Bau Tiefbau Ing. OGM	150.600,00 €

d) die Schließung der Sportplätze Ehrenmal für den Vereinssport

e) die Umsetzung der geplanten Maßnahme
- Erweiterung des Umkleidetraktes der Sportanlage Kuhle, Gebäude „Fußball“

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
251008010300720	Sportanl. Kuhle	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	190.000,00 €
251008010300720	Sportanl. Kuhle	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	34.200,00 €

f) die Übernahme des vereinseigenen Sportfunktionsgebäudes von TUS Alstaden innerhalb der Sportanlage Kuhle zur Nutzung durch den Verein SW Alstaden u. a.

g¹) die Herstellung eines Sportfunktionsgebäudes innerhalb der Sportanlage Kuhle im Bereich der Tennisanlage zur Nutzung für den Verein TUS Alstaden als Ersatz für das an die Stadt Oberhausen abgegebene Sportfunktionsgebäude

g²) die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 08, Sportförderung, wie folgt:

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
251008010300720	Sportanl. Kuhle	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	214.000,00 €
251008010300720	Sportanl. Kuhle	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	25.600,00 €
Deckungsvorschlag:				
250008010300740	Stadion Niederrhein	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	239.600,00 €

h¹) die Erweiterung der Sportfunktionsräume der Sportanlage Schönefeld

h²) die außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt 08, Sportförderung wie folgt:

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
251008010300760	Sportanl. Schönefeld	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	81.000,00 €

251008010300760	Sportanl. Schönefeld	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	9.400,00 €
Deckungsvorschlag:				
250008010300740	Stadion Niederrhein	785110	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	60.400,00 €
250008010300740	Stadion Niederrhein	758120	Anlage im Bau Hochbau Ing. OGM	30.000,00 €

i¹) die Konzentration und Weiterentwicklung von Sportflächen im Sportzentrum Volksgarten Osterfeld durch Schließung eines Sportplatzes und Sanierung und Ertüchtigung eines anderen Sportplatzes.

i²) die außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Produktbereich 08, Sportförderung wie folgt:

Invest.-Maßnahme	Bezeichnung	Finanzpos.	Bezeichnung	Betrag
253008010300500	Sportzentr. Volksgarten	785210	Anlage im Bau Tiefbau OGM	395.500,00 €
253008010300500	Sportzentr. Volksgarten	785220	Anlage im Bau Tiefbau Ing. OGM	47.460,00 €
Deckungsvorschlag:				
560012010101400	Tackenbergstraße	785200	Anlage im Bau Tiefbau	308.760,00 €
Das für diese Maßnahme vorgesehene Budget wird in den Folgejahren erneut veranschlagt.				
253008010300400	Ehrenmal	785210	Anlage im Bau Tiefbau OGM	103.200,00 €
253008010300400	Ehrenmal	785220	Anlage im Bau Tiefbau Ing. OGM	31.000,00 €

j) die sich durch die Maßnahmen zu c), d) und i) ergebenden Kosteneinsparungen sind mit der OGM GmbH abzustimmen und bei der weiteren Bearbeitung des Haushaltssanierungsplans 2015 zu berücksichtigen.

Die erwarteten Mehrkosten (Betriebskosten) zu den Maßnahmen e), f), g) und h) werden durch einen Teil der Einsparungen bei den Ende des Jahres 2013 geschlossenen Sportfunktionsgebäuden der ehemaligen Sportanlagen Duisburger Straße und John-Lennon-Platz kompensiert.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0346-01	Termin 17.11.2014	Rat der Stadt

Bezug

B/15/0764-01 Haushaltssanierungskonzept 2008 ff., Maßnahme 142 A, Konzept zur Neugestaltung der Sportplatzlandschaft in Oberhausen/Umsetzung der Konzeption.

B/15/2076-01 Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115, Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft 2012 ff., Ratsbeschluss vom 25.06.2012

B/15/3432-01 Unabweisbare investive Arbeiten im Stadion Niederrhein

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Verfügung vom 21.11.2012 den durch Ratsbeschluss vom 25.06.2012 aufgestellten Haushaltssanierungsplan 2012 ff. (HSP) für die Stadt Oberhausen genehmigt. Der HSP 2012 ff. beinhaltet als Einzelmaßnahme u. a. die lfd. Nr. 115 „Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft 2012 ff. (Sportstättenkonzeption)“.

In den vergangenen Jahren konnten nach Beschlüssen des Rates zahlreiche Sportstätten (Sportplätze, Umkleidegebäude und Sporthallen) saniert und ertüchtigt, bzw. neu gebaut werden, wodurch der organisierte Sport auf insgesamt weniger Sportplätzen konzentriert werden konnte. Einige alte und marode Sportanlagen wurden danach geschlossen und die frei werdenden Flächen einer anderen Nutzung zugeführt.
Wie auch in den vergangenen Jahren werden die durch den Rat vorgegebenen HSP-Ziele bei der HSP-Maßnahme 115 nach derzeitigem Stand im Jahr 2014 erreicht.

Für die Jahre 2015 ff. geht es nun darum, die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Sportstättenlandschaft zu schaffen, diese weiter zu modernisieren und gleichzeitig die Ziele der Haushaltskonsolidierung zu erreichen.

Begründung zu den Beschlüssen a) und c) und d):
Sportplätze Ehrenmal/Sportplatz Lindnerstraße:

Es ist vorgesehen, die durch den Rat der Stadt am 20.09.2010 beschlossene Einzelmaßnahme „Sanierung und Ertüchtigung der Sportplätze am Ehrenmal“ nicht durchzuführen und stattdessen einen neuen Sportplatz innerhalb der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein auf der Fläche der heutigen Streethockeyplätze sowie eines Teils der Beachvolleyballanlage zu bauen.

Erläuterung hierzu:
An den beiden Längsseiten des kleineren der beiden Sportplätze am Ehrenmal (ehemalige Bogensportanlage) stehen nahe dem Spielfeld zwei Baumreihen (große Platanen), deren Wurzelwerk ein Kunstrasenspielfeld mittelfristig beschädigen würde. Deshalb ist die hier zunächst geplante Ertüchtigung dieses Spielfeldes mit Kunstrasen nicht vertretbar.

Für die Fläche des größeren der beiden Sportplätze am Ehrenmal besteht seit längerem das Interesse eines privaten Investors, diese Fläche für einen Hotelneubau zu nutzen. Die weitere Entwicklung zu diesem Vorhaben bleibt abzuwarten. Gleichwohl soll seitens der Stadt die Option zur Verwirklichung dieses privaten Projekts vorgehalten und die zunächst geplante Ertüchtigung dieses Sportplatzes nicht weiterverfolgt werden.

Einsparpotential:
Nach Ermittlung der OGM GmbH verursachen beide Rasensportplätze am Ehrenmal aufgrund ihres z. T. sehr schlechten Aufbaus pro Jahr erhebliche Instandsetzungs- und Pflegekosten. Deshalb ist vorgesehen, beide Sportplätze zukünftig für den Vereinssportbetrieb aufzugeben. Die beiden Rasenflächen sollen nach Fertigstellung des neuen Sportplatzes nur noch extensiv gepflegt werden, was nach den Berechnungen der OGM GmbH zu erheblichen Betriebskosteneinsparungen pro Jahr führen wird.

Zukünftige Nutzung der beiden Rasenflächen am Ehrenmal:
Beide Rasenflächen sollen bis auf weiteres der Öffentlichkeit zur freien Nutzung überlassen werden, z. B. als Ballspielfläche für Freizeitkicker oder anderen Freizeitsport, dies während der gesamten Woche bis zum Einbruch der Dunkelheit. Sollte der geplante Hotelneubau realisiert werden, verbleibt der Öffentlichkeit eine Rasenfläche für sportliche Aktivitäten (ehemaliger Bogensportplatz).

Nutzung des geplanten Sportplatzes Lindnerstraße:
Die Vereine SC Rot-Weiß Oberhausen und SG Oberhausen 92 haben durch ihre Vorsitzenden erklärt, dass sie zukünftig mit einem intensiv nutzbaren Sportplatz aus Kunstrasen auf der Sport- und Freizeitanlage zurechtkommen werden. Einer gemeinsamen Nutzung dieses Sportplatzes spricht aus Sicht der beiden Vorsitzenden wie bisher nichts entgegen.

Der Stadtsportbund (SSB) als Betreiber der Sport- und Freizeitanlage hat durch seinen Präsidenten erklärt, keine Einwände gegen die Umnutzung der bisherigen Sportflächen „Streethockey“ in einen Kunstrasensportplatz zu haben. Durch die Errichtung eines Kunstrasenplatzes erhofft sich der SSB eine weitere Belebung der Sport- und Freizeitanlage, weil die geplante Sportfläche außerhalb der Vereinsnutzungszeiten auch für nicht organisierte Sportler interessant ist.

Mit dem SSB wurde zudem einvernehmlich Folgendes vereinbart:

- Im Zuge des Sportplatzneubaus wird die Beachvolleyballanlage so hergerichtet, dass zukünftig 4 Spielfelder zur Nutzung zur Verfügung stehen (zz. verfügt die Anlage über 6 Felder).

- Auf die beiden Streethockeyfelder kann zukünftig in der Sport- und Freizeitanlage verzichtet werden. Interessierte, die die Sportart Streethockey ausüben möchten, können hierzu zukünftig die im benachbarten Kaisergarten liegende Trendsportanlage „Open Airea“ nutzen, die über ein Streethockeyfeld verfügt.

Im Zuge des Sportplatzneubaus ist auch geplant, die sich im OG des Gebäudes Lindnerstraße (ehemaliges Freibad-Umkleidegebäude) vorhandenen Räume zukünftig als Umkleide und Duschräume herzurichten. Die Finanzierung hierzu ergibt sich nach entsprechender Einstufung des Geschäftsvorfalls. Übergangsweise könnten ggf. auch die vorhandenen Umkleide-/Duschräume im Gebäude Ehrenmal genutzt werden.

Den zz. im Gebäude Lindnerstraße, OG, untergebrachten Wassersportvereinen (Clubräume) könnte zukünftig das Gebäude Ehrenmal, Lindnerstraße, zur Nutzung angeboten werden.

Es ist geplant, mit dem Rückbau der in der Sport- und Freizeitanlage für den Sportplatzbau benötigten Flächen zeitnah zu beginnen. Zu Beginn des Jahres 2015 soll dann mit dem Bau des neuen Sportplatzes begonnen werden.

Mittel zur Durchführung der Sportplatzbaumaßnahme stehen im Investitionshaushalt des Jahres 2014 zur Verfügung bzw. sind für das Jahr 2015 geplant (747.250,00 €). Die genauen Kosten der Gesamtmaßnahme inkl. Abbruchkosten werden nach Vorliegen der Ergebnisse eines Bodengutachtens durch die OGM GmbH ermittelt. Zum jetzigen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass die veranschlagten Mittel zur Durchführung des Projekts auskömmlich sind.

Begründung zum Beschluss b)
Stadion Niederrhein Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 07.04.2014

Aufgrund der dringend notwendigen Abtragung eines nicht mehr verkehrssicheren Flutlichtmastes im Stadion Niederrhein hat der Rat der Stadt am 07.04.2014 beschlossen, an gleicher Stelle einen neuen Flutlichtmast zu errichten. Die Kosten für die geplante investive Maßnahme wurden durch die OGM GmbH mit insgesamt 330.000,00 € brutto, inkl. HOAI-Kosten, beziffert. Dieser Betrag war auch Bestandteil der Beschlussfassung für die Errichtung des Ersatzmastes.

Nach der durch die OGM GmbH durchgeführten Preiseinholung für die Errichtung des 4. Flutlichtmastes ergaben sich erhebliche Mehrkosten als zunächst geplant. Insgesamt wurden Mehrkosten in Höhe von 180.000,00 € brutto ermittelt, so dass sich die Gesamtkosten für den 4. Flutlichtmast auf insgesamt 510.000,00 € brutto erhöhten. Als Begründung für die erhebliche Preiserhöhung wurden durch die OGM GmbH „erhebliche Auflagen im konstruktiven und sicherheitsrelevanten Bereich“ genannt. Beispielhaft hierfür:

- Das alte Fundament hätte komplett ausgebaut werden und in einem wesentlich größeren Umfang neu erstellt werden müssen.
- Innerhalb des Mastes hätten Zwischenpodeste eingebaut werden müssen, um im Mast die Sicherheit beim Auf- und Absteigen zu gewährleisten.
- Die Elektronik hätte mit erheblich höherem Aufwand installiert werden müssen als zunächst geplant.

Aufgrund der genannten Kostensteigerung ist es nicht möglich, den Beschluss vom 07.04.2014 mit einem Baukostenvolumen von 330.000,00 € aufrecht zu erhalten.

Derzeit werden in Zusammenarbeit zwischen der Stadt Oberhausen und OGM GmbH Möglichkeiten der Wertsteigerung fürs Stadion Niederrhein geprüft, über die bereits während der Ausschusssitzung am 11.09.2014 informiert wurde. Diese Option muss natürlich auch die ausreichende Flutlichtversorgung im Stadion Niederrhein sicherstellen. Weiteres hierzu wird dem Sportausschuss in einer weiteren Vorlage berichtet.

Begründung zur Maßnahme e)
Weiterentwicklung Sportanlage Kuhle, Sportfunktionsgebäude

Die Sportanlage Kuhle wurde im Jahr 2009 saniert und ertüchtigt. In diesem Zusammenhang wurde die Sportstätte mit einem Groß- und Kleinspielfeld aus Kunstrasen sowie mit leichtathletischen Einrichtungen ausgestattet.
Der seinerzeit bereits bestehende Bedarf an Umkleide- und Duschräumen für den auf der Anlage vertretenen Fußballsport wurde mit Fertigstellung der neuen Anlage durch den starken Zuspruch jugendlicher und erwachsener Sportler noch verstärkt, zumal die im näheren Umfeld liegende Sportanlage Landwehr (3 Sportplätze) Ende des Jahres 2012 geschlossen wurde. Deshalb hat die Verwaltung im Jahr 2013 für den Investitionshaushalt 2014 die Erweiterung des vorhandenen städtischen Umkleide- und Duschgebäudes der Sportanlage um 2 Umkleideräume angemeldet, um dem Verein SW Alstaden eine Verbesserung der Situation zu ermöglichen. Aus Platzgründen ist an dieser Stelle eine weitergehende Erweiterung des Gebäudes nicht möglich. Insgesamt hat der Verein SW Alstaden 19 Teams für den Spielbetrieb gemeldet, u. a. 1 Mädchenteam. Die im Investitionshaushalt 2014 veranschlagte Erweiterung des Umkleidegebäudes soll kurzfristig in Angriff genommen werden.

Begründung zum Beschluss f)
Übernahme eines vereinseigenen Sportfunktionsgebäudes von TUS Alstaden durch die Stadt Oberhausen zur zukünftigen Nutzung durch den Verein SW Alstaden u. a.

Im Frühjahr 2014 erreichte die Verwaltung ein „Hilferuf“ des Vereins TUS Alstaden mit dem Hinweis auf die Existenzgefährdung des Vereins wegen

- hoher Betriebskosten in den vereinseigenen Gebäuden (Turnhalle, Fitnesscenter, Umkleideräume, Tennisanlage, Geschäftsräume) sowie wegen
- sinkender Mitgliederzahlen (Reduzierung von 1.700 Mitgliedern auf 1.000 Mitglieder)

Gleichzeitig machte der Verein TUS Alstaden Vorschläge zur Reduzierung seiner vereinseigenen Gebäude und Einrichtungen, um hierdurch künftig Kosten zu sparen.

- 2 Tennisplätze sollen zukünftig aufgegeben werden,
- ein vereinseigenes Gebäude könnte der Stadt zur zukünftigen Nutzung für den Fußballsport u. a. auf der Sportanlage Kuhle übergeben werden, wenn als Ersatz dafür durch die Stadt Oberhausen ein kleineres Sportfunktionsgebäude für TUS Alstaden errichtet wird.

  Im Verlaufe des Jahres 2014 fanden weitere Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern beider Vereine statt, aus denen sich ergab, dass die von TUS Alstaden vorgeschlagene Lösung zur Weiterentwicklung der Sportfunktionsgebäude für beide Alstadener Vereine vorteilhaft und ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung beider Vereine wäre.

  Der bereits vorne geschilderte dringende Raumbedarf an Umkleide-, Dusch- und Toilettenräumen für die Teams des Fußballvereins SWA, für dessen Gastmannschaften sowie auch für die „Schieds- und Linienrichter“ könnte durch die Übernahme des bisherigen TUS-Gebäudes durch die Stadt Oberhausen zukünftig gedeckt werden. Eine Weiterentwicklung des Vereins auch in Hinblick auf den Mädchen- und Frauenfußball wäre mit dieser Lösung möglich.

  Hinweis: *Das Gebäude befindet sich auf städtischem Grund und Boden.*

  Die Betriebskosten für dieses Gebäude würden durch einen Teil der Einsparungen der im vergangenen Jahr geschlossenen Sportfunktionsräume der Sportanlagen Duisburger Straße und John-Lennon-Platz gedeckt.

Begründung zum Beschluss g)
Errichtung eines Sportfunktionsgebäudes für den Verein TUS Alstaden als Ersatz für das der Stadt Oberhausen zu übergebende Gebäude

Als Ersatz für das an die Stadt zu übergebende TUS-Gebäude soll für den Verein TUS Alstaden im Umfeld seiner weiteren vereinseigenen Gebäude und Einrichtungen (Turnhalle, Fitnessraum, Tennisanlage) ein dem heutigen Bedarf entsprechendes, kleineres Sportfunktionsgebäude in Fertigbauweise (Raumzellen) errichtet werden. Der Verein erklärte sich mit dieser Lösung einverstanden.

Auch dem Verein TUS Alstaden stünden nach dieser Planung zukünftig bedarfsgerechte Sportfunktionsräume zur Verfügung. Zudem wäre zukünftig eine räumliche Trennung der beiden Vereine innerhalb der Gesamtsportanlage gewährleistet, wodurch sich das Konfliktpotential minimieren würde. Die Ver- und Entsorgungseinrichtungen für dieses Gebäude würden über die bereits vorhandenen Zähler des Vereins TUS Alstaden angemeldet und auch abgerechnet.

Weiterhin hat der Vorstand von TUS Alstaden erklärt, zwei Tennisplätze auf seiner bisherigen Anlage zeitnah zu schließen.

Begründung zum Beschluss h)
Erweiterung der Umkleidetrakte auf der Sportanlage Schönefeld

Die Sportanlage Schönefeld verfügt derzeit über 2 kleine städtische Umkleideräume mit Duschraum sowie über 2 vereinseigene Umkleideräume mit Duschgelegenheiten. Traditionell ist der Verein Post SV Oberhausen mit seiner Fußballabteilung auf dieser Sportanlage beheimatet. Nach der Schließung der städtischen Sportanlage John-Lennon-Platz Ende des Jahres 2013 wurde der bis dahin dort ansässige Verein Club Emek United e. V. zur Sportanlage Schönefeld umgesiedelt. Aufgrund der sehr beengten Raumsituation im Umkleide- und Duschbereich können sich beide Vereine derzeit nicht weiterentwickeln, z. B. auch nicht im Mädchenfußball.

Um bereits den heutigen Raumbedarfen nachkommen zu können und gleichzeitig beiden Vereinen die Option zur Weiterentwicklung zu ermöglichen, insbesondere auch im Hinblick auf die Ausstattung der neuen Sportanlage mit je einem Groß- und Kleinspielfeld aus Kunstrasen, sollen die sportfunktionellen Räume durch die Errichtung eines zusätzlichen Umkleidetraktes erweitert werden. Geplant ist die Errichtung eines Gebäudes in Fertigbauweise (Raumzellen) neben der Fläche des vereinseigenen Umkleidegebäudes. Die Ver- und Entsorgungsleitungen des geplanten Gebäudes sollen über die bereits vorhandenen Zähler im vereinseigenen Gebäude erfolgen, die in diesem Gebäude zukünftig entstehenden Verbrauchskosten werden mit dem Verein abgerechnet.

Begründung zum Beschluss i):
Konzentration und Weiterentwicklung von Sportflächen im Sportzentrum Volksgarten Osterfeld durch Schließung eines Sportplatzes und die die Sanierung und Ertüchtigung eines anderen Sportplatzes

Das Sportzentrum Volksgarten mit Fußballplätzen, Tennisanlage und Tennishalle liegt eingebettet im Landschaftsschutzgebiet Volksgarten Osterfeld (Dreieck zwischen Teutoburger Straße, Mergelstraße und Kapellenstraße).

Dem Vereinsfußballsport stehen derzeit folgende Sportplätze zur Verfügung:

Arnold-Germar-Stadion:	2 Naturrasenplätze
	a) 95 m x 67 m
	b) 90 m x 45 m (Mindestmaß Sportplatz)
Wolfgang-Hoffmann-Platz:	1 Tennenplatz, 102 m x 65 m
Hans-Wagner-Sportanlage:	1 Kunstrasenplatz, 96 m x 65 m

Folgende Sportvereine sind dort ansässig:

BV Osterfeld 1919 e. V. - gemeldete Teams 2014/2015:	6	
DJK Arminia Klosterhardt 1923 e. V. – gemeldete Teams 2014/2015:	24	
insgesamt	30	Teams

Ausgangssituation

Aufgrund des schlechten Zustandes des Wolfgang-Hoffmann-Sportplatzes hat sich der Verein DJK Arminia Klosterhardt 1923 e. V. (DJK Arminia) bereits im Jahr 2013 an Herrn Bezirksbürgermeister Zimkeit gewandt, mit dem Ziel, möglichst zeitnah eine Sanierung und Ertüchtigung des Wolfgang-Hoffmann-Sportplatzes zu erreichen, um den Sport- und Trainingsbetrieb seiner zahlreichen Teams sicherstellen zu können.

Hinweis: *Der Wolfgang-Hoffmann-Sportplatz wurde im Jahr 1978 neu gebaut, ist der älteste aller Tennenplätze in Oberhausen und befindet sich in einem schlechten Gesamtzustand.*

Zunächst war geplant, die Sanierungs- und Ertüchtigung eines Sportplatzes mit Mitteln des Haushaltsjahres 2015 durchzuführen.
Im Rahmen der Aufstellung des investiven Haushaltsplanentwurfs 2015 zeichnet sich bereits jetzt ab, dass der Spielraum zur Durchführung dieser u. a. Sportplatzbaumaßnahmen kaum gegeben ist. Die finanztechnische Durchführung dieser Maßnahme im lfd. Jahr 2014 stellt sich nach aktuellem Sachstand als unproblematisch dar.

Notwendigkeit:

Der Wolfgang-Hoffmann-Sportplatz ist der älteste der aktuell noch vorhandenen 8 städtischen Tennensportplätze. Nach 36 Jahren intensiver Nutzung steht die Sanierung und Ertüchtigung dieses Sportplatzes an. Insbesondere im Winterhalbjahr kann aufgrund der widrigen Platzverhältnisse kein geregelter Trainings- und Spielbetrieb auf diesem Sportplatz durchgeführt werden (schlecht ablaufendes Wasser, verschlammtes Spielfeld). Es ist geplant, im Zuge der geplanten Grundsanierung das Spielfeld mit einer neuen Drainage, einem neuen Aufbau sowie einer Spielfläche aus Kunstrasen herzurichten. Die Infrastruktur dieses Platzes bleibt im heutigen Umfang bestehen (Ballfangzäune, Barrieren, Einfriedigung, Stufenanlage, Flutlichtanlage).

Einsparpotential:

Um neben der geplanten Sanierung und Ertüchtigung des Sportplatzes auch die erforderlichen Einsparpotentiale zu generieren, ist vorgesehen, den kleineren der im benachbarten Arnold-Germar-Stadion vorhandenen Naturrasenplätze (90 m x 45 m Spielfläche) zukünftig nur noch extensiv zu pflegen. Denkbar ist, die Fläche zukünftig noch als Ballspielfläche zu nutzen, auch eine Aufforstung der Fläche wäre möglich.
Der bisher auf diesem Spielfeld stattfindende Trainingsbetrieb des Vereins BV Osterfeld soll zukünftig auf dem dann sanierten und ertüchtigten Wolfgang-Hoffmann-Sportplatz ausgetragen werden. Nach Berechnung der OGM GmbH würden durch diese Maßnahme und durch die Umwandlung des Tennensportplatzes in einen Kunstrasenplatz erhebliche Pflegekosten eingespart. Ohnehin ist die Rasensportanlage im Arnold-Germar-Stadion im Winterhalbjahr nur eingeschränkt nutzbar.

Nutzung des Wolfgang-Hoffmann-Sportplatzes

Der sanierte und ertüchtigte Wolfgang-Hoffmann-Sportplatz soll zukünftig neben den Mannschaften des BV Osterfeld (6 gemeldeten Teams) wie bisher auch von den Teams des benachbarten Vereins DJK Arminia Klosterhardt (24 gemeldete Teams) genutzt werden. Dieser Verein nimmt in der Saison 2014/2015 am Spielbetrieb des Kreises 10 OB/BOT bzw. des Fußballverbandes Niederrhein mit 18 Jugend- und 6 Seniorenteams teil. Sowohl zur Durchführung des Trainings- und Spielbetriebs seiner zahlreichen Jugend- und Seniorenteams, ist der Verein auf entsprechende Trainings- und Spielbedingungen angewiesen. Einige der Senioren- und Jugendteams spielen zudem in den Leistungsklassen des Fußballverbandes Niederrhein.

Beteiligung und Einbindung der beiden Vereine BV Osterfeld 1919 e. V. und DJK Arminia Klosterhardt 1923 e. V.

Aufgrund der bis Mitte Oktober 2014 noch nicht gesicherten Finanzierung der Maßnahme mit Mitteln des Haushaltsjahres 2014 wurde bis dahin darauf verzichtet, beide Vereine über die Absichten zur Konzentration und Weiterentwicklung von Sportflächen im Sportzentrum Volksgarten zu informieren.

Während eines Gespräches am 17.10.2014 wurden die Vorstandsmitglieder beider Vereine durch Dezernat 2/Bürgerservice, öffentl. Ord., Sport, Bauen entsprechend informiert.
Beide Vereine sprachen sich dabei für die vorgeschlagene Sanierung und Ertüchtigung des Wolfgang-Hoffmann-Platzes aus. Ebenfalls zeigten sie Verständnis für die geplante Schließung des kleineren der beiden Naturrasenspielfelder im Arnold-Germar-Stadion (90 m x 45 m Spielfläche), um dadurch die Betriebskosten für die Stadt Oberhausen zu reduzieren.

Mit den Sanierungs- und Ertüchtigungsarbeiten am Sportplatz soll zeitnah begonnen werden. Nach den Berechnungen der OGM GmbH betragen die Kosten für die Sanierung und Ertüchtigung des Sportplatzes rd. 395.500,00 € (Baukosten brutto) zuzüglich HOAI-Kosten (47.460,00 € brutto).

Derzeit haben folgende Sportplätze noch ein Spielfeld mit Tennenbelag:

Sportplatz	Baujahr	Verein	gemeld. Teams 2014/15	davon Jugendteams	zusätzlich Rasensp vorh.
Knappenmarkt	1998	SC 1920 OB	6	4	nein
Dellwig	1985	SUS 21 OB	6	4	nein
Solbadstraße	1987	BSG OB	10	-	nein
Mellinghofer Str.	1980	TBO u. FC Kaprys	9	3	ja
Biefangstraße	1982	SF 06 Sterkrade	2	-	nein
Bahnstraße	1985	GW Holten	12	8	ja
Buchenweg	1985	FC Hirschk., BSG OB	4	-	nein
Wolfgang-Hoffm.Pl.	1978	BVO/DJK Arminia	30	18	ja

Quelle: www.fussball.de, Stand 14.08.2014

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/0427-02**	**Termin** **15.12.2014**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
27.11.2014	Umweltausschuss	K		
01.12.2014	Finanz- und Personalausschuss	V		
02.12.2014	Bezirksvertretung Osterfeld	K		
03.12.2014	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen	K		
04.12.2014	Bezirksvertretung Sterkrade	K		
08.12.2014	Hauptausschuss	K		
09.12.2014	Planungsausschuss	V		
15.12.2014	Rat der Stadt	B		
22.01.2015	Beirat für Menschen mit Behinderungen	K		

Beratungsgegenstand

Antrag Ratsbürgerentscheid zur Fortführung der Straßenbahnlinie 105

Beschlussvorschlag

Der Rat möge beschließen:

1. Zur Klärung der politischen Willensbildung der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger führt der Rat auf der Grundlage des § 26 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) einen Ratsbürgerentscheid durch.

Stellv. Bereichsleiter Bereich 5-6/Tiefbau	**Bereichsleiter Bereich 4-6/ Recht**	**Dez. 4/Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und -planung**	**Dez. 2/Bürger-Service, öffentl. Ordnung, Sport, Bauen**	**Kämmerer**	**Oberbürgermeister**
Klockhaus **05.11.2014**	**Düllmann** **06.11.2014**	**Lauxen** **05.11.2014**	**Motschull** **06.11.2014**	**Tsalastras** **11.11.2014**	**Wehling** **12.11.2014**

*** Vorlage zur:**
Anhörung (A)
Kenntnisnahme (K)
Vorberatung (V)
Beschlussfassung (B)

*** Ergebnis :**
Zustimmung (Z)
Ablehnung (A)
Änderung (Ä)
Anhörung vollzogen (AV)
Kenntnisnahme (K)

Beschlusskontrolle:
Ja oder nein

Beteiligung:
Personalrat [ ]
Gleichstellungsstelle [ ]

2. Zur Abstimmung steht folgende Fragestellung:

   „Sind Sie dafür, dass die Straßenbahnlinie 105 als Lückenschluss vom Essener Stadtgebiet zum Oberhausener Hauptbahnhof und zum Sterkrader Bahnhof gebaut wird?“

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Abstimmung unverzüglich vorzubereiten.

4. Es wird ein außerplanmäßiges Auszahlungsbudget in Höhe von 267.900,00 EUR (s. Anlage 2) beim Auftrag 450002130405 „Sonstige Wahlen“ bereitgestellt. Die genauen Sachkonten werden noch spezifiziert.
   Deckungsvorschlag: Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0427-02	Termin 15.12.2014	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/15/2463-01, Ratssitzung vom 17.12.2012

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine	[ ]	
ja	[X]	siehe Begründung

b) Sonstige siehe Begründung

Begründung

I. Ratsbürgerentscheid:

Im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 09.10.2007 hat der Landesgesetzgeber durch eine Änderung des § 26 GO NRW den Räten der nordrhein- westfälischen Gemeinden die Grundlage dafür zur Verfügung gestellt, im Rahmen eines sog. Ratsbürgerentscheids eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Gemeinde an Stelle des Rates zu ermöglichen. Dem Rat sollte die Möglichkeit gegeben werden, in wichtigen (durchaus auch politisch streitigen) Angelegenheiten die Entscheidung unmittelbar durch die Bürger treffen zu lassen, ihnen also gewissermaßen die Entscheidungsgewalt in der betreffenden Angelegenheit „zurückzugeben".

Rechtsgrundlage für den Ratsbürgerentscheid ist § 26 Abs. 1 Satz 2 GO NRW:

> „Der Rat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid)."

Die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE GRÜNEN und die FDP-Gruppe („Antragsteller") haben am 04.11.2014 beantragt, der Rat möge in dem vorstehend genannten Sinne beschließen; zur Begründung haben sie Folgendes ausgeführt:

> „Der Nutzen des 3,3 km langen Lückenschlusses des Straßenbahnnetzes zwischen der Endhaltestelle der Linie 105 in Essen-Unterfrintrop und der Oberhausener ÖPNV-Trasse über das ehemalige Stahlwerksgelände wird in der Öffentlichkeit unterschiedlich gewertet. Obwohl die neu zu erstellende Trasse bereits Bestandteil des geltenden Nahverkehrsplans, des Essener Verkehrsentwicklungsplans, des RFNPs ist und seine Führung im B-Plan 275A – Stahlwerksgelände gesichert ist, entzünden sich an der Frage von Kosten und Nutzen kontroverse Diskussionen.
>
> Das vom Bund vorgeschriebene „Standardisierte Bewertungsverfahren" hat den Nutzen für Wirtschaft, Umwelt und Bevölkerung nachgewiesen. Die Kosten von ca. 80,57 Mio. Euro werden zu 90% aus den zweckgebundenen Mitteln des Bundes und des Landes für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen gefördert.

Die Größe des Projektes rechtfertigt aus der Sicht des Rates eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Der Ratsbürgerentscheid, erstmals in Oberhausen als direkte Möglichkeit der Einflussnahme der Menschen an einer für die Stadt wichtige Infrastrukturmaßnahme durchgeführt, eröffnet die Chance, Kosten und Nutzen des Straßenbahnlückenschlusses gegeneinander abzuwägen."

Die Zielsetzung der Antragsteller entspricht damit der gesetzgeberischen Intention bei Einführung des Ratsbürgerentscheids im Rahmen der GO NRW.

1. <u>Voraussetzungen des Ratsbürgerentscheids</u>:

Die sich aus § 26 GO NRW ergebenden Voraussetzungen für die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids sind gegeben:

a) Schriftliche Vorlage,

b) Angelegenheit der Gemeinde (der ÖPNV ist eine gemeindliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, zu deren Erfüllung sich die Stadt Oberhausen der STOAG als Nahverkehrsunternehmen bedient),

c) Kein im Sinne des § 26 Abs. 5 GO NRW unzulässiger Gegenstand (Unzulässigkeit ist hier nicht gegeben; insbesondere handelt es sich nicht um eine Angelegenheit, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens zu entscheiden ist, § 26 Abs. 5 Nr. 5. GO NRW; vielmehr hängt vom Ergebnis eines evtl. Ratsbürgerentscheids ggf. ab, ob die Planfeststellung für das Projekt überhaupt beantragt, also das Planfeststellungsverfahren wieder in Gang gesetzt wird),

d) Ratsbeschluss (der Oberbürgermeister hat Stimmrecht, vgl. § 40 Abs. 2 Satz 5 GO NRW) mit

e) einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder (einschl. Oberbürgermeister, § 40 Abs. 2 Satz 2 GO NRW), es sind also mindestens 41 „Ja"- Stimmen erforderlich.

2. <u>Konsequenz</u>:

Werden sämtliche formalen und inhaltlichen Voraussetzungen erfüllt, insbesondere das erforderliche Beschlussquorum erreicht [vorstehend 1. e)], ist ein **Bürgerentscheid** durchzuführen.

Für die Durchführung des Bürgerentscheids gilt – letztlich ebenso wie im Falle eines erfolgreichen Bürgerbegehrens - § 26 Abs. 7 GO NRW entsprechend (§ 26 Abs. 1 Satz 3 GO NRW):

a) Stimmberechtigt sind nur Bürger der Gemeinde im Sinne des § 21 Abs. 2 GO NRW („Bürger ist, wer zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt ist.").

b) Über die gestellte Frage kann nur mit „Ja" oder „Nein" abgestimmt werden.

c) Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie mit der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 10 % der Bürger beträgt (zur Zeit der Kommunalwahl 2014 gab es in Oberhausen ca. 165.000 Wahlberechtigte, die erforderliche Mehrheit könnte also - unter Zugrundelegung dieser Anzahl - ab ca. 16.500 Stimmen erreicht werden), vgl. § 26 Abs. 7 Satz 2 GO NRW: Oberhausen hat mehr als 100.000 Einwohner.

d) Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit „Nein" beantwortet.

Die Durchführung des Bürgerentscheids erfolgt damit genauso, als wäre er auf Grund eines erfolgreichen Bürgerbegehrens zu veranlassen. Er hat die Wirkung eines Ratsbeschlusses.

Eine von dem Ergebnis des Ratsbürgerentscheids abweichende Entscheidung kann der Rat erst nach Ablauf von zwei Jahren treffen; alternativ kann der Rat vor Ablauf von zwei Jahren einen weiteren Ratsbürgerentscheid initiieren, um ggf. eine Abänderung des ursprünglichen Ratsbürgerentscheids herbeizuführen.

Wird weder für die Antwort „Ja“, noch für die Antwort „Nein“ die erforderliche Mehrheit erreicht, ist kein Bürgerentscheid gefasst; die Entscheidungshoheit fällt zurück an den Rat.

3. Durchführung des Ratsbürgerentscheids:

Die Durchführung des Ratsbürgerentscheids richtet sich nach den Bestimmungen der GO NRW und - im Detail - nach der Bürgerentscheidsatzung der Stadt Oberhausen – Bürgerentscheidsatzung - (vgl. auch Drucksache Nr. B/16/0426-01 derselben Ratssitzung).

Der Ablauf ist im Wesentlichen mit demjenigen bei Wahlen vergleichbar:

Das Abstimmungsgebiet (= Stadtgebiet) wird in Abstimmungsbezirke eingeteilt, die in Größe und Anzahl den Wahlbezirken gemäß § 4 des Kommunalwahlgesetzes entsprechen; für jeden Abstimmungsbezirk wird grundsätzlich ein Abstimmungslokal eingerichtet (§ 3 der Bürgerentscheidsatzung). Ebenso wird die Stimmabgabe per Brief ermöglicht (§§ 4 und 12 der Bürgerentscheidsatzung).

Die Abstimmungsberechtigten (vgl. § 5 der Bürgerentscheidsatzung) erhalten eine Abstimmungsbenachrichtigung (§ 7 der Bürgerentscheidsatzung) sowie ein Informationsblatt (§ 8 der Bürgerentscheidsatzung). Das Informationsblatt enthält neben der Begründung für den Ratsbürgerentscheid jeweils eine kurze, sachliche Darstellung der Auffassungen der im Rat vertretenen politischen Kräfte.

Zum möglichen zeitlichen Ablauf und der Terminierung des Ratsbürgerentscheids wird auf die als Anlage 1 beigefügte Übersicht des Fachbereichs 4-5-20/Wahlen Bezug genommen.

Die voraussichtlichen Kosten der Durchführung des Ratsbürgerentscheids schätzt die Verwaltung auf ca. 268 T €; Einzelheiten ergeben sich aus der als Anlage 2 beigefügten Übersicht des Fachbereichs 4-5-20/Wahlen.

II. Zur Entscheidung zu bringende Angelegenheit:

Inhaltlich betrifft der Beschlussvorschlag die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids als Grundlage für die Realisierung der Straßenbahnstrecke VI/ Linie 105; daher soll nachfolgend kurz der Sachstand dieses Vorhabens dargestellt werden; eine ausführliche Beschreibung kann der Anlage 3 entnommen werden. Im Rahmen der folgenden Ausführungen sowie im Rahmen der Anlage 3 bezeichnet

- „Strecke VI“ die vorgesehene Streckenführung im Unterschied zu anderen geprüften Streckenführungen sowie
- „Straßenbahnlinie/Linie 105“ den künftig ggf. stattfindenden tatsächlichen Linienbetrieb.

Im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) wurden die Rahmenbedingungen für eine verträgliche Gestaltung des Stadtverkehrs definiert. Darauf aufbauend wurde der Nahverkehrsplan für Oberhausen erarbeitet und fortgeschrieben. Die Strecke VI ist Bestandteil des Nahverkehrsplans der Stadt Oberhausen.

Zwischen der bestehenden Straßenbahntrasse in Oberhausen und dem Endpunkt der Straßenbahnlinie 105 in Essen-Frintrop soll mit der Strecke VI eine direkte Straßenbahnverbindung geschaffen werden. Es ist vorgesehen, dass die Linie 105 über den bisherigen Endpunkt Essen-Unterstraße hinaus mit alternierendem Linienverlauf nach Oberhausen Hauptbahnhof und Oberhausen Sterkrade Bahnhof verlängert werden soll.

Im Vorfeld der Planungen wurden Variantenuntersuchungen durchgeführt und die Vor- und Nachteile der jeweiligen Trassenführung gegenüber gestellt. Die Abwägung dieser Trassenvarianten führte schließlich zu der heute favorisierten Streckenführung.

Die geplante Straßenbahntrasse wird auf Höhe des Gasometers niveaugleich an die bestehende ÖPNV-Trasse angeschlossen und verläuft zunächst in Richtung Westen am nördlichen Rand des CentrO-Geländes. Nach der Überquerung der Osterfelder Straße schwenkt die Trasse nach Süden auf das ehemalige Stahlwerksgelände, das als Brückenzug in Hochlage durchquert wird. Nach der Überquerung der Köln-Mindener-Eisenbahnstrecke verläuft die Trasse weiter in Seitenlage der Essener Straße bis sie auf Höhe der Stadtgrenze zwischen Oberhausen und Essen in Mittellage verschwenkt und in Essen-Frintrop an die bestehenden Gleisanlagen anschließt. Die geplante Strecke ist etwa 3,3 Kilometer lang und umfasst den Neubau von sechs Haltestellen sowie den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Essen-Unterstraße.

Der Maßnahme kommen damit drei wesentliche Bedeutungen zu:

- Einerseits wird durch die Strecke die Erschließung der intensiv genutzten Flächen der Neuen Mitte Oberhausen wesentlich verbessert, insbesondere die nördlich der geplanten Trasse gelegenen Freizeit- und Gewerbenutzungen waren bislang nur unzureichend an den ÖPNV angebunden.

- Darüber hinaus kann durch den geplanten Trassenverlauf die Entwicklungsfläche auf dem ehemaligen Stahlwerksgelände erstmals nicht nur peripher mit dem ÖPNV erschlossen werden. Die Straßenbahnanbindung schafft hier weitere Anreize für Investoren, die Flächen hochwertigen Nutzungen zuzuführen.

- Neben der Erschließungsfunktion nimmt die Strecke VI aber auch eine herausragende Bedeutung für die Verbindungs- und Austauschfunktion zwischen dem Mittelzentrum Oberhausen und dem Oberzentrum Essen ein. Insbesondere in die westlichen Stadtteile Essens wird die Fahrtzeit durch die hochwertige Direktverbindung so verkürzt, dass deutliche Verlagerungswirkungen vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zum ÖPNV erzielt werden können und der Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr auf den betroffenen Verbindungen wesentlich gesteigert werden kann.

Für das rd. 81 Mio. € umfassende Vorhaben wurde eine formale Standardisierte Bewertung durchgeführt. Die Bewertung basiert auf der Verfahrensanleitung zur „Standardisierten Bewertung von Verkehrswegeinvestitionen des Öffentlichen Personennahverkehrs und Folgekostenrechnung – Version 2006“.

Als wesentliches Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Bewertung ist festzuhalten, dass die volkswirtschaftliche Rentabilität des Straßenbahnvorhabens zwischen der Neuen Mitte Oberhausen und Essen-Frintrop eindeutig nachgewiesen ist. Es ergibt sich ein Nutzen-Kosten-Indikator (NKI) von 2,04. Die formale Frage hinsichtlich der Förderfähigkeit ist somit eindeutig positiv zu beantworten. Ein NKI von 1,0 bringt zum Ausdruck, dass das Nutzen-Kosten-Verhältnis ausgeglichen ist und die Durchführung der Maßnahme bereits rechtfertigt. Bei einem NKI von 2,04 übersteigt der Nutzen die Kosten um das Doppelte.

Als Ergebnis der Folgekostenberechnung ist festzuhalten, dass der zusätzlich abzudeckende durchschnittliche Fehlbetrag unter Berücksichtigung aller Kostenbestandteile zum Bau und Betrieb der Strecke VI über 30 Jahre sich auf rund 300 T€ pro Jahr beläuft.

Kurzfassung

Die Realisierung der Straßenbahnstrecke VI/ Linie 105 ist eine bedeutsame und in Oberhausen kontrovers diskutierte Angelegenheit; daher soll der Rat der Stadt gebeten werden, durch einen entsprechenden Beschluss die Voraussetzungen für die Durchführung eines Ratsbürgerentscheids im Sinne des § 26 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zu schaffen. Im Rahmen dieses Ratsbürgerentscheids sollen die Bürgerinnen und Bürger gefragt werden, ob sie für den Bau der Straßenbahnlinie 105 als Lückenschluss vom Essener Stadtgebiet zum Oberhausener Hauptbahnhof und zum Sterkrader Bahnhof sind.

Anlagen

1. Darstellung des möglichen zeitlichen Ablaufs und der Terminierung des Ratsbürgerentscheids
2. Kostenübersicht zum Ratsbürgerentscheid
3. Projektbeschreibung „Straßenbahnstrecke VI – Weiterführung der Linie 105 von Essen-Frintrop bis Neue Mitte Oberhausen“

Anlage 1

Ratsbürgerentscheid gem. § 26 Abs. 1 Satz 2 GO NRW

Termine und Fristen bei einem Abstimmungstermin am 08.03.2015:

17.11.2014	Ratsentscheidung zur Durchführung des Ratsbürgerentscheides
18.11.2014	Der Oberbürgermeister bestimmt den Tag des Bürgerentscheides (§ 9 der Bürgerentscheidsatzung)
18.11.2014	unverzügliche Fertigung einer öffentlichen Bekanntmachung mit dem Abstimmungstag und dem **Text der zu entscheidenden Frage**
12.01.2015	Spätester Zeitpunkt für das Einreichen von Textbeiträgen für das Informationsblatt/-heft beim Oberbürgermeister. Mittels Informationsblatt/-heft werden die Abstimmungsberechtigten über die innerhalb der Gemeindeorgane vertretenen Auffassungen informiert.
01.02.2015	Anlegung des Abstimmungsverzeichnisses mit Eintragung aller Abstimmungsberechtigten von Amts wegen (35. Tag vor dem Abstimmungstermin gem. § 6 der Bürgerentscheidsatzung)
02.02.2015 – 15.02.2015	Benachrichtigung der Abstimmungsberechtigten
16.02.2015- 20.02.2015	öffentliche Auslegung der Abstimmungsverzeichnisse
02.03.2015	spätester Tag für die öffentliche Bekanntmachung mit den Einzelheiten zur Wahl, wie Beginn und Ende der Abstimmungszeit, Abstimmungslokal usw.
08.03.2015	Tag des Bürgerentscheides

Anlage 2

Kostenaufstellung Ratsbürgerentscheid

Vorbemerkung:

Die Kosten wurden auf Grundlage bekannter Faktoren wie bei einer vergleichbaren Kommunalwahl ermittelt oder geschätzt. Bei einem Ratsbürgerentscheid ist das Abstimmungsheft/Abstimmungsblatt ein wesentlicher Kostenfaktor, sowohl von den Druck- als auch den Portokosten. Vorliegend wurden als Berechnungsgrundlage die Kosten der Stadt Aachen mit dem dortigen Abstimmungsheft entsprechend umgerechnet. Bei den Personalkosten wurden 2 Beträge angesetzt, abhängig davon, ob für die Tätigkeiten Honorarkräfte gewonnen werden können oder interne Kräfte abgeordnet werden müssen. Für diese internen Kräfte wurde der HSK-Ansatz mit 48.000 p. A. und Kraft berechnet.

1)	Portokosten für den Versand der Abstimmungsbenachrichtigungen einschl. des Abstimmungsheftes	90.000 €
2)	Herstellungskosten für das Abstimmungsheft	18.000 €
3)	Druckkosten für die Abstimmungsbenachrichtigungen	10.000 €
4)	Kosten für die Kuvertierung inkl. Papier- und Umschlagkosten	17.000 €
5)	Materialkosten für die Briefwahl	10.000 €
6)	Portokosten für den Versand bzw. den Rücklauf von Briefwahlunterlagen (Grundlage 5.000 Anträge)	16.000 €
7)	Erfrischungsgelder für ca. 34 Abstimmungsvorstände	10.000 €
8)	Druckkosten für Stimmzettel, Wahlscheine und und andere Vordrucke	20.000 €
9)	Einstellung von Honorarkräften, insgesamt 20 Monatskräfte einschl. Sofortwahl (zum Vergleich Interne 80.000 €)	40.000 €
10)	EDV-Zusatzkosten	10.000 €
11)	Sonstiges Material	10.000 €
12)	Abstimmungslokale Entschädigung	1.400 €
13)	Zusatzkosten OGM Hausmeister	2.500 €
14)	Speditionsarbeiten Abstimmungslokale	3.000 €
15)	Sonstige Kosten (Schulungen, Mieten usw.)	10.000 €
Summe		**267.900 €**

stadt oberhausen

Straßenbahnstrecke VI

Weiterführung der Linie 105 von Essen-Frintrop bis Neue Mitte Oberhausen







Straßenbahnstrecke VI

Weiterführung der Linie 105 von Essen-Frintrop bis Neue Mitte Oberhausen

03.11.2014

Stadt Oberhausen
Dezernat 4
Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und –planung
Fachbereich 5-6-20/Städtebauliche Sondermaßnahmen

Inhaltsverzeichnis Seite

Vorbemerkungen **4**

Planungen bis 2005 **5**

Variantenuntersuchung 5

Variante 1**:**
Essen-Frintrop – Neue Mitte – TZU –
Bero-Center – Alt-Oberhausen 7

Variante 2:
Essen-Frintrop – Centroallee – Neue Mitte 7

Variante 3:
Essen-Frintrop – Umsicht – Osterfelder Straße –
Gasometer 8

Planungen ab 2012 **10**

Haltestellen 10

Städtebauliche Begründung **12**

Verkehrliche und betriebliche Begründung **14**

Verkehrsnachfrage 15

Reisezeiteinsparungen 15

Umweltaspekte **17**

Planfeststellungsverfahren **17**

Standardisierte Bewertung **17**

Kosten und Finanzierung **19**

Folgekostenrechnung **20**

Zeitplan **21**

Abkürzungsverzeichnis **22**

Vorbemerkungen

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 8. Februar 1990 den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) verabschiedet. Damit wurden die Rahmenbedingungen für eine verträgliche Gestaltung des Stadtverkehrs definiert. Darauf aufbauend wurde der Nahverkehrsplan für Oberhausen erarbeitet und fortgeschrieben. Die Strecke VI ist Bestandteil des Nahverkehrsplans der Stadt Oberhausen. In seiner Sitzung am 14.12.1998 hat der Rat der Stadt Oberhausen der Weiterführung der Straßenbahnlinie 105 im Rahmen des Nahverkehrsplans 1998 zugestimmt. Am 06.11.2000 wurde vom Rat der Stadt Oberhausen die Finanzierung der Planungskosten für die Strecke VI über die STOAG-Wirtschaftspläne beschlossen.

Bereits 2002 wurde die Strecke VI als ÖPNV-Trasse konzipiert. Das damalige Betriebskonzept sah einen kombinierten Bus- und Bahnverkehr vor.

Die derzeitige Planung – mit der die Verwaltung vom Rat im Dezember 2012 betraut wurde - umfasst den Neubau als reine Straßenbahnstrecke vom Anschluss an die bestehende ÖPNV-Trasse in der Neuen Mitte Oberhausen über die Essener Straße bis auf das Essener Stadtgebiet. Dort schließt die Neubaustrecke an die Gleise der Essener Straßenbahnlinie 105 an.

Die Durchbindung der Straßenbahnlinie 105 wird die Innenstadt Essens mit der Neuen Mitte, der Innenstadt von Alt - Oberhausen und von Sterkrade verbinden.

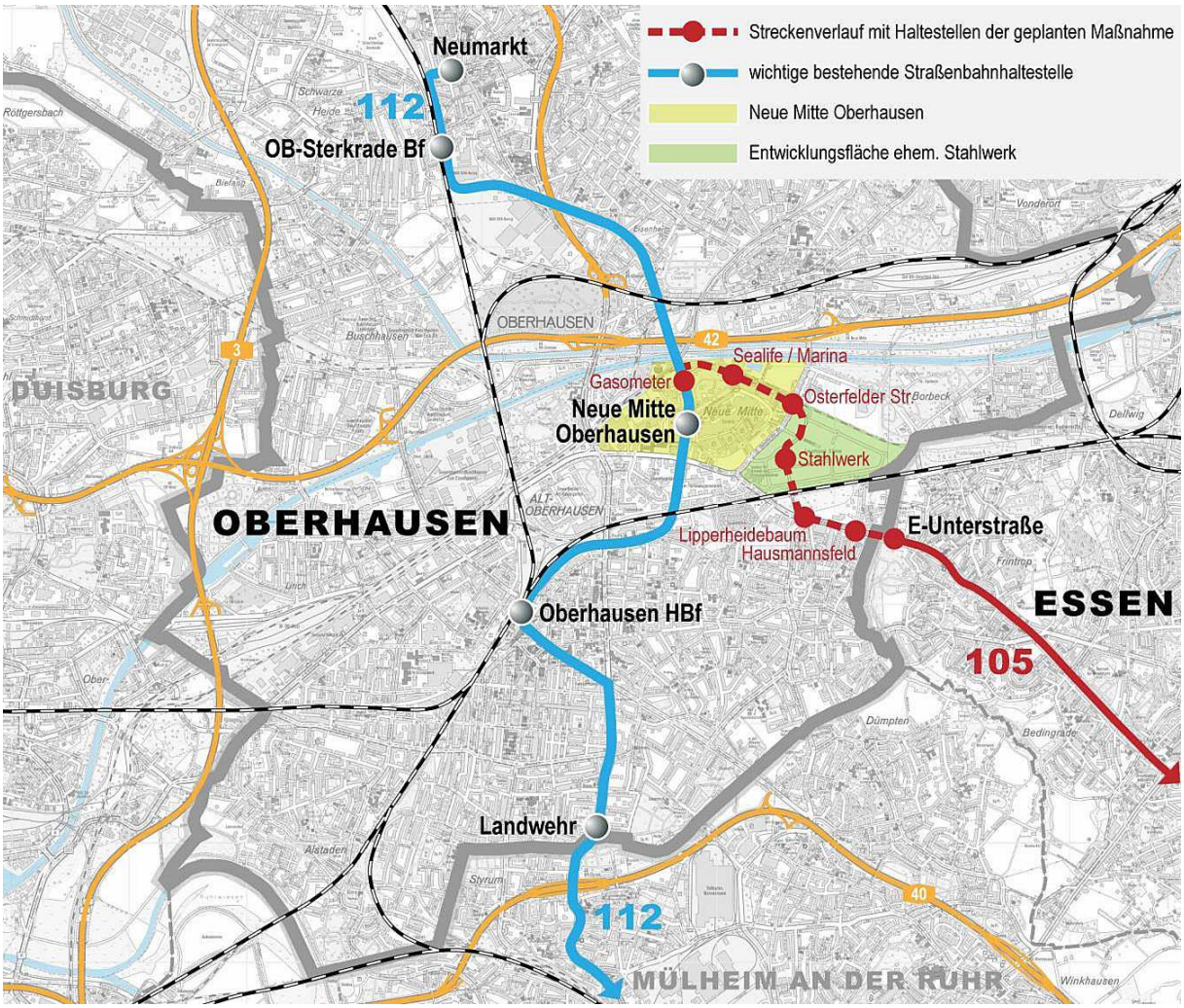


Abb.1 Bestehendes Straßenbahn- und Nahverkehrsnetz

Die Gesamtlänge der Strecke beträgt rund 3.3 km, davon entfallen 3 km auf das Stadtgebiet Oberhausen und rund 0,3 km auf das Essener Stadtgebiet. Die Strecke umfasst sechs neue Haltestellen sowie den Ausbau der Haltestelle „Unterstraße“.

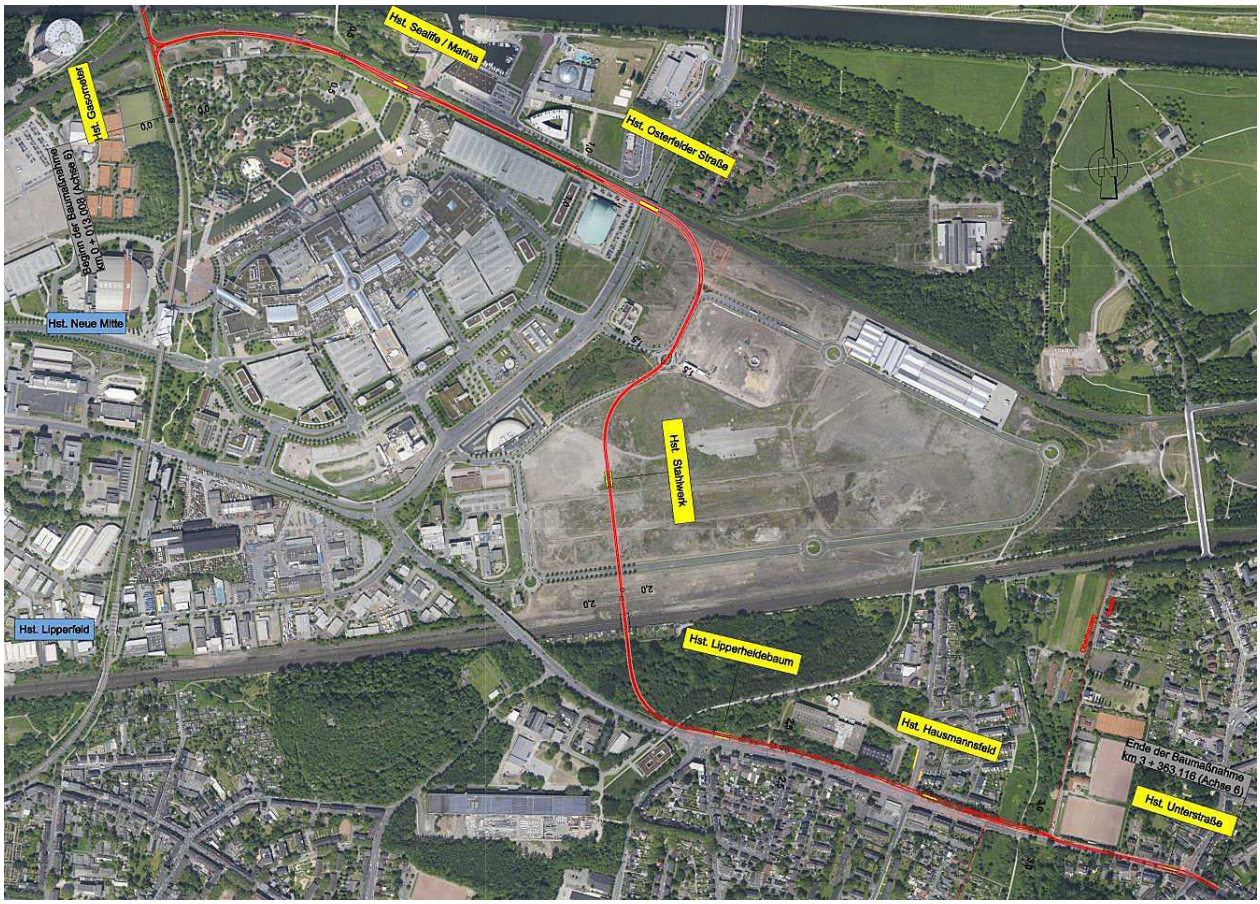


Abb.2 Luftbild zur Streckenführung

Das Nahverkehrssystem in Oberhausen wird hinsichtlich Attraktivität und Leistungsfähigkeit durch den Bau der Strecke VI auf der Relation zwischen Essen - Frintrop und Alt - Oberhausen weiter gesteigert werden. Im Nahverkehrsplan wird diese Maßnahme empfohlen und als vorrangig für eine konsequente Weiterentwicklung des eingeführten Nahverkehrsnetzes eingestuft. Die geplante Maßnahme entspricht somit in vollem Umfang dem Nahverkehrs- und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Oberhausen.

Planungen bis 2005

Variantenuntersuchung

Bereits 1995 wurde die Straßenbahnverbindung von Essen-Frintrop bis Alt-Oberhausen zur Aufnahme in das Förderprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) angemeldet. Der Anmeldung lag eine Strecke im Verlauf der

Essener Straße - Duisburger Straße – Concordiastraße - Poststraße

zugrunde.

Im Hinblick auf die zu erwartende Stilllegung des Elektrostahlwerks (SWO-Gelände) und die damit verbundenen städtebaulichen sowie touristischen Entwicklungsmöglichkeiten, musste über eine alternative Streckenverbindung von Essen nach Oberhausen nachgedacht werden.

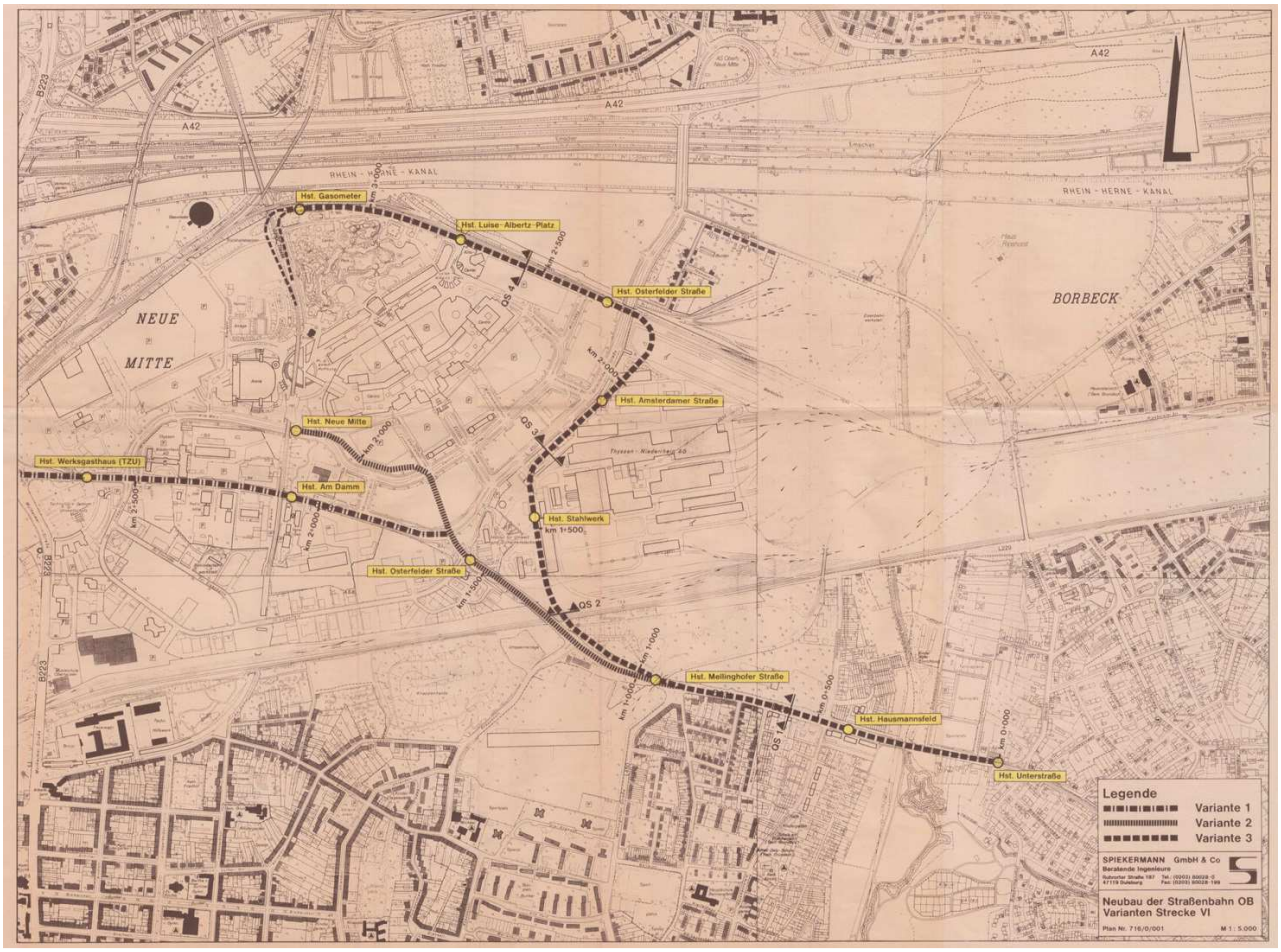


Abb. 3 Varianten 1,2 und 3

Betrachtet man die bereits vorhandenen Attraktionen im Bereich der Neuen Mitte, einschließlich der Entwicklungspotentiale des ehemaligen Stahlwerksgeländes, lässt sich feststellen, dass sie sich mit einer einzigen Straßenbahnlinie und den entsprechenden Haltestellen sehr gut miteinander verbinden lassen. Hierbei bietet es sich an, die neue Strecke an die Gleise der vorhandenen ÖPNV-Trasse anzubinden. Damit besteht die Möglichkeit, weitere zentrale Orte in Oberhausen zu erreichen.

Mit den Haltestellen

- Hausmannsfeld
- Mellinghofer Straße
- Stahlwerk
- Osterfelder Straße
- Luise-Albertz-Platz
- Gasometer und
- Neue Mitte (vorhanden)

werden alle verkehrswichtigen Punkte im Großraum Neue Mitte angedient und erschlossen.

Ab 1995 wurden verschiedene Planungsvarianten mit ihren Vor- und Nachteilen untersucht.

Variante 1

Essen-Frintrop – Neue Mitte – TZU – Bero-Center – Alt-Oberhausen

Besondere Schwierigkeiten:

- Ertüchtigung der Brücken DB AG und Essener Straße erforderlich
- Einengung der Zufahrten der Essener Straße (CentrO)
- Sehr enge Trassierung im Bereich Alt-Oberhausen

Vorteile:

- Anbindung TZU und des Bero-Centers an den schienengebundenen ÖPNV

Nachteile:

- Schlechte Anbindung der Neuen Mitte (einschl. Stahlwerksgelände)
- Sehr geringe Querschnittsbelastung (prognost. Fahrgastzahlen) zwischen TZU und Alt-Oberhausen
- Relativ hoher Anteil straßenbündiger Bahnkörper
- Eingriff in den bezuschussten Ausbau der Essener Straße (Zweckbindungsfrist noch nicht abgelaufen)
- Langsamfahrstrecken in Alt-Oberhausen

Variante 2

Essen-Frintrop – Centroallee – Neue Mitte

Besondere Schwierigkeiten:

- Ertüchtigung der Brücken DB AG und Essener Straße erforderlich
- Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Knotens Essener Straße/Osterfelder Straße
- Beanspruchung wertvollen Baulands zwischen dem Knoten Essener Straße/Osterfelder Straße und der Centroallee
- Eingriff in die Centroallee

Vorteile:

- Kürzeste Verbindung von Essen-Frintrop bis zur Neuen Mitte
- Keine sonstigen konstruktiven Bauwerke erforderlich
- Preiswerte Variante

Nachteile

- Keine Anbindung der im Norden der Neuen Mitte liegenden Attraktionen (Aquapark, Sea Life usw.)
- Sehr schlechte Anbindung des Stahlwerksgeländes
- Zahlreiche Konfliktpunkte mit dem Individualverkehr (IV)
- Keine Anbindung an die vorhandene ÖPNV-Trasse

Die Varianten 1 und 2 stellen heute keine Alternative mehr dar. Die Fa. Air Liquide ist ein sogenannter Seveso II-Betrieb. Er löst für Neubaumaßnahmen - auch ÖPNV-Infrastruktur - einen Mindestabstand von 550 m aus, der einzuhalten ist. Dies erfüllen die Varianten 1 und 2 nicht.

Variante 3

Essen-Frintrop – Umsicht – Osterfelder Straße - Gasometer

Besondere Schwierigkeiten:

- Umbau von 2 Hochspannungsmasten im Bereich der Walzwerkstrecke erforderlich
- Sehr enge Trasse von Osterfelder Straße bis ÖPNV-Trasse
- Durch die bereits vorhandenen Nutzungen im westlichen Bereich des ehem. Stahlwerksgeländes steht die Trasse heute nicht mehr zur Verfügung

Vorteile:

- Anbindung aller Attraktionen der Neuen Mitte
- Zusätzliche Erschließung der Neuen Mitte von Osten und Norden
- Trasse ist unabhängig von anderen Verkehrsarten
- Ausbildung der Trasse als Kombinationsbetrieb Bus/Straßenbahn möglich
- Direkte Verknüpfung mit ÖPNV-Trasse

Nachteile

- Verlängerte Fahrzeit Essen-Frintrop bis Neue Mitte
- Konstruktive Bauwerke erforderlich, kostenintensiv

Im Hinblick auf die möglichen Nutzungen des Stahlwerksgeländes wurden die Varianten 3a und 3b mit unterschiedlichen Streckenführungen untersucht.

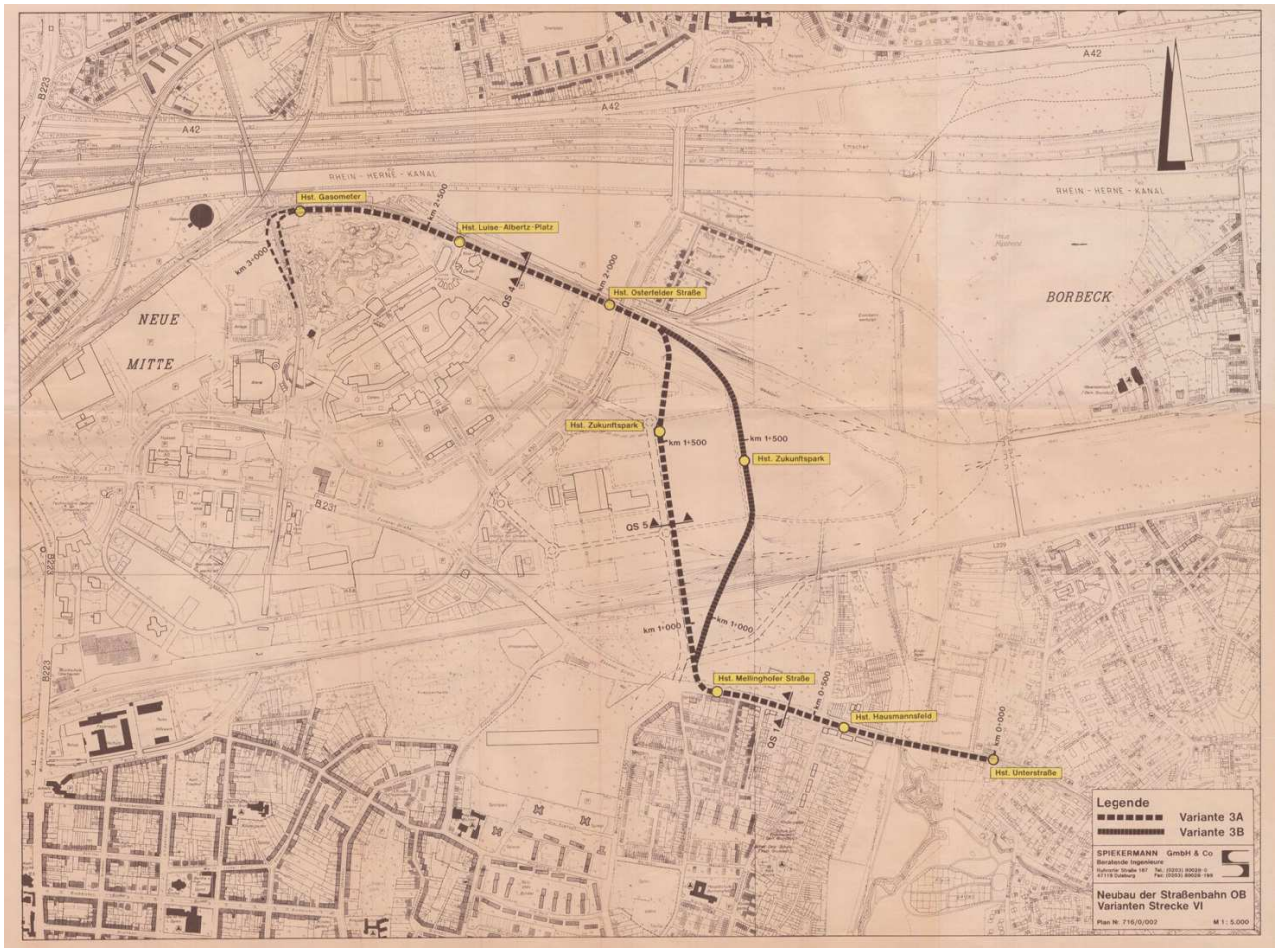


Abb. 4 Varianten 3a, 3b

Die Vor- und Nachteile entsprechen hierbei denen der Variante 3.

Die Abwägung aller aufgeführten Vor- und Nachteile der jeweiligen Planungsvarianten und der damit verbundenen Betriebskonzepte führte schließlich zu der heute favorisierten Trassenführung der Strecke VI.

Bis zum Jahr 2005 wurde die Maßnahme bis zur Ausschreibungsreife geplant und der Planfeststellungsbeschluss herbeigeführt. Die Gültigkeit dieses Beschlusses ist im Jahre 2010 abgelaufen.

Daneben wurde eine Standardisierte Bewertung (Nutzen-Kostenanlayse) durchgeführt, die den verkehrlichen Nutzen dieser Strecke eindeutig belegte.

Die entsprechenden Anträge zur Erteilung von Fördermitteln wurden ebenfalls eingereicht. Aufgrund einer abweichenden Bewertung der Strecke VI in der Integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW (IGVP) wurde die Ausführung der Strecke ab 2005 zurückgestellt. Der verkehrliche Nutzen der Strecke war jedoch weiterhin unbestritten.

Planungen ab 2012

Am 17. Dezember 2012 hat die Stadt Oberhausen die Wiederaufnahme der Planung für die Straßenbahnstrecke VI initiiert. Für den Neubau der Straßenbahnstrecke VI wurden bereits im Jahr 2011 neue Anmeldeunterlagen, getrennt nach IV- und ÖPNV-Förderung, eingereicht.

Die neue Trasse schließt nördlich des Centr*O*.-Parks niveaugleich an die bestehende ÖPNV-Trasse an. Nach Osten folgt die Trasse städtebaulich verträglich dem Südrand der DB-Güterzugstrecke. Die im Mindestabstand an die Güterzugstrecke angelehnte Trasse folgt der Eisenbahnstrecke entlang des Nordrandes der Neuen Mitte bis östlich der Querung der Osterfelder Straße. Nach dieser Querung schwenkt die Trasse nach Süden in den Verlauf einer neuen Haupterschließungsstraße des SWO-Geländes ein. Als aufgeständerte Hochlage quert sie das gesamte Neubaugebiet und die Köln-Mindener Bahnstrecke. Südlich dieser Eisenbahnverbindung von Oberhausen nach Essen endet die unabhängig geführte Straßenbahntrasse an der Essener Straße. Die weiterführende Straßenbahnstrecke wird in einer umfeldverträglichen Ausführung mit Rasengleiskörper in nördlicher Seitenlage zur Essener Straße nach Osten fortgesetzt. Im Bereich der Stadtgrenze Oberhausen/Essen verschwenkt die Straßenbahn im Einmündungsbereich Schemmannsfeld/Frintroper Straße von der Seitenlage in eine Mittellage der Frintroper Straße.

Die Seitenlage entlang der Essener Straße wird als besonderer Bahnkörper ausgebildet. Da der Nordrand der Straße weitgehend anbaufrei und frei von Hauszufahrten ist, kreuzt die Bahn lediglich die Straße Hausmannsfeld. Auf Essener Stadtgebiet sind östlich der Sportanlagen Schemmannsfeld beide Seiten der Frintroper Straße von Wohnhäusern gesäumt. Der Baufluchtabstand erlaubt zwar den Bau eines Bahnsteiges für die Haltestelle Unterstraße, nicht jedoch den eines besonderen Bahnkörpers. Der Abbruch vorhandener Bebauung, der zur Herstellung des besonderen Bahnkörpers erforderlich wäre, ist bei Abwägung der Vor- und Nachteile nicht vertretbar. Die Gleise werden deshalb auch nach ihrem Neubau weiterhin straßenbündig in der Fahrbahn der Frintroper Straße verlaufen.

Haltestellen

Die Strecke VI erhält die Haltestellen Gasometer, Luise-Albertz-Platz, Osterfelder Straße, Stahlwerk (Arbeitstitel), Lipperheidebaum, Hausmannsfeld und Unterstraße. Optional in der Planung vorgesehen ist darüber hinaus eine Haltestelle, die die Verknüpfung zwischen der S-Bahn der Deutschen Bahn AG und der ÖPNV-Trasse ermöglichen soll. Die Abstände der Haltestellen auf der ÖPNV-Trasse betragen im Mittel rd. 550 m.

Alle Bahnsteigflächen werden mit Betonpflaster befestigt und in den Zugangsanlagen sowie entlang der Bahnsteigkante mit taktilen Leitstreifen versehen. Mit Ausnahme der Haltestelle Gasometer erhalten alle Bahnsteige konventionelle Wartehallen mit Sitzgelegenheiten.

Alle Haltestellen werden barrierefrei geplant und mit Haltestellenschildern, Haltestellenwürfeln, Fahrkartenautomaten, Papier- bzw. Abfallbehältern, Uhren, Lautsprechern und dynamischer Fahrgastinformation ausgestattet.

Haltestelle Gasometer

Die Haltestelle wird auf der in Betrieb befindlichen ÖPNV-Strecke nachgerüstet. Sie wird auf einer Teillänge auf dem vorhandenen Bahndamm und teilweise auf der Brücke der Serviceroad des CentrO liegen. Die Haltestelle erhält am Nordkopf Zugangstreppen von der Serviceroad aus. Behindertengerechte Rampen werden auf der Westseite im Böschungsbereich zwischen Serviceroad und dem benachbartem Regenrückhaltebecken und auf der Ostseite als Brückensteg über der Böschung der Trasse vom kombinierten Fuß- und Radweg aus gebaut.

Mit der Haltestelle Gasometer wird den zahlreichen Besuchern des Industriedenkmals „Gasometer“, in dem jährlich große Ausstellungen und Veranstaltungen stattfinden, ein Anschluss an den ÖPNV geboten.

Luise-Albertz-Platz (SeaLife/Marina)

Die Haltestelle liegt in Hochlage am östlichen Ende des Einkaufszentrums CentrO in unmittelbarer Nähe zum Eingang Sealife und Aqua-Park, dem Lego-Land und dem Kinozentrum.
Die Haltestelle erhält einen Mittelbahnsteig, der am Ostkopf über eine feste Treppe und einen Aufzug erreicht werden kann. Der zentrale Zugangsbereich zum Bahnsteig befindet sich zwischen den Trassenbrücken, die hier die Zufahrt zum Entwicklungsgelände nördlich der angrenzenden Eisenbahnstrecke ermöglicht.

An dem an die Haltestelle angrenzenden Luise-Albertz-Platz endet die von Westen kommende Promenade des CentrO, an der sich etwa 30 Gastronomiebetriebe und Restaurants befinden. Die Haltestelle bildet einen Gegenpol zur Haltestelle Neue Mitte, so dass die am meisten besuchten Einrichtungen der Neuen Mitte zukünftig an beiden Enden der Geschäftszone von diesen beiden Haltestellen aus auf kurzen Wegen erreicht werden können.

Haltestelle Osterfelder Straße

Die Haltestelle wird mit einem Mittelbahnsteig ausgebaut und liegt auf einer Brücke über der Osterfelder Straße. Da die Osterfelder Straße eine starke Zäsur im Umfeld der Haltestelle bildet, werden an beiden Bahnsteigköpfen Treppenanlagen und behindertengerechte Zugangsmöglichkeiten mittels Aufzüge geschaffen.

Den Einzugsbereich der Haltestelle bilden im Westen das Metronom Theater und die vorhandenen Gewerbebetriebe, im Osten die vorhandene und geplante Wohnbebauung entlang der Ripshorster Straße / Werkstraße und im Süden die bestehende und geplante Geschäftsbebauung auf dem Stahlwerksgelände.

Haltestelle Stahlwerk

Diese Haltestelle entsteht in aufgeständerter Hochlage und erhält Seitenbahnsteige, die jeweils über feste Treppen und Aufzüge erreicht werden können. Die Haltestelle bildet zukünftig die zentrale Haltestelle auf dem ausgedehnten Gebiet des Stahlwerksgeländes.

Haltestelle Lipperheidebaum

Die Straßenbahnhaltestelle liegt an der Stelle einer heute vorhandenen Bushaltestelle. Die Ausbildung dieser Haltestelle mit Seitenbahnsteigen ermöglicht neben der Bedienung durch die Straßenbahn auch das Anfahren durch Busse, die in Richtung Neue Mitte fahren. Das Einzugsgebiet dieser Haltestelle umfasst die Wohnbebauung südlich der Haltestelle an der Mellinghofer Straße und am Bermensfeld sowie das Mischgebiet südöstlich der Knappenstraße.

Haltestelle Hausmannsfeld

Die Haltestelle Hausmannsfeld wird mit einem Mittelbahnsteig gebaut. Die Fahrgäste dieser Haltestelle werden aus den Wohngebieten südlich und nördlich der Essener Straße erwartet.

Haltestelle Unterstraße

Die heutige Endhaltestelle Unterstraße ist im Bestand in Straßenmitte ohne Bahnsteig angelegt, und nach Westen schließt sich eine Kehrgleisanlage an. Bei einer Durchbindung der Straßenbahnlinie 105 nach Oberhausen wird auch hier ein erhöhtes Fahrgastaufkommen erwartet. Um den Ein- und Ausstieg zu beschleunigen und für die Fahrgäste sicherer und bequemer zu machen, wird der Bereich umgestaltet und ein Mittelbahnsteig errichtet.

Städtebauliche Begründung

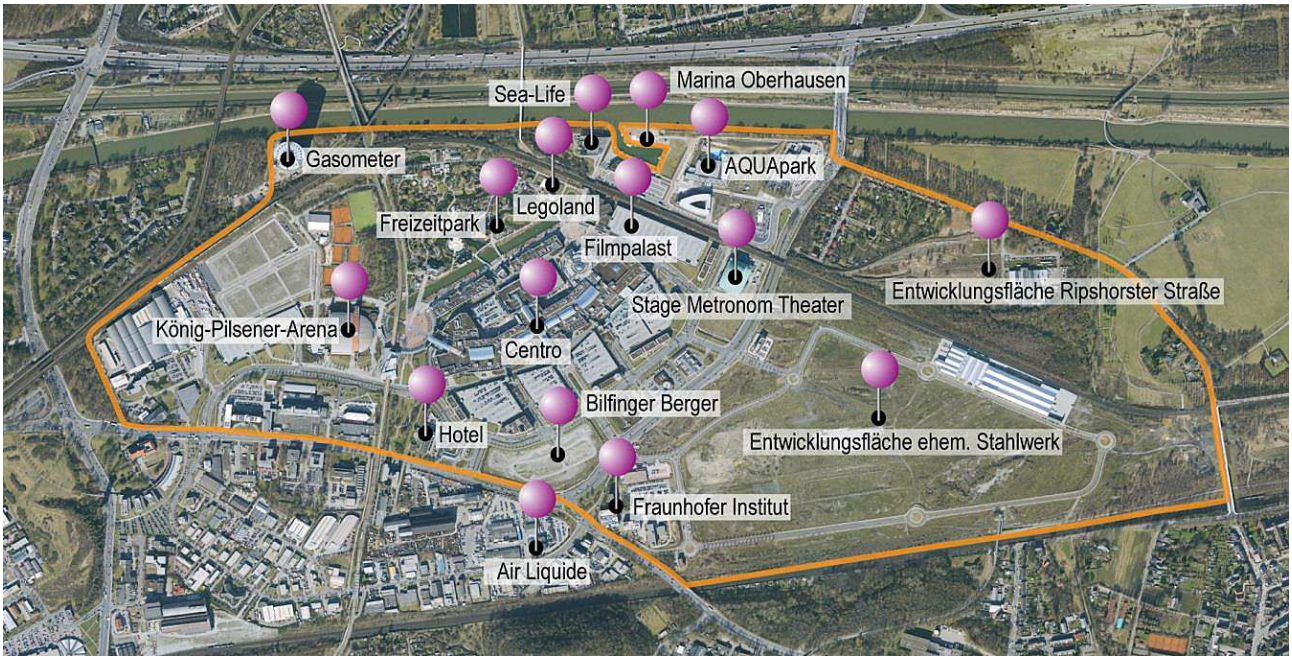


Abb. 5 Derzeitige Nutzungen im Bereich Neue Mitte

Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 entspricht den Zielen des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) und des Stadtentwicklungskonzeptes 2020 (STEK). In den Zielen 44 und 45 des RFNP sowie in der Maßnahme 5.1 des STEK wird ausgeführt, dass unter anderem die ÖPNV-Netze zu verknüpfen und regional aufeinander abzustimmen sind. Dabei sind leistungsfähige Schienen- und ÖPNV-Schnellverbindungen im Verlauf der

Entwicklungsachsen (Direktverbindungen zwischen Attraktoren) für die Fortentwicklung des regionalen Verkehrsnetzes von besonderer Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 wird hervorgehoben, dass die Verlängerung nicht nur der stadtgrenzenübergreifenden Anbindung durch den ÖPNV dient, sondern die Linie 105 durch die Verbindung der beiden Hauptbahnhöfe Essen und Oberhausen auch an regionaler Bedeutung gewinnt, die sich nicht allein auf die zentrenverbindende Funktion beschränkt. Gerade mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 besteht die Chance die bestehenden Angebote der beiden Städte aber auch den Übergangsbereich zwischen den Städten durch eine optimierte ÖPNV-Anbindung weiter aufzuwerten. Für die Bürgerinnen und Bürger beider Städte werden die jeweiligen Angebote der Wohn-, Arbeits-, Freizeit- und Einkaufsstandorte besser erreichbar und damit noch attraktiver.

Für den Bereich der Neuen Mitte ergibt sich durch den geplanten Bau von vier weiteren Haltestellen eine hervorragende Vernetzung aller Attraktionen dieses überregional bedeutsamen Areals. Die Angebote für Einkaufen, Freizeit und Erholung mit den entsprechenden Arbeitsplätzen können noch enger vernetzt und verzahnt werden. Nicht zuletzt werden sich aufgrund der neuen Anbindung des Stahlwerksgeländes hier neue Nutzungs- und Verwertungsperspektiven ergeben, die insgesamt zu einer weiteren städtebaulichen Aufwertung des Bereiches führen werden.
Zusammenfassend ergeben sich folgende städtebaulich relevante Effekte:

- Verbesserung der Vernetzung der Städte Oberhausen und Essen. Dies gilt sowohl für die zentralen Versorgungsbereiche als auch für die Randbereiche.

- Hervorragende interne Erschließung der Neuen Mitte und damit verbunden noch bessere Vernetzung der vorhandenen Einkaufs-, Freizeit und Erholungsangebote.

- Entwicklungsimpulse für die bisher noch nicht genutzten Flächen im Bereich des Stahlwerksgeländes. Eine gute Anbindung an den ÖPNV gehört zu den sogenannten weichen Standortfaktoren, die bei Standortentscheidungen eine immer wichtigere Rolle spielen.

- Zusätzliche Entwicklungsimpulse für die wenigen noch nicht bebauten Flächen an der Marina durch die bessere ÖPNV-Anbindung.

- Verbesserung der Anbindung der Siedlung Ripshorst und der dort angrenzenden Entwicklungsflächen. Nicht nur für die jetzigen Anwohnerinnen und Anwohner sondern auch für die zukünftige Entwicklung der angrenzenden Flächen ist eine verbesserte Anbindung an den ÖPNV ein wichtiger Faktor zur Attraktivierung des Standorts.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der geplanten Linienführung eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch den mit dem Betrieb einer Straßenbahn verbundenen Lärmbelastungen auf ein Minimum reduziert werden kann. Dies ist in einer hochverdichteten Region wie dem Ruhrgebiet nahezu ein Alleinstellungsmerkmal.

Verkehrliche und betriebliche Begründung

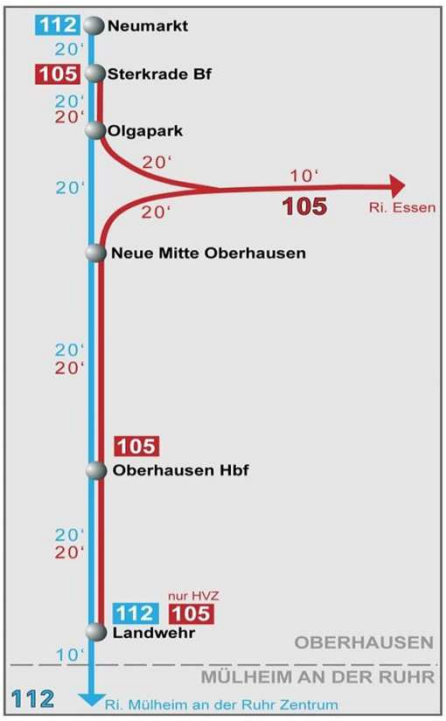
Hauptziel der städtischen Verkehrsplanung ist ein stadtverträgliches Verkehrssystem mit Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr).

Über die zentrale ÖPNV - Achse, die zwischen den Bahnhöfen Oberhausen Hauptbahnhof und Oberhausen - Sterkrade eine Trasse benutzt, die unabhängig vom motorisierten Individualverkehr (MIV) ist und das Gelände der Neuen Mitte zentral durchquert, werden Straßenbahn- und Buslinien geführt, welche die nördlichen und südlichen Stadtteile untereinander und mit der Neuen Mitte verbinden.
Neben der Erschließungsfunktion nimmt die Strecke VI aber auch eine herausragende Verbindungs- und Austauschfunktion zwischen dem Mittelzentrum Oberhausen und dem Oberzentrum Essen ein. Insbesondere in die westlichen Stadtteile Essens wird die Fahrzeit durch die hochwertige Direktverbindung so verkürzt, dass deutliche Verlagerungswirkungen vom MIV zum ÖPNV erzielt werden können und der Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr auf den betroffenen Verbindungen wesentlich gesteigert werden kann.

Mit der Realisierung der Verbindung zur Linie 105 in Essen gelingt es, einen regionalen Lückenschluss im Straßenbahnnetz des westlichen Ruhrgebiets zu vollziehen.

Die Fahrten zwischen den beiden Städten werden mit dem Lückenschluss nicht nur schneller sondern auch bequemer für alle ÖPNV-Nutzer. Berufspendler haben somit eine direkte Verbindung zwischen den Essener und Oberhausener Zentren, Studenten, die in Oberhausen leben, erreichen den Uni-Campus in Zukunft problemlos, Kulturinteressierte aus beiden Städten können das Angebot bequem wahrnehmen. Diese Vorteile werden auch dazu führen, dass mehr Menschen als bislang auf das umweltfreundliche Verkehrsmittel Straßenbahn umsteigen, auch weil damit die persönlichen Mobilitätskosten sinken werden.

Darüber hinaus ist die Straßenbahn ein sicheres Verkehrsmittel, da das Unfallrisiko 90mal geringer ist, als bei einer Pkw-Fahrt.



Das geplante Betriebskonzept sieht auf Oberhausener Stadtgebiet eine alternierende Bedienung durch die Straßenbahnlinie 105 bis zu den Haltestellen Oberhausen Hbf. (in der Hauptverkehrszeit bis Oberhausen-Landwehr) und Oberhausen-Sterkrade Bahnhof vor. Hierdurch kann das Angebot an Direktverbindungen zwischen Oberhausen und Essen erheblich ausgeweitet und der verkehrliche Nutzen der geplanten Strecke maximiert werden.

Abb. 6 Betriebskonzept

Verkehrsnachfrage

Die Verkehrsnachfrage bei Realisierung der Weiterführung ergibt sich aus:

- Verlagerungen zwischen MIV und ÖV
- Generierung neuer ÖPNV Fahrten sowie
- ÖV-interne Verlagerungen

Aufgrund der Verbesserungen des ÖPNV-Angebotes durch die Weiterführung der Linie 105 werden rd. **8.400** zusätzliche Fahrten pro Werktag im ÖV prognostiziert. Davon sind rd. 6.770 vom MIV auf den ÖV verlagerte Verkehre.

Durch den ÖV-Neuverkehr und Verlagerungen innerhalb des Netzes ergibt sich auf der Straßenbahnstrecke eine Querschnittsbelastung von bis zu 10.500 Fahrten pro Werktag. Im Bereich der vorhandenen ÖPNV-Trasse in der Neuen Mitte werden abschnittsweise 2.000 bis 3.000 zusätzliche ÖV-Fahrten generiert.

Reisezeiteinsparungen

Die Reisezeiteinsparungen der Linie 105 liegen in den Direktverbindungen begründet. Ziele, die bislang nur mit einem oder mehreren Umstiegen zu erreichen waren, können mit der Linie 105 umstiegsfrei erreicht werden. Hier ist eine deutliche Reduzierung der Reisezeiten zu erkennen (siehe Abbildung 7). Letztendlich macht dies die besondere Attraktivität dieser Relation aus.

Von	Nach	Dauer (inkl. Umsteigen) nach heutigem Fahrplan in min	Umsteigehäufigkeit	Linien	Künftige Fahrzeit Linie 105 in min	Delta
Oberhausen Hbf	Essen Borbeck Süd Bf	28	1	S3, S9	26	-2
	Essen Franziskus Haus	28	1	143, 105	19	-9
	Essen Frintroper Höhe	37	1	143, 105	16	-21
	Essen Hbf	17	0	S3	41	24
Oberhausen Gasometer	Essen Rheinischer Platz	47	1	185, 105	30	-17
	Essen Berliner Platz	46	1	185, 105	29	-17
	Essen Thyssen Krupp	45	1	185, 105	28	-17
	Essen Borbeck Süd Bf	36	1	185, 105	19	-17
	Essen Franziskus Haus	29	1	185, 105	17	-12
	Essen Frintroper Höhe	26	1	185, 105	9	-17
Oberhausen Sealife Marina (Centro)	Essen Rheinischer Platz	51	3	954, SB91, S3, 145	29*	-22
	Essen Berliner Platz	48	3	954, SB91, S3, 145	28*	-20
	Essen Thyssen Krupp	46	3	954, SB91, S3, 145	27*	-19
	Essen Borbeck Süd Bf	48	3	954, SB92, 185, 105	18*	-30
	Essen Franziskus Haus	41	3	954, SB92, 185, 105	16*	-25
	Essen Frintroper Höhe	38	3	954, SB92, 185, 105	8*	-30
Oberhausen OLGA-Park	Essen Rheinischer Platz	39	3	SB90, S3, 145, 105	34	-5
	Essen Berliner Platz	38	2	SB90, S3, 145	32	-6
	Essen Thyssen Krupp	36	2	SB90, S3, 145	31	-5
	Essen Borbeck Süd Bf	31	2	112, 185, 105	21	-10
	Essen Franziskus Haus	24	2	112, 185, 105	14	-10
	Essen Frintroper Höhe	21	2	112, 185, 105	11	-10
Oberhausen MAN TURBO	Essen Rheinischer Platz	43	2	SB90, S3, 145	36	-7
	Essen Thyssen Krupp	43	2	SB90, S3, 145	33	-10
	Essen Borbeck Süd Bf	33	2	960, 185, 105	23	-10
	Essen Franziskus Haus	26	2	960, 185, 105	16	-10
	Essen Frintroper Höhe	23	2	960, 185, 105	13	-10
Oberhausen Sterkrade Bf	Essen Frintroper Höhe	25	2	960, 185, 105	15	-10
	Essen Borbeck Süd Bf	35	2	960, 185, 105	25	-10
	Essen Berliner Platz	31	2	RE5, S2, U17**	35	4**
	Essen Hbf	27	1	RB33, S3**	40	13**

*Linie 105 im 10-Minuten Takt

**Verbindung wird im Ohnefall nur stündlich angeboten

Anmerkung:
heute keine Haltest. Gasometer
heute ca 13 min Fußweg bis Oberhausen Neue Mitte

Abb. 7 Reisezeiteinsparungen

Umweltaspekte

Eine Attraktivierung des Nahverkehrsangebotes, wie durch die Straßenbahnstrecke VI, führt zu einer Verringerung der Luftverschmutzung und der Lärmbelastung. Die Straßenbahn ist hier ein wichtiger Baustein, denn sie gehört zu den umweltfreundlichsten Fortbewegungsmitteln in der Stadt. Die Straßenbahn verbraucht im Vergleich zum Auto 50% weniger Energie um einen Kilometer/Person zurückzulegen. Die CO_2-Emissionen sind auch um 50% geringer als beim Auto, die NO_x-Emission (Stickoxide) reduzieren sich sogar um 75% und PM10-Emissionen (Feinstaub) entstehen erst gar nicht. Noch besser sieht die Umweltbilanz aus, wenn Erneuerbare Energien genutzt werden. Damit leistet die Straßenbahn einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Planfeststellungsverfahren

Die Gültigkeit des vorliegenden Planfeststellungsbeschlusses gem. §§ 28ff Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ist 2010 abgelaufen, daher ist ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Hierfür wurden die Trassenplanung sowie alle Fachplanungen aktualisiert und an die derzeitigen Standards und Erfordernisse angepasst.

Im Planungsprozess wurde die Maßnahme mit den betroffenen Fachabteilungen der Städte Oberhausen und Essen, den Verkehrsbetrieben, den Grundstückseigentümern, den betroffenen Versorgungsträgern und verschiedenen Trägern öffentlicher Belange, wie etwa der Feuerwehr, abgestimmt. Für die Feuerwehr wurde insbesondere ein detailliertes Rettungskonzept entwickelt.

Bestandteile des Planfeststellungsantrages sind neben den technischen Erläuterungen auch Studien zur Umweltverträglichkeit und der Landschaftspflegerische Begleitplan.

Ende August 2014 wurden die Antragsunterlagen bei der Bezirksregierung Düsseldorf zur Vorprüfung eingereicht. Ein formaler Antrag wurde noch nicht gestellt.

Standardisierte Bewertung (Nutzen-/Kostenberechnung)

Bei ÖPNV-Maßnahmen, die gemäß dem Bundesprogramm des GVFG gefördert werden sollen (ab 50 Millionen Euro zuwendungsfähige Kosten), hat eine Standardisierte Bewertung zu erfolgen.

Um dem Zuwendungsgeber (Bund & Land) die Möglichkeit zu geben, die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen verschiedener Investitionsmaßnahmen untereinander vergleichen zu können und um eine transparente Entscheidungsgrundlage zur Verfügung zu haben, wurde erstmals im Jahre 1979 im Auftrag des Bundesministers für Verkehr eine „Anleitung für die Standardisierte Bewertung von Verkehrsinvestitionen des ÖPNV**“** erstellt und zuletzt 2006 fortgeschrieben. Diese umfasst eine Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit und eine Folgekostenrechnung, die den örtlichen Entscheidungsträgern alle für sie relevanten Einnahmen und Ausgaben aus betriebswirtschaftlicher Sicht verdeutlicht. Darüber hinaus entscheidet der Fördergeber auf Grundlage der Standardisierten Bewertung über die Förderwürdigkeit einer Investitionsmaßnahme.

Bewertet werden die Unterschiede zwischen Mit- und Ohnefall im Hinblick auf

- Reisezeiten im ÖPNV,
- Pkw-Betriebskosten,
- ÖV-Gesamtkosten ohne Kapitaldienst für die ortsfeste Infrastruktur des ÖV im Mitfall,
- Unfallschäden,
- CO_2-Emissionen,
- Emissionskosten weitere Schadstoffe und Geräuschbelastung.

Diesen auf der Nutzenseite erfassten Indikatoren wird auf der Kostenseite der Kapitaldienst für die ortsfeste Infrastruktur im Mitfall gegenübergestellt.

Für die Förderung nach dem GVFG ist ein Nutzen-Kosten-Verhältnis größer als 1 (d. h. die Nutzen sind größer als die Kosten) ausschlaggebend.

Die Verfahrensanleitung zur Standardisierten Bewertung sieht vor, dass die jeweiligen in die Berechnung eingehenden Rahmenbedingungen und Parameter in Abstimmung mit dem VRR als Prüfungsinstitution des Finanzierungsantrages, dem Land und dem Bund erfolgen muss. Dazu haben mehrere Termine stattgefunden, zuletzt am 14. Oktober 2014 in Oberhausen.

Als wesentliches Ergebnis der Standardisierten Bewertung für die Stecke VI ist festzuhalten, dass die volkswirtschaftliche Rentabilität des Straßenbahnvorhabens eindeutig nachgewiesen ist. Es ergibt sich ein Nutzen-Kosten-Indikator (NKI) von **2,04**.

Ein NKI von 1,0 bringt zum Ausdruck, dass das Nutzen-Kosten-Verhältnis ausgeglichen ist und die Durchführung der Maßnahme bereits rechtfertigt. Bei einem NKI von 2,04 übersteigt der Nutzen die Kosten um das Doppelte.

Die formale Frage hinsichtlich der Förderfähigkeit ist somit positiv beantwortet.

Kosten und Finanzierung

Die Nettogesamtinvestitionen der Maßnahme betragen rd. 73 Mio. Euro, die verfahrenskonform mit 10% Planungskosten zu beaufschlagen sind. Insgesamt ergeben sich so rd. 81 Mio. Euro (Preisstand 2014), die sich wie folgt auf die Gewerke aufteilen:

Stand 2014	**[T€]**
Grunderwerb	2.035
ÖV-Trasse (ohne Brückenbauwerke)	8.270
Gleise	4.918
Weichen	447
Bahnsteige	3.427
Ingenieurbauwerke (inkl. Brücken)	31.198
Ausrüstung	15.257
Leitungsverlegung	2.401
Verkehrswege IV	549
Sonstiges (Grünflächen, Lärmschutz etc.)	4.747
Summe	73.249
zzgl. 10% Planungskosten	7.325
Summe Investitionen	**80.574**

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt mit Mitteln aus dem GVFG-Bundes- bzw. Landesprogramm. Im Rahmen des GVFG gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (§1 GVFG).
Die zugewiesenen Mittel sind somit zweckgebunden und können im kommunalen Haushalt nicht anderweitig verwendet werden.

Bis 2019 erhalten die Länder als Finanzausgleich noch Mittel aus dem Entflechtungsgesetz. Spätestens ab 2020 fallen die Bundesmittel komplett weg. Eine Nachfolgeregelung ist nach derzeitigem Stand noch nicht in Sicht.

Zur Finanzierung der zuwendungsfähigen Kosten werden folgende Förderquoten in Ansatz gebracht:

Finanzierung nach dem GVFG-Bundesprogramm ÖPNV

- 60% Bundesfinanzhilfen
- 30% ergänzende Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW)
- 10% Eigenmittel STOAG

Finanzierung nach dem GVFG-Landesprogramm ÖPNV

- 90% Landesmittel NRW
- 10% Eigenmittel STOAG (sowie die Anteile der Städte Essen und Oberhausen)

(Die Förderquote von 90 % wurde im Rahmen eines Abstimmungstermins am 14. Oktober 2014 mit den Vertretern von Bund, Land und VRR vereinbart)

Somit ergibt sich folgende Kostenverteilung:

Bund	42.033 T€
Land	24.213 T€
STOAG	13.163 T€
Stadt OB	0.280 T€
Stadt E	0.580 T€
Dritte (Vers.träger)	0.305 T€

In den Kostenanteilen der STOAG sowie der Städte OB und E sind auch die nichtzuwendungsfähigen Kosten enthalten.

Folgekostenrechnung

Die Folgekostenrechnung soll ein möglich realistisches und transparentes Bild zeichnen, wie sich das Investitionsvorhaben im Hinblick auf die finanzwirtschaftlichen Folgen (Ein- und Ausgabeströme) und auf die Erfolgsseite (Gewinn- und Verlustrechnung) des Vorhabenträgers auswirkt.

Um dynamische Effekte wie Preissteigerungen und Nachfrageänderungen zu berücksichtigen, wird die Kapitalwertmethode als Ansatz angewendet.

Für das Investitionsvorhaben Straßenbahnstrecke VI wird folgender Betrachtungszeitraum definiert:

- Planungsbeginn 2015
- Baubeginn 2016
- Inbetriebnahme 2019
- Ende der Betrachtung 2048

Zu den **Ausgaben** im Betrachtungszeitraum zählen die Kosten für die Infrastruktur und die Betriebsführung.

Infrastruktur
- Investitionen Fahrweg
- Unterhaltung Fahrweg

Betriebsführung
- Reinvestition Fahrzeuge
- Unterhaltung und Energiekosten Fahrzeuge
- Personal
- Marketing, Vertrieb und allgemeiner Overhead

Den Ausgaben stehen im Betrachtungszeitraum folgende **Einnahmen** gegenüber:

- Fahrgeld (Schüler und Erwachsene)
- Sonstige Einnahmen (Vermietung Werbeflächen an Straßenbahnen und Haltestellen)

Der im Vergleich zum Ohnefall zusätzlich im Jahr der Inbetriebnahme abzudeckende durchschnittliche Fehlbetrag unter Berücksichtigung aller Kostenbestandteile zum Bau und Betrieb der Strecke VI über 30 Jahre beläuft sich auf rund 300 T€ pro Jahr.

Zeitplan

Da die Maßnahme aus den Fördertöpfen von Bund und Land bedient werden soll, ist die Realisierung zeitlich gebunden an das Auslaufen des GVFG.

Folgender Zeitplan zur Realisierung wurde mit den Zuschussgebern abgestimmt:

August 2014	Abgabe Planfeststellungsunterlagen
Februar 2015	Abgabe Förderantrag
Februar 2015 bis März 2016	Ausführungsplanung & Vorbereitung der Vergabe
Januar 2016	Baubeginn
Dezember 2018	Inbetriebnahme
Dezember 2019	Schlussverwendungsnachweis GVFG

Abkürzungsverzeichnis

CO_2	Kohlenstoffdioxid
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
IGVP	Integrierte Gesamtverkehrsplanung
IV	Individualverkehr
MIV	Motorisierter Individualverkehr
NKI	Nutzen-Kosten-Indikator
NO_x	Stickoxide
NVP	Nahverkehrsplan
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV	Öffentlicher Verkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PM10	Particular Matter (Feinstaub) mit weniger als 10 Mikrometer Teilchengröße
RFNP	Regionaler Flächennutzungsplan
STEK	Stadtentwicklungskonzept
STOAG	Stadtwerke Oberhausen GmbH
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0568-01	Termin 09.02.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
26.01.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
09.02.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Bereitstellung eines außerplanmäßigen Auszahlungsbudgets im Produktbereich 12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Produktgruppe 1201 - Öffentliche Verkehrsflächen -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt die Bereitstellung eines außerplanmäßigen Auszahlungsbudgets in Höhe von 178.000,00 EUR im Produktbereich 12, Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV, Produktgruppe 1201 – Öffentliche Verkehrsflächen – für die Baumaßnahme „Umbau der Bushaltestelle Eugen-zur-Ring/Steinbrinkstraße“, Finanzstelle 560012010600100, Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen

Deckungsvorschlag
Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeit. Die verbindliche Gesamtkreditvorgabe der Bezirksregierung wird eingehalten.

Stellv. Bereichsleiter Bereich 5-6/Tiefbau	Dez. 4/Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und –planung	Kämmerer	Oberbürgermeister
Klockhaus **07.01.2015**	**Lauxen** **08.01.2015**	**Tsalastras** **13.01.2015**	**Wehling** **14.01.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0568-01	Termin 09.02.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Mit der Umsetzung der Maßnahme „Ausbau der Bushaltestelle Sterkrade; Eugen-zur-Nieden-Ring/Steinbrinkstraße“ wurde am 22.09.2014 begonnen.

Durch den Umbau der o. g. Haltestelle werden die vorhandene Busbucht sowie der Gehweg auf einer Länge von 100 m ausgebaut. Der Ausbau soll u. a. den Komfort der Barrierefreiheit erhöhen. Dies wird durch den neu zu erstellenden, geraden Verlauf der Fahrbahnrandhaltestelle erwirkt, wodurch die Busse näher an den Bordstein herangeführt werden können. Des Weiteren wird die Kapazität von zurzeit zwei Buslinien auf drei Linien erhöht. Bei der Durchführung der Baumaßnahme traten unvorhergesehene Probleme in Bezug auf im Boden verlegte Kabel auf, die Mehrkosten und zeitliche Verzögerungen mit sich brachten (Drucksachen-Nr. B/16/0355-01).

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 wurde davon ausgegangen, dass die Maßnahme „Ausbau der Bushaltestelle Sterkrade, Eugen-zur-Nieden-Ring/Steinbrinkstraße“ noch im Jahre 2014 baulich fertig gestellt und somit auch kassentechnisch komplett abgewickelt wird.

Da die Fertigstellung und Abrechnung der Baumaßnahme “Ausbau der Bushaltestelle Sterkrade, Eugen-zur-Nieden-Ring/Steinbrinkstraße“ erst im Jahre 2015 erfolgen wird, ist eine finanztechnische Abwicklung im Haushaltsjahr 2015 und somit in der Finanzrechnung 2015 erforderlich. Die Gesamtkosten der Maßnahme erhöhen sich nicht.

Es wird ein außerplanmäßiges Auszahlungsbudget für die Weiterführung der im Jahre 2014 begonnenen Baumaßnahme in Höhe von insgesamt 178.000,00 EUR benötigt.

Eine Deckung der notwendigen außerplanmäßigen Auszahlungen kann durch Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeit in gleicher Höhe sichergestellt werden.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/0574-01**	**Termin** **09.02.2015**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
26.01.2015	Finanz- und Personalausschuss Jugendhilfeausschuss Rat der Stadt	K K B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen im Deckungsring "Jugend"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von **800.000 EUR** im Finanzplan 2015 bei der Produktgruppe 0604 –Erzieherische Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Prävention - im Deckungsring „Jugend“ zu.

Auswirkungen auf den Ergebnisplan 2015 ergeben sich nicht.

Finanzposition	**Bezeichnung**	**ÜPL-Betrag**
7230.00	Erstattungen an Gemeinden	**800.000 €**

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter **Bereich 3-1** **Herr Gohlke**	**Dezernentin** **Dez. 3** **Frau Münich**	**Kämmerer** **Dez. 1** **Herr Tsalastras**	**Oberbürgermeister** **Herr Wehling**
07.01.2015	**09.01.2015**	**13.01.2015**	**14.01.2015**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beschlusskontrolle:**	**Beteiligung:**
Anhörung (A)	**Zustimmung (Z)**		
Kenntnisnahme (K)	**Ablehnung (A)**	**Ja oder nein**	**Personalrat [ ]**
Vorberatung (V)	**Änderung (Ä)**		
Beschlussfassung (B)	**Anhörung vollzogen (AV)**		**Gleichstellungsstelle [ ]**
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0574-01	Termin 09.02.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/0574-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Mit Ratsbeschluss vom 15.12.2014 wurde eine Rückstellung in Höhe von 800.000 EUR für die Produktgruppe 0604 in der Ergebnisrechnung 2014 berücksichtigt. Die Rückstellung bei den Regionalteams war notwendig für die kostenerstattungspflichtigen Leistungen anderer Gemeinden.
Andere Gemeinden gehen beispielsweise in Vorleistung für Pflegekinder, bei denen Sonderzuständigkeit nach §86.6 SGB VIII greift und wo Kostenerstattungspflicht nach §89.a SGB VIII für das Jugendamt Oberhausen entsteht (nach zwei Jahren geht die örtliche Zuständigkeit an das Jugendamt, in dessen Stadt das Kind lebt, die Kosten müssen aber von der vorher zuständigen Kommune übernommen werden). Diese Gemeinden können auch im Laufe des Haushaltsjahres Rechnungen begleichen lassen, für die oben genannte Rückstellungen gebildet wurden.

Im Jahr 2015 ergeben sich durch die Auflösung der Rückstellung keine Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung, gleichwohl aber auf die entsprechende Finanzrechnung, da zusätzliche liquide Mittel benötigt werden. Folglich wird der Ergebnisplan 2015 nicht belastet, es entstehen keine Mehraufwendungen.

Der Finanzplan 2015 wurde bereits im November 2014 verabschiedet, so dass die zusätzlichen Mittel im Finanzplan 2015 noch keine Berücksichtigung finden konnten. Die volle Inanspruchnahme der Rückstellung wird dazu führen, dass im Deckungsring Jugend im Rahmen des Finanzplanes nicht mehr genügend liquide Mittel zur Verfügung stehen werden, obwohl im Ergebnisplan noch freie Budgets ausgewiesen wird.

Entsprechend sind im Rahmen des Finanzplanes 2015 die Mittel zur Auszahlung der Rückstellung in Höhe von 800.000 EUR bereitzustellen. Die Deckung erfolgt durch die Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0646-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
05.03.2015	Umweltausschuss	V		
12.03.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
23.03.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Fortführung der mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Bürger-Energieberatung der Verbraucherzentrale in Oberhausen durch städtischen Eigenanteil

Beschlussvorschlag

2015
Der Rat stimmt der Weiterführung der Bürger-Energieberatung durch die Verbraucherzentrale NRW in Oberhausen zu. Für das mit Landes- und EU-Mitteln geförderte Projekt wird der notwendige städtische Eigenanteil für die Vertragslaufzeit von 3 Jahren bereitgestellt (Förderzeitraum bis Ende 2017).

Der Rat beschließt folgende Bereitstellung der notwendigen außerplanmäßigen Mittel zur Leistung der Aufwendungen / Auszahlungen:

Produkt: 140101 / Umweltmanagement und Immissionsschutz
Auftrag: 220014010190 / Umweltmanagement und Immissionsschutz
Sachkonto: 531800 / Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag: 40.416,00 Euro (März – Dezember 2015)

Deckung: Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

2016 / 2017
Die weitere Abwicklung für 2016 bis 2017 wird entsprechend der Ausführung zu den finanziellen Konsequenzen beschlossen.

Bereichsleiter Bereich 2-2 / Umweltschutz	Dezernat 4 / Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und –planung	Kämmerer	Oberbürgermeister
Werntgen-Orman 09.02.2015	Lauxen 09.02.2015	Tsalastras Datum	Wehling Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0646-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Die mit Landes- und EU-Mitteln geförderte Energieberatung der Verbraucherzentale NRW in Oberhausen über 3 Jahre hat ein **Gesamtvolumen von 405.000 Euro**. Sie setzt sich aus zwei Personalstellen (Ingenieursstelle und Verwaltungskraft) sowie Sachmitteln zusammen, die jeweils von der Verbraucherzentrale NRW gestellt werden.

Der jährliche kommunale Eigenanteil beträgt pauschal 57.500 Euro. Er reduziert sich im Jahr 2015 um 9.584 Euro für die nicht in Anspruch genommenen Monate Januar und Februar. Er reduziert sich zudem pro Jahr um 7.500 Euro als pauschale Verrechnung von Miet- und Nebenkosten bei Unterbringung der Beratung in Räumlichkeiten der Stadt. Für die Jahre 2016 und 2017 können zudem Drittmittel der DSD-Finanzierung (Duales System Deutschland) von jeweils 20.000 Euro bereitgestellt werden. Diese Finanzmittel werden direkt aus Produkt: 110201 / NKF-Auftrag: 220011020101 / Sachkonto: 529152 gezahlt. Die Zahlung ist zuschussunschädlich.

Es verbleibt somit folgende, noch aus dem Gesamthaushalt zu leistende Eigenanteilsfinanzierung (ca. 25 % der Gesamtprojektkosten):

im Jahr 2015	40.416 Euro
im Jahr 2016	30.000 Euro
im Jahr 2017	30.000 Euro.

In 2015 wird der Eigenanteil von 40.416,00 Euro bei NKF-Auftrag: 220014010104, Sachkonto: 531800 bereitgestellt.

In 2016 und 2017 wird der jährliche Betrag von 30.000,00 Euro über die Haushaltsplanung bei der vorgenannten Haushaltsposition entsprechend angemeldet.

Begründung

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale in NRW zeichnet eine besondere Einrichtung in Oberhausen aus: Seit über 10 Jahren engagiert sich die Verbraucherzentrale mit einem bisher ausschließlich durch Landes- und EU-Mittel finanzierten Energieberatungsbüro in unserer Stadt. Gestartet unter dem Namen „*Sanierungsinitiative Ruhrgebiet*“, später „*KEK – Klimaschutz und Energiewende Konkret*“, war die Einrichtung als Sonderstellung neben Dortmund nur eine von zwei Einrichtungen im Ruhrgebiet, die bisher ohne städtische Eigenbeteiligung betrieben werden konnte. In dieser Zeit hat sie durch Ihre qualifizierten Energieberater zahlreiche Bürgerberatungen vor Ort und viele Projekte, wie etwa die Thermografieaktion, durchgeführt. Ihre Bedeutung für die Stadt spiegelt sich auch im Klimaschutzkonzept der Stadt Oberhausen wieder, in dem die Verbraucherzentrale mit Ihrer Energieberatung in Oberhausen als ein wesentlicher Akteur und Ansprechpartner benannt ist. In einem jetzt erweiterten Programm bietet die Energieberatung der Verbraucherzentrale ausdrücklich auch Quartiersberatung an, was die Ausrichtung noch flexibler und für Oberhausen zusätzlich nutzbringend in den Stadtteilprojekten machen würde. Gerade in der Altbausanierung ist qualifizierte Energieberatung unerlässlich. Öffentlichkeitsarbeit, etwa mit Veranstaltungen und Vorträgen im Energiebereich, ist ebenfalls Baustein des Projekts.

Die Verbraucherzentrale hat der Stadt Oberhausen 2014 schriftlich mitgeteilt, dass eine alleinige Weiterfinanzierung der o. g. Energieberatung ohne Eigenanteil der Stadt ab 2015 nicht mehr möglich sein würde. Das Büro - mit bisherigem Sitz an der Helmholtzstraße -müsste geschlossen werden, die Verbraucherzentrale zöge sich mit dem Energieberatungsbüro damit ganz aus Oberhausen zurück.
57.500 Euro müssten seitens der Stadt Oberhausen jährlich aufgebracht werden. Ein Teil des Geldes könnte die Stadt durch Bereitstellung von Räumlichkeiten gegenfinanzieren, so dass jedoch noch eine Finanzierungslücke von rund 50.000 Euro verbleibt. Den Hauptanteil der insgesamt anfallenden Kosten von jährlich 135.000 Euro stellt die Verbraucherzentrale über Landes- und EU-Mittel bereit. Diese Förderung würde der Stadt sonst entgehen.

Die Verwaltung hat in den letzten Monaten intensiv versucht, den Eigenanteil gegebenenfalls aus anderen Projektfinanzierungen aufzubringen. Auch andere Fördermöglichkeiten wurden geprüft. Weder Mittel aus dem Programm Soziale Stadt noch KfW-Mittel zur Quartierssanierung können verwendet werden.

Ziel ist es, die seit mehr als 10 Jahren bestehende Kooperation mit der Verbraucherzentrale zur Energieberatung auch weiterhin zu sichern. Dem finanziellen Eigenanteil steht ein erheblicher Vorteil für die Stadt gegenüber, indem für die Bürger qualifizierte Energieberatung sowohl durch individuelle Objektberatung als auch durch gesamtstädtische Projekte bzw. auf Quartiersebene angeboten wird.

Ein Weggang wäre nach Einschätzung der Verwaltung nicht rückgängig zu machen, weil dann die Aufgabe voraussichtlich in eine andere Stadt verlagert wird.

Eine Projektbeschreibung ist der Anlage zu entnehmen.

Anlage/n

Projektbeschreibung Energieberatung

Anlage: Projektbeschreibung Energieberatung



Das Energieberatungsangebot der Verbraucherzentrale in Oberhausen

Das EU- und Landes geförderte Energieprojekt der Verbraucherzentrale NRW bietet Kommunen, die bereit sind einen finanziellen Eigenanteil zu tragen, neben den Basis-Energieberatungsangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW, ein umfangreiches Leistungspaket, das mit einem/einer festangestellten Energieberater/in verbunden ist an.
Die langjährige Erfahrung der Verbraucherzentrale NRW zeigt, dass es nicht ausreicht, Energieberatungs-Angebote vorzuhalten. Vielmehr ist es notwendig, Aufwand in die Aufmerksamkeit, das Interesse, die Aufklärung und die Motivation der privaten Haushalte zu investieren, um konkrete Handlungsanreize zu schaffen.

Leistungspaket des Energieprojektes der Verbraucherzentrale NRW

- Ein/e Energieberater/in vor Ort als direkter Ansprechpartner für die Bürger in der Kommune zu allen Fragen rund um das Thema Energie.
- Beratung von Bürgerinnen und Bürger in ihrem zu Hause zu allen Themen der energetischen Modernisierung und Sanierung, Förderprogramme, Erneuerbaren Energien, Feuchte- und Schimmel, u.v.m. Über die Beratung vor Ort hinaus wird eine telefonische und schriftliche Beratung von Verbrauchern zu Fragen von Energieeffizienz, Energiesparen und der erneuerbaren Energien angeboten.
- Beratungs-Sonderaktionen, wie Thermografie-Aktionen, Beratungen im Quartier, Migrantenberatung, u.v.m.
- Stärkung und Förderung lokaler Netzwerke unter Beteiligung von Verwaltung, Handwerk, Architekten, Ingenieuren, Energieversorgern, Verbänden und Wissenschaft.
- Kooperationen wie z.B. Wohnungsnutzungsberatung in Zusammenarbeit mit Wohnungbaugesellschaften.
- Öffentlichkeitswirksamen Aktionen: In den letzten Jahren wurden bürgernahe Themen wie Wärmepumpe, Kaminofen, energiesparende und sichere Haustür, Solarstrom und Energieausweise aufbereitet. Diese gingen einher mit umfangreicher Pressearbeit, wie Interviews, Pressemitteilungen und Pressegesprächen.

- Unterstützung bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes Oberhausen
- Breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit: Zusammenarbeit mit Medien, Pressearbeit, Interviews
- Campaigning-Aktionen zu den Themen Energie und Klimaschutz mit einem eigenen professionellen Messestand. Im Rahmen von lokalen Messen, Stadtfesten, Wochenmärkten, in Bibliotheken oder auch im Zusammenhang mit Veranstaltungen tritt der/die Energieberater/in auf, um auch Menschen für Energiesparmaßnahmen zu interessieren , die bisher keinen Zugang zu diesen Themen hatten.
- Bildungsarbeit Schüler und Jugendliche werden für Energiethemen zu sensibilisieren. Die "Energiespardetektive" richten sich an Grundschüler und behandeln das Thema Stromsparen, die "Warm-up-Schulhofaktion" spricht die 5.-6. Klassen mit dem Thema Erneuerbare Energien an und ein zukünftiges Angebot soll die 7.- 8. Klasse zu Themen aus dem Bereich Energieeffizienz informieren.

Wie oben ausgeführt, sind die im Leistungspaket des Projektes vorhandenen Zusatzleistungen nur in Verbindung mit einem kommunalen Finanzierungsanteil am Projekt möglich. Die sehr konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Verbraucherzentrale NRW und der Stadt Oberhausen ließe sich im Rahmen einer Projekt- Zusammenarbeit gewinnbringend für beide Seiten ausbauen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0689-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
04.03.2015	Schulausschuss	V		
	Jugendhilfeausschuss	V		
	Finanz- und Personalausschuss	V		
	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für BuT Schulsozialarbeit 2015-2017

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die Fortführung der durch das Bildungs- und Teilhabepaket geförderten Schulsozialarbeit in den Jahren 2015-2017 die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 1.376.400 EUR. Diese Haushaltsmittel werden beim

Produkt 060402 – Jugendarbeit, Jugendschutz
Auftrag 320006040200 – Jugendarbeit, Jugendschutz
Kostenart 531800 – Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche

Bereitgestellt.

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit. Erträge aus der Bundesbeteiligung wurden in korrespondierender Höhe 2011 realisiert.

Bereichsleiter Bereich 3-1		Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer Dezernat 1	Oberbürgermeister
Herr Gohlke o.V.i.A. 25.02.2015		Frau Münich o.V.i.A. 25.02.2015	Herr Tsalastras o.V.i.A. 27.02.2015	Herr Wehling o.V.i.A. 02.03.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:	
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)			
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat	[ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)			
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle	[ ]
	Kenntnisnahme (K)			

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0689-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/15/3303-01 sowie B/16/0453-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung

Der Bund hat in der Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2013 die Schulsozialarbeit mit Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket mit 2,8 % gefördert.
Die Schulsozialarbeit kann, aus nicht verbrauchten Mitteln finanziert, in Folgejahren fortgesetzt werden. Dies gilt nach Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS NRW) auch für Kommunen in schwieriger hauswirtschaftlicher Lage (Haushaltssicherungs-, Nothaushalt- und Stärkungspaktkommunen). Entsprechendes stellt das MAIS in seiner Verfügung vom 29.01.2014 dar.

Hinsichtlich des Konzeptes, Umfangs und der Kosten der durch die Stadt Oberhausen geplanten Fortführung der Schulsozialarbeit aus den Mitteln 2011 in den Jahren 2015-2017 i.H.v. 1.376.400 EUR wurde der Schulausschuss nach Fertigstellung des Konzeptes am 19.11.2014 in Kenntnis gesetzt:
In den Haushaltsjahren 2015, 2016 und 2017 erhalten die Träger Caritas Verband, Evangelischer Kirchenkreis, AWO, Ruhrwerkstatt und Die Kurbel für die Einrichtung von insgesamt 7,5 Stellen Schulsozialarbeit je Haushaltsjahr insgesamt 432.800 EUR. Für die Finanzierung von Sachmitteln werden je Haushaltsjahr 26.000 EUR benötigt (Drucksache B/16/0453-01).

Daher ergibt sich für das Haushaltsjahr 2015 ein überplanmäßiger Bereitstellungsbedarf in Höhe von 458.800 EUR.
Für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 werden die Mittel i.H.v. 458.800 EUR pro Jahr im Rahmen der Haushaltsplanung zusätzlich bereitgestellt.

Somit ist eine zweckentsprechende Verwendung der Bundesbeteiligung gewährleistet.

Hinweis:
Die Landesregierung NRW hat beschlossen, den 53 kreisfreien Städten und Kreisen ein Angebot zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit für die kommenden drei Jahre (2015-2017) mit einem Gesamtvolumen von ca. 50. Mio. Euro zu unterbreiten.
Über die im Rahmen der Förderung durch die Landesregierung erwarteten Mittel in Höhe von 911.978,31 EUR werden im Rahmen einer gesonderten Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt die politischen Gremien unterrichtet.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0736-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
23.03.2015	Rat der Stadt	B		
22.04.2015	Sozialausschuss	K		
07.05.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		

Beratungsgegenstand

ESF-Bundesprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt, dass der Bereich 3-2/Soziales einen Förderantrag zum ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) stellt. Im Falle einer Bewilligung des Förderantrags sind entsprechend dem beifügten Finanzierungsplan bei den dort aufgeführten Einzelpositionen entsprechende Mittel bereit zu stellen (Laufzeit 2015 – 2018).

Für das Haushaltsjahr 2015 beschließt der Rat, eine positive Bewilligung unterstellt, einen außerplanmäßigen Aufwand / eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 344.314,29 EUR beim

Auftrag 320005020404 – BiWAQ
Kostenart 531800 – Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche

bereit zu stellen.

Deckung: Außerplanmäßiger Mehrertrag in gleicher Höhe beim gleichem Auftrag, Kostenart 414000 – Zuweisungen vom Bund.

Die Jahre 2016 – 2018 werden im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Stellvertretender Bereichsleiter Bereich 3-2	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Jäschke 10.03.2015	**Münich** 10.03.2015	**Tsalastras** 12.03.2015	**Wehling** 13.03.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0736-01	Termin 23.03.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/0547-01 (Interessenbekundung der Stadt Oberhausen zum ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit“ (BIWAQ))

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine
ja [x] (siehe Sachdarstellung/Anlage)

b) Sonstige:

Begründung

Am 03.11.2014 startete der Aufruf für die neue Förderrunde (2015-2018) des ESF-Bundesprogramms “Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Die Auswahl der Projekte erfolgt über ein zweistufiges Verfahren und besteht aus einem Interessenbekundungs- und einem anschließenden Antragsverfahren. Gefördert werden arbeitsmarktpolitische Projekte, die

- die nachhaltige Integration von arbeitslosen/langzeitarbeitslosen Frauen und Männern über 26 Jahre in Beschäftigung fördern (Handlungsfeld 1),
- zu einer Stärkung der lokalen Ökonomie beitragen (Handlungsfeld 2) sowie
- über die Verknüpfung mit weiteren Handlungsfeldern der integrierten Stadtentwicklung einen zusätzlichen Quartiersmehrwert bewirken und die innerstädtische Kohäsion verbessern.

Grundsätzliche Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Projekte in den Gebieten des Städtebauförderungsprogramms “Soziale Stadt“ stattfinden und konzeptionell sowie in der Umsetzung in die integrierte Stadtentwicklung eingebunden sind. Im Handlungsfeld 1 können in begründeten Fällen die Familien der o.g. Zielgruppe einbezogen werden, um “Armutskarrieren“ von Kindern und Jugendlichen frühzeitig entgegen zu wirken.

Am 18.11.2014 wurde im Verwaltungsvorstand der Beschluss gefasst, das Dezernat 3 mit der Federführung für die Erstellung und Einreichung der Interessenbekundung (IB) zu beauftragen. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden koordinierenden Aufgaben wurde dem Bereich 3-2/Soziales übertragen. Die IB der Stadt Oberhausen wurde fristgerecht am 12.12.2014 beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eingereicht.

Mit dem Schreiben vom 11.02.2015 wurde dem Bereich 3-2/Soziales mitgeteilt, dass die IB der Stadt Oberhausen für das Antragsverfahren ausgewählt wurde. Der Förderantrag muss bis spätestens zum 18.03.2015 (23:59 Uhr) über das Onlinesystem “Zuwendungsmanagement des Europäischen Sozialfonds“ (ZUWES) in elektronischer Form eingereicht werden. Die Frist für die Einreichung der rechtsverbindlich unterzeichneten Papierversion beim Bundesverwaltungsamt (BVA) endet am 25.03.2015 (Posteingangsstempel).

Der Sozialausschuss hat am 17.12.2014 beschlossen, „dass der Bereich 3-2/Soziales, im Falle einer positiven Bewertung der Interessenbekundung, einen Förderantrag kooperativ erarbeitet und beim Bundesverwaltungsamt (BVA) einreicht" (Drucksache Nr. B/16/0547-01).

Unter Bezugnahme auf diese Beschlussfassung sowie auf der Grundlage der in der eingereichten IB (siehe Anlage 1 zur Drucksache Nr. B/16/0547-01) aufgeführten Projektinhalte und Zielsetzungen (Output- und Ergebnisindikatoren) wurde ein Förderantrag erarbeitet und zur Fristwahrung vorab elektronisch eingereicht.

Das geplante Projekt “Lokale Eingliederung in Oberhausen (LEO) - Beratung und Arbeit im Stadtteil“ (Durchführungszeitrum: 01.04.2015 bis 31.12.2018) gliedert sich in die folgenden vier Teilprojekte:

- Kommunale Gesamtkoordination (Teilprojekt 1)
- Beratungszentrum für Arbeit, Gesundheit und Familie (Teilprojekt 2)
- Urbaner Gartenbau (Teilprojekt 3)
- Migranten/innenspezifisches Mentoring (Teilprojekt 4)

Im Hinblick auf die Umsetzung der Teilprojekte 2, 3 und 4 ist die Weiterleitung von Zuwendungsbestandteilen an drei externe Teilprojektträger (ZAQ - Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation Oberhausen e.V., RUHRWERKSTATT Kultur-Arbeit im Revier e.V. und die kurbel – Katholisches Jugendwerk Oberhausen gGmbH) geplant.

Zielgruppe des Projektes sind arbeitslose bzw. nichterwerbsfähige Frauen und Männer im Alter über 26 Jahren. Ihre nachhaltige Integration in Beschäftigung soll gefördert werden. Im Fokus der Projektumsetzung stehen (aufgrund des besonderen Handlungsbedarfs) Langzeitarbeitlose, sog. Personen mit Migrationshintergrund und – in der Regel weibliche – Alleinerziehende. Im Zuge der Umsetzung des Teilprojektes 2 sollen auch die Belange der Familienangehörigen der o.g. Zielgruppe berücksichtigt werden. Der Kindergesundheitsbericht der Stadt Oberhausen (2011) hat den engen Zusammenhang zwischen sozialem Status und variierender Gesundheitschancen Heranwachsender belegt und den entsprechenden Handlungsbedarf verdeutlicht.

Umgesetzt werden soll das Projekt in den beiden “Soziale Stadt“-Gebieten „Innenstadt/Alt-Oberhausen“ und „Lirich“. Die Bevölkerungs- und Familienstruktur dieser beiden städtischen Teilräumen ist durch einen überdurchschnittlichen Anteil an Alleinerziehendenhaushalten, kindereichen Familien und sog. Personen mit Migrationshintergrund gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote, der Langzeitsarbeitslosenanteil und die SGB II-Quote (Armutsindikator) sind im Vergleich zur Gesamtstadt (deutlich) erhöht. Dies gilt im besonderen Maße für den Sozialraum „Innenstadt/Alt-Oberhausen“.

<u>Ausgaben- und Finanzierungsplan</u>:

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben des geplanten Projektes belaufen sich für die Gesamtlaufzeit 01.04.2015 bis 31.12.2018 auf 1.997.972,33 Euro. Der Umfang der eingeplanten Bundeszuwendung beträgt hiervon 1.797.201,92 Euro.

Im Antrag muss die Stadt Oberhausen deutlich machen, dass sie als Antragstellerin und projektdurchführende Institution die Hauptverantwortung für die Projektumsetzung und Zielerreichung trägt. Zudem ist ein Eigenanteil in Höhe von mindestens 10% in der Gesamtschau des Projektes (alle vier Teilprojekte) darzustellen (siehe Anlage 1b). Der Eigenanteil kann in Form von Geldleistungen oder geldwerter Leistungen (z.B. Personalfreistellung) erbracht werden. Es ist vorgesehen, einen Teil des kommunalen Eigenanteils über vorhandenes Personal im Bereich Soziales darzustellen.

Vor diesem Hintergrund wurden im Teilprojekt 1 (Kommunale Gesamtkoordination) direkte Personalkosten in Höhe von 127.197,74 Euro für eine Projektleitung (0,46-Stelle) zur Gewährleistung der Kommunalen Gesamtkoordination als Eigenmittel (Personalfreistellung) der Stadt Oberhausen eingeplant. Alle weiteren mit der Erfüllung der Aufgaben der Gesamtkoordination zusammenhängenden Ausgaben sind gemäß der Förderrichtlinie BIWAQ über die sog. Restkostenpauschale (26% der direkten förderfähigen Personalausgaben) abzubilden (siehe Anlage 1a, Restkosten). Diese Mittel sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bei den entsprechenden Sachkonten bis 2018 eingeplant und müssen die Angaben im Zuwendungsantrag / Bewilligungsbescheid verbindlich berücksichtigen.

Der Differenzbetrag in Höhe von 344.314,29 EUR für das Jahr 2015 ist außerplanmäßig beim neu eingerichteten Auftrag 320005020404 – BiWAQ, Kostenart 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche bereit zu stellen. Gleiches gilt analog beim Auftrag 320005020404 – BiWAQ, Kostenart 414000 – Zuwendungen vom Bund für das entsprechende Ertragsbudget.

Für die Jahre 2016 – 2018 ist im Rahmen der Haushaltsplanung ein entsprechendes Aufwands- bzw. Ertragsbudget einzuplanen. Dieser Differenzbetrag ist somit zu 100 % refinanziert.

Wie dem beigefügten Finanzierungsplan (siehe Anlage 1a) zu entnehmen ist, entstehen der Stadt Oberhausen durch die Umsetzung des Projektes keine zusätzlichen Kosten. Zudem ist die Darstellung des städtischen Eigenanteils vollständig gesichert.

Zusätzlich werden von Seiten der externen Teilprojektträger Eigenmittel in Höhe von 40.501,24 Euro in die Finanzierung des Projektes eingebracht.

Hieraus ergibt sich dann auf der Ebene des Gesamtprojektes jahresübergreifend eine Gesamtsumme von Eigenmitteln (sowohl der Stadt als auch der externen Teilprojektträger) in Höhe von 200.770,42 Euro. Dies entspricht einem Eigenanteil in Höhe von mindestens 10,0 % der förderfähigen Gesamtausgaben.

Anlagen

Anlage 1a: Finanzierungsplan BIWAQ
Anlage 1b: Detailplan zur Finanzierung

Anlage 1a

Finanzierungsplan "BIWAQ"

Ertrag

Position	Auftrag und Bezeichnung	Sachkonto und Bezeichnung	2015	2016	2017	2018	Gesamtsumme
BIWAQ-Mittel	320005020404, BIWAQ	414000, Zuweisungen vom Bund	344.314,29 €	480.940,51 €	484.564,91 €	487.382,21 €	1.797.201,92 €

Aufwand

Position	Auftrag und Bezeichnung	Sachkonto und Bezeichnung	2015	2016	2017	2018	Gesamtsumme
Teilprojekte der externen Träger (Weiterleitung)	320005020404, BIWAQ	531800, Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	344.314,29 €	480.940,51 €	484.564,91 €	487.382,21 €	1.797.201,92 €
Eigenanteil der externen Träger	Eigenmittel der externen Träger		7.945,82 €	10.912,14 €	10.912,14 €	10.731,14 €	40.501,24 €
0,46 Projektleitung	320005020300, Hilfe zur Gesundheit, u.a.	Deckungsring Personal*	25.977,56 €	33.740,06 €	33.740,06 €	33.740,06 €	127.197,74 €
Restkosten	320005020400, Sonstige Sozialhilfe	527198, Aufwendungen für Nutzungsentgelte	1.822,50 €	2.430,00 €	2.430,00 €	2.430,00 €	9.112,50 €
Restkosten	320005020400, Sonstige Sozialhilfe	529126, EP Druck und Grafik	1.903,33 €	2.421,00 €	2.421,00 €	2.421,00 €	9.166,33 €
Restkosten	320005020400, Sonstige Sozialhilfe	529142, EP Post	339,75 €	453,00 €	453,00 €	453,00 €	1.698,75 €
Restkosten	320005020400, Sonstige Sozialhilfe	543115, FL Postaufwendungen	298,50 €	398,00 €	398,00 €	398,00 €	1.492,50 €
Restkosten	320005020400, Sonstige Sozialhilfe	543188, FL Beschaffungswesen	2.390,09 €	3.070,42 €	3.070,42 €	3.070,42 €	11.601,35 €
Summe			**384.991,84 €**	**534.365,13 €**	**537.989,53 €**	**540.625,83 €**	**1.997.972,33 €**

=Darstellung der kommunalen Kofinanzierung

* sind vom Bereich 4-1/Personal in den Gesamtaufwendungen für Personalkosten berücksichtigt

Anlage 1b

Detailplan zur Finanzierung

Gesamtprojekt: Lokale Eingliederung in Oberhausen (LEO) - Beratung und Arbeit im Stadtteil

	2015	2016	2017	2018	Gesamt
Personalkosten					
Honorarkosten					
Direkte Personalausgaben (Summe)					
Restkostenpauschale					
Ausgaben Insgesamt	**384.991,84 €**	**534.365,13 €**	**537.989,53 €**	**540.625,83 €**	**1.997.972,34 €**
PK-Eigenanteil					
Sachkosten-Eigenanteil					
Eigenanteil gesamt	**40.677,55 €**	**53.424,62 €**	**53.424,62 €**	**53.243,62 €**	**200.770,42 €**
Zuwendung:	344.314,29 €	480.940,51 €	484.564,91 €	487.382,21 €	1.797.201,91 €
Eigenanteil (in % Gesamtausgaben):	10,6%	10,0%	9,9%	9,8%	10,0%

Teilprojekt 1: Kommunale Gesamtkoordination (Stadt Oberhausen)

	2015	2016	2017	2018	Gesamt
Personalkosten	25.977,56 €	33.740,06 €	33.740,06 €	33.740,06 €	127.197,74 €
Honorarkosten					
Direkte Personalausgaben (Summe)	25.977,56 €	33.740,06 €	33.740,06 €	33.740,06 €	127.197,74 €
Restkostenpauschale	6.754,17 €	8.772,42 €	8.772,42 €	8.772,42 €	33.071,41 €
Ausgaben insgesamt	**32.731,73 €**	**42.512,48 €**	**42.512,48 €**	**42.512,48 €**	**160.269,15 €**
PK-Eigenanteil	25.977,56 €	33.740,06 €	33.740,06 €	33.740,06 €	127.197,74 €
Sachkosten-Eigenanteil	6.754,17 €	8.772,42 €	8.772,42 €	8.772,42 €	33.071,43 €
Eigenanteil gesamt	**32.731,73 €**	**42.512,48 €**	**42.512,48 €**	**42.512,48 €**	**160.269,17 €**

Teilprojekt 2: Beratungszentrum für Arbeit, Gesundheit und Familie (ZAQ)

	2015	2016	2017	2018	Gesamt
Personalkosten	92.171,72 €	122.895,63 €	122.895,63 €	122.895,63 €	460.858,61 €
Honorarkosten	6.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €	8.000,00 €	30.000,00 €
Direkte Personalausgaben (Summe)	98.171,72 €	130.895,63 €	130.895,63 €	130.895,63 €	490.858,61 €
Restkostenpauschale	25.524,65 €	34.032,86 €	34.032,86 €	34.032,86 €	127.623,24 €
Ausgaben insgesamt	**123.696,37 €**	**164.928,49 €**	**164.928,49 €**	**164.928,49 €**	**618.481,85 €**
PK-Eigenanteil	2.166,67 €	2.888,89 €	2.888,89 €	2.888,89 €	10.833,33 €
Sachkosten-Eigenanteil	563,33 €	751,11 €	751,11 €	751,11 €	2.816,67 €
Eigenanteil gesamt	**2.730,00 €**	**3.640,00 €**	**3.640,00 €**	**3.640,00 €**	**13.650,00 €**

Teilprojekt 3: Urbaner Gartenbau (Ruhrwerkstatt)

	2015	2016	2017	2018	Gesamt
Personalkosten	101.922,45 €	133.789,25 €	133.789,25 €	133.789,25 €	503.290,20 €
Honorarkosten	2.060,00 €	4.820,00 €	4.820,00 €	4.820,00 €	16.520,00 €
Direkte Personalausgaben (Summe)	103.982,45 €	138.609,25 €	138.609,25 €	138.609,25 €	519.810,20 €
Restkostenpauschale	27.035,44 €	36.038,41 €	36.038,41 €	36.038,41 €	135.150,65 €
Ausgaben insgesamt	**131.017,89 €**	**174.647,66 €**	**174.647,66 €**	**174.647,66 €**	**654.960,85 €**
PK-Eigenanteil	2.339,54 €	3.073,13 €	3.073,13 €	3.073,13 €	11.558,93 €
Sachkosten-Eigenanteil	608,28 €	799,01 €	799,01 €	799,01 €	3.005,32 €
Eigenanteil gesamt	**2.947,82 €**	**3.872,14 €**	**3.872,14 €**	**3.872,14 €**	**14.564,25 €**

Teilprojekt 4: Migranten/innenspezifisches Mentoring (Kurbel)

	2015	2016	2017	2018	Gesamt
Personalkosten	67.497,35 €	107.854,37 €	110.730,88 €	112.823,18 €	398.905,78 €
Honorarkosten	9.920,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €	13.000,00 €	48.920,00 €
Direkte Personalausgaben (Summe)	77.417,35 €	120.854,37 €	123.730,88 €	125.823,18 €	447.825,78 €
Restkostenpauschale	20.128,51 €	31.422,14 €	32.170,03 €	32.714,03 €	116.434,70 €
Ausgaben insgesamt	**97.545,86 €**	**152.276,51 €**	**155.900,91 €**	**158.537,21 €**	**564.260,48 €**
PK-Eigenanteil					
Sachkosten-Eigenanteil					
Eigenanteil gesamt	**2.268,00 €**	**3.400,00 €**	**3.400,00 €**	**3.219,00 €**	**12.287,00 €**

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0831-01	Termin 18.05.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
07.05.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
18.05.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Wiederherstellung des ursprünglichen Haushaltsansatzes im LVZ 10
- Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen beim Auftrag 130001130200 - Bebaute Grundstücke, Sachkonto 529136 - LVZ 10 Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen - in Höhe von 1,6 Mio. EUR zu.

Für die Folgejahre erfolgt im Rahmen der Haushaltsanmeldung 2016 ff. gleichzeitig eine Korrektur des Ansatzes.

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit. Im Rahmen der konkreten Bewirtschaftung wird dieser Betrag jedoch vollständig kompensiert bzw. im Rahmen des Jahresabschlusses entsprechend dokumentiert.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7/ Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Oberbürgermeister
D. Ingenerf **27.04.2015**	**J. Schmidt** **27.04.2015**	**A. Tsalastras** **27.04.2015**	**K. Wehling** **29.04.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0831-01	Termin 18.05.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

Finanzielle	keine	[ ]
	ja	[X]

Begründung

Im Rahmen der Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH besteht für das Jahr 2015 hinsichtlich der Regelungen aus dem LVZ 10 - Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen - die vertragliche Verpflichtung zur Zahlung einer Pauschale in Höhe von 10.588.484 EUR brutto. Diese Pauschale ist je zur Hälfte am dritten Werktag zu Beginn eines Jahres und zum 30.06. des laufenden Jahres fällig. Die erste Rate wurde bereits im Januar an die OGM GmbH überwiesen. Zur Zahlung der zweiten Rate besteht im Rahmen der geplanten Aufwendungen keine ausreichende Budgetermächtigung.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes 2012 ff. wurden im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung auch diejenigen HSP-Maßnahmen, deren Beginn erst in Folgejahren eintritt, tatsächlichen Haushaltspositionen zugeordnet. In Bezug auf die HSP-Maßnahme Nr. 9A (Entwicklung eines strategischen Immobilienkonzeptes) wurde das Konsolidierungsvolumen in Höhe von 2 Mio. EUR ab dem Jahr 2015 im Produkt 011302 - Bebaute Grundstücke - irrtümlich als aufwandsmindernd dargestellt. Dabei wurde anteilig für die damaligen Einheitspreise OGM (Sachkonto 529190) ein Betrag in Höhe von 1,6 Mio. EUR pauschal in Abzug gebracht.

Durch eine vollständige Neufassung der Vertragsbeziehungen zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH ab 01.01.2014 war eine Änderung der bisherigen Sachkontenstruktur erforderlich. Die ehemaligen Einheitspreise wurden vollständig aufgelöst und in neu gefassten Leistungsverzeichnissen und Einzelverträgen mit der OGM GmbH geregelt. Unter anderem wurde dabei im Sachkonto 529136 das Leistungsverzeichnis 10 neu geplant. Für das Jahr 2014 stand gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ein Ansatz in Höhe von 10.588.480 EUR zur Verfügung. Die vorgenommene Kürzung der ehemaligen Einheitspreise wurde ansatzmäßig in das neue LVZ 10 übernommen und führte so konsequenterweise zu einem reduzierten Ansatz in Höhe von 8.988.490 EUR.

In Abstimmung mit der OGM GmbH führt die Veranschlagung der HSP-Maßnahme Nr. 9A jedoch nicht zu einer Aufwandsreduzierung. Das geplante Konsolidierungsvolumen in Höhe von 2 Mio. EUR jährlich basiert vielmehr auf der Umwandlung ehemaliger Sportplätze zu Baugrundstücken und den aus dem Verkauf zu erzielenden Beträgen, die über dem Buchwert liegen. Es handelt sich dabei aktuell um die ehemaligen Sportplätze „Landwehr“, „Dinnendahlstraße“ und „Lilienthalstraße“. Hierfür sind durch die Fachverwaltung auf der Ertragsseite entsprechende Erträge mitgeteilt und in den Haushalt eingestellt worden, ohne die Wiederherstellung der entsprechenden Aufwandsermächtigung im LVZ 10 vorzunehmen.

Um der bestehenden vertraglichen Verpflichtung der OGM GmbH gegenüber nachzukommen, sind die fehlenden Mittel in Höhe von 1,6 Mio. EUR nunmehr überplanmäßig bereitzustellen.

BOB-Fraktion CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/0904-01	Termin 21.05.2015	Rat der Stadt
Antragsvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
18.05.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Änderungsantrag der Fraktionen BOB und CDU zur Drucksache B/16/0805-01 - Beschlussvorschlag der Stadt Oberhausen "BürgerInnenbeteiligung in Oberhausen".

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung das Konzept zur Konstituierung des „Arbeitskreises Bürgerbeteiligung“ wie folgt zu ändern:

Änderungsantrag (Beschlussvorschlag Zeilen 6-9):
Dieser Arbeitskreis soll schon bei der Ausarbeitung des Regelwerks Beteiligung vorsehen und daher überwiegend mit VertreterInnen der Bürgerschaft und paritätisch mit VertreterInnen der in den Stadtrat gewählten Fraktionen bzw. Gruppen besetzt werden. Eine externe professionelle wissenschaftliche Beratung kann vom Arbeitskreis hinzugezogen werden. Die Verwaltung und die wissenschaftliche Beratung stehen dem Arbeitskreis beratend zur Verfügung.

Änderungsantrag (Begründung Zeilen 15-26)
Die BürgerInnenbeteiligung ist eine notwendige Erweiterung der repräsentativen Demokratie. Sie ermöglicht und fordert die BürgerInnen auf, sich aktiv an den politischen Prozessen zu beteiligen. Die Beteiligung von BürgerInnen erfolgt immer auf Augenhöhe mit der Politik und der Verwaltung.

Änderungsantrag (Begründung Zeilen 29-68)
Über die Formen der Beteiligung berät und entscheidet der Arbeitskreis „BürgerInnenbeteiligung“ nach seiner Konstituierung.

Änderungsantrag (Begründung Zeilen 77-83)
Grundsätzlich soll jedes Vorhaben der Stadt in einer Vorhabenliste erscheinen, eine Vorauswahl oder Bewertung etwa durch die Verwaltung findet nicht statt. Die Vorhaben sind öffentlich auszulegen und über das Internet (Homepage der Stadt) zur Verfügung zu stellen.
Als Interimslösung bis zur Umsetzung der BürgerInnenbeteiligung soll der Ältestenrat anhand der Vorhabenliste diskutieren und entscheiden, in welchen Fällen BürgerInnenbeteiligung bereits stattfinden kann. Eine Ablehnung von Beteiligung zu bestimmten Vorhaben muss ermessensfehlerfrei und transparent vom Ältestenrat begründet werden. Die Verwaltung soll den Ältestenrat beratend

Vorsitzender BOB-Fraktion	Vorsitzender CDU-Fraktion
Karl-Heinz Mellis 18.05.2015	Daniel Schranz 18.05.2015

unterstützen.

Änderungsantrag (Begründung Zeilen 86-121)
Ersatzlos streichen.

Änderungsantrag (Begründung Zeilen 122-169)
1. Konstituierung des „Arbeitskreis BürgerInnenbeteiligung“
Der AK BürgerInnenbeteiligung setzt sich überwiegend aus der Bürgerschaft und paritätisch aus MitgliederInnen der im Rat vertretenen Parteien bzw. Gruppen zusammen.
Es wird folgende Zusammensetzung vorgeschlagen:
Jeweils 1 Sitz für die im Rat vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie den Oberbürgermeister (8 Mitglieder).
Die BürgerInnen werden durch 9 Mitglieder (mind. 50% Frauenanteil) vertreten, um eine Mehrheit der Stimmen aus der Bürgerschaft zu garantieren.
Somit umfasst der Arbeitskreis 17 ordentliche Mitglieder. Zusätzlich sind entsprechende Vertreter zu wählen.
Als wissenschaftliche Begleitung kann ein externer Experte beratend durch den Arbeitskreis eingesetzt werden.
Die Verwaltung steht dem Arbeitskreis beratend zur Seite.

BürgerInnen: Allen BürgerInnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Erstellung des Bürgerbeteiligungskonzepts zu beteiligen. Die Teilnahme soll über eine Bewerbung sowie anschließend unter den Bewerbern per Los entschieden werden. Bei mehr Bewerbern als möglichen Arbeitskreismitgliedern entscheidet das Los. Zu berücksichtigen ist dabei zum einen ein Frauenanteil von 50 Prozent, zum anderen die Nicht-Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder Wählergemeinschaft, um eine politische Steuerung der Bürgermitglieder zu vermeiden.

Darüber hinaus sollen BürgerInnen zuvor an Workshops teilnehmen können, in denen ihnen die Grundgedanken von Bürgerbeteiligung, die Aufgaben des Arbeitskreises und ein grober Zeitplan für die Entwicklung und Umsetzung erläutert und diskutiert werden.
Zu diesem Zweck werden 6 Workshops – jeweils 2 Workshops pro Stadtteil (Alt-Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade) – von der Stadtverwaltung veranstaltet.
Zu den Workshops wird auf zweierlei Weise eingeladen: Über das Amt für Statistik soll zum einen eine relative Größe, ausgehend von der Anzahl der wahlberechtigten Personen in Oberhausen, per Zufallsprinzip ausgewählt werden, die anschließend per Anschreiben zu den Workshops eingeladen werden. Wir gehen hier von etwa 1000 BürgerInnen aus.
Zum anderen sollen die Workshops über die Medien (Zeitung, Radio, Homepage der Stadt) bekannt gemacht und ebenfalls dazu eingeladen werden. Die Ergebnisse der Workshops sind durch die Verwaltung in den Arbeitskreis einzubringen.

2. Aufgaben und Zuständigkeiten der Fachverwaltung
Die Fachverwaltung hat die sächlichen und personellen Ressourcen bereitzustellen, um die laufenden Aufgaben des AK BürgerInnenbeteiligung sicher zu stellen.

3. Externe Koordinierungs- und Controllingstelle
Die externe professionelle, wissenschaftliche Begleitung kann für die zentrale Koordinierung und das Controlling durch den Arbeitskreis eingesetzt werden.
Der Arbeitskreis BürgerInnenbeteiligung kann nach eigenem Ermessen Sachverständige beratend hinzuziehen.

4. Vorhabenliste
Während der AK an den Leitlinien arbeitet, sollen sämtliche Projekte und Planungen der Stadt in eine

Vorhabenliste aufgenommen werden. Eine Vorauswahl etwa durch die Verwaltung hat nicht stattzufinden. Der Ältestenrat entscheidet in jedem einzelnen Fall über die Umsetzung von Bürgerbeteiligung bzw. lehnt eine solche Beteiligung ermessensfehlerfrei ab.

5. Leitlinien der Bürger-/Bürgerinnenbeteiligung

Über die Ergebnisse des AK Bürger-/Bürgerinnenbeteiligung ist die letzte Entscheidung im Rat der Stadt Oberhausen vorzunehmen.

6. Zeitplan

Einladung von 1000 BürgerInnen zu 6 Workshops	▪ bis 29. Juni 2015
Einladung zu den Workshops über die Medien	▪ nach der Sommerpause
Durchführung der Workshops	▪ bis Ende September 2015
Erstellung der Vorhabenliste	▪ bis Anfang September 2015
Konstituierung des Arbeitskreises	▪ bis Anfang Oktober 2015
Information zum Stand der Arbeiten	▪ kontinuierlich über Internet, Medien
Erarbeitung der Leitlinien	▪ bis Mai 2016
Vorstellung und Beschluss der Leitlinien im Rat der Stadt	▪ 01.05.16
Vorbereitung zur Umsetzung der Leitlinien	▪ bis zur Sommerpause 2016
Umsetzung	▪ nach der Sommerpause 2016

Begründung

Die Beteiligung der Oberhausener BürgerInnen an den stadtplanerischen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen in der Stadt ist aus Sicht der BOB-Fraktion mehr als überfällig. Die BOB-Fraktion befürwortet es daher ausdrücklich, einen solchen Prozess einzuleiten.
In dieser Form allerdings lehnen wir den Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung entschieden ab, denn er setzt der dringend erforderlichen Öffnung von Verwaltung gegenüber den BürgerInnen, sowie einer ergebnisoffenen Beteiligung von BürgerInnen an entscheidenden Stellen – von der ungleichgewichtigen Besetzung des Arbeitskreises durch Verwaltung und Politik bis zur Einschränkung der städtischen Vorhabenliste sowie Vorwegnahme von Ergebnissen – zu viele deutliche Grenzen.
Bereits im Grundsatz ist diese Beschlussvorlage mangelhaft, denn die Koalition hat es mit ihrem Antrag versäumt, den Bürger zu beteiligen.
Die hier vorgeschlagenen Änderungen sollen dieses Korsett der Beschlussvorlage hin zu einer tatsächlichen Bürgerbeteiligung öffnen.

Weitere Begründung mündlich.

BOB-Fraktion CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/16/0904-01	Termin 21.05.2015	Rat der Stadt

1

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0958-01	Termin 18.06.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
18.06.2015	Schulausschuss	V		
22.06.2015	Rat der Stadt	B		
26.08.2015	Jugendhilfeausschuss	K		
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Einrichtung von 14,5 Stellen Schulsozialarbeit an Oberhausener Schulen

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt, dass der Bereich 3-1/ Kinder, Jugend, Bildung einen Förderantrag zur Landesförderung NRW „Schulsozialarbeit“ befristet vom 01.08.2015 bis zum 31.12.2017 stellt. Im Falle einer Bewilligung des Förderantrags beschließt der Rat die Einrichtung von 14,5 Stellen Schulsozialarbeit bei Trägern der freien Jugendhilfe.

2. Für das Haushaltsjahr 2015 beschließt der Rat der Stadt, eine positive Bewilligung unterstellt, für die Einrichtung der 14,5 Stellen eine außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 911.978,31 EUR. Diese Haushaltsmittel werden beim

   Produkt 060402 – Jugendarbeit, Jugendschutz
   Auftrag 320006040200 – Jugendarbeit, Jugendschutz
   Kostenart 531800 – Aufw. für Zuschüsse an übrige Bereiche

   bereitgestellt.

   Der von dem Landesprogramm geforderte Eigenanteil in Höhe von 227.994,58 EUR ist (durch bereits bestehende, kommunal finanzierte Schulsozialarbeiter) beim Produkt 060404 – Präventionen, Vereinbarungen, Kontrakte, Kostenart 531806 – Aufw. f. Zusch. a. übr. Bereiche. – Schulsozialarbeit - bereits in der Haushaltsplanung 2015 berücksichtigt.

Bereichsleiter Bereich 3-1	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Herr Gohlke o.V.i.A. 05.06.2015	Frau Münich o.V.i.A. 05.06.2015	Datum	Herr Wehling o.V.i.A. 05.06.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Deckungsvorschlag:
Außerplanmäßiger Mehrertrag in Höhe von 911.978,31 EUR beim gleichen Produkt und Auftrag, Kostenart 414100 – Zuweisungen vom Land.

Die Jahre 2016 und 2017 werden im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt.

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [x]

ja [ ]

b) Sonstige

Begründung

1. Darstellung des Förderprogramms

Im Zuge der Einführung und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) wurden bundesweit ca. 400 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Davon wurden NRW ca. 100 Mio. Euro pro Jahr zugewiesen. Die Förderung erfolgte in den Jahren 2011 bis 2013. In Oberhausen konnten in diesem Zeitraum 24 Stellen Schulsozialarbeit gefördert werden.

Schulsozialarbeit im Rahmen von BuT soll dazu beitragen, individuelle und gesellschaftliche Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen durch gezielte sozialpädagogische Maßnahmen auszugleichen.

Der Bund ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Februar 2010 seit dem 1. Januar 2014 seiner Verantwortung zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen von BuT nicht mehr nachgekommen.

Die Landesregierung NRW hat hingegen den positiven Wert der Schulsozialarbeit im Rahmen von BuT betont und sieht die sozialpädagogische Arbeit an Schulen als wichtiges Element des Landesprogrammes „Kein Kind zurücklassen“.

Da der Bund trotz politischer Bemühungen zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen auch in Oberhausen seiner Verpflichtung zur Weiterfinanzierung nicht mehr nachkommt, hat die Landesregierung NRW beschlossen, den 53 kreisfreien Städten und Kreisen ein Angebot zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit für die kommenden drei Jahre (2015-2017), mit einem Gesamtvolumen von ca. 50 Mio. Euro pro Jahr zu unterbreiten.

Grundlage für die Berechnung des Landeszuschusses waren 1500 Schulsozialarbeiterstellen, die am 30.06.2014 an Schulen in NRW durch BuT gefördert wurden. Die jährlichen Kosten einer Stelle betragen 45.000 Euro. Hieraus erfolgt ein jährlicher Gesamtbedarf von 67,5 Mio. Euro. Dieser Bedarf wird auf die Kreise und kreisfreien Städte aufgeteilt und entsprechend ihrem jeweiligen prozentualen Anteil am tatsächlichen Mitteleinsatz für Schulsozialarbeit im Jahr 2013 als Budget zur Verfügung gestellt.

Für Oberhausen bedeutet dies unter Berücksichtigung der spezifischen Haushaltslage, dass insgesamt 1.139.972,88 Euro für die Schulsozialarbeit eingesetzt werden können. Davon hat Oberhausen einen Eigenanteil von 227.994,58 Euro pro Jahr zu leisten. Dieser Eigenanteil der Stadt kann allerdings bereits durch die Stadt Oberhausen geförderte Schulsozialarbeiterstellen erbracht werden.

Unter Berücksichtigung der Förderrichtlinien des Landes NRW, die pro Schulsozialarbeiterstelle ca. 64.815 Euro zu Grunde legt, können in Oberhausen 14 neue Stellen eingerichtet werden.

2. Darstellung der Förderrichtlinien des Landes NRW

Die geförderten Stellen sollen sogenannte sein, dass im Rahmen des Landesprogramms Aufgaben von Bildungs- und Teilhabeberaterinnen und –beratern wahrgenommen werden können.

Dies ist insbesondere dann gegeben, wenn

- die Leistungen nach § 28 SGB II bzw. § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKGG) vermittelt werden,
- die gesellschaftliche und arbeitsmarktliche Integration durch Bildung erfolgt
- Bildungsarmut und soziale Exklusion vermieden bzw. verringert werden kann.

Darüber hinaus soll das Landesprogramm einen präventiven Ansatz unterstützen.

Die Zielgruppe sind bedürftige Kinder und Jugendliche in NRW, bei denen soziale Benachteiligungen ausgeglichen und gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe hergestellt werden sollen. Ein deutlicher Focus soll auf Kinder und Jugendliche aus von Armut besonders betroffenen Quartieren gelegt werden.

Die in diesem Bereich tätigen Personen sollen über einschlägige berufliche Erfahrungen in der Arbeit mit der Zielgruppe verfügen; dies schließt vor allem Kenntnisse über Leistungen nach § 28 SGBII und § 6b BKGG ein.

Bezeichnung	Betrag
Durchschnittliches Jahresarbeitgeberbruttogehalt (inkl. Jahressonderzahlungen) der Entgeltgruppe 10-12 und der dortigen Stuften des TVöD-SuE	49,890 Euro
Direkte Sachausgaben pro Arbeitsplatz gem. KGST (Nichtbüroarbeitsplatz mit 10% der Personalausgaben zzgl. 3.450 Euro für informationstechnische Unterstützung	8.439 Euro
Indirekte Sachausgaben pro Arbeitsplatz gem. KGSt mit 13 % der Personalausgaben	6.486 Euro
Summe pro Jahr	64.815 Euro
Summe pro Monat	5.401 Euro

3. Verteilungsgrundlagen

Die Verteilungsgrundlagen basieren auf folgenden Indikatoren: Standort der Schule, BuT-Berechnung, Migrantenanteil, Internationale Vorbereitungsklassen (IVK) und Gemeinsames Lernen (GU). Den einzelnen Indikatoren wurden Werte zugeordnet, die Anhaltspunkte für den Bedarf an Schulsozialarbeit geben sollen.

Standort[i]**:** Es werden nur Schulen berücksichtigt, die in einem Sozialraum liegen, der zumindest teilweise am Förderprogramm „Soziale Stadt“ oder einem vergleichbaren Förderprogramm teilgenommen hat oder teilnehmen wird. Dadurch erhalten alle Schulen, die in Sterkrade-Nord liegen einen Gesamtwert von 0. Die anderen Schulen liegen in Sozialräumen, die an einem Förderprogramm teilgenommen haben. Für diese wird ein Wert aus der Summe der Punkte für die folgenden Indikatoren gebildet.

Bildungs und Teilhabe (BuT)[ii]: Die Anzahl der BUT-berechtigten Kinder an einer Schule wird als wichtigster Indikator für den Bedarf an Schulsozialarbeit gewertet. Für jedes BUT-berechtigte Kind erhält die entsprechende Schule einen Punkt.

Migrantenanteil: Ein hoher Migrantenanteil deutet auf einen besonderen Bedarf an „gesellschaftliche[r …] Integration durch Bildung“ hin. Für einen Migrantenanteil von über 50% erhält eine Schule 10 Punkte.

Internationale Vorbereitungsklasse (IVK): Wenn eine Schule mindestens eine Internationale Vorbereitungsklasse hat, erhält sie 10 Punkte.

GL(Schulen des Gemeinsamen Lernens): GL-Schulen sollen „soziale Exklusion“ verringern und erhalten 10 Punkte.

Auf Grundlage dieses Berechnungsmodells wurde eine Rangfolge der Schulen in Oberhausen erstellt.

4. Verteilung der Schulsozialarbeiterstellen

Unter dem Motto „ungleiches ungleich behandeln“ empfiehlt der Lenkungskreis Schulsozialarbeit, den der Schulausschuss in seiner Sitzung vom 19.11.2014 (Drucksachen-Nr. B/16/0453-01) beschlossen hat, die Fördersumme so zu verteilen, dass 14,5 Stellen Schulsozialarbeit an Oberhausener Schulen eingerichtet werden können. (s. Anlage)

Vereilung

Anlage/n

Schulsozialarbeit aus Landesmitteln

Schulsozialarbeit in Oberhausen 30.04.15 Vorschlag für den Schulausschuss

		Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen/Stundenumfang			
Schulen geordnet nach Schulformen	Landes-finanziert	Kommunal-finanziert	BuT -finanziert	Landes-förderung ab 2015 **neu**	Träger / Auftragnehmer
GRUNDSCHULEN					
Schule an der Stiftstraße			0,5	**O,5**	Ruhrwerkstatt
Falkensteinschule			0,5	**0,5**	Evgl. Jugend
Rolandschule				**0,5**	Caritas
Brüder-Grimm-Schule		0,5 0,5		**1**	AWO
Adolf-Feld-Schule			0,5	**O,5**	Evg. Jugend
Landwehrschule		0,5			Ruhrwerkstatt
Bismarckschule				**0,5**	Caritas
Concordiaschule		1		**0,5**	AWO
Schule an der Wunderstraße			0,5	**1**	AWO
Havensteinschule			0,5		Caritas
Schule am Froschenteich			0,5		Caritas
Marienschule			0,5	**0,5**	Caritas

		Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen/Stundenumfang			
Schulen geordnet nach Schulformen	Landes-finanziert	Kommunal-finanziert	BuT -finanziert	Landes-förderung ab 2015 **neu**	Träger / Auftragnehmer
Luisenschule			0,5		Caritas
St.-Martin-Schule		0,5		**0,5**	Caritas
Ruhrschule				**0,5**	AWO
Alsfeldschule			0,5	**0,5**	AWO
Königschule				**0,5**	Evgl. Jugend
Kastellschule			0,5		Evgl. Jugend
Hirschkampschule					
Hartmannschule					
Melanchthonschule					
Steinbrinkschule			0,5	**O,5**	Kurbel
Grundschule Buschhausen					
Grundschule Schmachtendorf					
Schwarze-Heide-Grundschule			0,5	**0,5**	Evgl. Jugend
Postwegschule					

		Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen/Stundenumfang			
Schulen geordnet nach Schulformen	Landes-finanziert	Kommunal-finanziert	BuT-finanziert	Landes-förderung ab 2015 **neu**	Träger / Auftragnehmer
Dunkelschlagschule					
Jacobischule		0,5			AWO
Erich-Kästner-Schule		0,5		**0,5**	Caritas
Robert-Koch-Schule				**0,5**	Carias
Osterfelder-Heide-Schule			0,5	**0,5**	Caritas
Schule am Siedlerweg		1			AWO
Overbergschule		0,5		**0,5**	Caritas
HAUPTSCHULEN					
Albert-Schweitzer-Schule	17 Std.		0,5		AWO
Hauptschule Alstaden	14 Std.		0,5		AWO
St. Michael Hauptschule		0,75			Caritas
Hauptschule Eisenheim		0,5 Siehe Theodor Heuss			Caritas
FÖRDERSCHULEN					
Christian-Morgenstern-Schule		0,5			Ruhrwerkstatt
Stötznerschule		0,5			Ruhrwerkstatt

		Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen/Stundenumfang			
Schulen geordnet nach Schulformen	Landes-finanziert	Kommunal-finanziert	BuT -finanziert	Landes-förderung Ab 2015 **neu**	Träger / Auftragnehmer
Fröbelschule		0,5			Ruhrwerkstatt
Herderschule		0,5			AWO
Schillerschule			0,5		Caritas
Otfried-Preußler-Schule		1			Stadt Oberhausen
REALSCHULE					
Anne-Frank-Realschule	1				
Friedrich-Ebert-Realschule				**1**	Kurbel
Theodor-Heuss-Realschule		1 ehemalige Hauptschule Eisenheim			Caritas
GESAMT-SCHULEN					
Gesamtschule Fasia-Jansen	1			**2**	Ruhrwerkstatt
Gesamtschule Osterfeld	3,75				
Gesamtschule Weierheide	2				
Heinrich-Böll-Gesamtschule	2				

		Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen/Stundenumfang			
Schulen geordnet nach Schulformen	Landes-finanziert	Kommunal-finanziert	BuT -finanziert	Landes-förderung ab 2015	Träger
BERUFSKOLLEGS					
Hans-Sachs-Berufskolleg		1			AWO
Hans-Böckler-Berufskolleg					
Käthe-Kollwitz-Berufskolleg	30 Std.				
GYMNASIEN					
Elsa-Brändström-Gymnasium					
Berta-von-Suttner-Gymnsium				**0,5**	AWO
Heinrich-Heine-Gymnasium				**0,5**	AWO
Freiherr-vom-Stein-Gymnasium					
Sophie-Scholl-Gymnasium					

Kommunales Integrationszentrum (KI)
1 BuT Stelle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus den internationalen Vorbereitungsklassen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0888-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
09.06.2015	Kulturausschuss	V		
11.06.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
22.06.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Haushaltssanierungsplan Maßnahme 68a, Reduzierung des städtischen Zuschusses für die Veranstaltung "Olgas Rock" durch Spronsoring oder die Erhebung von Eintrittsgeldern

Beschlussvorschlag

Änderung des Ratsbeschlusses vom 25.06.2012, Haushaltssanierungsplan 2012 Maßnahme Nr. 68 A – Reduzierung des städtischen Zuschusses für die Veranstaltung „Olgas Rock“ durch Sponsoring oder die Erhebung Eintrittsgeldern, wie folgt:

Die HSP-Maßnahme Nr. 68 A wird aufgehoben, mit der Folge, dass der Einsparbetrag von 20.000,-- EUR auf 0 EUR gesetzt wird.
Der Haushaltsansatz der Kostenart 529152 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Produktgruppe 0407 (musische Bildung und Kulturarbeit) Produkt 040703 (Kulturbüro) Auftrag 860004070300 wird auf den Betrag von 41.310,-- EUR heraufgesetzt (Stand: Ansatz 2015 + 20.000,-- EUR)

In o. g. Ratssitzung wurde neben der HSP-Maßnahme ebenso Folgendes entschieden:
„Die Erhöhung der Einnahmen soll durch verstärktes Sponsoring erreicht werden. Die Erhebung von Eintrittsgeldern wird abgelehnt“ (Vorlage A/15/2156-01)

Bereichsleiter Bereich 7-0-20	Erster Beigeordneter und Kämmerer Dezernat 1	Oberbürgermeister o.V.i.A.
Buchloh **22.05.2015**	**Tsalastras** 26.05.2015	**Wehling/Tsalastras** **26.05.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0888-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt

Bezug

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Trotz intensiver Bemühungen ist es nicht gelungen, weitere Sponsoren zu finden. Das Festival „Olgas Rock“ wurde bereits in der Vergangenheit in erheblichem Umfang durch Sponsoring unterstützt. Ein darüber hinausgehendes Engagement der Sponsoren kann nicht erreicht werden.

Eine Kompensation des Betrages von 20.000,-- EUR im Etat des Kulturbüros ist nicht möglich.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0970-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
22.06.2015	Rat der Stadt	B		
26.08.2015	Jugendhilfeausschuss	K		
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Antrag der Koalition SPD / Die Grünen / FDP gemäß § 4 der Geschäftsordnung: Rückerstattung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen aufgrund des Streiks in den städtischen Kindertageseinrichtungen.

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt den Eltern, deren Kinder in städtischen Kindertageseinrichtungen betreut werden, den von ihnen zu zahlenden Monatsbeitrag für Mai 2015 ohne Anerkennung einer Rechtspflicht aus Gründen der Billigkeit zu erstatten (insgesamt 70.000 EUR).

2. Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt für den unter Punkt 1. aufgeführten Sachverhalt die außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 70.000 EUR. Diese Haushaltsmittel werden beim

Produkt 060101- Kinderbetreuung
Auftrag 310006010190 – Kindergärten
Kostenart 531800 – Aufwendungen f. Zuschüsse an übrige Bereiche

bereitgestellt.

Deckungsvorschlag:
Einsparung von Personalkosten in entsprechender Höhe beim

Produkt 060101- Kinderbetreuung
310006010190 – Kindergärten
Auftrag Kostenart 501200 – Tariflich Beschäftigte

Bereichsleiter Bereich 3-1	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Gohlke Datum 15.06.2015	Münich Datum 15.06.2015	Tsalastras Datum 16.06.2015	Wehling Datum 17.06.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)		
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat [ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)		
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle [ ]
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0970-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt

Bezug

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Im Zuge der Tarifauseinandersetzung im Sozial- und Erziehungsdienst (TVöD SuE) der Kommunen wurden auch die städtischen Kindertageseinrichtungen in der Zeit vom 11.05. bis 05.06.2015 bestreikt. Darüber hinaus waren die städtischen Kindertageseinrichtungen an drei Tagen im März/April 2015 bedingt durch Warnstreiks geschlossen.

Aktuell ist der Streik im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens bis zum 22.06.2015 ausgesetzt.

Grundlage für die Erhebung von Elternbeiträgen ist die Satzung der Stadt Oberhausen über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vom 11.04.2008. In § 1 Abs. 1 i.V.m. § 5 Abs. 1 dieser Satzung ist geregelt, dass die Eltern für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatliche öffentlich-rechtliche Beiträge zu leisten haben. Gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung wird die Beitragspflicht durch die Schließungszeiten der Einrichtung nicht berührt.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 18.05.2015 die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, ob die Elternbeiträge für die Tage, an denen die Kinder wegen des Streiks nicht betreut wurden, zurückgezahlt werden können.

Aufgrund der Dauer des Streiks mit 17 Streiktagen und 3 Warnstreiktagen stellt der Ausfall der Betreuung der Kinder eine besondere Härte für die Eltern dar.
Für besondere Härtesituationen konnten lediglich 120 bis 160 Plätze für eine Notbetreuung angeboten werden.

Die Verwaltung wird den Eltern im Rahmen des laufenden Kindergartenjahres , den von ihnen zu zahlenden Monatsbeitrag für Mai 2015 ohne Anerkennung einer Rechtspflicht als Ausgleich erstatten.
Aus Praktikabilitätsgründen erfolgt die Erstattung für den vollen Monat Mai und unabhängig davon, ob die städtische Notbetreuung in Anspruch genommen wurde oder nicht.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0944-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
11.06.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
18.06.2015	Schulausschuss	K		
22.06.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

1. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Inklusion an Schulen

2. Umbaumaßnahmen im Rahmen der Inklusion am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg (KKBk)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt,

1. die überplanmäßige Mittelbereitstellung für investive Leistungen an Schulen im Rahmen des Ausbaus zur Inklusion:

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag in EUR
140003010100000	Inklusion an Schulen	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	234.950,00
140003010100000	Inklusion an Schulen	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing.-Leistung OGM	51.580,00

Stellv. Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Oberbürgermeister
K. Hußmann **29.05.2015**	**J. Schmidt** **01.06.2015**	**A. Tsalastras** **02.06.2015**	**K. Wehling** **03.06.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Deckungsvorschlag:

Im Februar 2015 ist durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen der finanzielle Ausgleich für wesentliche bauliche Belastungen infolge des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 05. November 2013 für das Schuljahr 2014/2015 (Inklusionspauschale) in Höhe von 286.531,14 EUR vereinnahmt worden.

140003010100000	Inklusion an Schulen	681100	Zuweisungen vom Land	286.530

2. folgende Umbaumaßnahmen am Käthe-Kollwitz-Berufskolleg:

   a) im Eingangsbereich
   b) in der Lehrküche
   c) im Treppenhaus, Bauteil A (Einbau eines Liftes)

   in Höhe von insgesamt 118.000,00 EUR zzgl. 18.000,00 EUR Honorarkosten vorzunehmen.

   Die haushaltsmäßige Abwicklung erfolgt aus dem unter Punkt 1. beschlossenen Gesamtbudget.

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X] siehe Beschlussvorschlag und Begründung

b) Sonstige

Begründung

Zu 1. Mit Bescheid vom 23.12.2014 wurde ein finanzieller Ausgleich für die wesentlichen Belastungen der Kommunen für die schulische Inklusion infolge des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 05. November 2013 vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen gewährt. Der Förderbescheid erstreckt sich über mehrere Jahre und diesbezüglich werden für die Jahre 2016 ff. sowohl die Einzahlungsbeträge als auch die Auszahlungsbeträge entsprechend dargestellt.

Die Zahlung der sogenannten Inklusionspauschale in Höhe von 286.531,14 EUR erfolgte im Februar 2015, so dass eine bisherige Berücksichtigung im Haushalt 2015 nicht erfolgen konnte. Die bisher konsumtiv vereinnahmten Erträge sind nunmehr verursachungsgerecht in den investiven Teil umzubuchen.

Um einen zügigen und bedarfsorientierten Verwaltungsablauf zu gewährleisten und den Schulen schnellstmöglich bauliche Unterstützung zukommen lassen zu können, ist ein sofortiger Zugriff auf die vorhandenen Investitionsmittel unumgänglich.

Insbesondere muss auf unvorhergesehene Schulwechsel von Förderschulen an Regelschulen unvermittelt reagiert werden können, um durch kleinere bauliche Änderungen Schülerinnen und Schüler mit diversen differenzierten Förderschwerpunkten die Perspektive eröffnen zu können, kurzfristig eine inklusive Beschulung an einer Regelschule wahrzunehmen.

Viele Maßnahmen, wie oben erwähnte Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern mit Förderschwerpunkten, sind nicht vorhersehbar und konnten bislang nicht in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden. Von diesen Schülerinnen und Schülern werden die unterschiedlichsten Anforderungen an die Lernumgebung gestellt, so dass eine Vorbereitung von Schulen auf alle Förderschwerpunkte praktisch unmöglich ist.

Oftmals fallen Probleme erst im laufenden Unterricht auf, die durch kleinere Maßnahmen behoben werden können. Der inklusive Unterricht kann damit weiterhin gewährleistet bzw. verbessert werden.

Zu 2. Die Umbaumaßnahmen an dem KKBk sind aufgrund einer aktuell erfolgten Anmeldung einer motorisch eingeschränkten Person notwendig.
Ein Lift muss im Treppenhaus des Gebäudeteils A installiert werden, um dieser Schülerin und zukünftig auch anderen Rollstuhlfahrer/innen zu ermöglichen, die ersten beiden Halbetagen zu erreichen. Dort befinden sich Klassenräume und eine Lehrküche. Diese muss an einer Kochstelle umgebaut werden, um diesen Arbeitsplatz rollstuhlgerecht herzurichten.

In Kürze wird ebenfalls ein bereits geplanter PC-Raum auf dieser Etage eingerichtet, so dass alle notwendigen Räume auch für motorisch eingeschränkte Personen erreichbar sind.

Die Baumaßnahmen sind unerlässlich, um das vom Rat der Stadt Oberhausen beschlossene Ziel der Inklusion zu erreichen. Zur Mitfinanzierung der wesentlichen Belastungen der Kommunen aufgrund solcher Maßnahmen und zur Unterstützung der Schulen dient die vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen gewährte Inklusionspauschale.

Weitere geplante Baumaßnahmen sollen an der Gesamtschule Osterfeld erfolgen. Prüfungen zu baulichen Änderungen unter Beachtung möglicher Prognosen aus dem kommenden Bildungsplan werden bereits am Hans-Böckler-Berufskolleg (Aufrüstung Aufzug wegen der Entfluchtung rollstuhlfahrender Schülerinnen und Schüler) als auch an der Königschule (Akustikmaßnahmen wegen des Förderschwerpunktes Hören und Kommunikation) vorgenommen.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/0976-01**	**Termin** **22.06.2015**	
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
22.06.2015	RAT	B		

Beratungsgegenstand

Einbau einer Ausgabeküche für den offenen Ganztag der Melanchthonschule

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt, eine Ausgabeküche in der Melanchthonschule nach einer Kostenermittlung der OGM GmbH in Höhe von

98.500,00 Euro

zu errichten.

Eine Finanzierung erfolgt unterjährig unter Beachtung der verbindlichen Kreditobergrenze der Bezirksregierung.

Bereichsleiter Bereich 0-7 Strategisches Immobilienmanagement **D. Ingenerf** **18.06.2015**	**Dezernent Dezernat 0** **J. Schmidt** **18.06.2015**	**Kämmerer** **A. Tsalastras** **18.06.2015**	**Oberbürgermeister** **K. Wehling** **19.06.2015**

*** Vorlage zur:**
Anhörung (A)
Kenntnisnahme (K)
Vorberatung (V)
Beschlussfassung (B)

*** Ergebnis :**
Zustimmung (Z)
Ablehnung (A)
Änderung (Ä)
Anhörung vollzogen (AV)
Kenntnisnahme (K)

Beschlusskontrolle:
Ja oder nein

Beteiligung:
Personalrat [ ]
Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0976-01	Termin 22.06.2015	

Konsequenzen

Finanzielle ja

Begründung

Der offene Ganztag der Melanchthonschule wird ab dem Schuljahr 2015/2016 mit 160 Kindern durchgeführt. Aufgrund der stark gestiegenen Zahlen der Kinder und den damit verbundenen Essensausgaben sind mit der aktuellen Küchenausstattung die Ausgaben nicht mehr zu realisieren und entsprechen auch nicht den hygienischen Vorschriften. Vor diesem Hintergrund war es erforderlich, eine neue Küche unter Berücksichtigung der bestehenden Verträge mit dem Dienstleister für die Essenslieferung zu planen. Außerdem nimmt die Schule an dem Schulobstprogramm teil, so dass auch hier bestimmte hygienische Vorschriften zu berücksichtigen sind.

Für die Ausstattung werden insbesondere benötigt:

- Konvektomaten für die Erwärmung der Speisen
- Industriespülmaschine
- größere Spüle aus Edelstahl
- ein neuer Gefrierschrank in Gewerbequalität
- Essensausgabe mit Hustenschutz
- Küchenmobiliar aus Edelstahl entsprechend der Vorgaben der Hygieneverordnung

sowie weiteres Kleinmaterial.

Für den Anschluss der zuvor genannten Geräte sind Neuinstallationen der Wasser- und Elektroanschlüsse zwingend erforderlich.

Die OGM GmbH hat in Zusammenarbeit mit der Lebensmittelaufsicht und Fachunternehmen einen Kostenvoranschlag erstellt, der Gesamtkosten brutto inklusive HOAI-Kosten von 98.500,00 Euro darstellt. Aufgrund der Höhe der Kosten handelt es sich nicht mehr um ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung, so dass ein Beschluss eines politischen Gremiums erforderlich ist. Da die Kosten aufgrund der umfangreichen Recherchen erst seit dem 12.06.2015 bekannt sind, ist der Beschluss erst für die Sitzung des Rates möglich. Die Küche muss für den Schulbetrieb nach den Sommerferien zur Verfügung stehen, um den offenen Ganztag zu sichern.

Vorbehaltlich des Beschlusses werden die Mittel außerplanmäßig durch den Stadtkämmerer bereitgestellt, da die Grenze von 100.000 Euro für außerplanmäßige Ausgaben nicht erreicht wird.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1046-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
26.08.2015	Jugendhilfeausschuss	V		
	Finanz- und Personalausschuss	V		
	Hauptausschuss	V		
	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Neubau von städtischen Kindertageseinrichtungen

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt

1. die Errichtung einer 6-gruppigen Kindertageseinrichtung (KTE) am Standort der ehemaligen Knappenschule, Uhlandstr. 35. Die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM GmbH) wird mit Umsetzung der Baumaßnahme als Projektplaner entsprechend des Leistungsvertrages beauftragt;
2. die Erweiterung der städt. KTE am John-Lennon-Platz mit 3 Gruppen. Die OGM GmbH wird mit der Umsetzung der Baumaßnahme als Projektplaner entsprechend des Leistungsvertrages beauftragt;
3. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für investive Leistungen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Investitionsnr.	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
310006010101000	KTE-John-Lennon-Platz	785100	Anlage im Bau (AiB) Hochbaumaßnahme	918.040,00
31000601010100	KTE-John-Lennon-Platz	785120	AiB: Hochbaumaßnahme, Projektsteuerung OGM	63.700,00

Bereichsleiter Bereich 0-7	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Beigeordnete Dezernat 3	Oberbürgermeister
D. Ingenerf 17.08.2015	J. Schmidt 18.08.2015	A. Tsalastras 20.08.2015	E. Münich 21.08.2015	K. Wehling 21.08.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:	
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)			
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat	[ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)			
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle	[ ]
	Kenntnisnahme (K)			

Deckungsvorschlag

Investitionsnr.	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
310006010100600	KTE-OB-Ost	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	948.040,00
310006010100600	KTE-OB-Ost	785120	AiB: Hochbaumaßnahme, Ingenieurkosten OGM	33.700,00

Der Haushaltsplanentwurf 2016 wird per Veränderungsnachweisung (VN) entsprechend angepasst (sowohl Einzahlungs- als auch Auszahlungsbudget).

4. die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für konsumtive Leistungen (Abbruch Knappenschule) wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Auftrag	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung	Betrag/EUR
310006010190	Kindergärten	521150	Aufwendungen für Sanierung „Gebäude- und Grundstücksunterhaltung“	65.000,00

Deckungsvorschlag

Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Konsequenzen

Finanzielle (ja)

Begründung

Seit 01. August 2013 hat jedes Kind mit Vollendung des 1. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung in Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Die Bedarfsdeckung an Plätzen für Kinder nach Vollendung des 3. Lebensjahres ist in Oberhausen seit Jahren mit einem Bedarfsdeckungsgrad von 90 % stabil. Die Bedarfsdeckung an Plätzen für Kinder unter 3 Jahren konnte seit 2010 von 10,4 % auf aktuell rd. 35 % gesteigert werden. Entgegen der Bevölkerungsprognose aus 2010 war bereits in den vergangenen 2 Jahren zu verzeichnen, dass ein Geburtenrückgang weiter greift, allerdings sich die Kinderzahlen auf einem höheren Niveau als ursprünglich prognostiziert entwickeln. Der Zuzug von Familien nach Oberhausen trägt dazu bei. Auch ein gesteigertes Nachfrageverhalten nach Betreuungsangeboten ist zu verzeichnen. Der aktuelle Zuzug von Familien aus Krisengebieten erhöht ebenfalls dauerhaft den Bedarf. Diese Situation macht es erforderlich das Angebot an Betreuungsplätzen in Oberhausen sowohl mit temporären als auch mit dauerhaften Lösungen zu sichern bzw. auszuweiten. Neben bereits erfolgten Maßnahmen bzw. sich in der Umsetzung befindlichen Planungen soll noch in 2015 mit der Errichtung einer 6-gruppigen Kindertageseinrichtung am Standort der ehemaligen Knappenschule und mit der Erweiterung der städtischen Kindertageseinrichtung am John-Lennon-Platz mit 3 Gruppen begonnen werden.

- Standort Oberhausen-Ost (ehemalige Knappenschule)
  Am Standort der ehemaligen Knappenschule, Uhlandstr. 35 wird eine Kindertageseinrichtung mit sechs Gruppen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr bis zur Einschulung entstehen. Die dichte Bebauung in Oberhausen-Ost bietet nur begrenzt geeignete Flächen zur Errichtung einer Kindertageseinrichtung. Die Fläche der ehemaligen Knappenschule ist aufgrund ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zur Grünanlage „Uhlandpark“ für die Betreuung von Kindern u. a. aus pädagogischer Sicht besonders gut geeignet.
  Die Trägerschaft der KTE wird, nach Abfrage in der Trägerlandschaft von Kindertageseinrichtungen, die Stadt Oberhausen übernehmen.
  Da sich ein Umbau der vorhandenen Gebäudestruktur des ehemaligen Schulgebäudes für eine kindergartengerechte Nutzung gemäß Prüfung der OGM GmbH nicht wirtschaftlich darstellen lässt, ist ein Abriss mit anschließender Neubebauung unumgänglich.
  Die Kosten des Abrisses der entbehrlichen Gebäude betragen nach Schätzung der OGM GmbH ca. 65.000,00 EUR. Einerseits ist das Gebäude Knappenschule für die Instandhaltung nicht an einen Hauptunternehmer vergeben worden, andererseits waren die Abrisskosten in der Gebäudeunterhaltungsplanung der OGM GmbH nicht vorgesehen und überschreiten hierdurch die Verpflichtungen aus dem Leistungsvertrag. Für diese Sonderleistung ist die OGM GmbH zusätzlich zu entlohnen. Eine entsprechende Sonderrechnung wird erfolgen und im Haushaltsjahr 2015 kassenwirksam zu begleichen sein.
  Lediglich das Gebäude des Offenen Ganztages bietet sich weiterhin für eine Folgenutzung für die Jugendarbeit an und bleibt deshalb erhalten.
  Für die aktuellen Nutzer der ehemaligen Knappenschule werden derzeit alternative Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Entsprechend der Berechnung der OGM GmbH werden die Kosten für die Baumaßnahme ca. 1.918.000,00 EUR brutto zzgl. 394.000,00 EUR Honorarkosten (brutto) betragen. Hinzu kommen Kosten für die Projektsteuerung durch die OGM GmbH in Höhe von 96.900,00 EUR (brutto). Für das Jahr 2015 wird bereits mit einem Kostenabfluss in Höhe von 200.000,00 EUR für die Baumaßnahme und 200.000,00 EUR für die Honorarkosten gerechnet.

Die in 2015 veranschlagten Mittel für die Außenanlage und die benötigten Restbeträge werden per VN in 2016 neu abgebildet. Die Restbeträge werden durch die in 2016 veranschlagten Mittel für die KTE-John-Lennon-Platz gedeckt.
Den Auszahlungen stehen Einzahlungen in Form von Zuschussmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von insgesamt 450.000,00 EUR gegenüber, die für den U3-Ausbau mit Zuwendungsbescheid vom 09.06.2015 bewilligt wurden. Hiervon werden in 2015 voraussichtlich 150.000,00 EUR vereinnahmt. Die übrigen Zuschussmittel in Höhe von 300.000,00 EUR werden in 2016 kassenwirksam abgerufen. Dieses Verfahren ist gemäß Zuschussbescheid nicht zuschussschädlich.

- <u>Standort KTE John-Lennon-Platz</u>
  Die Erweiterung der Städt. KTE Villa Kunterbunt erfolgt um 3 Gruppen. Aufgrund der Größe von dann insgesamt 9 Gruppen könnten daraus formal zwei Einrichtungen mit zwei eigenständigen Betriebserlaubnissen entstehen. Die räumliche Nähe erfordert dennoch eine alltägliche Zusammenarbeit innerhalb einer konzeptionellen Gesamtausrichtung. Die bauliche Gestaltung muss diesem Aspekt Rechnung tragen, weshalb der bereits beauftragte Anbau eines Mehrzweckraumes zur Nutzung beider Einrichtungen vorgesehen ist.
  Insgesamt soll die Baumaßnahme entsprechend der Berechnung der OGM GmbH 1.274.000,00 EUR brutto zzgl. Honorarkosten in Höhe von 218.000 EUR brutto kosten. Die benötigten Mittel sind im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 veranschlagt.
  Aus haushaltsrechtlichen Gründen müssen die Aufträge der einzelnen Baufirmen vorab in der Auftragshöhe gebucht werden. Von den 700.000,00 EUR für die geplanten Auftragsvergaben werden jedoch nur 300.000,00 EUR kassenmäßig im Jahr 2015 abfließen. Bei den Honorarkosten wird mit einer Auszahlung im Jahr 2015 in Höhe von 150.000,00 EUR gerechnet.
  Die Beauftragung der OGM GmbH für die Planungs- und Steuerungsarbeiten der Baumaßnahme erfolgt in Höhe von 63.700,00 EUR brutto. Die kassenmäßige Wirksamkeit in 2015 wird in Höhe von 57.300,00 EUR erfolgen.
  Den Auszahlungen stehen Einzahlungen in Form von Zuschussmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von insgesamt 306.000,00 EUR gegenüber, die für den U3-Ausbau mit Zuwendungsbescheid vom 09.06.2015 bewilligt wurden. Die Vereinnahmung der Zuwendung erfolgt komplett entsprechend des Zuwendungsbescheides in 2016.

Hinsichtlich der Umsetzung der vorgenannten Baumaßnahmen handelt es sich somit lediglich um eine finanztechnische Verschiebung innerhalb der Haushaltsjahre 2015/16, einerseits um einen kurzfristigen Maßnahmebeginn in 2015 und andererseits einen ordnungsgemäßen Abschluss in 2016 zu gewährleisten.

Unter anderem auf der Grundlage der aktuellen Vorausberechnung der Bevölkerung für die Stadt Oberhausen von 2015 bis 2025 des Bereiches 4-5 – Statistik und Wahlen – erarbeitet der Bereich 3-1 – Kinder, Jugend, Bildung – aktuell den Entwicklungsplan Frühkindliche Bildung 2016 bis 2021, der den politischen Gremien im 1. Halbjahr 2016 zur Beratung vorgelegt wird. Diese Entwicklungsplanung wird wiederum Grundlage für die weitere Ausbauplanung an Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sein.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1055-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
03.09.2015	Sportausschuss	V		
14.09.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Weiterentwicklung Stadion Niederrhein

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Modernisierung des Stadions Niederrhein durch die Errichtung einer überdachten Stehtribüne in der Emscherkurve mit einem Fassungsvermögen für 3.110 Zuschauerstehplätze (erweiterbar auf 4.110 Zuschauerstehplätze) - siehe Begründung, Variante 2 -.

b) die außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Produktbereich 08, Sportförderung, im HH-Jahr 2015 wie folgt:

Invest.-Maßnahme	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
250008010300740	Stadion NR	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	2.700.440,00 €
250008010300740	Stadion NR	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing.-OGM	295.160,00 €

Deckungsvorschlag:
Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeiten. Die verbindliche Gesamtkreditvorgabe der Bezirksregierung wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 2-5/Sport	Dezernent Dezernat 2	Kämmerer	Oberbürgermeister
H.-B. Reuschenbach Datum: 18.08.2015	F. Motschull Datum: 18.08.2015	A. Tsalastras Datum: 19.08.2015	K. Wehling Datum: 21.08.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1055-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksachen-Nr. M/16/0376-01 vom 06.11.2014
Drucksachen-Nr. B/16/0364-01 vom 17.11.2014

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja X]

b) Sonstige

Begründung

Das Stadion Niederrhein wurde im Jahr 1926 fertiggestellt und der Öffentlichkeit übergeben. Seitdem ist es Oberhausens größte Sportstätte und gleichzeitig Heimspielstätte des Traditionsvereins SC Rot-Weiß Oberhausen, der hier in den vergangenen Jahrzehnten viele sportliche Höhepunkte feiern konnte. Im kommenden Jahr wird das Stadion Niederrhein 90 Jahre alt.

Durchgeführte Erhaltungs-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den vergangenen zwei Jahrzehnten:

In den 1990er Jahren wurden umfangreiche Erhaltungs-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Stadion durchgeführt, um es in seiner Substanz zu erhalten und es gleichzeitig für den Spielbetrieb in den höheren Spielklassen des Deutschen Fußballbundes tauglich zu machen.

Maßnahmen der Jahre 1996 -1998:

- Sanierung und Modernisierung des Tribünengebäudes
- Sanierung und Modernisierung der Haupttribüne
- Neubau eines Tribünendaches über der Haupttribüne
- Neubau eines neuen Tribünendaches auf der Gegengeraden
- Neugestaltung des Tribünenvorplatzes und des Stadionvorplatzes einschl.
- Errichtung neuer Kassenanlagen
- Erneuerung der Stadionparkplätze P2, a, b und c, P3 und P4

In den 2000er Jahren folgten weitere Investitionen zur Wertsteigerung und Werterhaltung des Stadions: Im Jahr 2008 erhielt der Stadionrasen die von der Deutschen Fußballliga für die 2. Bundesliga geforderte Rasenheizung.

Nach Fertigstellung des Schulsport- und Leichtathletikzentrums „Stadion Sterkrade“ im Jahre 2011 siedelte die Sportart Leichtathletik, die jahrzehntelang im Stadion Niederrhein beheimatet war, vom Stadion Niederrhein ins Stadion Sterkrade um. Nach den parallel geführten, erfolgreichen Grundstücksverhandlungen ist die Stadt Oberhausen inzwischen Eigentümerin des Grundstücks

Stadion Niederrhein, wodurch ebenfalls die Voraussetzungen für eine Umgestaltung der Sportanlage in ein modernes Stadion für den Fußballsport verbessert wurden.

Im Jahr 2014 erfolgten dringend notwendige Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die die Sicherheit für Zuschauer im Stadion aber auch die Funktionalität der Flutlichtanlage betrafen. U. a. wurden 3 Flutlichtmasten von Grund auf saniert, Toilettenanlagen, Treppenaufgänge, Fassaden etc. ebenfalls saniert bzw. erneuert. Ein Flutlichtmast musste aus Sicherheitsgründen abgetragen werden.

Zuschauerränge in den beiden Stadionkurven

Bei den beschriebenen Maßnahmen der vergangenen zwei Jahrzehnte blieben die beiden Stadionkurven in ihrer Grundform erhalten. Hier halten sich traditionell die Stehplatzbesucher des Vereins RWO (Emscherkurve) und der Gäste (Kanalkurve) auf. Instandsetzungsmaßnahmen fanden hier nicht mehr statt.

Der Zustand dieser Besucherplätze entspricht nicht mehr dem heutigen Standard eines modernen Stadions, weil die Kurvenränge für die Zuschauer kaum Komfort bieten.

An folgenden Beispielen wird dieses deutlich:

- Der Bestand der Emscherkurve im Bereich der unterhalb der Stehränge liegenden, nicht mehr benutzbaren Räume ist ohne geeignete Baumaßnahmen dauerhaft nicht gesichert. Hier werden mittelfristig Instandhaltungskosten anfallen, ohne dass sich das Gesamtangebot verbessert.

- Die Zuschauerränge befinden sich sehr weit vom Spielfeld entfernt:

Entfernung der Zuschauerstufen, mittlere Höhe, bis zum Spielfeldrand:	rd. 48 m
Entfernung der Zuschauerstufen, mittlere Höhe, bis zur Spielfeldmitte:	rd.100 m
Entfernung der Zuschauerstufen, mittlere Höhe, bis zum gegenüberlieg. Fußballtor:	rd.150 m

- Die Zuschauer sind während der Spiele der jeweils herrschenden Witterung völlig ausgesetzt. Sturm und Regen schlagen den Zuschauern während des laufenden Spiels häufig entgegen. Geöffnete Regenschirme schränken die Sicht für die Besucher dann erheblich ein.

- Auf den unteren Stehrängen sind die Spiele von den Zuschauern kaum zu verfolgen, weil sie sich hier in etwa auf der Höhe des Spielfeldes befinden und aufgrund der weiten Entfernungen und Sichtbehinderungen durch Zaun, Banden u. a. das Spielgeschehen kaum wahrnehmen können.

- Die Versorgung der Zuschauer mit Getränken vor Spielen sowie mit Toilettenanlagen ist problematisch, weil die Zugänge dorthin nur mit viel Aufwand zu erreichen sind. Zudem befinden sich die Toilettenanlagen hier in keinem guten Zustand.

Zur aktuellen Situation der beiden Stadionkurven kann deshalb folgendes Fazit gezogen werden:

Die Zuschauerränge in den beiden Stadionkurven entsprechen nicht mehr dem Standard eines modernen Stadions. Zudem ist der Bestand der Tribüne im Bereich der ausgebauten, aber nicht mehr nutzbaren Räume unter den Rängen ohne geeignete Sicherungsmaßnahmen dauerhaft nicht gesichert.
Für den Zuschauer sind diese Plätze unattraktiv und nicht mehr zeitgemäß, weil sie vom Spielgeschehen sehr weit entfernt und zudem aufgrund einer fehlenden Überdachung völlig der Witterung ausgesetzt sind. Auch die sich unterhalb der beiden Kurven befindenden Räume, die früher als Umkleide-, Dusch- und Lagerräume genutzt wurden, befinden sich seit Jahren in einem nicht benutzbaren Zustand. Eine Instandsetzung dieser Räume ist aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu vertreten.

Wegen dieses beschriebenen Ist-Zustandes von Teilen des Stadions hat der Verein RWO im Vergleich zu anderen ambitionierten Vereinen höherer Spielklassen einen Standort- und Wettbewerbsnachteil.

Entwicklung im Jahr 2014

Im Zuge der im Jahre 2014 geführten Diskussion im Zusammenhang mit dem Rückbau des einsturzgefährdeten 4. Flutlichtmastes an der Lindnerstraße und des zunächst geplanten Wiederaufbaus dieses Mastes, hat der Rat der Stadt am 17.11.2014 entschieden, den Flutlichtmast nicht zu erneuern. Entscheidend hierfür war die nicht erwartete Preissteigerung beim geplanten Neubau des 4. Flutlichtmastes.

Stattdessen sollten Optionen zu einer Wertsteigerung des Stadions durch die Errichtung einer neuen, zeitgemäßen Zuschauertribüne auf der Emscherseite des Stadions durch die Verwaltung und die OGM GmbH geprüft werden. Die ausreichende Flutlichtversorgung des Stadions bei Ligaspielen muss in diesem Zusammenhang gewährleistet sein - siehe hierzu Ratsvorlage vom 17.11.2014, B/16/0364-04 - Der Sportausschuss wurde erstmalig in seiner Sitzung am 11.09.2014 über die alternativen Überlegungen der Verwaltung informiert. Der Aufforderung des Ausschusses, in der Sitzung am 06.11.2014 weitergehende Informationen zu den angedachten Optionen zu liefern, kam die Verwaltung nach, indem sie den Sportausschuss am 06.11.2014 über Optionen zur Weiterentwicklung des Stadions in Form eines Berichtes und einer Stadionbesichtigung informierte.

Im Ausschuss wurden die aufgezeigten Optionen zur Errichtung einer neuen Zuschauertribüne in der Emscherseite des Stadions durchweg positiv bewertet, wobei die Ausschussmitglieder auf folgende Punkte hinwiesen, die es von der Verwaltung bei allen Planungen zu beachten gelte:

- Der Bericht vom 06.11.2014 ist als erstes Arbeitspapier zu werten, einige Dinge sind noch offen und müssen geklärt werden.

- Die Entscheidung zur Umsetzung einer der aufgezeigten Optionen sollte erst nach der Spielzeit 2014/2015 getroffen werden.

Hinweis hierzu:
Dieser Hinweis zielte auf die sportliche und wirtschaftliche Entwicklung des Vereins RWO ab. Nach derzeitigem Stand ist festzustellen, dass sich der Verein in der Regionalliga West gut etabliert hat und in der abgelaufenen Saison 2014/2015 einen vorderen Tabellenplatz belegte. In der Saison 2015/2016 strebt der Verein einen Spitzenplatz in der Liga an, der ggf. den Aufstieg in die 3. Liga des DFB ermöglicht.
Auch die wirtschaftliche Situation des Vereins hat sich nach den finanziellen Turbulenzen im Herbst des vergangenen Jahres stabilisiert. Der Verein befindet sich nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung: Die Alt-Schulden konnten danach im großen Umfang weiter verringert werden, die Liquidität des Vereins für die laufende Spielzeit ist gesichert.

- Der Spielbetrieb des Vereins RWO soll durch einen Tribünenneubau nicht gefährdet werden.

Hinweis hierzu:
Der Spielbetrieb des Vereins RWO würde durch die Baumaßnahme nicht direkt beeinflusst. Allerdings sind für die Zeit der prognostizierten neunmonatigen Bauphase alternative Lösungen für den traditionellen Zuschauerbereich „Emscherkurve“ anzustreben und umzusetzen.

Ergebnisse der weitergehenden Prüfung:

Bis einschließlich Juli 2015 führte die Verwaltung weitere Gespräche mit Vertretern der OGM GmbH und eines für die Planung und Durchführung von Stadionbauten erfahrenen Unternehmens, mit dem Ziel, eine möglichst detaillierte Kostenberechnung für die vorgestellten Tribünenvarianten in der Emscherkurve zu erhalten.

Nach den nun vorliegenden Planungs- und Kostenberechnungen stellen sich die Kosten für den Neubau einer überdachten Stehtribüne in der Emscherkurve in den verschiedenen Varianten wie folgt dar:

Tribünenvariante 1:

a) Errichtung eines Tribünengebäudes inkl. Toilettenanlage und Versorgungseinrichtungen	Fassungsvermögen Stehplätze: 3.110 Zuschauer	Kosten für ein schlüsselfertiges Gebäude inkl. MwSt. 2.275.280,00 € *¹ 232.000,00 € *² **2.507.280,00 €**
Grundfläche:	81 m x 11,70 m	*¹ BK Generalübernehmer*
Stehplatzreihen:	24	*² Anteilige Ing.-Kosten für die Genehmigungsplanung*
Höhe der 1. Stufe:	1,10 m über 0	
Entfernung der 1. Stufe z. Spielfeld:	7,50 m	
Lichte Höhe des Kragdaches:	11 m	

b) Ergänzende Investitionen

Im Zuge dieses Tribünenneubaus ist geplant, folgende Komplementärarbeiten durchzuführen:

• Ertüchtigung der Flutlichtanlage für Liga-Spiele (800 Lux)**:**	48.900,00 € brutto
• Gestaltung der Verkehrsflächen auf dem zukünftigen Tribünenvorplatz, Lindnerstraße (auf der Fläche der heutigen Emscherkurve, rd. 3.000 m²)	147.300,00 € brutto
• Einfriedung	10.000,00 € brutto
• Seitliche und rückwärtige Schließung der Tribüne	83.300,00 € brutto
• Projektsteuerung OGM GmbH	50.000,00 € brutto
	339.500,00€ brutto

Zusammenfassung der Investitionskosten zu a) und b)

a) Tribünengebäude, Baukosten und Ingenieurleistungen:	2.507.280,0,0 € brutto
b) Ergänzende Investitionen:	339.500,00 € brutto
Investitionen insgesamt:	**2.846.780,00 € brutto**

Tribünenvariante 2:

a) Errichtung eines Tribünengebäudes inkl. Toilettenanlage und Versorgungseinrichtungen	Fassungsvermögen Stehplätze:	Kosten für ein schlüsselfertiges Gebäude
	3.110 Zuschauer	2.381.190,00 € brutto *1
	erweiterbar auf 4.110 Stehplätze	245.160,00 € brutto *2
		2.626.350,00 € brutto

Grundfläche:	81 m x 16,50 m
Stehplatzreihen (Option):	24 (+ 8 Option)
Höhe der 1. Stufe:	1,10 m über 0
Entfernung der 1. Stufe z. Spielfeld:	7,50 m
Lichte Höhe des Kragdaches:	12,47 m

*1 BK Generalübernehmer

*2 Anteilige Ing.-Kosten für die Genehmigungsplanung

b) Ergänzende Investitionen

Im Zuge dieses Tribünenneubaus ist geplant, folgende Komplementärarbeiten durchzuführen:

• Ertüchtigung der Flutlichtanlage für Liga-Spiele (800 Lux):	48.900,00 € brutto
• Gestaltung der Verkehrsflächen auf dem zukünftigen Tribünenvorplatz, Lindnerstraße (auf der Fläche der heutigen Emscherkurve)	147.300,00 € brutto
• Einfriedung	10.000,00 € brutto
• Seitliche und rückwärtige Schließung der Tribüne	113.050,00 € brutto
• Projektsteuerung OGM GmbH	50.000,00 € brutto
	369.250,00 € brutto

Zusammenfassung der Investitionskosten zu a) und b)

a) Tribünengebäude, Baukosten und Ingenieurleistungen:	2.626.350,0,0 € brutto
b) Ergänzende Investitionen:	369.250,00 € brutto
Investitionen insgesamt:	**2.995.600,00 € brutto**

Grundsätzliches zu beiden Varianten:

Die tatsächlichen Kosten werden, wie üblich im Rahmen eines durchzuführenden Vergabeverfahrens ermittelt.

Vorschlag zum Tribünenneubau:

Nach den Gesprächen der vergangenen Monate, die sowohl intern als auch mit Vorstandsmitgliedern des Vereins SC Rot-Weiß Oberhausen geführt wurden, schlägt die Verwaltung vor, die Tribünenvariante 2, Fassungsvermögen 3.110 Zuschauer, erweiterbar auf 4.110 Plätze, umzusetzen. Das nach Fertigstellung dieser Tribüne im gesamten Stadion zur Verfügung stehende Zuschauerfassungsvermögen ist den Anlagen 1 und 2 dieser Vorlage zu entnehmen. Hierbei ist auch die Option eines weiteren Tribünenneubaus zu einem späteren Zeitpunkt in der „Kanalkurve“ berücksichtigt. Weitere Tribünenvarianten mit größerem Fassungsvermögen und höheren Investitionskosten wurden nicht weiter verfolgt.

Fazit:

Durch den Neubau der Tribüne in der Emscherkurve wird der Erhalt der für das Stadion, insbesondere für die Oberhausener Fußballfreunde wichtige Zuschauerbereich, dauerhaft gesichert. Bauliche Maßnahmen zur Substanzerhaltung der fast 90 Jahre alten Emscherkurve, werden in den kommenden Jahren in diesem Bereich nicht mehr erforderlich, wodurch hier Erhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen in erheblicher Höhe entbehrlich werden. Dadurch erweist sich diese Variante als betriebswirtschaftlich sinnvoller als nur der Bau eines vierten Flutlichtmastes und einer umfassenden Instandsetzung der jetzigen Emschertribüne. Ferner ist der Tribünenneubau ein weiterer Schritt zur Modernisierung des fast 90 Jahre alten Stadions. Die geplante Tribünenerneuerung in der Emscherkurve wird das Thema „Sicherheit für Stadionbesucher“ vorantreiben und beeinflusst das bestehende Sicherheitskonzept positiv. Durch ein separates Tribünenbauwerk mit eigenen Zu- und Abgängen findet zukünftig kein Austausch mehr zwischen den Besuchern der Tribünen „Emscherkurve“ und der beiden Geraden statt.
Die neue Zuschauertribüne in der Emscherkurve des Stadions wird das Stadion für Besucher insgesamt attraktiver machen. Dies gilt insbesondere für Zuschauer und Fans des Vereins SC Rot-Weiß Oberhausen, die traditionell in diesem Teil des Stadions stehen und ihre Mannschaft von hier aus „anfeuern“.
Zukünftig befinden sich die Zuschauer hier erheblich näher am Spielgeschehen, weil
- die unterste Stufe der Tribüne nur rd. 7,50 m vom Spielfeld entfernt ist und auch
- die Stufe in mittlerer Tribünenhöhe nur rd. 13,50 m entfernt vom Spielfeld liegt.

Durch die Nähe zum Spielfeld und durch die Lage der ersten Stufenreihe in einer Höhe von 1,10 m über 0, kann der Zuschauer zukünftig das Geschehen auf dem Spielfeld von hier aus erheblich besser verfolgen. Durch die Komplettüberdachung und die geplante seitliche und rückwärtige Schließung der Tribüne sind die Zuschauer zukünftig nicht mehr schutzlos den Widrigkeiten des Wetters ausgesetzt. Hierfür sorgt auch die seitliche und hintere Schließung der Tribüne. Sichtbehinderungen durch Pfeiler etc. wird es hier nicht geben.

Bestandteil der Planung und der ermittelten Kosten für das schlüsselfertige Projekt ist auch die Errichtung von ausreichend dimensionierten Toilettenanlagen unterhalb der geplanten Tribüne sowie die Errichtung von entsprechenden Versorgungsstationen für Getränke und Imbiss in diesem Bereich.

Durch die dargestellte Erweiterungsoption der Tribüne ist es grundsätzlich möglich, ihre Zuschauerkapazität einem erweiterten Bedarf anzupassen. Auch bei einem evtl. weiteren Tribünenneubau in der Kanalkurve in gleicher Bauart zu einem späteren Zeitpunkt könnten die Mindestanforderungen des DFB/der DFL für ein Stadion der 1. oder 2. Bundesliga erfüllt werden (15.000 Zuschauer Fassungsvermögen). Näheres hierzu siehe Anlage 1).

Sollte der Rat der Stadt am 14.09.2015 die beschriebene Maßnahme wie vorgeschlagen beschließen, kann mit der Umsetzung des Projektes zeitnah begonnen werden.

Ergänzender Hinweis zu den verschiedenen Ausbauvarianten 1) und 2):

Grundsätzlich wäre es möglich, die derzeitigen Erdwälle/Stehränge der Emscherkurve nach dem Tribünenneubau in weiten Teilen stehen zu lassen - siehe auch Sportausschussvorlage vom 06.11.2014 - Dies gilt auch für die Kunststoffflächen im Bereich der Emscherkurve

Aus städtebaulichen Gründen und um den Standort „Emscherinsel“ insgesamt positiv weiter zu entwickeln, ist es sinnvoll, sowohl die Zuschauerränge/Erdwälle als auch die Kunststoffflächen in der Emscherkurve zurückzubauen bzw. abzutragen.

Finanzierung dieser Rückbaumaßnahmen:
Nach dem Geschäftsvorfall: Konsumtive Mittel, lt. Kostenberechnung rd. 206.000,00 € brutto.
Die Umsetzung dieser Rückbaumaßnahme ist, sofern sie gewünscht ist, zwischen den Beteiligten noch zu klären.
Bei Umsetzung erfolgt eine Finanzierung dieser Aufwendungen aus dem bestehenden Budget des Immobilien-/Flächenmanagementvertrages, LVZ 1, zwischen Stadt Oberhausen und OGM GmbH.

Zukunftsvision

Sollte durch eine positive Entwicklung des Vereins SC Rot-Weiß Oberhausen, einhergehend mit einer Spielberechtigung des Vereins für eine der höheren DFB/DFL-Fußballligen, der Bedarf an zusätzlichen überdachten Zuschauertribünen bestehen, ist es grundsätzlich möglich, das Stadion Niederrhein sukzessive mit weiteren modernen Zuschauertribünen auszustatten.

Anlagen
Anlage 1 und 2 - Zuschauerkapazitäten
Anlage 3 – Planskizzen

Anlage 1)

Fassungsvermögen Stadion Niederrhein nach Neubau der Stehtribüne, Emscherkurve

Variante 1): 3.110 Stehplätze

Haupttribüne -Sitzplätze-	2.000
Gegentribüne -Sitzplätze-	2.000
Stehplätze neben der Haupttribüne (Emscherkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Haupttribüne (Kanalkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Tribüne, Gegengerade (Emscherkurve nicht überdacht)	725
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Haupttribüne	90
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Gegengeraden	140
Tribüne Emscherkurve (neu)	3.110
Stehränge nicht überdacht, Kanalkurve (alt)*	8.000
Fassungsvermögen Zuschauer insgesamt:	**17.165**

*eingeschränkte Sicht auf den unteren Stehrängen

Hinweise:

a) Bei einer möglichen Erweiterung der „3.110er Stehtribüne Emscherkurve“ um 1.000 Plätze und Beibehaltung der heutigen Kanalkurve sowie der Tribünen auf beiden Geraden betrüge das Fassungsvermögen des Stadions dann rd. 18.165 Zuschauerplätze.

b) Sollte die Stehtribüne in gleicher Größe (3.110 Stehplätze) zu einem späteren Zeitpunkt auch in der Kanalkurve gebaut werden, betrüge das Fassungsvermögen des Stadions bei Beibehaltung der Tribünen auf beiden Geraden rd. 13.000 Zuschauerplätze.
Info: Rd. 725 Stehplätze blieben bei dieser Ausbauvariante auf der Gegengeraden (Kanalseite) erhalten.

Hinweis: *Das aktuelle Stadionhandbuch des DFB/der DFL fordert für Stadien der 1. und 2. Bundesliga ein Fassungsvermögen von mind. 15.000 Plätzen.*

Anlage 2)

Fassungsvermögen Stadion Niederrhein nach Neubau der Stehtribüne, Emscherkurve

Variante 2): 3.110 Stehplätze, erweiterbar um 1.000

Berechnung des Fassungsvermögens nach einer späteren Erweiterung um 1.000 Plätze

Haupttribüne -Sitzplätze-	2.000
Gegentribüne -Sitzplätze-	2.000
Stehplätze neben der Haupttribüne (Emscherkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Haupttribüne (Kanalkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Tribüne, Gegengerade (Emscherkurve, nicht überdacht)	725
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Haupttribüne	90
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Gegengeraden	140
Tribüne Emscherkurve neu „3.110“ u. später erweitert um 1.000 Plätze	4.110
Stehränge nicht überdacht, Kanalkurve (alt)*	8.000
Fassungsvermögen Zuschauer insgesamt:	18.165

*eingeschränkte Sicht auf den unteren Stehrängen

Hinweise:

a) Bei einer möglichen Erweiterung der „3.110er Stehtribüne Emscherkurve“ zu einem späteren Zeitpunkt um 1.000 auf 4.110 Stehplätze sowie der gleichzeitigen Beibehaltung der heutigen Kanalkurve sowie der Tribünen auf beiden Geraden betrüge das Fassungsvermögen des Stadions dann rd. 18.165 Zuschauerplätze.

b) Sollte die Stehtribüne in gleicher Größe (max. 4.110 Stehplätze) und Bauart zu einem späteren Zeitpunkt auch in der Kanalkurve gebaut werden, betrüge das Fassungsvermögen des Stadions bei Beibehaltung der Tribünen auf beiden Geraden rd. 15.000 Zuschauerplätze.

Info: *Rd. 725 Stehplätze blieben bei dieser Erweiterungsoption auf der Gegengeraden (Kanalkurve) erhalten.*

Siehe hierzu auch die folgende Darstellung:

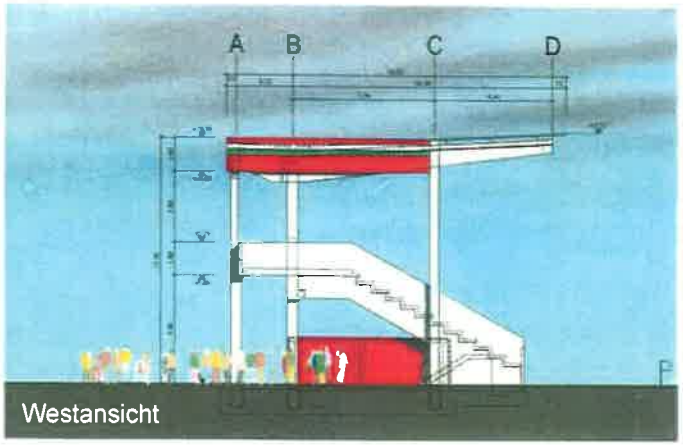
Fassungsvermögen Stadion Niederrhein nach Neubau und Erweiterung von neuen Stehtribünen in der Emscherkurve und Kanalkurve (jeweils max. 4.110 Stehplätze)

Haupttribüne -Sitzplätze-	2.000
Gegentribüne -Sitzplätze-	2.000
Stehplätze neben der Haupttribüne (Emscherkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Haupttribüne (Kanalkurve, überdacht)	550
Stehplätze neben der Tribüne, Gegengerade (Emscherkurve, nicht überdacht)	725
Stehplätze neben der Tribüne, Gegengerade (Kanalkurve, nicht überdacht)	725
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Haupttribüne	90
Stehplätze hinter den Sitzplätzen der Gegengeraden	140
Tribüne Emscherseite neu 3.110, erweitert um 1.000 Plätze	4.110
Tribüne Kanalkurve neu 3.110, erweitert um 1.000 Plätze	4.110
Fassungsvermögen Zuschauer insgesamt:	**15.000**

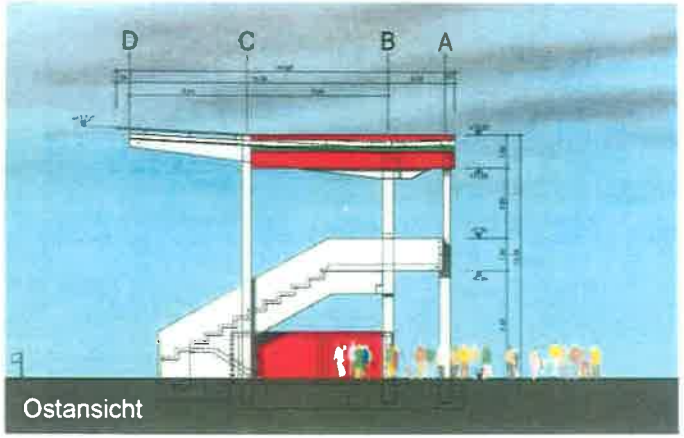
Hinweis: *Das aktuelle Stadionhandbuch des DFB/der DFL fordert für Stadien in der 1. und 2. Bundesliga ein Fassungsvermögen von mind. 15.000 Zuschauerplätzen.*



Nordansicht

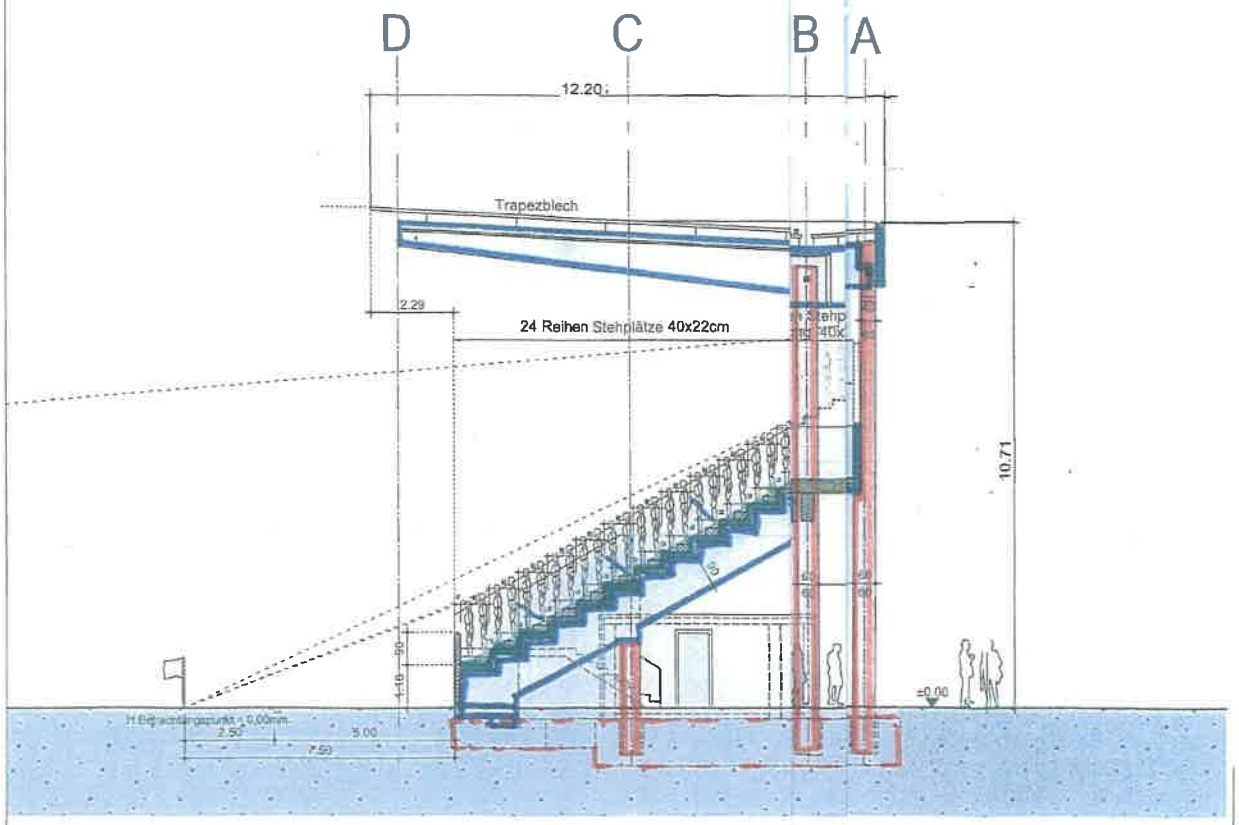


Westansicht



Ostansicht

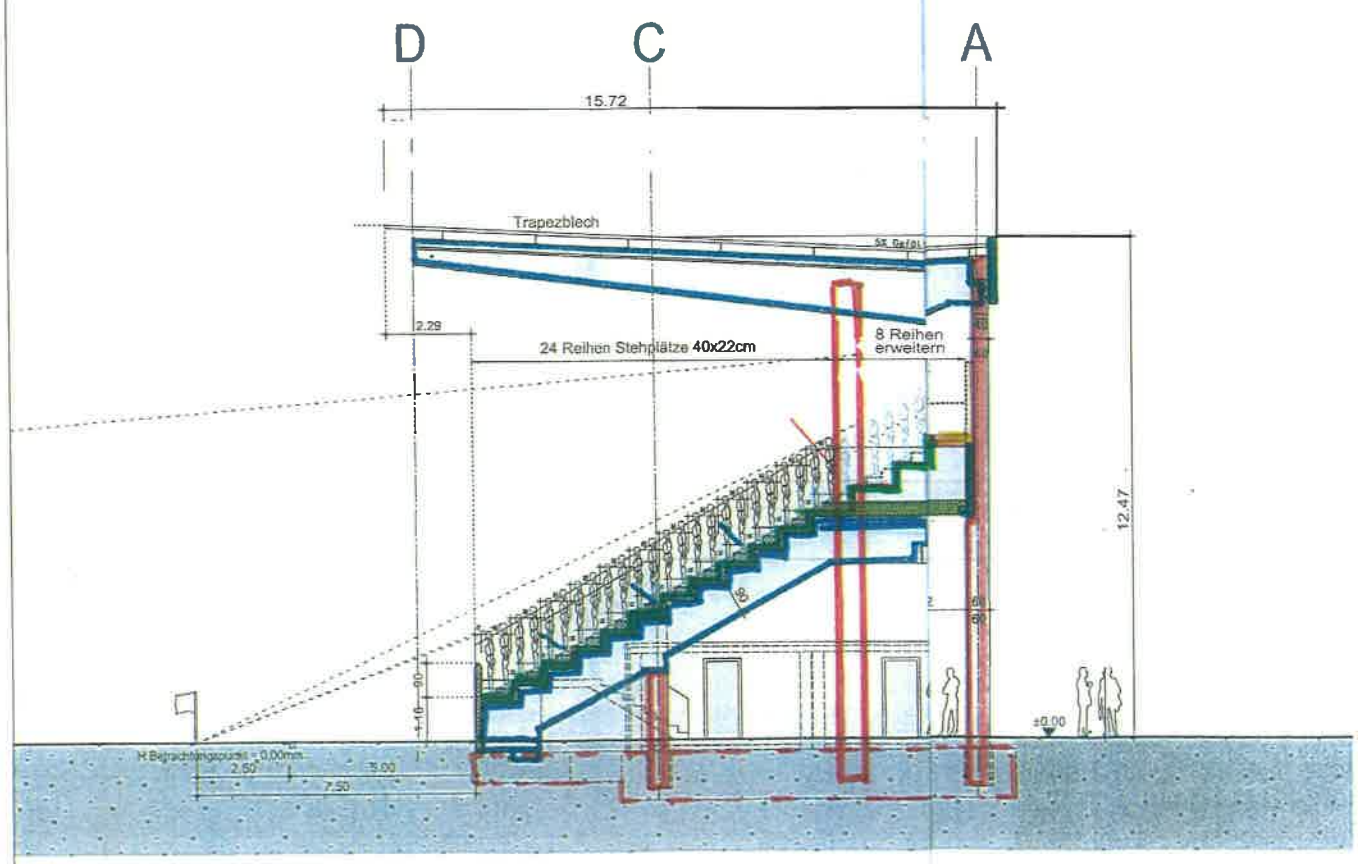
109 von 776 in Zusammenstellung



Systemschnitt

Variante 1 (3110)

Stadion Niederrhein
Tribüne Emscherkurve

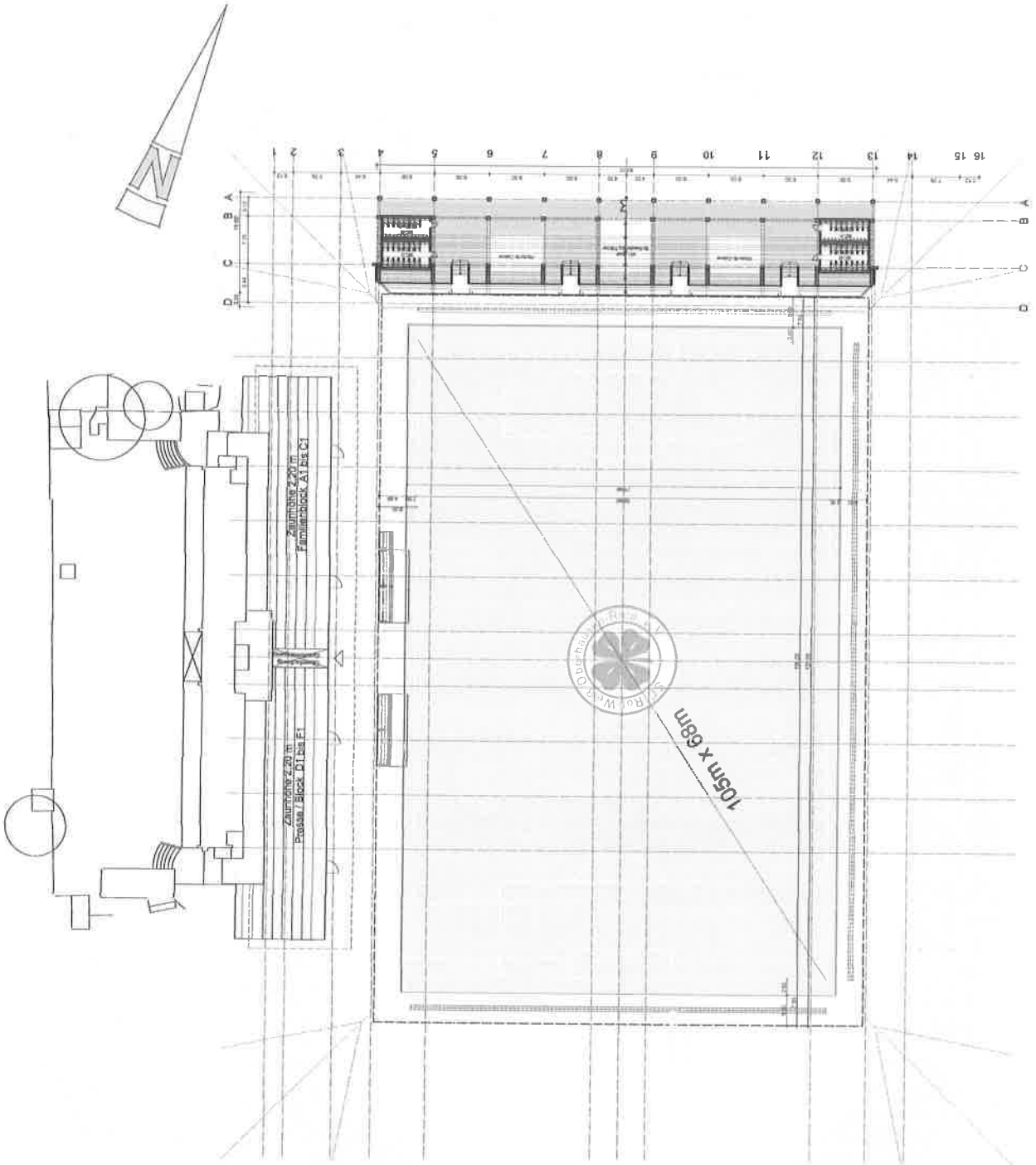


Systemschnitt

Variante 2(3110+1000)

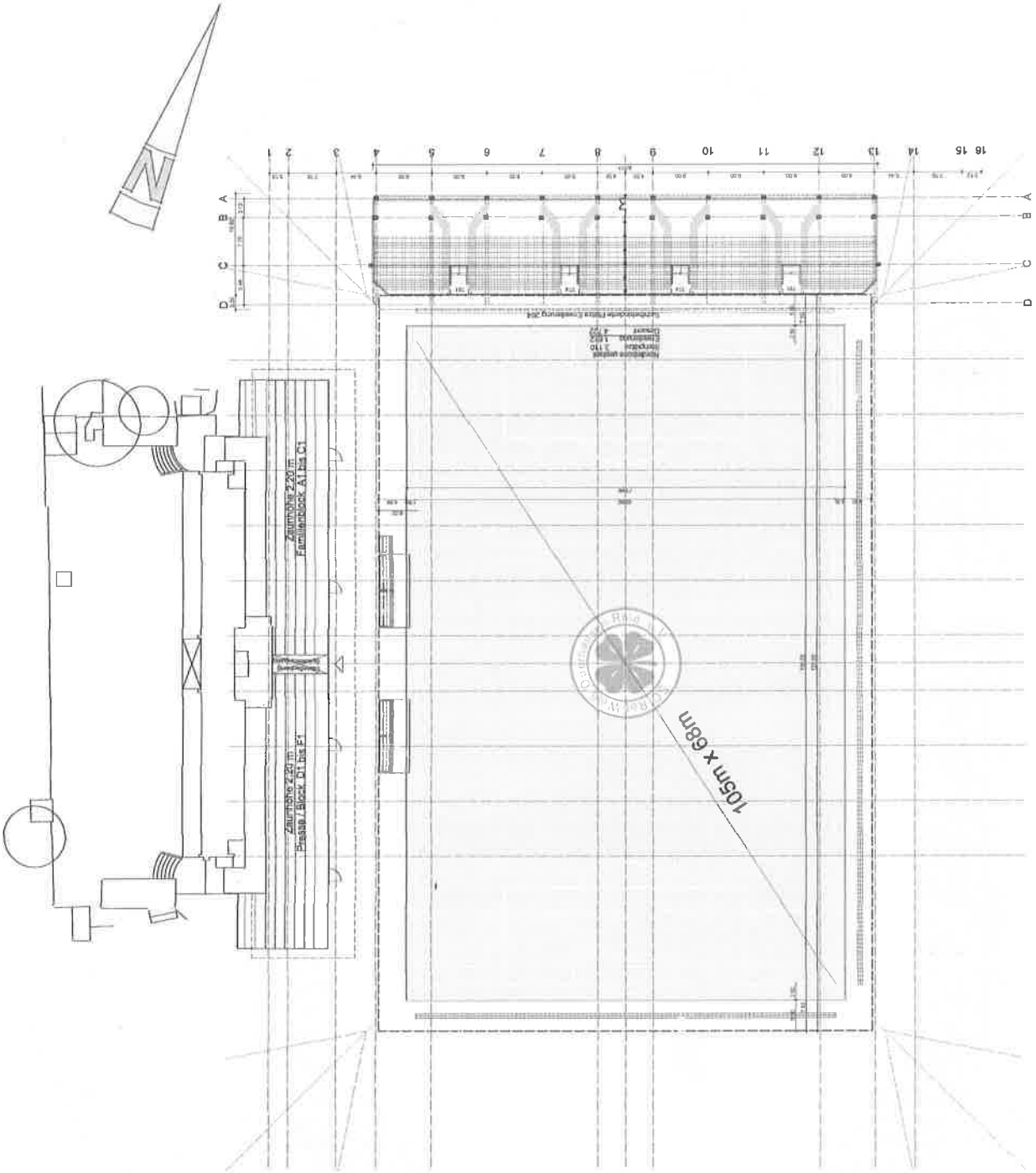
Stadion Niederrhein
Tribüne Emscherkurve

Stadion Niederrhein
Neubau Tribüne Emotherkurve
Erdgeschoss M. 1:250



Stadion Niederrhein
Neubau Tribüne Emscherkurve

1.Obergeschoss M. 1:250



Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1065-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.09.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Mehrbedarfe Kanalbauprogramm 2015

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt,

1. die Bereitstellung eines überplanmäßigen Auszahlungsbudgets in Höhe von 2.100.000 EUR
   Investitionsmaßnahme 560011030100000 - Kanalbauprogramm
   Finanzposition 785230 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

   Deckungsvorschlag:
   Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeit in Höhe von 1.500.000 EUR.

   Der Differenzbetrag in Höhe von 600.000 EUR ergibt sich durch Teilverschiebungen des Budgets des Straßenbauprogramms/kanalbegleitenden Maßnahmen wie folgt:

Finanzstelle 560012010290000 – Straßenbauprogramm Kreisstraßen, Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO	59.380 EUR
Finanzstelle 560012010390000 – Straßenbauprogramm Landesstraßen, Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO	199.500 EUR
Finanzstelle 560012010100300 – Kanalbegl. Maßnahmen Gemeindestraßen Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO	149.350 EUR
Finanzstelle 560012010200300 – Kanalbegl. Maßnahmen Kreisstraßen Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO	37.500 EUR

Stellv. Bereichsleiter Bereich 5-6/Tiefbau	Dez. 4/Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und -planung	Kämmerer	Oberbürgermeister
Klockhaus **20.08.2015**	**Lauxen** **20.08.2015**	**Tsalastras** **24.08.2015**	**Wehling** **25.08.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Finanzstelle 560012010300300 – Kanalbegl. Maßnahmen Landesstraßen
Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO 61.310 EUR
Finanzstelle 560012010101000 – Straßenbau Ingenieurleistungen
Finanzposition 785240 – AiB Tiefbaumaßnahmen/Ingenieurl. WBO 92.960 EUR

Die verbindliche Gesamtkreditvorgabe der Bezirksregierung Düsseldorf wird berücksichtigt.

2. Die Bereitstellung eines überplanmäßigen Verpflichtungsbudgets für das Jahr 2015 in Höhe von 2.900.000 EUR
Investitionsmaßnahme 560011030100000 – Kanalbauprogramm
Finanzposition 785230 – AiB Tiefbaumaßnahmen WBO

Deckungsvorschlag:
Einsparung beim Verpflichtungsbudget bei der Investitionsmaßnahme 560012010308000 – Neubau der L 215n, Finanzposition 785200 – AiB Tiefbaumaßnahmen, in Höhe von 2.900.000 EUR. Die Durchführung dieser Maßnahme wird auf Folgejahre verschoben.

3. Die Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH mit einem Gesamtzusatzvolumen in Höhe von 5.000.000,00 EUR.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1065-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache-Nr. B/16/0380-01

Gründung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO GmbH), Ratssitzung vom 19.12.1995, Drucksache Nr. 680

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X] siehe Begründung

b) Sonstige

Begründung

Die Maßnahmen des Kanalbauprogramms ermöglichen die Erschließung von Bebauungsplangebieten, die Erweiterung des Kanalnetzes, die Erneuerung von Kanälen einschließlich der Sanierung sowie die Beseitigung von Kanalschäden. Zudem werden gesetzliche Vorgaben im Hinblick auf Kanalbaumaßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes realisiert.

1. Bereitstellung eines überplanmäßigen Auszahlungsbudgets

Durch Kostensteigerungen bereits begonnener gesetzlich verpflichtender Kanalbaumaßnahmen wird zusätzliches überplanmäßiges Auszahlungsbudget in Höhe von 2.100.000 EUR für folgende Kanalbaumaßnahmen benötigt:

Kanalerneuerung Bonmann-/Margaretenstraße	500.000 EUR
Düker Nordbeek	1.500.000 EUR
Erneuerung Pumpwerk Hans-Sachs-Schule	100.000 EUR
	2.100.000 EUR

Kanalerneuerung Bonmann-/Margaretenstraße
Kostensteigerung aufgrund schwierigster Bodenverhältnisse. Mehraufwand bei den Injektionsarbeiten und bei der Sicherung von bestehenden Kanalbauwerken.

Düker Nordbeek
Mehrkosten für die Erstellung des Düker Nordbeek aufgrund des Ausschreibungsergebnisses und in Folge von Auflagen der Deutschen Bundesbahn AG.

Erneuerung Pumpwerk Hans-Sachs-Schule
Durchführung von Notmaßnahmen an dem Pumpwerk Hans-Sachs-Schule. Bei den Pumpwerken ist im Rahmen der Gefahrenabwehr eine sofortige Mittelbereitstellung notwendig, um auch ein drohendes Überlaufen vorzubeugen (Notmaßnahme).

2. Bereitstellung eines überplanmäßigen Verpflichtungsbudgets

Weiterhin wird ein zusätzliches überplanmäßiges Verpflichtungsbudget im Haushaltsjahr 2015, kassenwirksam 2016, für unten aufgeführte Kanalbaumaßnahmen, die im Jahre 2015 beauftragt werden, in Höhe von 2.900.000,00 EUR benötigt.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass von dieser Gesamtsumme ein Betrag in Höhe von 2.000.000 EUR durch den bestehenden Haushaltsansatz 2016 abzudecken ist und nur ein Betrag von 900.000 EUR im Rahmen der Veränderungsnachweisung zum Entwurf des Haushaltes 2016 als entsprechende Budgetaufstockung dargestellt wird.

Kanalerneuerung Bonmann-/Margaretenstraße	300.000 EUR
B-Plan 417 Lickum-/Neukölner-Straße/Höhenweg	650.000 EUR
Richard-Dehmel-Straße	500.000 EUR
Brüder-Grimm-Weg	177.000 EUR
Emmericher Straße	250.000 EUR
Tannenstraße	100.000 EUR
Liner Emmericher Straße	28.000 EUR
Borkstraße	250.000 EUR
Zur Koppenburgsmühle DB Kreuzung	600.000 EUR
Pumpwerk Ebersbachstraße	45.000 EUR
	2.900.000 EUR

Bei einigen ausgewählten Einzelmaßnahmen werden exemplarisch Begründungen aufgeführt:

Kanalerneuerung Bonmann-/Margaretenstraße
s. Begründung zum überplanmäßigen Auszahlungsbudget.

B-Plan 417 Lickum-/Neukölner Straße/Höhenweg
Das Umlegungsverfahren durch die Stadt Oberhausen ist abgeschlossen. Es muss nunmehr eine zeitnahe Umsetzung der Erschließung erfolgen.

Zur Koppenburgsmühle
In Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG muss hier eine zügige Abwicklung gewährleistet werden. Der zeitliche Rahmen war zu Beginn des Haushaltsjahres nicht planbar.

Diese Gesamtmaßnahmenliste wurde einvernehmlich mit der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH zwecks Beauftragung bzw. Durchführung im Vorfeld abgestimmt und wird bei der Erstellung künftiger Kanalbauprogramme entsprechend berücksichtigt.

Durch diese Beschlussfassung ist gewährleistet dass u. a. im Rahmen der Gefahrenabwehr bzw. aufgrund vertraglicher Verpflichtungen eine entsprechende Maßnahmenumsetzung/-fortführung gewährleistet werden kann.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1063-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.09.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Ausbau der Steinbrinkstraße von Hildegard- bis Hospitalstraße
hier: Umschichtung von Finanzmitteln

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt, außerplanmäßig Mittel für die Baumaßnahme „Ausbau der Steinbrinkstraße von Hildegard- bis Hospitalstraße“ wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Investitionsmaß-nahme	Bezeichnung	Finanz-position	Bezeichnung	Betrag in EUR
560012010108400	Steinbrinkstr. von Hildegard- bis Hospitalstr.	785200	Anlage im Bau-Tiefbaumaß-nahmen	165.000,00

Deckungsvorschlag

Mehreinzahlung in entsprechender Höhe bei o. g. Investitionsmaßnahme bei Finanzposition 681100 – Investitionszuweisungen vom Land.

Stellv.Bereichsleiter Bereich 5-6/Tiefbau	Dez. 4/Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung und -planung	Kämmerer	Oberbürgermeister
Klockhaus **19.08.2015**	**Lauxen** **20.08.2015**	**Tsalastras** **21.08.2015**	Wehling **25.08.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1063-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache-Nr. B/16/0021-01
Drucksache-Nr. B/16/0369-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Die Haltestelle „Hagelkreuz“ befindet sich auf der Steinbrinkstraße zwischen Hildegard- und Hospitalstraße und ist eine stark frequentierte Umsteigehaltestelle sowie Ein- und Ausstiegshaltestelle für den Schülerverkehr der zwei naheliegenden Gymnasien. Da die Haltestelle bisher nicht niederflurgerecht ausgebaut war, wurde sie in das Haltestellenprogramm aufgenommen. Auf Grund der Höhenlage der Haltestelle musste auch die Steinbrinkstraße zwischen der Hildegardstraße und Hospitalstraße komplett erneuert werden. Es erfolgte eine Kostenaufteilung zwischen der Stadt Oberhausen (Abschnitt 1, östlichen Straßen- und Gehwegseite in Höhe von 273.073,69 EUR) und der Stadtwerke Oberhausen GmbH (Abschnitt 2, westlichen Gehwegseite und Haltestellenbereich) in Höhe von 54.838,25 EUR).

Der Auftragsvergabe zum Ausbau der Steinbrinkstraße von Hildegard- bis Hospitalstraße wurde vom Oberbürgermeister Herrn Wehling und dem Ratsmitglied Runkler per Dringlichkeitsentscheidung am 17.07. bzw. 21.07.2014 zugestimmt (konsumtives Budget). Die o. g. Baumaßnahme wurde im Jahre 2014 durchgeführt, jedoch noch nicht schlussgerechnet.

Die Ursprungsplanung sah vor, den städtischen Anteil aus Zuwendungen nach § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) –Aufgabenträgerpauschale zu finanzieren. Die Zuwendungen werden ohne vorherige Antragstellung bewilligt und sind für eigene Zwecke des ÖPNV bestimmt.

Zwischenzeitlich wurde festgestellt, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten nicht um Erhaltungsaufwand handelt, sondern um Herstellungskosten. Somit handelt es sich hier um eine aktivierbare Maßnahme, die damit zwingend im entsprechenden Teilfinanzplan abzubilden ist.

Die Baumaßnahme wurde ursprünglich als konsumtive Maßnahme geplant und gewertet. Die konsumtiven Mittel des Jahres 2015 in Höhe von ca. 165.000,00 EUR werden nicht benötigt, da diese definitiv investiv anfallen. Daher ist der bisher konsumtiv veranschlagte Aufwandsbetrag investiv außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Gleicher Sachverhalt gilt für die konsumtiven Erträge.

Die bisher konsumtiv veranschlagten Mittel in Höhe von 161.514,95 EUR sind auf 0 EUR zu reduzieren. Durch diese Umschichtung ist die Aktivierung im Anlagevermögen möglich.

Die anteiligen Beträge für das Vorjahr 2014 können aufgrund des Abschlusses der Haushaltsrechnung nur noch per Sachkontenbuchung bilanztechnisch entsprechend korrigiert werden.

Die internen Veränderungen im Haushalt haben keinen Einfluss auf die Bezuschussung und sind daher lediglich Verschiebungen im Rahmen der Zuschussmaßnahme. Die Gesamtkosten der Maßnahme bleiben unverändert und diese Mittelumschichtung erfolgt somit nur zum ordnungsgemäßen haushaltsrechtlichen sowie tatsächlichen Abschluss des Gesamtprojektes.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0966-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.09.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen für den Krankentransport für das Jahr 2015

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 240.000,- € für das Sachkonto 523800 - Erstattungen an übrige Bereiche, Auftragsnummer 610002160101 - Krankentransport.

Deckungsvorschlag:
Zunächst Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit. Für Krankentransporteinsätze ab dem 02.07.2015 erhöhen sich anschließend die Erträge auf dem Sachkonto 432100 - Benutzungsgebühren, Auftragsnummer 610002160101/ Krankentransport.

Bereichsleiter Bereich 6-1	Dezernent Dezernat 2	Kämmerer	Oberbürgermeister
Tingler 09.07.2015	Motschull 15.07.2015	Tsalastras 16.07.2015	Wehling 17.07.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/0966-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt

Bezug

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Der Krankentransport wurde im Herbst des Jahres 2014 europaweit ausgeschrieben.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanungen für das Jahr 2015 war noch nicht bekannt, zu welchen Kosten die ausgeschriebenen Leistungen angeboten werden und wer die Zuschläge für die einzelnen Lose erhalten wird. Zudem wurden die seit dem 01.01.2015 bestehenden Verträge mit den Partnern zwischenzeitlich, nach vorheriger juristischer Prüfung und nach vorheriger Erörterung und Vereinbarung mit den Kostenträgern um zusätzliche Stunden erweitert, so dass die Kosten entsprechend angestiegen sind.

Für das Jahr 2015 werden dementsprechend Haushaltsmittel in einer Gesamthöhe von 1.240.000,- Euro benötigt.
Da derzeit lediglich Haushaltsmittel in Höhe von 1.000.000,- € zur Verfügung stehen, werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 240.000,- € benötigt. Diese sind im Rahmen von überplanmäßigen Aufwendungen zur Verfügung zu stellen (Auftragsnummer 610002160101 - Krankentransport, Sachkonto 523800 – Erstattungen an übrige Bereiche).

Da die Mehrkosten im Vorfeld mit den Kostenträgern abgestimmt und durch diese anerkannt wurden, sind diese bereits in die Neukalkulation der Rettungsdienstgebühren eingeflossen, die der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 22.06.2015 beschlossen hat.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1051-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.09.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Schaffung zusätzlicher Flüchtlingsunterkünfte

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende vom 1. Beigeordneten und Stadtkämmerer Herrn Apostolos Tsalastras in Vertretung des Oberbürgermeisters Klaus Wehling und dem Ratsmitglied Herrn Martin Goeke gemäß § 60 (1) S. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung (Drucksache-Nr. B/16/1022-01):

1. Schaffung zusätzlicher Flüchtlingsunterkünfte an nachstehend aufgeführten Standorten.

2. Für investive Leistungen für Flüchtlingsunterkünfte werden außerplanmäßig wie folgt Mittel zur Verfügung gestellt:

Bereichsleiter Bereich 0-7 Strategisches Immobilien-management **D. Ingenerf** **17.08.2015**	Dezernent Dezernat 0 **J. Schmidt** **18.08.2015**	Beigeordnete Dezernat 3 **E. Münich** **19.08.2015**	Kämmerer **A. Tsalastras** **19.08.2015**	Oberbürgermeister **K. Wehling** **24.08.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:	
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)			
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat	[ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)			
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle	[ ]
	Kenntnisnahme (K)			

	Investitionsmaßnahme	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag in €
2.1	321005030100200	Flüchtlings-unterkunft Duisburger Str.	785 110	Anlage im Bau Hochbau OGM	4.402.440,00
	321005030100200	Flüchtlings-unterkunft Duisburger Str.	785 120	Hochbau Ing. OGM	264.150,00
2.2	321005030100210	Flüchtlings-unterkunft Ruhrorter Str.	785 110	Anlage im Bau Hochbau OGM	2.594.150,00
	321005030100210	Flüchtlings-unterkunft Ruhrorter Str.	785 120	Hochbau Ing. OGM	155.660,00
2.3	323005030100220	Flüchtlings-unterkunft Kapellenstr.	785 110	Anlage im Bau Hochbau OGM	2.201.500,00
	323005030100220	Flüchtlings-unterkunft Kapellenstr.	785 120	Hochbau Ing. OGM	131.800,00
2.4	320005030100100	Flüchtlings-unterkunft Gabelstr.	785 110	Anlage im Bau Hochbau OGM	664.700,00
	320005030100100	Flüchtlings-unterkunft Gabelstr.	785 120	Hochbau Ing. OGM	42.310,00
2.5	322005030100300	Infrastruktur Sanitär-Container Weierstr.	785 110	Anlage im Bau Hochbau OGM	35.700,00
	322005030100300	Infrastruktur Sanitär-container Weierstr.	785 120	Hochbau Ing. OGM	6.380,00

Deckungsvorschlag

Eine Finanzierung aller Investitionsmaßnahmen erfolgt unterjährig unter Beachtung der verbindlichen Kreditobergrenze der Bezirksregierung.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1051-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. M/16/0931-01 – Sachstandsbericht Flüchtlingswesen –

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Die dramatische Situation der Flüchtlinge in Europa ist tagtäglich den aktuellen Medien zu entnehmen. In Oberhausen erhalten aktuell – ohne die 150 Flüchtlinge am Notstandort des Landes in der Fröbelschule – rund 1.300 Flüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. 800 Flüchtlinge werden in den Standorten Weierstraße, Bahnstraße, Helmholtzstraße und Gabelstraße sowie der Notunterkunft der Stadt in der ehemaligen Tackenbergschule versorgt. Rd. 500 Flüchtlinge konnten mit privatem Wohnraum versorgt werden. Dieses positive Ergebnis war nur durch einen verstärkten Einsatz der Sozialarbeit, eine offensive Wohnungsakquise durch die OGM GmbH und eine forcierte Zusammenarbeit mit den großen Wohnungsbauträgern im Stadtgebiet möglich.

Aufgrund der Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erwartet Oberhausen im Verlauf des Jahres weitere Zuweisungen. In den ersten 7 Monaten wurden bereits 689 Flüchtlinge zugewiesen. Erfahrungsgemäß ist im 2. Halbjahr mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, so dass zur Bewältigung des Zustroms neben der Versorgung mit privatem Wohnraum zusätzliche Unterbringungskapazitäten in Gemeinschaftsunterkünften geschaffen werden müssen.

Daher ist es dringend notwendig, weitere Flüchtlingsstandorte zu errichten bzw. den Standort Gabelstraße um ein weiteres Gebäude für 50 Flüchtlinge zu erweitern (bereits umgesetzt). Diese Standorte wurden bereits in Ratssitzungen mit Ruhrorter Straße, Duisburger Straße und Kapellenstraße benannt.

Außer am Standort Duisburger Straße, an dem 200 Flüchtlinge Aufnahme finden sollen, werden künftig an den anderen beiden Standorten 100 Menschen leben. In allen Fällen fanden Bürgerinformationen im März 2015 sowie eine zweite mit der Vorstellung der konkreten Planung im Juli 2015 statt. Aufgrund von Veränderungen in der Planung erfolgte am Standort Kapellenstraße am 14. Juli 2015 eine dritte Information.

Die Flüchtlingswohnheime wurden den Anforderungen für Flüchtlinge entsprechend durch die OGM GmbH in Abstimmungen mit Bereich 3-2 / Soziales und Bereich 0-7 / Strategisches Immobilienmanagement geplant und sehen jeweils ca. 33 qm große Wohneinheiten für max. 4 Personen vor.

In diesen kleinen Appartements befindet sich ein Raum zum Wohnen und Schlafen einschließlich einer kleinen Kochnische sowie einem abgeschlossenen Bad mit Waschtisch, Toilette und Dusche. Ein Gemeinschaftsraum sowie ein Kinderbetreuungsraum komplettieren die Infrastruktur für die Flüchtlinge. Auch Raum für Waschmaschinen und Trockner sowie ein Lager für Materialien, den haustechnischen Dienst sowie für die Technik sind vorhanden. Die gesamte Planung wurde im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltungen diskutiert und den Anforderungen entsprechend angepasst.

Die OGM GmbH tritt für die gesamte Maßnahme als Generalübernehmerin auf und hat sämtliche Planungen für die Stadt Oberhausen erstellt.

Andere Möglichkeiten, um diese große Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen zu können, werden derzeit nicht gesehen, da ein möglichst kurzfristiger Baubeginn erfolgen muss, um Flüchtlinge aufnehmen zu können.

Die Fertigstellung des eingeschossigen Gebäudes an der Ruhrorter Straße wird für Ende 2015 erwartet, die zweigeschossigen Gebäude an der Kapellenstraße und der Duisburger Straße werden voraussichtlich im Januar/Februar 2016 fertig sein.

Für den Standort an der Duisburger Straße ist darüber hinaus vorgesehen, das Gelände zu erwerben, um hohe Mietkosten zu vermeiden, die den konsumtiven Haushalt der Stadt Oberhausen belasten würden. Hier wird eine gesonderte Vorlage für die Ratssitzung am 14.09.2015 im nichtöffentlichen Teil erstellt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1178-01	Termin 03.11.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
03.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
16.11.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung eines überplanmäßigen Aufwandes beim Sachkonto 544151 -LVZ 5 Leist. zur Beseitigung Versicherungsschäden

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung eines überplanmäßigen Aufwandes in Höhe von 400.000 € im bei der Produktgruppe 0111 und dem der Kostenart 544151 –LVZ 5 Leist. zur Beseitigung Versicherungsschäden zu.

Deckungsvorschlag:

- 100.000,00 € - Kostenart 544160 – Beiträge für Gebäude- und Inventarversicherungen (Deckungsring: D00000006)
- 200.000,00 € - Kostenart 544155 – KSA- Umlagen - Haftpflicht u.a. (Deckungsring: D00000005)
- 100.000,00 € - Kostenart 543134 – Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten (Deckungsring: D00000007)

Bereichsleiter Bereich 4-6 Düllmann Datum 19.10.2015	Bereichsleiter Bereich 0-7 Ingenerf Datum 20.10.2015	Dezernent Dezernat 0 Schmidt Datum 20.10.2015	Dezernent Dezernat 2 Motschull Datum 22.10.2015
Kämmerer Tsalastras Datum 22.10.2015	Oberbürgermeister Schranz Datum 26.10.2015		

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)		
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat [ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)		
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle [ ]
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1178-01	Termin 03.11.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

1. Mittelbedarf des Bereichs 4-6/Recht

Für die Auszahlung von Entschädigungsleistungen im Rahmen der Abwicklung von Versicherungsschäden bestehen beim Bereich 4-6/Recht für das Haushaltsjahr 2015 zwei Sachkonten. Das Sachkonto 544151 – OGM Rechnungen/LVZ 5 hat einen Ansatz von 533.680 € und das Sachkonto 544150 – Sonstige Schäden hat einen Ansatz von 466.320 €. Für beide Sachkonten ist eine gegenseitige Deckungsfähigkeit eingerichtet. Somit stehen für die Auszahlung von Entschädigungsleistungen wie in den Vorjahren insgesamt Mittel in Höhe von 1.000.000 € zur Verfügung.

Im Rahmen der Abwicklung von Versicherungsschadenfällen im Bereich der Gebäude- und Inventar-Versicherungen (Sachversicherungen) ist festzustellen, dass nach Anweisung der OGM Rechnungen gem. LVZ 5 durch den letzten Abrechnungslauf (03.09.2015 – 25.09.2015) in Höhe von 30.929,53 € beim Sachkonto 544151 – OGM Rechnungen / LVZ 5 auch unter Berücksichtigung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit mit dem Sachkonto 544150 – Sonstige Schäden für 2015 keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung stehen, um die bereits vorliegenden und noch im Laufe des Haushaltsjahres 2015 eingehenden OGM Rechnungen sowie etwaige Entschädigungen in sonstigen Schadenfällen begleichen zu können.

Von den auf den Sachkonten 544151 und 544150 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe von insgesamt 1.000.000 € sind bis zum heutigen Tag bereits 949.207,77 € verausgabt worden, so dass nur noch Restmittel in Höhe von 50.792,23 € zur Verfügung stehen.

Die Mittel sind auch deshalb erschöpft, weil durch eine Vielzahl von bisher in den Jahren 2014 und 2015 eingetretenen Schadenfällen im Bereich der Sachversicherungen, insbesondere bei den Risiken Leitungswasser, Sturm (ELA vom 09.06.2014) und Glas aber auch beim Einbruch und Feuer Risiko im Vergleich zu den Vorjahren ein erhöhtes Schadenaufkommen entstanden ist. Zu nennen sind hier insbesondere ein Brandschaden in der Betriebsstelle Westfriedhof (Schadenhöhe ca. 225.500 €) sowie 4 Schadenfälle bei denen die Schadenhöhe zwischen 20.000 € und 30.000 € (Schadenvolumen insgesamt rd. 99.410 €) und 15 Schadenfälle bei denen die Schadenhöhe zwischen 10.000 € und 20.000 € (Schadenvolumen insgesamt rd. 211.130 €) liegt. Die im Zusammenhang mit der Schadenbeseitigung seitens der OGM erbrachten Leistungen werden der Stadt Oberhausen von der OGM gem. LVZ 5 in Rechnung gestellt und sind unverzüglich zu bezahlen. In diesem Zusammenhang sind für die Kosten der Schadenbeseitigung zu Schadenfällen aus 2014 und 2015 im Haushaltsjahr 2015 bislang Entschädigungen in Höhe von insgesamt 853.445,66 € an die OGM überwiesen worden.

Damit die bereits vorliegenden und die noch im Laufe des Haushaltsjahres 2015 eingehenden weiteren OGM Rechnungen für die Schadenbeseitigung gem. LVZ 5 aus dem Sachkonto 544151 sowie Entschädigungen zu sonstigen Schadenfällen aus dem Sachkonto 544150 weiterhin bezahlt werden

können, sind voraussichtlich noch Haushaltsmittel in Höhe von rd. **290.000 €** erforderlich und somit zu beantragen.

2. Mittelbedarf des Bereichs 0-7/SIM

Im Rahmen seiner Zuständigkeit hat der Bereich 0-7/Strategisches Immobilienmanagement (SIM) für die Schadenfälle, die unterhalb des mit der Versicherung vereinbarten Selbstbehaltes von 500 € liegen die Kosten für die Stadt Oberhausen anzuweisen. Bei Versicherungsschäden die über dem Selbstbehalt von 500 € liegen obliegt die Schadenfallabwicklung zuständigkeitshalber dem Fachbereich 4-6-30/Versicherungen.

Im Zusammenhang mit der Beantragung von Mitteln für das Haushaltsjahr 2015 konnte durch den Bereich 0-7/SIM, aufgrund einer im Jahr 2014 noch nicht geklärten Sachlage zur Zuständigkeit für die Bearbeitung von Schäden bis 500 € kein Ansatz zum Haushaltsjahr 2015 für die Begleichung der Schäden unterhalb des Selbstbehaltes von 500 € gebildet und angemeldet werden.

Dem Bereich 0-7/SIM liegen bereits OGM Rechnungen in Höhe von insgesamt 81.910,04 € (Stand: 15.09.2015) vor. Nach Einschätzung der OGM werden für die Monate September bis Dezember 2015 weitere OGM Rechnungen über voraussichtlich rd. 28.000 € zu erwarten sein.

Damit die bereits beim Bereich 0-7/SIM vorliegenden OGM Rechnungen über einen Betrag von insgesamt 81.910,04 € (Stand: 15.09.2015) und die noch voraussichtlich im Laufe des Haushaltsjahres 2015 eingehenden OGM Rechnungen über rd. 28.000 € beglichen werden können, wird nach einer Abstimmung zwischen dem für den Bereich 0-7/SIM zuständigen Dezernenten und dem Bereich 4-6/Recht aus Effektivitätsgründen der Mittelbedarf des Bereich 0-7/SIM ausschließlich für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe eines Gesamtbetrages von **110.000 €** im Rahmen eines überplanmäßigen Aufwands durch den Bereich 4-6/Recht mit beantragt.

Die Mittel werden dringend benötigt, um die bereits vorliegenden und noch im Laufe des Haushaltsjahres beim Bereich 4-6/Recht und Bereich 0-7/SIM eingehenden OGM Rechnungen gem. dem Leistungsverzeichnis (LVZ 5) des Vertrages über das Immobilien/Flächenmanagement zahlen zu können. Aufgrund der bestehenden Zahlungsverpflichtung der Stadt Oberhausen könnten nicht beglichenen Schadenbeseitigungskosten von der OGM eingeklagt werden.

Es wird an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass die Entstehung dieser Kosten nicht planbar ist, da die Anzahl und die Höhe von Schäden nicht kalkulierbar sind.

Auf Grund des nachstehenden Deckungsvorschlages ergeben sich keine -insbesondere negativen- finanziellen Konsequenzen für den Haushalt.

Deckungsvorschlag

Als Deckung für den Gesamtbedarf in Höhe von **400.000 €** werden vorgeschlagen:

- nicht benötigten Mittel in Höhe von 100.000,00 € bei der Kostenart 544160 – Beiträge für Gebäude- und Inventarversicherungen (Deckungsring: D00000006)

- nicht benötigten Mittel in Höhe von 200.000,00 € bei der Kostenart 544155 – KSA- Umlagen - Haftpflicht u.a. (Deckungsring: D00000005)

- nicht benötigten Mittel in Höhe von 100.000,00 € bei der Kostenart 543134 – Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnliche Kosten (Deckungsring: D00000007)

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1232-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
16.11.2015	Rat der Stadt	B		
03.02.2016	Sozialausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 (D40000032) in Gesamthöhe von 200.000 EUR zu.

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiterin Bereich 3-2	Dezernent Dezernat 3	Kämmerer Dezernat 1	Oberbürgermeister
Herr Bohnes Datum 10.11.2015	Frau Münich Datum 10.11.2015	Herr Tsalastras Datum 11.11.2015	Schranz Datum 12.11.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)		
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat [ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)		
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle [ ]
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1232-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt

Bezug

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Beim Produkt 050304 – Hilfe für Asylbewerber sind erhebliche Mehrbedarfe aufgetreten, die zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnten. Über den Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 werden Büromaterial, alle Verbrauchsgüter und Reparaturen gezahlt. Hierunter fällt zum Beispiel auch die Ausstattung der Asylbewohnerheime/ Flüchtlingsunterkünfte, wie die Anschaffung von Stahlrohrbetten, Matratzen, Schlafgarnituren, Stahlspinde und vieles mehr.

Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die bundesweit zu erwartenden Asylbewerber/innen bildet die Planungsgrundlage der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Diese wurde in 2015 bereits wiederholt korrigiert. Der wachsende Zustrom machte auch in Oberhausen die Einrichtung zusätzlicher Notstandorte erforderlich. Die Fachverwaltung rechnet im laufenden Jahr noch mit einem Mehrbedarf von 200.000 EUR.

Darüber hinaus wurden dem Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 im Haushaltsjahr 2015 bereits überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 80.000 EUR zur Verfügung gestellt. Dies resultierte aus der Neufassung der Leistungsverzeichnisse zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen. Durch die Neufassung der Leistungsverzeichnisse wurden die Leistungen der OGM GmbH von einer bisherigen Kostenart auf drei Kostenarten aufgeteilt. Durch diesen Sachverhalt musste bei der Planung 2015 eine prozentuale Verteilung anhand der OGM Rechnungen Januar bis März 2014 vorgenommen werden. Diese Problematik der Neuverteilung führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten Budget.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1177-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
03.11.2015	Finanz- und Personalausschuss			
16.11.2015	Rat der Stadt			

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen beim Deckungsring Personal im Ergebnisplan 2015

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan 2015 beim Deckungsring Personal (D00000001) in Höhe von 2,676 Mio. EUR zu.

Die Deckung des zusätzlichen Aufwandes muss über die Erhöhung des Saldos aus Verwaltungstätigkeit bei folgenden Kostenarten/Sachkonten abgebildet werden:

501100 / Bea.-Bezüge	45.000,-- EUR
501200 / Tarifbezüge	1.550.000,-- EUR
502200 / Zusatzversorgung	83.000,-- EUR
514100 / Beihilfen	388.000,-- EUR
511100 / Versorgungsbezüge	610.000,-- EUR
	2.676.000,-- EUR

Deckungsvorschlag: Verschlechterung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit

Bereichsleiter Bereich 4-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Achim Kawicki 20.10.2015	Jürgen Schmidt 20.10.2015	Apostolos Tsalastras 27.10.2015	Daniel Schranz 28.10.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1177-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt

Begründung

Sachliche Notwendigkeit

Bis zum Ende des HH-Jahres 2015 werden sich nach aktualisierten Berechnungen voraussichtliche Mehrausgaben bei den Personalkosten der Kernverwaltung in Höhe von 2,676 Mio. EUR ergeben.

Der zusätzliche Aufwand entsteht im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

Beamtenbezüge:

Nachwirkung der im Nov. 2014 vom Landtag NRW beschlossenen gesetzl. Änderung der Bea.-Besoldung für den geh./höh. Dienst ab Bes.-Gruppe A 11		395.000,-- EUR
Einsparung durch günstigere Besoldungsregelung für 2015	./.	350.000,-- EUR
		45.000,-- EUR

Tarifbezüge:

Nachwirkung von Neueinstellungen zum Jahresende 2014 und Einstellungen in 2015 beim Kinderpädagogischen Dienst (27 Stellen)		1.075.000,-- EUR
Absehbare Zahlungen/Nachzahlungen (Rückwirkung ab Juli 2015) nach Tarifauseinandersetzung im Sozial-/Erziehungsdienst		347.000,-- EUR
Besetzung von Neustellen für die Aufgaben Allg. Sozialer Dienst, Betreuungsstelle, Kommunaler Ordnungsdienst, Gewerbesteuer, Klimaschutzmanagement, Citymanagement, Kulturagentin		255.000,-- ,EUR
Besetzung von Neustellen im Asyl-/Flüchtlingswesen		383.000,-- EUR
		2.060.000,-- EUR
Einsparung durch Kürzungen der Bezüge wegen Streik im Soz./Erz.Dienst	./.	510.000,-- EUR
		1.550.000,-- EUR

Zusatzversorgung:

Nachversicherung von Tarifbeschäftigten		83.000,-- EUR

Beihilfen:

Überdurchschnittlich erhöhter Beihilfeaufwand (bis zum 3. Quartal) und		268.000,-- EUR
entsprechend prognostizierte zusätzliche Beihilfen für das 4. Quartal		120.000,-- EUR
		388.000,-- EUR

Versorgungsbezüge:

Nachwirkung der im Nov. 2014 vom Landtag NRW beschlossenen gesetzl. Änderung der Bea./Pens.-Besoldung für geh./höh. Dienst ab		

Bes.-Gruppe A 11			355.000,-- EUR
Durch höhere Sterbegeldzahlungen und eine gestiegene Anzahl von Versorgungsempfängern/innen fortgesetzter Mehraufwand bis zum 3. Quartal 2015			292.000,-- EUR
Entsprechend prognostizierter zusätzlicher Aufwand für das 4. Quartal			100.000,-- EUR
Erstattung nach Versorgungslastenverteilungsgesetz			73.000,-- EUR
			820.000,-- EUR
Einsparung durch günstigere Besoldungsregelung für 2015		./.	210.000,-- EUR
			610.000,-- EUR

Den Mehraufwendungen stehen im Gesamthaushalt Erstattungen durch Refinanzierungen im Umfang von 1,144 Mio. EUR gegenüber.
Der Finanz- und Personalausschuss wurde im Rahmen quartalsmäßiger Personal- und Organisationsberichterstattung über die Entwicklung bei den Personalaufwendungen unterrichtet.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/1149-01**	**Termin** **16.11.2015**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
03.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
16.11.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen
im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -

Beschlussvorschlag

Es wird beschlossen:

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen wie folgt zu:

Investitionsmaßnahme	**Bezeichnung**	**Finanzposition**	**Bezeichnung**	**Betrag**
130001130100100	B-Plan 421 An Kahlens Kuhle	782 100	Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken	22.000,00 EUR

Deckungsvorschlag:

Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeit. Die verbindliche Gesamtkreditvorgabe 2014/2015 der Bezirksregierung wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement **D. Ingenerf** **07.10.2015**	**Dezernent Dezernat 0** **J. Schmidt** **07.10.2015**	**Kämmerer** **A. Tsalastras** **12.10.2015**	**Oberbürgermeister** **K. Wehling** **09.10.2015**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beschlusskontrolle:**	**Beteiligung:**
Anhörung (A)	**Zustimmung (Z)**		
Kenntnisnahme (K)	**Ablehnung (A)**	**Ja oder nein**	**Personalrat [ ]**
Vorberatung (V)	**Änderung (Ä)**		
Beschlussfassung (B)	**Anhörung vollzogen (AV)**		**Gleichstellungsstelle [ ]**
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1149-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt

Bezug

Ratsbeschluss vom 18.04.2005, DS-Nr. B/14/0468-01

Erschließung und Vermarktung von Baugrundstücken im Bereich des B-Planes Nr. 421
- Neukölner Straße / Am Ringofen/ Walsumermarkstraße -

Konsequenzen

Finanzielle	ja	Entgegen der ursprünglichen Planung fällt im Haushaltsjahr 2015 ein erhöhter Auszahlungsbetrag an, da mit den Tiefbauarbeiten verspätet begonnen wurde und die Rechnungen erst in 2015 fällig wurden

Begründung

Mit Ratsbeschluss vom 18.04.2005 – Drucksache Nr. B 14/0468-01 – ist die Verwaltung ermächtigt worden, die WBO GmbH mit der Entwässerung und verkehrstechnischen Erschließung im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 421 – Neukölner Straße / Am Ringofen / Walsumermarkstraße – außerhalb des Kanal- und Straßenbauprogrammes auf Grundlage der hier vorliegenden Kostenschätzung sowie eines Honorarangebotes als budgetbezogenes Projekt vorzunehmen.

Für das Haushaltsjahr 2015 wurden Haushaltsmittel in Höhe von 150.000,00 EUR in Ansatz gebracht, da zum frühen Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 nicht absehbar war, dass mit den Straßenendausbauarbeiten im zweiten Bauabschnitt verspätet begonnen wurde, so dass die Erschliessungsanlage überwiegend im Haushaltsjahr 2015 fertiggestellt wurde.
Daraufhin wurde bereits im Juni 2015 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 95.000,00 EUR beantragt und bewilligt. Entgegen einer vorläufigen Kostenprognose erhöhen sich die Ausgaben um weitere 22.000,00 EUR, mithin insgesamt 117.000,00 EUR, so dass die Zustimmung des Rates der Stadt erforderlich ist.

Durch die Erhöhung des Auszahlungsbudgets für das Haushaltsjahr 2015 entstehen keine Mehrkosten, da die geplanten Haushaltsmittel für 2014 nicht in vollem Umfang abgeflossen sind.

Anlage

Lageplan

Stadt Oberhausen
Katasteramt

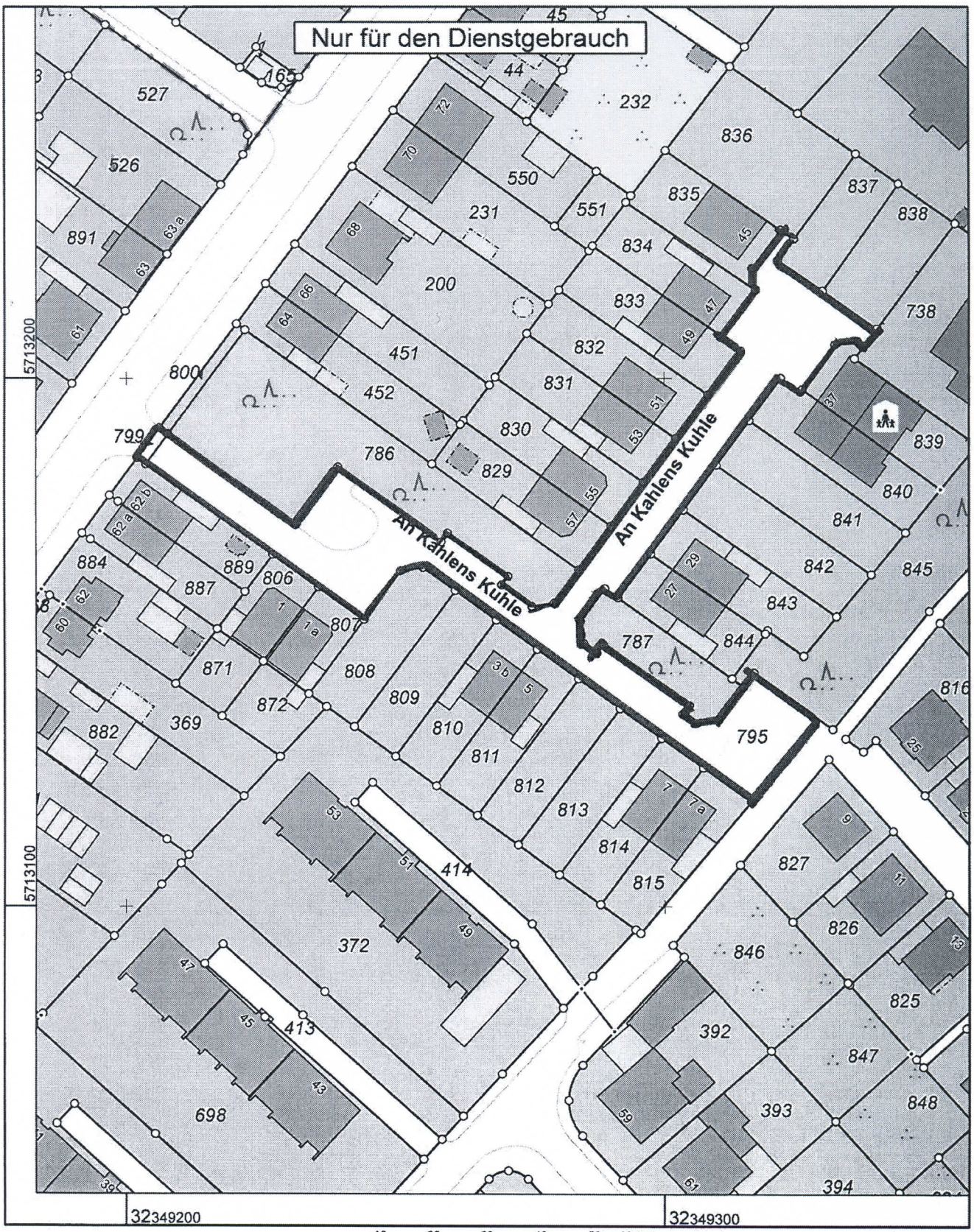
Bahnhofstraße 66
46145 Oberhausen

Auszug aus dem Liegenschaftskataster

Flurkarte NRW 1:1000

Flurstück: 795
Flur: 10
Gemarkung: Sterkrade-Nord
An Kahlens Kuhle, Oberhausen

Erstellt: 09.10.2015
Zeichen:



Maßstab 1 : 1000

© Stadt Oberhausen

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1148-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
03.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
16.11.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für Flüchtlingsunterkünfte

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt, für die investiven Leistungen außerplanmäßig Mittel im Produktbereich 05 – Soziales - wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag / EUR
320005030100000	Flüchtlingswohnheim Bahnstraße	785110	Anlage im Bau - Hochbau OGM	1.222.000,00
320005030100000	Flüchtlingswohnheim Bahnstraße	785120	Anlage im Bau - Hochbau Ing. OGM	42.000,00
320005030100100	Flüchtlingswohnheim Gabelstraße	785110	Anlage im Bau - Hochbau OGM	292.000,00
320005030100400	Flüchtlingswohnheim Notstandort Tackenbergschule	785110 Hochbau OGM	Anlage im Bau -	167.000,00
320005030100400	Flüchtlingswohnheim Notstandort Tackenbergschule	785120 Hochbau Ing. OGM	Anlage im Bau -	17.000,00

Deckungsvorschlag:

Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Investitionstätigkeit. Die verbindliche Gesamtkreditvorgabe 2014/2015 der Bezirksregierung wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Oberbürgermeister
D. Ingenerf 07.10.2015	J. Schmidt 07.10.2015	A. Tsalastras 12.10.2015	K. Wehling - o.V.i.A. - 12.10.2015 (Tsalastras)

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1148-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/0230-01 „Errichtung eines Gebäudes für Asylbewerber/Flüchtlinge am Standort des Flüchtlingswohnheimes Bahnstr. 76“

Drucksache Nr. B/16/0470-01 „Schaffung eines Standortes für Asylbewerber/Flüchtlinge auf einem Grundstück an der Gabelstraße“

Drucksache Nr. B/16/1022-01 „Schaffung zusätzlicher Flüchtlingsunterkünfte“

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Aufgrund der dramatischen Situation der Flüchtlinge in Europa mussten auch in Oberhausen zusätzliche Standorte akquiriert und vorhandene Wohnheime erweitert werden. Um den nach Oberhausen zugeteilten Flüchtlingen eine Unterkunft bieten zu können, musste zuletzt auch auf geschlossene Schulstandorte zurückgegriffen werden.

Die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) wurde beauftragt, die Standorte entsprechend herzurichten. Aufgrund der kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten, Flüchtlingsheime bereitzustellen, konnten nur grobe Kostenschätzungen durchgeführt werden. Es kam zu Mehrkosten oder Zusatzkosten, die im aktuellen Haushaltsjahr 2015 nicht vorgesehen waren. In diesem Zusammenhang wird nochmals darauf hingewiesen, dass es sich bei allen Standorten um die Umsetzung von politischen Beschlüssen aus dem Vorjahr handelt, wobei die kassenmäßige Abwicklung incl. Überprüfung der Mehrkosten nach Vorliegen der Schlussrechnungen mit den baulichen Begründungen erst jetzt erfolgen kann.

<u>Flüchtlingsheim Bahnstraße</u>

Am 28.08.2014 wurde mit Dringlichkeitsentscheidung die Errichtung eines Gebäudes für Flüchtlinge am Standort Bahnstraße 76 beschlossen und die investiven Mittel wurden bereitgestellt.

Am 09.10.2014 sind die Mittel vom Bereich 1-1/Finanzen gebunden worden. Der Vertrag mit der OGM GmbH wurde mit Schreiben vom 14.10.2014 an die OGM GmbH übersandt.

Die Baumaßnahme wurde begonnen und zumindest der erste Bauabschnitt konnte noch im Dezember 2014 fertig gestellt werden. Üblicherweise werden Abschlagszahlungen anhand eines Zeit-/Zahlungsplanes entsprechend des Baufortschrittes vorgenommen. Diese Planung erfolgt über die OGM GmbH.

Erst im Januar 2015 ist aufgefallen, dass ein solcher Zeit-/Zahlungsplan nicht erstellt wurde, so dass keine Abschlagszahlungen an die OGM GmbH geflossen sind. Haushaltsrechtlich sind die investiven Mittel neu im Haushaltsjahr 2015 zu veranschlagen. Da die Mittel in 2014 bereits außerplanmäßig beantragt werden mussten, sind diese in 2015 ebenfalls nicht in der Haushaltsplanung erfasst. Eine außerplanmäßige Bereitstellung ist somit erneut erforderlich geworden.

Zwischenzeitig sind die Baumaßnahmen abgeschlossen und eine Schlussrechnung liegt vor, deren Endbetrag die vertraglich vereinbarten Baukosten um 433.425,14 EUR überschreitet.

Zum Zeitpunkt der Vertragserstellung konnte bei der Erstellung der Verträge für den Ankauf von gebrauchten Containern nur von einem Schätzpreis früherer Preiseinziehungen ausgegangen werden. Aufgrund der großen Nachfrage nach gebrauchten Containern auf diesem Markt, der angespannten Flüchtlingssituation in ganz Europa geschuldet, war hier eine erhebliche Preissteigerung festzustellen.

Wegen des hohen Zeitdrucks musste auch bei Schlechtwetterlage weiter gearbeitet werden, das heißt, entsprechende Baustraßen mussten zusätzlich erstellt werden, die durch den hohen Regenfall notwendig wurden. Die negativen Erfahrungen am Standort Weierheide (0-Grad-Dach) aufgreifend, wurde in Abstimmung mit der Verwaltung ein Schrägdach zusätzlich aufgebracht, um so die Folgekosten zu minimieren. Die Baukosten betragen insgesamt 1.221.425,14 EUR (brutto) zuzüglich der Honorarkosten in Höhe von 41.650,00 EUR (brutto).

Flüchtlingsheim Gabelstraße

Am 17.11.2014 hat der Rat der Stadt Oberhausen in seiner Sitzung beschlossen, an der Gabelstraße Wohncontainer für Flüchtlinge aufzustellen. Die Maßnahme wurde in 2015 abgeschlossen. Die folgende Schlussrechnung weist Mehrkosten in Höhe von 229.766,15 EUR auf, die im aktuellen Haushaltplan nicht veranschlagt werden konnten.

Die Gesamtsumme von Baukosten und Kosten für die Ingenieurleistungen beläuft sich auf 1.332.896,15 EUR, wovon bereits 1.103.130,00 EUR in 2014 kassenwirksam wurden.

Entgegen der Angabe der Eigentümer des gemieteten Grundstücks, dass teilweise die Infrastruktur genutzt werden könnte, musste diese komplett neu erstellt werden (Strom und Entwässerung). Dadurch bedingt musste ein Gefälle erstellt werden, um die Entwässerung zur Straße hin sicherzustellen. Die dadurch erforderlichen zusätzlichen Fundamente waren zum Höhenausgleich unumgänglich.

Die Infrastruktur wurde aufgrund der sich immer weiter verschärfenden Flüchtlingssituation direkt so vorbereitet, dass mit vertretbarem Aufwand ein drittes Gebäude erstellt werden kann.

Ein solcher zusätzlicher Container wurde mit Dringlichkeitsentscheidung vom 07.08.2015 beschlossen und anschließend aufgebaut (Kostenschätzung gesamt 707.010,00 EUR). Die Schlussrechnung endet mit Mehrkosten für die bauliche Maßnahme in Höhe von 62.143,43 EUR (brutto). Da die eingetragenen Mittel außerplanmäßig bereitgestellt wurden, sind auch für die Mehrkosten außerplanmäßig Mittel zu beantragen.

Entgegen der Planung und Kostenschätzung der OGM sind zusätzliche Anforderungen bei der Bauabnahme gestellt worden. Bedingt durch die Vorgaben des Bereichs 5-3-10/Bauaufsicht kommt es zur Überschreitung der Baukosten.

Insgesamt besteht somit ein Mehrbedarf in Höhe von 291.909,58 EUR.

Notstandort Tackenbergschule

Hier musste innerhalb kürzester Zeit die ehemalige Tackenbergschule zu einer Flüchtlingsnotunterkunft hergerichtet werden, da mit weiteren Zuweisungen kurzfristig zu rechnen war und eine Unterbringung in den vorhandenen Unterkünften nicht sichergestellt wäre.

Nach Festlegung der ehemaligen Tackenbergschule als Notstandort mussten Maßnahmen bezüglich brandschutz- und bauordnungsrechtlicher Vorgaben umgesetzt werden, da sonst die Aufnahme der Flüchtlinge nicht umsetzbar gewesen wäre. Aufgrund der sofortigen Beauftragung war es unmöglich, eine Kostenschätzung zu erstellen. Die notwendigen Arbeiten mussten zum Teil ohne weitere Preiseinziehung an Firmen vergeben werden, die sofort mit der Umsetzung beginnen konnten. Als sehr aufwändig war der gesamte Sanitärbereich zu bezeichnen, der sich zwar in hervorragendem Zustand für eine Grundschule befand, jedoch nicht den Anforderungen Erwachsener gerecht wurde. Außerdem mussten zusätzliche Duschen und eine komplette Anlage für Wäsche und Trocknen erstellt werden. Alle Räume für Flüchtlinge mussten zusätzlich mit Steckdosen, veränderten Leuchten und einer Verdunklung, die auch die Nutzung als Schlafstätte vorsieht, ausgestattet werden.

Die Arbeiten wurden rechtzeitig fertiggestellt. Die Abrechnungssumme beträgt 166.679,05 EUR (brutto) für Baukosten und 16.667,90 EUR (brutto) für die Honorarkosten. Haushaltsmittel waren hier noch nicht eingestellt worden.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1147-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
26.10.2015	Umweltausschuss	K		
03.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
16.11.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Unabweisbarer außerplanmäßiger Bedarf im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung bezogen auf den Bereich 2-4/Öffentliche Ordnung

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produkt – Bereich 02 – Sicherheit und Ordnung im

Auftrag: 240002010100/Allgemeine Gefahrenabwehr

Kostenart: 523700/Erstattungen an private Unternehmen

in Höhe von 128.770 Euro für das Jahr 2015 zu.

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter Bereich 2-4	Dezernent Dezernat 2	Kämmerer	Oberbürgermeister o. V. i. A.
Ohletz 08.10.2015	Motschull 09.10.2015	Tslastras 15.10.2015	Tsalastras 15.10.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1147-01	Termin 16.11.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Vor der Errichtung des Erweiterungsbaues im CentrO mussten auf dem Baufeld über 100 Betonpfähle in den Boden eingebracht werden. Nach Vorgaben des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (Bezirksregierung Düsseldorf) war jede dieser Stellen vorzubohren und zu sondieren. Bei diesen Bohr- und Sondierarbeiten hat die beauftragte Spezialfirma in einem der letzten Bohrlöcher in der südwestlichen Ecke des Baufeldes eine Anomalie in 10 Meter Tiefe festgestellt. Die Daten wurden bei der Bezirksregierung Düsseldorf ausgewertet und weitere Untersuchungen sowie Baustillstand in diesem Bereich dringend empfohlen.

Die Überprüfung des auffälligen Bereichs gestaltete sich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten schwierig und langwierig. Die Überprüfung des auffälligen Bereichs bis zum Ausschluss des Verdachts nahm insgesamt 7 Wochen in Anspruch.

Der außerplanmäßige Aufwand in Höhe von 128.770 Euro entstand durch die maßnahmebedingte Bauverzögerung.

Da sich der Verdachtspunkt im Nachhinein nicht bestätigt hat, trägt die Stadt Oberhausen, durch die angeordnete Stilllegung der Baustelle, die Kosten für den entstandenen Vermögensschaden der Bauherrin CentrO Oberhausen.

Bei einem negativen Ergebnis (hier: Kein Kampfmittelfund) ist die Gemeinde für alle vor- und nachbereitenden Maßnahmen – auch Vermögensschäden der Bauherrin – gemäß Runderlass des Innenministeriums vom 09.11.2007 kostentragungspflichtig.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1309-01	Termin 10.12.2015	Sportausschuss
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
10.12.2015	Sportausschuss	B		

Beratungsgegenstand

Neugestaltung einer Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein

Beschlussvorschlag

Der Sportausschuss beschließt

die Neugestaltung einer Fläche innerhalb der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein (Streetbasketball mit 2 Körben).

Finanzierung:
Entsprechende Haushaltsmittel müssen durch den Stadtkämmerer überplanmäßig wie folgt bewilligt werden:

Invest.-Maßnahme	*Bezeichnung*	*Finanzpos.*	*Bezeichnung*	*Betrag*
253008010300400	Sportplatz Lindnerstraße	785210	Anlage im Bau Tiefbau OGM	75.000,00 €
253008010300400	Sportplatz Lindnerstraße	785220	Anlage im Bau Tiefbau Ing.-OGM	9.000,00 €

Deckungsvorschlag
Erhöhung des negativen Saldos aus Investitionstätigkeit. Die Gesamtkreditvorgabe der Bezirksregierung wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 2-5/Sport	Dezernent Dezernat 2	Kämmerer	Oberbürgermeister
H.-B. Reuschenbach Datum: 25.11.2015	F. Motschull Datum: 25.11.2015	A. Tsalastras Datum: 30.11.2015	Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1309-01	Termin 10.12.2015	Sportausschuss

Bezug

B/16/0346-01 Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 „Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft (Sportstättenkonzeption), Fortschreibung 2014/2015

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung /

Der Rat der Stadt hat am 17.11.2014 den Neubau eines Sportplatzes in der Sport- und Freizeitanlage, Lindnerstraße, beschlossen. Nach intensiver Planung fand der Baubeginn am 01.07.2015 statt. Die Arbeiten verliefen planmäßig, so dass der neue Sportplatz dem Sportbetrieb Ende November 2015 zur Verfügung steht.

In unmittelbarer Nähe des neu errichteten Sportplatzes befindet sich noch das alte Pumpen- und Filterhaus des ehemaligen Freibades Stadion Niederrhein, das bereits seit rd. 13 Jahren geschlossen ist. Dieses Gebäude ist einerseits ein Schandfleck in der Sport- und Freizeitanlage und stellt zudem eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Unbefugte können sich an dem Gebäude zu schaffen machen und begeben sich dabei in Gefahr. Auch die immer noch vorhandene Ansaugleitung in der Spundwand des Rhein-Herne-Kanals muss in diesem Zusammenhang verschlossen werden.

Sinnvoll wäre es, das Gebäude nunmehr abzureißen und auf der frei werdenden Fläche ein Streetbasketballfeld für den Freizeitsport anzulegen. Mit diesen Maßnahmen wäre die Umgestaltung der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein abgeschlossen. Die Herstellung einer Streetbasketballanlage mit 2 Körben wäre ein weiterer Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Geländes.
Die bei der Durchführung des Projektes entstehenden Kosten wurden durch die OGM GmbH ermittelt und dem Bereich 2-5/Sport am 11.11.2015 mitgeteilt.

Wie bereits in der Beschlussvorlage für die Sitzung des Rates am 17.11.2014 dargelegt, werden nach Fertigstellung des neuen Sportplatzes an der Lindnerstraße die beiden bisherigen Naturrasenplätze am Ehrenmal für den Vereinssportbetrieb aufgegeben. Beide Flächen werden zukünftig nur noch extensiv durch die OGM GmbH gepflegt, wodurch ab dem kommenden Jahr beträchtliche Unterhaltungskosten eingespart werden. Nichtsdestotrotz soll die Fläche der beiden bisherigen Fußballplätze dem Oberhausener Sport als Freizeitsport- und Erholungsfläche erhalten bleiben.
Nach Fertigstellung des geplanten Streetbasketballfeldes stehen den Sportinteressierten auf dem Gelände zwischen dem Stadion Niederrhein und der Konrad-Adenauer-Allee, entlang der Lindnerstraße, folgende Sport- und Freizeitflächen zur Verfügung:

4 Beachvolleyballfelder
1 Streetbasketballfeld mit 2 Streetbasketballkörben
2 kleine Übungsflächen für Streetbasketball
1 Sportplatz aus Kunstrasen
1 Kinderspielplatz
1 Bewegungsparcour mit hochwertigen Gerätschaften
2 große Rasenflächen zur Ausübung von Freizeitsport wie Hobby-Kicken, Federball, Handball, Frisbee u. a.
Diverse Grillplätze

Mit den vor wenigen Jahren errichteten Sportplätzen auf der sog. Emscherinsel, auf der sich auch das Jugendleistungszentrum des Vereins SC Rot-Weiß Oberhausen befindet, konnten nunmehr zahlreiche Ziele des im Jahre 2008 durch die Emschergenossenschaft erarbeiteten Nutzungskonzepts für die westliche Emscherinsel erreicht werden.

Betreut wird die Sport- und Freizeitanlage durch den Stadtsportbund in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Ausbildung und Qualifikation (ZAQ), das im Rahmen von beschäftigungsfördernden Maßnahmen Arbeitslose beschäftigt. Ein Teil der Arbeiten wie die Pflege und Instandsetzung des Kunstrasenplatzes mit dessen Infrastruktur, Baumpflegemaßnahmen u. a. werden gemäß Leistungsvertrag von der OGM GmbH durchgeführt (LVZ 10).

Mit dem Sportpark auf der sog. „Emscherinsel“ und dem benachbarten Kaisergarten mit seinen Einrichtungen für Ökologie, Kultur, Bildung, Freizeit und Sport, verbunden durch die Fußgängerbrücke „Slinky Springs to Fame“ über den Rhein-Herne-Kanal, verfügt Oberhausen hier inzwischen über ein Freizeit- und Erholungsangebot, das in der Emscherregion ein Leuchtturmprojekt darstellt.
Neben den bereits oben genannten Sportangeboten entlang der Lindnerstraße befinden sich im Umfeld des Kaisergartens weitere Sportflächen und Angebote, die von der Bevölkerung gerne genutzt werden:

- Trendsportanlage Open-Airea mit Multifunktionsspielfeld, Beachvolleyballfeldern, Inline-Skater-Hockeyfläche, Skater-Pipes u. a.
- 1 Rasensportplatz mit Rundlaufbahn u. a. leichtathletische Einrichtungen
- 1 Tennisanlage mit 6 Tennisplätzen
- 1 Budosport-Zentrum
- 1 Minigolfanlage

Bootshäuser und Anlegestellen am Rhein-Herne-Kanal für den Kanu- und Rudersport sowie für die DLRG runden das Sport- und Freizeitareal „Sportpark und Kaisergarten“ ab.

Anlagen
Skizze Streetbasketballfeld mit 2 Körben
Fotos des ehemaligen Pumpen und Filterhauses, Freizeitbad Stadion Niederrhein



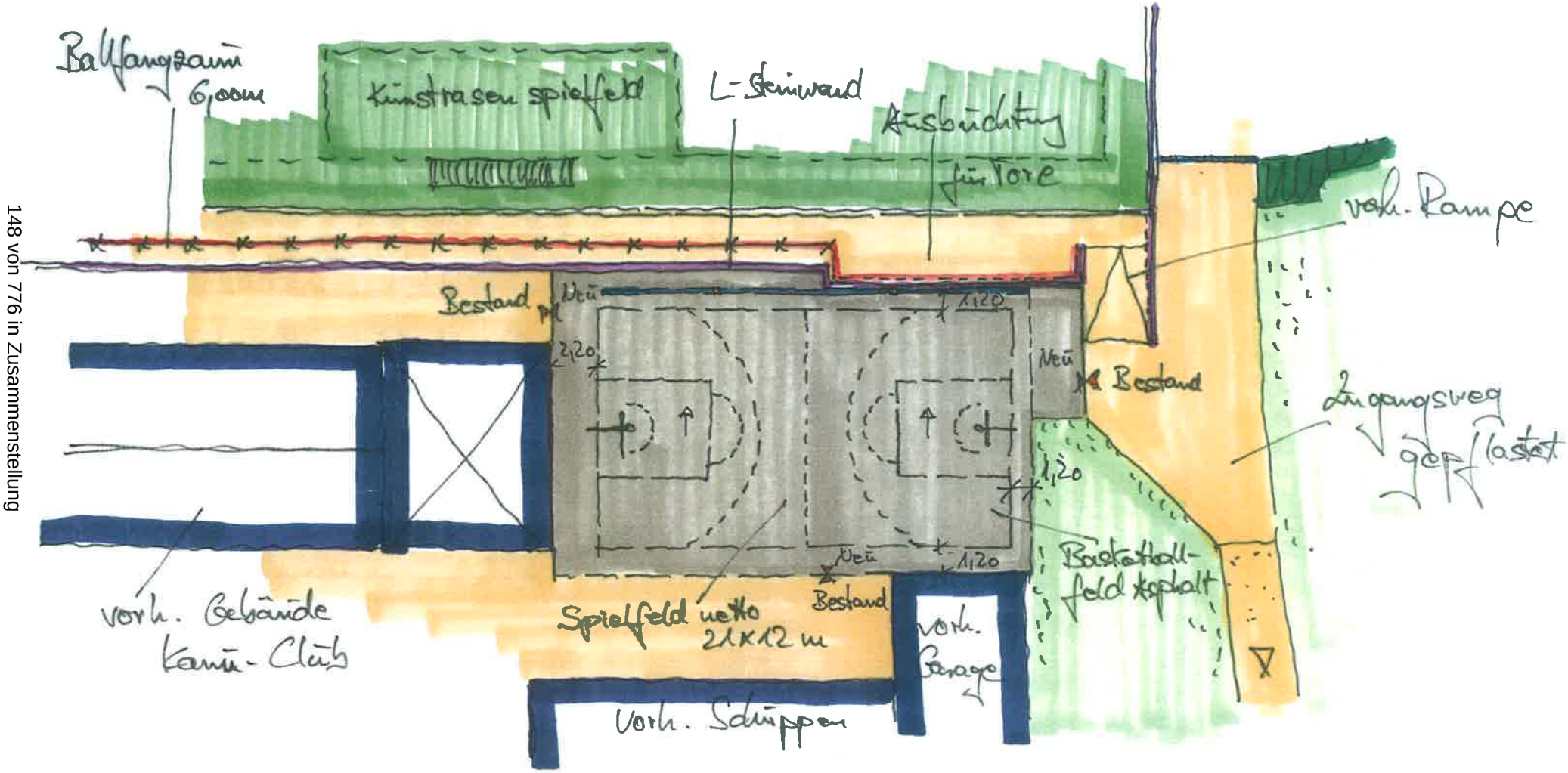






Skizze zusätzliches Basketballspielfeld
SPA Freizeitpark Emsdorinsel

M. 1:200



Büro M+P 6/11/2015
N. Seeger

148 von 776 in Zusammenstellung

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1308-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
14.12.2015Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen zur Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Jugend".

Beschlussvorschlag

1. Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung „Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Jugend“ in Höhe von 7.347.510 EUR gemäß Beschlussfassung in der Sitzung des Hauptausschusses (Drucksache B/ 16/1255-01) vom 30.11.2015.

2. Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung „über die Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Jugend“ in Höhe von 400.000 EUR gemäß Zustimmung des Herrn Oberbürgermeister Schranz sowie Ratsmitglied Herr Große Brömer (Drucksache B/ 16/1299-01).

Insgesamt genehmigt der Rat damit Dringlichkeitsentscheidungen im Umfang von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Jugend in Höhe von 7.747.510 EUR:

	Haushaltsplan 2015	Prognose 2015	Mehrbedarf 2015
1.Hilfen zur Erziehung	35.890.440 EUR	41.853.382 EUR	+5.962.942 EUR
2.Erstattungen an Gemeinden (inkl. Rückstellungen)	2.000.000 EUR	4.300.000 EUR	+2.300.000 EUR
Gesamt	37.890.440 EUR	46.153.382 EUR	**+8.262.942 EUR**

Bereichsleiter Bereich 3-1	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Gohlke **Datum 01.12.2015**	**Münich** **Datum 01.12.2015**	**Tsalastras** **Datum 03.12.2015**	**Schranz** **Datum 04.12.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Die Minderaufwendungen des gesamten Deckungsringes „Jugend“ stellen sich wie folgt dar:

	Haushaltsplan 2015	Prognose 2015	Minderaufwand 2015
3.Sonstige Aufwendungen im Deckungsring	9.968.630 EUR	9.453.198 EUR	-515.432 EUR

Somit ergibt sich ein Gesamtbedarf an überplanmäßigen Aufwendungen in Gesamthöhe von:

	Haushaltsplan 2015	Prognose 2015	Mehrbedarf 2015
Gesamt	47.859.070 EUR	55.606.580 EUR	**+7.747.510 EUR**

Deckungsvorschlag:

Deckung in Höhe von **1.152.531 EUR** durch Mehrerträge beim Produkt 060401- Regionalteams (außerhalb des Deckungsrings).

Deckung in Höhe von **2.015.300 EUR** durch Minderaufwendungen beim Produkt 060101 - Kinderbetreuung (Auftrag 310006010101 - Betriebsführung), Sachkonto 531800 - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (hier: Betriebskosten).

Deckung in Höhe von **4.579.679 EUR** durch Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1308-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

Konsequenzen

a) Finanziel

keine ( )

ja (x)

b) Sonstige

Begründung

Nachfolgend werden die wesentlichen Einflussfaktoren aufgeführt, die zu den Mehraufwendungen im Deckungsring Jugend geführt haben.

1. Hilfen zur Erziehung

In 2014 lag die durchschnittliche Anzahl der kostenrelevanten Hilfen zur Erziehung bei 1673 mit einer durchschnittlichen Kostenhöhe von 1909 EUR pro Monat und Hilfeempfänger. In 2015 betragen die monatlichen Durchschnittskosten bisher 1965 EUR pro Hilfeempfänger, wobei die Anzahl der kostenrelevanten Hilfen im Januar bei 1705 und im September bei 1832 lagen. Dies entspricht einem Durchschnitt von 1776 Hilfeempfängern pro Monat. Somit ergibt sich allein durch die Fall- und Kostensteigerung für 2015 eine Mehrbelastung von 3,5 Mio. EUR gegenüber den Ausgaben 2014.

Die Firma Con_sens ermittelte in 2013 im Rahmen einer Organisationsuntersuchung ein voraussichtliches Einsparvolumen beim Produkt 060401 - Regionalteams i.H.v. 2.046.401 EUR, davon 1.672.640 EUR bei den Hilfen zur Erziehung pro Jahr. Entsprechend wurden die Haushaltsanmeldungen in der Haushaltsplanung für 2015 gekürzt. Die Kürzung erfolgte anhand der Haushaltsansätze des Jahres 2012ff. nicht anhand der realen Aufwendungen, die auch in den Vorjahren bereits die Ansätze überschritten haben.

Die von Con_sens zur Erreichung der Einsparpotentiale empfohlenen Maßnahmen konnten im Haushaltsjahr 2015 noch nicht umgesetzt werden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass organisatorische Rahmenbedingungen, als Voraussetzung der Maßnahmenumsetzung, bisher nicht oder erst teilweise im Laufe diesen Jahres realisiert wurden. Der Bereich wies wiederholt im Rahmen des Risikomanagements auf die Zusammenhänge hin.

Negativ auf die Kostenentwicklung hat sich zudem ausgewirkt, dass der von Con_sens empfohlene Fallschlüssel von 1:35 Hilfeempfänger pro fallführenden Sozialarbeiter im Laufe des Jahres 2015 aufgrund der Fallsteigerungen zunächst nicht eingehalten wurde. Personalorganisatorisch wurde deshalb Mitte des Jahres 2015 mit der Einrichtung von 5 zusätzlichen Fachstellen für die Regionalteams Erzieherische Hilfen nachgesteuert. Die Stellen konnten allerdings erst zum 01.09.15 bzw. 01.10.15 besetzt werden.

Zudem waren die Erzieherischen Jugendhilfen aufgrund des Streiks der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst für vier Wochen nur mit einer Notbesetzung ausgestattet, die ausschließlich akute Fälle von Kindeswohlgefährdung bearbeiten konnte. Diese wurden per Inobhutnahmen gelöst, dann aber mindestens vier Wochen lang nicht in reguläre, kostengünstigere Hilfen umgewandelt. Die Kinder verblieben damit z.B. in Pflegestellen mit dem dreifachen Erziehungssatz. Da die Notunterbringungsmöglichkeiten somit ebenfalls ausgeschöpft waren, wurden weitere Notfälle in Heimeinrichtungen untergebracht, auch wenn eine Unterbringung in einer kostengünstigeren Pflegestelle angezeigt gewesen wäre.
Alle über Krisensituationen hinausgehenden qualitativen und wirtschaftlichen Steuerungen waren in diese Phase nicht möglich. Sonstige Anträge auf Hilfen zur Erziehung konnten erst im Anschluss an die Streiksituation eingeleitet werden.
Da hier dadurch eine überproportionale Anzahl von Neufällen entstanden ist, konnten die Beschäftigten die Beratungen nicht mehr selbst übernehmen und haben diese Leistungen kostenpflichtig an Anbieter abgeben müssen.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Bis zum August 2015 haben in Oberhausen zwischen 5 und 8 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Jugendhilfemaßnahmen bezogen. Bis Mitte September 2015 sind die Zahlen auf 85 Hilfeempfänger gestiegen. Dies stellt einen neuen Hilfebedarf in Oberhausen im Rahmen der überregionalen Flüchtlingssituation dar. Es war und ist nicht abzusehen, in welcher Höhe der Bedarf tatsächlich ausfallen wird. Die Kosten werden zwar zu einem späteren Zeitpunkt erstattet, allerdings nicht im Deckungsring Jugend abgebildet.

2. Erstattungen an Gemeinden

Bei den Erstattungen an Gemeinden ist die Ansatzüberschreitung von 2,3 Mio. EUR auf die fehlenden Steuerungsmöglichkeiten zurückzuführen, da weder zu Jahresbeginn noch im Jahresverlauf überprüfbar ist, in welcher Höhe andere Gemeinden in Vorleistung gehen. Selbst Vorjahreswerte lassen keine valide Prognose zu.
Gemeinden gehen beispielsweise in Vorleistung für Pflegekinder, bei denen Sonder-zuständigkeit nach §86.6 SGB VIII greift und wo Kostenerstattungspflicht nach §89.a SGB VIII für das Jugendamt Oberhausen entsteht (nach zwei Jahren geht die örtliche Zuständigkeit an das Jugendamt, in dessen Stadt das Kind lebt, die Kosten müssen aber von der vorher zuständigen Kommune übernommen werden). Diese Gemeinden können auch noch im Laufe des Haushaltsjahres 2016 Rechnungen für Leistungen aus dem Jahr 2015 begleichen lassen, so dass hierfür Rückstellungen (i.H.v. 1.000.000 EUR) gebildet werden müssen.
Auch Oberhausen geht für andere Gemeinden in Vorleistung und bekommt diese von anderen Gemeinden erstattet. Unter anderem dadurch ergeben sich Mehrerträge von 1,15 Mio. EUR.

3. Minderaufwendungen im Deckungsring Jugend

Der restliche Deckungsring konnte insbesondere beim Fachbereich 3-1-70/ Unterhalt, rechtliche Vertretung Minderaufwendungen von 515.432 EUR realisieren, da weniger Mittel als geplant für Leistungen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz benötigt worden sind. Die Minderaufwendungen kommen hier einerseits zustande durch geringere Fallzahlen: geplant waren durchschnittlich 2050 Fälle pro Monat, die tatsächliche Fallzahl beträgt allerdings nur 1950. Darüber hinaus verzögerte sich die geplante rechtliche Erhöhung der Unterhaltsvorschussleistungen um sechs Monate.

4. Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeitsentscheidung über 400.000 EUR war notwendig, um mit der Bereitstellung der überplanmäßigen Aufwendungen die termingerechte Auszahlung der Leistungen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz für den Monat Dezember 2015 (Termin zur Anweisung 24.11.15) zu

gewährleisten. Die Leistungen erhalten Bürgerinnen und Bürger, welche auf die Zahlungen existentiell angewiesen sind.

Die Dringlichkeitsentscheidung über 7.347.510 EUR war notwendig, um mit der Bereitstellung der überplanmäßigen Aufwendungen die noch ausstehenden Zahlungen ab dem 01.12.2015 im Deckungsring Jugend gewährleisten zu können.

5. Begründung der Deckung

Auch die Stadt Oberhausen geht für andere Gemeinden wie oben beschrieben in Vorleistung. Die hieraus erzielten Erträge verbessern das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit[1]. Darüber hinaus erzielt die Wirtschaftliche Jugendhilfe Mehrerträge bei den Kostenbeiträgen der Eltern zu den Hilfen zur Erziehung[2], sowie bei den Rückzahlungen gewährter Hilfen[3] und den Leistungen von Sozialleistungsträgern[4].

Im Fachbereich 3-1-10/ Planung, Steuerung, Investitionen sind in 2015 Minderaufwendungen bei den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen entstanden. Aufgrund von baulichen Verzögerungen konnte in 2015 der Ausbau von 55 Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und 224 Plätzen für Kinder über 3 Jahren nur zeitverzögert bzw. noch nicht realisiert werden. Die Minderausgaben von 2,01 Mio EUR werden zur Deckung des Mehraufwandes bei den Hilfen zur Erziehung herangezogen.

6. Unabweisbarkeit der Aufwendungen

Aufgrund der Gesamtverantwortung der Stadt Oberhausen als öffentlicher Jugendhilfeträger nach § 79 Sozialgesetzbuch, Achtes Buch, ist die Erfüllung der Aufgaben rechtzeitig und ausreichend zu gewährleisten. Die überplanmäßigen Aufwendungen nach § 83 Gemeindeordnung sind damit unabweisbar und damit zulässig.

[1] Produkt 060401 - Regionalteams, Sachkonto 448200- Erstattungen von Gemeinden
[2] Produkt 060401 - Regionalteams, Sachkonten 421110 und 422110- Unterhaltsansprüche
[3] Produkt 060401 - Regionalteams, Sachkonten 421140, 421141, 422140, 422141- Rückzahlung gewährter Hilfen
[4] Produkt 060401 - Regionalteams, Sachkonten 421120, 422120- Leistungen von Sozialleistungsträgern

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1324-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
14.12.2015	Rat der Stadt	B		
27.01.2016	Jugendhilfeausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Dringlichkeitsentscheidung
zur Errichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung "ParkHaus"
für die offene Kinder- und Jugendarbeit am Standort Uhlandpark

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende vom Hauptausschuss am 30.11.2015 gemäß § 60 (1) S. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, beschließt der Hauptausschuss gemäß § 60 (1) S. 1 GO NW folgende Entscheidungen:

1. Die Errichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung „ParkHaus“; die OGM GmbH wird mit der Umsetzung der Baumaßnahme entsprechend des Leistungsvertrages beauftragt;
2. Die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für investive Leistungen wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Investitionsnummer	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
310006010100610	Jugend-einrichtung	785110	AiB;Hochbaumaßnahme OGM GmbH	215.500,00
310006010100610	Jugend-einrichtung	785120	AiB: Hochbaumaßnahme OGM	24.000,00

Deckungsvorschlag

Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Investitionstätigkeit. Die Kreditvorgabe 2014/2015 wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 0-7 Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
D. Ingenerf Datum 01.12.2015	J. Schmidt Datum 01.12.2015	A. Tsalastras Datum 03.12.2015	D. Schranz Datum 04.12.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)		
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat [ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)		
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle [ ]
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1324-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1046-01 „Neubau von städtischen Kindertageseinrichtungen“

Drucksache Nr. B/16/1310-01 „Dringlichkeitsentscheidung zur Errichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung „ParkHaus“ für die offene Kinder- und Jugendarbeit am Standort Uhlandpark

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]
ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 15.12.2014 den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Oberhausen für den Geltungszeitraum 2015 bis 2020 beschlossen (DS-Nr.: B/16/0483-01). Bereits in diesem Plan und der Beschlussfassung ist das Sozialquartier Brücktorviertel als ein Bedarfsschwerpunkt der offenen Kinder- und Jugendarbeit identifiziert worden. Während der Vorberatungen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.12.2014 wurde zudem der Beschluss gefasst, die offene Kinder- und Jugendarbeit bis zum 30.06.2016 zu evaluieren. Bestandteil des Beschlusses ist außerdem die Einrichtung einer Steuerungsgruppe, bestehend aus je einem Trägervertreter/-in, dem Jugendhilfeplaner/-in und dem Jugendamtsleiter. Die Steuerungsgruppe begleitet den Evaluationsprozess und erarbeitet gemeinsam die verbindlichen Ergebnisse.
In einem ersten Schritt der Evaluation wurden detaillierte Sozialstrukturanalysen aller Oberhausener Sozialquartiere vorgenommen. Für das Brücktorviertel ergibt sich, dass die Gesamtbevölkerung sich im gesamtstädtischen Trend rückläufig entwickelt. Dies geht einher mit der Entwicklung der Kinder- und Jugendzahlen in den vergangenen Jahren. Allerdings sollte man die Bevölkerungsprognose beachten, die gerade in den Altersgruppen der 6 bis 9jährigen sowie der 10 bis 13jährigen ein dynamisches Wachstum bis 2025 prognostiziert. Anteilig sind, bis auf die 10 bis 13jährigen und die 19 bis 21jährigen, alle Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich vertreten. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist überdurchschnittlich. Altersstrukturell ist das Brücktorviertel eines der jüngeren Quartiere in Oberhausen. Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist leicht unterdurchschnittlich, wird jedoch durch einen leicht erhöhten Anteil der kinderreichen Familien kompensiert. Auffallend ist der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte: Nirgendwo sonst ist der Anteil der Alleinerziehenden so hoch wie im Brücktorviertel. Ähnlich haben sich die SGB II Quoten sowie der Arbeitslosen- und Jugendarbeitslosenzahlen entwickelt: Nach der Innenstadt sind die Zahlen im Brücktorviertel am höchsten. Ausgehend von diesen Sozialstrukturdaten hat die Steuerungsgruppe für das Quartier Brücktorviertel folgende Kernaussagen beschlossen:

1. Aufgrund der überdurchschnittlichen Anteile der Kinder und Jugendlichen, des hohen Anteils der Alleinerziehendenhaushalte sowie der sozialen Probleme ist im Brücktorviertel ein stationäres Angebot für Kinder und Jugendliche (Öffnungszeiten mehrmals in der Woche ab 16 Uhr) notwendig.

2. Die Angebote sollten die spezifische Lebenssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Jugendlichen in prekären Lebenslagen berücksichtigen.

3. Zur Unterstützung dieses Angebots ist ein regelmäßiges und mobiles Angebot sinnvoll.

Das Einzugsgebiet der Einrichtung im Brücktorviertel geht über die Quartiersgrenzen hinaus: Im Verbund ist diese Einrichtung mit den anderen Einrichtungen für den gesamten Sozialraum Oberhausen-Ost zuständig. Abschließend ist festzustellen, dass schon nach jetzigem Stand der Evaluation das Jugendzentrum „ParkHaus“ als die Einrichtung im Sozialquartier Brücktorviertel nicht zur Disposition steht. Eine Einrichtung am Standort im Uhlandpark ist zudem aus folgenden fachlichen Gründen ratsam und sinnvoll:

- Das „ParkHaus“ nutzt den mit Fördermitteln der Stadt Oberhausen errichteten Hochseilgarten im Uhlandpark.

- Die Wohnbebauung im Quartier ist sehr eng. Aus Erfahrung an anderen Standorten können Ansiedlungen bzw. der Betrieb von Jugendeinrichtungen in Wohnvierteln zu Nachbarschaftskonflikten führen. Daher sind Flächen vorzuziehen, bei denen derartige Konflikte vermieden werden können. Dies ist im Uhlandpark der Fall.

- Der Träger der Einrichtung (die Kurbel) priorisiert ebenfalls eine Verortung im Uhlandpark.

Die Kinder- und Jugendeinrichtung „ParkHaus“ nutzt bis dato Räumlichkeiten der ehem. Knappenschule und das ehemalige Ganztagsgebäude der Knappenschule. Durch den Ratsbeschluss vom 14.09.2015 wurde festgelegt, dass der Standort für eine Kindertageseinrichtung genutzt werden soll. Ein Umbau im Bestand wäre unwirtschaftlich, so dass ein Abriss der Schule und der Toilettenanlage mit anschließender Errichtung eines Neubaus für eine 6gruppige Kindertageseinrichtung erfolgen soll.

Aufgrund dieser Maßnahme verliert die Kinder- und Jugendeinrichtung „ParkHaus“ sowohl Räume in der Schule als auch die notwendigen sanitären Einrichtungen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses wurde davon ausgegangen, dass Umzugslösungen gefunden werden können. Ein Erweiterungsersatzbau war nicht absehbar.

Die abschließenden intensiven Prüfungen ergaben jedoch, dass alternative Standorte im Quartier bzw. Dependance-Lösungen (z. B. St. Michael-Schule, Gebäude des offenen Ganztages der Schule) letztendlich als nicht umsetzbar bewertet wurden. Für eine Dependance-Lösung stehen dem „ParkHaus“ nicht die Mitarbeiter/-innen zur Verfügung. Inhaltlich wäre eine Dependance-Lösung mit einer Aufteilung der Angebote ebenfalls nicht zielführend.
Infrage kommen würde folglich nur eine komplette Verlagerung der Einrichtung zur St. Michael Schule. Hierbei ergeben sich jedoch auch einige Hindernisse. An der St. Michael Schule ist die Wohnbebauung sehr eng. Wie bereits angedeutet kann die Ansiedlung bzw. der Betrieb einer Jugendeinrichtung in dem Gebäude der Schule in unmittelbarer Nachbarschaft mit Wohngebäuden zu Konflikten führen. Gleichwohl die Nachbarschaft den Lärm der Schule am Vormittag oder frühen Nachmittag gewöhnt ist, beginnt die Jugendarbeit erst am späten Nachmittag mit ihrer Arbeit. Bezogen auf den Raumbedarf ist eine Aufteilung der inhaltlichen Arbeit auf zwei Etagen wie im Gebäude des offenen Ganztages der St. Michael-Schule mit Schwierigkeiten im Alltagsbetrieb verbunden. Der Aspekt des inklusiven Angebotes bzw. der Barrierefreiheit ist hier gesondert zu betrachten.

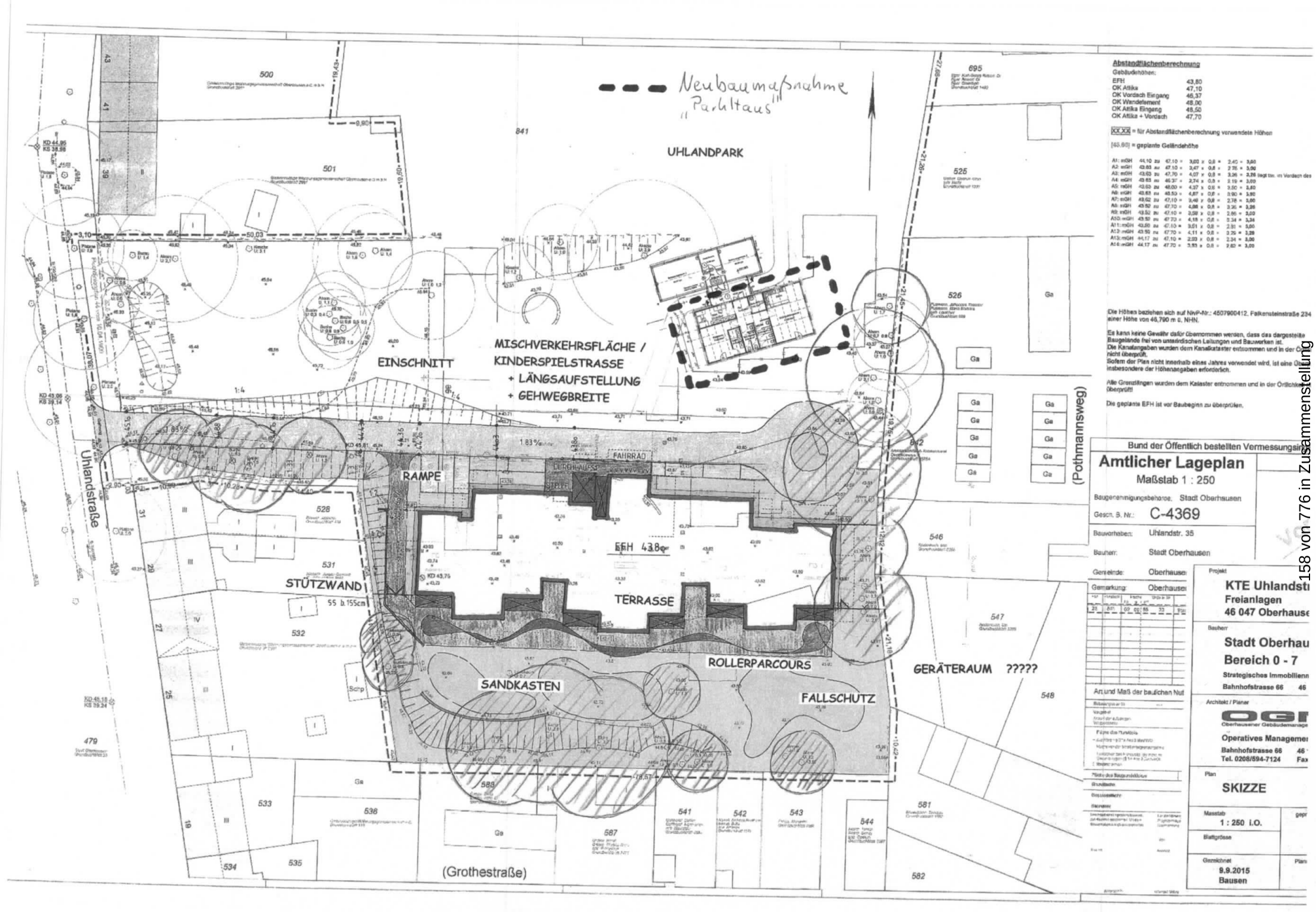
Daher ist die Fortführung am Standort des Uhlandparks und damit verbunden eine Erweiterung der Jugendeinrichtung „ParkHaus“ um den entsprechenden Neubau erforderlich und angemessen.

Errichtet werden soll nun ein Gebäude, das mit einem Windfang mit dem vorhandenen ehemaligen Ganztagsgebäude verbunden wird. Der Neubau umfasst einen Werkraum mit einem separaten Lagerraum, einen Multifunktionsraum mit einer Küchenzeile und ein Büro. Ebenso notwendig wurde die Installation von sanitären Einrichtungen. Im Rahmen der Inklusion ist dieses Gebäude ebenerdig und verfügt über eine behindertengerechte Toilette.

Mit einem Abriss der ehemaligen Knappenschule mit Ausnahme des geförderten ehemaligen Ganztagsgebäudes, welches das „ParkHaus“ bereits benutzt, soll noch in diesem Jahr begonnen

werden. Da das Gelände nun für die Kindertages- und die Jugendeinrichtung überplant wurde, besteht auch ein baulicher Zusammenhang. Eine weitere Verzögerung würde dazu führen, dass die Kindertageseinrichtung nicht mehr zum Beginn des neuen Kindergartenjahres 2016/2017 fertiggestellt sein würde. Aufgrund der Unabweisbarkeit und der notwendigen termingerechten Fertigstellung ist eine Entscheidung dringlich herbeizuführen.

Anlage
Skizze Neubau



Abstandflächenberechnung

Gebäudehöhen:

EFH	43,80
OK Attika	47,10
OK Vordach Eingang	46,37
OK Wandelement	48,00
OK Attika Eingang	48,50
OK Attika + Vordach	47,70

XX,XX = für Abstandflächenberechnung verwendete Höhen

[48,80] = geplante Geländehöhe

A1: mGH	44,10 zu	47,10 =	3,00	x 0,8 =	2,40 <	3,00	
A2: mGH	43,83 zu	47,10 =	3,47	x 0,8 =	2,78 <	3,00	
A3: mGH	43,63 zu	47,70 =	4,07	x 0,8 =	3,26 <	3,26	(legt bis ins Vordach des
A4: mGH	43,63 zu	46,37 =	2,74	x 0,8 =	2,19 <	3,00	
A5: mGH	43,63 zu	48,00 =	4,37	x 0,8 =	3,50 <	3,50	
A6: mGH	43,63 zu	48,53 =	4,87	x 0,8 =	3,90 <	3,90	
A7: mGH	43,62 zu	47,10 =	3,48	x 0,8 =	2,78 <	3,00	
A8: mGH	43,62 zu	47,70 =	4,08	x 0,8 =	3,26 <	3,26	
A9: mGH	43,52 zu	47,10 =	3,58	x 0,8 =	2,86 <	3,00	
A10: mGH	43,50 zu	47,73 =	4,18	x 0,8 =	3,34 <	3,34	
A11: mGH	43,60 zu	47,10 =	3,51	x 0,8 =	2,81 <	3,00	
A12: mGH	43,50 zu	47,70 =	4,11	x 0,8 =	3,29 <	3,29	
A13: mGH	44,17 zu	47,10 =	2,93	x 0,8 =	2,34 <	3,00	
A14: mGH	44,17 zu	47,70 =	3,53	x 0,8 =	2,82 <	3,00	

Die Höhen beziehen sich auf NivP-Nr.: 4507900412, Falkensteinstraße 234 einer Höhe von 46,790 m ü. NHN.

Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass das dargestellte Baugelände frei von unterirdischen Leitungen und Bauwerken ist.
Die Kanalangaben wurden dem Kanalkataster entnommen und in der Örtlichkeit nicht überprüft.
Sofern der Plan nicht innerhalb eines Jahres verwendet wird, ist eine Überprüfung insbesondere der Höhenangaben erforderlich.

Alle Grenzlängen wurden dem Kataster entnommen und in der Örtlichkeit nicht überprüft

Die geplante EFH ist vor Baubeginn zu überprüfen.

Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsin

Amtlicher Lageplan

Maßstab 1 : 250

Baugenehmigungsbehörde: Stadt Oberhausen

Gesch. B. Nr.: C-4369

Bauvorhaben: Uhlandstr. 35

Bauherr: Stadt Oberhausen

Gemeinde: Oberhausen

Gemarkung: Oberhausen

Art und Maß der baulichen Nut

Projekt
KTE Uhlandstr
Freianlagen
46 047 Oberhause

Bauherr
Stadt Oberhau
Bereich 0 - 7
Strategisches Immobilienm
Bahnhofstrasse 66 46

Architekt / Planer
OGE
Oberhausener Gebäudemanage
Operatives Managemer
Bahnhofstrasse 66 46
Tel. 0208/594-7124 Fax

Plan
SKIZZE

Massstab 1 : 250 i.O.

Blattgrösse

gepr

Gezeichnet 9.9.2015 Bausen

Plan

158 von 776 in Zusammenstellung

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1304-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
14.12.2015Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier:
Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Soziales

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende am 20.11./23.11.2015 von Herrn Oberbürgermeister Daniel Schranz und dem Ratsmitglied Herrn Wolfgang Große Brömer gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

„Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, treffen der Oberbürgermeister und das Ratsmitglied Wolfgang Große Brömer nach § 60 Abs.1 Satz 2 GO NRW folgende Entscheidung:

Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Soziales (D05000311) in Gesamthöhe von 5.958.000,- Euro wird wie folgt zugestimmt:
Überplanmäßiger Aufwand bei der

- Produktgruppe 0502, Leistungen nach dem SGB XII, Produkt 050202 Hilfe zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, 366.000,- Euro
- Produktgruppe 0503, Leistungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose, Produkt 050302 Wirtschaftliche Hilfen für Asylbewerber, 5.592.000,- Euro

Deckungsvorschlag:
Mehrerträge beim Produkt 050202 Hilfe zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sachkonto 448000 – Erstattungen vom Bund Grundsicherung 366.000 Euro sowie
Mehrerträge beim Produkt 050302 Wirtschaftliche Hilfen für Asylbewerber, Sachkonto 448100 – Erstattungen vom Land 5.592.000,-- Euro“

Bereichsleiter Bereich 3-2	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer Dezernat 3	Oberbürgermeister
Bohnes **Datum 23.11.2015**	**Münich** **Datum 25.11.2015**	**Tsalastras** **Datum 30.11.2015**	**Schranz** **Datum 02.12.2015**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1304-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1283-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

1. Produktgruppe 0502, Leistungen nach dem SGB XII

Bei folgendem Sachkonto entsteht voraussichtlich folgender Mehrbedarf:

Produkt 050202 Hilfe zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	
Sachkonto 533990 Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen dauerhaft erwerbsgemindert	366.000 €

Erwartet wird ein entsprechender Ertrag bei folgendem Sachkonto:

Produkt 050202 Hilfe zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,	Mehrertrag
Sachkonto 448000 Erstattungen vom Bund	366.000 €

Nach Urteilen des Bundessozialgerichtes über die Höhe des Regelbedarfs für volljährige behinderte Menschen, die bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grundlage von Artikel 85 Absatz 3 des Grundgesetzes folgende Weisung erteilt:
Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes, das die Regelbedarfsstufen neu ermittelt, wird erwachsenen Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel SGB XII, die weder einen Ein-Personen-Haushalt (alleinstehende Person) noch einen Alleinerziehenden-Haushalt noch einen Paarhaushalt führen, zwar die Regelbedarfsstufe 3 zugeordnet, bei diesen Personen ist jedoch, sofern sie außerhalb von stationären Einrichtungen leben, eine abweichende Regelsatzfestsetzung vorzunehmen, bei der an die Stelle des sich nach der Regelbedarfsstufe 3 ergebenden Betrages der sich nach Regelbedarfsstufe 1 ergebende Betrag tritt. Sich daraus ergebende höhere Leistungsansprüche sind für Zeiten ab dem 1. Januar 2013 zu bewilligen und auszuzahlen.

Diese Nachzahlungen führen zu überplanmäßigen Aufwendungen, die im Rahmen der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII zu 100% vom Bund erstattet werden.

2. Produktgruppe 0503, Leistungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose

Bei folgenden Sachkonten entsteht voraussichtlich folgender Mehrbedarf:

Produkt 050302 Wirtsch. Hilfe für Asylbewerber	Mehraufwand
Sachkonto 533940 Leistungen § 2 AsylbLG außerhalb von Einrichtungen	707.000 €
Sachkonto 533942 Grundleistung § 3 AsylbLG außerhalb von Einrichtungen	895.000 €
Sachkonto 533943 Grundleistung § 3 AsylbLG in Einrichtungen	2.990.000 €
Sachkonto 533953 Krankenhilfe § 3 AsylbLG	1.000.000 €
Mehraufwendungen insgesamt	5.592.000 €

Die Zahl der in Deutschland Schutz suchenden Asylbewerber/innen und sonstigen Flüchtlinge ist in 2015 immens angestiegen und steigt weiter an. Wurden zum 01.01.2015 in Oberhausen noch 890 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz registriert, so waren es zum 01.11.2015 = 1662. Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die bundesweit zur erwartenden Asylbewerber/innen , die die Planungsgrundlage der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bildet, wurde in 2015 bereits wiederholt korrigiert. Der wachsende Zustrom machte auch in Oberhausen die Einrichtung zusätzlicher Notstandorte und Versorgung der Flüchtlinge erforderlich. Dieser Anstieg und die damit verbundenen Kosten konnten im Voraus nicht geplant werden. Eine präzise Kalkulation ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen kaum möglich, die endgültige Summe kann daher auch von der jetzigen Kalkulation noch abweichen.

Die Deckung ist im Rahmen erhöhter Landeszuweisungen und Entlastungsmittel des Bundes gewährleistet.

Um die Transferleistungen im Deckungsring Soziales termingerecht zahlbar zu machen (Termin zur Anweisung 24.11.15), ist kurzfristig eine Entscheidung über die Mittelbereitstellung erforderlich.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1286-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
30.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung im Produktbereich 15 "Wirtschaft und Tourismus"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung einer außerplanmäßigen Aufwendung im Produktbereich 15 „Wirtschaft und Tourismus“ für die Abschreibung einer nicht realisierbaren Forderung aus dem Geschäftsjahr 2014 (Gewinnausschüttung OGM) im Haushaltsjahr 2015 wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag in EUR
950015041400	OGM	573 100	Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	500.000,--

Deckungsvorschlag

Verschlechterung des Ergebnisses der lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 500.000,-- EUR

Bereichsleiter/in Bereich 9-5	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Willecke Datum 19.11.2015	Datum	Tsalastras Datum 19.11.2015	Schranz Datum 20.11.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1286-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

- B/16/0828-01 vom 18.05.2015 (Jahresabschluss OGM 2014)
- B/16/0055-01 vom 30.06.2014 (Jahresabschluss OGM 2013)

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X], siehe Begründung

b) Sonstige

Begründung

Wie bereits in Drucksache B/16/0828-01 vom 18.05.2015 thematisiert (Zeilen 130-150) ist die Gewinnausschüttung der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH für das Jahr 2013 gemäß Ergebnisverwendungsbeschluss des Rates vom 30.06.2014 (Drucksache B/16/0055-01) auf Grund des Ausschüttungsverbotes gemäß § 29 GmbHG nicht realisierbar. Der mit der Gewinnausschüttung verbundene HSP-Beitrag des Jahres 2014 konnte durch erhöhte Einsparungen auf städtischer Seite im Bereich der Leistungsverträge trotz nicht möglicher Ausschüttung dennoch nachgewiesen werden.

Gleichwohl wurde die Gewinnausschüttung bereits im Haushaltsjahr 2014 auf Grund der bestehenden Beschlusslage als Forderung erfolgswirksam eingebucht; diese Forderung ist nunmehr im Rahmen des Haushaltsjahres 2015 ebenso aufwandswirksam durch Abschreibung auszubuchen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind außerplanmäßig bereitzustellen. Auswirkungen auf den Finanzplan ergeben sich nicht, da es sich bei der Abschreibung um die Korrektur eines Buchwertes handelt, mit der kein echter Finanzmittelabfluss verbunden ist.

Kurzfassung

entfällt

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1264-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
14.12.2015	Rat der Stadt	B		
30.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	VB		
09.12.2015	Jugendhilfeausschuss	VB		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung eines überplanmäßigen Aufwandes in der Produktgruppe 0601 "Förderung, Erziehung und Bildungsangebote für Kinder"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 943.175,- Euro in der Produktgruppe 0601 „Förderung, Erziehung und Bildungsangebote für Kinder“ zu.

Mehraufwand im Produkt 060101 „Kinderbetreuung“ (Auftrag 310006010104 – Tagespflege),Sachkonto 533128 „Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen, Kinder in Tagespflege“ 943.175,- EUR

Deckungsvorschlag

Deckung in Höhe von 943.175,- Euro durch Minderaufwendungen beim Produkt 060101 – Kinderbetreuung (Auftrag 310006010101 – Betriebsführung), Sachkonto 531800 – „Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche“ (hier Betriebskosten)

Bereichsleiter Bereich 3-1	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Gohlke Datum 19.11.2015	Münich Datum 19.11.2015	Tsalastras Datum 23.11.2015	Datum 24.11.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1264-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Begründung

Kindertagespflegepersonen, die von der Kindertagespflegebörse der Stadt Oberhausen vermittelt werden, erhalten für die Betreuung Oberhausener Kinder eine laufende Geldleistung entsprechend den Kriterien des § 23 Abs. 2 SGB VIII und den durch den Rat am 15.01.2010 verabschiedeten „Rahmenbedingungen zur Förderung der Kindertagespflege in der Stadt Oberhausen“.

Die Vergütung ist abhängig von der Qualifizierung der Betreuungspersonen sowie von dem nachgewiesenen Betreuungsbedarf des Kindes und staffelt sich in wöchentlichen Stundenpauschalen von 15/25/35/45 Stunden, die monatlich ausgezahlt werden.

Bei der Ermittlung des Ansatzes 2015 für das Sachkonto 533128 „Jugendhilfe außerhalb an Einrichtungen, Kinder in Tagespflege“ wurde von 465 Kindern in der Kindertagespflege ausgegangen. Die Betreuungs- und Stundenumfänge von 15/25/35/45 Stunden wurden auf der Grundlage eines Mittelwertes kalkulatorisch geplant. So ergab sich für das Haushaltsjahr ein Ansatz von 4,1 Mio. Euro.

Tatsächlich wurden im Jahr 2015 in der Kindertagespflege im Jahresdurchschnitt pro Monat 540 Kinder betreut. Außerdem hat eine Neuberechnung der Kosten pro Platz ergeben, dass sich die durchschnittlichen Platzkosten von 753,60 Euro auf 791,62 Euro erhöht haben. Dies resultiert aus der weiter gestiegenen Inanspruchnahme von 35 bzw. 45 Stunden-Plätze aufgrund der individuellen Versorgungsbedarfe der Eltern. Diese Entwicklung führt dazu, dass der Ansatz für die Tagespflegeentgelte in 2015 um 943.175 Euro überschritten wird.

Die Mehraufwendungen von 943.175,- Euro können durch Minderaufwendungen beim Sachkonto 531800 „Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Betriebskosten) gedeckt werden.
Im Fachbereich 3-1-10/ Planung, Steuerung, Investitionen sind in 2015 Minderaufwendungen bei den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen entstanden. Aufgrund von baulichen Verzögerungen konnte in 2015 der Ausbau von 55 Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und 224 Plätzen für Kinder über 3 Jahren nur zeitverzögert bzw. noch nicht realisiert werden.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1329-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Umbau eines Personenaufzuges in einen Evakuierungsaufzug am Hans-Böckler-Berufskolleg

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt:

1. im Rahmen der Inklusion einen Personenaufzug in einen Evakuierungsaufzug mit zusätzlichem Vorraum im Hans-Böckler-Berufskolleg umzubauen;

2. die überplanmäßige Mittelbereitstellung für investive Leistungen am Hans-Böckler-Berufskolleg wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag in €
140003010100000	Inklusion an Schulen	785110	Anlage im Bau Hochbau OGM	623.100,00
140003010100000	Inklusion an Schulen	785120	Anlage im Bau Hochbau Ing.-Leist. OGM	242.100,00

Deckungsvorschlag:

Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Investitionstätigkeit. Die verbindliche Kreditvorgabe 2014/2015 der Bezirksregierung Düsseldorf wird eingehalten.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement D. Ingenerf 02.12.2015	Dezernent Dezernat 0 J. Schmidt 02.12.2015	Kämmerer A. Tsalastras 04.12.2015	Oberbürgermeister D. Schranz 04.12.2015

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1329-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Am Hans-Böckler-Berufskolleg - befindlich in einem 11-geschossigen Gebäude (Hochhaus) - werden im Rahmen der Inklusion bereits mehrere Schülerinnen und Schüler mit körperlich-motorischem Förderbedarf zielgleich unterrichtet. Aufgrund deren Behinderung sind diese Schülerinnen und Schüler auf einen Rollstuhl angewiesen. Da das Hochhaus auf allen Ebenen mit insgesamt drei Fahrstühlen barrierefrei erreichbar ist, waren die Aufnahmen möglich.

Bei den Brandschutzübungen kam es nun aber zu erheblichen Problemen, die durch die Feuerwehr Oberhausen bemängelt wurden und eine weitere inklusive Beschulung rollstuhlfahrender Menschen in Frage stellt. Es ist für ein barrierefreies Gebäude nicht nur der Zugang, die Erreichbarkeit und Nutzung der Räume ausschlaggebend sondern auch die Fluchtmöglichkeit in einer Gefahrensituation.

Eine Rettung der gehandicapten Schülerinnen und Schüler erfolgt bislang mit Hilfe eines sogenannten Evakuierungsstuhls. Vier bis sechs freiwillige Klassenkameraden helfen den beeinträchtigten Schülerinnen und Schülern beim Wechsel vom Rollstuhl in den Evakuierungsstuhl. Daraufhin wird der Evakuierungsstuhl eines der beiden Treppenhäuser hinuntergetragen bzw. gerollt, da diese Stühle für den Transport über Treppen ausgelegt sind.

Davon abgesehen, dass bereits hier die erste Problematik besteht, im ernsten Brandfall Freiwillige von der eigenen Evakuierung zurückzuhalten, um die behinderten Klassenkameraden und Klassenkameradinnen langsam die Treppe hinunterzubringen, bestehen hierdurch Stauungen im Treppenhaus. Bei Brandschauen kam es regelmäßig zu Rückstauproblematiken in den Treppenhäusern durch die mindestens vier notwendigen Schülerinnen und Schüler um einen Evakuierungsstuhl herum. Der schnelle Durchlass in den Treppenhäusern war nicht mehr gewährleistet, so dass dieser Rettungstrupp wie eine Art „Pfropfen“ wirkte.

Wenn gehandicapte Schülerinnen und Schüler in unteren Etagen unterrichtet werden, kommt es zu Problemen, in die Treppenhäuser zu gelangen bzw. wie oben beschrieben mit dem Fluchtstrom mitzugleiten. Werden die motorisch eingeschränkten Schülerinnen und Schüler in den oberen Etagen unterrichtet, müssen diese von Freiwilligen unter erheblichen Kraftanstrengungen den langen Weg hinuntergebracht werden. Es kann zudem nicht von den anderen Schülerinnen und Schülern erwartet werden, dass diese in den Klassen eines brennenden Gebäudes warten, bis eines der Treppenhäuser frei begehbar ist.

Als erste Lösungsmöglichkeit wurde eine Außentreppe geprüft. Diese könnte nur auf der Fassadenseite zum Parkplatz hin angebracht werden. Das Gestell würde dann aber auf der Aula aufgesetzt werden, was aus statischen Gründen abzulehnen ist. Zudem würde auf allen Etagen jeweils ein Klassen- bzw.- Differenzierungsraum entfallen und erhebliche brandschutzrechtliche Innenumbauarbeiten wären notwendig.

Ebenfalls äußerst kostenintensiv, aber noch immer wirtschaftlicher ist die Möglichkeit, einen der drei vorhandenen Personenaufzüge in einen Evakuierungsaufzug zu ertüchtigen. Hierbei muss in jedem Geschoss ein Aufzugsvorraum mit feuerbeständigen Umfassungswänden eingebaut werden. In den Vorräumen können sich bis zu drei behinderte Schülerinnen und Schüler mit ihren Evakuierungshelfern weitgehend sicher aufhalten und sukzessiv die Fahrt in das Hauptevakuierungsgeschoss antreten. Damit das Schutzziel (keine Verrauchung) erreicht wird, müssen diese Vorräume mit einer Druckbelüftung ausgestattet werden. Zusätzlich ist infolgedessen eine besondere Luftabführung aus dem Gebäude über Lüftungskanäle ins Freie herzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch der Einbau einer automatischen Brandmeldeanlage in den Flurzonen mit Aufschaltung auf die Leitstelle der Feuerwehr erforderlich.

Der geplante Evakuierungsaufzug dient im Brandfall der Evakuierung ausschließlich der motorisch eingeschränkten Schülerinnen und Schüler, ansonsten steht dieser weiterhin für den täglichen Vertikaltransport zur Verfügung.

Diese komplexe, aber alternativlose Baumaßnahme erfordert höchst schwierige baufachliche Gutachten und noch nicht gänzlich abgeschlossene Prüfungen, weshalb die bislang durch die OGM GmbH ermittelten Kosten in Höhe von 740.000,00 EUR Baukosten zzgl. 260.000,00 EUR Planungskosten (jeweils brutto) auf Schätzungen beruhen. Die tatsächlichen Kosten können geringer, aber auch höher ausfallen.
Für das Haushaltsjahr 2015 ist vom Pauschalansatz für Inklusion an Schulen noch bisher nicht belegtes Restbudget frei verfügbar, so dass sich der überplanmäßige Mittelbedarf gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlages entsprechend reduziert.

Die Baumaßnahme ist allerdings unerlässlich, um das beschlossene Ziel der Inklusion auch für körperlich-motorisch beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler am Hans-Böckler-Berufskolleg weiterhin aufrecht erhalten zu können. Ohne Evakuierungsaufzug ist die weitere Beschulung rollstuhlfahrender Schülerinnen und Schüler oder auch eine Anstellung von gehandicapten Lehrerinnen oder Lehrern gefährdet.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1274-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
30.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln im Produktbereich 11 "Ver- und Entsorgung"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 11 „Ver- und Entsorgung“ wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
110011030100 (PN1103)	Abwasserbeseitigung	531300 (7300.00)	Aufw. für Zuwendungen an Zweckverbände	933.440

Deckungsvorschlag:

Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser (Auftrag 110011030100 / Sachkonto 432132 „Benutzungsgebühr Schmutzwasser“ und 432133 „Benutzungsgebühr Niederschlagswasser“).

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 16.11.15	Datum	Tsalastras Datum 17.11.15	Schranz Datum 19.11.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1274-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

-

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

-

Begründung

Der Haushalt 2015 wurde am 17.11.2014 im Rat der Stadt verabschiedet. Da zu diesem Zeitpunkt die Gebührenbedarfsberechnungen für die Gebührenhaushalte noch nicht abgeschlossen waren, haben die letztlich der Kalkulation zugrundeliegenden Erträge und Aufwendungen im Haushaltsplan 2015 keine Berücksichtigung finden können. Die Bescheide bzw. Mitteilungen mit den für die Kalkulation notwendigen Daten erfolgen grundsätzlich Ende Oktober/Anfang November eines jeden Jahres.
Im aktuellen Fall ist für die Zuwendungen an Zweckverbände (hier: Ruhrverband, Emschergenossenschaft, Landesumweltamt) im Bereich der Abwasserbeseitigung ein Betrag von insgesamt 17.732.950 EUR im Haushaltsplan 2015 veranschlagt. Der in der Gebührenbedarfsberechnung einkalkulierte Betrag belief sich schließlich auf 18.666.390 EUR. Da in den Kalkulationen die Aufwendungen durch Erträge in entsprechender Höhe gedeckt sind, werden auch die Mehraufwendungen von 933.440 EUR durch tatsächlich erzielte Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren kompensiert. Das Jahresergebnis 2015 wird somit nicht verschlechtert.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/1332-01**	**Termin** **14.12.2015**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Überplanmäßiger Bedarf im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft, Bereich 0-3 Bert-Brecht-Bildungszentrum, Fachbereich Volkshochschule.

Beschlussvorschlag

1. Da es sich bei den in Rede stehenden Honorarzahlungen um vertragliche Verpflichtungen handelt, verzichtet der Rat der Stadt in der Angelegenheit „Unabweisbare überplanmäßige Aufwendung im Produkt 040401- Volkshochschule –“ gem. § 1 Abs. 7 Satz 3 der Zuständigkeitsordnung auf eine Vorberatung durch Ausschüsse.

2. Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von unabweisbaren überplanmäßigen Aufwendungen wie folgt zu:

   Produkt 040401 – Volkshochschule

   Kostenart 501900/Aufwendungen für sonstige Beschäftigte

   Auftrag 890004040109/Deutsch als Zweitsprache **von 62.653 €**

   Auftrag 890004040107/Grundbildung, Schulabschlüsse **von 37.347 €**

   gesamt 100.000 €

Bereichsleiter **Bereich 0-3 Bert-Brecht-Bildungszentrum** **Kluge-Jindra** **Datum, 07.12.2015**	**Dezernent 1 o.V.i.A.** **Motschull** **Datum, 07.12.2015**	**Kämmerer o.V.i.A.** **Motschull** **Datum, 07.12.2015**	**Oberbürgermeister** **Schranz** **Datum, 07.12.2015**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beschlusskontrolle:**	**Beteiligung:**
Anhörung (A)	**Zustimmung (Z)**		
Kenntnisnahme (K)	**Ablehnung (A)**	**Ja oder nein**	**Personalrat [ ]**
Vorberatung (V)	**Änderung (Ä)**		
Beschlussfassung (B)	**Anhörung vollzogen (AV)**		**Gleichstellungsstelle [ ]**
	Kenntnisnahme (K)		

Deckungsvorschlag:

Deckung durch Mehrertrag in Höhe von **29.750 €** bei Kostenart 448000/ Erstattungen vom Bund, Auftrag 890004040109/Deutsch als Zweitsprache

Deckung durch Mehrertrag in Höhe von **25.452 €** bei Kostenart 414800/ Zuschüsse von übrigen Bereichen im Produkt 040401/Volkshochschule, Bildungsangebote

Deckung durch Mehrerträge **gesamt 55.202 €**

Sowie zunächst Deckung durch Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von **44.798 €**
Mehrerträge in Höhe von rd. 45.000 € werden zugunsten des Haushaltsjahres 2015 noch erwartet. Damit würde zum Jahresabschluss keine Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit mehr bestehen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1332-01	Termin	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung / Sachdarstellung

Im Haushaltsjahr 2015 wird der Ansatz in der Kostenart 501900 — Aufwendungen für sonstige Beschäftigte - im Produkt 040401 – Volkshochschule – um rd. 100.000 € überschritten. Der Mehraufwand ist in überplanmäßigen Unterrichtsstunden der Fachbereiche „Deutsch als Zweitsprache “ und „Grundbildung, Schulabschlüsse“ begründet.

a) Fachbereich „Deutsch als Zweitsprache“

Seit Anfang des Jahres 2015 verzeichnete die Volkshochschule einen starken Andrang von Flüchtlingen, die sich um die Aufnahme in Deutschkurse bewarben. Die Volkshochschule richtete daher 15 zusätzliche Kursreihen ein. Gegenüber dem bisherigen Ansatz von 200.000 € - davon 25.000 € bereits im Juli 2015 überplanmäßig zur Verfügung gestellt - ist dadurch ein Mehrbedarf von 62.653 € entstanden, der durch erhöhte Erstattungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird gedeckt werden können. Neben den derzeit bestehenden überplanmäßigen Einnahmen von 29.750 € sind bereits angemeldet weitere 16.010 €, für im Dezember endende Kurse sind voraussichtlich rd. 25.000 € zu erwarten.

b) Fachbereich „Grundbildung, Schulabschlüsse“

Im August 2015 bewilligte die Bezirksregierung aus ESF-Mitteln die Einrichtung eines zusätzlichen Kurses „Abschluss Sekundarstufe I“. Der dadurch entstandene Honorarmehraufwand ist in Höhe von 37.347 € nicht gedeckt. Über die erste Abschlagszahlung der ESF-Mittel von 26.860 € ist Ende November der Mittelabruf erfolgt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1275-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
30.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	V		
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 – Allgemeine Finanzwirtschaft – wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag/EUR
110016010100 (PN 1601)	Steuern, allgem. Zuw. u. allgem. Umlagen	537201 (7300.00)	Umlage Landschafts-verband Rheinland	1.381.593,--

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses auf laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 16.11.15	Datum	Tsalastras Datum 17.11.15	Schranz Datum 19.11.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1275-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Bezug

-

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

-

Begründung

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat die Landschaftsumlage, die die Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2015 zu leisten hat, mitgeteilt.

Grundlage für die Berechnung der Landschaftsumlage ist die Höhe der Umlagegrundlage der Stadt Oberhausen gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 in Verbindung mit dem in der Haushaltssatzung des LVR festgelegten Hebesatzes von 16,7 %.

Um die Zahlung der abschließenden Rate zu gewährleisten, ist vom Rat der Stadt zuvor ein entsprechender Beschluss zu fassen.

Bei der Aufwandsposition ist folgender Betrag zu zahlen:

537201 „Umlage Landschaftsverband Rheinland“ 55.742.633 EUR (+1.381.593 EUR).

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/1328-01**	**Termin** **14.12.2015**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
14.12.2015	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel beim Produkt 050304 (Hilfen für Asylbewerber) und der Kostenart 529183 (Dienstleistungen OGM GmbH - Notunterkünfte)

Beschlussvorschlag

Es wird beschlossen:

1. Der Rat der Stadt verzichtet hinsichtlich dieser Drucksache gemäß § 1 Absatz 3 der *Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates und für die Oberbürgermeisterin / den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen* auf die Vorberatung durch Ausschüsse.

2. Der Rat der Stadt stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung in Höhe von 1.200.000,00 EUR beim Auftrag 320005030401 (Landeseinrichtungen Asyl-Notunterkünfte) und der Kostenart 529183 (Dienstleistungen OGM GmbH – Notunterkünfte) zu.

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter **Bereich 0 – 7** Strategisches Immobilienmanagement **D. Ingenerf** **08.12.2015**	**Dezernent** **Dezernat 0** **J. Schmidt** **08.12.2015**	**Kämmerer** **o.V.i.A.** **F. Motschull** **09.12.2015**	**Oberbürgermeister** **D. Schranz** **09.12.2015**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beschlusskontrolle:**	**Beteiligung:**
Anhörung (A)	**Zustimmung (Z)**		
Kenntnisnahme (K)	**Ablehnung (A)**	**Ja oder nein**	**Personalrat [ ]**
Vorberatung (V)	**Änderung (Ä)**		
Beschlussfassung (B)	**Anhörung vollzogen (AV)**		**Gleichstellungsstelle [ ]**
	Kenntnisnahme (K)		

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1328-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1328-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt

Konsequenzen

Finanzielle ja Aufwendungen bei

Produkt	050304 (Hilfen für Asylbewerber)
Auftrag	320005030401 (Landeseinrichtungen Asyl-Notunterkünfte)
Sachkonto	529183 (Dienstleistungen OGM GmbH - Notunterkünfte)

Begründung

zu 1. Das Abrechnungsverfahren für die Landeseinrichtungen und die entsprechende haushaltstechnische Abbildung konnte erst bei einem Gesprächstermin am 26.11.2015 zwischen den Bereichen 0-7/Strategisches Immobilienmanagement, 3-2/Soziales und 1-1/Finanzen festgelegt werden. Eine fristgemäße Vorlage für den am 30.11.2015 stattfindenden Finanz- und Personalausschuss war somit nicht möglich.

zu 2. Die ehemaligen Schulen Fröbelschule, Stötznerschule und Hauptschule Eisenheim wurden als Flüchtlingsstandorte (Notunterkünfte) hergerichtet und werden als Landeseinrichtungen betrieben. Die Kosten für Herrichtung und Betrieb der Standorte trägt das Land. Die OGM GmbH stellt diese Kosten der Stadt Oberhausen separat in Rechnung, um dem Bereich 3-2/Soziales eine genaue Abrechnung mit dem Land zu ermöglichen.

Für den Zeitraum 20.07. bis 30.09.2015 liegen zwischenzeitlich Rechnungen in Höhe von rd. 542.000,00 EUR vor.
Die Rechnungslegung bis zum 31.12.2015 steht noch aus. Insoweit kann zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Kostenschätzung (Hochrechnung) erfolgen.

Bei einem Gesprächstermin am 26.11.2015 zwischen den Bereichen 0-7/Strategisches Immobilienmanagement, 3-2/Soziales und 1-1/Finanzen wurde abgestimmt, die Kosten im Haushalt auch separat durch Einrichtung eines gesonderten Auftrages mit einer entsprechenden Kostenart abzubilden.

Da die Kosten für den Zeitraum 20.07. bis 31.12.2015 vorfinanziert werden müssen, ist unabhängig von der Kostenerstattung durch das Land bei dieser neuen Haushaltsposition für das Haushaltsjahr 2015 ein Betrag von 1.200.000,00 EUR außerplanmäßig bereitzustellen.

Die Refinanzierung erfolgt Anfang 2016 durch Abrechnungen mit dem Land.

Je nach Entwicklung erfolgt im Haushaltsjahr 2016 im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung eine entsprechende Anpassung.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1424-01	Termin 01.02.2016	Hauptausschuss
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
01.02.2016	Hauptausschuss	B		
03.02.2016	Sozialausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 (DR 40000032)

Beschlussvorschlag

Dringlichkeitsentscheidung

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, trifft der Hauptausschuss gem. § 60 (1) S. 1 GO NW in einer Angelegenheit, die in die Beschlusszuständigkeit des Rates fällt, folgende Entscheidung:

Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 05 Soziale Leistungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 (D40000032), Produktgruppe PN0503 Hilfen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose wird wie folgt zugestimmt:

Sachkonto 543188 FL Beschaffungswesen in Höhe von 170.000,-- Euro.

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bereichsleiter Bereich 3-2	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Herr Bohnes Datum	Frau Münich Datum	Herr Tsalastras Datum	Herr Schranz Datum

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1424-01	Termin 01.02.2016	Hauptausschuss

Bezug

Drucksache B/16/1232-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Dem Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 wurden im Haushaltsjahr 2015 aufgrund geänderter Kontenstrukturen im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen bereits 80.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt, gedeckt durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Des Weiteren hat der Rat der Stadt am 16.11.2015 der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 in Höhe von 200.000 Euro zur Abdeckung erheblicher Mehrbedarfe beim Produkt 050304 -Hilfe für Asylbewerber- zugestimmt (Drucksache B/16/1232-01). Diese Mittel waren aufgrund erhöhter Kosten für die Beschaffung von Ge- und Verbrauchsgütern für die Ausstattung von Asylbewerberheimen/Flüchtlingsunterkünften erforderlich. Hierunter fällt zum Beispiel die Anschaffung von Stahlrohrbetten, Matratzen, Schlafgarnituren, Stahlspinden und vieles mehr.

Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die bundesweit zu erwartenden Asylbewerber/innen wurde 2015 bereits wiederholt korrigiert, der wachsende Zustrom machte auch in Oberhausen die kurzfristige Einrichtung und Ausstattung weiterer Notstandorte erforderlich. Daher war es schwierig, eine genaue Prognose über die damit verbundenen Kosten für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen und Ge- und Verbrauchsgütern zu erstellen.

Nachdem nun die Rechnungen der OGM GmbH für Dezember 2015 vorliegen, ergibt sich ein weiterer überplanmäßiger Bedarf in Höhe von rd. 170.000,-- Euro, der bei Erstellung der o.g. Drucksache so nicht exakt vorauskalkulierbar war. In dieser Summe sind auch Kosten für Ge- und Verbrauchsmaterialien für die Notunterkünfte des Landes enthalten. Dem Land wurden für Ge- und Verbrauchsgüter bisher rd. 60.000,-- Euro in Rechnung gestellt, über die exakte Erstattungssumme und den Erstattungstermin gibt es noch keine Rückmeldung. Somit erfolgt eine teilweise Refinanzierung des Landes bei den Notunterkünften.

Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o. g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1498-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 05 - Soziale Leistungen -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende vom Hauptausschuss am 01.02.2016 (DS-Nr. B/16/1404-02) gemäß § 60 Abs. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NW anstelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Produktbereich 05 – Soziale Leistungen – wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
320005030401	Landeseinrichtungen Asyl-Notunterkünfte	529183	Dienstleistungen OGM - Notunterkünfte -	533.000,00

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Oberbürgermeister
D. Ingenerf 10.02.2016	**J. Schmidt 10.02.2016**	**A. Tsalastras 11.02.2016**	**D. Schranz 11.02.2016**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1498-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1328-01 vom 14.12.2015

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]
ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 14.12.2015 außerplanmäßige Aufwendungen für die als Landeseinrichtungen betriebenen Flüchtlingsstandorte (Notunterkünfte) Fröbelschule, Stötznerschule und Eisenheimschule in Höhe von 1.200.000,00 EUR beschlossen.

Der Betrag von 1.200.000,00 EUR basierte auf den bis 30.09.2015 vorliegenden Rechnungen und einer Kostenschätzung (Hochrechnung) für den Zeitraum 01.10. – 31.12.2015. Inzwischen wurden die Kosten bis 31.10.2015 in Rechnung gestellt und beglichen. Außerdem konnten jetzt auch die Kosten für den Zeitraum 01.11. – 31.12.2015 von der OGM GmbH detailliert dargestellt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich nach den vorliegenden Unterlagen jetzt auf 1.732.800,82 EUR, so dass ein weiterer Betrag in Höhe von 533.000,00 EUR außerplanmäßig benötigt wird. Dieser Betrag resultiert hauptsächlich daraus, dass bei der Hochrechnung der Kosten nicht davon ausgegangen wurde, dass auch nach der Ersteinrichtung der Standorte noch erhebliche Kosten bei der Rechnungsposition „Errichtung, Instandhaltung, Wartung“ anfallen.

Es erfolgt eine Refinanzierung durch Abrechnung der Kosten mit dem Land.

Die Dringlichkeitsentscheidung ist unabweisbar, da die Restzahlungen noch vor Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen müssen und der Rat der erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1448-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier:
Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel bei den Produktgruppen PN0502 Leistungen nach SGB XII, 0503 Hilfen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose, 0504 Hilfen für ältere Menschen, Schwerbehinderte und Pflegebedürftige, 0603 Kinder, Jugendliche und Familien und 0604 Erzieherische Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Prävention,
Kostenart 529142 – EP Post- und Botendienste (DR 30000032 – EP Bereich 3-2)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt nachfolgende vom Hauptausschuss am 01.02.2016 getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, trifft der Hauptausschuss gem. § 60 (1) S. 1 GO NW in einer Angelegenheit, die in die Beschlusszuständigkeit des Rates fällt, folgende Entscheidung:

Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen in den Produktbereichen 05 Soziale Leistungen und 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-2 (D30000032), Produktgruppen
- PN0502 Leistungen nach SGB XII
- PN0503 Hilfen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose
- PN0504 Hilfen für ältere Menschen, Schwerbehinderte und Pflegebedürftige
- PN0603 Kinder, Jugendliche und Familien
- PN0604 Erzieherische Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Prävention

wird wie folgt zugestimmt:

Sachkonto 529142 EP Post- und Botendienste in Höhe von 6.360,00 Euro.

Deckungsvorschlag:
Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bereichsleiter Bereich 3-1	Bereichsleiter Bereich 3-2	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Gohlke Datum 02.02.16	Bohnes Datum 02.02.16	Münich Datum 02.02.16	Tsalastras Datum 04.02.16	Schranz Datum 04.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:	
Anhörung (A)	Zustimmung (Z)			
Kenntnisnahme (K)	Ablehnung (A)	Ja oder nein	Personalrat	[ ]
Vorberatung (V)	Änderung (Ä)			
Beschlussfassung (B)	Anhörung vollzogen (AV)		Gleichstellungsstelle	[ ]
	Kenntnisnahme (K)			

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1448-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1423-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einem Sachkonto abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf drei Sachkonten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte 2015 aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Um dies auszugleichen, wurde im Deckungsring Einheitspreise 3-2 zunächst die Summe von 29.000,00 Euro überplanmäßig bereitgestellt, gedeckt durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Darüber hinaus sind beim Sachkonto 529126 EP Druck und Grafik, das ebenfalls zum Deckungsring Einheitspreise 3-2 gehört, überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 70.700,00 Euro bereitgestellt worden, um insbesondere hohe Druckkosten der Informationsmappe KIM –Kinder im Mittelpunkt–, die im Rahmen der Beratungstätigkeit an Eltern ausgehändigt wird, zu decken.

Nachdem nun die Rechnungen der OGM GmbH für Dezember 2015 vorliegen, ergibt sich beim Sachkonto 529142 EP Post- und Botendienste noch ein ungedeckter Betrag von 6.360,00 Euro, der so exakt nicht im Voraus kalkuliert werden konnte. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnung der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Da der gesamte überplanmäßig bereitzustellende Aufwand nunmehr die Grenze von 100.000 EUR überschreitet, ist die Zustimmung des Rates (hier: Hauptausschuss wegen Dringlichkeit) erforderlich.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1451-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Fremdleistungen" im Produktbereich 02 - Sicherheit und Ordnung

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen genehmigt folgenden Beschluss einer Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses (Drucksache Nr. B/16/1444-01) vom 01.02.2016 zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung -.

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW an Stelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 02 – Sicherheit und Ordnung – im Deckungsring Fremdleistungen 2-4 in Höhe von 26.365,00 Euro für das Jahr 2015 zu.

Auftrag:	240002010100 u. a.	Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u. a.	
Kostenart:	543188	FL Beschaffungswesen (DR Fremdleistungen 2-4)	
üpl. Betrag			**26.365,00 EUR**
bisher bereitgestellte üpl. Beträge			95.000,00 EUR
Gesamtfehlbedarf 2015:			121.365.00 EUR

Deckung: Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.
Die Mehraufwendungen können nicht mehr durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135 D gedeckt werden.

Bereichsleiter Bereich 2-4	Dezernent Dezernat 2	Kämmerer	Oberbürgermeister
Ohletz **Datum: 29.01.2016**	**Motschull** **Datum: 29.01.2016**	**Tsalastras** **Datum: 02.02.2016**	**Schranz** **Datum: 02.02.2016**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einem Sachkonto abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Sachkonten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Im laufenden Haushaltsjahr 2015 wurde bereits ein üpl Bedarf in Höhe von 95.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Der erneute üpl Bedarf in Höhe von 26.365,00 Euro entstand unter anderem dadurch, dass allein für die Kfz-Zulassungsstelle Dokumente und Plaketten wie Zulassungsbescheinigungen Teil I und II, Zulassungs- und Stempelplaketten, Ausfuhr-, Kurzzeit- und Hauptuntersuchungsplaketten in Höhe von 41.912,00 Euro angeschafft werden mussten um einen ordnungsgemäßen Dienstablauf zu gewährleisten.

Unterjährige Mehrbedarfe kommen in einem so großen Bereich häufiger vor, da Beschaffungen von der Größenordnung nicht immer exakt planbar sind.

Die Dringlichkeitsentscheidung ist unabweisbar, da die Zahlung noch vor dem Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen muss und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/1449-01**	**Termin** **15.02.2016**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
15.02.2016	Rat der Stadt	B		
	Schulausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen zur Bildung von Rückstellungen im Haushalt 2015 gemäß §88 GO (Gemeindeordnung) in Verbindung mit § 36 GemHVO (Gemeindehaushaltsverordnung)

Beschlussvorschlag

Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung „Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von **489.046 EUR** bei der Produktgruppe 0301 „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“ gemäß der Beschlussfassung in der Sitzung des Hauptausschusses (Drucksache B/16/1375-01) vom 01.02.2016.

Die Mittel wurden unter dem Auftrag 140003010100 „Grundschulen“ und dem Sachkonto 523100 „Erstattung an das Land“ bereitgestellt.

Deckungsvorschlag:

Deckung in Höhe von **489.046 EUR** durch Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter Bereich 3-1	**Dezernentin Dezernat 3**	**Kämmerer**	**Oberbürgermeister**
Gohlke **02.02.2016**	**Münich** **02.02.2016**	**Tsalastras** **11.02.2016**	**Schranz** **10.02.2016**

*** Vorlage zur:**	*** Ergebnis :**	**Beschlusskontrolle:**	**Beteiligung:**
Anhörung (A) **Kenntnisnahme (K)** **Vorberatung (V)** **Beschlussfassung (B)**	**Zustimmung (Z)** **Ablehnung (A)** **Änderung (Ä)** **Anhörung vollzogen (AV)** **Kenntnisnahme (K)**	**Ja oder nein**	**Personalrat [ ]** **Gleichstellungsstelle [ ]**

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1449-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine ( )

ja (x)

b) Sonstige

Begründung

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 15.12.2014 (s. Drucksache B/16/0447-01) beschlossen, die Stötznerschule, Schladstr.26 und die Fröbelschule, Ripsdörnestr. 8, beides städtische Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen, zum 31.07.15 aufzulösen. Für die Stötznerschule als auch für die Fröbelschule wurden aus dem Konjunkturpaket II und dem Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB) Zuwendungen für Umbauten und Ausstattung der Schulen gewährt. An beiden Schulen kann es theoretisch zu Rückforderungen von Fördermitteln durch die Bezirksregierung Düsseldorf kommen, da die Bindungsfristen für die erhaltenen Zuwendungen noch nicht abgelaufen sind.

Gem. §88 GO in Verbindung mit §36 Abs. 4 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen in angemessener Höhe zu bilden, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind und der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Es muss die Wahrscheinlichkeit bestehen, dass die Verbindlichkeit zukünftig entsteht, die wirtschaftliche Ursache vor dem Abschlussstichtag liegt und die Inanspruchnahme voraussichtlich erfolgen wird.

Anhand der für die jeweilige Zuschussform geltenden Bindungsfrist wurde die voraussichtlich zu erwartende Rückforderung der gewährten Zuwendung errechnet. Diese beträgt insgesamt **489.046 EUR** und setzt sich wie folgt zusammen:

<u>Stötznerschule</u>

237.774,79 EUR	KPII	Bindungsfrist 21.12.2026	evtl. Rückforderung: 183.615 EUR
346.592,58 EUR	IZBB	Bindungsfrist 22.05.2026	evtl. Rückforderung: 169.016 EUR

<u>Fröbelschule</u>

67.032,88 EUR	KPII	Bindungsfrist 24.04.2026	evtl. Rückforderung: 48.413 EUR
63.984,38 EUR	KPII	Bindungsfrist 24.04.2026	evtl. Rückforderung: 46.211 EUR
75.527,37 EUR	IZBB	Bindungsfrist 17.07.2027	evtl. Rückforderung: 41.791 EUR

Aus den Mitteln des KPII wurden an den beiden Schulen ausschließlich Baumaßnahmen durchgeführt. Ausweislich der Zuwendungsbescheide im Rahmen des KPII beträgt die Zweckbindungsfrist bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten 15 Jahre, im Übrigen 5 Jahre ab Beendigung der Maßnahme. Bei wertsteigernden Investitionen gilt die 15 jährige Bindungsfrist. Zuwendungszweck ist

die Förderung zusätzlicher Investitionen nach dem Investitionsförderungsgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (Zukunftsinvestitionsgesetz – ZuInvG) mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur und Infrastruktur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Aus den Mitteln des IZBB Förderprogramms wurden an beiden Schulen Baumaßnahmen durchgeführt und Ausstattungsgegenstände angeschafft. Gem. der Förderrichtlinie sind die mit der Zuwendung geschaffenen Räume für die Offene Ganztagsschule im Primarbereich für die Dauer von 20 Jahren und für die mit der Zuwendung angeschafften Ausstattungsgegenständen für die Dauer von 10 Jahren nach Bewilligung für die Nutzung zur Schul- und Betreuungszwecken gebunden. Ist eine solche Folgenutzung für den entsprechenden Standort nicht vorgesehen und wird die Zweckbindungsdauer nicht erfüllt, so kann sich hieraus für das Land ein Rückforderungsanspruch ergeben. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung mit der Bezirksregierung Düsseldorf Gespräche/Verhandlungen führen, um die mögliche Rückzahlung zu vermeiden bzw. zu reduzieren, da z.B. geförderte Ausstattungsgegenstände schulisch weiter genutzt werden und der durch sinkende Schülerzahlen zwingende Rückbau der Schulstandorte innerhalb der Bindungsfrist zum Zeitpunkt der Investition bzw. Investitionsentscheidung nicht absehbar war.

Für eine mögliche Rückforderung durch die Bezirksregierung Düsseldorf in Höhe von **489.046 EUR** ist für das Haushaltsjahr 2015 eine Rückstellung in genannter Höhe zu bilden.

Die Dringlichkeitsentscheidung durch den Hauptausschuss war notwendig, um die Rückstellung im Zuge der Jahresabschlussarbeiten 2015 bis zum 04.02.2016 fertigen zu können.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1477-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		
10.03.2016	Schulausschuss	K		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier
Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 03 - Schulträgeraufgaben

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende am 01.02.2016 vom Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW gefasste Dringlichkeitsentscheidung:

„Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW an Stelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 03-Schulträgeraufgaben wie folgt zu:

Sachkonto	Bezeichnung	Betrag/EUR
543188	Fremdleistungen Beschaffungswesen	289.740,00

Deckungsvorschlag

Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Mehraufwendungen können nicht mehr durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen der OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D gedeckt werden.“

Bereichsleiter Bereich 3-1	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Herr Gohlke o.V.i.A. Datum 05.02.2016	Münich o.V.i.A. Datum 09.02.2016	Tsalastras o.V.i.A. Datum 09.02.2016	Schranz o.V.i.A. Datum 10.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1477-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1446-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung

Im Deckungsring D40000014 Fremdleistungen Bereich 1-4 waren für 2015 insgesamt 3.836.950 EUR (Sachkonten 543115/FL Postaufwendungen und 543188/FL Beschaffungswesen) eingeplant. Darin sind die Leistungsbereiche FL Postaufwendungen, FL Beschaffung Ge-/Verbrauchsgüter, FL Beschaffung durchlaufende Posten, Medienwerkstatt OGM sowie die Schulbudgets aller städtischen Schulen (Schulkonten) enthalten. Nach dem Erhalt der OGM-Rechnungen für Dezember 2015 am 27.01.2016 stellt sich die Ausgabensituation wie folgt dar:

Ansatz	3.836.950,00 EUR
Ausgaben	3.768.366,38 EUR
Restbetrag	68.583,62 EUR
Offene Rechnungen	358.323,26 EUR
Fehlbedarf	289.739,64 EUR

Mit der OGM GmbH besteht eine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung, der Bedarf ist daher unabweisbar.
Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einem Sachkonto abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Sachkonten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Plan-ansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar
Die Dringlichkeitsentscheidung ist unabweisbar, da die Zahlung noch vor dem Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen muss und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1495-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 01 'Innere Verwaltung'.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende am 02.02.2016 und 03.02.2016 von Herrn Oberbürgermeister Schranz und dem Ratsmitglied Herrn Große Brömer gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 01 ‘Innere Verwaltung‘ bei folgender Position wird zugestimmt:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag/EUR
130001130200 (PN0113)	Bebaute Grundstücke	524161 (7241.61)	FL Energiemanagement	569.420

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses der laufenden Verwaltungstätigkeit.

Die Mehraufwendungen können nicht mehr durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135 D gedeckt werden.

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 09.02.16	Datum	Tsalastras Datum 09.02.2016	Schranz Datum 10.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1495-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. B/16/1466-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

-

Begründung

Der Haushaltssanierungsplan (HSP) 2015 ff sieht unter der lfd. Nr. 135 D Einsparungen im Rahmen der Bewirtschaftung bei der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) in Höhe von 8,144 Mio. EUR vor.

Um diese Zielvorgabe des HSP nicht zu gefährden, sollten überplanmäßige Aufwendungen vorrangig durch potentielle Einsparungen bei anderen Kostenarten die OGM betreffend gedeckt werden.

Das Gesamtbudget OGM ist auf eine Vielzahl von Kostenarten verteilt, um der differenzierten OGM-Struktur gerecht zu werden. Die neue Vertragsgestaltung im Jahr 2014 machte es aufgrund fehlender Erfahrungswerte allerdings nahezu unmöglich, eine realistische Verteilung des Gesamtbudgets auf einzelne Kostenarten bis zur Einbringung des Haushaltsplans 2015 im November 2014 vorzunehmen. Somit war abzusehen, dass es bei der Bewirtschaftung zu Verschiebungen innerhalb des Gesamtbudgets OGM kommen würde, die überplanmäßige Aufwendungen implizieren.

Im konkreten Fall sind zur Deckung von solchen überplanmäßigen Aufwendungen potentielle Einsparungen bei der Kostenart 524161 ‚FL Energiemanagement' herangezogen worden. Bis einschließlich des 3. Quartals 2015 ergab die Hochrechnung bei dieser Position im Rahmen des Haushaltscontrollings eine prognostizierte Minderaufwendung von rd. 730.000 EUR. Zum Jahresende hin haben sich jedoch noch unerwartete Aufwendungen ergeben, die auf die verstärkte Zuwanderung von Asylsuchenden zurückzuführen sind. Dadurch stand die kalkulierte Einsparung dem Grunde nach nicht zur Verfügung, sodass hier nun umgekehrt rd. 570.000 EUR überplanmäßig bereitgestellt werden müssen. Die Mehraufwendungen können indes nicht mehr durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D gedeckt werden. Das Gesamtbudget OGM ist durch die unmittelbaren Auswirkungen der Flüchtlingskrise erheblich überschritten.

Da die Aufwendungen/Auszahlungen bei der im Beschlussvorschlag genannten Position erheblich - im Sinne des § 8 der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 – sind, ist grundsätzlich eine vorherige Zustimmung des Rates erforderlich. In Dringlichkeitsfällen ist eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs.1 GO NRW herbeizuführen.

Die Dringlichkeitsentscheidung ist hier unabweisbar, da die Zahlung noch vor dem Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen muss und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1496-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 11 'Ver- und Entsorgung'.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgenden Beschluss einer Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses (Drucksache B/16/1428-01) vom 01.02.2016 zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 11‘Ver- und Entsorgung‘:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW an Stelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:
Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 11 „Ver- und Entsorgung“ wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag/EUR
110011030100 (PN1103)	Abwasserbeseitigung	531300 (7300.00)	Aufw. für Zuwendungen an Zweckverbände	35.125

Deckungsvorschlag:

Mehrerträge bei den Benutzungsgebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser (Auftrag 110011030100 / Sachkonten 432132 ‘Benutzungsgebühr Schmutzwasser‘ und 432133 ‘Benutzungsgebühr Niederschlagswasser‘)

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 09.02.16	Datum	Tsalastras Datum 09.02.2016	Schranz Datum 10.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1496-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Beschlussvorlage des Rates vom 14.12.2015 – Drucksache Nr. B/16/1274-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

-

Begründung

Mit Beschluss vom 14.12.2015 hat der Rat der Stadt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 933.440 EUR für Zuwendungen an Zweckverbände (hier: Ruhrverband, Emschergenossenschaft, Landesumweltamt) zugestimmt

Der Ruhrverband hat nun der Stadt Oberhausen mit Schreiben vom 17.12.2015 einen berichtigten Beitragsbescheid 2015 übersandt. Begründet wird die Korrektur des ursprünglichen Beitragsbescheides vom 15.10.2015 mit einer fehlerhaften Datenübernahme der den Beitragsbescheiden 2013 und 2014 zugrundeliegenden Planansätze in das Jahr 2015. Demzufolge hat die Stadt Oberhausen eine Nachzahlung von insgesamt 35.135 EUR zu leisten.

Da bereits mit Zustimmung des Rates der Stadt vom 14.12.2015 die Aufwendungen/Auszahlungen bei den im Beschlussvorschlag genannten Positionen erheblich - im Sinne des § 8 der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 – überschritten sind, ist auch für alle weiteren über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen eine vorherige Zustimmung des Rates erforderlich. In Dringlichkeitsfällen ist eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs.1 GO NRW herbeizuführen.

Die Dringlichkeitsentscheidung ist hier unabweisbar, da die Zahlung noch vor dem Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen muss und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1499-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende vom Hauptausschuss am 01.02.2016 (DS-Nr. B/16/1405-01) gemäß § 60 Abs. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NW anstelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 im Produktbereich 01 – Innere Verwaltung – wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
130001130100	Unbebaute Grundstücke	523500	Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, und Sondervermögen	250.000,00

Deckungsvorschlag:
Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement	Dezernent Dezernat 0	Kämmerer	Oberbürgermeister
D. Ingenerf **10.02.2016**	**J. Schmidt** **10.02.2016**	**A. Tsalastras** **11.02.2016**	**D. Schranz** **11.02.2016**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1499-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache Nr. M/16/1289-01 vom 14.12.2015
Sachstandsbericht über die Vermarktung der städtischen Baugrundstücke
im Bereich des Bebauungsplanes 655 – Rechenacker / Samlandstraße –

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]
ja [X] Aufwendungen bei

Produkt	011301	(Strategisches Immobilienmanagement)
Auftrag	130001130100	(Unbebaute Grundstücke)
Sachkonto	523500	(Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen u. Sondervermögen)

b) Sonstige

Begründung

Ausgangslage

Die OGM GmbH nimmt seit dem 01.04.2014 und mit Gründung des Bereiches 0-7/Strategisches Immobilienmanagement gemäß Immobilienmanagementvertrag grundsätzlich die operative Grundstücksvermarktung für die Stadt wahr.
Die auf Grundlage einer Einzelbeauftragung der OGM GmbH zu übernehmenden Aufgaben und die damit verbundenen Aufwendungen werden dieser vergütet. Dabei werden die unter Berücksichtigung der städtischen Bewertung durch die Stadt festgelegten Kaufpreise um die Bearbeitungskosten erhöht, so dass der Stadt keine Mehrkosten entstehen. Die entsprechenden Veräußerungsbeschlüsse (Rat/ Hauptausschuss) treffen hinsichtlich der Höhe der Bearbeitungskosten eine konkrete Aussage im Einzelfall.

Notwendige Anpassung der buchungstechnischen Abwicklung

Bis Ende Januar 2015 wurde im Falle einer Grundstücksveräußerung unter Beteiligung der OGM GmbH das Gesamtkaufgeld (Grundstück zzgl. Bearbeitungskosten) zunächst investiv bei der Finanzposition 682100 (Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden) vereinnahmt. Durch anschließende Umbuchung der im Gesamtkaufgeld enthaltenen Bearbeitungskosten auf das konsumtive Ertragskonto 446114 (Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte Bearbeitungskosten) konnte mittels entsprechender Zweckbindung sichergestellt werden, dass eine Rechnungsbegleichung aus dem Aufwandskonto 523500 (Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen) möglich wurde.

Ungeachtet der vorangegangenen Beteiligung der für die buchungstechnische Abwicklung zuständigen Abteilung bei der OGM GmbH – Finanzen, Rechnungswesen, NKF – hat sich aufgrund einer dortigen Detailprüfung herausgestellt, dass die bis dahin praktizierte Vorgehensweise nicht mit der Gemeindehaushaltsverordnung in Einklang steht.

Um der gegenüber der OGM GmbH entstandenen Zahlungsverpflichtung für die von ihr erbrachten Leistungen nachkommen zu können, musste das im Beschlussvorschlag genannte Aufwandsbudget sukzessive beim Sachkonto 523500 eingebucht werden. Die Höhe des im Haushaltsjahr 2015 entstandenen Gesamtaufwandes ist mit Abschluss des Haushaltsjahres nunmehr erst konkret zu beziffern, so dass die komplette außerplanmäßige Mittelbereitstellung erst jetzt beschlossen werden kann. Diese Verfahrensweise wurde auch deshalb gewählt, um u. a. etwaige mehrfache unterjährige Nachfinanzierungen zu vermeiden. Somit wird der Gesamtsachverhalt mit allen finanztechnischen Auswirkungen für das betreffende Haushaltsjahr 2015 in einer Vorlage abschließend dargestellt.

Ab dem Haushaltsjahr 2016 wurden die entsprechenden Mittel beim Aufwandskonto 523500 in Höhe des zu erwartenden Aufwandes eingeplant (aktueller Haushaltsansatz: 100.000,00 EUR).

Finanzwirtschaftliche Gesamtbetrachtung

Dem im Beschlussvorschlag genannten konsumtiven Aufwand in Höhe von 250.000,00 EUR steht im investiven Bereich eine Erhöhung der Einnahme bei der Finanzposition 682100 in gleichem Umfang gegenüber. Die Bearbeitungskosten werden somit indirekt zu 100 % refinanziert.

Bei der Abwicklung von Grundstücks- bzw. Gebäudeverkäufen erfolgt gemäß verbindlicher NKF-Vorschriften eine Gegenüberstellung mit dem Buchwert. Somit kann es dazu kommen, dass der konsumtiv beim Sachkonto 454100 (Erträge aus Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden) zu buchende Ertrag (Verkauf über Buchwert) sich erhöht bzw. der im Ausnahmefall beim Sachkonto 547120 (Verlust aus Abgang des Sachanlagevermögens) zu buchende Aufwand (Verkauf unter Buchwert) sich verändert. Insoweit entfaltet sich eine Auswirkung für den konsumtiven Bereich.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1501-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

hier: Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 - Innere Verwaltung -

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt genehmigt folgende vom Hauptausschuss am 01.02.2016 (DS-Nr. B/16/1395-02) gemäß § 60 Abs. 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NW anstelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 – Innere Verwaltung – für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt zu:

Bereichsleiter Bereich 0 – 7 Strategisches Immobilienmanagement **D. Ingenerf** **10.02.2016**	Dezernent Dezernat 0 **J. Schmidt** **10.02.2016**	Kämmerer **A. Tsalastras** **11.02.2016**	Oberbürgermeister **D. Schranz** **11.02.2016**

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1501-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag/EUR
130001130200	Bebaute Grundstücke	529130	LVZ 6 Energiemanagement	21.000,00
130001130200	Bebaute Grundstücke	529132	LVZ 7 Grundstücks- und Mietwesen	14.500,00
130001130200	Bebaute Grundstücke	529134	LVZ 8 Gebäude-/Glas-/ Sonderreinigung	552.000,00
130001130200	Bebaute Grundstücke	529138	LVZ 9 Haustechnischer Dienst	1.673.000,00
				2.260.500,00

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1501-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]
ja [X]

b) Sonstige

Begründung

Die Aufwendungen sind durch nicht vorhersehbare Veränderungen nach Planung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2015 entstanden, die bereits Mitte des Jahres 2014 erfolgte.

Bei den Leistungsverzeichnissen 6 und 7 ist die relativ geringe Kostensteigerung auf zusätzliche Entgelte für die Verwaltung von Flüchtlingswohnungen zurückzuführen.

Die gestiegenen Reinigungskosten beim LVZ 8 sind auf zusätzliche Reinigungen in Flüchtlingsunterkünften (insbesondere Weierstraße und Tackenbergschule) sowie auf die an den Grundschulen durchgeführten Zweitreinigungen der Sanitärbereiche zurückzuführen.

Beim Haustechnischen Dienst konnten geplante Einsparungen durch die Aufgabe von Schulen nicht realisiert werden, da diese Standorte zu Flüchtlingsunterkünften hergerichtet wurden. Außerdem mussten weitere Gebäude (Sporthalle Landwehr, Turnhalle Eschenstraße, Vennepothschule) durch den Haustechnischen Dienst betreut werden. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingsstandorten haben sich auch die aus dem LVZ 9 zu begleichenden Speditionskosten von 2014 nach 2015 fast verdoppelt. Insbesondere hat aber der Haustechnische Dienst mit 24-stündiger Verfügbarkeit an Flüchtlingsunterkünften sowie ein teilweise notwendiger zusätzlicher 24-stündiger Wachdienst zu dieser bei der Haushaltsplanung nicht absehbaren Kostenentwicklung geführt.

Die Dringlichkeitsentscheidung ist unabweisbar, da die Zahlungen noch vor Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen müssen und der Rat erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	**Drucksache Nr.** **B/16/1374-01**	**Termin** **15.02.2016**	**Rat der Stadt**
Beschlussvorlage			**öffentlich**

Termin	**Gremium**	**Vorlage zur***	**Ergebnis**	**Beschluss-kontrolle***
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 – Innere Verwaltung –

Beschlussvorschlag

Der Rat genehmigt folgenden Beschluss einer Dringlichkeitsentscheidung des Hauptausschusses (Drucksache B/16/1373-01) vom 01.02.2016 zur Zustimmung der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01 – innere Verwaltung - :

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW an Stelle des Rates der Stadt Oberhausen in einer Angelegenheit, die der Beschlussfassung des Rates unterliegt, folgenden Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 01– Innere Verwaltung – wie folgt zu:

Auftrag (Finanzstelle)	Bezeichnung	Sachkonto (Finanzposition)	Bezeichnung	Betrag/EUR
810001010101 (PN 0101)	Ratsangelegenheiten	549135	Fraktionszuwendungen-(Personalkosten)	255.000,--

Deckungsvorschlag:

Minderaufwand in entsprechender Höhe im Deckungsring Personal (D00000001)

Bereichsleiter Bereich 0-1	**Kämmerer**	**Oberbürgermeister**
M. Jehn **Datum 02.02.2016**	**A. Tsalastras** **Datum 03.02.2016**	**D. Schranz** **Datum 02.02.2016**

*** Vorlage zur:**
Anhörung (A)
Kenntnisnahme (K)
Vorberatung (V)
Beschlussfassung (B)

*** Ergebnis :**
Zustimmung (Z)
Ablehnung (A)
Änderung (Ä)
Anhörung vollzogen (AV)
Kenntnisnahme (K)

Beschlusskontrolle:
Ja oder nein

Beteiligung:
Personalrat [ ]
Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1374-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung

Die Aufwendungen sind durch Veränderungen nach der Planung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2015 entstanden, die bereits Mitte des Jahres 2014 erfolgte. Insbesondere geht die Angelegenheit auf geänderte Rahmenbedingungen zurück, die sich im Anschluss an die Kommunalwahl in Form von Mehraufwendungen auf den städt. Haushalt ausgewirkt haben (Erweiterung der Ratsgruppierungen durch die BOB-Fraktion). Der BOB-Fraktion wurde, genau wie allen anderen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Oberhausen, gemäß § 56 Abs. 3 GO NRW aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewährt. Darüber hinaus erfolgte im März 2015 die Teilung der BOB-Fraktion in die BOB-Fraktion und die Gruppe Bürgerliste Oberhausen. Die Verringerung der Mitgliederzahl von 5 auf 3 hatte für die BOB-Fraktion nur einen unwesentlichen Einfluss auf die Höhe der zu gewährenden Zuwendung zu den Personal- und Sachkosten in Höhe von insgesamt 151.542 € im Jahr 2015. Allerdings waren der Gruppe Bürgerliste Oberhausen zukünftig zusätzlich Zuwendungen zu den Sach- und Personalkosten zu gewähren. Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Zuschuss an die Bürgerliste für die Monate März - Dezember insgesamt 102.830,76 €.
Die Dringlichkeitsentscheidung ist unabweisbar, da die Zahlung noch vor dem Ende der Buchungsfrist am 03.02.2016 im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen muss und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1488-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 (1) S. 2 GO NRW
Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Einrichtung Jobcenter (DR05000312)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen genehmigt folgende am 03.02.2016 von Herrn Oberbürgermeister Schranz und dem Ratsmitglied Herrn Große Brömer gemäß § 60 (1) S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

Der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Gemeinsame Einrichtung Jobcenter in Höhe von 55.000 EUR, beim Produkt 050101 – Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchender, bei den Kostenarten 546120 – Leistungsbeteiligung bei der Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchender-Erstausstattung Wohnungen und 546140 – Leistungsbeteiligung der der Umsetzung Arbeitssuchender Unterkunft und Heizung, wird zugestimmt.

Deckungsvorschlag:
Die Deckung in Höhe von 55.000 EUR kann durch Mehrerträge bei der Kostenart 448805 – Tilgung Darlehen Wohnungsbeschaffung erfolgen.

Kommissarischer Geschäftsführer Bereich 3 – 5	Dezernentin Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Sondermann Datum 05.02.2016	Münich Datum 08.02.2016	Tsalastras Datum 09.02.2016	Schranz Datum 10.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1488-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt

Bezug

Drucksache B/16/1475-01

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung

Durch nicht vorhersehbare Mehrausgaben im Sachkonto 546120 war ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders in der zweiten Jahreshälfte wirkten sich die Zugänge an Flüchtlingen aus, die erstmals eine Wohnung bezogen. Die Erstausstattung erfolgt über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft Sachkonto 546140 mit der Bundesagentur für Arbeit. Durch diesen Sachverhalt begründet wurden dem Deckungsring Gemeinsame Einrichtung Jobcenter bereits überplanmäßige Mittel in Höhe von 99.000 Euro zur Verfügung gestellt, die ebenfalls durch Mehrerträge bei der Kostenart 448805 – Tilgung Darlehen Wohnungsbeschaffung gedeckt werden konnten.

Da der gesamte überplanmäßig bereitzustellende Aufwand nunmehr die Grenze von 100.000 EUR überschreitet, ist die Zustimmung des Rates (hier: Oberbürgermeister mit einem Ratsmitglied wegen Dringlichkeit) erforderlich, da die Auszahlung der ausstehenden Rechnungen noch vor dem Jahresabschluss 2015 bis zum 03.02.2016 zu leisten ist und der Rat der Stadt erst am 15.02.2016 wieder tagt.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. B/16/1438-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
Beschlussvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
15.02.2016	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung über die Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Jugend"

Beschlussvorschlag

Der Rat genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung über die Leistungen von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring „Jugend“ in Höhe von 2.600.000 EUR gemäß Zustimmung des Herrn Oberbürgermeister Schranz sowie Ratsmitglied Herr Große Brömer (Drucksache B/16/1368-01 vom 19.01.2016).

Deckungsvorschlag:

Deckung in Höhe von **2.600.000 EUR** durch Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiter Bereich 3-1 Gohlke Datum 29.01.2016	Dezernentin Dezernat 3 Datum 29.01.2016	Kämmerer Dezernat 1 Tsalastras Datum 03.02.2016	Oberbürgermeister Schranz Datum04.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beschlusskontrolle:	Beteiligung:
Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Ja oder nein	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine [ ]

ja [x]

b) Sonstige

Begründung

a) Dringlichkeit

Die Dringlichkeitsentscheidung war notwendig, um mit der Bereitstellung der überplanmäßigen Aufwendungen die ausstehenden Zahlungen aus dem Sozialgesetzbuch VIII im Deckungsring Jugend gewährleisten zu können. Die Leistungen erhalten Anbieter von Jugendhilfeleistungen. Daher mussten die Mittel vor dem Hintergrund der automatisierten Auszahlung am 19.01.2016 bereit stehen.

b) Sachliche Notwendigkeit

Die planmäßigen Aufwendungen im Deckungsring Jugend für das Haushaltsjahr 2015 werden in der 3. Kalenderwoche 2016 ausgeschöpft sein. Die Prognose für die überplanmäßigen Aufwendungen vom 30.11.2015 (Drucksache B/16/1255-01 und B/16/1308-01) erfolgte zu großen Teilen auf Basis der bis dahin gebuchten Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung.

Diese Basis für die gemachte Prognose hat sich als nicht valide erwiesen, da ein großer Teil der Leistungen im Bereich der Erzieherischen Hilfen durch späte Rechnungslegung der Träger sehr verzögert erfasst werden. Alleine der Monat September 2015 weist aktuell Mehraufwendungen von rd. 350.000,- EUR auf, die aufgrund der erwähnten verspäteten Rechnungslegung zum Zeitpunkt der Dringlichkeitsentscheidung vom 30.11.2015 nicht erfasst waren.

Im Weiteren wurde bei der Prognoseerstellung im November 2015 ein Buchungsbetrag von 1.600.000,- EUR aus dem Haushaltsansatz 2015, der sich auf Leistungen des Jahres 2014 bezieht, versehentlich nicht mit berücksichtigt. Zu dieser nicht periodengerechten Verbuchung ist es gekommen, weil seinerzeit das EDV-System die Buchungen nicht vollständig periodengerecht zugeordnet hatte. Eine vollständige periodengerechte Zuordnung von Leistungen und Zahlungen ist mittlerweile sichergestellt.

Eine valide Basis für die Prognose der Ausgaben im Bereich Erzieherische Hilfen zum Haushaltsabschluss 2015 stellen – nach intensiver Prüfung – die aktuelle bis zum 30.09.2015 erfassten Leistungen und Zahlungen dar. Hiernach betragen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben im Jahr 2015 rd. 3.650.000,- EUR, so dass für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2015 noch kassenwirksame Aufwendungen von 10.950.000,- EUR zu erwarten sind.

Aktuell weist der Haushalt 2015 Aufwendungen im Bereich der Erzieherischen Hilfen einen Ansatz von 41.850.000,- EUR aus. Der tatsächliche Bedarf liegt unter Berücksichtigung der aktuellen Prognose sowie der bisher vollständig getätigten Ausgaben bei 44.450.000,- EUR. Hieraus ergibt sich ein weiterer überplanmäßiger Bedarf von 2.600.000,- EUR.

Unabweisbarkeit der Aufwendungen

Aufgrund der Gesamtverantwortung der Stadt Oberhausen als öffentlicher Jugendhilfeträger nach §79 Sozialgesetzbuch, Achtes Buch, ist die Erfüllung der Aufgaben rechtzeitig und ausreichend zu gewährleisten. Die überplanmäßigen Aufwendungen nach § 83 Gemeindeordnung sind damit unabweisbar und damit zulässig.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/0914-01	Termin 22.06.2015	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
11.06.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		
22.06.2015	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

1. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015.

Sachdarstellung

Siehe Anlage

Anlage

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015.

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 22.05.15	Datum	Tsalastras Datum 26.05.15	Wehling Datum 28.05.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[ ]
		Gleichstellungsstelle	[ ]

1. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
1	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529172	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro	üpl.	19.01.2015	1.749,00	11.249,00	ME	1.749,00 EUR
2	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529172	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro	üpl.	28.01.2015	1.300,00	12.549,00	ME	1.300,00 EUR
3	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	540009020111 Sanierung Südmarkt	523100	Erstattungen an das Land	apl.	30.01.2015	10.700,00	10.700,00	SV	10.700,00 EUR
4	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	560012010401400 Bluetooth-Sensoren Mülheimer Straße	785310	Auszahlung für sonstige Baumaßnahmen - Betriebsanlagen	apl.	03.02.2015	96.000,00	96.000,00	SI	96.000,00 EUR
5	01	Innere Verwaltung	460001110300000 Geschwindigkeits-überwachungen	783100	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen über 410 EUR	üpl.	04.02.2015	5.600,00	55.600,00	SI	5.600,00 EUR
6	04	Kultur und Wissenschaft	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	523100	Erstattungen an das Land	apl.	05.02.2015	30,00	30,00	E	30,00 EUR
7	01	Innere Verwaltung	130001130100200 Unbebaute Grundstücke - Bplan 424 Im Weidenkamp	782100	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	apl.	17.02.2015	2.140,00	2.140,00	SI	2.140,00 EUR
8	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	543163	Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro	üpl.	23.02.2015	11.500,00	25.000,00	SV(FI)	11.500,00 EUR
9	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529172	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro	üpl.	23.02.2015	1.500,00	14.049,00	ME	1.500,00 EUR
10	11	Ver- und Entsorgung	220011020100 Abfallwirtschaft	559200	Verzinsung von Steuernachzahlungen	apl.	25.02.2015	2.030,00	2.030,00	SV	2.030,00 EUR
11	02	Sicherheit und Ordnung	610002150200 Abwehr von Großschadensereignissen	529100	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	üpl.	25.02.2015	76.950,00	102.550,00	SV(FI)	76.950,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
12	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)	529152	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	apl.	17.03.2015	18.000,00	18.000,00	ME	18.000,00 EUR
13	15	Wirtschaft und Tourismus	PN1504 Anteile an Unternehmen	740000	Sonstige Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit	apl.	18.03.2015	41.412,00	51.412,00	SV(Fi)	41.412,00 EUR
14	04	Kultur und Wissenschaft	890004040107 Grundbildung, Schulabschlüsse	523100	Erstattungen an das Land	apl.	25.03.2015	3.670,00	3.670,00	SV	3.670,00 EUR
15	15	Wirtschaft und Tourismus	950015040600 WBO GmbH	543141	Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV- Beratung	apl.	30.03.2015	24.510,00	24.510,00	SV	24.510,00 EUR
16	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529172	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro	üpl.	31.03.2015	2.500,00	16.549,00	ME	2.500,00 EUR
17	04	Kultur und Wissenschaft	880004030103 Gedenkhalle	529176	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Stolpersteine -	üpl.	10.04.2015	580,00	1.080,00	ME	580,00 EUR
18	02	Sicherheit und Ordnung	610002160100000 Rettungsdienst	783100	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen über 410 EUR	üpl.	14.04.2015	5.000,00	15.000,00	E	5.000,00 EUR
19	14	Umweltschutz	220014010105 Lokale Agenda	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	üpl.	15.04.2015	1.500,00	6.500,00	ME	1.500,00 EUR
20	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	16.04.2015	52.080,00	71.110,00	E	52.080,00 EUR
21	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	04.05.2015	4.000,00	4.330,00	E	4.000,00 EUR

Einsparungen	E	61.110,00
Mehrertrag, -einzahlungen	ME	27.129,00
Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit	SV	40.910,00
Erhöhung d. Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	SI	103.740,00
Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit	SV(FI)	129.862,00
SUMME		362.751,00

1. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

Lfd. Nr. 1

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	529172 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro
Betrag:	1.749,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Verwendung einer zweckgebundenen Zuweisung (Sponsoringgelder) zur Tätigung von ausstehenden Zahlungen im Rahmen der Frauenfilmtage „visuelle“. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag,
Kostenart: 414700 – Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 2

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	529172 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro
Betrag:	1.300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes der Frauenfilmtage „visuelle“ vereinnahmt der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Zur Tätigung von ausstehenden Zahlungen im Rahmen dieses Projektes wurden nunmehr von einem Stromversorgungsunternehmen 1.300 EUR zweckgebunden überwiesen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag, Kostenart: 414700 - Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 3

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	540009020111 Sanierung Südmarkt
Kostenart:	523100 Erstattungen an das Land
Betrag:	10.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Zuge der Abrechnung des ehemaligen Sanierungsgebietes Südmarkt müssen die vereinnahmten Sanierungsausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB in Höhe der seinerzeitigen Förderquote (86,5%) an das Land abgeführt werden. Zuletzt sind Einnahmen in Höhe von 12.336,02 EUR erzielt worden, so dass eine Erstattung an das Land in Höhe von 10.670,66 EUR fällig ist. Ein Sonderposten in Höhe von 10.670,66 EUR wurde gebildet.

Lfd. Nr. 4

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Investitionsnummer:	560012010401400 Bluetooth-Sensoren Mülheimer Straße
Finanzposition:	785310 Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen - Betriebsanlagen
Betrag:	96.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Um den Grenzwert der Stickstoffbelastung im Rahmen der Luftreinhalteplanung einzuhalten, ist eine Reduzierung der Verkehrsbelastung um etwa ein Drittel notwendig, dies ist durch die Reduzierung des Durchgangsverkehrs möglich. Zur dauerhaften Routenverfolgung ist die Installierung von Bluetooth-Sensoren an mehreren Knotenpunkten im Bereich der Mülheimer Straße erforderlich. Die Maßnahme sollte bereits im Jahr 2014 durchgeführt werden, konnte aber wegen der späten Auftragsvergabe (Dezember 2014) nicht mehr fertiggestellt und abgerechnet werden.

Lfd. Nr. 5

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	460001110300000 Geschwindigkeitsüberwachungen
Finanzposition:	783100 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen über 410 EUR
Betrag:	5.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden zwei Überwachungsanlagen planmäßig angeschafft. Eine Finanzierung erfolgt/e in Form von Ratenzahlungen. Da es sich jedoch um jahresübergreifende Projekte handelt, wurden die Restratenzahlungen bei der Haushaltsanmeldung 2015 nicht berücksichtigt. Im Jahre 2015 wurde bereits eine weitere Überwachungsanlage angeschafft, so dass kein ausreichendes Budget für die noch zu leistenden Ratenzahlungen vorhanden ist. Unter Berücksichtigung der noch zur Verfügung stehenden Restmittel 2015 und der Ratenzahlungen für 2015 wird ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 5.600 EUR zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen benötigt.

Lfd. Nr. 6

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes
Kostenart:	523100 Erstattungen an das Land
Betrag:	30,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Jahr 2013 wurden zweckgebundene Zuwendungen durch das Land für die Maßnahme „Evaluation des DOME-Verbundes (Vorstudie)“ nicht in voller Höhe benötigt und verausgabt. Die nicht benötigten Fördermittel wurden bereits zurück gefordert und wurden nun mit Bescheid vom 12.01.2015 verzinst. Dies war bei der Planung für den Haushalt 2015 nicht erkennbar. Die Mittelbereitstellung ist aufgrund gesetzlicher Grundlagen unabweisbar. Eine Deckung erfolgt aufgrund Minderaufwendungen in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 531815 – Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche - DOME.

Lfd. Nr. 7

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer: 130001130100200 Unbebaute Grundstücke
Finanzposition: 782100 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden
Betrag: 2.140,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Restabwicklung einer durchgeführten Grünmaßnahme im Jahr 2014 an der Erschließungsanlage "Im Weidenkamp". Die Gesamtkosten für die Maßnahme werden insgesamt nicht überschritten. Durch diese Mittelbereitstellung ist ein ordnungsgemäßer Abschluss der Maßnahme sichergestellt.

Lfd. Nr. 8

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart: 543163 Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro
Betrag: 11.500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Ein Verband sowie eine Stiftung gewährten im Jahr 2014 eine Zuwendung in Höhe von insgesamt 23.000 EUR für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „achtung“. Ein entsprechender Nachweis über die Verwendung der Zuwendungen wird durch den Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit gewährleistet. Da es sich um ein jahresübergreifendes Projekt handelt, wurden die Gelder im Jahr 2014 nicht vollständig in Anspruch genommen. Damit im Jahr 2015 eine ordnungsgemäße Umsetzung des geförderten Projektes weiterhin erfolgen kann, sind die im Jahr 2014 überplanmäßig vereinnahmten Mittel entsprechend bereit zu stellen. Zur Sicherstellung eines korrekten Mittelflusses innerhalb der Haushaltsjahre 2014 und 2015 wurden die bereitgestellten Mittel über die Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) passiviert.
Da dem erforderlichen Mehraufwand ein zweckgebundener Mehrertrag zugrunde liegt und die erhaltenen Zuwendungen ausschließlich für dieses Projekt verwendet werden dürfen, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar.

Lfd. Nr. 9

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart: 529172 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro
Betrag: 1.500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes der Frauenfilmtage „visuelle“ vereinnahmt der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat ein Kreditinstitut nunmehr 1.500 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend getätigt werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim Auftrag: 840001030100, Kostenart: 414700 - Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 10

Produktbereich: 11 Ver- und Entsorgung
Auftrag: 220011020100 Abfallwirtschaft
Kostenart: 559200 Verzinsung von Steuernachzahlungen
Betrag: 2.030,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Basierend auf Erkenntnissen der Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 wurde u.a. für das Jahr 2012 eine berichtigte Steuererklärung eingereicht. Mit dem Steuerbescheid erfolgte aufgrund einer Steuernachzahlung die Zinsfestsetzung gem. §233 a AO für 2012 i.H.v. 2.666 EUR. Ein Teilbetrag i.H.v. 2.022 EUR ist unstrittig. Bezüglich des übersteigenden Betrages ist das Finanzamt um eine nochmalige Prüfung gebeten worden.

Lfd. Nr. 11

Produktbereich: 02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag: 610002150200 Abwehr von Großschadensereignissen
Kostenart: 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen
Betrag: 76.950,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Das Land NRW gewährte im Jahr 2014 eine Zuwendung in Höhe von 76.942,76 EUR für den Ausbau des kommunalen Frühwarnsystems bei Großschadensereignissen. Von Seiten des Landes wurde zugesagt, dass eine Umsetzung der Maßnahme auch im Jahr 2015 erfolgen kann. Ein entsprechender Nachweis ist dazu bis zum 31.12.2015 zu erbringen. Im Jahr 2015 soll die Umsetzung der geförderten Maßnahme durch die Beauftragung einer Firma zur Grundlagenermittlung erfolgen, um festzustellen, an welchen und wie vielen Standorten entsprechende Sirenenanlagen zu installieren sind. Somit sind die im Jahr 2014 überplanmäßig vereinnahmten Mittel im Haushaltsjahr 2015 bereit zu stellen. Damit ein korrekter Mittelfluss innerhalb der Haushaltsjahre 2014 und 2015 stattfinden konnte, wurden die bereitgestellten Mittel über die Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) passiviert. Da dem Aufwand ein zweckgebundener Mehrertrag im Rahmen einer Landesförderung zugrunde liegt, der bei einem Nichtverbrauch die Mittel in entsprechender Höhe zurück zu erstatten ist und eine künftige Ausstattung öffentlicher Gebäude durch Sirenen im Rahmen der Gefahrenabwehr zwingend notwendig ist, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Die voraussichtlich daraus resultierenden investiven Auszahlungen werden frühestens im Haushaltsjahr 2016 anfallen und spätestens zur Veränderungsnachweisung durch die Fachverwaltung bzw. dem Bereich 0-7/SIM bewertet und angemeldet.

Lfd. Nr. 12

Produktbereich: 05 Soziale Leistungen
Auftrag: 260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)
Kostenart: 529152 Sonstige Aufwendungen Öffentlichkeitsarbeit
Betrag: 18.000,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Das Projekt "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe" wird zu 100% vom Land gefördert, es entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Oberhausen. Das Programm wurde erst nach Aufstellung des Haushaltes 2015 vom Land ins Leben gerufen und konnte keine Berücksichtigung bei der Aufstellung des Haushaltes finden. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim Auftrag: 260005050190 Kommunales Integrationszentrum, Kostenart: 414100 - Zuweisungen vom Land.

Lfd. Nr. 13

Produktbereich: 15 Wirtschaft und Tourismus
Finanzstelle: PN1504 Anteile an Unternehmen
Finanzposition: 740000 Sonstige Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit
Betrag: 41.412,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Mit Beschluss vom 07.04.2014 beauftragte der Rat der Stadt eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie eine Rechtsanwalts-/Steuerberatungsgesellschaft zur Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich der Fortführung der Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH. Für Aufwendungen im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen sind zu diesem Zweck im Jahr 2014 Rückstellungen gebildet worden. Diese Rückstellung soll nun in o.g. Höhe in Anspruch genommen werden (Keine Verschlechterung im Ergebnisplan). Da zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung der Haushalt 2015 bereits beschlossen war, konnte der Ansatz im Finanzplan 2015 nicht entsprechend angepasst werden. Der Auszahlungsbetrag in Höhe von 41.412 EUR ist deshalb zur Begleichung weiterer Rechnungen außerplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 14

Produktbereich: 04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag: 890004040107 Grundbildung, Schulabschlüsse
Kostenart: 523100 Erstattungen an das Land
Betrag: 3.670,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Das Land NRW fördert den nachträglichen Erwerb von schulischen Abschlüssen gemäß Weiterbildungsgesetz NW. Die Förderhöhe richtet sich dabei nach den geleisteten haupt- und nebenamtlichen Unterrichtseinheiten in den entsprechenden Lehrgängen. Die Leistung wird im Vorfeld anhand von Erfahrungswerten, vorbehaltlich der abschließenden Verwendungsnachweisung, bereitgestellt. Für die Jahre 2012 und 2013 wurde nunmehr durch die Bezirksregierung festgestellt, dass vorab mehr Unterrichtseinheiten angezeigt wurden als tatsächlich durchgeführt wurden. Somit ergibt sich für das Land NRW ein entsprechender Rückforderungsanspruch. Daraus resultiert für die Jahre 2012 (1.875,08 EUR) und 2013 (1.791,70 EUR) ein gesamter außerplanmäßiger Mittelbedarf in Höhe von 3.666,78 EUR. Da die Anhörungen durch die Bezirksregierung erst im Dezember 2014 durchgeführt wurden, war der Rückforderungsanspruch zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung sowie der Veränderungsnachweisung 2015 noch nicht bekannt, so dass nunmehr die Mittel außerplanmäßig bereitgestellt werden müssen. Die Mittelbereitstellung ist unabweisbar, da der Forderung gesetzliche Rahmenbedingungen zugrunde liegen.

Lfd. Nr. 15

Produktbereich: 15 Wirtschaft und Tourismus
Auftrag: 950015040600 WBO GmbH
Kostenart: 543141 Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV- Beratung
Betrag: 24.510,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Mit Beschluss vom 07.04.2014 beauftragte der Rat der Stadt eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie eine Rechtsanwalts-/Steuerberatungsgesellschaft zur Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich der Fortführung der Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH. Nunmehr sind, unter Berücksichtigung noch zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, über diesen ursprünglichen Auftrag hinausgehende Zusatzarbeiten in o.g. Höhe angefallen. Die Unabweisbarkeit des Mehrbedarfs stützt sich insbesondere darauf, dass die entsprechende vertragliche Vereinbarung eine Option zur Geltendmachung von Auftragsnachträgen enthält.

Lfd. Nr. 16

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart: 529172 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro
Betrag: 2.500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Rahmen der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages am 08.03.2015 hat der Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit außerplanmäßige Sponsorengelder von einem Kreditinstitut erhalten. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag, Kostenart: 414700 - Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 17

Produktbereich: 04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag: 880004030103 Gedankhalle
Kostenart: 529176 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Stolpersteine -
Betrag: 580,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Das Projekt "Stolpersteine" wird zu 100% durch Sponsoren finanziert. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind dabei zweckgebunden für dieses Projekt zu verwenden. Mit dem Wissen über die Mehrerträge wurden bereits weitere Exponate in Auftrag gegeben, zu denen mittlerweile die Rechnung vorliegt. Unabhängig von der vertraglichen Verpflichtung die Forderung des Künstlers zu begleichen, ist darüber hinaus der überplanmäßige Aufwand unabweisbar, da im Falle einer Nicht-Bereitstellung eine Rückzahlungspflicht besteht.

Lfd. Nr. 18

Produktbereich: 02 Sicherheit und Ordnung
Investitionsnummer: 610002160100000 Rettungsdienst
Finanzposition: 783100 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen über 410 EUR
Betrag: 5.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Für eine fachgerechte Desinfektion und Aufbereitung von Gerätschaften (z.B. Defibrillatoren, Absaugpumpen, Vakuummatratzen) nach einem Rettungseinsatz ist die Einrichtung eines Hygieneplatzes mit Edelstahlmobiliar mit entsprechender Reinigungswanne für Vakuummatratzen und Lagermöglichkeiten sowie die Anschaffung eines Mischautomaten zur Ansetzung der Desinfektionsmittellösung erforderlich (insbesondere nach Kontamination mit Blut, Sekreten, usw.). Die notwendige Infektionsprävention dient der Gefahrenabwehr. Einsparung in gleicher Höhe bei Investitionsnummer: 610002160100000 - Rettungsdienst, Finanzposition: 783100 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachanlagen über 410 EUR.

Lfd. Nr. 19

Produktbereich: 14 Umweltschutz
Auftrag: 220014010105 Lokale Agenda
Kostenart: 543132 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Betrag: 1.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Der Betrag dient dem Erwerb von Sachpreisen zur Verlosung an die Teilnehmer der Aktion "Stadtradeln 2015". Auszahlungen werden nur in Höhe der entsprechenden Erträge geleistet. Erträge in gleicher Höhe bei o.g. Auftrag, Kostenart: 414800 - Zuschüsse von übrigen Bereichen.

Lfd. Nr. 20

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart: 543188 FL Beschaffungswesen
Betrag: 52.080,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleitstungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum jetzigen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für Beschaffungen. Zur Wiederherstellung des aus der mittelfristigen Finanzplanung abgeleiteten Haushaltsansatzes in Höhe von 71.110 EUR ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 21

Produktbereich: 05 Soziale Leistungen
Auftrag: 260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)
Kostenart: 529126 EP Druck und Grafik
Betrag: 4.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Es handelt sich hier um einen einmaligen Mehraufwand für Öffentlichkeitsarbeit nach Gründung des Kommunalen Integrationszentrums (KI). Das Kommunale Integrationszentrum (ehemals Regionale Arbeitsstelle Ausländerangelegenheiten) benötigt aufgrund seiner (vom Gesetzgeber vorgegebenen) Namensänderung neue Flyer, Plakate, etc. Einsparung in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 543172 - Sonstige Geschäftsaufwendungen -Forum Integration/Beteiligungen.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/1048-01	Termin 14.09.2015	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
31.08.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		
14.09.2015	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

2. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

Sachdarstellung

Siehe Anlage

Anlage

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015.

Stellv. Bereichsleiter Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Heithausen 14.08.15	Datum	Tsalastras Datum 14.08.15	Wehling Datum 24.08.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:	
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat	[ ]
		Gleichstellungsstelle	[ ]

2. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
1	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010290400 Spielplätze/-geräte	785110	AiB Hochbau OGM	üpl.	23.03.2015	4.500,00	84.500,00	ME	4.500,00 EUR
2	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010290400 Spielplätze/-geräte	785120	AiB Hochbau Ingenieurleistungen OGM	üpl.	23.03.2015	500,00	9.500,00	ME	500,00 EUR
3	16	Allgemeine Finanzwirtschaft	110016010100 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	apl.	15.04.2015	12.000,00	12.000,00	SV	12.000,00 EUR
4	02	Sicherheit und Ordnung	610002160100300 Rettungsdienst	783100	Auszahlung für Sachanlagen > 410 EUR	üpl.	06.05.2015	8.000,00	137.000,00	E	8.000,00 EUR
5	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010190 Kindergärten	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	20.05.2015	6.000,00	20.100,00	E	6.000,00 EUR
6	13	Natur- und Landschaftspflege	560013040100 Gewässerschutz und -bewirtschaftung	529102	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen -WBO	üpl.	29.05.2015	65.600,00	679.050,00	SV	65.600,00 EUR
7	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	540009020168 Soziale Stadt NRW Osterfeld	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	apl.	10.06.2015	30.000,00	30.000,00	SV	30.000,00 EUR
8	01	Innere Verwaltung	130001130200 Bebaute Grundstücke	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	15.06.2015	2.500,00	2.950,00	E	2.500,00 EUR
9	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	520009030100 Vermessung, Kartografie	529126 529142	EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste	üpl.	23.06.2015	5.260,00	12.090,00	E	5.260,00 EUR
10	01	Innere Verwaltung	130001130100100 Unbebaute Grundstücke	782100	Auszahlungen für Grundstück/Gebäude	üpl.	03.07.2015	95.000,00	245.000,00	SI	95.000,00 EUR
11	04	Kultur und Wissenschaft	890004040109 BamF	501900	Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	üpl.	03.07.2015	25.000,00	200.000,00	SV	25.000,00 EUR
12	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	üpl.	06.07.2015	11.640,00	15.840,00	SV	11.640,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
13	08	Sportförderung	252008010300100 SPK-Sportanlage Buschhausen	785210	AiB Tiefbaumaßnahmen OGM	apl.	08.07.2015	19.000,00	19.000,00	SI	19.000,00 EUR
14	05	Soziale Leistungen	320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende 320005020100 Hilfe zum Lebensunterhalt 320005040100 Hilfe zur Pflege	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	üpl.	09.07.2015	23.000,00	30.530,00	E	23.000,00 EUR
15	13	Natur- und Landschaftspflege	220013010100100 Grün- und Parkanlagen	785210	AiB Tiefbau OGM	apl.	10.07.2015	14.100,00	14.100,00	SI	14.100,00 EUR
16	04	Kultur und Wissenschaft	880004030103 Gedenkhalle	529100	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	apl.	17.07.2015	1.070,00	1.070,00	E	1.070,00 EUR
17	11	Ver- und Entsorgung	110011020200 Abfallbeseitigung	531500	Aufwendungen für Zuschüsse an verb. Unternehmen/ Beteiligungen/ Sondervermögen	üpl.	21.07.2015	6.150,00	12.550,00	SV	6.150,00 EUR
18	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529165	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Chancengleichheit	üpl.	27.07.2015	22.325,00	62.325,00	ME	22.325,00 EUR
19	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	531810	Aufwendungen für Zuschüsse (Frauengesundheit)	üpl.	27.07.2015	4.695,00	6.495,00	ME	4.695,00 EUR
20	03	Schulträgeraufgaben	140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule	785120	AiB Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM	apl.	28.07.2015	3.400,00	3.400,00	SI	3.400,00 EUR
21	03	Schulträgeraufgaben	140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule	785110	AiB Hochbaumaßnahmen OGM	apl.	28.07.2015	21.500,00	21.500,00	SI	21.500,00 EUR
22	07	Gesundheitsdienste	340007010200 Gesundheitsschutz	528195	Sonstige Mateialaufwendungen - OGM	apl.	30.07.2015	20.000,00	20.000,00	SV	20.000,00 EUR
23	07	Gesundheitsdienste	PN0701 Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz	723000	Erstattungen an Gemeinden (GV)	üpl.	30.07.2015	87.200,00	188.200,00	SV(FI)	87.200,00 EUR
24	07	Gesundheitsdienste	340007010200 Gesundheitsschutz	501900	Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	apl.	30.07.2015	4.900,00	4.900,00	SV	4.900,00 EUR
25	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	540009020169 Aktiv für Arbeit im Stadtteil	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	üpl.	31.07.2015	7.630,00	39.630,00	SV	7.630,00 EUR

Einsparungen	E	45.830,00
Mehrertrag, -einzahlungen	ME	32.020,00
Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit	SV	182.920,00
Erhöhung d. Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	SI	153.000,00
Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit	SV(FI)	87.200,00
SUMME		500.970,00

Lfd. Nr. 1

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Investitionsnummer: 310006010290400 Spielplätze/-geräte
Finanzposition: 785110 Anlagen im Bau Hochbau OGM
Betrag: 4.500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Verwendung einer Spende eines privaten Unternehmens für die städtische KTE Dellwig zwecks Aufstellung eines Spielgerätes auf dem entsprechenden Außengelände. Außerplanmäßige Einzahlung aufgrund einer Spende bei o.g. Investitionsnummer; Finanzposition: 681700 - Investitionszuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 2

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Investitionsnummer: 310006010290400 Spielplätze/-geräte
Finanzposition: 785120 Anlagen im Bau Hochbau Ingenieurleistungen OGM
Betrag: 500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Verwendung einer Spende eines privaten Unternehmens für die städtische KTE Dellwig zwecks Aufstellung eines Spielgerätes auf dem entsprechenden Außengelände. Außerplanmäßige Einzahlung aufgrund einer Spende bei o.g. Investitionsnummer; Finanzposition: 681700 - Investitionszuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 3

Produktbereich: 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
Auftrag: 110016010100 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
Kostenart: 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag: 12.000,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Aufgrund der akuten Einsturzgefahr des Wohnhauses an der Thüringer Straße 3a in Oberhausen durften die Mieter ihre Wohnungen nicht mehr betreten. Sie hatten somit keine Gelegenheit mehr ihren Hausstand in Sicherheit zu bringen. Ebenfalls aufgrund statischer Probleme mussten auch die Bewohner des Hauses Thüringer Straße 3 evakuiert werden. Auch die Mieter der Thüringer Straße 1 konnten nicht in ihren Wohnungen verbleiben. Der Stadtkämmerer hat in Vertretung des Oberbürgermeisters dem betroffenen Personenkreis unbürokratische Unterstützungsleistungen in Form einer Soforthilfe (Unterbringung in Übergangswohnung etc.) zugesichert. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Verwaltungsvorstand am 14.04.2015 gefasst. Da entsprechende Mittel im Haushalt 2015 nicht geplant sind, ist der Betrag außerplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 4

Produktbereich: 02 Sicherheit und Ordnung
Investitionsnummer: 610002160100300 Rettungsdienst
Finanzposition: 783100 Auszahlung für Sachanlagen > 410 EUR
Betrag: 8.000,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Die Ersatzbeschaffung eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF) wurde für 2015 geplant und Mittel entsprechend eingestellt. Durch eine verzögerte Beschaffungsmaßnahme aus dem Jahr 2014 (Fahrgerät), die kurzfristig erst im Jahr 2015 abgewickelt und somit nicht mehr geplant werden konnte, reichen nunmehr die vorhandenen Mittel für die Ersatzbeschaffung des NEF nicht mehr aus. Daher sind diese fehlenden Mittel in Höhe von 8.000 EUR nun überplanmäßig bereitzustellen. Die Kosten fließen in die zukünftige Gebührenkalkulation des Rettungsdienstes ein. Einsparung in gleicher Höhe bei der Investitionsnummer: 610002150100000 - Gefahrenabwehr, Finanzposition: 783100 - Auszahlung für Sachanlagen >410 EUR.

Lfd. Nr. 5

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Auftrag: 310006010190 Kindergärten
Kostenart: 529126 EP Druck und Grafik
Betrag: 6.000,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem 1. Quartal 2014 jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für EP Druck und Grafik. Zur Wiederherstellung des aus der mittelfristigen Finanzplanung abgeleiteten Haushaltsansatzes in Höhe von 20.100,00 EUR ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 6

Produktbereich: 13 Natur- und Landschaftspflege
Auftrag: 560013040100 Gewässerschutz und -bewirtschaftung
Kostenart: 529102 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen -WBO
Betrag: 65.600,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Rahmen der Gefahrenabwehr und zur Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht sind vorher nicht planbare Ingenieurleistungen durch die WBO GmbH im Rahmen des Gewässerschutzes notwendig geworden (Nassenkampgraben, Alsbach). Es wird daher ein überplanmäßiger Bedarf in Höhe von 65.600 EUR brutto notwendig.

Lfd. Nr. 7

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	540009020168 Soziale Stadt NRW Osterfeld
Kostenart:	531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	30.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Zusammenhang mit dem Stadterneuerungsprogramm (STEP) 2015 wurde o.g. Programmgebiet vorgestellt. Aufgrund einer zurzeit fehlenden Bewilligungsreife soll der Grundantrag erneut zum STEP 2016 gestellt werden, allerdings werden zum STEP 2015 Zuschüsse als vorbereitende Untersuchungen zur „Qualifizierung des Grundförderantrages“ in Form einer Qualifizierung des Integrierten Handlungskonzeptes durch beratende Beauftragung eines externen Dritten beantragt. Diese Vorgehensweise erfolgte in Absprache mit der BZR sowie dem zuständigen Ministerium, eine Anfinanzierung des Projektes würde somit ermöglicht. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid für diese Teilmaßnahme wird zum Ende des Jahres 2015 mit einer 80%igen Förderung in Aussicht gestellt. Die Vereinnahmung des Zuschusses wird voraussichtlich erst im Jahr 2016 erfolgen. Die Auftragsvergabe zur Qualifizierung des Integrierten Handlungskonzeptes kann zuschussunschädlich erfolgen.

Lfd. Nr. 8

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	130001130200 Bebaute Grundstücke
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	2.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für EP Druck und Grafik. Zur Begleichung der ausstehenden monatlichen Rechnungen von der OGM GmbH ist unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 9

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung
Auftrag:	520009030100 Vermessung, Kartografie
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post- u. Botendienste (D30000052)
Betrag:	5.260,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Der Ansatz im o.g. Deckungsring für die Konten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für die Produktgruppe 0903 - Geodaten, Vermessung und Kataster, ist mit der Zahlung für Juni fast erschöpft. Insbesondere bei den Konten, die die OGM GmbH betreffen wurden die Plandaten der Bereiche unter Berücksichtigung des verbindlichen Gesamtvolumens zentral korrigiert, sodass es dort zu Verschiebungen kam. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Jahr 2015 unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 10

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	130001130100100 Unbebaute Grundstücke
Finanzposition:	782100 Auszahlungen für Grundstücke/Gebäude
Betrag:	95.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Endausbau der Erschließungsanlage des B-Planes 421 "An Kahlens Kuhle" konnte nicht wie ursprünglich geplant in 2014 abgeschlossen werden. Aufgrund der Maßnahmenverschiebung kann erst jetzt eine aktuelle Rechnungslegung erfolgen. Die Gesamtkosten für die Maßnahme werden insgesamt nicht überschritten. Durch diese Mittelbereitstellung ist ein ordnungsgemäßer Gesamtabschluss der Maßnahme sichergestellt.

Lfd. Nr. 11

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040109 BamF
Kostenart:	501900 Aufwendungen für sonstige Beschäftigte
Betrag:	25.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsvorstandes vom 30.03.2015 ist der Ansatz für Honorarkosten im Fachbereich 0-3-30/Volkshochschule "Deutsch als Zweitsprache" um 25.000,00 € zu erhöhen. In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Flüchtlinge, die bei der Volkshochschule Deutschkurse besuchen, stark gestiegen. Da dieser Personenkreis keine Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält, ist das Budget der Volkshochschule für die Einrichtung zusätzlicher Kurse nicht ausreichend.

Lfd. Nr. 12

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	11.640,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Seit 2009 ist der Verein SOLWODI (Solidarity with Women in Distress) mit der aufsuchenden Prostitutionsarbeit in Oberhausen tätig. Bis 2011 erfolgte dies im Rahmen eines durch Aktion Mensch geförderten Projektes (Lilja) mittels eines Beratungsbüros in der Blumenthalstraße. Nach Auslaufen dieser Projektförderung konnte ein Minimalangebot "Streetwork" (10 Wochenstunden) mithilfe einer Spendenfinanzierung des Zonta-Clubs Oberhausen sowie der Bereitstellung eines Raumes mit Sachausstattung im Gesundheitsamt Oberhausen sichergestellt werden. Mit Beginn des Jahres 2015 entfällt diese Möglichkeit allerdings aufgrund von Spendenkürzungen, auch hat sich dieses Minimalangebot als nicht aureichend erwiesen. Des Weiteren hat die bisherige Koordinatorin ihre Stelle zum 31.01.2015 gekündigt. Es existieren keinerlei vergleichbare Finanzierungsmöglichkeiten seitens des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA). Auch die bisherige Refinanzierung aus Spendenmitteln des Zonta-Clubs Oberhausen entfällt aufgrund einer Kürzung der Spendengelder um mindestens 50 %. Zusätzlich droht der Verlust der Arbeitserfolge der bisherigen Netzwerkarbeit. Um eine zeitnahe Wiederaufnahme der Arbeit zu sichern, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Ein entsprechender Beschluss wurde am 23.06.2015 bereits durch den Verwaltungsvorstand gefasst.

Lfd. Nr. 13

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	252008010300100 SPK-Sportanlage Buschhausen
Finanzposition:	785210 Anlagen im Bau Tiefbaumaßnahmen OGM
Betrag:	19.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Aufgrund massiver Nachbarschaftsbeschwerden ist es unabdingbar, zwei vorhandene Flutlichtstrahler auf der Sportanlage Buschhausen durch neue LED-Fluter auszutauschen. Die Beschwerden sind bereits seit April 2013 bekannt. Ein damaliges Gutachten erklärte, dass eine Veränderung an der herkömmlichen Flutlichanlage technisch nicht möglich sei. Seit Anfang dieses Jahres bietet eine technische Neuerung beim Flutlicht (LED-Leuchten) die Möglichkeit einer Leuchtmittelinstallation, die das Ausleuchten der Nachbargrundstücke verhindert.

Lfd. Nr. 14

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Aufträge:	320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (5.000,00 €), 320005020100 Hilfe zum Lebensunterhalt (9.000,00 €), 320005040100 Hilfe zur Pflege (9.000,00 €)
Kostenart:	543132 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Betrag:	23.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Die Justiziarin der Unterhaltsstelle hat ihre Arbeitszeit von 41 auf 20 Stunden wöchentlich reduziert. Dadurch entsteht ein Arbeitsüberhang in der Prozessvertretung. Zur Kompensation des Überhanges wird ein Rechtsanwalt ergänzend eingeschaltet. Hierfür wurde ein zusätzliches Budget von 23.000,00 € bei der Kostenart 543134 - Gerichtskosten u. a. veranschlagt. Diese Kostenart dient jedoch dem Bereich 4-6/Recht, um Verfahrenskosten zu begleichen. Es handelt sich bei dem zugeschalteten Rechtsanwalt nicht um Verfahrenskosten, sondern um Honorare, für deren Abwicklung der Bereich 4-6/Recht nicht zuständig ist. Daher ist das erforderliche Budget bei der Kostenart 543132 - Sonstige Geschäftsaufwendungen zu veranschlagen und der Ansatz der irrtümlich beplanten Kostenart 543134 - Gerichtskosten u. a. entsprechend zu reduzieren. Einsparung in gleicher Höhe bei der Kostenart: 543134 - Gerichtskosten u. a.

Lfd. Nr. 15

Produktbereich:	13 Natur- und Landschaftspflege
Investitionsnummer:	220013010100100 Grünplanung, Grün- und Kleingartenanlagen
Finanzposition:	785210 Anlagen im Bau Tiefbaumaßnahmen OGM
Betrag:	14.100,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Das seinerzeit beschlossene Parkkonzept (Seniorensportgeräte Königshütter Park) wurde nicht mit allen Aspekten im städtischen Haushalt berücksichtigt (siehe Beschluss Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vom 26.03.2014, Drucksache Nr. B/15/3144-02). Vor dem Hintergrund der durch die OGM GmbH avisierten Kosten für die im Park zu installierenden Seniorensportgeräte wird daher eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich, um eine zweckentsprechende Nutzung gewährleisten zu können.

Lfd. Nr. 16

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Aufträge:	880004030103 Gedenkhalle
Kostenart:	529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen
Betrag:	1.070,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
In der Gedenkhalle soll im laufenden Kalenderjahr eine Wechselausstellung stattfinden. Zur Bereitstellung entsprechender Ausstellungsgegenstände sind bereits verbindliche Vereinbarungen getroffen worden. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 die Durchführung einer solchen Ausstellung nicht abzusehen war, konnte die Veranstaltung innerhalb der Planung nicht mehr mit berücksichtigt werden. Somit stehen zur Durchführung des Projekts bisher keine Mittel zur Verfügung. Damit das Vorhaben nunmehr umgesetzt werden kann und da bereits vertragliche Verpflichtungen vorliegen, sind die benötigten Mittel in Höhe von 1.070 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt über Minderaufwendungen in entsprechender Höhe bei dem Auftrag: 880004030103 - Gedenkhalle, Kostenart: 501900 - Aufwendungen für sonstige Beschäftigte.

Lfd. Nr. 17

Produktbereich:	11 Ver- und Entsorgung
Auftrag:	110011020200 Abfallbeseitigung
Kostenart:	531500 Aufwendungen für Zuschüsse an verb. Unternehmen/ Beteiligungen/ Sondervermögen
Betrag:	6.150,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Die Stadt Oberhausen ist gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 20 Abs. 2 des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAVG) zahlungspflichtiges Mitglied des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung in NRW.
Dieser teilt mit Bescheid vom 29.06.2015 den für 2015 zu entrichtenden Beitrag, welcher sich an den von IT.NRW zum 30.09.2014 ausgewiesenen Bevölkerungsständen orientiert, mit. Da die Planung für das Jahr 2015 bereits abgeschlossen ist und entsprechende Haushaltsmittel zur fristgerechten Beitragsleistung fehlen ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 18

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart: 529165 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Chancengleichhheit
Betrag: 22.325,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „In Sachen Integration“ hat der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Höhe von 45.020 EUR angefordert. Mit Bescheid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg sind nunmehr Teilbeträge in Höhe von 22.325 EUR eingegangen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag, Kostenart: 414000 – Zuweisungen vom Bund.

Lfd. Nr. 19

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart: 531810 Aufwendungen für Zuschüsse (Frauengesundheit)
Betrag: 4.695,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Rahmen der Gewaltprävention erstellt und veröffentlicht der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren Infobroschüren. Zur Anfertigung der diesjährigen Neuauflage insbesondere zu den Themen "Stalking" und "Sexualisierte Gewalt" sind vom Landschaftsverband Rheinland in Kooperation mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter zweckgebundene Gelder in o.g. Höhe vereinnahmt worden. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim Auftrag: 420001030100 - Gleichstellung von Frau und Mann; Kostenart: 414100 - Zuweisungen vom Land.

Lfd. Nr. 20

Produktbereich: 03 Schulträgeraufgaben
Investitionsnummer: 140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule
Finanzposition: 785120 Anlagen im Bau Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag: 3.400,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Wiederholt mussten aufgrund gestiegener Anmeldezahlen und nicht genug verfügbaren Räumlichkeiten Kinder nach der Anmeldung abgelehnt werden. Bisher wurde für den Ganztagsbereich die Gymnastikhalle und ein weiterer Raum als Ess- und Spielraum genutzt. Ab dem kommenden Schuljahr werden über 150 Kinder diesen kleinen Ganztag besuchen, die Umnutzung einer leerstehenden Hausmeisterwohnung der oben genannten Ganztagsgrundschule zu 2 Spielräumen und einem Ganztagesbüro würde den räumlichen Engpass beheben. Die geforderten Brandschutzvorschriften sind dabei zwingend zu beachten.

Lfd. Nr. 21

Produktbereich: 03 Schulträgeraufgaben
Investitionsnummer: 140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule
Finanzposition: 785110 Anlagen im Bau Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag: 21.500,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Wiederholt mussten aufgrund gestiegener Anmeldezahlen und nicht genug verfügbaren Räumlichkeiten Kinder nach der Anmeldung abgelehnt werden. Bisher wurde für den Ganztagsbereich die Gymnastikhalle und ein weiterer Raum als Ess- und Spielraum genutzt. Ab dem kommenden Schuljahr werden über 150 Kinder diesen kleinen Ganztag besuchen, die Umnutzung einer leerstehenden Hausmeisterwohnung der oben genannten Ganztagsgrundschule zu 2 Spielräumen und einem Ganztagesbüro würde den räumlichen Engpass beheben. Die geforderten Brandschutzvorschriften sind dabei zwingend zu beachten.

Lfd. Nr. 22

Produktbereich: 07 Gesundheitsdienste
Auftrag: 340007010200 Gesundheitsschutz
Kostenart: 528195 Sonstige Materialaufwendungen - OGM
Betrag: 20.000,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen am 20.07.2015 insgesamt 147 Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelt, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, kann nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorliegt. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen können, ist die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher soll der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Es wird von Impfungen für insgesamt 145 Menschen ausgegangen, da bei zwei schwangeren Personen eine Impfung nicht vorgenommen werden darf. Der geschätzte Aufwand liegt bei ca. 20.000 EUR für den benötigten Impfstoff. Im Rahmen der Gefahrenabwehr ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.

Lfd. Nr. 23

Produktbereich: 07 Gesundheitsdienste
Investitionsnummer: PN0701 Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz
Finanzposition: 723000 Erstattungen an Gemeinden (GV)
Betrag: 87.200,00 EUR
Begründung der Unabweisbarkeit:
Erforderliche Bereitstellung der Mittel im Finanzplan zur Auszahlung der Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung in Höhe von 87.190,04 EUR, zur Begleichung der das Vorjahr betreffenden Rechnung. Hierbei handelt es sich um die anteiligen Personal- und Sachkosten der Stadt Oberhausen, gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen, für die Inanspruchnahme von Leistungen der Amtsapotheke der Stadt Essen. Aufgrund personeller Umstrukturierung innerhalb des zur Abrechnung zuständigen Bereichs der Stadt Essen, wurden im Jahr 2014 keine Abschlagszahlungen geleistet. Die Abrechnung für das Jahr 2014 durch die Stadt Essen erfolgte mit Rechnung vom 24.06.2015. Der fällige Rechnungsbetrag in Höhe von 87.732,66 EUR wurde mit den verfügbaren Budgets des Jahres 2015 beglichen. Eine Inanspruchnahme der Rückstellung wurde bereits veranlasst. Damit auch entsprechende Mittel im Rahmen der Finanzrechnung zur Verfügung stehen und die vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen zum 31.07.2015 in Höhe von 50.000 EUR und zum 15.09.2015 sowie zum 15.12.2015 in Höhe von jeweils 25.000 EUR für das laufende Jahr 2015 geleistet werden können, ist die Mittelbereitstellung unabweisbar. Das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung wird nicht beeinflusst.

Lfd. Nr. 24

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010200 Gesundheitsschutz
Kostenart:	501900 Aufwendungen für sonstige Beschäftigte
Betrag:	4.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen am 20.07.2015 insgesamt 147 Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelt, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, kann nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorliegt. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen können, ist die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher soll der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Es wird von Impfungen für insgesamt 145 Menschen ausgegangen, da bei zwei schwangeren Personen eine Impfung nicht vorgenommen werden darf. Der Impfvorgang für die Erwachsenen soll durch niedergelassene Ärzte erfolgen. Die Impfung der Kinder erfolgt durch niedergelassene Kinder- und Jugendärzte oder durch den Kinder- und Gesundheitsdienst. Insgesamt wird für die fachmännische Umsetzung der Impfungen von Honorarleistungen in Höhe von 4.900 EUR ausgegangen. Im Rahmen der Gefahrenabwehr ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.

Lfd. Nr. 25

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	540009020169 Aktiv für Arbeit im Stadtteil
Kostenart:	531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	7.630,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:
Mit Zuwendungsbescheid vom 06.12.12 i.V.m. dem Änderungsbescheid v. 17.12.13 wurden Zuschussmittel i.H.v. 273.802 EUR für das ESF-Projekt „Aktiv für Arbeit im Stadtteil – Arbeitsmarktpolitisches Netzwerkcoaching in städt. Problemgebieten /Oberhausen-Innenstadt“ bewilligt und in den Jahren 2013 und 2014 vereinnahmt (80%-Förderung). Das Projekt wurde von dem Trägerverbund „Aktiv für Arbeit“ im Zeitraum 01.01.13 – 31.05.15 durchgeführt. Der 20%ige Eigenanteil wurde direkt durch den Verbund getragen, so dass der Stadt Oberhausen keine Kosten entstehen. Aufgrund des Schlussverwendungsnachweises steht dem Trägerverbund noch ein Betrag i.H.v. 20.629,33 EUR zu. Da im Ansatz 2015 nur noch ein Betrag i.H.v. 13.000 EUR zur Verfügung steht, ist eine üpl. Mittelbereitstellung i.H.v. 7.630 EUR erforderlich. Insgesamt wurde dann ein Betrag i.H.v. 268.201,95 EUR an den Verbund ausgezahlt; überschüssige Fördermittel werden voraussichtlich 2016 an die BZR Münster erstattet.

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/1277-01	Termin 14.12.2015	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
30.11.2015	Finanz- und Personalausschuss	K		
14.12.2015	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

3. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015.

Sachdarstellung

Siehe Anlage

Anlage

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 16.11.15	Datum	Tsalastras Datum 17.11.15	Schranz Datum 19.11.15

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

3. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
1	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010192 Kinderbetreuung in besonderen Fällen	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	apl.	31.07.2015	45.540,00	45.540,00	ME	45.540,00 EUR
2	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010190 Kindergärten	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	05.08.2015	20.000,00	40.100,00	E	20.000,00 EUR
3	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010190 Kindergärten	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	13.08.2015	24.000,00	34.390,00	E	24.000,00 EUR
4	06	Kinder- und Familienhilfe	320006031000 Amtsvormundschaften,-pflegschaft, -beistandschaft	529100	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen	apl.	14.08.2015	3.000,00	3.000,00	SV	3.000,00 EUR
5	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	üpl.	20.08.2015	300,00	1.300,00	ME	300,00 EUR
6	01	Innere Verwaltung	810001020100 Steuerungsunterstützung	529152	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	apl.	20.08.2015	30.000,00	30.000,00	SV	30.000,00 EUR
7	01	Innere Verwaltung	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	20.08.2015	6.000,00	29.640,00	E	6.000,00 EUR
8	01	Innere Verwaltung	920001040100 Personalrat	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	21.08.2015	1.000,00	1.540,00	E	1.000,00 EUR
9	01	Innere Verwaltung	810001010101 Ratsangelegenheiten	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	21.08.2015	12.000,00	14.460,00	SV	12.000,00 EUR
10	14	Umweltschutz	220014010104 Klimaschutzkonzept	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	apl.	26.08.2015	2.750,00	2.750,00	ME SV	2.330,00 EUR 420,00 EUR
11	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	510009020158 Stadtteilprojekt Lirich	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	üpl.	31.08.2015	6.000,00	9.400,00	ME	6.000,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
12	02	Sicherheit und Ordnung	240002020300 Kirmes	522100	Aufwendungen für Unterhaltung Infrastrukturvermögen	üpl.	04.09.2015	1.000,00	21.000,00	SV	1.000,00 EUR
13	07	Gesundheitsdienste	340007020100 Gesundheitshilfen	529145	KM - Entgelt an Dritte - Aidshilfe	apl.	08.09.2015	6.000,00	97.000,00	SV	6.000,00 EUR
14	01	Innere Verwaltung	460001110300000 Geschwindigkeitsüberwachungen	783100	Auszahlungen für bewegl. Anlagevermögen > 410 EUR	üpl.	08.09.2015	10.000,00	65.600,00	SI	10.000,00 EUR
15	05	Soziale Leistungen	320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose	529141	KM-Sonst. Aufw. f. Dienst., ambul. Wohntraining	üpl.	09.09.2015	6.000,00	93.000,00	E	6.000,00 EUR
16	05	Soziale Leistungen	320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose	529133	KM-Sonst. Aufw. Für Dienstlstg., Tagestreffen Wohnungslose	üpl.	09.09.2015	19.000,00	25.650,00	E	19.000,00 EUR
17	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529165	Aufwand für Öffentlichkeits-/Integrationsarbeit	üpl.	10.09.2015	25,00	62.350,00	ME	25,00 EUR
18	01	Innere Verwaltung	810001010101 Ratsangelegenheiten	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	10.09.2015	60.000,00	82.480,00	E	60.000,00 EUR
19	02	Sicherheit und Ordnung	450002130401 Wahlen	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	14.09.2015	12.500,00	24.070,00	E	12.500,00 EUR
20	02	Sicherheit und Ordnung	450002130401 Wahlen	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	14.09.2015	12.500,00	19.040,00	E	12.500,00 EUR
21	02	Sicherheit und Ordnung	240002020300 Kirmes	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	14.09.2015	5.500,00	5.610,00	E	5.500,00 EUR
22	02	Sicherheit und Ordnung	610002160103 Notarzteinsatz	549150	Andere sonstige ordentliche Aufwendungen	üpl.	18.09.2015	36.200,00	906.200,00	SV	36.200,00 EUR
23	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	21.09.2015	1.000,00	5.350,00	E	1.000,00 EUR
24	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	üpl.	21.09.2015	524,00	1.824,00	ME	524,00 EUR
25	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	24.09.2015	16.500,00	37.260,00	E	16.500,00 EUR
26	01	Innere Verwaltung	820001050100 Rechnungsprüfung	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	24.09.2015	3.900,00	9.030,00	E	3.900,00 EUR
27	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	543163	Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro	üpl.	30.09.2015	16.000,00	41.000,00	ME	16.000,00 EUR
28	02	Sicherheit und Ordnung	240002020300 Kirmes	529100	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	apl.	30.09.2015	3.950,00	3.950,00	SV	3.950,00 EUR
29	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	30.09.2015	2.327,00	73.437,00	ME	2.327,00

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
30	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	0903 Geodaten, Vermessung, Kataster	543188	FL Beschaffungswesen (DR40000052)	üpl.	05.10.2015	16.000,00	60.740,00	E	16.000,00 EUR
31	01	Innere Verwaltung	920001040100 Personalrat	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	07.10.2015	8.900,00	15.420,00	E	8.900,00
32	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	üpl.	07.10.2015	3.250,00	19.090,00	ME	3.250,00
33	06	Kinder- und Familienhilfe	310006010190000 Kindertageseinrichtungen	785220	AiB Tiefbaumaßnahme Ingenieurl. OGM	üpl.	13.10.2015	2.600,00	6.050,00	SI	2.600,00
34	12	Verkehrsflächen- und Anlagen, ÖPNV	560012010600 ÖPNV Neubau u. Unterhaltung	522200	Aufwendungen für Kollektivanlagen	apl.	13.10.2015	550,00	550,00	E	550,00
35	07	Gesundheitsdienste	340007010200 Gesundheitsschutz	501900	Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	apl.	13.10.2015	12.000,00	16.900,00	SV	12.000,00
36	07	Gesundheitsdienste	340007010200 Gesundheitsschutz	528195	Sonstige Materialaufwendungen -OGM-	apl.	13.10.2015	60.000,00	80.000,00	SV	60.000,00
37	05	Soziale Leistungen	320005040100 Hilfen zur Pflege	529126	EP Druck und Grafik (D30000032)	üpl.	13.10.2015	29.000,00	39.580,00	E	29.000,00
38	07	Gesundheitsdienste	340007020100 Gesundheitshilfen	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	15.10.2015	7.500,00	13.440,00	E	7.500,00
39	08	Sportförderung	253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße	785120	AiB Tiefbaumaßnahmen Ing. OGM	apl.	19.10.2015	2.300,00	2.300,00	SI	2.300,00
40	08	Sportförderung	253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße	785110	AiB Hochbaumaßnahmen OGM	apl.	19.10.2015	12.400,00	12.400,00	SI	12.400,00
41	01	Innere Verwaltung	460001110300 Ordnungswidrigkeiten	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	19.10.2015	50.000,00	110.950,00	E	50.000,00
42	01	Innere Verwaltung	130001130200100 Verwaltungsgebäude	785110	AiB Hochbaumaßnahmen OGM	apl.	19.10.2015	4.520,00	4.520,00	ME	4.520,00
43	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	543163	Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro	üpl.	20.10.2015	13.334,00	42.834,00	ME	13.334,00
44	12	Verkehrsflächen- und Anlagen, ÖPNV	u. a. 560012010190 Gemeindestr. u. sonst. öffentl. Verkehrsflächen	529126, 529142	Deckungsring EP Post- und Botendienste	üpl.	26.10.2015	17.000,00	30.960,00	E	17.000,00
45	05	Soziale Leistungen	320005040100 Hilfe zur Pflege	543188	FL Beschaffungswesen (D40000032)	üpl.	27.10.2015	80.000,00	96.260,00	E	80.000,00
46	07	Gesundheitsdienste	340007010100 Gesundheitsförderung	543188	FL Beschaffungswesen (D40000034)	üpl.	29.10.2015	23.900,00	65.930,00	E	23.900,00

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	
47	03	Schulträgeraufgaben	140003010000000 Weiterführende Schulen	785220	AiB - Tiefbaumaßnahmen Ingenieurleistungen - OGM	apl.	29.10.2015	7.600,00	7.600,00	SI	7.600,00
48	03	Schulträgeraufgaben	140003010000000 Weiterführende Schulen	785210	AiB - Tiefbaumaßnahmen - OGM	apl.	29.10.2015	40.000,00	40.000,00	SI	40.000,00
49	08	Sportförderung	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.	785120	AiB Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM	apl.	29.10.2015	16.100,00	16.100,00	SI	16.100,00
50	08	Sportförderung	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.	785110	AiB Hochbaumaßnahmen OGM	apl.	29.10.2015	99.960,00	99.960,00	SI	99.960,00

Einsparungen	E	420.750,00
Mehrertrag, -einzahlungen	ME	94.150,00
Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit	SV	164.570,00
Erhöhung d. Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	SI	190.960,00
Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit	SV(FI)	0,00
SUMME		870.430,00

Lfd. Nr. 1

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Auftrag: 310006010192 Kinderbetreuung in besonderen Fällen
Kostenart: 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag: 45.540,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Laut Zuwendungsbescheid des LVR vom 25.06.2015 erhält die Stadt Oberhausen einer Zuweisung in Höhe von 45.540,00 EUR für niedrigschwellige Betreuungsangebote für Kinder der Altersgruppe vor Schuleintritt aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen. Die Mittel werden in voller Höhe an die freien Träger weitergeleitet, da diese die geförderten Maßnahmen durchführen. Der Aufwand muss somit auf der Kostenart 531800 - Zuschüsse an übrige Bereiche bereitgestellt werden. Außerplanmäßiger Mehrertrag in gleicher Höhe bei o.g. Auftrag: 310006010192 - Kinderbetreuung in besonderen Fällen, Kostenart: 414100 – Zuweisungen vom Land.

Lfd. Nr. 2

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Auftrag: 310006010190 Kindergärten
Kostenart: 529126 EP Druck und Grafik
Betrag: 20.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr, aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014, in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist eine erneute überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 3

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Auftrag: 310006010190 Kindergärten
Kostenart: 529142 EP Post- und Botendienste
Betrag: 24.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr, aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014, in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 4

Produktbereich: 06 Kinder- und Familienhilfe
Auftrag: 320006031000 Amtsvormundschaften, -pflegschaft, -beistandschaft
Kostenart: 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen
Betrag: 3.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Aufgrund der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen kommt es vermehrt zu Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die über nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Nach § 1793 (1a) BGB besteht für den Vormund eine monatliche Besuchspflicht des Mündels. Aufgrund der nicht ausreichenden Sprachkenntnisse ist für die monatlichen Kontakte die Beauftragung eines Dolmetschers notwendig. Die Mittelbereitstellung ist aufgrund gesetzlicher Grundlagen unabweisbar.

Lfd. Nr. 5

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Auftrag: 400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart: 543132 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Betrag: 300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Rahmen der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ sind in Kooperation mit einer Privatfirma T-Shirts erstellt und bedruckt worden. Die durchgeführte Aktion wird anteilig von einem ansässigen Geldinstitut mit einem zweckgebundenen Zuschuss in o.g. Höhe finanziert. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend abgedeckt werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag: 400001150101 - Internationale Begegnungen, Kostenart: 414700 - Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 6

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001020100 Steuerungsunterstützung
Kostenart:	529152 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit
Betrag:	30.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Mit Beschluss vom 18.05.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen die Entwicklung eines Konzeptes zur BürgerInnenbeteiligung in Oberhausen beschlossen (Grundsatzratsbeschluss Drucksache Nr. B/16/0805-01). Zur konkreten Erarbeitung und Umsetzung dieses Konzeptes sind verschiedene Maßnahmen, darunter die wissenschaftliche Begleitung, Informationsveranstaltungen sowie die Entwicklung einer Web-Seite erforderlich und vom Rat bzw. vom Verwaltungsvorstand beschlossen worden. Unter Berücksichtigung von entsprechend vorliegenden Kostenvoranschlägen wird ein außerplanmäßiger Betrag in o.g. Höhe erforderlich. Da die Mittel im Haushalt 2015 nicht eingeplant werden konnten ist eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar.

Lfd. Nr. 7

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	6.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 8

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	920001040100 Personalrat
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	1.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 9

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001010101 Ratsangelegenheiten
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	12.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Eine Vielzahl von Druckaufträgen für Sitzungsniederschriften, darunter für den Rat sowie diverse Ausschüsse, die das Jahr 2014 betreffen, konnten aufgrund eines Rückstaus in der Bearbeitung erst im laufenden Haushaltsjahr bei der OGM GmbH in Auftrag gegeben werden. Die jeweilige Erstellung und Vervielfältigung der Niederschriften führt nunmehr dazu, dass das vorgesehene Budget für Druck und Grafik nicht auskömmlich ist. Darüber hinaus beschloss der Rat der Stadt im März 2015 eine Änderung des bestehenden Ortsrechts (Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Zuständigkeitsordnung), die jedoch im Jahr 2014 bereits zur Beschlussfassung vorgesehen war. Die notwendige Erstellung der Druckvorlagen konnte ebenfalls bei der Planung für das Jahr 2015 nicht berücksichtigt werden. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend abgedeckt werden können, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 10

Produktbereich: 14 Umweltschutz
Auftrag: 220014010104 Klimaschutzkonzept
Kostenart: 543132 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Betrag: 2.750,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Am 30.09.2013 hat der Rat die Umsetzung des Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzeptes (Drucksache B/15/2991-01) beschlossen. Mit Förderbescheid vom 02.06.2015 wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für die fachliche Unterstützung bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in Oberhausen durch Klimamanager ein Gesamtbetrag in Höhe von 336.338 EUR (85%-Förderung) bewilligt. Der Betrag teilt sich in Sach- und Personalkosten auf und ist für den Zeitraum 01.10.15 bis 30.09.18 bestimmt. Für das Jahr 2015 fallen Sachkosten in oben genannter Höhe an. Eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung ist für die Umsetzung des Projektes zwingend notwendig. Die Mittel für 2016 ff. werden im Rahmen der Veränderungsnachweisung bzw. Finanzplanung entsprechend berücksichtigt. Die Deckung erfolgt zum Teil durch einen Ertrag in Höhe von 2.330 EUR (85 %-Förderung) bei o. g. Auftrag: 220014010104 - Klimaschutzkonzept, Kostenart: 414000 - Zuweisungen vom Bund. Die Differenz (420,00 EUR) durch Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Lfd. Nr. 11

Produktbereich: 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag: 510009020158 Stadtteilprojekt Lirich
Kostenart: 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag: 6.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Die Sparkassenbürgerstiftung fördert das neue Jugendclubhaus von Arminia Lirich mit einem Betrag in Höhe von 6.000 EUR. Der Betrag ist zwischenzeitlich eingegangen und ist an den Verein auszuzahlen. Eine überplanmäßige Mittelbereitstellung ist daher notwendig. Ertrag in gleicher Höhe bei o.g. Auftrag: 510009020158 - Stadtteilprojekt Lirich, Kostenart: 414800 –Zuschüsse von übrigen Bereichen.

Lfd. Nr. 12

Produktbereich: 02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag: 240002020300 Kirmes
Kostenart: 522100 Aufwendungen für Unterhaltung Infrastrukturvermögen
Betrag: 1.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Bei der Durchführung der diesjährigen Sterkrader Fronleichnamskirmes ist ein Mehraufwand innerhalb der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens entstanden. Die Aufwendungen für die temporären Einrichtungen zur Verkehrsregelung sowie für die Trinkwasserversorgung, welche bei der Durchführung der Großveranstaltung angefallen sind, haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Diese Kostenentwicklung war bei der Planung für den Haushalt 2015, im Jahr 2014, nicht absehbar. Es liegen noch offene Rechnungen von Dienstleistern vor, die mit dem noch verfügbaren Budget nicht abgedeckt werden können. Die Kostenart 522100 - Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens ist in keinem Deckungsring hinterlegt und es gibt keine weitere Möglichkeit zur Deckung des Mehrbedarfs im Rahmen eines Mehrertrages oder einer Minderaufwendung innerhalb des Kirmesbudgets. Da es sich um eine vertragliche Verpflichtung handelt und die Leistung bereits erbracht wurde, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar.

Lfd. Nr. 13

Produktbereich: 07 Gesundheitsdienste
Auftrag: 340007020100 Gesundheitshilfen
Kostenart: 529145 Kontraktmanagement - Entgelt an Dritte - Aidshilfe
Betrag: 6.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Die Aidshilfe Oberhausen e. V. erhält von der Stadt Oberhausen einen jährlichen Personal- und Sachkostenzuschuss für die psychosoziale Betreuung von Menschen mit HIV und Aids, basierend auf der geschlossenen Vereinbarung aus dem Jahr 2010. Laut einer darin enthaltenen Klausel erhöht sich der Zuschussbetrag bei einer tariflichen Erhöhung der Personalkosten. Der eingeplante Zuschuss im Haushaltsjahr 2015 von 91.000,00 EUR wird aufgrund einer erneuten Tarifanpassung und eines vorzeitigen Stufenaufstieges zweier Mitarbeiter nicht ausreichen. Der Stufenaufstieg wurde bereits durch den Bereich 4-6/Recht geprüft und als tarifliche Entwicklung anerkannt. Dieser Umstand war bei der Haushaltsplanung 2015, im Jahr 2014, nicht absehbar. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 6.000,00 EUR ist unabweisbar, da die Stadt Oberhausen anderenfalls ihre vertraglich vereinbarten Verpflichtungen gegenüber der Aidshilfe Oberhausen e. V. nicht einhalten würde.

Lfd. Nr. 14

Produktbereich: 01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer: 460001110300000 Geschwindigkeitsüberwachungen
Finanzposition: 783100 Auszahlungen für bewegliches Anlagevermögen > 410 EUR
Betrag: 10.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Eine im Einsatz befindliche Geschwindigkeitsmesskamera ist defekt, eine Reparatur ist unwirtschaftlich. Mit der Beschaffung einer neuen Kamera können außerdem verbesserte Ergebnisse erzielt werden. Im Rahmen der Verkehrssicherheit ist somit die Beschaffung zwingend notwendig, um diesbezügliche Geschwindigkeitsmessungen vornehmen zu können. Eine indirekte Refinanzierung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge im konsumtiven Bereich.

Lfd. Nr. 15

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose
Kostenart:	529141 Kontraktmanagement - Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, ambulantes Wohntraining
Betrag:	6.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Am 17.06.2015 hat der Sozialausschuss der Stadt Oberhausen (siehe Beschlussvorlage B/16/0835-01) eine Erhöhung der Vergütung an das Diakonische Werk Oberhausen beschlossen. Die Vergütung für die Durchführung von ambulant begleitetem Wohntraining für die Gefährdetenhilfe/Wohnungslosenhilfe soll erhöht werden.
Aufgrund von tariflichen Gehaltserhöhungen für Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagogen/innen zuzüglich einer Sachkostenpauschale von 10 % der Personalkosten sind die Aufwendungen für das Diakonische Werk Oberhausen gestiegen. Die Aufwendungen fallen rückwirkend zum 01.01.2015 an. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen beim Auftrag: 320005020100 – Hilfe zum Lebensunterhalt, Kostenart: 533110 – Leistungen Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen, gewährleistet.

Lfd. Nr. 16

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose
Kostenart:	529133 Kontraktmanagement - Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, Tagestreff Wohnungslose
Betrag:	19.000,00

Begründung der Unabweisbarkeit:

Am 17.06.2015 hat der Sozialausschuss der Stadt Oberhausen (siehe Beschlussvorlage B/16/0835-01) eine Erhöhung der Vergütung an das Diakonische Werk Oberhausen um 19.000,- EUR beschlossen. Die Vergütung für die ambulante Wohnungshilfe „Treffpunkt Grenzstraße“ soll erhöht werden. Das anfallende Defizit in Höhe von rd. 50.000,- EUR soll je zur Hälfte durch das Diakonische Werk und die Stadt Oberhausen aufgefangen werden. Die Aufwendungen fallen rückwirkend zum 01.01.2015 an. Damit der Standard aufrechterhalten werden kann und das Diakonische Werk Oberhausen finanziell entlastet wird, muss der städtische Zuschuss von ehemals 6.650,- EUR auf 25.000,- EUR angehoben werden.
Für das Haushaltsjahr 2015 bedeutet das einen überplanmäßigen Mehrbedarf in o.g. Höhe. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen beim Auftrag: 320005020100 – Hilfe zum Lebensunterhalt, Kostenart: 533110 – Leistungen Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen, gewährleistet.

Lfd. Nr. 17

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	529165 Aufwand für Öffentlichkeits-/Integrationsarbeit
Betrag:	25,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „achtung“, vereinahmt der Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat eine Kindertageseinrichtung in Gelsenkirchen nunmehr 25,00 € zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim Auftrag: 840001030100 - Büro für Chancengleichheit, Kostenart: 414802 - Zuschüsse an übrige Bereiche.

Lfd. Nr. 18

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001010101 Ratsangelegenheiten
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	60.000 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit:

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 19

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	450002130401 Wahlen
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	12.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 20

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	450002130401 Wahlen
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	12.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 21

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002020300 Kirmes
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	5.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 22

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	610002160103 Notarzteinsatz
Kostenart:	549150 Andere sonstige ordentliche Aufwendungen
Betrag:	36.200,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Der hiesige Notarztdienst wird durch die in Oberhausen ansässigen Krankenhäuser sichergestellt. Die dabei entstehenden Kosten werden durch die Stadt erstattet. Zusätzlich wird für Großschadensereignisse eine „Leitende-Notarzt-Gruppe“ vorgehalten. Hierfür fallen Aufwandsentschädigungen im Rahmen des Bereitschaftsdienstes sowie für tatsächlich gefahrene Einsätze an. Die im Haushalt 2015 bereitgestellten Mittel in Höhe von 870.000 EUR werden aufgrund erhöhter Notarzteinsätze nicht auskömmlich sein und es wird ein überplanmäßiger Mehrbedarf in Höhe von 36.200 EUR erwartet. Der entstandene Mehrbedarf wird im Nachgang durch entsprechende Gebührenfestsetzungen refinanziert. Eine direkte Deckung des Mehraufwandes durch die zu erwartenden Mehrerträge kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen. Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen sowie gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche den Notarztdienst vorschreiben, ist die überplanmäßige Mittelbereitstellung notwendig und unabweisbar.

Lfd. Nr. 23

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	1.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 24

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart:	543132 Sonstige Geschäftsaufwendungen
Betrag:	524,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ sind während des Aufenthaltes in der Türkei vom 27.06. - 12.07.2015 sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer erkrankt und mussten vor Ort stationär behandelt werden. Die entstandenen Kosten für den Krankenhausaufenthalt werden nunmehr der Stadt Oberhausen als Veranstalter in Rechnung gestellt, werden jedoch von einer Versicherung in voller Höhe erstattet. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag: 400001150101 - Internationale Begegnungen, Kostenart: 448800 - Erstattungen von übrigen Bereichen.

Lfd. Nr. 25

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	16.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 26

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	820001050100 Rechnungsprüfung
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	3.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 27

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	543163 Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro
Betrag:	16.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes "Kein Kind zurücklassen" vereinnahmt der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat das Institut für soziale Arbeit e. V. / Koordinierungsstelle "Kein Kind zurücklassen" nunmehr 16.000 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag: 840001030100 - Büro für Chancengleichheit, Kostenart: 414802 - Zuschüsse von übrigen Bereichen - Institut für soziale Arbeit e.V.-.

Lfd. Nr. 28

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002020300 Kirmes
Kostenart:	529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen
Betrag:	3.950,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Nachgang zu einem Unfall auf einem Fahrgeschäft (Karussell) bei der diesjährigen Sterkrader Fronleichnamskirmes, wurde von Seiten der Stadt Oberhausen zur vollständigen Aufklärung der Ereignisse und zur Ursachenermittlung, der TÜV Nord beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Da die Planung eines solchen Ereignisses zu keinem Zeitpunkt der Haushaltsplanung erwartet werden kann, ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in der o. g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 29

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	2.327,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Planung der diesjährigen Jugendbegegnung "MULTI" war der Aufenthalt mehrerer Oberhausener Schülerinnen und Schülern in der Ukraine (Saporoshje) beabsichtigt. Aufgrund der politischen Ereignisse vor Ort entschied man jedoch, die diesjährige Jugendbegegnung in der Ukraine nicht stattfinden zu lassen und stattdessen einen Aufenthalt ukrainischer Schüler in Oberhausen zu organisieren. In der Zeit vom 02. bis 12.10.2015 fand der diesjährige Jugendaustausch demnach entgegen der Planung in Oberhausen statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland zweckgebundene Gelder überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (u. a. Flugtickets, Transfers) entsprechend abgedeckt werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag: 400001150101 - Internationale Begegnungen, Kostenart: 414200 - Zuweisungen von Gemeinden / Gemeindeverbänden.

Lfd. Nr. 30

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	PN0903 Geodaten, Vermessung, Kataster
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	16.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Durch nicht vorhersehbare Ausgaben bei dem Posten "Beschaffungswesen" (z. B. größere Reparaturen an Fahrzeugen und Messgeräten) reicht der für 2015 eingestellte Ansatz nicht aus. Die Mittel aus dem Deckungsring Fremdleistungen sind erschöpft. Mittlerweile können die Rechnungen ab September 2015 nicht mehr beglichen werden. Einsparungen in Höhe von 16.000,00 EUR im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 31

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	920001040100 Personalrat
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	8.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Darüber hinaus sieht die Rechnungslegung der OGM GmbH in diesem Jahr die Begleichung der Mietkosten für die Luise-Albertz-Halle im Rahmen der diesjährigen Personalversammlung aus der o. g. Kostenart vor. Hierfür wurde irrtümlich in Vorjahren kein Ansatz gebildet. Eine entsprechende Anpassung zum Haushaltsjahr 2016 ff. wird über die Veränderungsnachweisung sichergestellt. Zur Begleichung der nunmehr ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o. g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 32

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	3.250,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes "Mädchenarbeit und Mädchenmerker" vereinnahmt der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes sind von der EVO AG, WBO GmbH und weiteren Oberhausener Unternehmen nunmehr insgesamt 3.250 EUR zweckgebunden überwiesen worden. Damit die entsprechenden Mehraufwendungen fristgerecht beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag: 840001030100 - Büro für Chancengleichheit, Kostenart: 414700 - Zuschüsse von privaten Unternehmen.

Lfd. Nr. 33

Produktbereich:	06 Kinder- und Familienhilfe
Investitionsnummer:	310006010190000 Kindertageseinrichtungen
Finanzposition:	785220 Anlagen im Bau - Tiefbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	2.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Entgegen der ursprünglichen Planung der OGM GmbH zur Umnutzung und Anbindung einer 2. Mieteinheit, Flucht- und Rettungsweg sowie die Planung Freianlagen für die KTE City-West belaufen sich die Ingenieurleistungen gem. Vertragsentwurf auf insgesamt 6.044,86 EUR. Um das Außengelände entsprechend herzurichten und somit den ordnungsgemäßen Abschluss der Baumaßnahme zu gewährleisten, ist die zusätzliche Mittelbereitstellung erforderlich.

Lfd. Nr. 34

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV
Auftrag:	560012010600 ÖPNV Neubau u. Unterhaltung
Kostenart:	522200 Aufwendungen für Kollektivanlagen
Betrag:	550,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Als Teil des Bauvorhabens "P+R Parkplatz Bahnhof Holten" wurde dort eine Fahrradabstellanlage errichtet. Mit einer Privatfirma wurde mit Datum vom 26.08.2015 ein Wartungs-/Bereitstellungsvertrag geschlossen, um den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Für das Jahr 2015 fallen dafür Kosten in Höhe von 535,50 EUR brutto an. Für die Zeit ab 01.01.2016 sind entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant. Einsparung in gleicher Höhe bei o.g. Auftrag: 560012010600 - ÖPNV Neubau u. Unterhaltung, Kostenart: 543132 - Sonstige Geschäftsaufwendungen.

Lfd. Nr. 35

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010200 Gesundheitsschutz
Kostenart:	501900 Aufwendungen für sonstige Beschäftigte
Betrag:	12.000 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Amtshilfe muss die Stadt Oberhausen insgesamt 300 weitere Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelt, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, kann nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorliegt. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen können, ist die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher soll der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Die im Juli 2015 außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 4.900 EUR wurden bereits fast völlig verausgabt. Für die jetzt eingetroffenen 300 Flüchtlinge werden somit zusätzliche Mittel benötigt. Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass sich die Flüchtlingsproblematik kurzfristig entspannen wird und daher mit zusätzlichen Flüchtlingen gerechnet werden muss, welche wiederum entsprechend versorgt werden müssen. Der Impfvorgang für die Erwachsenen soll weiterhin durch niedergelassene Ärzte erfolgen. Die Impfung der Kinder erfolgt analog durch niedergelassene Kinder- und Jugendärzte oder durch den Kinder- und Gesundheitsdienst. Insgesamt wird für die fachmännische Umsetzung der Impfungen von weiteren Honorarleistungen in Höhe von 12.000 EUR ausgegangen. Im Rahmen der Gefahrenabwehr ist die überplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.

Lfd. Nr. 36

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010200 Gesundheitsschutz
Kostenart:	528195 Sonstige Materialaufwendungen -OGM-
Betrag:	60.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Amtshilfe muss die Stadt Oberhausen insgesamt 300 weitere Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelt, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, kann nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen besteht. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen können, ist die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher soll der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Die im Juli 2015 außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 20.000 EUR wurden zur Beschaffung von Impfstoffen bereits fast völlig verausgabt. Für die jetzt eingetroffenen 300 Flüchtlinge werden somit zusätzliche Mittel zur Impfstoffbeschaffung benötigt. Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass sich die Flüchtlingsproblematik kurzfristig entspannen wird und daher mit zusätzlichen Flüchtlingen gerechnet werden muss, welche wiederum entsprechend versorgt werden müssen. Im Rahmen der Gefahrenabwehr ist die überplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.

Lfd. Nr. 37

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005040100 Hilfen zur Pflege
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	29.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 38

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007020100 Gesundheitshilfen
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	7.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Mit einer Auflösung der beschriebenen Problematik kann erst mit dem Haushalt 2017 gerechnet werden, wenn erstmalig ein Rechnungsergebnis für die neu eingerichteten Kostenarten zur Ansatzplanung zugrunde gelegt werden kann. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 39

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße
Finanzposition:	785120 Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	2.300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Eine Überprüfung (Lichtgutachten einer Privatfirma vom 18.09.2015) der Flutlichtanlage ergab, dass die aktuelle Luxzahl (11-66) deutlich unter der für Trainingsspielfelder vorgegebenen Luxzahl (75-100) liegt. Da dadurch die Sicherheit der Sportplatznutzer gefährdet ist, sind die alten Fluter gegen moderne Flächenstrahlfluter auszutauschen. Die dafür benötigten Mittel sind außerplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 40

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße
Finanzposition:	785110 Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	12.400,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Eine Überprüfung (Lichtgutachten einer Privatfirma vom 18.09.2015) der Flutlichtanlage ergab, dass die aktuelle Luxzahl (11-66) deutlich unter der für Trainingsspielfelder vorgegebenen Luxzahl (75-100) liegt. Da dadurch die Sicherheit der Sportplatznutzer gefährdet ist, sind die alten Fluter gegen moderne Flächenstrahlfluter auszutauschen. Die dafür benötigten Mittel sind außerplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 41

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	460001110300 Ordnungswidrigkeiten
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	50.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 42

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	130001130200100 Verwaltungsgebäude
Finanzposition:	785110 Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	4.520,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aufgrund der Wahl der Partei BOB in den Rat der Stadt im Jahr 2014 sind der Partei entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Dies konnte nur durch einen Umbau von Räumlichkeiten im Rathaus Oberhausen geschehen. Zum Zeitpunkt des Baubeginns war die Veränderungsnachweisung für das Haushaltsjahr 2015 bereits abgeschlossen, so dass für das Jahr 2015 kein Ansatz gemeldet werden konnte. Die Schlussrechnung der OGM GmbH für diese Maßnahme liegt inzwischen vor. Es besteht noch eine Restforderung in Höhe von 4.520 EUR. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist der Betrag außerplanmäßig bereitzustellen. Einzahlung in entsprechender Höhe bei o.g. Investitionsnummer: 130001130200100 - Verwaltungsgebäude, Finanzposition: 685100 - Einzahlung aus der Abwicklung von Baumaßnahmen (Gutschrift der OGM GmbH für Einrichtung Büroräume)

Lfd. Nr. 43

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	543163 Aufwendungen für Projektentwicklungen - Familienbüro
Betrag:	13.334,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des Projektes „Entwicklung altengerechter Quartiere“ hat der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit nicht geplante Landeszuweisungen erhalten. In diesem Zusammenhang wurden nunmehr 13.334 EUR zweckgebunden vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim Auftrag: 420001030100 - Gleichstellung von Frau und Mann, Kostenart: 414100 - Zuweisungen vom Land.

Lfd. Nr. 44

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Auftrag:	u. a. 560012010190 Gemeindestraßen und sonstige öffentliche Verkehrsflächen
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post-u. Botendienste
Betrag:	17.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 45

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005040100 Hilfe zur Pflege
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	80.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 46

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010100 u. w. Gesundheitsförderung
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	23.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 47

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Investitionsnummer:	140003010000000 Weiterführende Schulen
Finanzposition:	785220 Anlagen im Bau - Tiefbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	7.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Dem Bertha-von-Suttner-Gymnasium wurden angemietete Klassenräume im Gebäude Goethestr. 65 gekündigt. Um Unterrichtsausfälle zu vermeiden, soll kurzfristig ein gemieteter Container aufgestellt werden. Zur Aufstellung sind unterirdische Leitungsverlegungen und Gründungsarbeiten notwendig.

Lfd. Nr. 48

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Investitionsnummer:	140003010000000 Weiterführende Schulen
Finanzposition:	785210 Anlagen im Bau - Tiefbaumaßnahmen OGM
Betrag:	40.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Dem Bertha-von-Suttner-Gymnasium wurden angemietete Klassenräume im Gebäude Goethestr. 65 gekündigt. Um Unterrichtsausfälle zu vermeiden, soll kurzfristig ein gemieteter Container aufgestellt werden. Zur Aufstellung sind unterirdische Leitungsverlegungen und Gründungsarbeiten notwendig.

Lfd. Nr. 49

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.
Finanzposition:	785120 Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	16.100,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft im Bereich der Stadtsportbund-Anlage entsteht an der Lindnerstraße ein Kunstrasenplatz. Da dort Umkleide- und Duschmöglichkeiten nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind, muss das ehemalige Sozialgebäude des Freibades nun zu Duschen und Umkleiden umgebaut werden. Die Durchführung der Maßnahmen ist unumgänglich um den neu hergerichteten Platz vollumfänglich nutzen zu können. (Grundsatz Beschluss vom 17.11.2014, Drucksache Nr. B/16/0346-01 für entsprechende Maßnahmen mit Hinweis Hochbauprojekte)

Lfd. Nr. 50

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.
Finanzposition:	785110 Anlagen im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	99.960,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft im Bereich der Stadtsportbund-Anlage entsteht an der Lindnerstraße ein Kunstrasenplatz. Da dort Umkleide- und Duschmöglichkeiten nicht in ausreichendem Umfang vorhanden sind, muss das ehemalige Sozialgebäude des Freibades nun zu Duschen und Umkleiden umgebaut werden. Die Durchführung der Maßnahmen ist unumgänglich, um den neu hergerichteten Platz vollumfänglich nutzen zu können. (Grundsatz Beschluss vom 17.11.2014, Drucksache Nr. B/16/0346-01 für entsprechende Maßnahmen mit Hinweis Hochbauprojekte)

Stadt Oberhausen	Drucksache Nr. M/16/1503-01	Termin 14.03.2016	Rat der Stadt
Bericht / Mitteilung			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
29.02.2016	Finanz- und Personalausschuss	K		
14.03.2016	Rat der Stadt	K		

Berichtsgegenstand

4. Kenntnissnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über - und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Sachdarstellung

Siehe Anlage

Anlage

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Bereichsleiterin Bereich 1-1	Dezernent	Kämmerer	Oberbürgermeister
Stöhr 11.02.16	Datum	Tsalstras Datum 12.02.2016	Schranz Datum 16.02.2016

* Vorlage zur:	* Ergebnis :	Beteiligung:
Kenntnisnahme (K)	Kenntnisnahme (K)	Personalrat [ ] Gleichstellungsstelle [ ]

4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2015, sowie einer Verpflichtungsermächtigung

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
1	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	310006010100200 KTE Bahnstraße	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	04.11.2015	28.700,00	28.700,00	SI	28.700,00 EUR
2	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	310006010100200 KTE Bahnstraße	785120	AiB Hochbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	apl.	04.11.2015	4.600,00	4.600,00	SI	4.600,00 EUR
3	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	u. a. 560012010190 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	543115 543188	Deckungsring Fremdleist. Bereich 5-6	üpl.	04.11.2015	32.000,00	132.020,00	E	32.000,00 EUR
4	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529165	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit	üpl.	11.11.2015	1.948,00	64.298,00	ME	1.948,00 EUR
5	04	Kultur und Wissenschaft	860004070300 Kulturbüro	531826	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche - Kultur und Schule	üpl.	12.11.2015	19.550,00	98.550,00	SV	19.550,00 EUR
6	04	Kultur und Wissenschaft	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen	521150	Aufw. f. Sanierg., Gebäude- u. Grundstückserhaltung - OGM -	apl.	13.11.2015	5.355,00	5.355,00	SV	5.355,00 EUR
7	04	Kultur und Wissenschaft	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen	521160	Aufw. f. Ing.-Lstg., Honorar- u. Regiekosten - OGM -	apl.	13.11.2015	1.190,00	1.190,00	SV	1.190,00 EUR
8	04	Kultur und Wissenschaft	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	13.11.2015	6.000,00	18.740,00	E	6.000,00 EUR
9	02	Sicherheit und Ordnung	610002150100 Gefahrenabwehr	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	13.11.2015	2.970,00	5.960,00	E	2.970,00 EUR
10	03	Schulträgeraufgaben	140003010100 u.w. Grundschulen u.w.	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	13.11.2015	43.000,00	53.700,00	E	43.000,00 EUR
11	01	Innere Verwaltung	410001100300100 Stadtarchiv	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	13.11.2015	76.600,00	76.600,00	SI	76.600,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
12	01	Innere Verwaltung	130001130100 Unbebaute Grundstücke	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	16.11.2015	2.500,00	4.500,00	E	2.500,00 EUR
13	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	17.11.2015	3.000,00	8.350,00	E	3.000,00 EUR
14	04	Kultur und Wissenschaft	860004070102 Sinfoniekonzerte	543152	Aufw. für übrige betriebliche Aufwendungen	üpl.	18.11.2015	879,00	879,00	ME	879,00 EUR
15	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	19.11.2015	16.200,00	89.637,00	ME	16.200,00 EUR
16	01	Innere Verwaltung	990001020290 Verwaltungsführung	543141	Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV-Beratung	üpl.	19.11.2015	3.500,00	29.570,00	SV	3.500,00 EUR
17	04	Kultur und Wissenschaft	880004030103 Gedenkhalle	529152	Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	apl.	19.11.2015	33.585,00	33.585,00	ME	33.585,00 EUR
18	04	Kultur und Wissenschaft	850004060111 Öffentliche Bibliotheken	543115	FL Postaufwendungen	üpl.	19.11.2015	30.000,00	41.990,00	E	30.000,00 EUR
19	04	Kultur und Wissenschaft	860004070100 u. w. Musikschule	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	20.11.2015	7.800,00	15.560,00	E	7.800,00 EUR
20	08	Sportförderung	253008010300800 Sporthalle GSO	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	20.11.2015	28.000,00	28.000,00	SI	28.000,00 EUR
21	08	Sportförderung	253008010300800 Sporthalle GSO	785120	AiB Hochbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	apl.	20.11.2015	4.300,00	4.300,00	SI	4.300,00 EUR
22	01	Innere Verwaltung	810001010101 Ratsangelegenheiten	529126 529142	EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste	üpl.	25.11.2015	10.000,00	28.590,00	SV	10.000,00 EUR
23	01	Innere Verwaltung	410001100100 Organisation und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	25.11.2015	32.000,00	61.480,00	E	32.000,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
24	01	Innere Verwaltung	460001110300000 Geschwindigkeitsüberwachungen	783100	Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR	üpl.	25.11.2015	11.500,00	77.100,00	SI	11.500,00 EUR
25	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	531829	Aufwendungen für bürgerschaftliche Aktivitäten - Familienbüro -	üpl.	25.11.2015	1.000,00	4.500,00	ME	1.000,00 EUR
26	01	Innere Verwaltung	840001030100 Büro für Chancengleichheit	529165	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit	üpl.	25.11.2015	7.965,00	72.263,00	ME	7.965,00 EUR
27	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule/ Beruf	521150	Aufw. f. Sanierg., Gebäude- u. Grundstücksunterhaltung -OGM-	apl.	25.11.2015	2.900,00	2.900,00	SV	2.900,00 EUR
28	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule/ Beruf	521160	Aufw. f. Ing.-Lstg., Honorar- u. Regiekosten -OGM-	apl.	25.11.2015	290,00	290,00	SV	290,00 EUR
29	10	Bauen und Wohnen	u. a. 530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren	543115 543188	DR Fremdleist. Bereich 5-3	üpl.	01.12.2015	10.000,00	38.950,00	E	10.000,00 EUR
30	01	Innere Verwaltung	130001130100 Unbebaute Grundstücke	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	01.12.2015	4.500,00	11.380,00	E	4.500,00 EUR
31	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum	531800	Aufwendungen f. Zuschüsse an übrige Bereiche	apl.	02.12.2015	15.500,00	15.500,00	ME	15.500,00 EUR
32	01	Innere Verwaltung	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	04.12.2015	10.000,00	39.640,00	E	10.000,00 EUR
33	02	Sicherheit und Ordnung	240002010100 u. a. Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u. a.	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	07.12.2015	95.000,00	427.750,00	E	95.000,00 EUR
34	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	540009020190 u. a. Städtebaul. Sanierg. U. Entw.; Deckungsring D40000099 Fremdleistungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	07.12.2015	5.170,00	17.750,00	E	5.170,00 EUR
35	03	Schulträgeraufgaben	140003010500100 Erweiterte Ganztagsförderschule, Herderschule	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	09.12.2015	2.920,00	2.920,00	SI	2.920,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
36	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	540009020106105 Integriertes Dachgewächshaus	785100	AiB Hochbaumaßnahmen	apl.	10.12.2015	55.600,00	55.600,00	ME	50.000,00 EUR
										SI	5.600,00 EUR
37	08	Sportförderung	250008010200 Sport -u. Turnhallen auf / an Sportplätzen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	11.12.2015	18.000,00	31.500,00	E	18.000,00 EUR
38	01	Innere Verwaltung	820001050100 Rechnungsprüfung	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	11.12.2015	3.000,00	9.650,00	E	3.000,00 EUR
39	08	Sportförderung	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.	785220	AiB Tiefbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	üpl.	11.12.2015	9.000,00	128.500,00	SI	9.000,00 EUR
40	08	Sportförderung	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.	785210	AiB Tiefbaumaßnahme OGM	üpl.	11.12.2015	75.000,00	702.750,00	SI	75.000,00 EUR
41	08	Sportförderung	250008010200000 Turnhallen	785120	AiB Hochbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	apl.	11.12.2015	8.500,00	8.500,00	SI	8.500,00 EUR
42	08	Sportförderung	250008010200000 Turnhallen	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	11.12.2015	85.000,00	85.000,00	SI	85.000,00 EUR
43	01	Innere Verwaltung	820001050100 Rechnungsprüfung	543115	FL Postaufwendungen	üpl.	15.12.2015	1.000,00	1.520,00	E	1.000,00 EUR
44	01	Innere Verwaltung	110001090200 Steuern u. grundstücksbezogene Benutzungsgebühren	543115	FL Postaufwendungen	üpl.	15.12.2015	30.000,00	95.000,00	E	30.000,00 EUR
45	01	Innere Verwaltung	410001100200 IT, Server und Strategie	529140	EV IT- und TK-Dienste	üpl.	17.12.2015	44.000,00	2.664.790,00	E	44.000,00 EUR
46	05	Soziale Leistungen	320005010100 Leistungsbeteiligung b. d. Grundsicherung Arbeitssuchende	546120	Leist.bet.Umsetz.Grunds. Arbeitssuch.-Erstausstattung Wohnungen	üpl.	17.12.2015	90.000,00	1.297.500,00	ME	90.000,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
47	01	Innere Verwaltung	130001130200000 Bebaute Grundstücke	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	18.12.2015	49.000,00	49.000,00	SI	49.000,00 EUR
48	01	Innere Verwaltung	130001130200000 Bebaute Grundstücke	785120	AiB Hochbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	apl.	18.12.2015	9.000,00	9.000,00	SI	9.000,00 EUR
49	01	Innere Verwaltung	410001100300100 Stadtarchiv	785100	AiB Hochbaumaßnahmen	apl.	18.12.2015	2.600,00	55.280,00	SI	2.600,00 EUR
50	05	Soziale Leistungen	320005030100500 Fluchtweg Tackenberg	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	18.12.2015	17.900,00	17.900,00	SI	17.900,00 EUR
51	05	Soziale Leistungen	320005030100500 Fluchtweg Tackenberg	785120	AiB Hochbaumaßnahme Ingenieurleistungen OGM	apl.	18.12.2015	1.800,00	1.800,00	SI	1.800,00 EUR
52	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	310006010100200 KTE Bahnstraße	785110	AiB Hochbaumaßnahme OGM	apl.	21.12.2015	9.500,00	38.200,00	SI	9.500,00 EUR
53	02	Sicherheit und Ordnung	240002060100 Tiergesundheit/-schutz	523200	Erstattungen an Gemeinden (GV)	üpl.	21.12.2015	34.380,00	214.380,00	SV	34.380,00 EUR
54	05	Soziale Leistungen	320005010100 Leistungsbeteiligung b. d. Grundsicherung Arbeitssuchende	546125	Leist.bet.Umsetz.Grunds.Arbeitssuch.-Bekl./Schwangere	üpl.	22.12.2015	9.000,00	366.000,00	ME	9.000,00 EUR
55	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	22.12.2015	7.200,00	96.837,00	ME	7.200,00 EUR
56	10	Bauen und Wohnen	530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren	529126 529142	DR Einheitspreise Bereich 5-3	üpl.	05.01.2016	4.000,00	14.760,00	E	4.000,00 EUR
57	01	Innere Verwaltung	810001010101 Ratsangelegenheiten	542130	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten - Lohnausfall / Sitzungsgeld	üpl.	08.01.2016	40.000,00	240.000,00	E	40.000,00 EUR
58	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	320006031100 Kinder im Mittelpunkt	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	11.01.2016	70.700,00	342.970,00	SV	70.700,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
59	07	Gesundheitsdienste	340007010100 Gesundheitsförderung	539130	Krankenhausumlage	üpl.	12.01.2016	51.560,00	2.464.330,00	SV	51.560,00 EUR
60	08	Sportförderung	250008010100 Förderung des Schul- und Vereinssports	531800	Aufwendungen für Zuschüsse an übrgie Bereiche	üpl.	13.01.2016	8.700,00	500.430,00	E	8.700,00 EUR
61	08	Sportförderung	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.	785210	AiB Tiefbaumaßnahme OGM	üpl.	14.01.2016	7.580,00	710.330,00	SI	7.580,00 EUR
62	02	Sicherheit und Ordnung	240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergen., Umweltzone u.a.	529126 529142	EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste	üpl.	18.01.2016	3.320,00	110.220,00	E	3.320,00 EUR
63	01	Innere Verwaltung	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformationen	529126	EP Druck u. Grafik	üpl.	19.01.2016	1.845,00	9.715,00	E	1.845,00 EUR
64	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	310006010290 Spielplätze	521150	Auf.f.Sanierg., Gebäude- u. Grundst.unterh OGM	apl.	19.01.2016	88.438,00	88.438,00	SV	88.438,00 EUR
65	03	Schulträgeraufgaben	140003010100 Grundschulen	521150	Aufw.f.Sanierg., Gebäude- u. Grundst.unterh OGM	apl.	19.01.2016	9.387,00	9.387,00	SV	9.387,00 EUR
66	01	Innere Verwaltung	110001090300 Stadtkasse	543158	Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr	üpl.	19.01.2016	8.100,00	178.100,00	ME	8.100,00 EUR
67	07	Gesundheitsdienste	340007010100 Gesundheitsförderung	529126 529142	EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste	üpl.	20.01.2016	300,00	30.330,00	E	300,00 EUR
68	04	Kultur und Wissenschaft	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	21.01.2016	1.540,00	7.060,00	E	1.540,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
69	04	Kultur und Wissenschaft	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	21.01.2016	6.016,00	12.976,00	E	6.016,00 EUR
70	01	Innere Verwaltung	110001090300 Stadtkasse	543158	Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr	üpl.	22.01.2016	3.000,00	181.100,00	ME	3.000,00 EUR
71	01	Innere Verwaltung	130001130200 Bebaute Grundstücke	544110	Grundsteuer	üpl.	26.01.2016	62.230,00	112.230,00	SV	62.230,00 EUR
72	01	Innere Verwaltung	810001010101 Ratsangelegenheiten	529142	EP Post- und Botendienste	üpl.	27.01.2016	1.350,00	5.480,00	SV	1.350,00 EUR
73	01	Innere Verwaltung	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	28.01.2016	3.110,00	42.750,00	SV	3.110,00 EUR
74	01	Innere Verwaltung	400001150101 Internationale Begegnungen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	28.01.2016	11.300,00	108.137,00	SV	11.300,00 EUR
75	01	Innere Verwaltung	820001050100 Rechnungsprüfung	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	28.01.2016	260,00	9.290,00	SV	260,00 EUR
76	01	Innere Verwaltung	920001040100 Personalrat	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	28.01.2016	1.810,00	17.230,00	SV	1.810,00 EUR
77	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	510009010190 Räumliche Planung / Stadtplanung	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	29.01.2016	1.100,00	29.250,00	SV	1.100,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
78	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	520009030100 Vermessung, Kartografie	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	29.01.2016	1.700,00	62.440,00	SV	1.700,00 EUR
79	04	Kultur und Wissenschaft	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	529126	EP Druck und Grafik	üpl.	29.01.2016	874,00	13.850,00	SV	874,00 EUR
80	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	560012010190 Gemeindestr. u. sonst. öffentl. Verkehrsflächen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	01.02.2016	30.800,00	162.820,00	SV	30.800,00 EUR
81	04	Kultur und Wissenschaft	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	02.02.2016	3.070,00	30.790,00	SV	3.070,00 EUR
82	02	Sicherheit und Ordnung	240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergen., Umweltzone u.a.	529100	Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	üpl.	02.02.2016	10.000,00	240.000,00	SV	10.000,00 EUR
83	04	Kultur und Wissenschaft	880004030100 u.a. Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	02.02.2016	94.280,00	479.090,00	SV	94.280,00 EUR
84	03	Schulträgeraufgaben	140003010100 u.a. Grundschulen u.a.	527198	Nutzungsentgelte OGM	üpl.	02.02.2016	92.340,00	1.554.020,00	SV	92.340,00 EUR
85	05	Soziale Leistungen	320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen	542210	Aufwendungen für Miete OGM	üpl.	02.02.2016	60.000,00	763.090,00	SV	60.000,00 EUR
86	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	310006010190 u.a. Kindergärten	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	02.02.2016	31.750,00	562.500,00	SV	31.750,00 EUR
87	05	Soziale Leistungen	260005050190 Kommunales Integrationszentrum	543188 u.a.	FL Beschaffungswesen	üpl.	02.02.2016	271,00	8.350,00	E	271,00 EUR
88	02	Sicherheit und Ordnung	610002150100 Gefahrenabwehr	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	03.02.2016	31.000,00	488.590,00	SV	31.000,00 EUR
89	02	Sicherheit und Ordnung	240002060100 Tiergesundheits/-schutz	527104	Sonstige Aufwendunegen für Sachleistungen	üpl.	03.02.2016	21.000,00	21.250,00	SV	21.000,00 EUR

lfd Nr.	Produktbereich		Auftrag / Finanzstelle	Kostenart / Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. Betrag in EUR	neuer Ansatz in EUR	Deckungsmittel E = Einsparung ME = Mehrertrag, -einzahlung SV = Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit SV(Fi) = Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit SI = Erhöhung des Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit VE = Verpflichtungsermächtigung	
90	04	Kultur und Wissenschaft	860004070100 Musikschule	543188	FL Beschaffungswesen	üpl.	03.02.2016	11.700,00	27.260,00	SV	11.700,00 EUR

Einsparungen	E	445.932,00
Mehrertrag, -einzahlungen	ME	244.377,00
Verschlechterung des Ergebnisses aus lfd. Verwaltungstätigkeit	SV	766.924,00
Erhöhung d. Saldos aus lfd. Investitionstätigkeit	SI	437.100,00
Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit	SV(FI)	0,00
SUMME		1.894.333,00

Verpflichtungsermächtigung

lfd Nr.	Produktbereich		Investitionsnummer	Finanzposition		apl./ üpl.	Bewilligung durch den Kämmerer am:	üpl. / apl. VE in EUR	neue VE	Deckungsmittel	
1	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	560012010100000 - Gemeindestraßen	782100	Auszahlungen für Grundstücke / Gebäude	apl.	03.12.2015	8.000,00	8.000,00	Kürzung	8.000,00 EUR

4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Lfd. Nr. 1

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Investitionsnummer:	310006010100200 KTE Bahnstraße
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	28.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

An der KTE Bahnstraße mussten mehr Gruppen aufgenommen werden, als Gruppenräume vorhanden sind. Der vom Land NRW vorgeschriebene Mehrzweckraum entfällt daher. Damit der KTE eine Zulassung ausgesprochen wird, muss eine Gruppe ausquartiert werden. Dafür ist das ehemalige Verwaltungsgebäude der Kastellschule vorgesehen. Um diesen Standort längerfristig nutzen zu können muss er kindergartengerecht hergerichtet werden.

Lfd. Nr. 2

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Investitionsnummer:	310006010100200 KTE Bahnstraße
Finanzposition:	785120 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	4.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

An der KTE Bahnstraße mussten mehr Gruppen aufgenommen werden, als Gruppenräume vorhanden sind. Der vom Land NRW vorgeschriebene Mehrzweckraum entfällt daher. Damit der KTE eine Zulassung ausgesprochen wird, muss eine Gruppe ausquartiert werden. Dafür ist das ehemalige Verwaltungsgebäude der Kastellschule vorgesehen. Um diesen Standort längerfristig nutzen zu können muss er kindergartengerecht hergerichtet werden.

Lfd. Nr. 3

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Auftrag:	u. a. 560012010190 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Kostenart:	543115, 543188 Deckungsring Fremdleist. Bereich 5-6
Betrag:	32.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die neuen Einheitspreise und Fremdleistungen (543115 – FL Postaufwendungen und 543188 – FL Beschaffungswesen) für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 4

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	529165 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit
Betrag:	1.948,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „In Sachen Integration“ erwartet der verantwortliche Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren auch im laufenden Haushaltsjahr außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Gesamthöhe von 45.020 EUR. Diese Mittel werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg in mehreren Teilbeträgen projektbezogen überwiesen. Gemäß Mitteilung der Gleichstellungsstelle wurde nunmehr ein weiterer Teilbetrag in o.g. Höhe vereinnahmt. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag: 840001030100 - Büro für Chancengleichheit, Kostenart: 414000 - Zuweisungen vom Bund.

Lfd. Nr. 5

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	860004070300 Kulturbüro
Kostenart:	531826 Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche - Kultur und Schule
Betrag:	19.550,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Über die Kostenart 531826 – Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche - Kultur und Schule, werden etwaige zweckgebundene Landesprojekte wie Kultur und Schule, Kulturrucksack und Kulturstrolche abgewickelt. Die vom Land bereitgestellten Mittel sind dabei nachweislich in voller Höhe für die einzelnen Projekte umzusetzen. In den Fällen, in denen die Förderungen nicht in vollem Umfang abgerufen wurden, kann es seitens des Zuschussgebers zu Rückforderungen der Fördermittel kommen. Im laufenden Jahr wurden Fördermittel für das Projekt „Kulturrucksack“ aus den Jahren 2012 und 2013 zurückgefordert. Es besteht somit zu Recht ein Rückforderungsanspruch, da in den betroffenen Jahren nachweislich nicht die komplette Fördersumme umgesetzt werden konnte. Basierend auf den Regelungen innerhalb der jeweiligen Förderbescheide ist die überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Rückerstattung der erhaltenen aber nicht umgesetzten Fördermittel erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 6

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen
Kostenart:	521150 Aufw. f. Sanierg., Gebäude- u. Grundstücksunterhaltung -OGM-
Betrag:	5.355,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bei der Anschaffung einer neuen Garderobe im Schloss Oberhausen wurde festgestellt, dass vor der Montage umfängliche Renovierungsarbeiten an der Wand sowie am Boden vorzunehmen sind. Dieser Umstand wurde im Rahmen der Planung der Leistungsverzeichnisse der OGM GmbH (Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) nicht berücksichtigt. Damit sind die anfallenden Renovierungsarbeiten nicht im Leistungsvertrag enthalten und sind zusätzlich abzuwickeln. Bei einer Nichtdurchführung der Maßnahme besteht die Gefahr, dass die Tragfähigkeit von schweren Kleidungsstücken, insbesondere in den kommenden Wintermonaten, mit der vorhandenen veralteten Garderobe, in Verbindung mit der porösen und nicht intakten Bausubstanz, auf der diese installiert ist, nicht mehr gegeben ist. Um einen unbeeinträchtigten Galeriebetrieb nicht zu gefährden, ist die vorgesehene außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Durchführung der entsprechenden Instandsetzungsmaßnahme erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 7

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen
Kostenart:	521160 Aufw. f. Ing.-Lstg., Honorar- u. Regiekosten -OGM-
Betrag:	1.190,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bei der Anschaffung einer neuen Garderobe im Schloss Oberhausen wurde festgestellt, dass vor der Montage umfängliche Renovierungsarbeiten an der Wand sowie am Boden vorzunehmen sind. Dieser Umstand wurde im Rahmen der Planung der Leistungsverzeichnisse der OGM GmbH (Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) nicht berücksichtigt. Damit sind die anfallenden Renovierungsarbeiten nicht im Leistungsvertrag enthalten und sind zusätzlich abzuwickeln. Bei einer Nichtdurchführung der Maßnahme besteht die Gefahr, dass die Tragfähigkeit von schweren Kleidungsstücken, insbesondere in den kommenden Wintermonaten, mit der vorhandenen veralteten Garderobe, in Verbindung mit der porösen und nicht intakten Bausubstanz, auf der diese installiert ist, nicht mehr gegeben ist. Für eine fachmännische Umsetzung der Maßnahme fallen Aufwendungen für Honorare für Architekten bzw. Ingenieure an. Um einen unbeeinträchtigten Galeriebetrieb nicht zu gefährden, ist die vorgesehene außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Durchführung der entsprechenden Instandsetzungsmaßnahme erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 8

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	6.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 9

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	610002150100 Gefahrenabwehr
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	2.970,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Lfd. Nr. 10

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Auftrag:	140003010100 u.w. Grundschulen u.w.
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	43.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 11

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	410001100300100 Stadtarchiv
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	76.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Unter der Drucksache B/15/2977-01 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, das Archiv zur Eschenstr. 60 zu verlegen. In diesem Rahmen der Umsetzung wurde festgestellt, dass die Installation des Filmarchivs der Kurzfilmtage nicht vorgesehen war. Aufgrund der besonderen klimatischen Bedingungen für Filmlagerung mussten aufwendige technische und bautechnische Zusatzarbeiten vorgenommen werden. Die Bereitstellung des außerplanmäßigen Betrages ist daher notwendig.

Lfd. Nr. 12

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	130001130100 Unbebaute Grundstücke
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	2.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 13

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	3.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes wurden im Bereich 2-6 / Kommunales Integrationszentrum zwei neue Stellen eingerichtet. Da es sich bei der Einrichtung der neuen Stellen um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelt, kann keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen. Allerdings führt dieser Sachverhalt auch zu keiner Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit, da eine Deckung innerhalb des Produktes 050501 – Kommunales Integrationszentrum gegeben ist. Die Mittelbereitstellung ist aufgrund vertraglicher Verpflichtungen unabweisbar. Eine Deckung erfolgt aufgrund Minderaufwendungen in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 543164 - Sonstige Geschäftsaufwendungen - Kinderpädagogischer Dienst.

Lfd. Nr. 14

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	860004070102 Sinfoniekonzerte
Kostenart:	543152 Aufw. für übrige betriebliche Aufwendungen
Betrag:	879,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Mit einer Universität wurde für das Sinfoniekonzert am 29.05.2015 vertraglich vereinbart, dass die fällig werdenden Gebühren der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) durch diese übernommen werden. Eine Rechnungslegung durch die GEMA direkt an die Universität war nicht möglich, da die Gebührenfestsetzung immer gegenüber dem Veranstalter vorgenommen werden muss. Solche Kostenübernahmeregelungen sind Ausnahmeregelungen und waren hier erstmalig Bestandteil einer vertraglichen Vereinbarung. Eine Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsplanung ist aufgrund der ungewissen unterjährigen Vertragsverhandlungen daher nicht möglich. Um der Gebührenforderung gegenüber der GEMA nachzukommen ist die überplanmäßige und zweckgebundene Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar. Eine Deckung erfolgt aufgrund außerplanmäßiger Mehrerträge in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 448800 - Erträge von übrigen Bereichen.

Lfd. Nr. 15

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	16.200,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Zusammenhang mit der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ in diversen europäischen und nichteuropäischen Ländern sind entgegen der Planung unerwartet hohe Flug- und Transferkosten entstanden. Darüber hinaus sollte der Jugendaustausch mit der Ukraine 2015 nicht in Deutschland stattfinden. Aufgrund nicht ausreichender Mittel der Verantwortlichen vor Ort bzw. der politischen Ereignisse in der Ukraine hat man sich jedoch kurzfristig dazu entschieden, den Austausch mit der ukrainischen Jugendgruppe in Deutschland zu organisieren. Dies führte ebenfalls zu nicht geplanten Mehraufwendungen. Zur Finanzierung und Abwicklung der „MULTI“ wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland Zuschüsse in nicht geplanter Höhe überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (Flugtickets, Transfers) entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag: 400001150101 - Internationale Begegnungen, Kostenart: 414200 - Zuweisungen von Gemeinden / Gemeindeverbänden.

Lfd. Nr. 16

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	990001020290 Verwaltungsführung
Kostenart:	543141 Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV-Beratung
Betrag:	3.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben sich die Städte und Kreise des Ruhrgebiets sowie des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis („Raus aus den Schulden“) zusammengeschlossen. Im Rahmen dieses Aktionsbündnisses haben in den Jahren 2013 und 2014 sogenannte Kämmerersitzungen stattgefunden. Zur wissenschaftlichen Beratung und Begleitung sowie zur Entwicklung von möglichen Handlungsstrategien wurde eine externe Firma beauftragt. Es wurde vereinbart, dass diese ihre Beratungsleistungen den teilnehmenden Kommunen in Rechnung stellt. Dabei handelt es sich um erbrachte Dienstleistungen aus den Jahren 2013 bzw. 2014, entsprechende Ermächtigungen standen in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung. Da die Rechnungslegung jedoch erst im laufenden Haushaltsjahr erfolgt ist, sind keine ausreichenden Mittel im Haushalt eingeplant. Damit die Mehraufwendungen entsprechend fristgerecht beglichen werden, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 17

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	880004030103 Gedenkhalle
Kostenart:	529152 Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit
Betrag:	33.585,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben fördert bis zum Jahr 2019 lokale Partnerschaften für Demokratie. Bereits im aktuellen Haushaltsjahr werden für das Projekt „Demokratie leben“ Fördermittel durch den Bund bereitgestellt. Da sich die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen erst im laufenden Jahr ergeben und konkretisiert haben, war eine Planung für den Haushalt 2015 nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 ff. wurden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen bereits mit berücksichtigt. Um die diesjährige Projektumsetzung zu gewährleisten, ist die außerplanmäßige und zweckgebundene Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar. Eine Deckung erfolgt aufgrund außerplanmäßiger Mehrerträge in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 414000 - Zuweisungen vom Bund.

Lfd. Nr. 18

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	850004060111 Öffentliche Bibliotheken
Kostenart:	543115 FL Postaufwendungen
Betrag:	30.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Über die Fremdleistungen für Postaufwendungen werden innerhalb des Fachbereichs 0-3-10 / Fachbereich Bibliothek, Fahrdienstleistungen einer Spedition in Anspruch genommen. Dadurch werden z.B. die in den verschiedenen Zweigstellen zurückgebrachten Medien den ursprünglichen Häusern, zur Bestandswahrung, zurückgeführt. Der Fahrdienst der beauftragten Spedition ist kein Bestandteil der mit der Oberhausener Gebäudemanagement (OGM) GmbH geschlossenen Leistungsverträge und wird daher zusätzlich abgerechnet. Zur Begleichung der ausstehenden und kommenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 19

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	860004070100 u. w. Musikschule
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	7.800,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 20

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300800 Sporthalle GSO
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	28.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aus Sicherheitsgründen wurden in den Hallenteilen 1-3 und 4-6 der Sporthalle GSO die Hauptbasketballanlagen bereits im Sommer 2015 außer Betrieb genommen. Inzwischen kann auf die Erneuerung einer der Hauptanlagen und Errichtung von vier zusätzlichen Korbanlagen für Übungszwecke (insbesondere für den Schulsport) nicht mehr verzichtet werden. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel ist daher erforderlich.

Lfd. Nr. 21

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300800 Sporthalle GSO
Finanzposition:	785120 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	4.300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aus Sicherheitsgründen wurden in den Hallenteilen 1-3 und 4-6 der Sporthalle GSO die Hauptbasketballanlagen bereits im Sommer 2015 außer Betrieb genommen. Inzwischen kann auf die Erneuerung einer der Hauptanlagen und Errichtung von vier zusätzlichen Korbanlagen für Übungszwecke (insbesondere für den Schulsport) nicht mehr verzichtet werden. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel ist daher erforderlich.

Lfd. Nr. 22

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001010101 Ratsangelegenheiten
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	10.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Eine Vielzahl von Druckaufträgen für Sitzungsniederschriften, darunter für den Rat sowie diverse Ausschüsse, die das Jahr 2014 betreffen, konnten aufgrund eines Rückstaus in der Bearbeitung erst im laufenden Haushaltsjahr bei der OGM GmbH in Auftrag gegeben werden. Die jeweilige Erstellung und Vervielfältigung der Niederschriften führte im laufenden Haushaltsjahr dazu, dass das vorgesehene Budget für Druck und Grafik nicht auskömmlich war. Darüber hinaus wurde im Rahmen der aktuellen Asyl- bzw. Flüchtlingssituation und der Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum eine große Anzahl von Oberhausener Hauseigentümern angeschrieben. Diese ungeplanten Aufwendungen führen ebenfalls dazu, dass das entsprechende Budget im o.g. Deckungsring nicht ausreicht. Damit die Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 23

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	410001100100 Organisation und allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	32.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 24

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	460001110300000 Geschwindigkeitsüberwachungen
Finanzposition:	783100 Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR
Betrag:	11.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden mehrere Überwachungsanlagen planmäßig angeschafft. Eine Finanzierung erfolgt/e in Form von Ratenzahlungen. Da es sich jedoch um jahresübergreifende Projekte handelt, wurden die Restratenzahlungen bei der Haushaltsanmeldung 2015 nicht berücksichtigt. Im Jahre 2015 wurden weitere Überwachungsanlagen angeschafft, so dass kein ausreichendes Budget für die noch zu leistenden Ratenzahlungen vorhanden ist. Unter Berücksichtigung der noch zur Verfügung stehende Restmittel 2015 und der Ratenzahlungen für 2015 wird ein weiterer zusätzlicher Bedarf in Höhe von 11.500 EUR zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen benötigt. Die formale Mittelbereitstellung ist zwingend erforderlich, um den haushaltsrechtlichen Vorgaben zu entsprechen (Relation Budget/Ist-Finanzrechnung).

Lfd. Nr. 25

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	531829 Aufwendungen für bürgerschaftliche Aktivitäten -Familienbüro-
Betrag:	1.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung „Gemeinsam engagieren - Barrieren abbauen“ wurden von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in NRW (lagfa NRW / Koordinationsbüro c/o Freiwilligenzentrale Hagen e. V.) zweckgebundene Mittel in Höhe von 1.000 EUR zur Verfügung gestellt. Dieser Mehrertrag ist in entsprechender Höhe umzusetzen und zur fristgerechten Begleichung von entsprechenden Mehraufwendungen im Rahmen von bürgerschaftlichen Aktivitäten überplanmäßig bereitzustellen.

Lfd. Nr. 26

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	840001030100 Büro für Chancengleichheit
Kostenart:	529165 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit
Betrag:	7.965,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „In Sachen Integration“ erwartet der verantwortliche Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren auch im laufenden Haushaltsjahr außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Gesamthöhe von 45.020 EUR. Diese Mittel werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg in mehreren Teilbeträgen projektbezogen überwiesen. Gemäß Mitteilung der Gleichstellungsstelle wurde nunmehr ein weiterer Teilbetrag in o.g. Höhe vereinnahmt. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag: 840001030100 - Büro für Chancengleichheit, Kostenart: 414000 - Zuweisungen vom Bund.

Lfd. Nr. 27

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Auftrag:	320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf
Kostenart:	521150 Aufw. f. Sanierg., Gebäude- und Grundst.unterh. -OGM-
Betrag:	2.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Zur Einrichtung eines Jugendbündnishauses ist zur Einhaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt der Umzug der entsprechenden Organisationseinheit notwendig geworden. Damit die hiesigen Datenschutzbestimmungen bezüglich personenbezogener Daten eingehalten werden können, sind im Rahmen des Umzugs Arbeiten an der Elektroumverteilung zur Trennung der EDV-Netzwerke zwingend erforderlich. Da es sich bei dem Umzug der Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelt, kann keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen.

Lfd. Nr. 28

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Auftrag:	320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf
Kostenart:	521160 Aufw. f. Ing.-Lstg., Honorar- u. Regiekosten -OGM-
Betrag:	290,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Zur Einrichtung eines Jugendbündnishauses ist zur Einhaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt der Umzug der entsprechenden Organisationseinheit notwendig geworden. Damit die hiesigen Datenschutzbestimmungen bezüglich personenbezogener Daten eingehalten werden können, sind im Rahmen des Umzugs Arbeiten an der Elektroumverteilung zur Trennung der EDV-Netzwerke zwingend erforderlich. Da es sich bei dem Umzug der Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelt, kann keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen.

Lfd. Nr. 29

Produktbereich:	10 Bauen und Wohnen
Auftrag:	u. a. 530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren
Kostenart:	543115, 543188 DR Fremdleistungen Bereich 5-3
Betrag:	10.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die neuen Einheitspreise und Fremdleistungen (543115 – FL Postaufwendungen und 543188 – FL Beschaffungswesen) für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 30

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	130001130100 Unbebaute Grundstücke
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	4.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 31

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)
Kostenart:	531800 Aufwendungen f. Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	15.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Das Projekt „Zusammenkommen und Verstehen“ wird zu 100% vom Land gefördert, es entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Oberhausen. Das Programm wurde erst nach Aufstellung des Haushaltes 2015 vom Land ins Leben gerufen und konnte somit keine Berücksichtigung bei der Aufstellung des Haushaltes finden. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei der Kostenart: 414100 - Zuweisungen vom Land.

Lfd. Nr. 32

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	10.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungenn OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 33

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002010100 u.a. Allgemeine Gefahrenabwehr, Umweltzone u.a.
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	95.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 34

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	540009020190 u.a. Städtebaul. Sanierg. U. Entw.
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	5.170,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH können ab Oktober 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der Hochrechnung wird bis Dezember 2015 voraussichtlich ein Betrag in Höhe von 5.170 EUR benötigt. Dieser ist überplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Einsparung im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 35

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Investitionsnummer:	140003010500100 Erweiterte Ganztagsförderschule, Herderschule
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	2.920,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Die vertragliche Verpflichtung aus Vorjahren bzgl. einer Zuschussmaßnahme für die Herrichtung der Herderschule zu einer erweiterten Ganztagsförderschule kann unter Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung nunmehr abgewickelt werden. Nach Einschätzung sowohl seitens der OGM GmbH als auch vom Bereich 0-7/SIM ist trotz der aktuell unklaren Rechtssituation (Insolvenz, Mahnbescheid, Widerspruch) damit zu rechnen, dass eine rechtliche Bestätigung zu Gunsten der Privatfirma erfolgen wird. Zur Vermeidung evtl. weiterer Kosten (z. B. Zinsen) ist deshalb eine kurzfristige Abwicklung erforderlich.

Lfd. Nr. 36

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Investitionsnummer:	540009020106105 Integriertes Dachgewächshaus
Finanzposition:	785100 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen
Betrag:	55.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Gemäß den Richtlinien des Förderbescheides muss für das Haushaltsjahr 2015 anteilig außerplanmäßig Budget bereit gestellt werden. Siehe Zuwendungsbescheid vom 08.12.2015 (Betrag laut verbindlicher Kassenwirksamkeit) und entsprechendem Förderantrag vom 24.11.2015. Mehreinzahlungen in Höhe von 50.000 EUR bei der Finanzposition: 681000 - Zuweisungen vom Bund, bei gleicher Maßnahme.

Lfd. Nr. 37

Produktbereich:	08 Sportförderung
Auftrag:	250008010200 Sport -u. Turnhallen auf / an Sportplätzen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	18.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des Beschaffungswesens werden nicht nur benötigte Ge- und Verbrauchsgüter beschafft, sondern auch Reparaturen von defekten Sportgeräten sowie Dienstleistungen der Medienwerkstatt abgewickelt. Der hierfür zu berücksichtigende Aufwand für die Folgejahre ist nicht genau kalkulierbar. Unterjährig ist es daher zu Mehraufwendungen aufgrund erhöhter Reparaturbedarfe sowie durch vermehrte veranstaltungsbedingte Inanspruchnahme der Medienwerksatt gekommen.
Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 38

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	820001050100 Rechnungsprüfung
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	3.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 39

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.
Finanzposition:	785220 Anlage im Bau - Tiefbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	9.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft (Ratsbeschluss vom 17.11.2014) wird die Neugestaltung einer Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein, Sportplatz Lindnerstraße, zum Streetbasketballfeld als ein sinnvoller, attraktivitätsteigender und abschließender Beitrag zur Gesamtumgestaltung vorgeschlagen (s. Beschlussvorlage des Sportausschusses vom 10.12.2015, Drucksache Nr. B/16/1309-01).

Lfd. Nr. 40

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.
Finanzposition:	785210 Anlage im Bau - Tiefbaumaßnahmen OGM
Betrag:	75.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft (Ratsbeschluss vom 17.11.2014) wird die Neugestaltung einer Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein, Sportplatz Lindnerstraße, zum Streetbasketballfeld als ein sinnvoller, attraktivitätsteigender und abschließender Beitrag zur Gesamtumgestaltung vorgeschlagen (s. Beschlussvorlage des Sportausschusses vom 10.12.2015, Drucksache Nr. B/16/1309-01).

Lfd. Nr. 41

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	250008010200000 Turnhallen
Finanzposition:	785120 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	8.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bereits im Jahre 2013 wurden zwei Umkleidetrakte der Sporthalle der GSO modernisiert. Die Maßnahme sollte in den Folgejahren fortgeführt werden. Dies konnte bisher wegen fehlender Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden. Nun sind die restlichen Umkleideräume in einem solch maroden Zustand, dass eine Reinigung sowohl in optischer, als auch in hygienischer Hinsicht nicht mehr ausreichend durchgeführt werden kann und Folgeschäden z.B. durch Undichtigkeiten nicht ausgeschlossen werden können. Dieser schlechte bauliche Zustand gefährdet die weitere Nutzung der Räume. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel ist daher erforderlich.

Lfd. Nr. 42

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	250008010200000 Turnhallen
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	85.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bereits im Jahre 2013 wurden zwei Umkleidetrakte der Sporthalle der GSO modernisiert. Die Maßnahme sollte in den Folgejahren fortgeführt werden. Dies konnte bisher wegen fehlender Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden. Nun sind die restlichen Umkleideräume in einem solch maroden Zustand, dass eine Reinigung sowohl in optischer, als auch in hygienischer Hinsicht nicht mehr ausreichend durchgeführt werden kann und Folgeschäden z.B. durch Undichtigkeiten nicht ausgeschlossen werden können. Dieser schlechte bauliche Zustand gefährdet die weitere Nutzung der Räume. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel ist daher erforderlich.

Lfd. Nr. 43

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	820001050100 Rechnungsprüfung
Kostenart:	543115 FL Postaufwendungen
Betrag:	1.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 44

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	110001090200 Steuern u. grundstücksbezogene Benutzungsgebühren
Kostenart:	543115 FL Postaufwendungen
Betrag:	30.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 45

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	410001100200 IT, Server, Strategie
Kostenart:	529140 EV IT- und TK-Dienste
Betrag:	44.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Darüber hinaus wurde die prozentuale Preissteigerung der einzelvertraglich geregelten Pauchale für IT- und TK-Dienste der OGM GmbH im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 irrtürmlich nicht zugrunde gelegt. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 46

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005010100 Leistungsbeteiligung b. d. Grundsicherung Arbeitssuchende
Kostenart:	546120 Leist.bet.Umsetz.Grunds. Arbeitssuch.- Erstausstattung Wohnungen
Betrag:	90.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Durch nicht vorhersehbare Mehrausgaben bei der Erstausstattung für Wohnungen (Kostenart 546120) wird ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders in der zweiten Jahreshälfte wirken sich die Zugänge an Flüchtlingen aus, die erstmals eine Wohnung beziehen. Es handelt sich um eine Pflichtleistung. Die Erstaustattung erfolgt über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Finanzierung der Mehrausgaben kann mit den Mehrerträgen des Ertragskontos: 448805 - Tilgung der Darlehen zur Wohnraumbeschaffung erfolgen.

Lfd. Nr. 47

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	130001130200000 Bebaute Grundstücke
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	49.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Die Lebenshilfe Oberhausen beabsichigt eine Bürofläche von rd. 390 qm im städtischen Gebäude Stadtmittehaus für die Dauer von 20 Jahren anzumieten. Hierzu sind einige bauliche Maßnahmen erforderlich, da die Fläche ansonsten aufgrund ihres schlechten baulichen Zustandes nicht vermietet werden könnte.

Lfd. Nr. 48

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	130001130200000 Bebaute Grundstücke
Finanzposition:	785120 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	9.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Die Lebenshilfe Oberhausen beabsichtigt eine Bürofläche von rd. 390 qm im städtischen Gebäude Stadtmittehaus für die Dauer von 20 Jahren anzumieten. Hierzu sind einige bauliche Maßnahmen erforderlich, da die Fläche ansonsten aufgrund ihres schlechten baulichen Zustandes nicht vermietet werden könnte.

Lfd. Nr. 49

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Investitionsnummer:	410001100300100 Stadtarchiv
Finanzposition:	785100 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen
Betrag:	2.600,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bezüglich der Beschaffung von Rollregalen liegt die Schlussrechnung der OGM GmbH mittlerweile vor. Oben genannter Betrag muss als Differenz zum Ursprungsbetrag zur Begleichung der Rechnung bereitgestellt werden.

Lfd. Nr. 50

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Investitionsnummer:	320005030100500 Fluchtweg Tackenberg.
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	17.900,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aus Sicherheitsgründen muss bei dem Flüchtlingsstandort Tackenbergschule eine Nottreppe an der Außenfassade des Gebäudes zwingend angebracht werden. Eine sofortige Umsetzung ist erforderlich.

Lfd. Nr. 51

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Investitionsnummer:	320005030100500 Fluchtweg Tackenberg.
Finanzposition:	785120 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen Ingenieurleistungen OGM
Betrag:	1.800,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aus Sicherheitsgründen muss bei dem Flüchtlingsstandort Tackenbergschule eine Nottreppe an der Außenfassade des Gebäudes zwingend angebracht werden. Eine sofortige Umsetzung ist erforderlich.

Lfd. Nr. 52

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Investitionsnummer:	310006010100200 KTE Bahnstraße
Finanzposition:	785110 Anlage im Bau - Hochbaumaßnahmen OGM
Betrag:	9.500,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Bezüglich der Herrichtung eines Gruppenraumes in der Kastellschule als Außenstelle o.g. KTE liegt die Schlussrechnung der OGM GmbH vor. Oben genannter Betrag muss als Differenz zum Ursprungsbetrag zur Begleichung der Rechnung bereitgestellt werden.

Lfd. Nr. 53

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002060100 Tiergesundheit/-schutz
Kostenart:	523200 Erstattungen an Gemeinden (GV)
Betrag:	34.380,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Unterbringung von Fundtieren im Tierheim der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 10.11.1977 und der Verpflichtungserklärung des Dezernats 2 vom 16.01.2003 ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, die Hälfte des im Haushalts der Stadt Mülheim an der Ruhr angewiesenen Zuschussbedarfs zu begleichen. Die Unterbringung, Versorgung und Verwahrung von Fundtieren sind Pflichtaufgaben nach Weisung und dienen der Gefahrenabwehr (Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, BGB). Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat mit Schreiben vom 20.11.2015 mitgeteilt, dass der von der Stadt Oberhausen zu zahlende Anteil bei 214.376,83 EUR liegt. Bei der Planung wurde von einem Anteil in Höhe von 180.000 EUR ausgegangen, so dass ein Fehlbedarf in Höhe von 34.380 EUR entstanden ist. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 war dies nicht absehbar. Der erhöhte Aufwand lässt sich unter anderem durch höhere Unterbringungskosten (Miete und Abschreibungen im Zuge der Sanierung und des Umbaus des Tierheims) begründen. Eine genaue Planung für die Jahre 2016 ff. ist aufgrund der ungewissen Kostenentwicklung nicht möglich. Da jedoch im Weiteren nicht davon ausgegangen wird, dass die zukünftigen Erstattungen unter 200.000 EUR liegen werden, wurde zum Haushalt 2016 der Ansatz entsprechend von 180.000 EUR auf 200.000 EUR angehoben. Aufgrund der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist eine Bereitstellung des überplanmäßigen Mittelbedarfs erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 54

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchende
Kostenart:	546125 Leist.bet.Umsetz.Grunds. Arbeitssuch.- Bekl./Schwangere
Betrag:	9.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Am 17.12.2015 wurde dem Deckungsring Jobcenter bereits 90.000 EUR überplanmäßig zur Verfügung gestellt (hier: Erstausstattung Wohnungen). Durch nicht vorhersehbare Mehrausgaben bei der Erstausstattung für Bekleidung, Schwangerschaft, Geburt wird jedoch auch hierfür ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders im 4. Quartal ist die Anzahl der Bewilligungen gestiegen, so dass die Anzahl der bisher im Jahr 2015 bewilligten Einzelfälle auf 1.062 gestiegen ist (Vorjahr insgesamt 969 Fälle). Es handelt sich um eine Pflichtleistung. Die Erstattung erfolgt über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Finanzierung der Mehrausgaben kann mit den Mehrerträgen des Ertragskontos: 448805 - Tilgung der Darlehen zur Wohnraumbeschaffung, erfolgen.

Lfd. Nr. 55

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	7.200,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Zusammenhang mit der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung "MULTI" in diversen europäischen und nichteuropäischen Ländern sind entgegen der Planung unerwartet hohe Flug- und Transferkosten entstanden. Darüber hinaus sollte der Jugendaustausch mit der Ukraine 2015 nicht in Deutschland stattfinden. Aufgrund nicht ausreichender Mittel der Verantwortlichen vor Ort bzw. der politischen Ereignisse in der Ukraine hat man sich jedoch kurzfristig dazu entschieden, den Austausch mit der ukrainischen Jugendgruppe in Deutschland zu organisieren. Dies führte ebenfalls zu nicht geplanten Mehraufwendungen. Zur Finanzierung und Abwicklung der "MULTI" wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland Zuschüsse in nicht geplanter Höhe überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (Flugtickets, Transfer) entsprechend beglichen werden können, ist der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen. Mehrertrag in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag, Kostenart: 414200 - Zuweisung von Gemeinden / Gemeindeverbänden.

Lfd. Nr. 56

Produktbereich:	10 Bauen und Wohnen
Auftrag:	530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post-/Botendienste
Betrag:	4.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 57

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001010101 Ratsangelegenheiten
Kostenart:	542130 Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten - Lohnausfall/Sitzungsgeld
Betrag:	40.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Haushaltsanmeldung für das Jahr 2015 konnte der Ansatz für die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, insbesondere Lohnausfälle und Sitzungsgelder, nur grob geschätzt werden. Der nunmehr entstandene Mehrbedarf ist durch nicht vorhersehbare Sachverhalte, die im Rahmen der Planung keine Berücksichtigung mehr finden konnten, entstanden. Darüber hinaus ist die o.g. Kostenart im laufenden Haushaltsjahr Bestandteil des produktgruppenspezifischen Deckungsringes des Bereichs 0-1/Stadtkanzlei. Darin werden neben den Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten auch die Sach- bzw. Personalaufwendungen der jeweiligen Fraktionen abgebildet. Durch ebenfalls nicht vorhersehbare Sachverhalte wie die Spaltung der BOB-Fraktion und die Gründung der neuen Gruppe Bürgerliste Oberhausen im Rat sind auch dort erhebliche Mehraufwendungen entstanden, die sich auf den gesamten Deckungsring ausgewirkt haben. Zur fristgerechten Auszahlung des Verdienstausfalls bzw. der Sitzungsgelder an die jeweils betroffenen Mandatsträger ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung daher erforderlich und unabweisbar. Einsparungen in entsprechender Höhe im Deckungsring Personal (D00000001).

Lfd. Nr. 58

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Auftrag:	320006031100 Kinder im Mittelpunkt
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	70.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einem Sachkonto abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Sachkonten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Die Abweichung ist insbesondere durch die hohen Druckkosten der Informationsmappe, die durch 3-1-60 / KIM – Kinder im Mittelpunkt – im Rahmen der Beratungstätigkeit an Eltern ausgehändigt wird, begründet. Mit der OGM GmbH wurde zwischenzeitlich eine günstigere Form der Mappe abgestimmt, so dass künftig die Druckkosten erheblich niedriger eingeschätzt werden. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 59

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010100 Gesundheitsförderung
Kostenart:	539130 Krankenhausumlage
Betrag:	51.560,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Gemäß Festsetzung der Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2015 vom 05.03.2015 hat die Stadt Oberhausen einen Finanzierungsbeitrag von 2.464.330 EUR zu leisten. Da der Haushalt 2015 bereits am 17.11.2014 im Rat der Stadt verabschiedet wurde, konnte der o.g. Betrag nicht im Haushaltsplan 2015 berücksichtigt werden. Der Ansatz beträgt lediglich 2.412.770 EUR. Um die letzte Rate von 616.081 EUR für das Jahr 2015 anweisen zu können, ist ein Betrag von 51.560 EUR überplanmäßig bereit zu stellen.

Lfd. Nr. 60

Produktbereich:	08 Sportförderung
Auftrag:	250008010100 Förderung des Schul- und Vereinssports
Kostenart:	531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Betrag:	8.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Der überplanmäßige Mittelbedarf wird aus mehreren Gründen notwendig:
a) Auf einigen Sportanlagen hat es unterjährige Veränderungen gegeben, weil zum Teil neu gegründete Sportvereine "angesiedelt" und bestehende Sportvereine aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen zur Durchführung des Trainings- und Sportbetriebes in den Wintermonaten (z.B. fehlendes Flutlicht) temporär "umgesiedelt" werden mussten (1. Alevitischer Fußballclub e.V. und FC Sterkrade 72 e.V. / Jugendteams). In diesen Fällen verfügen die aufnehmenden Vereine über vereinseigene Räumlichkeiten und stellen diese den aufgenommenen Vereinen zur Verfügung. Wie in vergleichbaren Fällen erhalten die aufnehmenden Vereine hierfür ein Nutzungsentgelt (insgesamt 1.342,00 EUR).
b) Bei vielen Vereinen müssen Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden, welche im Vorfeld nicht genau kalkulierbar sind. Die erforderlichen Anträge zur Bezuschussung der einzelnen Maßnahmen werden bei Entstehung der einzelnen Bedarfe gestellt. Damit der Sportbetrieb nicht beeinträchtigt wird, sind die benötigten Mittel möglichst zeitnah zu gewähren und zur Verfügung zu stellen. Da nicht absehbar ist in welchem Umfang besonders zum Ende eines Haushahltsjahres noch Bedarfe entstehen, kam es nunmehr dazu, dass keine Mittel zu Förderung mehr zur Verfügung stehen. Damit jedoch der Sport-, Spiel- und Trainingsbetrieb, auch unter sicheren Rahmenbedinungen und im Rahmen der Gleichbehandlung aller Vereine erfolgen kann, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Eine Deckung erfolgt durch Einsparungen in entsprechender Höhe bei o.g. Auftrag, Kostenart: 543132 - Sonstige Geschäftsaufwendungen.

Lfd. Nr. 61

Produktbereich:	08 Sportförderung
Investitionsnummer:	253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.
Finanzposition:	785210 Anlage im Bau - Tiefbaumaßnahmen OGM
Betrag:	7.580,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft (Ratsbeschluss vom 17.11.2014) wird eine Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein, Sportplatz Lindnerstraße, neugestaltet. Mittlerweile liegt die Schlussrechnung bzgl. des Neubaus eines Kunstrasensportplatzes vor und das Budget reicht nicht mehr aus, um die vertragliche Verpflichtung zur Begleichung der Rechnung erfüllen zu können. Durch diese Mittelbereitstellung ist somit ein ordnungsgemäßer Gesamtmaßnahmenabschluss gewährleistet.

Lfd. Nr. 62

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergen., Umweltzone u.a.
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	3.320,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 63

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation
Kostenart:	529126 EP Druck u. Grafik
Betrag:	1.845,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 64

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Auftrag:	310006010290 Spielplätze
Kostenart:	521150 Aufw.f.Sanierg., Gebäude- und. Grundst.unterh OGM
Betrag:	88.438,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

In der Zeit von Juli bis November 2015 wurde auf öffentlichen Spielflächen, auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen und an zwei Grundschulen der notwendige Sand- bzw. Kiesaustausch durchgeführt. Für diese Leistungen stellt die OGM GmbH der Stadt Oberhausen insgesamt einen Betrag von 97.824,16 EUR in Rechnung. Im Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH sind diese Leistungen als "Eventualpositionen" aufgeführt und nach Aussage der OGM GmbH sind die Aufwendungen hierfür nicht durch den bestehenden Leistungsvertrag abgedeckt. Für die durchgeführten Dienstleistungen an öffentlichen Spielflächen und auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen ist ein Betrag in Höhe von 88.438 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen.

Lfd. Nr. 65

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Auftrag:	140003010100 Grundschulen
Kostenart:	521150 Aufw.f.Sanierg., Gebäude- u- Grundst.unterh OGM
Betrag:	9.387,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

In der Zeit von Juli bis November 2015 wurde auf öffentlichen Spielflächen, auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen und an zwei Grundschulen der notwendige Sand- bzw. Kiesaustausch durchgeführt. Für diese Leistungen stellt die OGM GmbH der Stadt Oberhausen insgesamt einen Betrag von 97.824,16 EUR in Rechnung. Im Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH sind diese Leistungen als "Eventualpositionen" aufgeführt und nach Aussage der OGM GmbH sind die Aufwendungen hierfür nicht durch den bestehenden Leistungsvertrag abgedeckt. Für die durchgeführten Dienstleistungen auf Spielflächen von zwei Grundschulen ist ein Betrag in Höhe von 9.387 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen.

Lfd. Nr. 66

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	110001090300 Stadtkasse
Kostenart:	543158 Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr
Betrag:	8.100,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Für die aufwandsmäßige Abbildung der Kontoführungsgebühren des Hauptgeschäftskontos 148148 für den Monat Dezember 2015 stehen sowohl bei der o.g. Haushaltsposition als auch im produktgruppenspezifischen Deckungsring (D01090001) keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung. Der erhöhte Ressourcenverbrauch ergibt sich insbesondere durch die von der Stadtsparkasse Oberhausen vorgenommene Erhöhung der Postengebühren beim Girokonto 119990 aufgrund der im Jahr 2015 stark angestiegenen Anzahl von einzulösenden Schecks durch Flüchtlings bzw. Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Darüber hinaus wurde das Drucken von speziellen vom Bereich 3-2/ Soziales benötigten Scheckvordrucken notwendig, wodurch das geplante Budget zusätzlich überschritten wird. Eine überplanmäßige Mittelbereitstellung ist daher erforderlich und unabweisbar. Mehrerträge in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag, Kostenart: 456500 - Weitere sonstige Erträge.

Lfd. Nr. 67

Produktbereich:	07 Gesundheitsdienste
Auftrag:	340007010100 Gesundheitsföderung
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik, 529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 68

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	1.540,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 69

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	6.016,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar. Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D.

Lfd. Nr. 70

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	110001090300 Stadtkasse
Kostenart:	543158 Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr
Betrag:	3.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Für die aufwandsmäßige Abbildung der Kontoführungsgebühren des Hauptgeschäftskontos 148148 für den Monat Dezember 2015 wurde mit Verfügung vom 14.01.2016 eine überplanmäßige Ausgabe über 8.100,00 EUR beantragt. Wie sich jedoch jetzt herausstellt, existieren im Fachbereich 1-1-60 noch Rechnungen von Gerichtsvollziehern, die das Jahr 2015 betreffen sowie im Fachbereich 1-1-50 Bedarf für Rückstellungsbuchungen für Saldenbestätigungen. Hierfür stehen nun leider keine Mittel mehr in dem Deckungsring (D01090001) zur Verfügung. Daher wird hiermit eine weitere überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 3.000,00 EUR für den Deckungsring beantragt. Mehrerträge in entsprechender Höhe beim o.g. Auftrag, Kostenart: 456500 - Weitere sonstige Erträge.

Lfd. Nr. 71

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	130001130200 Bebaute Grundstücke
Kostenart:	544110 Grundsteuer
Betrag:	62.230,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Steuern und Gebühren für städtische Liegenschaften sind grundsätzlich im Rahmen interner Leistungsbeziehungen darzustellen. Zum Haushalt 2014 ist diese Vorgabe, resultierend aus einem Arbeitskreis NKF der Bezirksregierungen, des Ministeriums für Inneres und Kommunales und der GPA NRW am 14.12.2011, erstmalig umgesetzt. Allerdings ist zu beachten, dass neben den Steuern und Gebühren noch Kosten anfallen, die nicht in den Bescheiden zu den Grundbesitzangaben enthalten sind, sondern direkt an Dritte gezahlt werden. Diese Kosten für Containergestellung, Erstattung von anteiligen Grundbesitzabgaben u.ä. konnten jedoch zum Haushaltsplan 2015 noch nicht genau beziffert werden.

Lfd. Nr. 72

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	810001010101 Ratsangelegenheiten
Kostenart:	529142 EP Post- und Botendienste
Betrag:	1.350,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aufgrund der Asyl- und Flüchtlingssituation waren bereits Kosten für Anschreiben an Oberhausener Hauseigentümer hinsichtlich der Bereitstellung von Wohnraum angefallen. Diese nicht geplanten Aufwendungen verringerten jedoch das geplante Budget. Damit nun Rechnungen für erwartete Sachverhalte beglichen werden können, die ursprünglich im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt wurden, ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gem. § 83 (2) Satz 1 GO NW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, sowie einer Verpflichtungsermächtigung des Jahres 2015

Lfd. Nr. 73

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	3.110,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 74

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	400001150101 Internationale Begegnungen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	11.300,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem 1. Quartal 2014 jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 75

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	820001050100 Rechnungsprüfung
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	260,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 76

Produktbereich:	01 Innere Verwaltung
Auftrag:	920001040100 Personalrat
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	1.810,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Darüber hinaus sieht die Rechnungslegung der OGM GmbH in diesem Jahr die Begleichung der Mietkosten für die Luise-Albertz-Halle im Rahmen der diesjährigen Personalversammlung aus der o.g. Kostenart vor. Hierfür wurden irrtürmlich in Vorjahren kein Ansatz gebildet. Eine entsprechende Anpassung zum Haushaltsjahr 2016ff. wird über die Veränderungsnachweisung sichergestellt. Zur Begleichung der nunmehr ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 77

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	510009010190 Räumliche Planung / Stadtplanung
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	1.100,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH können hier ab Dezember 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der vorliegenden Rechnung wird für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 1.100 EUR benötigt. Dieser ist überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Lfd. Nr. 78

Produktbereich:	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
Auftrag:	520003090100 Vermessung, Kartografie
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	1.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH können ab Oktober 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der vorliegenden Rechnung wird für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 1.700 EUR benötigt. Dieser ist überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Lfd. Nr. 79

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040190 Bildungsangebot im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes
Kostenart:	529126 EP Druck und Grafik
Betrag:	874,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 80

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Auftrag:	560012010190 Gemeindestr. U. sonst. Öffentl. Verkehrsflächen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	30.800,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH können hier ab Dezember 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der vorliegenden Rechnung wird für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 30.800 EUR benötigt. Dieser ist überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Lfd. Nr. 81

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetz
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	3.070,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 82

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr,Sondergenehmigungen, Umweltzone
Kostenart:	529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen
Betrag:	10.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Durch vermehrte Tierfortnahmen durch die Amtsveterinäre aufgrund von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz sind die Unterbringungs- sowie Verpflegungskosten im Tierheim Gelsenkirchen gegenüber den Vorjahren unvorhersehbar gestiegen. Die Mehraufwendungen in Höhe von ca. 32.000 EUR konnten bisher durch anders gelagerte Minderaufwendungen kompensiert werden. Nunmehr stehen jedoch keine ausreichenden Mittel mehr für die Begleichung von Bestattungsrechnungen für ordnungsbehördliche Bestattungen zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um eine von den örtlichen Ordnungsbehörden durchzuführende Pflichtaufgabe gemäß § 8 (1) Bestattungsgesetz NRW. Zudem wurde mit den hiesigen Bestattern entsprechende vertragliche Vereinbarungen getroffen, welche nur durch die Rechnungsbegleichung erfüllt werden. Die überplanmßige Mittelbereitstellung ist daher erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 83

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	94.280,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2015 sind verschiedene Mehraufwendungen entstanden, welche innerhalb der Haushaltsplanung im Jahr 2014 in dem Umfang nicht abzusehen waren. Davon betroffen sind unter anderem die Kosten für den Wachdienst, unaufschiebbare Restaurierungsarbeiten innerhalb des Stadtarchivs sowie Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienst- und Geschäftsbetriebes bei der Ludwig Galerie. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 84

Produktbereich:	03 Schulträgeraufgaben
Auftrag:	140003010100 Grundschulen
Kostenart:	527198 Nutzungsentgelte OGM
Betrag:	92.340,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Rahmen der HSP Maßnahme Nr. 135 D wurden verwaltungsweit Kürzungen bei den Aufwendungen für Nutzungsentgelte vorgenommen. Dies hatte für den Bereich 1-4/Schule die Auswirkung, dass ca. 400.000 EUR weniger Mittel für Aufwendungen für Nutzungsentgelte bereitgestellt wurden. Da zum einen das Ende der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der bereit gestellten Ausstattungsgegenstände noch nicht erreicht wurde und zum anderen Neuanschaffungen und Ersatzbeschaffungen notwendig waren, sind die zur Verfügung stehenden Mittel für das laufende Haushaltsjahr nicht auskömmlich. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Jahr 2015 unabweisbar.

Lfd. Nr. 85

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen
Kostenart:	542210 Aufwendungen für Miete OGM
Betrag:	60.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Jahr 2015 sind beim Auftrag 320005030400/Hilfen für Asylbewerber erhebliche Mietbeträge für angemietete Flüchtlingswohnungen angefallen. Diese Beträge waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung im Jahr 2014 nicht abzusehen. Diese nicht geplanten Aufwendungen, die aufgrund des Deckungsringes D00000012/Mieten dennoch gebucht werden konnten, haben jetzt dazu geführt, dass für ursprünglich geplante noch zu leistende Miet-/Nebenkostenzahlungen kein ausreichendes Budget mehr vorhanden ist. Daher müssen 60.000 EUR überplanmäßig bereitgestellt werden.

Lfd. Nr. 86

Produktbereich:	06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Auftrag:	310006010190 u.a. Kindergärten
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	31.750,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

m Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führt nunmehr, aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014, in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten.
Bereits im Monat August ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung von insgesamt 44.000 Euro im Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-1 / Kinder, Jugend, Bildung notwendig geworden. Dieser Fehlbedarf wurde über Mittel aus dem Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-1 gedeckt, da von entsprechenden Minderaufwendungen im Rahmen des Caterings für die Kindertageseinrichtungen aufgrund des im Jahr 2015 stattgefundenen fünf wöchigen Streiks im Sozial und Erziehungsdienst ausgegangen wurde. Eine im Jahr 2015 durchgeführte Bedarfsabfrage zu den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren sowie notwendig gewordene Ersatzbeschaffungen haben den erwarteten Minderaufwand innerhalb der Fremdleistungen jedoch fast egalisiert, so dass zum Jahresende wiederum ein Fehlbedarf in o.g. Höhe entstanden ist.
Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH ist eine erneute überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 87

Produktbereich:	05 Soziale Leistungen
Auftrag:	260005050190 Kommunales Integrationszentrum
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	271,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Beim Bereich 2-6 / Kommunales Integrationszentrum wurden im Jahr 2015 neue Mitarbeiter eingestellt, somit mussten neue Arbeitsplätze eingerichtet werden. Durch diesen Sachverhalt kommt es zu einem überplanmäßigen Aufwand in Höhe von 271 Euro für die ausstehende OGM Rechnung FL Beschaffungswesen für den Monat Dezember. Einsparung in gleicher Höhe bei der Kostenart 543167 - Sonstige Geschäftsaufwendungen RAA.

Lfd. Nr. 88

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	610002150100 Gefahrenabwehr
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	31.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Die Aufwendungen im Rahmen des Beschaffungswesens im Bereich 6-1/Feuerwehr sind aufgrund erhöhter Unfall- und kostenintensivere Reparaturzahlen sowie durch unplanmäßige Beschaffungen von Schutzausrüstungen für die Berufsfeuerwehr als auch für die freiwillige Feuerwehr, höher ausgefallen als seinerzeit geplant. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Lfd. Nr. 89

Produktbereich:	02 Sicherheit und Ordnung
Auftrag:	240002060100 Tiergesundheit / -schutz
Kostenart:	527104 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen
Betrag:	21.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aus tierschutzrechtlichen Gründen erfolgte im Jahr 2015 eine vermehrte Inobhutnahme von Tieren. Zum Beispiel wurde im Januar 2015 ein Haltungsverbot gegenüber einem Pferdebesitzer ausgeprochen. Damit einhergehend wurden 30 Pferde beschlagnahmt. Im Rahmen der artgerechten Unterbringung musste eine entsprechende Infrastruktur geschaffen und die Verpflegung sichergestellt werden. Im gesamten Jahr ist durch solche Maßnahmen ein Fehlbedarf in Höhe von 21.000 EUR entstanden. Zur Einhaltung der tierschutzrechtlichen Rahmenbedingungen ist eine Bereitstellung des überplanmäßigen Mittelbedarfs erforderlich und unabweisbar. Die entstandenen Kosten werden im Nachgang gegenüber den Tierhaltern geltend gemacht. Damit wird der entstandene Aufwand im Nachgang refinanziert.

Lfd. Nr. 90

Produktbereich:	04 Kultur und Wissenschaft
Auftrag:	860004070100 Musikschule
Kostenart:	543188 FL Beschaffungswesen
Betrag:	11.700,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Im Haushaltsjahr 2015 sind verschiedene Mehraufwendungen entstanden, welche innerhalb der Haushaltsplanung im Jahr 2014 in dem Umfang nicht abzusehen waren. Davon betroffen sind unter anderem die Kosten für den Wachdienst, unaufschiebbare Restaurierungsarbeiten innerhalb des Stadtarchivs sowie Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienst- und Geschäftsbetriebes bei der Ludwig Galerie. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führt nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Die bereits bereitgestellten überplanmäßigen Mittel waren aufgrund nicht planbaren und unvorhersehbaren Ersatzbeschaffungen sowie Beschaffungen zur Aufrechterhaltung des Geschäfts- und Dienstbetriebes nicht auskömmlich. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH ist in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in o.g. Höhe erforderlich und unabweisbar.

Verpflichtungsermächtigung

Lfd. Nr. 1

Produktbereich:	12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Investitionsnummer:	560012010100000 Gemeindestraßen
Finanzposition:	7852100 Auszahlungen für Grundstücke / Gebäude
Betrag:	8.000,00 EUR

Begründung der Unabweisbarkeit

Aufgrund der schwer zu führenden Grundstücksverhandlungen mit den Grundstückseigentümern bzgl. der Baumaßnahme "Holtstegstraße" hat sich der erforderliche Grunderwerb über Jahre hinweggezogen. Kurzfristig konnte eine Beurkundung im September 2015 terminiert und durchgeführt werden. Eine Verschiebung wurde nicht in Betracht gezogen, allein um nach den langwierigen Verhandlungen den Abschluss nicht zu gefährden. Eine kassenmäßige Umsetzung des Vertrages i. H. von ca. 8.000 EUR wird erst in 2016 erfolgen, um die vertragliche Verpflichtung jedoch einzugehen, wird zum jetzigen Zeitpunkt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (kassenwirksam in 2016) erforderlich. Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme -Neubau L215n-.

Jahresabschluss der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2015

Der Jahresabschluss 2015 wurde von mir gemäß

§ 95 Abs. 3 GO NRW aufgestellt.

Oberhausen, den 25. MAI 2016

.....
Stadtkämmerer

Der Jahresabschluss 2015 wurde von mir gemäß

§ 95 Abs. 3 GO NRW bestätigt.

Oberhausen, den 31. MAI 2016

.....
Oberbürgermeister

Jahresabschluss 2015

1. Allgemeine Ausführungen 9
2. Bilanz zum 31.12.2015 – aggregiert – 10
2.1 Bilanz zum 31.12.2015 – Aktiva – 11
2.2 Bilanz zum 31.12.2015 – Passiva – 14
3. Anhang 15
3.1 Allgemeine Angaben 15
3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 15
3.3 Aktiva 17
3.3.1 Anlagevermögen 17
3.3.1.1 Unbewegliches Sachanlagevermögen 17
3.3.1.2 Bewegliches Sachanlagevermögen 20
3.3.1.3 Anlagen im Bau (AIB) / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau 22
3.3.1.4 Finanzanlagen 23
3.3.2 Umlaufvermögen 23
3.3.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 24
3.3.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag 25
3.4 Passiva 26
3.4.1 Eigenkapital 26
3.4.2 Sonderposten 26
3.4.3 Rückstellungen 27
3.4.4 Verbindlichkeiten 29

3.4.5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten 30
3.5 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung 31
3.6 Forderungsspiegel 35
3.7 Verbindlichkeitenspiegel 36
3.8 Rückstellungsspiegel 38
3.9 Anlagenspiegel 39
3.10 Liste der Maßnahmen, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind (31.12.2015) 41
3.11 Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte 44
3.11.1 Bürgschaften 44
3.11.2 Leasingverträge 44
3.12 Gesonderte Anhangsangaben 45
3.12.1 Finanzanlagen 45
3.12.2 Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt 45
4. Lagebericht 47
4.1 Allgemeines 47
4.2 Wesentliche Ereignisse des Haushaltsverlaufs und sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres 48
4.2.1. Ausgangslage „Stärkungspakt (HSP)“ 48
4.2.2. Entwicklung der Flüchtlingszahlen 50
4.2.3. Auswirkungen des Stärkungspaktes auf den Haushalt 52
4.3 Erläuterungen und Analyse der Haushaltswirtschaft 65
4.3.1 Vermögens- und Schuldenlage 65

4.3.1.1 Aktivseite der Bilanz 66
4.3.1.2 Passivseite der Bilanz 68
4.3.2 Ertrags- und Aufwandssituation 70
4.3.2.1 Erträge 71
4.3.2.2 Aufwendungen 91
4.3.2.3 Zusammenfassung Ergebnishaushalt 109
4.3.3 Finanzlage 110
4.3.3.1 Übersicht über die Finanzlage 110
4.3.3.2 Finanzhaushalt (konsumtiver Teil) 111
4.3.3.3 Investitionen und Finanzierung 118
4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage nach dem NKF-Kennzahlenset 120
4.4.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation 120
4.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage 125
4.4.3 Kennzahlen zur Finanzlage 129
4.4.4 Kennzahlen zur Ertragslage 133
4.5 Ausblick 140
4.5.1 Vermögens-,Schulden- und Ergebnisentwicklung 141
4.5.2 Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Haushaltsentwicklung 144
4.6 Ziele und Kennzahlen 147
4.7 Berichtswesen Ziele und Kennzahlen Haushaltsjahr 2015 150
4.8 Organe und Mitgliedschaften 155
5. Ergebnisrechnung 2015 192

5.1 Erträge 194
5.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben 194
5.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen 196
5.1.3 Sonstige Transfererträge 201
5.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte 203
5.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte 206
5.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen 207
5.1.7 Sonstige ordentliche Erträge 213
5.1.8 Aktivierte Eigenleistung 216
5.1.9 Bestandsveränderungen 216
5.1.10 Ordentliche Erträge 216
5.2 Aufwendungen 217
5.2.1 Personalaufwendungen 217
5.2.2 Versorgungsaufwendungen 219
5.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 220
5.2.4 Bilanzielle Abschreibungen 229
5.2.5 Transferaufwendungen 229
5.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen 238
5.2.7 Ordentliche Aufwendungen 247
5.3 ordentliches Ergebnis 247
5.4.1 Finanzerträge 247
5.4.2 Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen 248

5.5 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen 249
5.5.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015 249
5.5.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015 333
5.5.2.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015 unter 100.000 EUR 334
5.5.2.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015 über 100.000 EUR 353
5.6 Übersicht Deckungsringe 356
5.7 Abschlüsse der Gebührenhaushalte 362
5.7.1 Rettungsdienst (Produkt 021601) 363
5.7.2 Straßenreinigung (Produkt 120501) 363
5.7.3 Abwasserbeseitigung (Produkt 110301) 364
5.7.4 Abfallbeseitigung (Produkt 110202) 364
5.7.5 Märkte (Produkt 020204) 365
5.7.6 Kirmes (Produkt 020203) 365
5.7.7 Friedhöfe (Produkt 130601) 366
5.8 Entwicklung der „Sozialen Leistungen“ 367
6. Finanzrechnung 2015 370
6.1 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit 372
6.2 Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit 372
6.3 Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit 372
6.4 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 373
6.4.1 Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen 373
6.4.2 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen 378

6.4.3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen 380
6.4.4 Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten 380
6.4.5 Sonstige Investitionseinzahlungen 383
6.5 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 384
6.5.1 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden 384
6.5.2 Auszahlungen für Baumaßnahmen 385
6.5.3 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen 396
6.5.4 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen 397
6.5.5 Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen 397
6.5.6 Sonstige Investitionsauszahlungen 397
6.6 Saldo aus Investitionstätigkeit 398
6.7 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen 399
6.7.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015 399
6.7.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015 421
6.7.2.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015 unter 100.000 EUR 422
6.7.2.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015 über 100.000 EUR 423
6.8 Ermächtigungsübertragungen von Auszahlungen 424
6.9 Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen 424
6.10 Finanzierungstätigkeit 425
6.10.1 Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen 425
6.10.2 Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung 426
6.10.3 Tilgung und Gewährung von Darlehen 427

6.10.4 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung 428
6.10.5 Saldo aus Finanzierungstätigkeit 429
6.11 Entwicklung der Liquiditätssituation 430
6.11.1 Investitionskredite 430
6.11.2 Liquiditätskredite 431
6.12 Übersicht Deckungsringe 432
7. Teilrechnungen 2015 (nach Produktbereichen) 438

1. Allgemeine Ausführungen

(§ 95 GO NRW, § 37 GemHVO NRW)

Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Jahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er informiert über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Jahres und gibt Aufschluss über die zum Abschlussstichtag bestehende Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde.

Er stellt die wirtschaftliche Lage der Gemeinde dar und gibt Rechenschaft über die Aufgabenerledigung, die Einhaltung des Haushaltsplanes und die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Jahresabschluss besteht aus

- der Ergebnisrechnung
- der Finanzrechnung
- den Teilrechnungen
- der Bilanz

und

- dem Anhang.

Neben der Ergebnis- und der Finanzrechnung gibt die Bilanz eine umfassende Auskunft über das Vermögen und die Schulden der Gemeinde. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen und auch mögliche Auswirkungen auf die Zukunft werden dargestellt.

Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen. Am Schluss des Lageberichts sind die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und die Ratsmitglieder mit vollständigem Namen, ausgeübten Beruf und Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Organen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form anzugeben (s. § 95 (2) GO NRW).

2. Bilanz zum 31.12.2015 – aggregiert –

Aktiva	Stand 31.12.2015 Mio EUR	Passiva	Stand 31.12.2015 Mio EUR
1. Anlagevermögen	1.695	**1. Eigenkapital**	0
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1.1 Allgemeine Rücklage	0
1.2 Sachanlagen	1.478	1.2 Ausgleichsrücklage	0
1.3 Finanzanlagen	217		
		2. Sonderposten	431
2. Umlaufvermögen	50	2.1 für Zuwendungen	365
2.1 Vorräte	9	2.2 für Beiträge	62
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32	2.3 für Gebührenausgleich	4
		2.4 für sonstige	0
2.4 Liquide Mittel	9		
		3. Rückstellungen	462
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	20	3.1 Pensionsrückstellungen	403
		3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	1
4. Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	1.075	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4
		3.4 Sonstige Rückstellungen	54
Fehlbetrag aus Eröffnungsbilanz	281		
Jahresfehlbetrag 2008	122	**4. Verbindlichkeiten**	1.926
Jahresfehlbetrag 2009	128	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	298
Jahresfehlbetrag 2010	156		
Jahresfehlbetrag 2011	68	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	1.582
Jahresfehlbetrag 2012	52		
Jahresfehlbetrag 2013	73	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17
Verrechnungen 2013 (§ 43 (3) GemHVO)	84		
Jahresfehlbetrag 2014	62	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	5
Verrechnungen 2014 (§ 43 (3) GemHVO)	16	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	18
Jahresfehlbetrag 2015	34	4.8 Erhaltene Anzahlungen	6
Verrechnungen 2015 (§ 43 (3) GemHVO) u. Korrektur aus Vj.	-1		
		5. Passive Rechnungsabgrenzung	21
	2.840		**2.840**

2.1 Bilanz zum 31.12.2015 – Aktiva –

			31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
1.Anlagevermögen			**1.694.781.018,45**	**1.704.080.179,51**
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			**0,00**	**0,00**
1.2 Sachanlagen			**1.478.344.718,19**	**1.486.328.548,11**
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**164.851.176,47**		165.476.261,80
1.2.1.1 Grünflächen	115.015.746,70			114.669.270,21
1.2.1.2 Ackerland	2.492.342,23			2.492.342,23
1.2.1.3 Wald, Forsten	4.847.212,85			4.834.263,63
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	42.495.874,69			43.480.385,73
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		**381.948.728,22**		391.963.963,56
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	14.396.604,52			14.743.170,52
1.2.2.2 Schulen	231.306.865,43			237.881.081,43
1.2.2.3 Wohnbauten	25.683.297,27			26.179.767,61
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	110.561.961,00			113.159.944,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen		**852.927.273,29**		879.362.786,03
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	161.720.266,05			161.676.047,78
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	49.725.253,00			50.578.527,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00			0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	298.668.821,87			309.210.196,87
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	329.672.204,37			344.491.486,38
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	13.140.728,00			13.406.528,00
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		**2.053.361,00**		0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		**7.504.253,88**		7.536.713,52
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		**4.748.875,00**		5.282.470,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		**5.727.311,55**		6.134.798,07
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		**58.583.738,78**		30.571.555,13
1.3 Finanzanlagen			**216.436.300,26**	**217.751.631,40**
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		**182.132.877,95**		182.359.464,52
1.3.2 Beteiligungen		**1.802.378,08**		1.802.378,08
1.3.3 Sondervermögen		**8.719.242,62**		8.719.242,62
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		**2.817.996,88**		2.817.629,44
1.3.5 Ausleihungen		**20.963.804,73**		22.052.916,74

			31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00			0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00			0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	19.996.744,51			21.002.458,18
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	967.060,22			1.050.458,56
2.Umlaufvermögen			**49.561.376,46**	**49.939.904,34**
2.1 Vorräte			**8.314.906,42**	**9.272.392,84**
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	4.762.508,95			5.719.995,37
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	3.552.397,47			3.552.397,47
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			**31.873.139,95**	**35.867.894,32**
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		**30.561.717,04**		32.121.987,01
2.2.1.1 Gebühren	3.748.490,08			3.648.025,17
2.2.1.2 Beiträge	556.287,85			504.191,20
2.2.1.3 Steuern	16.163.917,44			19.392.565,99
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	1.615.052,55			1.366.190,16
2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	8.477.969,12			7.211.014,49
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen		**432.505,65**		606.042,58
2.2.2.1 gegenüber dem privatem Bereich	296.284,69			312.300,83
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	1.012,65			2.594,27
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	129.355,31			290.542,08
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00			0,00
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	5.853,00			605,40
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände		**878.917,26**		3.139.864,73
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens			**0,00**	**0,00**
2.4 Liquide Mittel			**9.373.330,09**	**4.799.617,18**
3.Aktive Rechnungsabgrenzung			**19.888.693,94**	**18.029.514,46**
4.Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			**1.075.367.468,73**	**1.042.248.150,19**
4.1 Fehlbetrag aus der Eröffnungsbilanz	280.784.819,46			280.784.819,46
4.2 Jahresfehlbetrag 2008	121.792.549,57			121.792.549,57
4.3 Jahresfehlbetrag 2009	127.872.839,57			127.872.839,57
4.4 Jahresfehlbetrag 2010	155.918.150,17			155.918.150,17
4.5 Jahresfehlbetrag 2011	68.104.298,28			68.104.298,28
4.6 Jahresfehlbetrag 2012	52.700.652,56			52.700.652,56

			31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
4.7 Jahresfehlbetrag 2013	72.567.023,15			72.567.023,15
4.8 Verrechnungen 2013 (§ 43 (3) GemHVO)	84.053.728,19			84.053.728,19
4.9 Jahresfehlbetrag 2014	62.373.076,83			62.373.076,83
4.10 Verrechnungen 2014 (§ 43 (3) GemHVO)	16.081.012,41			16.081.012,41
4.11 Jahresfehlbetrag 2015	33.988.557,78			
4.12 Verrechnungen 2015 (§ 43 (3) GemHVO) und Korrektur aus Vorjahren	-869.239,24			
			2.839.598.557,58	**2.814.297.748,50**

2.2 Bilanz zum 31.12.2015 – Passiva –

	EUR	EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
1. Eigenkapital			**0,00**	**0,00**
1.1 Allgemeien Rücklage		**0,00**		0,00
1.2 Sonderrücklageen		**0,00**		0,00
1.3 Ausgleichsrücklage		**0,00**		0,00
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		**0,00**		0,00
2. Sonderposten			**431.416.745,03**	**439.489.276,72**
2.1 für Zuwendungen		**365.250.080,09**		372.296.010,46
2.2 für Beiträge		**62.289.867,77**		64.637.659,39
2.3 für den Gebührenausgleich		**3.876.797,17**		2.555.606,87
2.4 Sonstige Sonderposten		**0,00**		0,00
3. Rückstellungen			**461.788.525,82**	**452.866.086,14**
3.1 Pensionsrückstellungen		**403.596.746,11**		394.992.724,11
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		**600.000,00**		600.000,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen		**3.860.875,00**		3.860.875,00
3.4 Sonstige Rückstellungen		**53.730.904,71**		53.412.487,03
4. Verbindlichkeiten			**1.925.698.650,27**	**1.899.461.750,79**
4.1 Anleihen		**0,00**		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		**297.537.120,90**		297.369.038,33
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00			0,00
4.2.2 von Beteiligungen	0,00			0,00
4.2.3 von Sondervermögen	0,00			0,00
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	6.836.370,58			7.240.242,45
4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	290.700.750,32			290.128.795,88
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		**1.582.500.000,00**		1.566.300.000,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		**0,00**		0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		**17.321.625,26**		12.098.767,73
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		**4.716.146,99**		4.113.354,90
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten		**18.059.287,27**		15.942.470,35
4.8 Erhaltene Anzahlungen		**5.564.469,85**		3.638.119,48
5. Passive Rechnungsabgrenzung			**20.694.636,46**	**22.480.634,85**
			2.839.598.557,58	**2.814.297.748,50**

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

Die Stadt Oberhausen hat den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2015 nach den Vorschriften des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie des § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) aufgestellt. Hierzu gehört gemäß § 37 Abs. 1 Nr. 5 ein Anhang nach den Regelungen des § 44 Abs. 1 und 2 Gemeindehaushaltsverordnung. Dem Anhang ist gemäß § 44 Abs. 3 Gemeindehaushaltsverordnung ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitenspiegel beizufügen.

Sofern sich aus der Gemeindeordnung bzw. der Gemeindehaushaltsverordnung keine anderweitigen Regelungen ergaben, erfolgte die Erstellung des Jahresabschlusses nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz – BilMoG) findet bei der Stadt Oberhausen derzeit keine Anwendung.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses 2015 waren die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 sowie die Jahresabschlüsse 2008 bis 2013 festgestellt.

Der Jahresabschluss 2014 war vom Stadtkämmerer aufgestellt, vom Oberbürgermeister bestätigt, vom Rat der Stadt Oberhausen jedoch noch nicht festgestellt. Ein Prüfbericht mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk dazu lag dem Rechnungsprüfungsausschuss zu dessen Sitzung am 24. Mai 2016 vor. In derselben Sitzung beschloss der Ausschuss, dem Rat der Stadt Oberhausen zu empfehlen, den Jahresabschluss 2014 festzustellen und dem Oberbürgermeister Entlastung zu erteilen. Genannte Bezüge oder Vorjahreswerte beziehen sich auf diesen Entwurf.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der im Jahresabschluss auszuweisenden Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte entsprechend § 32 Gemeindehaushaltsverordnung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Die Zugänge des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Gegenstände des Anlagevermögens werden entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Grundlage für die jeweilige Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände sind die Vorgaben der NKF-Abschreibungstabelle. In Anlehnung an die NKF-Rahmentabelle wurde eine örtliche Abschreibungstabelle für Oberhausen erstellt. Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Sofern bilanzierte Vermögensgegenstände mit Hilfe von Zuwendungen finanziert worden sind, wurden entsprechende Sonderposten gebildet. Zugänge zu den Sonderposten im Berichtsjahr sind mit den Nennbeträgen passiviert. Für die Sonderposten erfolgte analog zu dem jährlichen Werteverzehr des betreffenden Vermögensgegenstandes eine entsprechende Auflösung.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert. Risiken im Forderungsbestand wurden durch Wertberichtigungen abgedeckt. Der Wertansatz der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag.

Konkret zuzuordnende Ausfallrisiken für Forderungen wurden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Auf den restlichen Forderungsbestand wurden statistisch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten für Forderungsausfälle vorgenommen.

Für die zum Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen und Risiken wurden gemäß § 36 Gemeindehaushaltsverordnung Rückstellungen gebildet. Vorhandene Rückstellungen wurden aufgelöst sofern der Rückstellungsgrund entfallen war bzw. mit einer Inanspruchnahme nicht mehr zu rechnen ist.

3.3 Aktiva

3.3.1 Anlagevermögen

3.3.1.1 Unbewegliches Sachanlagevermögen

Die Entwicklung und Zusammensetzung des Anlagevermögens ist im Einzelnen im Anlagenspiegel (Anlage 3.9) dargestellt.

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unter dieser Bilanzposition werden die städtischen Grün- und Parkanlagen, Friedhöfe, Ackerland, Kleingartenanlagen, Wald und Forsten sowie sonstige unbebaute Grundstücke aufgeführt. Die Bewertung für Aufwuchs und Aufbauten erfolgte in Grün- und Parkanlagen, auf Friedhöfen sowie in Kleingartenanlagen zu einem Festwert. Für die Bewertung des Aufwuchses auf Kinderspielplätzen wurden ebenfalls Festwerte herangezogen.

Die Veränderung der Bilanzposition auf 164.851 TEUR (2014: 165.476 TEUR) setzt sich aus den Abschreibungen auf Aufbauten auf Grünflächen in Höhe von 1.370 TEUR, aus Abgängen aufgrund der Veräußerung von sonstigen unbebauten Grundstücken in Höhe von 985 TEUR, aus Grundstücksgeschäften im Bereich der Grünflächen in Höhe von 118 TEUR und dem Rückbau von Spielgeräten in Höhe von 2 TEUR zusammen. Weiterhin stehen den Abgängen Zugänge in Höhe von 1.061 TEUR gegenüber, die sich im Wesentlichen aus Zugängen für Aufbauten auf Sportanlagen in Höhe von 787 TEUR, Urnenstelen und sonstigen Aufbauten auf Friedhöfen in Höhe von 122 TEUR, dem Zugang von Einzelspielgeräten auf verschiedenen Spielplätzen in Höhe von 94 TEUR, dem Zugang von Aufbauten in Grün und Parkanlagen in Höhe von 42 TEUR, Zugängen in Höhe von 13 TEUR, die ein Waldstück an der Kolberger Str. betreffen und Zugängen von Grund und Boden bei Grünflächen in Höhe von 2 TEUR, zusammensetzen. Umbuchungen in die Anlagenklassen der Günflächen von Anlagen im Bau erfolgten in Höhe von 682 TEUR und betreffen die Freizeitsportanlage an der Lindnerstr. und die Sportanlage Wolfgang Hoffmann Platz.

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte betreffen sowohl den Wert des Grund und Bodens als auch die darauf befindlichen städtischen Gebäude. Hierzu zählen insbesondere Kindertageseinrichtungen, Schulen, Wohnbauten, sowie Dienst- und Geschäftsgebäude. Die Reduzierung des Bilanzwertes auf 381.949 TEUR (2014: 391.964 TEUR) resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Abschreibungen mit 13.824 TEUR, wie im Vorjahr, deutlich über dem Wert der getätigten Investitionen in Höhe von 3.361 TEUR liegen. Abgänge waren in Höhe von 638 TEUR zu verzeichnen.

Im Einzelnen ergeben sich die Zugänge bei den sonstigen Dienst-, Geschäfts und Betriebsgebäuden in Höhe von 1.551 TEUR aus Zugängen für Flüchtlingsunterkünfte in Höhe von 1.395 TEUR, für Erweiterungen an verschiedenen sonstige Gebäuden in Höhe von 79 TEUR und für die Beseitigung von Baumängeln aus der Eröffnungsbilanz an Sportgebäuden in Höhe von 77 TEUR. Zugänge bei den Schulen in Höhe von 1.260 TEUR betreffen Gebäudeerweiterungen an verschiedenen Schulen in Höhe von 1.035 TEUR sowie die Beseitigung von Baumängeln aus der Eröffnungsbilanz in Höhe von 225 TEUR. Zugänge in Höhe von 535 TEUR ergeben sich aus dem Erwerb eines Grundstücks für eine Flüchtlingsunterkunft an der Duisburger Str. in Höhe von 501 TEUR und dem Erwerb eines Sanitärcontainers für den Flüchtlingsstandort an der Weierstraße in Höhe von 34 TEUR. Weitere Zugänge in Höhe von 15 TEUR bei den Kinder und Jugendeinrichtungen betreffen Spielgeräte bei Kindertagesstätten.

Abgänge in Höhe von 638 TEUR ergeben sich durch die Veräußerung eines Wohngebäudes an der Edmundstraße Höhe von 586 TEUR sowie der Veräußerung einer Grundstücksfläche an der Dieckerstr. in Höhe von 36 TEUR und der Veräußerung einer ehemaligen Sportfläche an der Duisburger Str. in Höhe von 16 TEUR.

Die Umbuchungen in Höhe von 885 TEUR erfolgten von Anlagen im Bau aufgrund der Fertigstellung verschiedener Maßnahmen und betreffen das Bert Brecht Haus in Höhe von 536 TEUR, die Bezirkssportanlage Königshardt in Höhe von 185 TEUR, div. sonstige Gebäude in Höhe von 119 TEUR sowie Spielgeräte an Schulen in Höhe von 45 TEUR.

Infrastrukturvermögen

Der Bilanzwert des Infrastrukturvermögens von insgesamt 852.927 TEUR lässt im Vergleich zum Vorjahr (879.363 TEUR) erkennen, dass auch im Geschäftsjahr 2015 den Abschreibungen in Höhe von 30.229 TEUR keine ausreichenden Investitionen gegenüberstehen. Zum Infrastrukturvermögen der Stadt Oberhauen zählen im Wesentlichen Brücken und Tunnel, Deichanlagen, Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, sowie das Straßennetz mit Wegen Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen.

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens beinhaltet die Flächen, auf denen sich die zum Infrastrukturvermögen der Stadt Oberhausen zugehörigen Vermögenspositionen befinden.

Die Veränderungen des Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens ergeben sich aus Zukäufen von Verkehrsflächen und sonstigen Flächen des Infrastrukturvermögens in Höhe von 44 TEUR, Umbuchungen aus Anlagen im Bau in diese Bilanzposition in Höhe von 4 TEUR, sowie dem Verkauf diversen Flächen in Höhe von 4 TEUR.

Brücken und Tunnel

Die Bestände der städtischen Brücken und Tunnel haben sich im Haushaltsjahr 2015 auf 49.725 TEUR verändert (2014: 50.579 TEUR). Die Wertveränderungen ergeben sich aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 853 TEUR.

Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen hat sich im Jahr 2015 der Bestand um 10.541 TEUR auf 298.669 TEUR (2014: 309.210 TEUR) reduziert. Diese Veränderung resultiert lediglich aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe 10.541 im Geschäftsjahr 2015. Zu- und Abgänge wurden noch nicht erfasst. Bis zur fachlichen Aufbereitung der Bewegungsdaten und Verarbeitung im Folgejahr werden die Beträge unter Anlagen im Bau geführt.

Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Diese Bilanzposition umfasst sowohl die im Eigentum der Stadt befindlichen Strassen, Wege und Plätze, als auch den Bestand an Straßenbäumen, Geschwindigkeitsmessanlagen, Parkscheinautomaten, der Straßenbeleuchtung inkl. Kabelnetz und Schaltstellen, Lichtsignalanlagen, Parkleitsystemen, Verkehrsrechnern, Steuerkabelnetz sowie Schilderbrücken. Die Bewertung des Kabelnetzes, der Schalt- und Trennstellen sowie des Steuerkabelnetzes erfolgte zu einem Festwert.

Der Wert der Bilanzposition zum 31.12.2015 beträgt 329.672 TEUR (2014: 344.491 TEUR).

Die Reduzierungen der Bestandswerte ergeben sich neben den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 18.568 TEUR aus Abgängen aufgrund des Abrisses von Altanlagen in Höhe von 1.678 TEUR.

Den Bestandsminderungen stehen Zugänge in Höhe von 1.618 TEUR gegenüber. Darin enthalten sind Zugänge aus dem Bereich der Lichtsignalanlagen in Höhe von 748 TEUR, für die Straßenbeleuchtung in Höhe von 87 TEUR und für Radaranlagen in Höhe von 63 TEUR.

Umbuchungen aus den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition wurden in Höhe von 2.921 TEUR durchgeführt. Hieraus stammen 2.230 TEUR aus der Aufbereitung von Straßenbaumaßnahmen, die im Rahmen des Kanalbauprogramms ausgeführt wurden. Im Geschäftsjahr 2015 wurde die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik in Höhe von 3.466 TEUR fertiggestellt. Eine Umbuchung aus den Anlagen im Bau auf aktive Anlagen der Straßenbeleuchtung erfolgte noch nicht. Der Betrag wird bis zur fachlichen Aufbereitung durch den Fachbereich und der anschließenden Verarbeitung in der Anlagenbuchhaltung als Anlage im Bau ausgewiesen.

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Der Wert der Ruhrdeichanlage, der Stützwände, der Hafenanlagen (Marina Oberhausen am Centro) sowie der Festplatzschränke hat sich im Jahr 2015 lediglich durch die Abschreibung in Höhe von 266 TEUR verändert. Zu- oder Abgänge sind nicht zu verzeichnen. Der Bilanzwert dieser Vermögensposition beträgt 13.141 TEUR (2014: 13.407 TEUR).

Bauten auf fremdem Grund

Im Geschäftsjahr 2015 wurden mit der Flüchtlingsunterkunft an der Gabelstraße erstmals Bauten auf fremdem Grund im Gesamtwert von 2.053 TEUR (2014: 0 TEUR) bilanziert. Der Gesamtwert setzt sich aus Umbuchungen aus den Anlagen im Bau in die Anlagenklasse Bauten auf fremdem Grund in Höhe von 1.103 TEUR, Zugängen im Geschäftsjahr 2015 in Höhe von 998 TEUR, sowie der Wertminderung durch die AfA des Jahres in Höhe von 48 TEUR zusammen.

3.3.1.2 Bewegliches Sachanlagevermögen

Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Die Position Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler mit 7.504 TEUR (2014: 7.537 TEUR) betrifft Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Kulturdenkmäler, Skulpturen und Plastiken etc. Die Wertveränderung dieser Bilanzposition ergibt sich durch Zugänge aufgrund von Zukäufen und Schenkungen von Kunstgegenständen und Kurzfilmen in Höhe von 14 TEUR. Diesen Zugängen stehen die Abschreibungen der Brunnenanlagen in Höhe von 46 TEUR entgegen.

Maschinen und technische Anlagen

Das von der Stadt Oberhausen genutzte bewegliche Anlagevermögen befindet sich weitgehend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH. Diese stellt der Stadt Oberhausen die Vermögensgegenstände gegen ein Nutzungsentgelt zur Verfügung.

Bei den im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Maschinen und technischen Anlagen handelt es sich im Wesentlichen um den Fuhrpark, sowie die Maschinen- und Geräteausstattung der Feuerwehr. Der Bestand 2015 beträgt 4.749 TEUR (2014: 5.282 TEUR). Die Veränderung der Bilanzposition ist wesentlich durch die Abschreibung in Höhe von 799 TEUR und durch Abgänge bei den Feuerwehrfahrzeugen in Höhe von 72 TEUR und Maschinen in Höhe 8 TEUR geprägt. Diesen Minderungen der Bilanzposition stehen lediglich Zugänge in Höhe von 268 TEUR gegenüber, die sich aus dem Kauf eines Wechselladerfahrzeugs in Höhe von 266 TEUR und dem Zugang eines Löschfahrzeugs aus einer Schenkung vom Bund in Höhe von 2 TEUR zusammensetzen.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die von der Stadt Oberhausen genutzte Betriebs- und Geschäftsausstattung befindet sich ebenfalls überwiegend im Eigentum der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH und wird der Stadt Oberhausen unter Berechnung von Nutzungsentgelten zur Verfügung gestellt.

Für die im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen städtischen Musikinstrumente, für den Bestand an Lernmitteln sowie für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr mit einem Wiederbeschaffungswert von unter 2 TEUR erfolgte die Bewertung zu einem Festwert. Abweichend hierzu werden seit dem Geschäftsjahr 2011 die im Rahmen des Projektes JEKI (Jedem Kind ein Instrument) angeschafften Musikinstrumente in der Anlagenbuchhaltung der Stadt einzeln aktiviert.

Für die Grundwassermessstellen, die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Volkshochschule, das bewegliche Anlagevermögen, das Tochterunternehmen oder Eigenbetrieben zur Nutzung überlassen ist, sowie für Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Feuerwehr mit einem Wiederbeschaffungswert von über 2 TEUR wurden die Werte aus dem Vorjahr vermindert um Abschreibungen, fortgeschrieben.

Insgesamt führt die Bilanzposition einen Bestand von 5.727 TEUR (2014: 6.135 TEUR).

Die Zugänge in Höhe von insgesamt 138 TEUR bei dieser Vermögensposition betreffen die Ausstattung der Feuerwehr in Höhe von 130 TEUR sowie im Wesentlichen die als GWG geführten Musikinstrumente aus dem JEKI Projekt in Höhe von 8 TEUR. Die Abgänge in Höhe von 130 TEUR sind wesentlich durch die Anpassung des Festwertes für Lehr- und Lernmittel in Höhe von 111 TEUR geprägt. Weitere Abgänge betreffen Verschrottungen bei den GWG in Höhe von 15 TEUR und die Verschrottung von Ausstattungsgegenständen der Feuerwehr in Höhe von 4 TEUR. Eine weitere Verminderung dieser Vermögensposition ergibt sich aus der Abschreibung in Höhe von 434 TEUR.

3.3.1.3 Anlagen im Bau (AIB) / Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau

Die Veränderung der geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau auf 58.584 TEUR (2014: 30.572 TEUR) gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus Zugängen in Höhe von 33.607 TEUR und aus Umbuchungen in andere Anlagenklassen aufgrund von Aktivierungen fertig gestellter Anlagen in Höhe von 5.595 TEUR.

Die bereits erwähnten Zugänge in Höhe von 33.607 TEUR setzen sich aus den verschiedenen Bereichen wie folgt zusammen:

Hochbau	13.774 TEUR
Kanalbau	11.118 TEUR
Bereich Sport	3.306 TEUR
Straßenbau	2.160 TEUR
Straßenbeleuchtung	1.529 TEUR
Fahrzeuge Feuerwehr	956 TEUR
Erschließung von Neubaugebieten	375 TEUR
Brückenbau	332 TEUR
Sonstige Projekte	57 TEUR

3.3.1.4 Finanzanlagen

Bei den Finanzanlagen in Höhe von 216.436 TEUR (2014: 217.752 TEUR) erfolgte die Reduzierung durch eine Abwertung der von der STOAG gehaltenen Beteiligung an der RW Holding AG in Höhe von 227 TEUR sowie durch Tilgungen ausgegebener Darlehen in Höhe von 1.089 TEUR. Zugänge waren, bis auf eine geringfügige Anpassung im Wertpapierbereich, für 2015 nicht zu verzeichnen.

Die Abwertung der RW Holding-Beteiligung bei der STOAG aufgrund der Umstrukturierung des Aktionärskreises erfolgte bereits im Vorjahr. Da dieser Sachverhalt der Stadt Oberhausen erst nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 bekannt wurde, hat die Stadt Oberhausen die Abwertung im Jahresabschluss 2015 vorgenommen.

3.3.2 Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

Bei dem Bestand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen in Höhe von 255 TEUR (2014: 218 TEUR) handelt es sich um Vorratsmaterial der Feuerwehr. Aufgrund des jährlich nahezu gleich bleibenden Bestandes bezüglich der Materialien und des Wertes wurde für die Bewertung ein Festwert gebildet. Die geringfügige Abweichung resultiert aus der Veränderung des Kraftstoffbestandes, der aufgrund von Preis- und Mengenschwankungen separat bewertet wird.

Ebenfalls unter den Vorräten sind Grundstücke und Gebäude in Höhe von 4.508 TEUR (2014: 5.502 TEUR) ausgewiesen, die zur Vermarktung anstehen. Die Veränderung dieser Bilanzposition ergibt sich aus den Abgängen aufgrund von Grundstücksverkäufen in Höhe 1.130 TEUR, den Zugängen in Höhe von 203 TEUR im Zusammenhang mit dem Umbau der zum Verkauf stehenden Tackenbergschule zur vorübergehenden Nutzung als Asylstandort und der AfA auf Gebäude des Umlaufvermögens in Höhe von 67 TEUR. Eine Umgliederung vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen aufgrund beabsichtigter Vermarktungen wurde 2015 nicht vorgenommen (2014: 5.445 TEUR).

Geleistete Anzahlungen

Die geleisteten Anzahlungen in Höhe von 3.552 TEUR (2014: 3.552 TEUR) betreffen noch nicht abgerechnete Sanierungsarbeiten im Bereich der Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen. Diese Beträge sind noch nach Prüfung und Verbuchung nicht aktivierbarer Bestandteile aus den Schlussrechnungen Kanalbauprogramm zu verrechnen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Bestand an Forderungen zum 31.12.2015 beträgt nach der Bildung von Wertberichtigungen 30.994 TEUR (2014: 32.728 TEUR). Eine Untergliederung wurde nach den in § 41 Absatz 3 Gemeindehaushaltsverordnung vorgegebenen Kriterien durchgeführt. Die Zusammensetzung der Forderungen nach Art und Fälligkeit ist aus dem beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich. Es wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von 9.116 TEUR gebildet. Pauschalwertberichtigungen wurden in Höhe von 1.221 TEUR auf den Forderungsbestand nach Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Der Wert der sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 879 TEUR (2014: 3.140 TEUR) betrifft im Wesentlichen debitorische Kreditoren (413 TEUR), Forderungen aus Sonderhaushalten (138 TEUR) und den Betriebsmittelbestand der Stadt Oberhausen beim KSA (Kommunaler Schadensausgleich, 134 TEUR).

Liquide Mittel

Der Bestand der liquiden Mittel in Höhe von 9.373 TEUR (2014: 4.800 TEUR) betrifft mit 9.351 TEUR Bankguthaben sowie mit 22 TEUR Kassenbestände.

3.3.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten wurden in Höhe von 19.889 TEUR (2014: 18.030 TEUR) gebildet. Sie betreffen mit 3.508 TEUR die Zahlung der Beamtenbezüge für Januar 2016, mit 11.218 TEUR Zahlungen für Aufwendungen des Haushaltsjahres 2016, sowie mit 143 TEUR Disagien und Zinszahlungen. Die Disagien werden entsprechend der Laufzeit der Darlehen aufgelöst.

Für geleistete Investitionskostenzuschüsse an Dritte, für die eine Gegenleistungs- verpflichtung von Dritten besteht, sind Aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 5.021 TEUR vorhanden, die Auflösung erfolgt über die Laufzeit der Gegenleistungsverpflichtung. Sofern es sich um die Weiterleitung von erhaltenen Zuwendungen handelt, wurde ein korrespondierender Passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

3.3.4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

In der Eröffnungsbilanz erfolgte die Ermittlung des Eigenkapitals als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Eröffnungsbilanz die Aktivposten überstiegen, wurde der ermittelte Saldo auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen. Nach Ablauf des vierjährigen, nach GemHVO NRW zulässigen Berichtigungszeitraumes, ergab sich für die Eröffnungsbilanz ein Fehlbetrag in Höhe von 280.785 TEUR.

Aufgrund der kumulierten Jahresfehlbeträge und ergebnisneutralen Verrechnungen bis zum Jahr 2014 in Höhe von 761.463 TEUR, des in 2015 entstandenen Jahresfehlbetrages in Höhe von 33.989 TEUR, der ergebnisneutralen Verrechnung von Aufwendungen/Erträgen aus Anlagenabgängen (Saldo -415 TEUR), der Wertveränderung von Finanzanlagen (227 TEUR) gemäß § 43 Abs. 3 S.1 GemHVO NRW sowie der Korrektur aus Vorjahren (-681 TEUR) wird sich der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“, nach entsprechender Beschlussfassung, die kumulierten Jahresfehlbeträge als Bilanzverlust anzusetzen, auf 1.075.368 TEUR erhöhen.

Bei der ergebnisneutralen Verrechnung von Aufwendungen/Erträgen aus Anlagenabgängen handelt es sich im Wesentlichen um den Verkauf von bebauten Grundstücken (Saldo -415 TEUR). Die Wertveränderung von Finanzanlagen betrifft die außerplanmäßige Abschreibung des Unternehmenswertes der STOAG (Beteiligung an der RW Holding AG) in Höhe von 227 TEUR. Die Korrektur aus Vorjahren resultiert aus der Nachaktivierung eines Gebäudes in Höhe von -681 TEUR.

3.4 Passiva

3.4.1 Eigenkapital

Erläuterungen zum Eigenkapital siehe Punkt 3.3.4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“.

3.4.2 Sonderposten

Die Sonderposten für Zuwendungen betragen 365.250 TEUR (2014: 372.296 TEUR). Sie wurden für Geldleistungen von Dritten gebildet, die die Stadt Oberhausen für die Durchführung von Investitionen erhalten hat. Sofern konkrete Daten zu einzelnen Investitionsförderungen vorlagen, wurden diese den entsprechenden Anlageposten zugeordnet und passiviert. Analog zur Abschreibung des Anlagevermögens wurden die zugehörigen Sonderposten in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst.

Unter den Sonderposten für Beiträge in Höhe von 62.290 TEUR (2014: 64.638 TEUR) werden die nach dem Kommunalabgabengesetz und Baugesetzbuch erhobenen Erschließungsbeiträge im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen sowie die erhobenen Kanalanschlussbeiträge ausgewiesen. Ein Betrag von 1.797 TEUR wurde in die erhaltenen Anzahlungen umgebucht, da das dazugehörige Straßen-/Kanalvermögen noch nicht aktiviert wurde.

Die Sonderposten für den Gebührenausgleich in Höhe von 3.877 TEUR (2014: 2.556 TEUR) betreffen Kostenüberdeckungen innerhalb der Gebührenbereiche Straßenreinigung, Friedhöfe, Abfallbeseitigung sowie Märkte. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Beträge in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen. Gemäß § 6 Kommunalabgabengesetz sind diese Überschüsse in der Gebührenkalkulation der vier Folgejahre gebührenmindernd zu berücksichtigen. Analog dazu erfolgt eine Auflösung der gebildeten Sonderposten. Der Sonderposten für den Bereich der Abfallbeseitigung ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 669 TEUR gestiegen. Im Bereich der Straßenreinigung ist ein Anstieg des Sonderpostens von rd. 109 TEUR und im Bereich der Abwasserbeseitigung ein Anstieg des Sonderpostens von rd. 543 TEUR zu verzeichnen.

Im Jahr 2015 wurden weitere Zuwendungen für Investitionen in Höhe von 1.371 TEUR bilanziert. Da hierzu noch keine Zuordnung zu den jeweiligen Anlagepositionen erfolgt ist, bzw. die Mittel erst in 2016 Verwendung finden, konnte noch keine Sonderpostenbildung mit anteiliger Auflösung erfolgen. Die Zuwendungen wurden daher bis zu einer endgültigen Zuordnung unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen.

3.4.3 Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die gebildete Pensionsrückstellung in Höhe von 403.597 TEUR (2014: 394.993 TEUR) wurde für die Erfüllung künftiger, wahrscheinlicher Pensionszahlungen für die aktiven Beamten sowie für die Versorgungsempfänger gebildet. Die Berechnung erfolgte mit Hilfe der zertifizierten Haessler-Software unter Verwendung der Richttafeln von Heubeck. Die Steigerungen ergaben sich durch weiter angewachsene Anwartschaften und Besoldungsanpassungen.

Aufgrund der von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW vertretenen Auffassung, sind seit dem Geschäftsjahr 2010 in dieser Bilanzposition Verpflichtungen nach dem § 107 Beamtenversorgungsgesetz bzw. Versorgungslastenverteilungsgesetz enthalten, die vormals unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wurden. Im Jahre 2015 waren dieses 1.724 TEUR (2014: 1.567 TEUR) für 26 (Vorjahr 26) Personen.

Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Die Rückstellung für Deponien und Altlasten in Höhe von 600 TEUR (2014: 600 TEUR) betreffen notwendige zu erwartende Aufwendungen für die beiden ehemaligen Deponien auf der Bromberger Straße und in Vonderort.

Instandhaltungsrückstellungen

Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 3.861 TEUR (2014: 3.861 TEUR) wurden für notwendige Sanierungsarbeiten an den Hausanschlüssen städtischer Immobilien gebildet. Hierbei wurden nur die Maßnahmen berücksichtigt, für die in den nächsten Jahren eine konkrete Durchführungsabsicht vorliegt (s. Anlage 3.10). Diese sind angelehnt an das Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Oberhausen. Auf Grund der unklaren Gesetzeslage im Zusammenhang mit der Dichtheitsprüfung von Hausanschlüssen, wurden im Jahr 2015 keine Maßnahmen durchgeführt. Eine weitergehende Planung wurde aus demselben Grunde nicht vorgenommen, die bestehende Rückstellung hat vorerst Bestand. Nach statistischer und überschlägiger Berechnung ohne Bezug zu Einzelobjekten könnten für den Gesamtbestand an städtischen Hausanschlüssen, über die gebildete Rückstellung hinaus, weitere Aufwendungen in Höhe von ca. 12 Mio. EUR entstehen.

Sonstige Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen Rückstellungen beträgt 53.731 TEUR (2014: 53.412 TEUR).

Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch hohe Drohverlustrückstellungen geprägt.

Im Einzelnen sind dieses Erstattungsverpflichtungen aus der Preisreduzierung von Entsorgungskosten der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) in Höhe von 23.485 TEUR sowie ein Klageverfahren gegen die Stadt Oberhausen zur Rückzahlung von Zuschüssen für die Baureifmachung des Stahlwerksgeländes OVision in Höhe von 9.523 TEUR sowie in Höhe von 181 TEUR für ein Klageverfahren zur Sanierung des Hans-Sachs-Berufskollegs.

Rückstellungen für fehlende Eingangsrechnungen, die Lieferungen oder Leistungen des Jahres 2015 betreffen, wurden in Höhe von 2.485 TEUR (2014: 2.405 TEUR) gebildet.

Für Verpflichtungen aus Altersteilzeit wurden Rückstellungen in Höhe von 10.019 TEUR (2014: 10.866 TEUR) gebildet. Die Berechnung erfolgte durch ein versicherungs- mathematisches Gutachten. Der geringere Betrag resultiert aus dem Rückgang der Altersteilzeitfälle.

In Höhe von 4.795 TEUR (2014: 4.547 TEUR) wurden Rückstellungen für noch nicht genommenen Urlaub und den Überhang an Überstunden/Mehrarbeit gebildet.

Ausstehende Beihilfeabrechnungen wurden mit 564 TEUR (2014: 503 TEUR) bilanziert.

Für mögliche Rückzahlungsrisiken von Fördermitteln und Zuwendungen erfolgte die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 964 TEUR (2014: 475 TEUR). Der Anstieg ergibt sich aus der Zuführung zur Rückstellung für Investitionskostenzuschüsse für Schulen in Höhe von rd. 489 TEUR.

Für Jahresabschlusskosten besteht eine Rückstellung in Höhe von 474 TEUR (2014: 474 TEUR).

Eine Gesamtübersicht aller Rückstellungen ist dem beigefügten Rückstellungsspiegel zu entnehmen..

3.4.4 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen in Höhe von 297.537 TEUR (2014: 297.369 TEUR) wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Sofern die Gemeinde nicht über ausreichende liquide Mittel verfügt um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung aufnehmen. Zum 31.12.2015 betrug der Bestand dieser Kreditaufnahmen 1.582.500 TEUR (2014: 1.566.300 TEUR).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 17.322 TEUR (2014: 12.099 TEUR) betreffen Rechnungen für den Leistungszeitraum 2015 die erst im Folgejahr bezahlt werden.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Transferleistungen zum 31.12.2015 betrugen 4.716 TEUR (2014: 4.113 TEUR). Sie betreffen Kreditorenrechnungen und Gutschriften für den Leistungszeitraum 2015 die erst im Folgejahr bezahlt bzw. verrechnet werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 18.059 TEUR (2014: 15.942 TEUR) betreffen im Wesentlichen mit 10.844 TEUR Zinsaufwendungen, die den Zeitraum bis zum 31.12.2015 betreffen und zum Bilanzstichtag noch nicht gezahlt waren, mit 1.302 TEUR Verbindlichkeiten aus verwalteten Bankguthaben, mit 1.999 TEUR noch nicht zugeordnete Zahlungseingänge zu Forderungen, mit 1.577 TEUR Verbindlichkeiten aus der Lohnsteuer für den Dezember 2015 sowie mit 227 TEUR weiterzuleitende Gelder aus Sonderhaushalten.

Erhaltene Anzahlungen

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 5.564 TEUR (2014: 3.638 TEUR) betreffen im Wesentlichen Ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (1.655 TEUR), Zuwendungen für Investitionen (1.371 TEUR), die erst in Folgejahren Verwendung finden und Ablösebeträge für die Erstellung von Stellplätzen (377 TEUR).

Eine Gliederung der Verbindlichkeiten zum 31.12.2015 nach Art und Fälligkeiten ist aus dem beigefügten Verbindlichkeitenspiegel ersichtlich.

3.4.5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Passiven Rechnungsabgrenzungen zum 31.12.2015 in Höhe von 20.695 TEUR (2014: 22.481 TEUR) betreffen mit 11.241 TEUR (2014: 11.357 TEUR) Nutzungsentgelte von Grabstätten und mit 2.403 TEUR (2014: 2.327 TEUR) bereits vereinnahmte Grabpflegegebühren. Die Auflösung der Posten erfolgt zeitanteilig.

Für 5.021 TEUR sind erhaltene Investitionskostenzuschüsse passiviert, die an Dritte weitergeleitet wurden. Für die Gegenleistungsverpflichtung der Dritten wurde ein korrespondierender Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

556 TEUR der passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen kreditorische Debitoren, mit 1.473 TEUR sind Zuwendungen bilanziert, deren Verwendung erst ab dem Haushaltsjahr 2016 erfolgt.

3.5 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung

Ertragsarten

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Realsteuern des § 3 Abs. 2 AO (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) sowie die Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer) und sonstige Gemeindesteuern wie z.B. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer etc.. Ferner werden hier steuerähnliche Erträge, wie z.B. Fremdenverkehrsabgaben und Abgaben von Spielbanken erfasst.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen sind Zuweisungen und Zuschüsse, die dem Empfänger als Finanzhilfen zur Erfüllung seiner Aufgaben zufließen. Bei den Zuweisungen erhalten die Gemeinden Geldmittel von einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger, wie beispielsweise Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen vom Land, während die Gemeinden bei den Zuschüssen Mittel vom unternehmerischen und übrigen Bereich für laufende Zwecke, wie z. B. Spenden erhalten. Weiterhin wird unter dieser Position die ertragswirksame Auflösung von Sonderposten aus passivierten Zuwendungen für Investitionen ausgewiesen.

Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge betreffen Übertragungen von Finanzmitteln, denen keine konkrete Gegenleistung der Gemeinde gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Hierunter fällt ebenso der Ersatz für Sozialhilfeleistungen wie Schuldendiensthilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes für Kredite.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind alle öffentlichen Abgaben, denen eine konkrete Leistung gegenübersteht, wie z. B. Genehmigungsgebühren, Passgebühren etc.. Weiterhin werden hier die Beiträge ausgewiesen, die dem Ersatz des Aufwands für die Herstellung, Anschaffung und Erweiterung öffentlicher Einrichtungen dienen.

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden diejenigen Entgelte erfasst, für die eine konkrete Gegenleistung der Gemeinde erbracht wird, ohne dass es hierfür eine öffentlich-rechtliche Grundlage (Satzung) gibt. Dies betrifft beispielsweise Mieten, Pachten, Verkaufserlöse sowie Entgelte für die Teilnahme an Kursen oder Veranstaltungen der Kommune.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen gehören die Erträge, die die Gemeinde für Aufwendungen erhält, die sie für andere Stellen erbracht hat. Die Kommune handelt in diesen Fällen im Auftrag eines Dritten, der die entstandenen Aufwendungen vollständig oder anteilig erstattet. Beispielsweise liegen Kostenerstattungen vor, wenn auf die Kommune Aufgaben von überörtlichen Sozialhilfeträgern delegiert werden. Wenn die Aufwendungen der Gemeinde, die im Auftrag eines Dritten geleistet wurden, nicht exakt berechnet, sondern nur pauschal in Rechnung gestellt werden, handelt es sich um eine Kostenumlage.

Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge stellen eine Auffangposition für alle Erträge der Gemeinde dar, die nicht anderen Ertragspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen sowohl Konzessionsabgaben, Erträge aus Anlageverkäufen (bei Erlösen über dem Buchwert), Bußgelder, Säumniszuschläge als auch Erträge aus der Auflösung von Rückstellung etc..

Aufwandsarten

Personalaufwendungen

Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen, die unmittelbar mit der Beschäftigung von Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Beschäftigten in der Verwaltung zusammenhängen. Die Personalaufwendungen werden brutto erfasst, d. h. inklusive Lohnnebenkosten, wie beispielsweise Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuführungen zu Personalrückstellungen, z. B. Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Urlaub und Altersteilzeit, etc. werden ebenfalls hier erfasst.

Versorgungsaufwendungen

Unter die Versorgungsaufwendungen fallen alle Aufwendungen für die aus dem Dienst ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Angehörige sofern die Aufwendungen nicht bereits in Vorjahren durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt wurden.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen Aufwendungen, die mit dem gemeindlichen Verwaltungshandeln (Betriebszweck) bzw. Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Unter anderem werden hier die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen Sachanlagevermögens erfasst. Weiterhin fallen unter diese Position sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, wie beispielsweise der Erwerb von Waren und die Aufwendungen für Dienstleistungen.

Bilanzielle Abschreibungen

Der anteilige Ressourcenverbrauch, der durch die Nutzung des Anlagevermögens über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer entsteht, wird hier anteilig in Höhe der jeweiligen jährlichen Abschreibungsbeträge erfasst. Diese Beträge mindern den Wert des Anlagevermögens ergebniswirksam.

Transferaufwendungen

Als Transferleistung werden die Leistungen der Gemeinde an Dritte erfasst, ohne dass diesen eine konkrete Gegenleistung gegenübersteht. Es handelt sich um einseitige Geschäftsvorfälle, denen kein Leistungsaustausch zu Grunde liegt. Grundlage hierfür können Rechtsnormen, Ratsbeschlüsse oder Verwaltungsentscheidungen sein. Unter die Transferleistungen fallen insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen, Sozialtransfers und allgemeine Umlagen. Die Aufwendungen für Sozialtransfers ergeben sich aus der Sozialgesetzgebung, insbesondere sind dies Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII, dem Jugendwohlfahrtsgesetz, dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Wohngeldgesetz etc.. Unter die Transferaufwendungen fallen auch die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind eine Sammelposition für die Aufwendungen, die nicht anderen Aufwandspositionen zuzuordnen sind. Hierunter fallen beispielsweise Kosten für Aus- und Fortbildung, Reisekosten, Versicherungsbeiträge, Telefonkosten sowie Beiträge an Berufsverbände.

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis stellt dar, welche Ertragskraft sich aus der laufenden Tätigkeit der Gemeinde ergibt. Es wird aus dem Saldo zwischen der Summe der ordentlichen Erträge und der Summe der ordentlichen Aufwendungen ermittelt.

Finanzerträge

Zu den Finanzerträgen zählen für die Kommune Zinserträge, z. B. aus ausgegebenen Darlehen sowie Dividenden und andere Gewinnanteile von Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapieren des Anlagevermögens. Weiterhin werden hier die Zinserträge des Umlaufvermögens, wie Tagesgeld- bzw. Festgeldzinsen ausgewiesen.

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen betreffen sämtliche Zinsaufwendungen und Kreditbeschaffungskosten aus der Inanspruchnahme von Fremdkapital.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis ergibt sich aus dem Saldo zwischen den Finanzerträgen und den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Es verdeutlicht, wie sehr das Fremdkapital durch Zinsaufwendungen das Jahresergebnis beeinflusst.

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit wird aus dem ordentlichen Ergebnis und dem Finanzergebnis gebildet.

Außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen

Hierunter fallen Aufwendungen und Erträge, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden. Sie beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Die Abgrenzung von den ordentlichen Aufwendungen und Erträgen soll vermeiden, dass ein falsches Bild von der Ertragslage der Kommune entsteht.

In der Ergebnisrechnung der Stadt Oberhausen für das Haushaltsjahr 2015 waren keine außerordentlichen Aufwendungen und Erträge zu verzeichnen.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis ergibt sich aus der Hinzurechnung des außerordentlichen zum Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit. Da im Haushaltsjahr 2015 keine Vorgänge, die zu einem außerordentlichen Ergebnis geführt hätten vorkamen, entspricht das Jahresergebnis dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit.

3.6 Forderungsspiegel

	Gesamtbetrag am 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2014
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	**30.561.717,04**	**30.411.461,30**	**145.672,18**	**4.583,56**	**32.121.987,01**
1.1 Gebühren	3.748.490,08	3.746.513,31	1.976,77	0,00	3.648.025,17
1.2 Beiträge	556.287,85	484.211,95	72.075,90	0,00	504.191,20
1.3 Steuern	16.163.917,44	16.163.917,44	0,00	0,00	19.392.565,99
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	1.615.052,55	1.600.104,83	10.364,16	4.583,56	1.366.190,16
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	8.477.969,12	8.416.713,77	61.255,35	0,00	7.211.014,49
2. Privatrechtliche Forderungen	**432.505,65**	**427.294,30**	**2.194,01**	**3.017,34**	**606.042,58**
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	296.284,69	291.073,34	2.194,01	3.017,34	312.300,83
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	1.012,65	1.012,65	0,00	0,00	2.594,27
2.3 gegen verbundene Unternehmen	129.355,31	129.355,31	0,00	0,00	290.542,08
2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5 gegen Sondervermögen	5.853,00	5.853,00	0,00	0,00	605,40
Summe	**30.994.222,69**	**30.838.755,60**	**147.866,19**	**7.600,90**	**32.728.029,59**

3.7 Verbindlichkeitenspiegel

	Gesamtbetrag am 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2014
		bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anleihen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	**297.537.120,90**	**287.534,97**	**19.050.862,38**	**278.198.723,55**	**297.369.038,33**
2.1 von verbundenen Unternehmen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2.2 von Beteiligungen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2.3 von Sondervermögen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2.4 vom öffentlichen Bereich	**6.836.370,58**	**53.604,13**	**100.992,13**	**6.681.774,32**	**7.240.242,45**
2.4.1 Bund	77.929,05	0,00	0,00	77.929,05	87.088,43
2.4.2 Land	6.758.441,53	53.604,13	100.992,13	6.603.845,27	7.151.318,28
2.4.3 von Gemeinden (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4 von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	1.835,74
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag
	am 31.12.2015	bis zu 1 Jahr	1 - 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	am 31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.5 vom privatem Kreditmarkt	**290.700.750,32**	**233.930,84**	**18.949.870,25**	**271.516.949,23**	**290.128.795,88**
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	290.700.750,32	233.930,84	18.949.870,25	271.516.949,23	290.128.795,88
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	**1.582.500.000,00**	**517.500.000,00**	**450.000.000,00**	**615.000.000,00**	**1.566.300.000,00**
3.1 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2 vom privaten Kreditmarkt	1.582.500.000,00	517.500.000,00	450.000.000,00	615.000.000,00	1.566.300.000,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**17.321.625,26**	**17.321.625,26**	**0,00**	**0,00**	**12.098.767,73**
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	**4.716.146,99**	**4.716.146,99**	**0,00**	**0,00**	**4.113.354,90**
7. Sonstige Verbindlichkeiten	**18.059.287,27**	**18.059.287,27**	**0,00**	**0,00**	**15.942.470,35**
8. Erhaltene Anzahlungen	**5.564.469,85**	**3.909.050,47**	**0,00**	**1.655.419,38**	**3.638.119,48**
Summe	**1.925.698.650,27**	**561.793.644,96**	**469.050.862,38**	**894.854.142,93**	**1.899.461.750,79**

Nachrichtliche Angaben

Haftungsverhältnisses aus der Bestellung von Bürgschaften	*61.006 TEUR*	*Sicherheitsverpflichtung zu Forderungsabtretung GMVA*	*42.501 TEUR*

3.8 Rückstellungsspiegel

Rückstellungsart	Stand 01.01.2015 EUR	Inanspruchnahme 2015 EUR	Auflösung 2015 EUR	Zuführung 2015 EUR	Stand 31.12.2015 EUR
3.1 Pensionsrückstellungen					
Pensionsrückstellungen (Beschäftigte)	126.190.795,00	10.674.915,00		12.328.731,00	127.844.611,00
Verpflichtungen nach § 107 Beamtenversorgungsgesetz	1.566.949,00			156.951,00	1.723.900,00
Pensionsrückstellungen (Versorgungsempfänger)	202.098.658,00	5.317.620,00		10.674.915,00	207.455.953,00
Pensionsrückstellungen (Beihilfe)	65.136.322,11	1.089.112,00		2.525.072,00	66.572.282,11
Summe Pensionsrückstellungen	**394.992.724,11**	**17.081.647,00**		**25.685.669,00**	**403.596.746,11**
3.2 Deponien und Altlasten					
Deponie Bromberger Straße	300.000,00				300.000,00
Deponie Vonderort	300.000,00				300.000,00
Summe Deponien und Altlasten	**600.000,00**				**600.000,00**
3.3 Instandhaltungsrückstellungen					
Sanierungsstau Hausanschlüsse aus Dichtheitsprüfung	3.860.875,00				3.860.875,00
Summe Instandhaltungsrückstellungen	**3.860.875,00**				**3.860.875,00**
3.4 Sonst. Rückstellungen nach § 36 (4)+(5) GemHVO					
Nicht in Anspruch genommenen: Urlaub/Überstunden/GLAZ	4.546.836,11	4.546.836,11		4.795.480,00	4.795.480,00
Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen	10.865.862,42	2.338.355,00		1.491.774,00	10.019.281,42
Nicht abgerechnete Beihilfekosten Vorjahr	502.932,00	502.932,00		564.426,00	564.426,00
Nicht abgerechnete Reisekosten Vorjahr	84.507,00	84.507,00		80.346,00	80.346,00
Ausstehende Eingangsrechnungen	2.386.742,76	1.643.324,05	439.538,75	2.181.448,72	2.485.328,68
Ausstehende Eingangsrechnungen OGM	18.283,51		18.283,51		
Jahresabschlusskosten	474.272,00	1.391,12	108,88	1.500,00	474.272,00
Drohende Verluste	32.820.824,28			369.118,11	33.189.942,39
Rückzahlungsrisiken von Fördermitteln/Zuwendungen	475.123,85			489.046,00	964.169,85
Finanzierung Stadtwerke Oberhausen AG vorauss. Ergebnis	425.000,00		425.000,00	500.000,00	500.000,00
Andere sonstige Rückstellungen	812.103,10	41.599,38	535.801,44	422.956,09	657.658,37
Summe sonstige Rückstellungen	**53.412.487,03**	**9.158.944,66**	**1.418.732,58**	**10.896.094,92**	**53.730.904,71**
Gesamtsumme	**452.866.086,14**	**26.240.591,66**	**1.418.732,58**	**36.581.763,92**	**461.788.525,82**

3.9 Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2015 EUR	Zugänge EUR	Um-buchungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 01.01.2015 EUR	Zugänge EUR	Um-buchungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
II. Sachanlagen	**1.819.328.397,45**	**41.109.812,28**	**0,00**	**3.634.571,40**	**1.856.803.638,33**	**332.999.849,34**	**46.750.007,85**	**0,00**	**1.290.937,05**	**378.458.920,14**	**1.478.344.718,19**	**1.486.328.548,11**
1. Unbebaute Grundstücke, und grundstücksgleiche Rechte	**173.893.823,86**	**1.060.687,76**	**681.617,31**	**1.104.437,08**	**174.531.691,85**	**8.417.562,06**	**1.369.789,82**	**0,00**	**106.836,50**	**9.680.515,38**	**164.851.176,47**	**165.476.261,80**
1.1. Grünflächen	123.086.832,27	1.047.738,54	681.617,31	119.926,04	124.696.262,08	8.417.562,06	1.369.789,82	0,00	106.836,50	9.680.515,38	115.015.746,70	114.669.270,21
1.2. Ackerland	2.492.342,23	0,00	0,00	0,00	2.492.342,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.492.342,23	2.492.342,23
1.3. Wald, Forsten	4.834.263,63	12.949,22	0,00	0,00	4.847.212,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.847.212,85	4.834.263,63
1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	43.480.385,73	0,00	0,00	984.511,04	42.495.874,69	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	42.495.874,69	43.480.385,73
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	**491.405.940,58**	**3.361.143,62**	**885.212,44**	**637.879,89**	**495.014.416,75**	**99.441.977,02**	**13.824.134,51**	**0,00**	**200.423,00**	**113.065.688,53**	**381.948.728,22**	**391.963.963,56**
2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	17.330.078,00	15.476,63	0,00	0,00	17.345.554,63	2.586.907,48	362.042,63	0,00	0,00	2.948.950,11	14.396.604,52	14.743.170,52
2.2. Schulen	294.016.395,96	1.260.122,60	45.193,61	0,00	295.321.712,17	56.135.314,53	7.879.532,21	0,00	0,00	64.014.846,74	231.306.865,43	237.881.081,43
2.3. Wohnbauten	30.814.706,33	534.926,54	0,00	585.869,89	30.763.762,98	4.634.938,72	637.283,99	0,00	191.757,00	5.080.465,71	25.683.297,27	26.179.767,61
2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts und Betriebsgebäude	149.244.760,29	1.550.617,85	840.018,83	52.010,00	151.583.386,97	36.084.816,29	4.945.275,68	0,00	8.666,00	41.021.425,97	110.561.961,00	113.159.944,00
3. Infrastrukturvermögen	**1.095.993.480,20**	**1.662.478,95**	**2.925.242,68**	**1.682.289,11**	**1.098.898.912,72**	**216.630.694,17**	**30.228.636,01**	**0,00**	**887.690,75**	**245.971.639,43**	**852.927.273,29**	**879.362.786,03**
3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	161.676.047,78	44.092,14	4.167,48	4.041,35	161.720.266,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	161.720.266,05	161.676.047,78
3.2. Brücken und Tunnel	56.309.758,17	0,00	0,00	0,00	56.309.758,17	5.731.231,17	853.274,00	0,00	0,00	6.584.505,17	49.725.253,00	50.578.527,00
3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	385.118.411,25	0,00	0,00	0,00	385.118.411,25	75.908.214,38	10.541.375,00	0,00	0,00	86.449.589,38	298.668.821,87	309.210.196,87
3.5. Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	477.803.212,28	1.618.386,81	2.921.075,20	1.678.247,76	480.664.426,53	133.311.725,90	18.568.187,01	0,00	887.690,75	150.992.222,16	329.672.204,37	344.491.486,38
3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	15.086.050,72	0,00	0,00	0,00	15.086.050,72	1.679.522,72	265.800,00	0,00	0,00	1.945.322,72	13.140.728,00	13.406.528,00
4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	**0,00**	**998.719,04**	**1.103.130,00**	**0,00**	**2.101.849,04**	**0,00**	**48.488,04**	**0,00**	**0,00**	**48.488,04**	**2.053.361,00**	**0,00**
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	**7.768.404,30**	**13.507,36**	**0,00**	**0,00**	**7.781.911,66**	**231.690,78**	**45.967,00**	**0,00**	**0,00**	**277.657,78**	**7.504.253,88**	**7.536.713,52**
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	**11.786.068,23**	**268.140,05**	**0,00**	**79.966,00**	**11.974.242,28**	**6.503.598,23**	**799.390,05**	**0,00**	**77.621,00**	**7.225.367,28**	**4.748.875,00**	**5.282.470,00**
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	**7.909.125,15**	**137.749,42**	**0,00**	**129.999,32**	**7.916.875,25**	**1.774.327,08**	**433.602,42**	**0,00**	**18.365,80**	**2.189.563,70**	**5.727.311,55**	**6.134.798,07**
8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	**30.571.555,13**	**33.607.386,08**	**-5.595.202,43**	**0,00**	**58.583.738,78**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**58.583.738,78**	**30.571.555,13**

Anlagevermögen	Anschaffungskosten					Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 01.01.2015 EUR	Zugänge EUR	Um-buchungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 01.01.2015 EUR	Zugänge EUR	Um-buchungen EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
III. Finanzanlagen	**314.913.038,40**	**367,44**	**0,00**	**1.089.112,01**	**313.824.293,83**	**97.161.407,00**	**226.586,57**	**0,00**	**0,00**	**97.387.993,57**	**216.436.300,26**	**217.751.631,40**
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	**279.520.871,52**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**279.520.871,52**	**97.161.407,00**	**226.586,57***	**0,00**	**0,00**	**97.387.993,57**	**182.132.877,95**	**182.359.464,52**
2. Beteiligungen	**1.802.378,08**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.802.378,08**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**1.802.378,08**	**1.802.378,08**
3. Sondervermögen	**8.719.242,62**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.719.242,62**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**8.719.242,62**	**8.719.242,62**
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	**2.817.629,44**	**367,44**	**0,00**	**0,00**	**2.817.996,88**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**2.817.996,88**	**2.817.629,44**
5. Ausleihungen	**22.052.916,74**	**0,00**	**0,00**	**1.089.112,01**	**20.963.804,73**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**20.963.804,73**	**22.052.916,74**
5.1. an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.2. an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5.3. an Sondervermögen	21.002.458,18	0,00	0,00	1.005.713,67	19.996.744,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.996.744,51	21.002.458,18
5.4. Sonstige Ausleihungen	1.050.458,56	0,00	0,00	83.398,34	967.060,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	967.060,22	1.050.458,56
Anlagevermögen insgesamt	**2.134.241.435,85**	**41.110.179,72**	**0,00**	**4.723.683,41**	**2.170.627.932,16**	**430.161.256,34**	**46.976.594,42**	**0,00**	**1.290.937,05**	**475.846.913,71**	**1.694.781.018,45**	**1.704.080.179,51**

**Ergebnisneutrale Abwertung der STOAG, weitere Erläuterungen siehe 3.3.1.4*

)

3.10 Liste der Maßnahmen, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet worden sind (31.12.2015)

Lfd. Nr.	Objekt	Rückstellung *-netto-*	Rückstellung *-brutto-*
1	Havensteinschule+Wohnung	138.000,00 €	164.220,00 €
2	Postwegschule+Wohnung		49.500,00 €
3	Tackenberg	11.000,00 €	13.090,00 €
4	Jugendtreff Holten	32.000,00 €	38.080,00 €
5	Schulberatungsstelle	54.000,00 €	64.260,00 €
6	Feuerwache 2		15.150,00 €
7	Feuerwehr Königshardt	32.000,00 €	38.080,00 €
8	Am Dicken Stein	27.000,00 €	32.130,00 €
9	Sporthalle West	16.000,00 €	19.040,00 €
10	Hans-Jansen-Halle	27.000,00 €	32.130,00 €
11	Drogenberatung	22.000,00 €	26.180,00 €
12	Wohnhaus Lickumstraße	22.000,00 €	26.180,00 €
13	Renate-Weckwerth-Stelle	35.000,00 €	41.650,00 €
14	Tackenbergschule+Wohnung	59.000,00 €	70.210,00 €
15	Adolf-Feld-Schule+Wohnung	44.500,00 €	52.955,00 €
16	Schwarze-Heide-Schule+Wohnung	62.000,00 €	73.780,00 €
17	Albert-Schweitzer-Schule+Wohnung	75.500,00 €	89.845,00 €
18	Sportplatzgebäude Alsfeld	27.000,00 €	32.130,00 €
19	Musikschule+Wohnung	21.500,00 €	25.585,00 €
20	Schmachtendorf	30.000,00 €	35.700,00 €
21	Frauenhaus	20.000,00 €	23.800,00 €
22	Concordiaschule	46.000,00 €	54.740,00 €
23	Josefschule+Wohnung+Wohnhaus	46.000,00 €	54.740,00 €
24	Hartmannschule+Wohnung	65.000,00 €	77.350,00 €

Lfd. Nr.	Objekt	Rückstellung *-netto-*	Rückstellung *-brutto-*
25	Wohnhaus Hartmannschule	21.500,00 €	25.585,00 €
26	Königsschule+Wohnung		109.650,00 €
27	Lindnerschule+Wohnung		36.150,00 €
28	Schmachtendorfschule	62.000,00 €	73.780,00 €
29	Wohnhaus Schmachtendorfschule	27.000,00 €	32.130,00 €
30	Emscherschule/Katharinenschule+Wg	62.000,00 €	73.780,00 €
31	Erich-Kästner-Schule+Wohnung	124.000,00 €	147.560,00 €
32	Dietrich-Bonhoeffer-Schule	49.000,00 €	58.310,00 €
33	Jacobi-Schule+Wohnung	86.000,00 €	102.340,00 €
34	Hauptschule Lirich	92.000,00 €	109.480,00 €
35	HS St. Michael+Wohnung	92.000,00 €	109.480,00 €
36	Wohnhaus Hg Lirich	21.500,00 €	25.585,00 €
37	Gesamtschule Weierheide+Wohnung		146.550,00 €
38	Bertha-von-Suttner-Gymnasium	130.000,00 €	154.700,00 €
39	Wohnung Bertha-von-Suttner-Gymnasium	21.500,00 €	25.585,00 €
40	Sportplatz Dellwig	46.000,00 €	54.740,00 €
41	Sporthalle Biefang	27.000,00 €	32.130,00 €
42	Sportplatz Duisburger Straße	21.500,00 €	25.585,00 €
43	Sporthalle Theodor-Heuss-Realschule	24.000,00 €	28.560,00 €
44	Sportplatz Klosterhardter Straße	24.000,00 €	28.560,00 €
45	Sportplatz Knappenmarkt+Wohnung	24.000,00 €	28.560,00 €
46	KTE Bahnstraße	30.000,00 €	35.700,00 €
47	KTE Alstaden	30.000,00 €	35.700,00 €
48	Kindergarten Löwenzahn Ottilienstraße	30.000,00 €	35.700,00 €
49	Kindergarten Löwenzahn Wewelstraße	30.000,00 €	35.700,00 €
50	Kindergarten Waldorf	51.000,00 €	60.690,00 €
51	Obdachlosenheim Bahnstraße	62.000,00 €	73.780,00 €

Lfd. Nr.	Objekt	Rückstellung *-netto-*	Rückstellung *-brutto-*
52	Asylantenheim B	78.000,00 €	92.820,00 €
53	Obdachlose Wewelstr. 30	27.000,00 €	32.130,00 €
54	Obdachlose Wewelstr. 32	27.000,00 €	32.130,00 €
55	Bibliothek Lirich	20.000,00 €	23.800,00 €
56	Stadion Niederrhein	70.000,00 €	83.300,00 €
57	Trivium GmbH	20.000,00 €	23.800,00 €
58	Bahnhof Osterfeld	49.000,00 €	58.310,00 €
59	Kiosk Concordiaplatz	16.000,00 €	19.040,00 €
60	Sporthalle Holten, Kastellschule		700,00 €
61	Herderschule		79.600,00 €
62	Hegelschule		67.000,00 €
63	Heideschule		73.100,00 €
64	Steinbrinkschule		44.000,00 €
65	Anne-Frank-Realschule		47.150,00 €
66	Käthe-Kollwitz-Schule		79.600,00 €
67	KTE Ackerstraße		46.250,00 €
68	Robert-Koch-Grundschule		78.050,00 €
69	Hans-Sachs-Schule		72.400,00 €
70	Sporthalle Friesenhügel		28.800,00 €
71	Gesundheitsamt Sterkrade		22.300,00 €
		Summe	**3.860.875,00 €**

3.11 Sicherheiten und Gewährleistungen für Dritte

3.11.1 Bürgschaften

Zum 31.12.2015 bestanden seitens der Stadt Oberhausen Bürgschaften in Höhe von 61.006 TEUR (2014: 66.724 TEUR). Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Stadtwerke Oberhausen GmbH	22.896 TEUR
VZO Verwaltungszentren Oberhausen GmbH	20.389 TEUR
O.Vision Projektgesellschaft mbH	9.454 TEUR
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	2.979 TEUR
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	5.053 TEUR
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	235 TEUR
	61.006 TEUR

Die GMVA hat Teilansprüche aus Entsorgungsverträgen mit den Gesellschafterstädten per Forderungskaufvertrag an eine Bank abgetreten. Die Stadt Oberhausen hat der Forderungsabtretung an die Bank zugestimmt. Hieraus resultiert für die Stadt Oberhausen zum 31.12.2015 eine Sicherheitsverpflichtung in Höhe von rd. 42.501 TEUR (= ausstehende Zahlungen in den Jahren 2016 bis 2020).

3.11.2 Leasingverträge

Aus Leasingverträgen bestehen zum 31.12.2015 keine Verpflichtungen.

3.12 Gesonderte Anhangsangaben

3.12.1 Finanzanlagen

Die Stadtwerke Oberhausen GmbH (STOAG) ist zu 0,89 % an der RW Holding AG beteiligt.

Aufgrund einer Umstrukturierung des Aktionärskreises bei der RW Holding AG hat die STOAG bereits im Vorjahr eine Abwertung ihrer Beteiligung an der RW Holding AG in Höhe von rd. 227 TEUR vorgenommen. Da dieser Sachverhalt der Stadt Oberhausen erst nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 bekannt wurde, konnte eine entsprechende Korrektur des städtischen Finanzanlagevermögens gemäß § 35 Abs. 5 S. 1 GemHVO NRW nicht mehr vorgenommen werden. Die außerplanmäßige Abschreibung des Unternehmenswertes der STOAG in Höhe von rd. 227 TEUR ist im Jahresabschluss 2015 nachgeholt worden. Als Folge hat sich der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ um diesen v.g. Betrag erhöht. Das Jahresergebnis wurde jedoch nicht beeinflusst, da eine ergebnisneutrale Verrechnung der Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen gemäß § 43 Abs. 3 S.1 GemHVO NRW erfolgte.

3.12.2 Besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Sicherung von Zinskonditionen für aufgenommene Darlehen hat die Stadt Oberhausen für sechs Darlehen SWAP-Geschäfte abgeschlossen, bei denen die Entwicklung des variablen Zinssatzes sich eliminiert. Die Grundgeschäfte der Darlehensaufnahmen und die zugehörigen SWAP-Abschlüsse bilden eine Bewertungseinheit aus der keine bilanzierungspflichtigen Vorgänge entstehen. Die Barwerte der Swap-Abschlüsse zum 31.12.2015 ergeben einen negativen Wert in Höhe von – 3.720 TEURO.

Beiträge aus Erschließungsmaßnahmen

Grundsätzlich sind die Forderungen für Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen mit der Entstehung des Anspruches zu bilanzieren. Sofern noch keine Erhebung erfolgt ist, sind die Beträge für diese Maßnahmen gem. § 44 Absatz 2 Nr. 7 Gemeindehaushaltsverordnung im Anhang nachrichtlich zu erwähnen. Zum Bilanzstichtag 31.12.2015 lagen keine noch nicht erhobenen abrechnungsfähigen Erschließungsmaßnahmen vor. Auf städtische Grundstücke entfallen Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG NRW in Höhe von rd. 114 TEUR und gemäß der §§ 127 ff. BauGB rd. 34 TEUR.

Treuhandverhältnisse

Die Stadt Oberhausen verwaltet in Höhe von 5 TEUR (2014: 6 TEUR) Sparguthaben für Legate bzw. Amtsvormundschaften. In Höhe der aktivierten Bankguthaben wurde eine entsprechende sonstige Verbindlichkeit passiviert.

Mitgliedschaften in Wasserwirtschafts- und Landschaftsverbänden, die nicht bilanziert sind

Für die Stadt Oberhausen bestehen Mitgliedschaften in folgenden Wasserwirtschafts- und Landschaftsverbänden, die nicht bilanziert sind:

Emschergenossenschaft

Ruhrverband

Regionalverband Ruhr

Landschaftsverband Rheinland

Lippeverband

4. Lagebericht

4.1 Allgemeines

„***Perspektive***

Der Erfolg des Stärkungspaktes aber wird nicht allein davon abhängig sein, ob es gelingt, eine Genehmigung für den Haushalt der Stadt zu erreichen. Viel wichtiger wird es sein, nachhaltige Strukturen zu entwickeln, die auch über den Zeitraum des Stärkungspaktes hinaus die Zukunftsfähigkeit sichern. Dazu gehören im Wesentlichen drei zentrale Herausforderungen:

- Können wieder finanzielle Freiräume geschaffen werden, um die kommunale Infrastruktur in den strukturschwachen Regionen angemessen und konkurrenzfähig zu halten?

- Kann der Strukturwandel und eine wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden die dann auch zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit beiträgt?

- Findet sich eine Lösung für die Altschulden der Kommunen, die eine dauerhafte Belastung und ein enormes Zinsrisiko darstellen?

Sollten zu diesen Fragestellungen keine gemeinsamen Antworten von Bund, Ländern und Kommunen gefunden werden, sind die gemeinsamen Bemühungen, die wir hier in Oberhausen und in anderen Kommunen anstellen, vergebens gewesen.

So ist es gut, dass sich die Kommunen der Memorandumsgruppe aus Städten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes mittlerweile mit den Kommunen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengetan haben. Insbesondere die anstehende Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und die Unterstützung strukturschwacher Regionen auch im Westen muss dringend in den Vordergrund gerückt werden. Dazu bedarf es der Unterstützung aller Kommunalpolitiker, unabhängig ob Mehrheit oder Opposition. Dazu möchte ich sie einladen.“

(Auszug „Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015“; Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras)

4.2 Wesentliche Ereignisse des Haushaltsverlaufs und sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres

4.2.1. Ausgangslage „Stärkungspakt (HSP)“

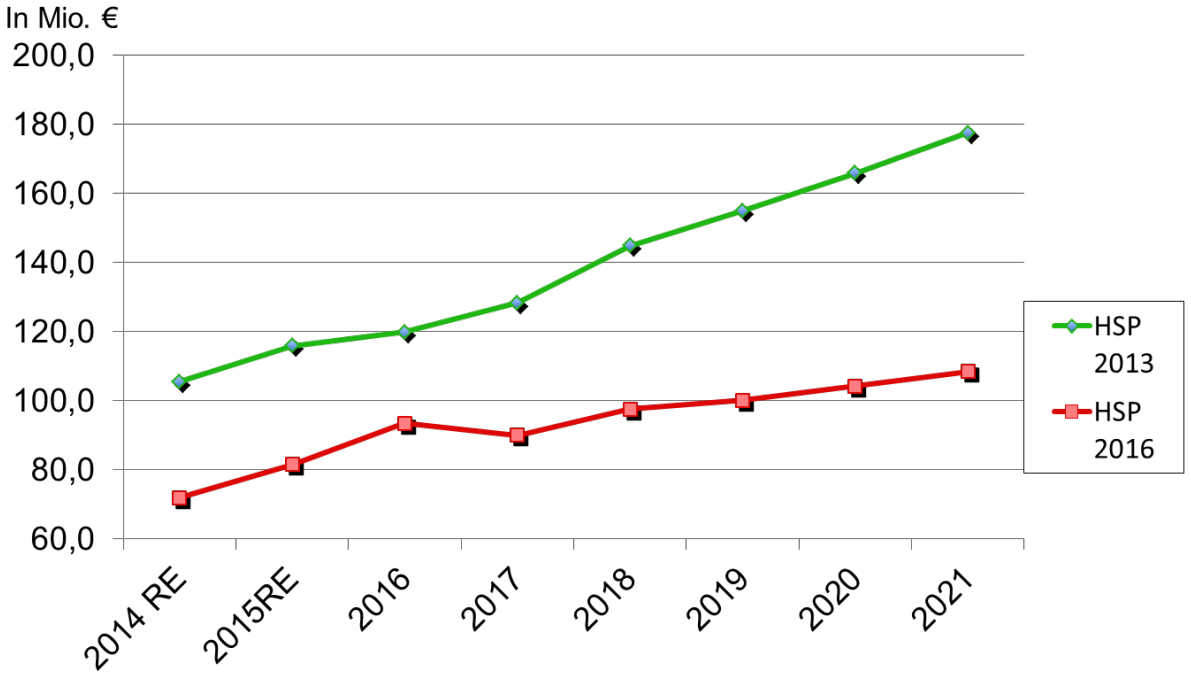
Mit Hilfe des Stärkungspaktes sollen überschuldete Städte in Nordrhein-Westfalen wieder handlungsfähig werden. Das von der Landesregierung dazu eingebrachte Stärkungspaktgesetz wurde am 08.12.2011 vom Landtag Nordrhein-Westfalen beschlossen und am 16.12.2011 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen (GV. NRW. 2011 S. 662) veröffentlicht. Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stehen Konsolidierungshilfen in einem Gesamtumfang von 5,85 Mrd. EUR zur Verfügung (Stufe 1 und Stufe 2). Der Sanierungsplan des Landes sieht davon für Oberhausen und andere vergleichbar akut von Überschuldung betroffene Städte (Stufe 1) eine Gesamtunterstützung bei der Haushaltskonsolidierung in Höhe von jährlich 350 Mio. EUR vor. Bis zum Jahr 2020 stehen damit für diese Kommunen insgesamt 3,5 Mrd. EUR zur Verfügung.

Im Gegenzug müssen die betroffenen Städte und Gemeinden einen klaren Sanierungskurs einschlagen. Die Teilnahme am Stärkungspakt ist zwingend für die Stufe 1, zu der Oberhausen gehört. Der Haushalt der Stadt Oberhausen muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt ab dem Jahr 2017 ausgeglichen sein. Spätestens im Jahr 2021 muss ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft – also ohne weitere Landeszuschüsse – erreicht werden. § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Landes NRW (GO NRW) führt hierzu aus, dass der Haushalt dann ausgeglichen ist, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Nach der Genehmigung des HSP 2015 mit dem darin festgelegten Zeitpunkt des ersten Haushaltsausgleichs im Jahr 2017 befindet sich der Haushaltssanierungsplan in der intensiven Abarbeitung. Die meisten Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung und haben auch entsprechende Einsparpotentiale generiert. So gesehen befindet sich die Umsetzung des Haushaltsanierungsplans auf einem guten Weg. Aus dem Maßnahmen- und Finanzcontrolling, das mit der Bezirksregierung vereinbart ist, kann dies auch abgelesen werden. Einige Maßnahmen konnten nur verspätet gestartet werden, weil sie abhängig von den Ergebnissen externer Gutachten sind, die im Verhältnis zu den HSP Planungen wesentlichen Zeitverzögerungen ausgesetzt waren. Hier besteht eine enorme Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Beratungskontingenten und Vergabeabläufen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Dennoch zeigt die Entwicklung seit 2012, dass die Aufwandsseite des Haushalts in der Summe grundsätzlich den Planungen entspricht.

Problematisch erweist sich die Ertragsseite. Insbesondere in den Städten des Ruhrgebiets – so auch in Oberhausen – und des Bergischen Städtedreiecks ist die Entwicklung der Gewerbesteuer problematisch. So konnten im Haushaltsjahr 2015 8,5 Mio. EUR weniger vereinnahmt werden, als ursprünglich geplant worden war. Bis zur Beratung des Haushaltsplans 2016 konnte noch von geringeren Einnahmeverlusten ausgegangen werden, was aber gegen Ende des Jahres nicht bestätigt werden konnte. Bereits zum HSP 2015 hat es aufgrund der schwachen Gewerbesteuerentwicklung eine Korrektur des HSP gegeben, die aber im Ergebnis 2015 auch nicht vollständig erreicht werden konnte.

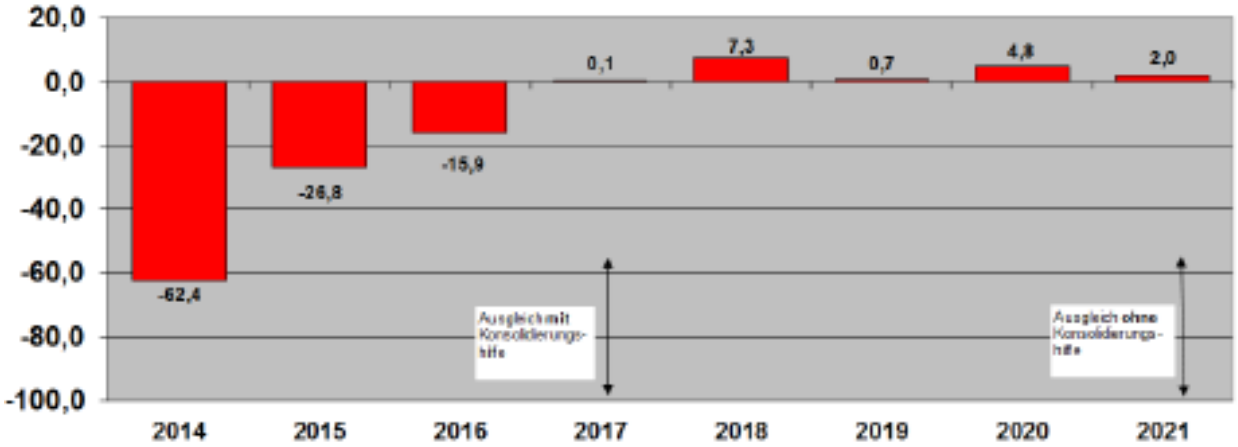
Die Gewerbesteueranpassung wirkt sich folglich auf die gesamte Entwicklung der Steuereinnahmen im HSP Zeitverlauf bis 2021 mit erheblichen Einnahmeverlusten aus.



Entwicklung der Steuereinnahmen in den unterschiedlichen HSP bis zum Jahr 2021, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Dass der Haushaltsausgleich in den vorgesehenen Jahren 2017 ff. trotzdem erreicht werden kann, ist verschiedenen positiven externen Entwicklungen geschuldet. Zum einen sind die Schlüsselzuweisungen des Landes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2015 auf 171 Mio. EUR gestiegen und fangen damit einen erheblichen Umfang des Gewerbesteuerausfalls auf. Das weiterhin niedrige Zinsniveau entlastet den Haushalt zumindest mittelfristig. Hinzu kommen die Entlastungsmaßnahmen des Bundes. In den Jahren 2015-2016 werden die Kommunen mit 1 Mrd. EUR entlastet. Die Entlastung findet zur Hälfte über die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer und zur anderen Hälfte über eine Entlastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) im Rahmen des SGBII statt. Für Oberhausen bedeutet dies eine Entlastung in Höhe von 3,2 Mio. EUR jährlich. Für 2017 ist sogar eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. EUR vorgesehen, die

sich aus 1,5 Mrd. bei der Umsatzsteuer und 1 Mrd. bei den KdU zusammensetzt. Wie die weitere Entlastung ab 2018 ausgestaltet wird, ist zur Zeit nicht bekannt. Die Bundesregierung hat sich zwar verpflichtet die Kommunen um weitere 2,5 Mrd. jährlich zu entlasten, hat aber bis jetzt keine Regelung getroffen, wie dies ab 2018 aussehen soll. Aus diesem Grunde konnte aufgrund eines Innenministererlasses nur ein Teil der Entlastung in Ergebnisplanung aufgenommen werden. Weiterhin sind auch Eventualmaßnahmen für das Ausbleiben der Hilfe im HSP 2016 vorgesehen.



Ergebnisplanentwicklung im HSP 2016 auf Basis des Haushaltsplanentwurfes, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/ Finanzen / Entwicklung auf Basis des Haushaltsplans 2016

Aufgrund der Ergebnisplanentwicklung wird der Haushaltsausgleich ab 2017 ff. erreicht.

4.2.2. Entwicklung der Flüchtlingszahlen

Herausragendes Ereignis mit extremen Auswirkungen auf den Haushalt 2015 war die Entwicklung der Flüchtlingszahlen.

Fallzahlentwicklung Flüchtlinge

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation soll an dieser Stelle ebenfalls ein kurzer Überblick über die Oberhausener Verhältnisse gegeben werden, da diese Entwicklung auch Einfluss auf das Sachkostenkonsolidierungskonzept der Stadtverwaltung haben wird. Die Gesamtanzahl der Flüchtlinge in Oberhausen ist im Jahr 2015 von 890 im Januar auf 1.844, Stand 31.12.2015, angestiegen. 1092 Flüchtlinge befinden sich aktuell in Gemeinschaftseinrichtungen. 1.721 Flüchtlinge sind in privatem Wohnraum untergebracht. Darüber hinaus werden bis

einschließlich 30.04.2016 im Rahmen der Amtshilfe in städt. "Landeseinrichtungen" weitere 852 Unterbringungsplätze vorgehalten. Ab dem 01.05.2016 wird nur noch die Stötznerschule mit 251 Unterbringungsplätzen als Landesstandort weitergeführt.

Gemeinschaftsunterkünfte:	Notunterkünfte:	Landeseinrichtungen:
Weierstraße	Tackenbergschule	Fröbelschule (bis 30.04.2016)
Bahnstraße	OGM-Halle	Stötznerschule
Gabelstraße	Vennepothschule	Eisenheimschule (bis 30.04.2016)
Helmholtzstraße		
Düppelstr. (Appartements)		
Kapellenstr.		
Ruhrorter Str.		

Eine weitere Gemeinschaftsunterkunft entsteht am Standort Duisburger Straße. Darüber hinaus laufen Planungen für einen Standort an der Klosterhardter Straße. Insbesondere durch das hohe Engagement der Sozialarbeit des Flüchtlingswesens und die logistische Unterstützung der OGM bei der Akquise von Wohnungen, konnte die Wohnraumvermittlungsquote deutlich gesteigert werden. Waren im Januar 2015 noch 286 Flüchtlinge in privatem Wohnraum untergebracht (rd. 32% der Gesamtasylbewerberzahl), sind es zum Stichtag 31.12.2015 bereits 854 Flüchtlinge (rd. 46% der Gesamtasylbewerberzahl).

Mit den steigenden Fallzahlen gehen naturgemäß auch erhöhte Anforderungen an die Personalausstattung der Arbeitsfelder „Sozialarbeit“ und „Sachbearbeitung“ einher. Durch Verabschiedung des „Handlungskonzeptes Flüchtlinge“ in der Ratssitzung am 14.09.2015 wurde ein Sozialarbeiter-Betreuungsschlüssel von 1 (Sozialarbeiter) : 150 (Flüchtlingen) festgelegt. Im Aufgabenfeld der „Wirtschaftlichen Hilfen“ wird aktuell ein Schlüssel von 1 (Sachbearbeiter) : 160 (Fällen) zugrunde gelegt.

Waren zum 01.01.2015 nur 890 Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu betreuen und unterzubringen, so erhöhte sich diese Zahl zum 31.12.2015 auf 1844. Insbesondere die damit verbundenen Transferleistungen im Rahmen des AsylBLG und die Unterbringungskosten haben den Haushalt 2015 schwer belastet. Insbesondere der Aufwand pro Person für die Unterbringung ist stetig mit dem Anwachsen der Zahlen gestiegen. Zum 31.12.2015 musste pro Flüchtling ein auf das Jahr hochgerechneter Betrag von etwa 13.800 EUR aufgebracht werden. Dabei sind weder die Kosten für die Gebäudeinstandhaltung noch die Investitionskosten eingerechnet. Bei Berücksichtigung auch dieser Kosten liegt der Betrag bei fast 15.000 EUR.

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen und der Anstieg des notwendigen Aufwandes hatte zur Folge, dass 7,2 Mio. EUR mehr für Transferzahlungen im Rahmen des AsylBLG aufgebracht werden mussten als geplant. Für die Unterbringung musste das städtische

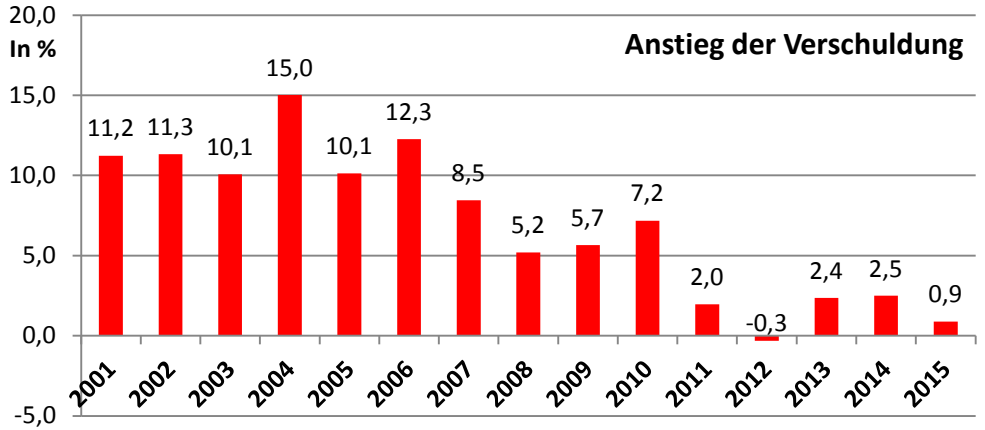
Gebäudemanagement bei der OGM über 6 Mio. EUR mehr aufbringen als im Haushalt vorgesehen war. Diese Entwicklung konnte weder in diesem Umfang vorhergesehen werden noch kann sie in einer Stärkungspaktkommune finanziell aufgefangen werden. Glücklicherweise konnte ein Teil in Höhe von 7,2 Mio. EUR über die veränderte Landeszuweisung im Rahmen des FlüaG kompensiert werden. Mit Sicherheit wird dies die städtischen Haushalte auch für die Zukunft nachhaltig belasten, da bisher immer noch nicht geklärt ist wie Transferzahlungen und Integrationsleistungen finanziert werden sollen.

4.2.3. Auswirkungen des Stärkungspaktes auf den Haushalt

Der Haushalt 2015 weist ein ordentliches Ergebnis von +0,6 Mio. EUR aus, das die Zinsbelastungen der Vergangenheit in Höhe von 34,6 Mio. EUR noch nicht ausgleichen kann. Es zeigt aber auch, dass der Haushaltsausgleich ohne Zinsbelastung bereits jetzt gelingen kann. Dies ist eindeutig ein Ergebnis des Stärkungspaktes.

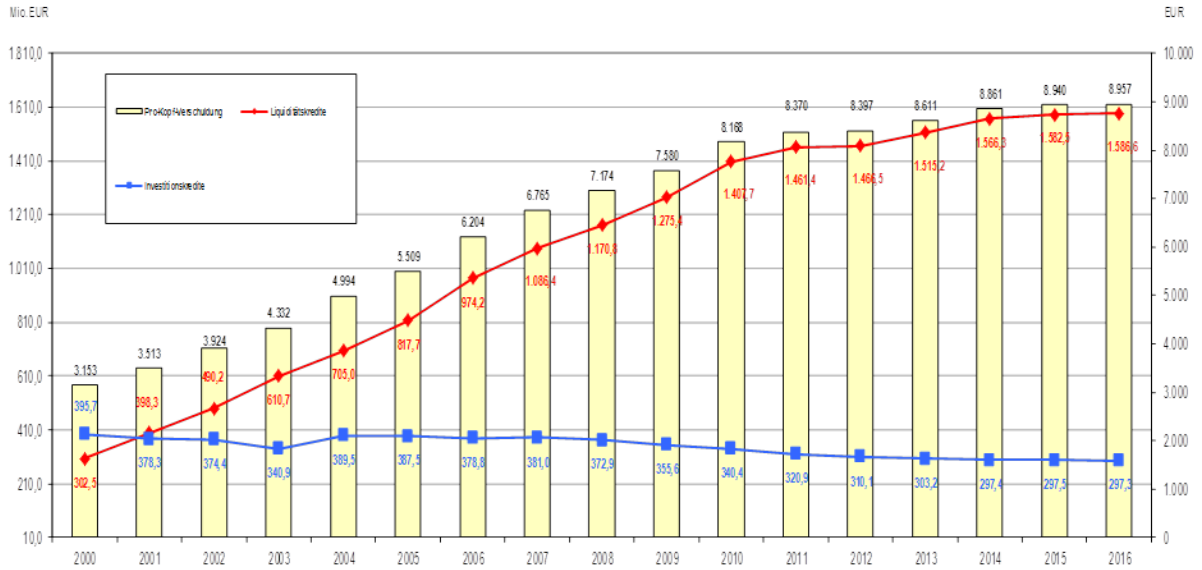
Hilfreich erweisen sich an der Stelle auch die gestiegenen Mittel des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2015, die zu einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um ca. 20 Mio. EUR geführt haben.

Der Haushalt zeigt aber auch, dass auch in 2015 wieder eine Neuverschuldung notwendig war, die aber mit 16,4 Mio. EUR (ausgehend von den Investitionskrediten und Liquiditätskrediten) nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was die Stadt in den Jahren vor dem Stärkungspakt Stadtfinanzen aufnehmen musste.



Anstieg der Verschuldung in Prozent zur Verschuldung im Vorjahr von 2001-2015, Berücksichtigung der Investitionskredite und Liquiditätskredite (vgl. nachfolgende Darstellung), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Allein die drastische Reduzierung der Neuverschuldung rechtfertigt die Aussage, dass die Unterstützung des Landes, aber auch die großen Anstrengungen der Stadt helfen den Haushalt erfolgreich zu konsolidieren. Die berechtigte Hoffnung, dass Oberhausen die von der Bundesregierung so gefeierte „schwarze Null“ bereits im Jahr 2016 erreichen kann und damit ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden müssen, ist aufgrund der aktuellen Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen kaum noch realisierbar. Zu groß ist der notwendige Aufwand für Unterbringung und Versorgung.



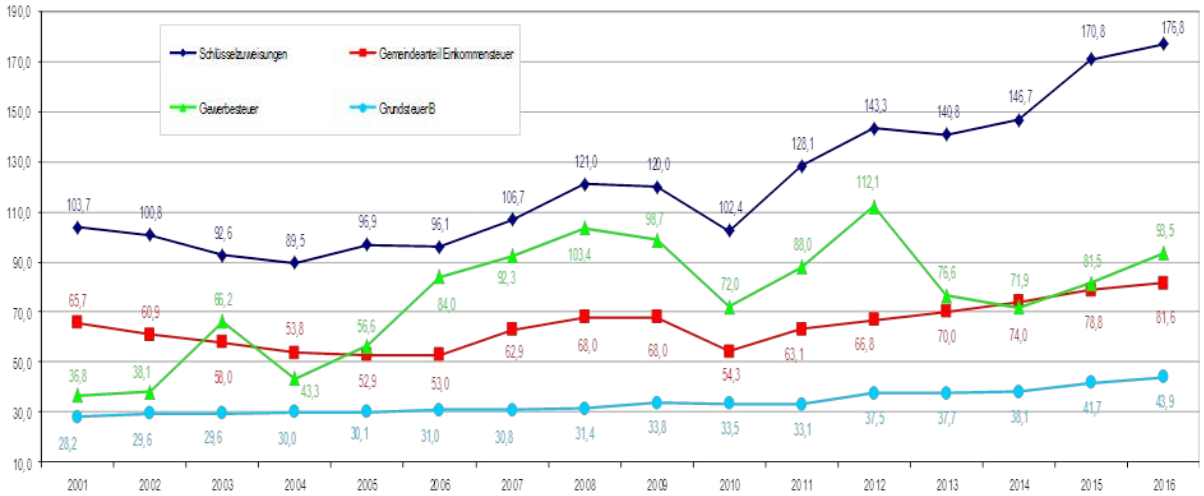
Verschuldung 2000 – 2016, Die Zahlen in 2016 spiegeln die Planung wider. Vorherige Zahlen sind Ergebnisse. Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Bei den Einnahmen der Stadt erweisen sich wie in den Vorjahren die im Rahmen des GFG gewährten Schlüsselzuweisungen in Höhe von 171 Mio. EUR als wichtigste Einnahmeposition. Auch wenn alle Steuereinnahmen, bis auf die Gewerbesteuer, kontinuierlich steigen, wäre die Stadt ohne den kommunalen Ausgleich des GFG nicht handlungsfähig.

Weiterhin schwierig bleibt die Prognose und Einschätzung der Gewerbesteuerentwicklung. Langfristig kann auch bei dieser Steuer ein kontinuierlicher Anstieg - allerdings mit extremen Schwankungen - beobachtet werden. Nachdem im Jahr 2012 die Gewerbesteuereinnahmen

112 Mio. EUR betrugen, konnten im Folgejahr nur noch 76,6 Mio. EUR vereinnahmt werden. Im Jahr 2014 waren es 72 Mio. EUR und in 2015 81,5 Mio. EUR, so dass die Planung im HSP deutlich reduziert worden war.

Zurzeit findet eine intensive Betrachtung der Gewerbesteuer statt. Hier sollen insbesondere die Auswirkungen der im HSP 2012 ff. beschlossenen Hebesatzanhebungen analysiert werden. Dies wird, wie in der Koalitionsvereinbarung der Mehrheitsfraktionen angestrebt, mit wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt. Den politischen Gremien werden die daraus resultierenden Ergebnisse im Anschluss vorgelegt.



Entwicklung ausgewählter Steuereinnahmen und der Schlüsselzuweisungen nach dem GFG im Zeitvergleich 2000 – 2016, Stadt Oberhausen (2016 Plandaten), Bereich 1-1/Finanzen

Auf der Aufwandsseite weist der klassische Sozialbereich (also die Produktbereiche 05 Soziale Leistungen, 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfen) die größten Belastungen aus. Mit den Sozialleistungen die über die Landschaftsumlage finanziert werden, ist der Haushalt der Stadt etwa mit 300 Mio. EUR belastet - 44% der ordentlichen Aufwendungen. Dies zeigt, wie dringend die vom Bund versprochenen Entlastungen bei den Soziallasten sind, ob bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder bei den Kosten der Unterkunft.

Die Investitionen bewegen sich auch im Jahr 2015 auf dem von der Bezirksregierung in ihrer Haushaltsverfügung festgesetzten Niveau. Da nur in einem Umfang Investitionskredite aufgenommen werden können, in dem Tilgungsleistungen vorgenommen werden, sind Investitionskredite in Höhe von 15,5 Mio. EUR vorgesehen. Unter Zugrundelegung von Einzahlungen für Investitionstätigkeiten lassen sich

Gesamtinvestitionen in Höhe von 35 Mio. EUR finanzieren - bei einer im Haushaltsplan vorgesehenen Investitionsquote von 42%. Dies verdeutlicht den enormen Investitionsbedarf für Oberhausen.

Wie in den Vorjahren unterliegt der HSP einem umfassenden Controlling durch die Kommunalaufsicht. Vierteljährliche Berichte und die Darstellung der Maßnahmenumsetzung sind fester Bestandteil des Controllings. Dies wird nunmehr durch die Einführung eines Risikomanagements ergänzt. Unter besonderer Beobachtung stehen HSP-Maßnahmen mit großem Konsolidierungsvolumen. Ebenso ist mit der Bezirksregierung ein eigenes Controllingverfahren für die Einsparungen der OGM in Höhe von 8,7 Mio. EUR vereinbart worden, welches den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen zur Verfügung gestellt wird.

Im November 2014 wurde der Kommunalaufsicht der im Rat der Stadt am 17.11.2014 beschlossene Haushaltssanierungsplan 2015 ff. übersandt. Auf Grundlage der vorgelegten Daten fand am 18.03.2015 ein Abstimmungsgespräch zwischen Vertretern der Stadt Oberhausen sowie der Kommunalaufsicht statt. Die Kommunalaufsicht hat darauf hingewiesen, dass insbesondere die beschlossene Verschiebung der Konsolidierungspotenziale der Maßnahmen 44A „Erstellung eines neuen Bildungsplanes“ (Reduzierung des Konsolidierungsvolumens in den Jahren 2014 bis 2016 um jeweils 1,0 Mio. EUR) und 83A „Theater; Zusammenarbeit mit einem anderen Theater“ (Reduzierung des Konsolidierungsvolumens in den Jahren 2015 bis 2017 um 2,0 Mio. EUR) einer Kompensation in den Jahren ab 2015 bedürfen. Im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplanes 2015 ff. ergab sich somit Handlungsbedarf, so dass in diesem Zusammenhang kurzfristig Kompensationsmaßnahmen vorgeschlagen wurden. Um eine Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplanes 2015 treffen zu können, hatte die Kommunalaufsicht eine politisch abgesicherte Verbindlichkeitserklärung über die Aufnahme der Kompensationsmaßnahmen in den HSP 2016 ff. gefordert. Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt Oberhausen am 23.03.2015 die Aufnahme der Kompensationsmaßnahmen in den HSP 2016 ff. beschlossen. Dies wurde entsprechend berücksichtigt und kann der Maßnahmenübersicht entnommen werden.

Weiterhin konnten die im HSP 2015 aufgenommenen Konsolidierungsbeiträge der konditionellen Eventualmaßnahmen wieder aus den Sanierungsplanungen der Folgejahre herausgerechnet werden, da aufgrund des Erlasses vom Ministerium für Inneres und kommunales NRW (MIK) vom 10.12.2014, die in Aussicht gestellten Entlastungen des Bundes bei der Eingliederungshilfe, entsprechend der Vorgaben im Erlass, bei den Sanierungsplanungen berücksichtigt werden dürfen.

Für die weitere Fortschreibung der Haushaltssanierungspläne ist neben der Unterstützung durch das Land und weiteren eigenen Konsolidierungsanstrengungen die verstärkte Hilfe des Bundes dringend notwendig. Ab 2018 ist eine Entlastung in Höhe von 5 Mrd. EUR bei den Soziallasten aller Kommunen durch die Bundesregierung vorgesehen. Noch unklar ist, wie die Entlastung erfolgen soll. Findet sie im Rahmen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung statt, so wird für Oberhausen mit einer Entlastung von rund 12,5 Mio. EUR jährlich bei der Umlage des Landschaftsverbandes gerechnet. Findet sie im Bereich der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose statt, ist

die Entlastung fast doppelt so hoch. Diese sicherlich erhebliche Entlastung der Kommunen durch den Bund reicht bei Weitem nicht aus, die massiven Soziallasten in strukturschwachen Regionen auszugleichen. Dies betrifft mittlerweile nicht nur das Ruhrgebiet sondern viele - insbesondere westdeutsche - kreisfreie Städte. Die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Sozialleistungen sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Bund in viel höherem Maße als in der Vergangenheit mitfinanzieren muss. Der gegenseitige Verweis von Bund und Ländern auf die föderalen Zuständigkeiten hilft den notleidenden Kommunen nicht weiter. Es muss ein nationaler Pakt zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit geschlossen werden, damit diese Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung wiedererlangen können und die Schere zwischen reichen und armen Kommunen nicht weiter auseinander geht.

Das auf Bundesebene verabschiedete Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen bietet neue Chancen. Es verfolgt das Ziel, die Länder bei der Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände zum „Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet“ zu unterstützen und Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen. Das Land organisiert die Verteilung der Mittel, welche sich für NRW auf 1,13 Mrd. EUR belaufen. Kritisch sind die Verteilungskriterien des Landes. Der Städtetag weist zu Recht darauf hin, dass durch das Verteilungsinstrument GFG die Investitionsmittel sehr weit gestreut werden und nicht adäquat auf die Kommunen mit dem größten Bedarf konzentriert werden. Die Kriterien des Bundes werden nicht übernommen, obwohl sie ursächlich waren für die hohe Summe die NRW zugewiesen wurden. Die Kriterien des Bundes waren: Einwohnerzahl, Arbeitslosigkeit und Liquiditätskredite. Die Verteilung nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung führt zu einer Investitionsförderung in Höhe von 24,3 Mio. EUR. Mit dem 10% Eigenanteil stehen ca. 27 Mio. EUR für zusätzliche Investitionen zur Verfügung. Bei der Anwendung der Bundeskriterien würde sich dieser Betrag fast verdoppeln. Die Mittel müssen bis Ende 2018 ausgegeben werden. Die genauen Kriterien und die Verwendungsmöglichkeiten der Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz werden nach Verabschiedung im Landtag vorgestellt und die Auswirkungen auf den Haushalt zu einem späteren Zeitpunkt eingearbeitet.

Erhebliche Risiken bergen zz. die nicht abschätzbaren Aufwendungen für Flüchtlinge. Sah der Haushaltsplan 2015 noch einen Ansatz von 4.740.230 EUR an Aufwendungen für Asylbewerber vor so werden in 2016 steigende Aufwendungen erwartet, so dass aktuell von einem rd. 7 Mio. EUR höheren Aufwand ausgegangen werden kann, als noch im eingebrachten Entwurf des Haushalts 2016 vorgesehen. Diese zusätzlichen Belastungen können für das Jahr 2016 durch die veränderte Auszahlungspraxis der Landesmittel ausgeglichen werden, allerdings ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2017 und in den Folgejahren gefährdet, was eine besondere Herausforderung darstellt. Um diese

Herausforderung zu meistern, muss die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge übernehmen. Diese Aufgabe kann nicht allein den Kommunen und den Ländern überlassen werden. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Verantwortung der Gesetzgebung und der Außenpolitik der Bundesregierung liegt."

„Informationstechnologie"

Die von der Firma Ernst & Young beschriebenen Konsolidierungspotentiale im IT- und TK-Bereich wurden in Bezug auf die Reduzierung der Personalaufwendungen in vollem Umfang realisiert (vgl. hierzu auch Teil C des Vertrages zu IT- und TK-Dienstleistungen). D.h. die der OGM GmbH zu leistende Pauschalvergütung wurde bereits im Jahr 2014 von brutto 3.331.685 EUR um brutto 787.780 EUR auf brutto 2.543.905 EUR reduziert.

In Bezug zu den Sachkosteneinsparungen hat die Stabsstelle Strategisches IT-Management in Abstimmung mit der OGM GmbH weitere Konsolidierungspotentiale erschlossen, die nun sukzessive umgesetzt werden. So werden z.B. die Mietfaxgeräte abgeschafft und durch ein PC-Fax-System ersetzt sowie auslaufende Leasingverträge nicht weiter geführt, weil der Kauf der Hardware kostengünstiger ist. Die neuen Mobilfunkverträge, die nun schrittweise abgeschlossen werden (das Auslaufen der Altverträge endet erst Anfang 2017), führen künftig zu deutlich geringeren Mobilfunkkosten. Im Jahr 2016 wird darüber hinaus für die Bestellung von IT-Komponenten ein Warenkorb eingerichtet, der standardisierte IT-Produkte enthalten wird, auch dies wird voraussichtlich zu einer Reduzierung der Kosten führen. Eine weitere Einsparung könnte durch ein geplantes Druckerkonzept möglich sein. Die konkrete Höhe dieser genannten Sachkostenreduzierungen kann zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht ermittelt werden.

Personalkonsolidierungskonzept

Stellenabbau

Der mit dem HSP 2012 ff. beschlossene Abbau von 195,5 Stellen bis zum Jahr 2021 und die damit verbundene Reduzierung der Personalkosten um rd. 10 Mio. EUR wurde begonnen und wird in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt. So wird das bereits im Haushaltssanierungsplan 2012 ff. beschriebene Ziel, durch eine konsequente Aufgabenkritik mittel- bis langfristig 50% der freiwerdenden Stellen im Bereich der allgemeinen Verwaltung sowie 10% der freiwerdenden Stellen in den Spezialberufsgruppen nicht wiederbesetzen zu müssen, kontinuierlich weiterverfolgt. Bis zum Ende des 3. Quartals 2015 konnten von den oben beschriebenen Stelleneinsparungen bereits 69,8 nachhaltig umgesetzt werden. Hierunter fielen neben den in den Einzelmaßnahmen bereits identifizierten Stellen, auch Stelleneinsparungen, die bisher nicht mit konkreten Maßnahmen in Verbindung gebracht wurden.

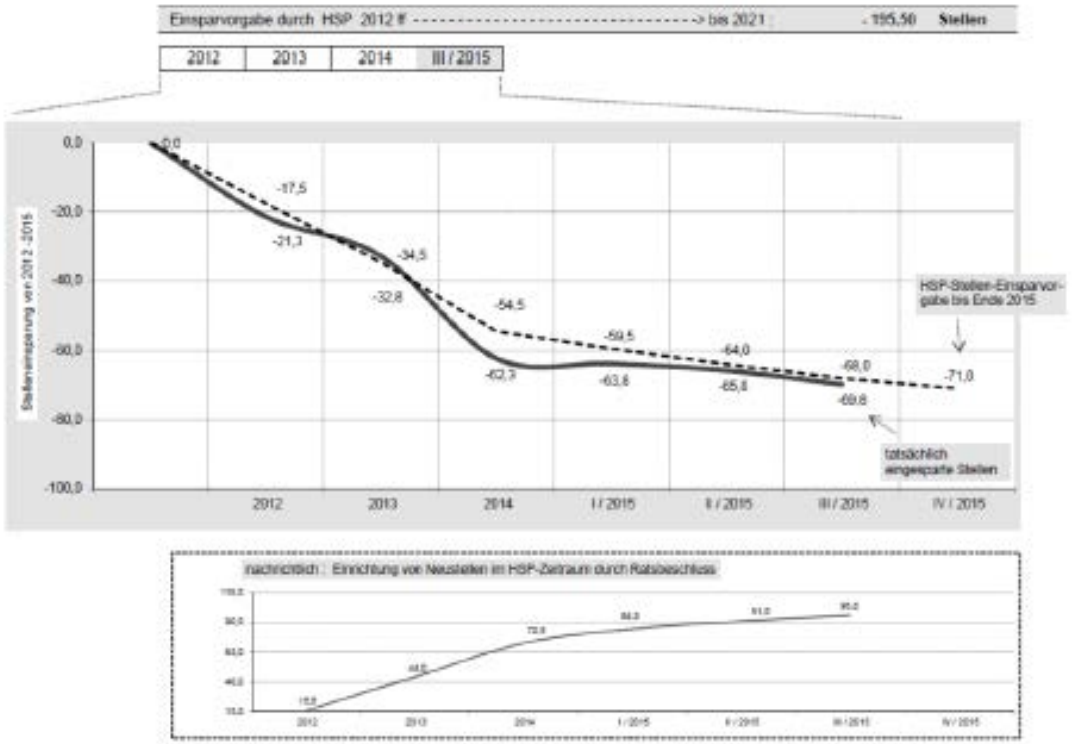


Abb.: Stellenabbau 2012 bis 2015 (Stand: 24.09.2015;
Quelle: Bereich 4-1/Personal und Organisation)

Personalabbau

Neben dem oben beschriebenen Stellenabbau wird auch der tatsächliche Personalabbau weiter forciert. Anhand der folgenden Darstellung ist der Personalabbau im Rahmen des HSP 2012 ff. erkennbar. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass der im HSP 2012 ff bis zum 3. Quartal 2015 insgesamt vorgesehenen Einsparung von 68 Stellen eine tatsächliche Personalerhöhung von 9,5 gegenübersteht. Bereinigt um die zusätzlichen Neueinstellungen liegt der Personalabbau bei 60 Mitarbeiter/innen (alle Werte vollzeitverrechnet).

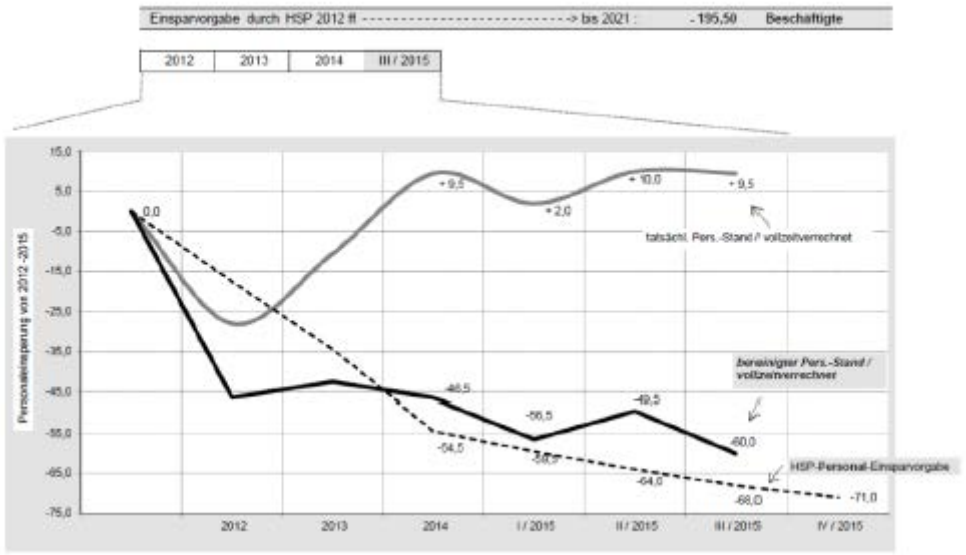


Abb.: Personalabbau 2012 bis 2015 (Stand: 24.09.2015 Quelle: Bereich 4-1/Personal- und Organisation)

Der bis zum Jahr 2021 beschriebene Personalabbau kann nur realisiert werden, wenn neben organisatorischen Maßnahmen wie Zentralisierung oder Abbau von Parallelstrukturen der derzeitige Aufgabenbestand und -standard konsequent und dauerhaft reduziert bzw. verändert wird. Die begonnene Aufgabenkritik muss kontinuierlich fortgeführt werden, um weitere Aufgabenfelder zu identifizieren. Bei gleichem oder sogar ausgeweitetem Aufgabenbestand (Ausnahme s. u.) ist das HSP-Ziel nicht zu erreichen.

Natürlich werden auch zukünftig neue oder erweiterte Aufgaben eine Stellenausweitung notwendig machen, sofern diese vom Bund/Land vorgegeben bzw. durch Drittmittel refinanziert werden (z.B. aktuelle Ausweitung des Personalbestandes bei den Themen „Flüchtlinge“ und „Asylangelegenheiten“ [siehe auch Ausführungen zu Pkt. IV. Sachkostenkonsolidierungskonzept]).

Insofern werden

> Stellen,
> Personalbestand,
> Personalkosten

einem dauerhaften Controlling unterzogen und dabei die oben beschriebenen Erfordernisse getrennt betrachtet.

Die dauerhafte Reduzierung des Personalbestandes und damit der Personalkosten erfordert eine enge Verzahnung von Personal- und Organisationsentwicklungsmaßnahmen, eine differenzierte Betrachtung von Stellen, Personal und Personalkosten und ein Controlling mit den notwendigen Handlungsempfehlungen. Die damit unweigerlich verbundenen Einschnitte stellen sicherlich eine besondere Herausforderung dar, unterstützen aber in großem Maße die Bemühungen der Stadt Oberhausen, ihren Haushalt langfristig zu sanieren.

Mit der Bezirksregierung wurde hierzu ein umfangreiches Konzept erarbeitet, welches neben dem reinen Controlling der Einzelmaßnahmen des HSP insbesondere auch ein detailliertes Umsetzungscontrolling der Personalmaßnahmen gem. der lfd. Nr. 1a des HSP beinhaltet. Darüber hinaus erfolgt derzeit im Rahmen der Stärkungspaktberatung bei der Umsetzung der Haushaltssanierungsmaßnahmen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) der Aufbau eines Projektes zur Personalkonsolidierung. Hierbei werden insbesondere die Themenfelder „Personal“, „Stellen“, „Personalkosten“ sowie „Aufgaben-, Zweck- und Vollzugskritik“ vertieft betrachtet.

Organisationsuntersuchung Jugend und Soziales

Auf Basis der Ratsbeschlüsse zur Umsetzung der Empfehlungen des Con_sens-Gutachtens sowie der Beschlussempfehlung der Einigungsstelle wurde der Bereich 3-1/Kinder, Jugend, Bildung im Februar 2015 offiziell gegründet. Der Bereich 3-2/Soziales wurde bereits mit Wirkung vom 02.01.2014 eingerichtet. Die Umsetzung hiermit verbundener organisatorischer bzw. personalwirtschaftlicher Maßnahmen konnte noch nicht abgeschlossen werden.. Vor diesem Hintergrund wurde auch die lfd. Nr. 87A „Umsetzung Con_sens-Gutachten“ angepasst (Aufteilung in Maßnahmen Nr. 87A1 und Nr. 87A2). Gleichzeitig hat eine erhebliche Fallzahlsteigerung zu einem Anstieg der Jugendhilfekosten geführt. Mit der Umsetzung der Vorschläge aus dem Gutachten sollen diese wieder aufgefangen und reduziert werden.

Erstellung eines neuen Bildungsplans (HSP-Maßnahme lfd. Nr. 44A)

Mit den vorbereitenden Maßnahmen zur Erstellung eines Bildungsplans (Förderschulen) konnte erst Anfang 2014 begonnen werden. Der Ratsbeschluss zur Zukunft der Förderschulen wird im Dezember 2014 gefasst. Die vorbereitenden Aufgaben für die Erstellung eines Bildungsplans (Abstimmung mit der Bezirksregierung, Ausschreibung etc.) laufen derzeit.

Hierdurch ergibt sich eine Verzögerung im ursprünglichen Zeitplan zum "Rückbau von Schulstandorten aufgrund der demografischen und schulpolitischen Entwicklungen". Bereits in 2014 hätten drei Standorte aufgegeben werden müssen, um die errechnete Einsparung von 1 Mio. EUR erzielen zu können. Durch die zeitliche Verschiebung besteht die Gefahr, dass das Einsparungsziel im Haushaltsjahr 2015 und 2016 ebenfalls nicht oder nicht vollständig erreicht werden kann.

Im Rahmen des Schulentwicklungsplanes -Förderschulen- ist eine Zentrierung der verbleibenden Schülerschaft an weniger Standorten gelungen und dadurch konnten Einsparungen erzielt worden.

Reduzierung von Miet- und Betriebskosten

Durch raumplanerische Maßnahmen konnten seit Mitte 2011 bisher Mietausgaben in Höhe von insgesamt ca. 440 TEUR. p. a. eingespart werden. Die Gesamtfläche wurde in diesem Zeitraum um knapp 2.000 m² reduziert, da Verwaltungseinheiten durch Optimierung der Belegstruktur in Eigenobjekten untergebracht werden konnten. Darüber hinaus wurden verschiedene energetische Sanierungsmaßnahmen an Verwaltungsgebäuden durchgeführt (z.B. Fenstersanierung Rathaus Oberhausen) die nachhaltig zu einer Einsparung von Betriebskosten führen. Die auf Basis des con_sens Gutachtens empfohlenen organisatorischen Veränderungen müssen nach deren Abstimmung in naher Zukunft ebenfalls raumplanerisch umgesetzt werden und beinhalten das Potenzial für die Aufgabe weiterer Verwaltungsstandorte. Die organisatorischen Änderungen beim strategischen Immobilienmanagement werden den Prozess der Kostenreduzierung weiter unterstützen.

Aufgabenkritik / Überörtliche Prüfung GPA NRW

Im Rahmen der überörtlichen Prüfungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW werden derzeit die unterschiedlichsten Verwaltungsbereiche einer Betrachtung unterzogen. Aktuell werden die Felder Finanzen, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Soziales, Jugend, Schule und Sport, Grün und Verkehr, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Vermessung und Katasterwesen sowie der Aufgabenbereich der

Informationstechnik untersucht. Neben z.B. der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung (Vermögens-, Schulden-, Finanz-, und Ertragslage) im Prüfbereich Finanzen werden in einzelnen Prüfbereichen auch Kennzahlen gebildet, die u.a. auch Rückschlüsse auf z.B. die Arbeitsauslastung, Personalausstattung, Erfüllungsgrad etc. einzelner Aufgabenbereiche im interkommunalen Vergleich zulassen. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden bei der laufenden Organisationsarbeit entsprechend berücksichtigt.

Daneben ist ebenfalls angedacht eine Geschäftsprozessoptimierung durchzuführen. Hierzu ist zunächst die Erfassung von Kernprozessen vorgesehen. Mit dem Prozessmanagement sind neben der Optimierung von Prozessen zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung durch einen optimalen Ressourceneinsatz auch Ziele verbunden, die z.B. die Sicherung der Arbeitsabläufe und die Konservierung von individuellem Erfahrungswissen von und für Stelleninhaber/innen beinhalten. Hierdurch soll auch der demografischen Entwicklung innerhalb der Verwaltung Rechnung getragen und ein notwendiger Wissenstransfer sichergestellt werden.

Im Gesamtkontext bleibt darauf hinzuweisen, dass eine Aufgabenkritik bei allen Stellenwiederbesetzungsverfahren und z.B. auch im Rahmen von Überlegungen zur interkommunalen Zusammenarbeit regelmäßig im „Tagesgeschäft“ stattfindet. Insgesamt konnten mit Stand vom 31.12.2015 72,3 Planstellen eingespart werden, hierin enthalten sind 24 Stellen die bisher nicht konkret mit Konsolidierungsmaßnahmen hinterlegt waren.

Beteiligungskonsolidierungskonzept

Die Beteiligungen der Stadt lassen sich im Hinblick auf die Haushaltssanierung grundsätzlich in drei relevante Kategorien einteilen:

- Beteiligungen, die unmittelbar oder mittelbar einen Ertrag für den Haushalt erbringen,
- Beteiligungen, die (bislang) für den städtischen Haushalt neutral sind sowie
- Beteiligungen, die städtische Zuschüsse erhalten.

Außerhalb dieser Kategorisierung ist zudem die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) als Immobiliendienstleisterin der Stadt zu betrachten, zu der vielfältige Leistungsbeziehungen bestehen. Die OGM wurde in Abstimmung zwischen der Stadt und der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) einer gesonderten Untersuchung im Hinblick auf Konsolidierungspotenziale unterzogen. Diese Untersuchung hat die Ernst & Young Real Estate GmbH (E & Y) im Auftrag der GPA NRW durchgeführt; ihre Ergebnisse sind in einem gemeinsamen Bericht der GPA NRW und E & Y vom 21.05.2012 dargelegt. Zur Umsetzung der Ergebnisse des Berichtes der GPA NRW und E & Y hat die Verwaltung mit der OGM eine umfassende Neustrukturierung des Vertragswerkes verhandelt. Der neue Vertrag dient dazu, die in dem Bericht aufgezeigten Konsolidierungspotentiale ab dem 01.01.2014 zu realisieren.

Vor dem Hintergrund der vorstehend angesprochenen Kategorisierung werden im Beteiligungskonsolidierungskonzept im Wesentlichen die folgenden Maßnahmearten verfolgt:

- Ertragsteigerungen:

Soweit Beteiligungen bereits in der Vergangenheit Gewinne ausgeschüttet haben, besteht das Konsolidierungsziel darin, diese Ausschüttungen zu erhöhen, um den städtischen Haushalt zu entlasten. So hält die STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH beispielsweise Beteiligungen an der Energieversorgung Oberhausen AG (evo) und an der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, deren anteilige Gewinnausschüttungen das operative Defizit der STOAG und folglich den städtischen Finanzierungsbeitrag an das Unternehmen verringern. Die Höhe der Gewinnausschüttungen und das damit verbundene Konsolidierungspotenzial sind allerdings abhängig von dem Geschäftsverlauf bzw. der Ergebnisentwicklung in den jeweiligen Beteiligungsunternehmen. Soweit Beteiligungen in der Vergangenheit keine Gewinne ausgeschüttet haben, soll künftig - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - eine Gewinnausschüttung erfolgen. Beispiele hierfür sind die Stadtsparkasse Oberhausen, die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH und die VZO Verwaltungszentrum Oberhausen GmbH.

- Zuschussreduzierungen:

Sofern und soweit Beteiligungen städtische Zuschüsse erhalten, sollen diese durch unterschiedliche, jeweils auf die Verhältnisse der betreffenden Beteiligung abgestellte Maßnahmen reduziert werden. Beispiel hierfür ist die STOAG.

- Aufgabenreduzierungen bzw. die Trennung von Aufgaben:

In dieser Kategorie finden sich Beteiligungen, die einer Aufgabenkritik hinsichtlich ihrer Erfüllung öffentlicher Aufgaben unterzogen werden und auf Grund derer eine teilweise oder vollständige Einstellung der Aufgabenerfüllung bzw. die Übertragung der jeweiligen Aufgabe auf einen Dritten angestrebt wird. Beispiele hierfür sind die BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH und die Revierpark Vonderort GmbH.

Hinzu treten diejenigen Maßnahmen, welche die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) auf der Grundlage der vorstehend genannten Untersuchung der Ernst & Young Real Estate GmbH betreffen.

Die Struktur der Beteiligungen der Stadt Oberhausen ist im Einvernehmen mit der GPA NRW extern überprüft worden. Gegenstand der Untersuchung sind die Prüfung steuerlicher Optimierungsmöglichkeiten, die Optimierung von Prozessen und Strukturen, die Bildung einer operativen bzw. strategischen Konzernstruktur. Es sind für ausgewählte Gesellschaften besondere Prüfaufträge erteilt worden.

Die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein Westfalen (GPA NRW) hat ferner - in Abstimmung mit der Stadt Oberhausen - das Beratungsunternehmen Rödl & Partner damit beauftragt, die Beteiligungsstruktur der Stadt Oberhausen zu untersuchen.

Gegenstand der Untersuchung war die Prüfung steuerlicher Optimierungsmöglichkeiten, die Optimierung von Prozessen und Strukturen sowie die Bildung einer operativen bzw. strategischen Konzernstruktur.

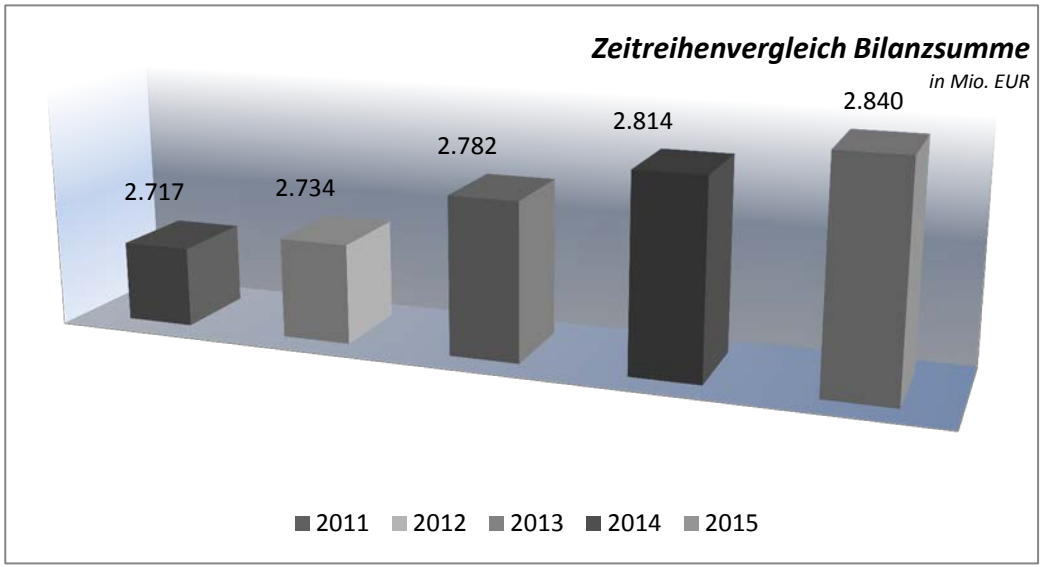
Der vorläufige Abschlussbericht wurde zwischenzeitlich vorgelegt. Die darin aufgezeigten Potenziale sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nach Begutachtung und Bewertung der Prüfungsergebnisse befinden sich die GPA NRW und die Stadt Oberhausen nunmehr in einem Abstimmungsprozess über das weitere Verfahren. Dabei geht es u. a. um die Frage, ob eine vertiefende Analyse - insbesondere im Bereich „Shared Services“ - erfolgen soll.

Im Beteiligungskonsolidierungskonzept wird differenziert zwischen solchen Beteiligungen, hinsichtlich derer konkrete Sanierungsmaßnahmen ermittelt werden konnten und in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen wurden (relevante Beteiligungen) und solchen, hinsichtlich derer dies nicht der Fall ist (nicht relevante Beteiligungen). Nachfolgend sind sämtliche Beteiligungen in zwei Gruppen – getrennt nach ihrer Relevanz im Rahmen des Haushaltssanierungsplans – aufgeführt.

4.3 Erläuterungen und Analyse der Haushaltswirtschaft

Um die wirtschaftliche Lage der Stadt Oberhausen fundiert darzustellen und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Jahres zu geben, wurde das vorhandene Datenmaterial methodisch untersucht. Basis der nachfolgenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage stellen die Bilanz sowie die Ergebnis- und Finanzrechnung dar.

Bei der Analyse der Haushaltswirtschaft handelt es sich um eine Analyse des Geschäftsverlaufs des abgelaufenen Haushaltsjahres. Diese erfolgt durch einen Soll-Ist-Vergleich. Dabei wurden die Plandaten des Haushaltsjahres mit den Ergebnissen des Jahresabschlusses verglichen; daraus resultierende Abweichungen werden im Folgenden erläutert, soweit sie aus Sicht der Stadt wesentlich erscheinen.



4.3.1 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beläuft sich auf 2.839.599 TEUR und erhöht sich gegenüber der Bilanz zum 31.12.2014 um 25.301 TEUR, bzw. 0,9 %. Die Bilanzsumme alleine lässt keine detaillierten Aussagen über die finanzielle Lage der Stadt Oberhausen zu, sondern ermöglicht bestenfalls eine Zuordnung der Kommune zu einer Größenklasse. Um ein umfassendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage zu bekommen sind weitere Analysen der Bilanz notwendig. An dieser Stelle wird ein Überblick über die wesentlichen Aktiv- und Passivpositionen der Bilanz gegeben.

Eine genauere Aufschlüsselung der Zusammensetzung der Bilanzsumme ist unter Punkt 3.3 Aktiva und 3.4 Passiva zu finden.

4.3.1.1 Aktivseite der Bilanz

Die Aktivseite der Bilanz stellt die Vermögensverwendung dar, welche sich grob in Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Aktive Rechnungsabgrenzung sowie „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ strukturieren lässt. Wesentliche Bilanzgrößen stellen dabei das Anlage- und Umlaufvermögen dar.

Beim **Anlagevermögen** werden neben den Sachanlagen von 1.478.345 TEUR die Finanzanlagen mit 216.436 TEUR ausgewiesen; das Umlaufvermögen summiert sich auf 49.561 TEUR.

Unter dem Sachanlagevermögen sind die Werte der unbebauten und bebauten Grundstücke, das Infrastrukturvermögen, Bauten auf fremden Grund und Boden, Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler, Maschinen/technische Anlagen und Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau zu subsumieren. Im Vergleich des Jahresabschlusses zum Vorjahr vermindert sich die Gesamtsumme um 7.984 TEUR.

Der Werteverzehr bezeichnet den bewerteten Sachgüter- und/oder Leistungsverzehr im Leistungserstellungsprozess bzw. eine Wertminderung z.B. durch Ge- und Verbrauch, wirtschaftliche oder technische Entwicklungen und Zerstörung. Buchungstechnisch findet der Werteverzehr seinen Ausdruck in Abschreibungen. Dem Werteverzehr gegenüberzustellen sind Anlagenzugänge sowie die im Bau befindlichen Anlagen.

In der Struktur der Bilanz werden als weitere Kategorie die Finanzanlagen auf der Aktivseite dargestellt. Unter den Finanzanlagen werden, gem. Handelsgesetzbuch, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Ausleihungen, an diese, Beteiligungen und Ausleihungen an Unternehmen, mit welchen man selbst in einem Beteiligungsverhältnis steht, verstanden. Auch Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu den Finanzanlagen gezählt.

Die Finanzanlagen weisen einen Gesamtbetrag von 216.436 TEUR aus und haben sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2014 um 1.315 TEUR verringert. Zurückzuführen ist dies auf eine Reduzierung der Ausleihungen an Sondervermögen (ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen - Eigenbetrieb) von rd. 1.005 TEUR, der Abschreibung RW-Holding-Anteilen in Höhe von 227 TEUR sowie der Reduzierung der Anteile an sonstigen Ausleihungen in Höhe von 83 TEUR.

Das **Umlaufvermögen** (49.561 TEUR) gliedert sich in Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie den liquiden Mitteln. Die Vorräte stellen im Gegensatz zu dem Anlagevermögen die Vermögensgegenstände dar, die der Stadt Oberhausen im Allgemeinen nur zur vorübergehenden Nutzung dienen und nicht zu den Rechnungsabgrenzungsposten gehören.

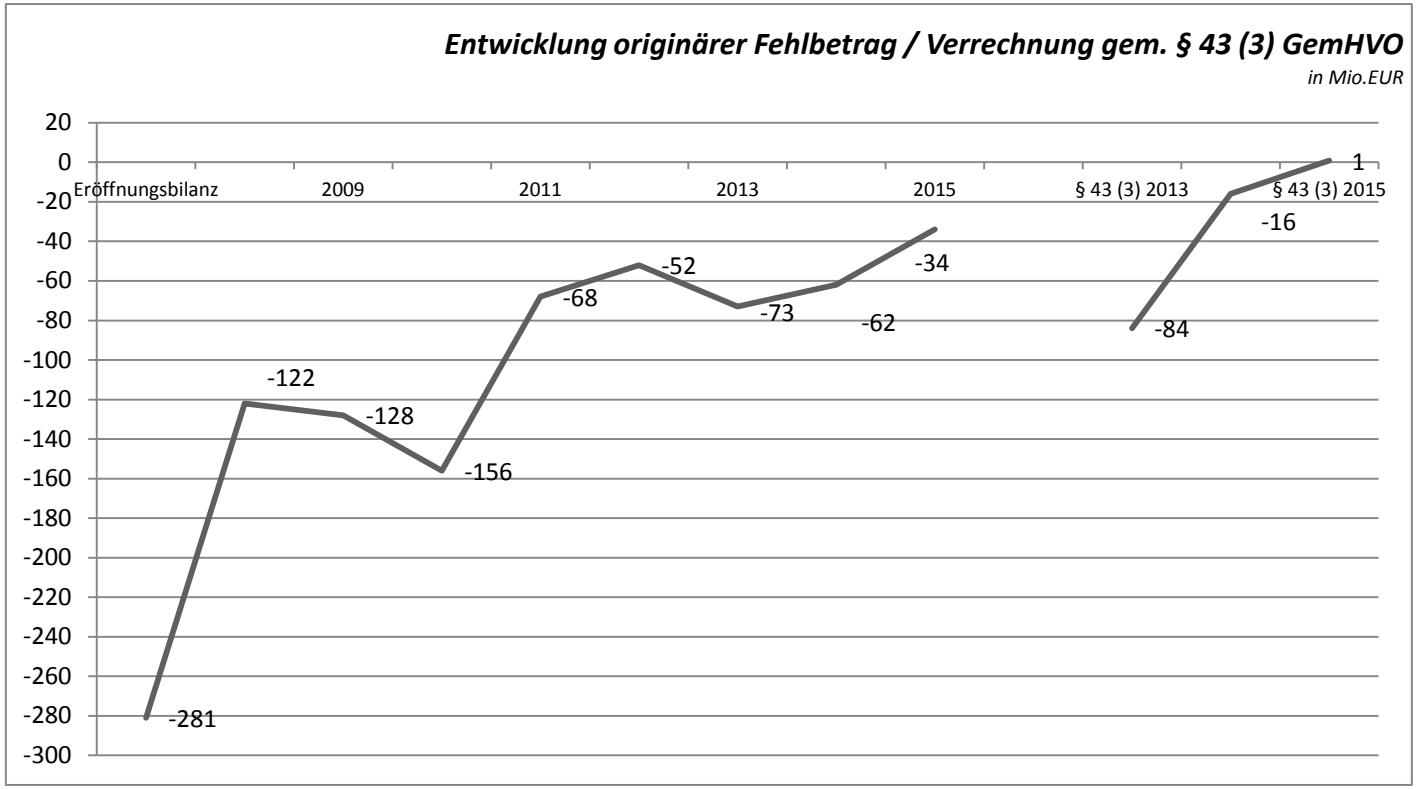
- Vorräte (8.315 TEUR/ Vorjahr: 9.272 TEUR, - 957 TEUR)

- Forderungen (31.873 TEUR / Vorjahr: 35.868 TEUR, - 3.995 TEUR)
  (vgl. u.a. Forderungsspiegel)

- Liquide Mittel (9.373 TEUR / Vorjahr: 4.800 TEUR, + 4.574 TEUR)

Den weitaus größten Anteil am Umlaufvermögen haben die öffentlich-rechtlichen Forderungen (30.562 TEUR). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Forderungen um 1.560 TEUR verringert.

Die **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** haben um 1.859 TEUR zugenommen und weisen ein Gesamtvolumen in Höhe von 19.889 TEUR (2014: 18.030 TEUR) aus. Wesentlicher Bestandteil sind Aufwendungen des Haushaltsjahres 2016 (11.218 TEUR).



Bereits zur Eröffnungsbilanz, unter Berücksichtigung von nachträglichen Berichtigungen, wurde auf der Aktivseite ein **nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag** von 280.785 TEUR ausgewiesen. Die Verwaltungstätigkeit in den Jahren 2008 bis 2014 führte zu Jahresfehlbeträgen von insgesamt 661.329 TEUR. Die Haushaltswirtschaft 2015 führte zu einem Jahresfehlbetrag von 33.989 TEUR; mithin beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag unter Berücksichtigung erfolgter Korrekturen 976.102 TEUR.

Darüber hinaus hat der

Verordnungsgeber mit § 43 Abs. 3 GemHVO Sachverhalte geregelt, welche unmittelbar mit der allgemeinen Rücklagen zu verrechnen sind und keinen Niederschlag in der Ergebnisrechnung finden. So sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögens-gegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen von Finanzanlagen unmittelbar gegen die allg. Rücklage zu buchen

(1. NKFWG - § 43 (3) GemHVO). Dies bedeutet für die Stadt Oberhausen in den Haushaltsjahren 2013/2014 einen weiteren Ausweis von rd. 100.135 TEUR, so dass der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2014 1.042.248 TEUR betrug. Auch im Geschäftsjahr 2015 sind verschiedene Vorgänge entsprechend beurteilt worden. Bei diesen Geschäftsvorfällen im Sinne des § 43 (3) GemHVO handelt es sich u.a. um die Abwertung des Unternehmenswertes der STOAG (Abschreibung der RW-Holding – Anteile) mit einem Volumen von 227 TEUR, vgl. auch Pkt. 3.3.1.4, 3.3.4), der Verkauf eines Grundstückes/Gebäude (- 415 TEUR). Aus den Einzelfällen resultiert für 2015 ein Saldo i.H.v. - 188 TEUR. Ferner war eine Korrektur aus Vorjahren über - 681 TEUR (Nachaktivierung eines Gebäudes) erforderlich.

Die Gesamtsumme des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages beträgt zum 31.12.2015 1.075.368 TEUR.

4.3.1.2 Passivseite der Bilanz

Die Passivseite der Bilanz (Vermögensherkunft) weist die Finanzierung des städtischen Vermögens aus. Die Ermittlung des **Eigenkapitals** erfolgte für die Eröffnungsbilanz als rechnerische Größe aus der Differenz der bewerteten Aktivposten zu den bewerteten Passivposten. Da die Passivposten in der Bilanz die Aktivposten übersteigen, wird der Saldo auf der Aktivseite der Bilanz unter den Rechnungsabgrenzungsposten als „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgewiesen. Auf Grund dieser Tatsache sind weitere Erläuterungen im Hinblick auf die gesetzlich normierten und zu bildenden Allgemeine Rücklage, Ausgleichsrücklage und der Deckungsrücklage entbehrlich.

Die **Sonderposten** stellen mit 431.417 TEUR eine wesentliche Bilanzgröße dar; sie liegen mit 8.073 TEUR unter dem Bilanzwert 2014. Die Sonderposten werden grundsätzlich über die gleiche Nutzungsdauer wie das dazugehörige Anlagegut ertragswirksam aufgelöst und verringern dadurch die Belastung durch die Wertminderung (Abschreibung) des Wirtschaftsgutes.

Die **Rückstellungen** in Höhe von 461.789 TEUR resultieren im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (403.597 TEUR, + 8.604 TEUR) und Sonstigen Rückstellungen (53.731 TEUR, + 318 TEUR).

Die Rückstellungen für Deponien und Altlasten (600 TEUR) sowie Instandhaltungsrückstellungen (3.861 TEUR) haben keinerlei Veränderung erfahren.

Die **Verbindlichkeiten** (1.925.699 TEUR) haben sich insgesamt um 26.237 TEUR erhöht. Größten Anteil an den Verbindlichkeiten haben dabei die Kredite zur Liquiditätssicherung (1.582.500 TEUR), welche sich im Vergleichszeitraum um 16.200 TEUR erhöht haben. Hinzu kommen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von insgesamt 297.537 TEUR (vom öffentlichen Bereich 6.836 TEUR und vom privaten Kreditmarkt 290.701 TEUR). Diese Verbindlichkeiten sind um 168 TEUR gestiegen.

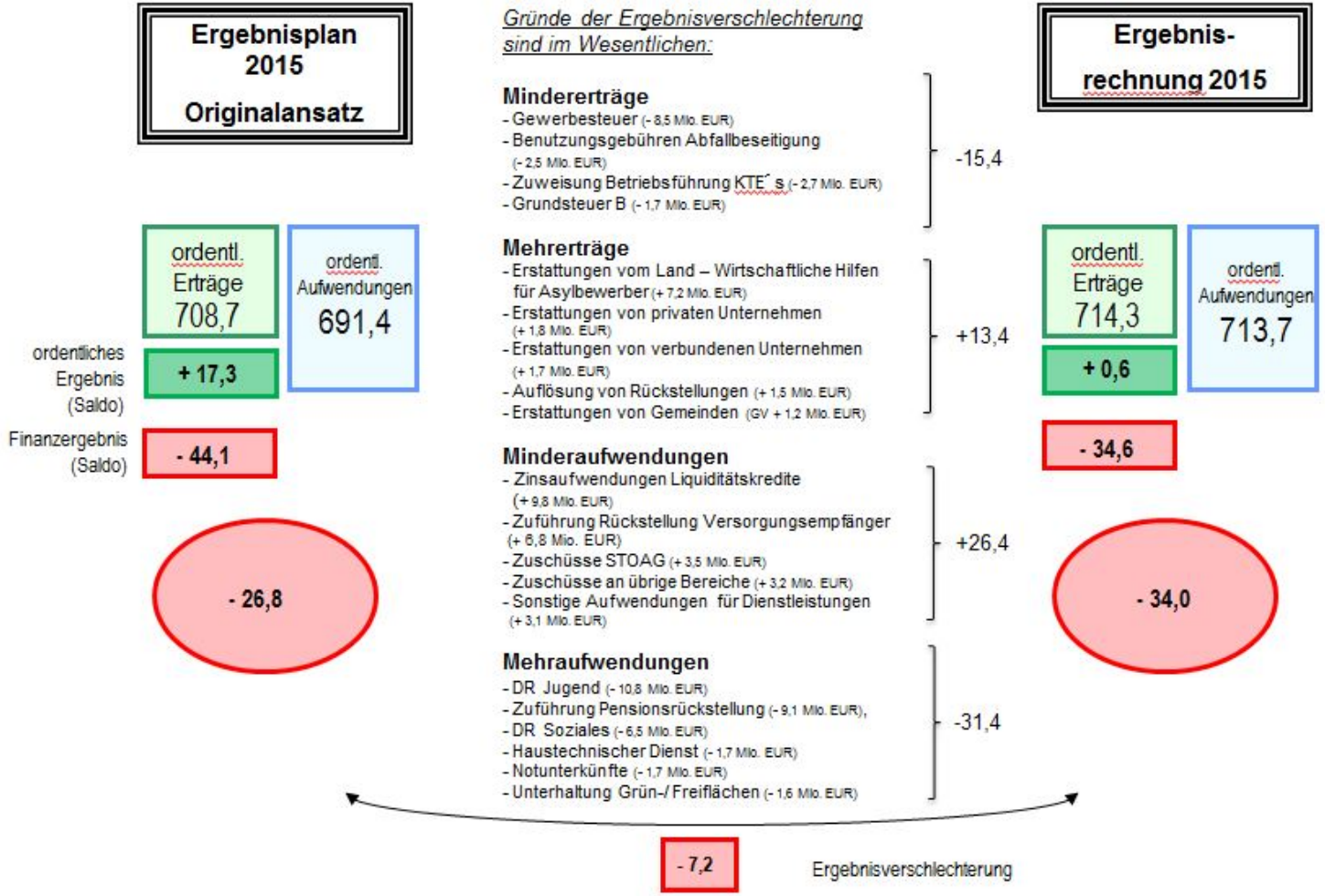
Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben um 5.223 TEUR auf 17.322 TEUR zugenommen.

Im Zuge des 1. NKFWG wurde die Bilanzposition Erhaltene Anzahlungen eingefügt. Der Gesetzgeber erhofft durch die Aufgliederung des Bilanzpostens "Sonstige Verbindlichkeiten" durch die Einbeziehung der „Erhaltenen Anzahlungen“ die Transparenz der Bilanz wegen des gesonderten Ausweises noch nicht zweckentsprechend verwendeter Zuwendungen zu erhöhen. Erhaltene Zuwendungen dürfen erst dann unter den Sonderposten in der Bilanz angesetzt werden, wenn der damit finanzierte Vermögensgegenstand in der Bilanz aktiviert wird. Daher bedarf es für die Zwischenzeit der Festlegung eines besonderen Bilanzpostens für die erhaltenen Zuwendungen. Die Summe beträgt zum 31.12.2015 rd. 5.564 TEUR (+ 1.926 TEUR) und wird unter Pkt 4.8 der Bilanz - „Erhaltene Anzahlungen“ - ausgewiesen.

Die **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** haben sich um 1.786 TEUR reduziert und weisen ein Gesamtvolumen in Höhe von 20.695 TEUR (2014: 22.481 TEUR) aus. Wesentlicher Bestandteil sind Nutzungsentgelte von Grabstätten (11.241 TEUR).

4.3.2 Ertrags- und Aufwandssituation

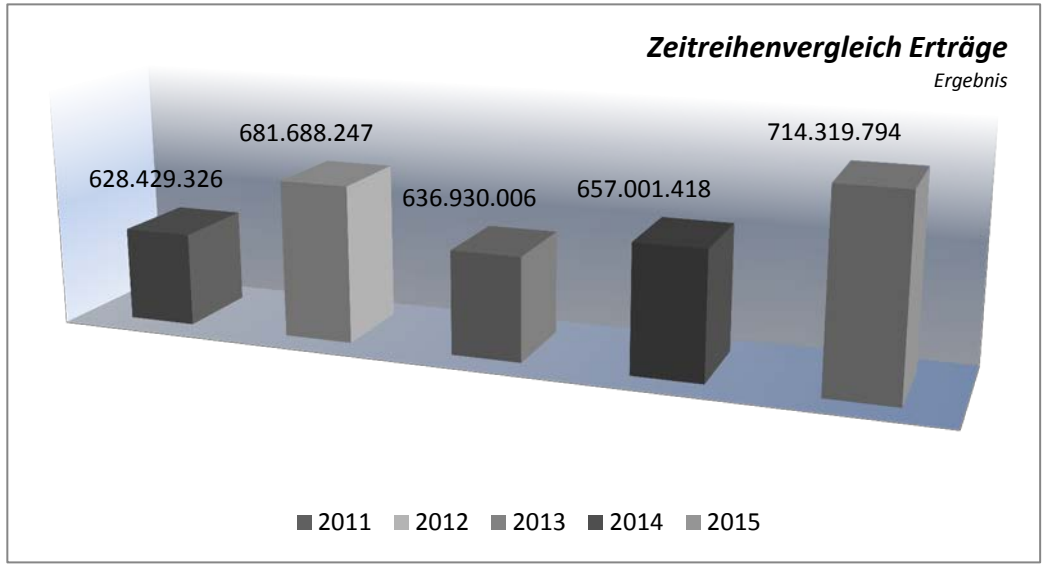
Der Ergebnishaushalt des Jahresabschlusses 2015 ist gekennzeichnet von einer Verschlechterung des Jahresergebnisses gegenüber den geplanten Erträgen und Aufwendungen (- 26.802 TEUR) um 7.186 TEUR auf - 33.988 TEUR.



4.3.2.1 Erträge

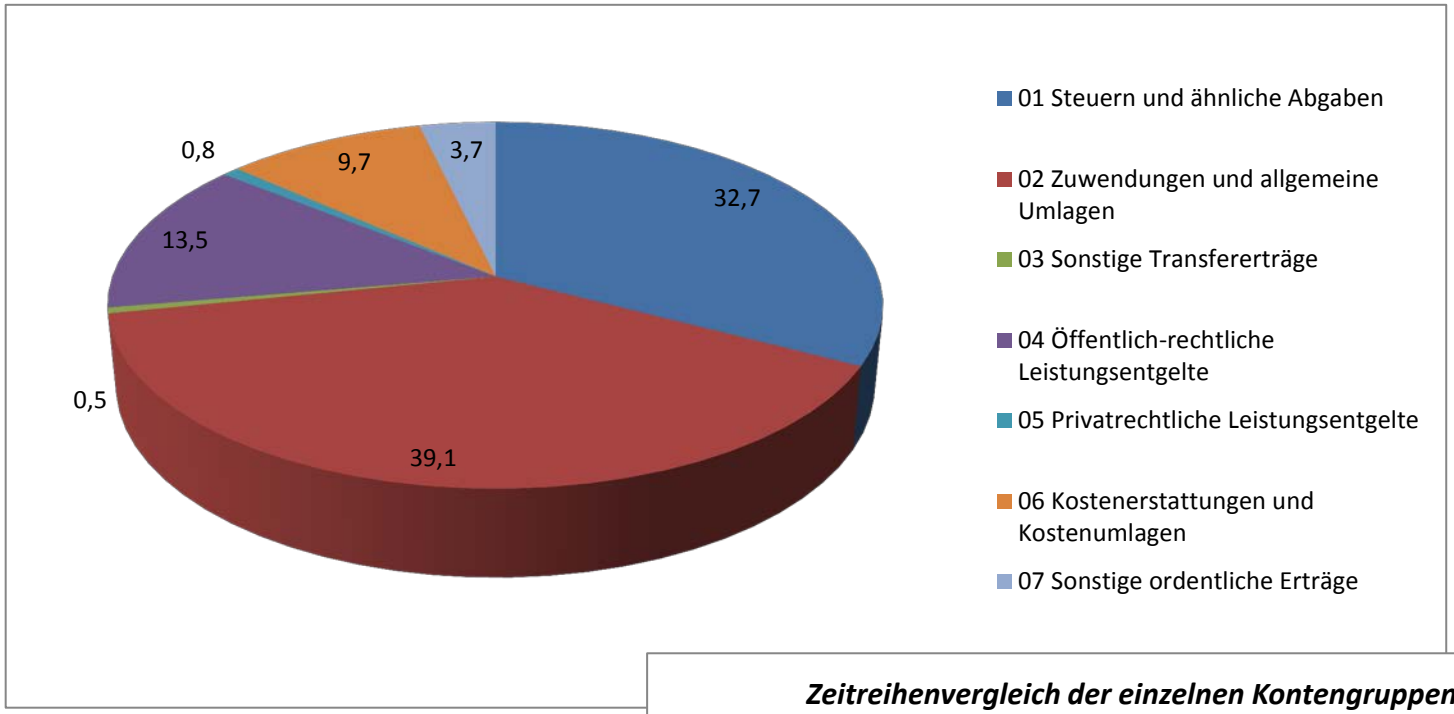
Mit einem Betrag von 714.320 TEUR liegen die ordentlichen Erträge um 5.594 TEUR über den angesetzten Planansätzen. Gegenüber dem Ergebnis 2014 fielen die ordentlichen Erträge um rd. 57.318 TEUR höher aus.

Ein Zeitreihenvergleich der vergangenen fünf Jahre zeigt folgende Entwicklung:

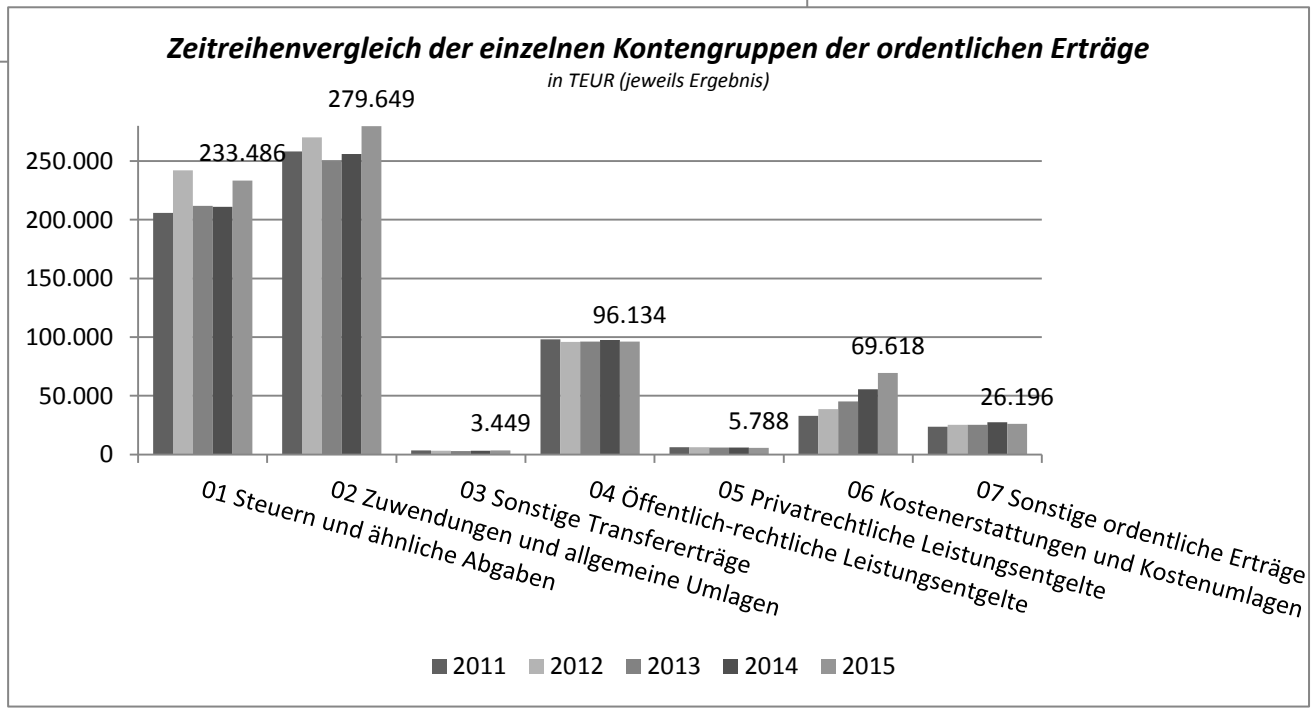


Ergebnisanteil der einzelnen Ertragsarten 2015

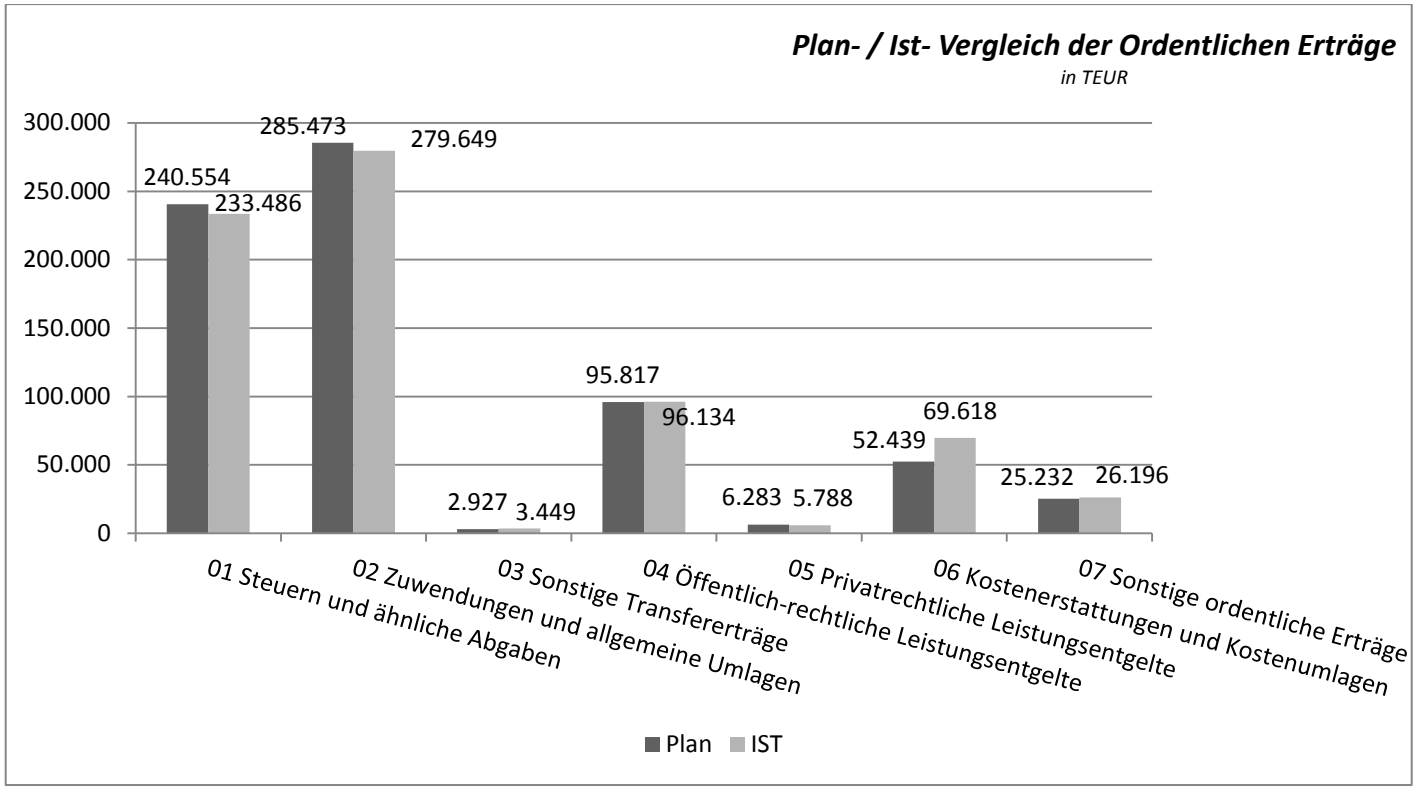
		v.H.	absolut
01	*Steuern und ähnliche Abgaben*	32,7	233.485.973,63
02	*Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	39,1	279.649.122,67
03	*Sonstige Transfererträge*	0,5	3.448.946,48
04	*Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte*	13,5	96.133.699,25
05	*Privatrechtliche Leistungsentgelte*	0,8	5.788.080,21
06	*Kostenerstattungen und Kostenumlagen*	9,7	69.618.321,62
07	*Sonstige ordentliche Erträge*	3,6	26.195.649,96
			714.319.793,82



Vorstehende Grafik verdeutlicht den Ergebnisanteil der einzelnen Ertragsarten im Verhältnis zu den Gesamterträgen.



Nebenstehende Grafik zeigt die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten im Vergleich der letzten fünf Haushaltsjahre.



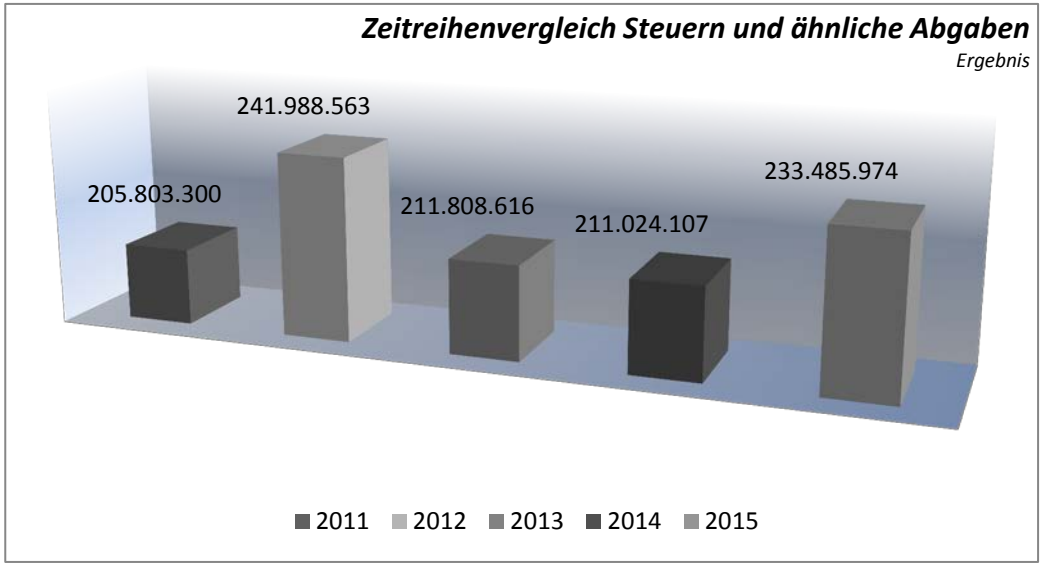
Die grafische Darstellung zeigt, dass die Ertragsart „Steuern und ähnliche Abgaben“, sowie Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ wesentlich hinter den erwarteten Erträgen zurückgeblieben sind.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen dagegen konnten deutlich gesteigert werden. Dies ist darin begründet, dass zum Zeitpunkt des Planaufstellungsverfahrens insbesondere die Entwicklung im Bereich des Flüchtlingswesens nicht absehbar war und hier erhöhte Erträge erzielt werden konnten. Diese erhöhten Erträge gehen einher mit erhöhten Aufwendungen.

Die übrigen Ertragsarten liegen in etwa in geplanter Höhe.

Steuern und ähnliche Abgaben
(Ergebnisanteil 32,7 %)

Die Steuern und ähnlichen Abgaben fielen gegenüber den Planwerten (240.554 TEUR) um 2,9 % (233.486 TEUR; - 7.068 TEUR) geringer aus.

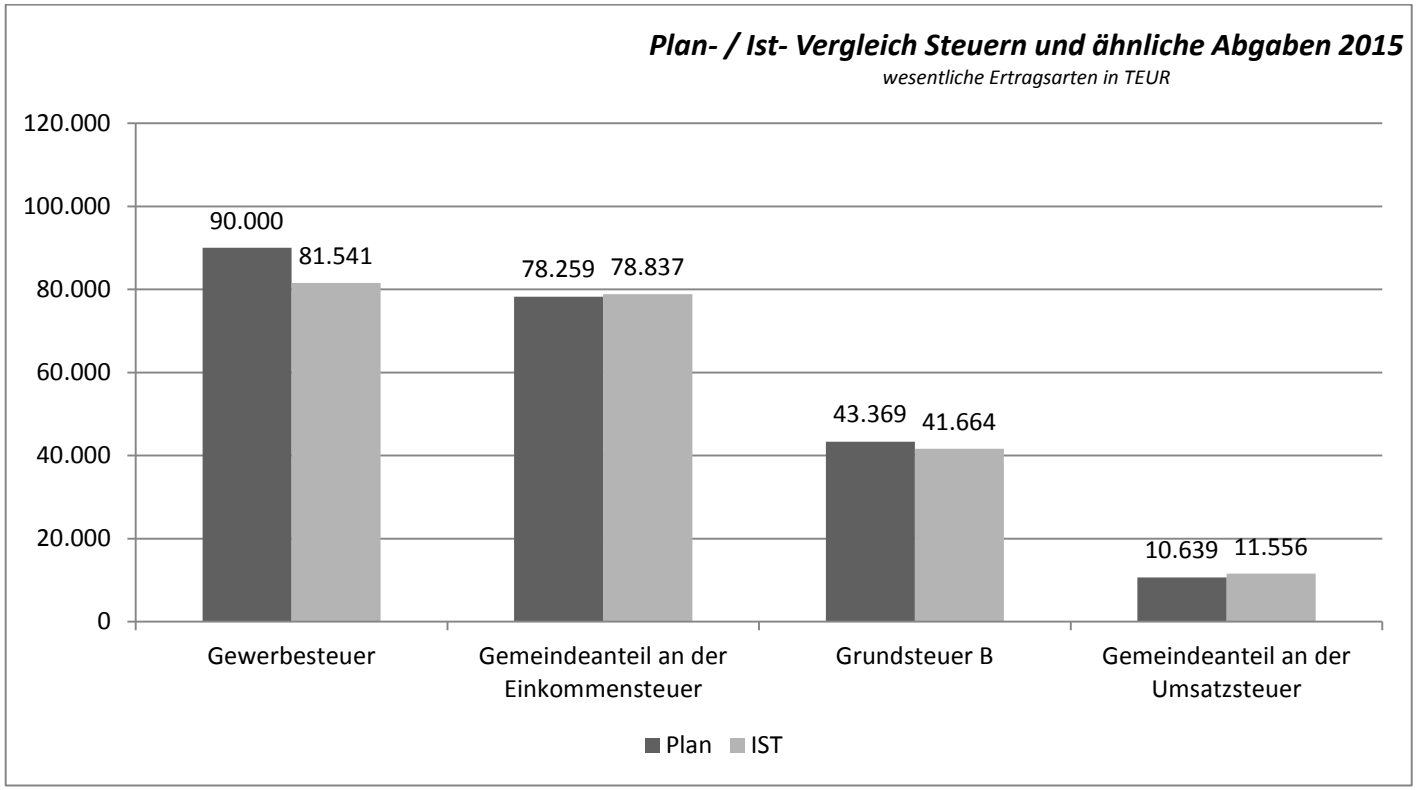


Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	197.176	205.803	+ 8.627
2012	218.584	241.989	+ 23.405
2013	234.070	211.809	- 22.261
2014	243.858	211.024	- 32.834
2015	240.554	233.486	- 7.068

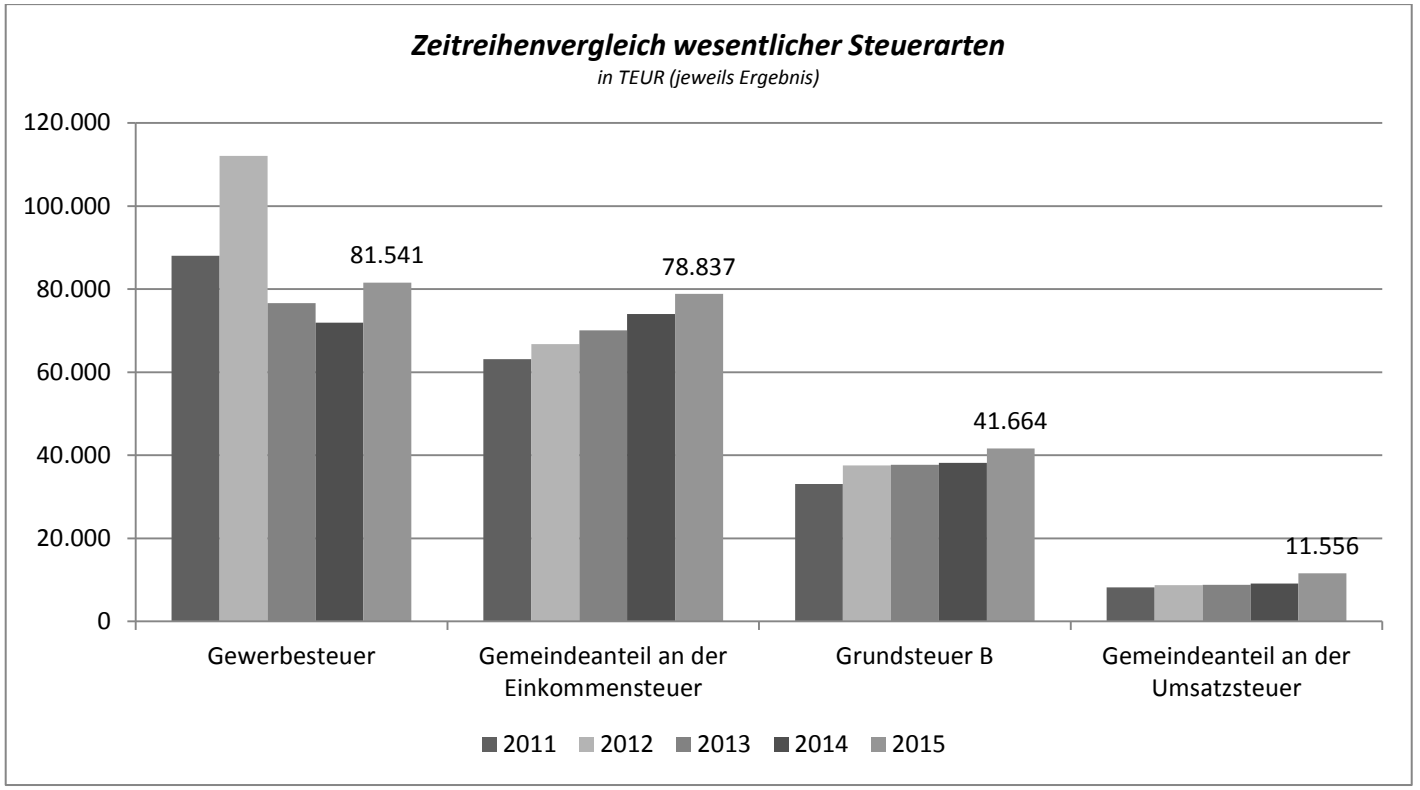
Die Erträge nähern sich dem Ergebnis des Jahres 2012 an und zeigen deutlich welchen Schwankungen diese unterliegen. Als feste Planungsgröße lässt sich dem Grunde nach ausschließlich die Grundsteuer B bezeichnen. Alle weiteren wesentlichen Ertragsarten stehen in Abhängigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Situation und unterliegen somit Faktoren, welche die Stadt Oberhausen nicht beeinflussen kann.

Die bedeutenden Ertragsarten werden nachstehend näher erläutert.



Wie aus der Darstellung ersichtlich, resultierte das negative Abschlussergebnis insbesondere aus den Abweichungen aus Gewerbesteuererträgen (81.514 TEUR / - 8.459 TEUR, - 9,4 %) sowie den Erträgen aus den Grundbesitzabgaben (Grundsteuer B, 43.369 TEUR / - 1.704 TEUR, - 3,9 %). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entspricht in etwa den geplanten Erträgen. Der in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung stehende Ertrag aus der Umsatzsteuer konnte gesteigert werden (+ 917 TEUR, + 8,6 %).

Die weiteren Ertragsarten wie z.B. Kompensationszahlungen [Familienleist.ausgl.] (7.914 TEUR/ - 52 TEUR, - 0,7 %), die Vergnügungssteuer (5.711 TEUR/ + 130 TEUR, + 2,3 %), Leistungsbeteiligung Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchender (4.354 TEUR/ + 1.354 TEUR, + 45,1 %) oder auch die Hundesteuer (1.654 TEUR / + 154 TEUR, + 10,2 %), spielen im Quervergleich eine untergeordnete Rolle.

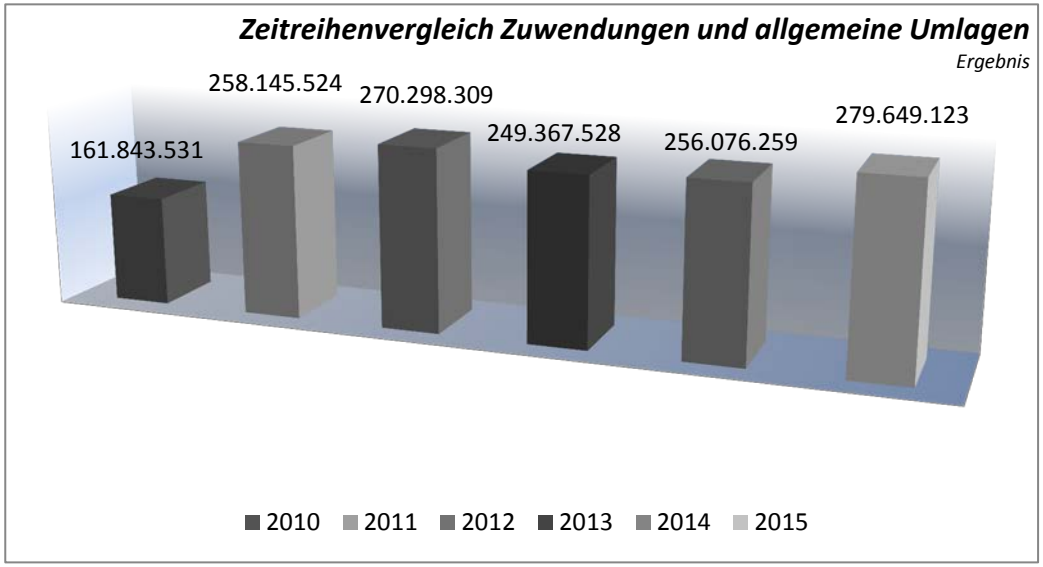


Einmal mehr wird deutlich, wie abhängig die Stadt Oberhausen von den Erträgen aus der Gewerbesteuer ist, wobei eine Kalkulation dieser anhand der Orientierungsdaten nur schwer umsetzbar ist und – wie im Haushaltsjahr 2015 ablesbar – zu großen Abweichungen führen kann.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer haben auch direkte Konsequenzen auf die Schlüsselzuweisungen des Landes, welche unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen veranschlagt sind.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen
(Ergebnisanteil 39,1 %)

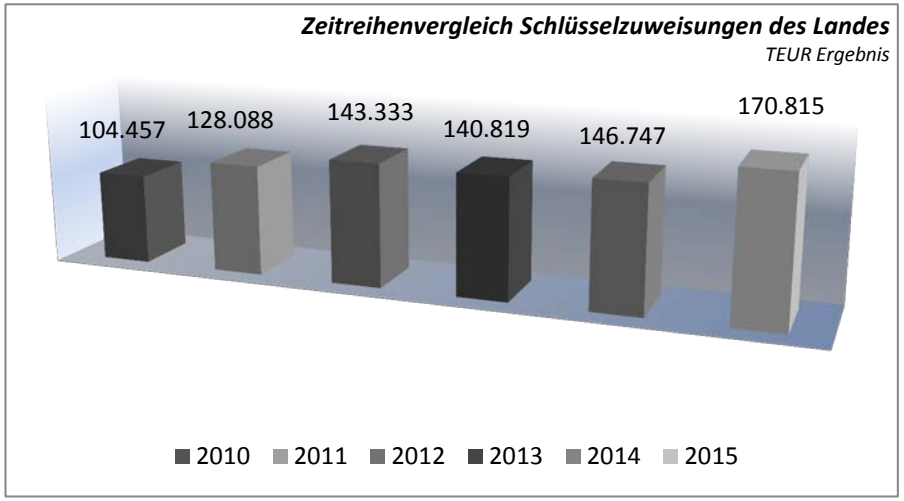
Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen reduzierten sich gegenüber den Planwerten um 2 % (279.649 TEUR / - 5.824 TEUR). In der Darstellung der Erträge werden, abweichend zu den weiteren Ertrags- und Aufwandsarten, die letzten sechs Jahre dargestellt. Ursächlich dafür ist, dass zum Haushaltsjahr 2011 der Stärkungspakt Stadtfinanzen erstmalige Anwendung gefunden hat. Die Daten des Haushaltsjahres 2010 sind als Vergleichsreferenz von Bedeutung.



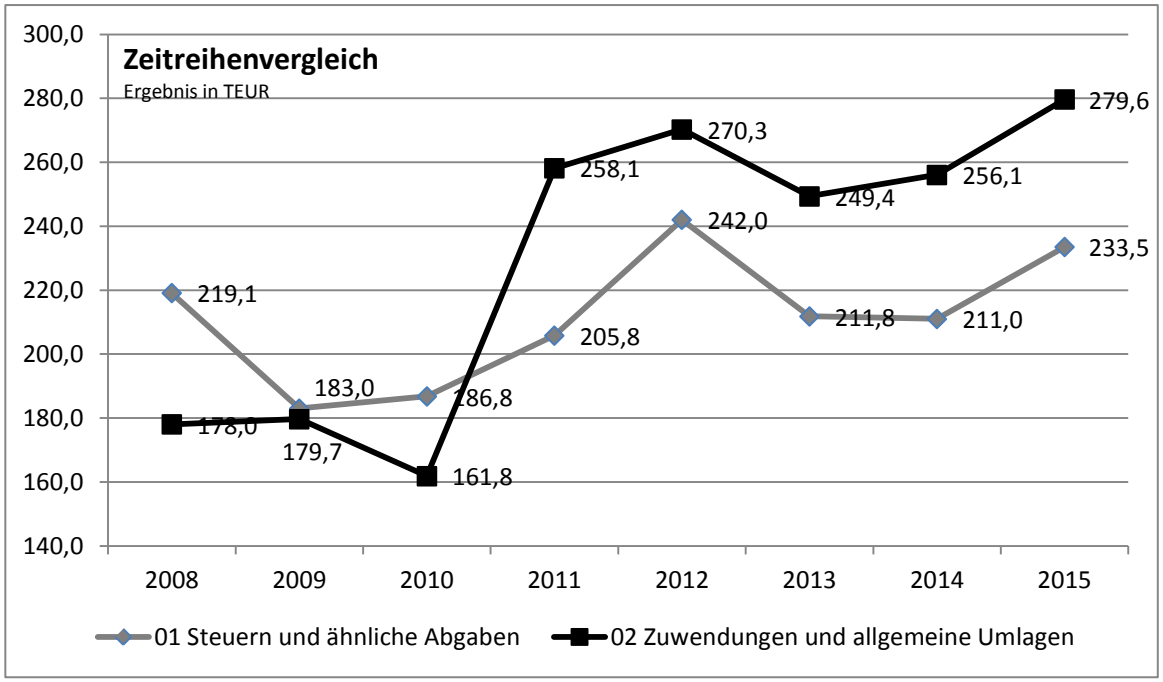
Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2010 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2010	175.969	161.844	-14.125
2011	197.847	258.146	+ 60.299
2012	268.354	270.298	+ 1.944
2013	261.081	249.368	- 11.713
2014	252.844	256.076	+ 3.232
2015	285.473	279.649	- 5.824

Deutlich abzulesen ist, dass ab dem Geschäftsjahr 2011 das Stärkungspaktgesetz des Landes NRW spürbar geworden ist. Auf Grund der Neuberechnung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen wurden die tatsächlichen Erträge von 66.562 TEUR (2011) auf 52.716 TEUR (2013 ff.) reduziert. Auch diese Entwicklung ist deutlich ersichtlich. Kompensiert wird diese Entwicklung durch wesentliche Mehrerträge ab dem Geschäftsjahr 2011 im Bereich der Schlüsselzuweisungen des Landes.



Festzuhalten bleibt, dass im Bereich der wesentlichen Ertragsarten „Steuern und ähnliche Abgaben“ (Planungsanteil 2015: 33,9 %) und „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ (Planungsanteil 2015: 40,3 %) seit Einführung des NKF bei der Stadt Oberhausen eine Verschiebung stattgefunden hat. Betrugen die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben im Jahr 2008 noch 219.094 TEUR und die der Zuwendungen und allgemeine Umlagen 178.038 TEUR so beliefen sich diese in 2015 auf 233.486 TEUR bzw. 279.649 TEUR. Die Entwicklung wird in der nachfolgenden Darstellung aufgezeigt.



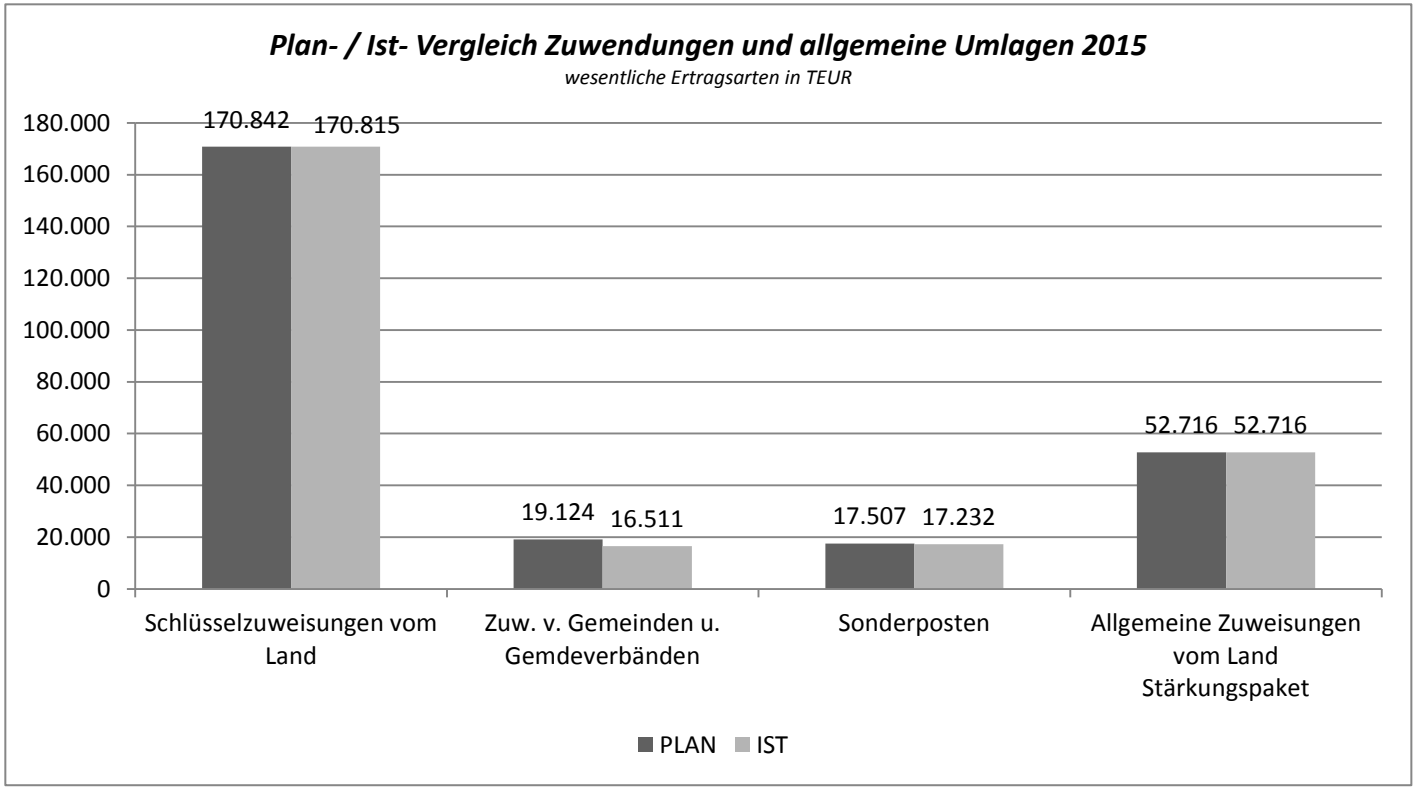
Es wird deutlich, dass die Stadt Oberhausen im Wesentlichen von Zuwendungen und allgemeinen Umlagen abhängig ist. Diese werden aber im Zuge des Stärkungspaktgesetzes bis zum Jahr 2020 abgeschmolzen. Der Haushaltsausgleich ist ab dem Jahr 2021 aus eigenen Mitteln sicherzustellen.

Die Abhängigkeit wird auch anhand der Zuwendungsquote deutlich, die das Verhältnis der Zuwendungen zu den ordentlichen Erträgen widerspiegelt.

Die Quote erhöht sich von 32,4 % (in 2008) auf 39,1 % in 2015.

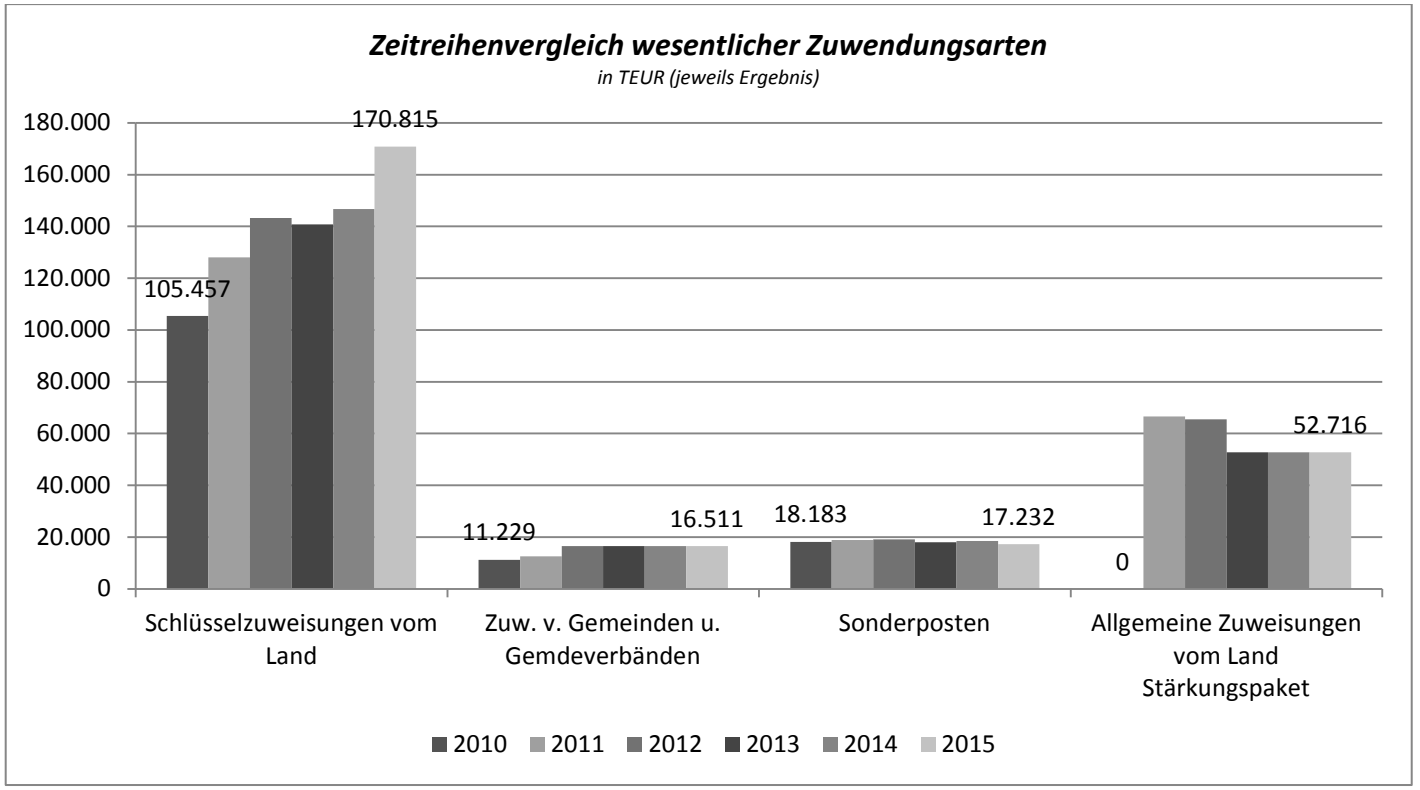
Die vielen Faktoren die auf die Steuererträge, insbesondere die Gewerbesteuer, einwirken, lassen eine aus eigenen Mitteln gesicherte Finanzierung der Aufwendungen nur bedingt zu.

Die wesentlichen Ertragspositionen im Rahmen der Haushaltsplanung stellten die Schlüsselzuweisungen, die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (Bund, Land, u.a.), Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, sowie – als allgemeine Zuweisung des Landes – Leistungen im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes dar.



Die Schlüsselzuweisungen (170.842 TEUR / - 27 TEUR) werden jährlich vom Land bereitgestellt. Die Zuweisungen ergänzen die eigenen Einnahmen und leisten damit einen Beitrag zur Finanzierung der eigenen und der durch Gesetz übertragenen Aufgaben der Kommune. Die Stadt Oberhausen erhält Schlüsselzuweisungen (sog. zweckfreie Zuweisungen), deren Höhe sich nach der durchschnittlichen Aufgaben-belastung und nach der jeweiligen Steuerkraft in der Referenzperiode (jeweils 01.07. bis 30.06.) bemisst. Die durchschnittliche Aufgaben-belastung wird auf der Basis der Einwohnerzahl, der Schülerzahl, der Bedarfsgemeinschaften und der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach speziellen Schlüsseln ermittelt.

Die Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden betragen insgesamt 16.511 TEUR und fallen rd. 2.614 TEUR geringer als die Plandaten aus (- 13,7 %). Darin enthalten sind die Zuweisungen für die Betriebsführung von Kindertagesstätten mit einem Volumen von 16.031 TEUR. Hier ist eine Verringerung des Ergebnisses um 2.712 TEUR zu verzeichnen. Die weiteren Mindererträge verteilen sich auf einzelne, kleinere Zuwendungsmaßnahmen.



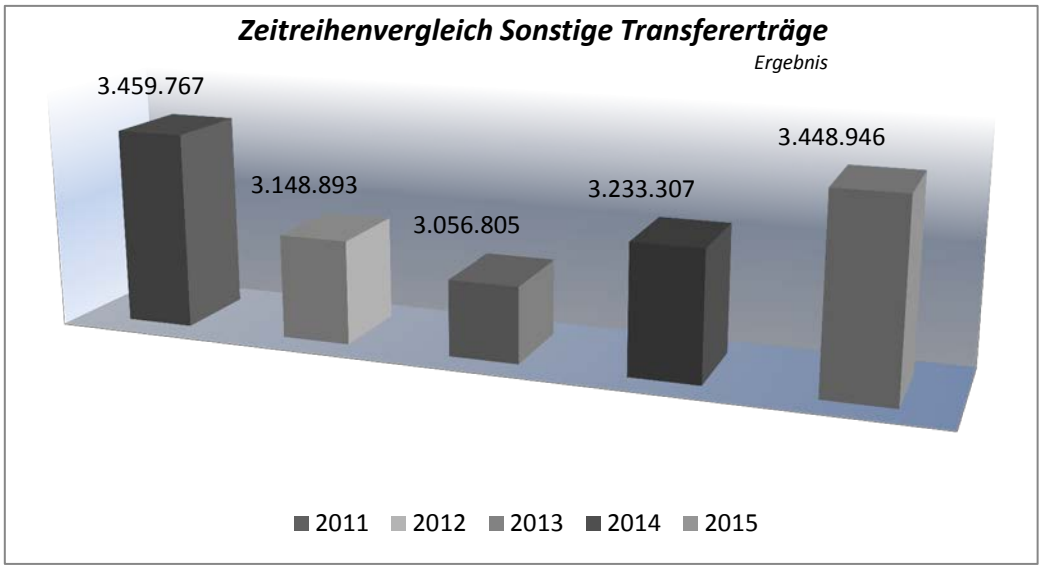
Die Zunahme der Schlüsselzuweisungen sind auf Änderungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zurückzuführen. Dabei wurde, neben der Aufstockung der zu verteilenden Gesamtsumme, eine Weiterentwicklung auf Basis des 2013 erstellten Gutachtens vom FiFo-Institut berücksichtigt.

U.a. erfolgt die Ermittlung des fiktiven Finanzbedarfs für das GFG 2015 auf der Basis der methodischen Empfehlungen des Gutachtens (Auszahlungen aaD und pooled OLS). Für die pooled OLS konnten die Datenjahrgänge 2009 bis 2011 zugrunde gelegt werden, die dann in den folgenden Jahren bis zum Datenjahrgang 2013 erweitert werden, um eine fünfjährige Datenbasis zu erreichen. Danach würde mit jedem neu hinzukommenden Datenjahrgang der jeweils älteste aus der pooled OLS entfallen.

Die mit der geänderten Methodik verbundene Aktualisierung der Grunddaten führt zu veränderten Gewichtungswerten bei den Bedarfsansätzen und sie dient dazu, eine bedarfsgerechte interkommunale Verteilung zu gewährleisten und den verfassungsrechtlichen Vorgaben nachzukommen.

Sonstige Transfererträge
(Ergebnisanteil 0,5 %)

Die sonstigen Transfererträge spielten im Haushalt der Stadt Oberhausen eine weitestgehend untergeordnete Rolle. So haben sie in der Planung einen Anteil von lediglich 0,4 % (Ergebnisanteil 0,5 %, 3.449 TEUR), so dass lediglich der Verlauf der Haushaltsjahre dargestellt wird.

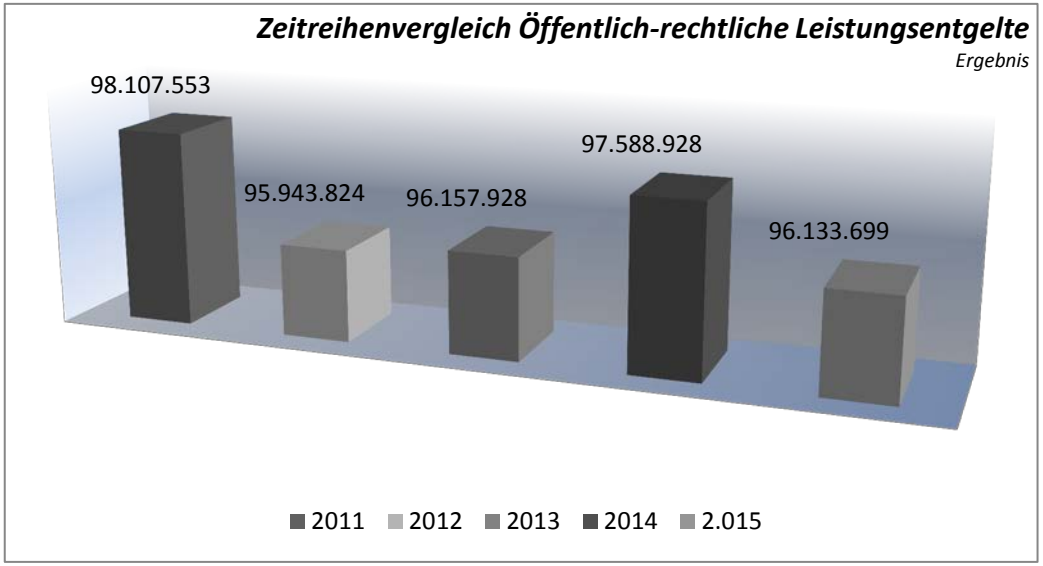


Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	2.980	3.460	+ 480
2012	2.816	3.149	+ 333
2013	3.037	3.057	+ 20
2014	2.979	3.233	+ 254
2015	2.927	3.449	+ 522

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
(Ergebnisanteil 13,5 %)

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte entsprechen im Ergebnis in etwa den Plandaten (Plan 95.817 TEUR / Ergebnis: 96.134 TEUR, + 317 TEUR, + 0,3 %) des Haushaltsjahres 2015.

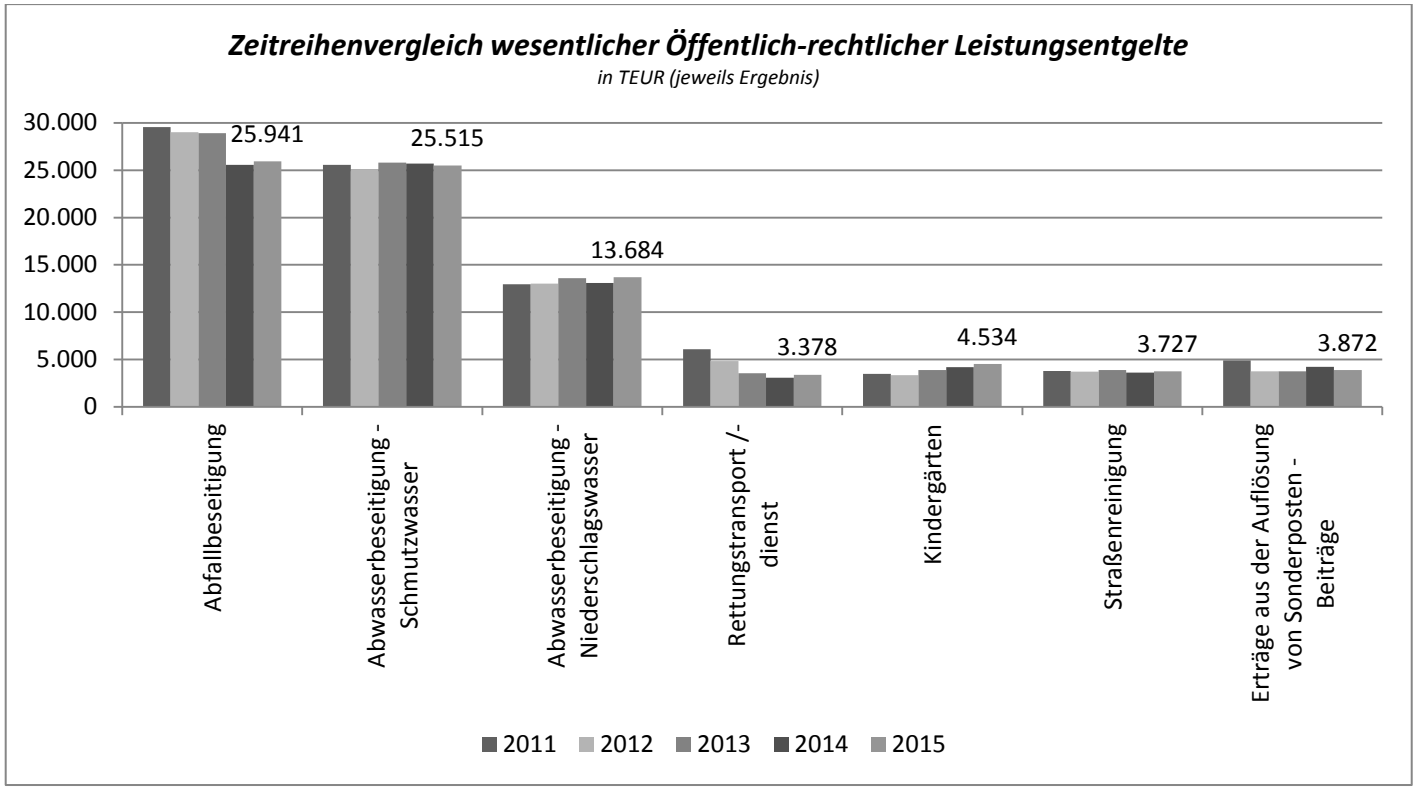


Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	98.270	98.108	- 162
2012	96.021	95.944	- 77
2013	98.122	96.158	- 1.964
2014	95.489	97.589	+ 2.100
2015	95.817	96.134	+ 317

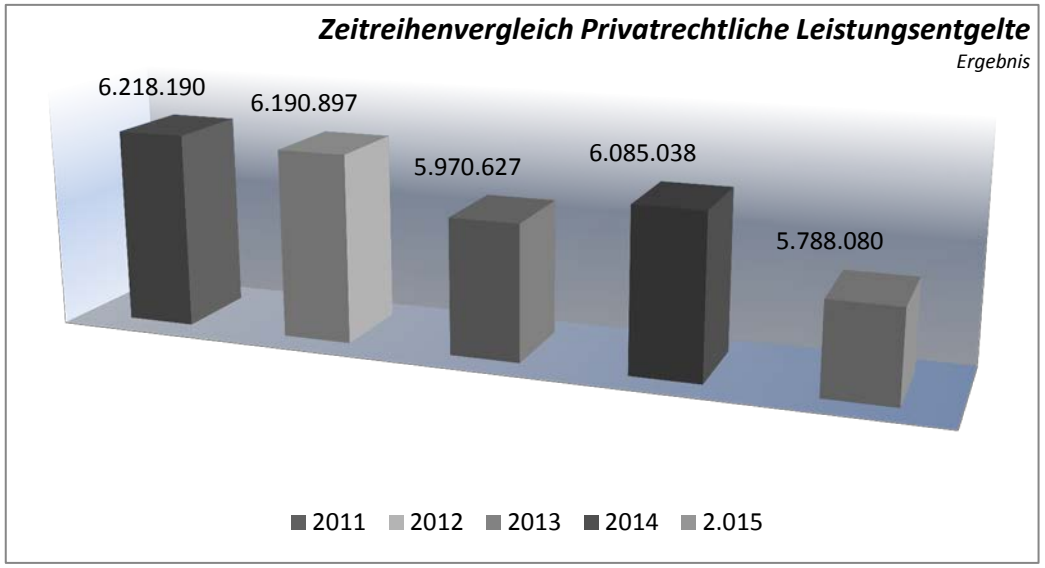
Die Erträge aus den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten sind über die Jahre konstant.

In dieser Position finden sich u.a. Gebühren für Abfallbeseitigung (25.941 TEUR/ - 2.467 TEUR, - 8,7 %) für Abwasserbeseitigung – Schmutzwasser (25.515 TEUR / + 131 TEUR, + 0,5 %), für Abwasserbeseitigung – Niederschlagswasser (13.684 TEUR / + 1.006 TEUR, + 7,9 %), für Kindergärten (4.534 TEUR / + 634 TEUR, + 16,3 %), für Straßenreinigung (3.727 TEUR / + 258 TEUR, + 7,4 %), für den Rettungstransport / -dienst (3.378 TEUR / + 575 TEUR, + 20,5 %) sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge (3.872 TEUR / + 1.943 TEUR, + 100,7 %).


Zeitreihenvergleich wesentlicher Öffentlich-rechtlicher Leistungsentgelte
in TEUR (jeweils Ergebnis)
30.000
25.000
20.000
15.000
10.000
5.000
0
25.941
25.515
13.684
3.378
4.534
3.727
3.872
Abfallbeseitigung
Abwasserbeseitigung - Schmutzwasser
Abwasserbeseitigung - Niederschlagswasser
Rettungstransport /- dienst
Kindergärten
Straßenreinigung
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten - Beiträge
2011
2012
2013
2014
2015

Privatrechtliche Leistungsentgelte
(Ergebnisanteil 0,8 %)

Ebenso wie die „sonstigen Transfererträge“ spielten die privatrechtlichen Leistungsentgelte eine untergeordnete Rolle. So hatten sie in der Planung einen Anteil von lediglich 0,9 %, so dass lediglich der Verlauf der Haushaltsjahre dargestellt wird (5.788 TEUR, -7,9 %).



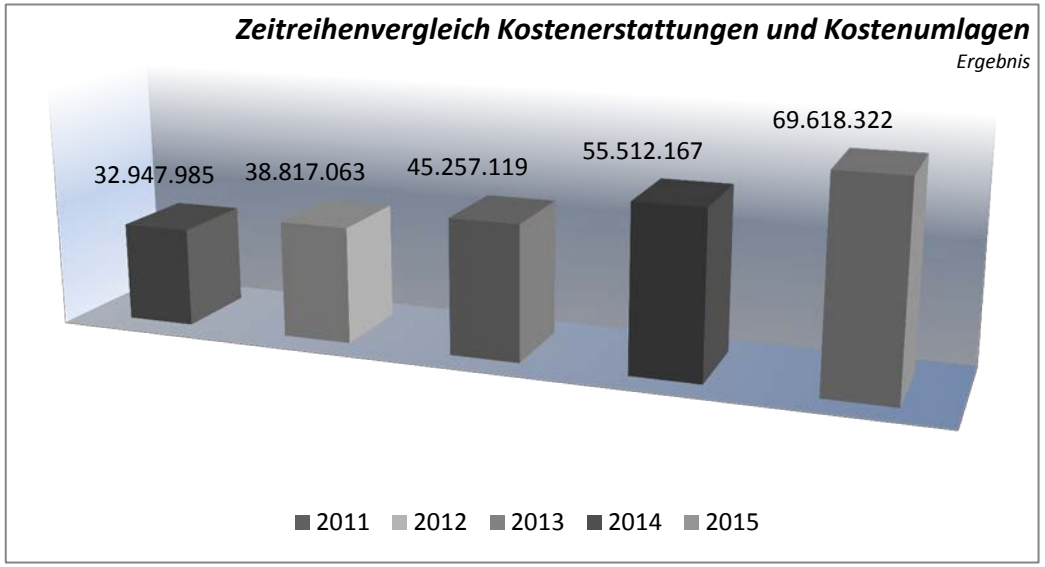
Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	6.304	6.218	- 86
2012	6.373	6.191	- 182
2013	6.443	5.971	- 472
2014	6.324	6.085	- 239
2015	6.283	5.788	- 495

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte werden wesentlich geprägt von Mieterträgen (3.391 TEUR / - 171 TEUR, - 4,8 %).

Kostenerstattungen und Kostenumlagen
(Ergebnisanteil 9,7 %)

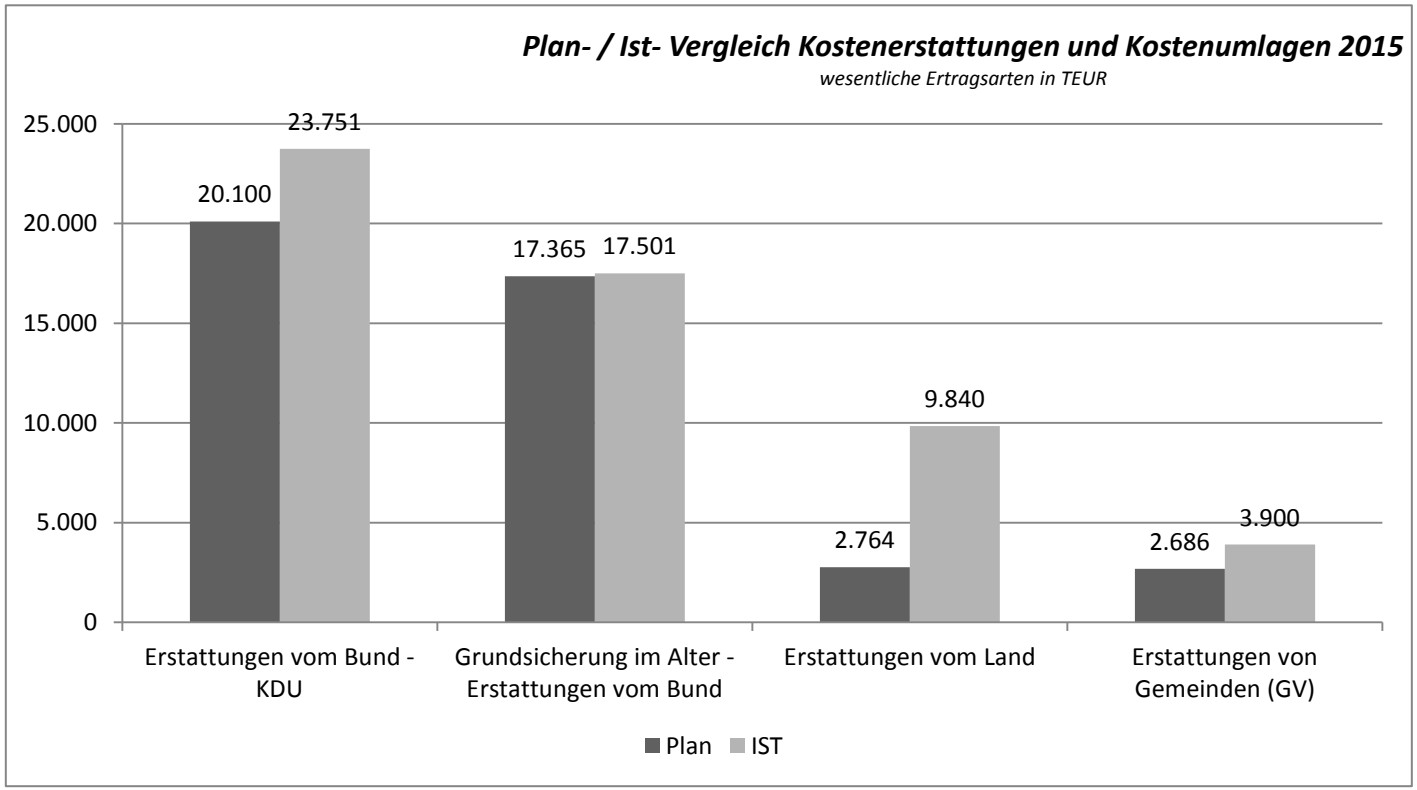
Bei den Kostenerstattungen konnte ein Mehrertrag in Höhe von rd. 17.179 TEUR (69.618 TEUR / + 32,8 %) erwirtschaftet werden. Die wesentlichen Ergebnisverbesserungen resultieren aus Erstattungen vom Bund – Wirtschaftliche Hilfen für Asylbewerber (+ 7.222 TEUR), Erstattungen vom Bund – Kosten der Unterkunft (+ 3.651 TEUR) sowie Erstattungen von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen (+ 1.668 TEUR; STOAG).



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	32.279	32.948	+ 669
2012	36.511	38.817	+ 2.306
2013	43.920	45.257	+ 1.337
2014	47.390	55.512	+ 8.122
2015	52.439	69.618	+ 17.179

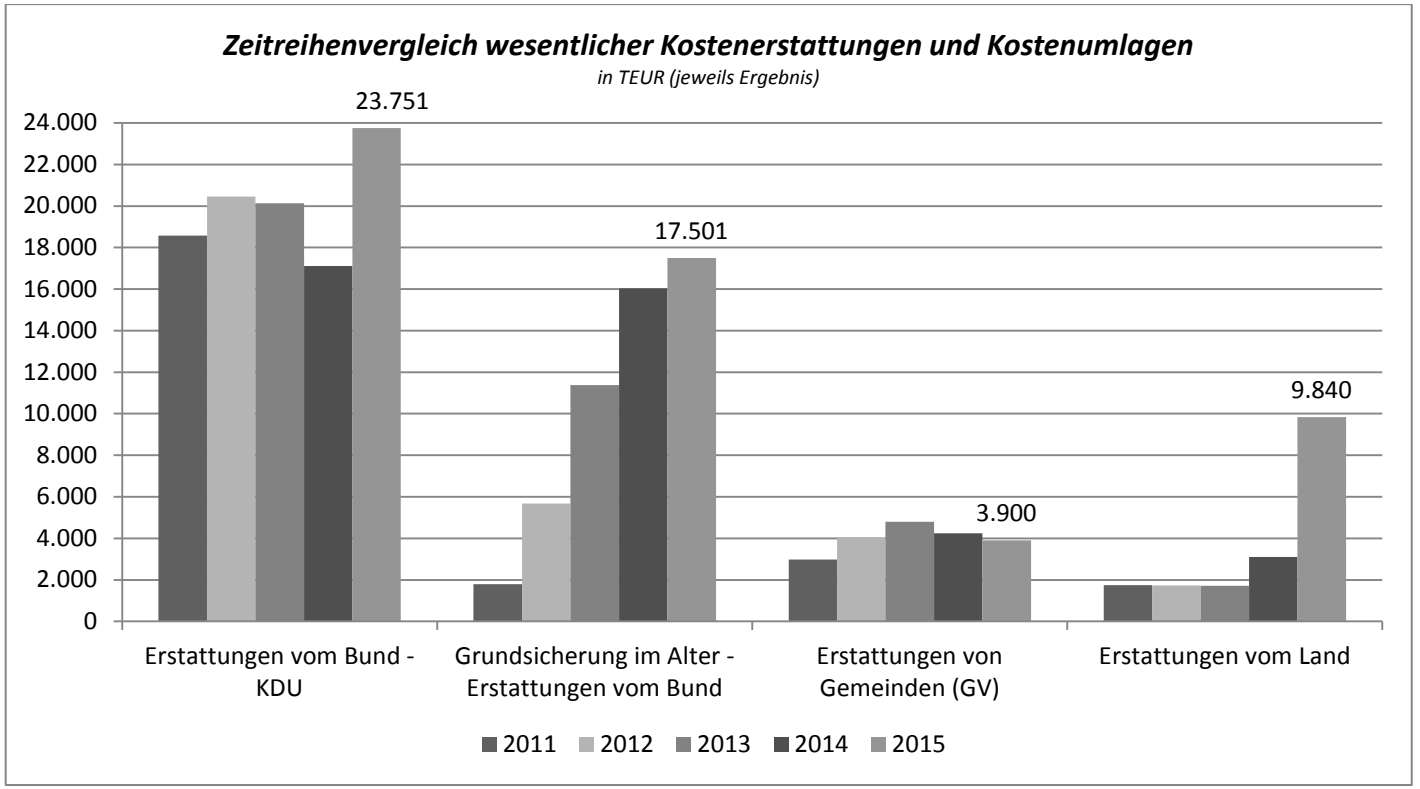
Die bedeutendsten Ertragsarten werden nachstehend näher erläutert.



Mit Erstattungen und Umlagen beteiligen sich (ähnlich wie bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen) Dritte an den Aufwendungen der Stadt.

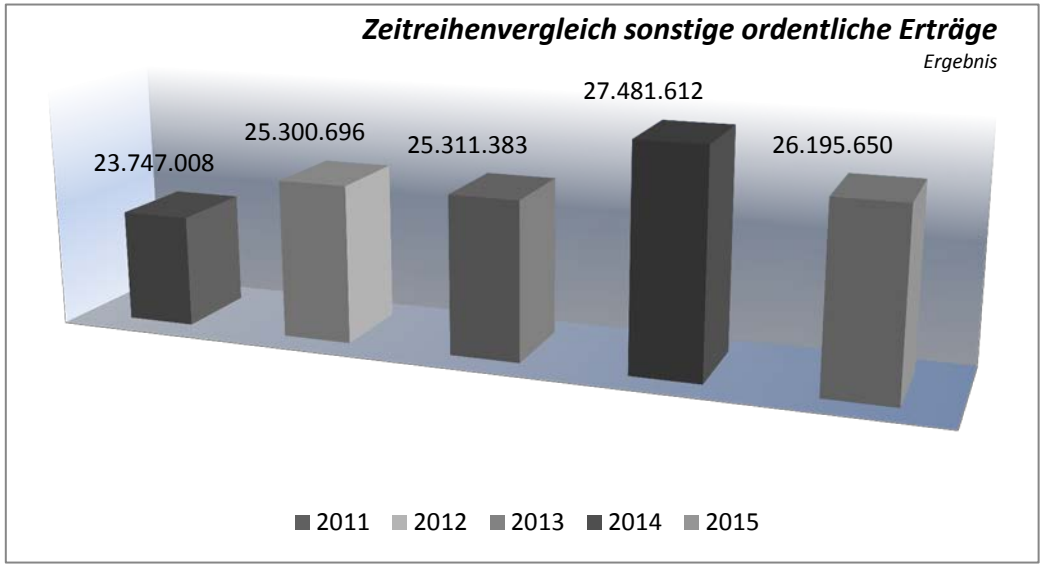
Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen setzten sich die wesentlichen Positionen aus den Erstattungen vom Bund für „Kosten der Unterkunft“ (23.751 TEUR / + 3.651 TEUR, + 18,2 %), für die Hilfe zur Grundsicherung im Alter (17.501 TEUR / + 137 TEUR, + 0,8 %), aus den Erstattung von Gemeinden (GV; 3.900 TEUR / + 1.214 TEUR, + 45,2 %) sowie aus den Erstattungen vom Land (9.840 TEUR / + 7.076 TEUR, + 256,1 %) zusammen.

Darüber hinaus existieren eine Vielzahl an Erstattungen durch den Bund oder auch das Land. In der vorangestellten Übersicht werden lediglich die wesentlichen Größen dargestellt.


Zeitreihenvergleich wesentlicher Kostenerstattungen und Kostenumlagen
in TEUR (jeweils Ergebnis)
24.000
22.000
20.000
18.000
16.000
14.000
12.000
10.000
8.000
6.000
4.000
2.000
0
23.751
17.501
3.900
9.840
Erstattungen vom Bund - KDU
Grundsicherung im Alter - Erstattungen vom Bund
Erstattungen von Gemeinden (GV)
Erstattungen vom Land
2011
2012
2013
2014
2015

Sonstige ordentliche Erträge
(Ergebnisanteil 3,7 %)

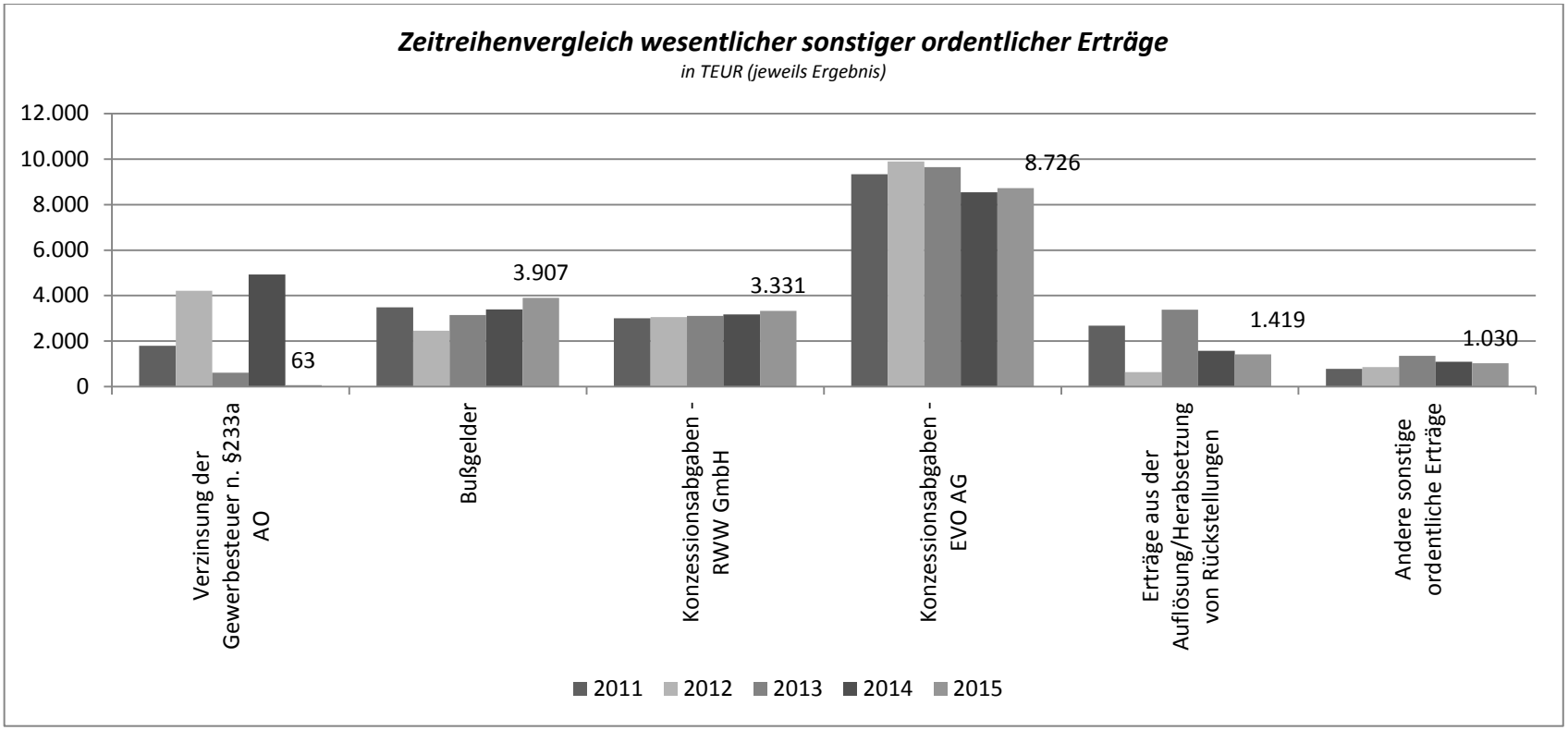
Die sonstigen ordentlichen Erträge stiegen gegenüber den Haushaltsansätzen um 964 TEUR (26.196 TEUR / + 3,8 %).



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	22.394	23.747	+ 1.353
2012	19.830	25.301	+ 5.471
2013	20.366	25.311	+ 4.945
2014	21.834	27.482	+ 5.648
2015	25.232	26.196	+ 964

Sonstige Ordentliche Erträge umfassen neben den Konzessionsabgaben RWW GmbH, EVO AG (12.057 TEUR / - 722 TEUR, - 5,7 %) u.a. auch Bußgelder (3.907 TEUR / + 235 TEUR, + 6,4 %), die Verzinsung der Gewerbesteuer (63 TEUR / - 1.437 TEUR, - 95,8 %), die Auflösung / Herabsetzung von Rückstellungen (1.419 TEUR - nicht planbare Auflösung von Rückstellungen) sowie andere sonstige Erträge (1.030 TEUR / + 763 TEUR, + 286,4 %).



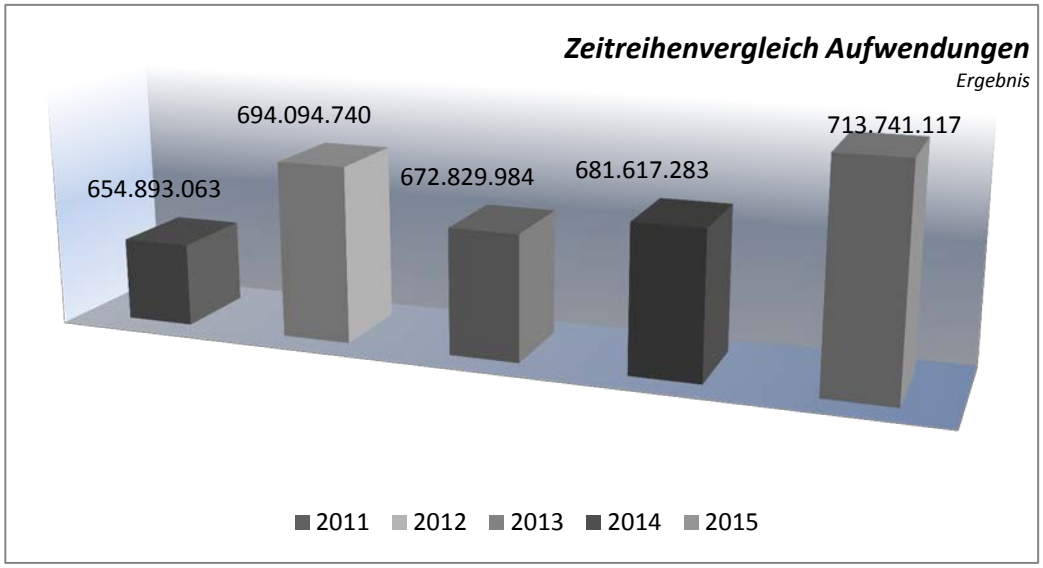
Finanzerträge

Die Finanzerträge (1.245 TEUR) entsprechen der Planung für das Jahr 2015 (- 2 TEUR, - 0,1 %).

4.3.2.2 Aufwendungen

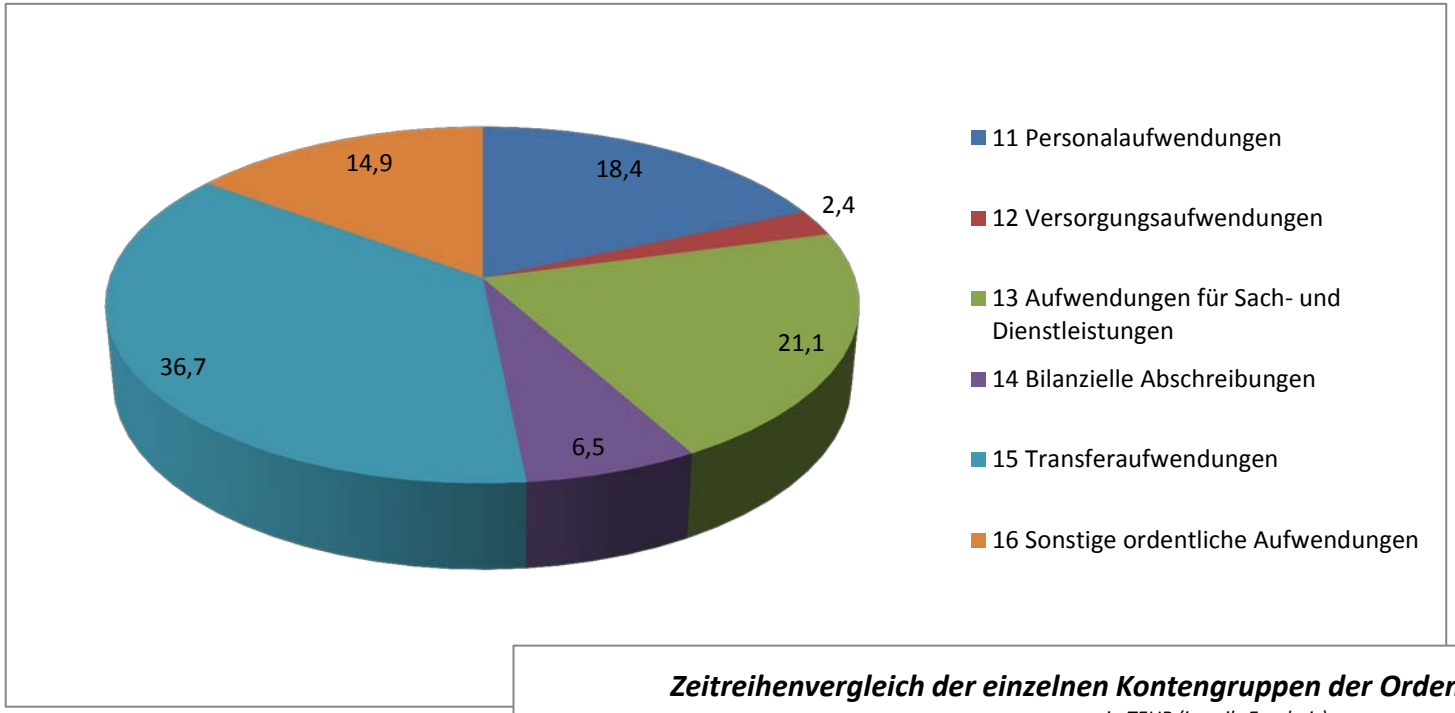
Mit einem Betrag von 713.741 TEUR liegen die ordentlichen Aufwendungen um 22.323 TEUR (+ 3,2 %) über dem Originalansatz. Gegenüber dem Ergebnis 2014 stiegen die ordentlichen Aufwendungen um rd. 32.124 TEUR.

Ein Zeitreihenvergleich der vergangenen Jahre zeigt folgende Entwicklung:

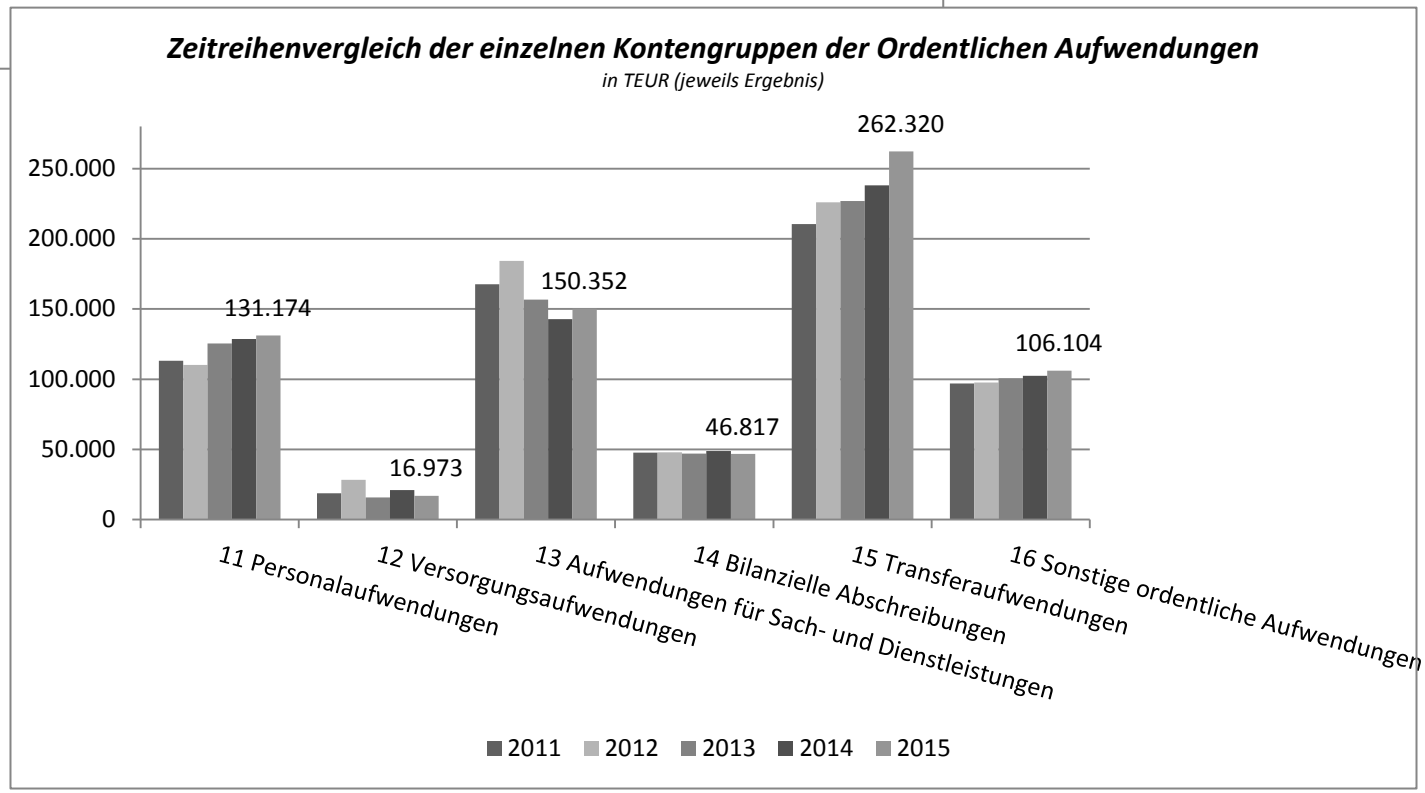


Ergebnisanteil der einzelnen Aufwandsarten 2015

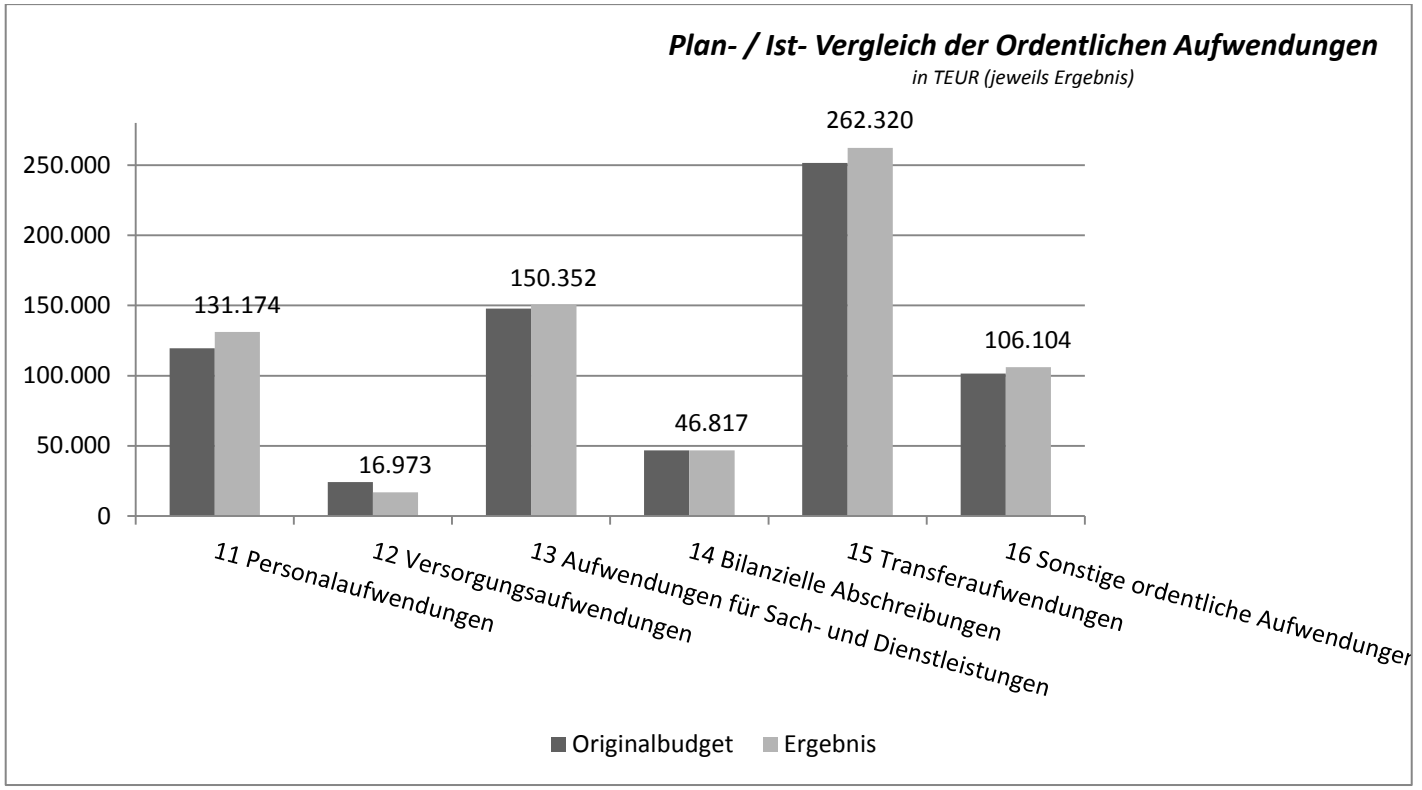
		v.H.	absolut
11	*Personalaufwendungen*	18,4	131.174.415,18
12	*Versorgungsaufwendungen*	2,4	16.972.654,98
13	*Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*	21,1	150.352.420,38
14	*Bilanzielle Abschreibungen*	6,5	46.817.462,93
15	*Transferaufwendungen*	36,7	262.320.194,06
16	*Sonstige ordentliche Aufwendungen*	14,9	106.103.969,15
			713.741.116,68



Vorstehende Grafik verdeutlicht den Ergebnisanteil der einzelnen Aufwendungsarten im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen.

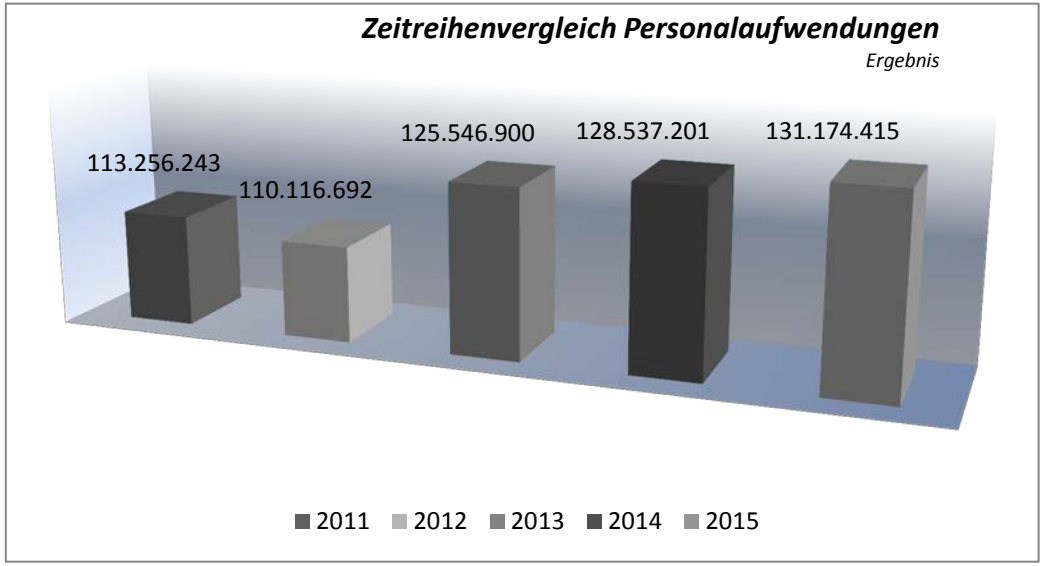


Nebenstehende Grafik zeigt die Entwicklung der einzelnen Aufwendungsarten im Vergleich der letzten fünf Haushaltsjahre.


Plan- / Ist- Vergleich der Ordentlichen Aufwendungen
in TEUR (jeweils Ergebnis)
250.000
200.000
150.000
100.000
50.000
0
131.174
16.973
150.352
46.817
262.320
106.104
11 Personalaufwendungen
12 Versorgungsaufwendungen
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14 Bilanzielle Abschreibungen
15 Transferaufwendungen
16 Sonstige ordentliche Aufwendunger
Originalbudget
Ergebnis

Personalaufwendungen
(Ergebnisanteil 18,4 %)

Die Personalaufwendungen (131.174 TEUR) umfassen den gesamten Aufwand für eingesetztes Personal unabhängig davon, ob eine Refinanzierung erfolgt. Die Gesamtsumme gliedert sich im Wesentlichen in Gehälter für tariflich Beschäftigte (59.871 TEUR), Bezüge für Beamte (29.277 TEUR), Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung für tariflich Beschäftigte (11.641 TEUR) sowie Aufwendungen für Sonstige Beschäftigte (8.849 TEUR). Darüber hinaus wurden im Jahr 2014 u.a. Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 12.486 TEUR gebucht.



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

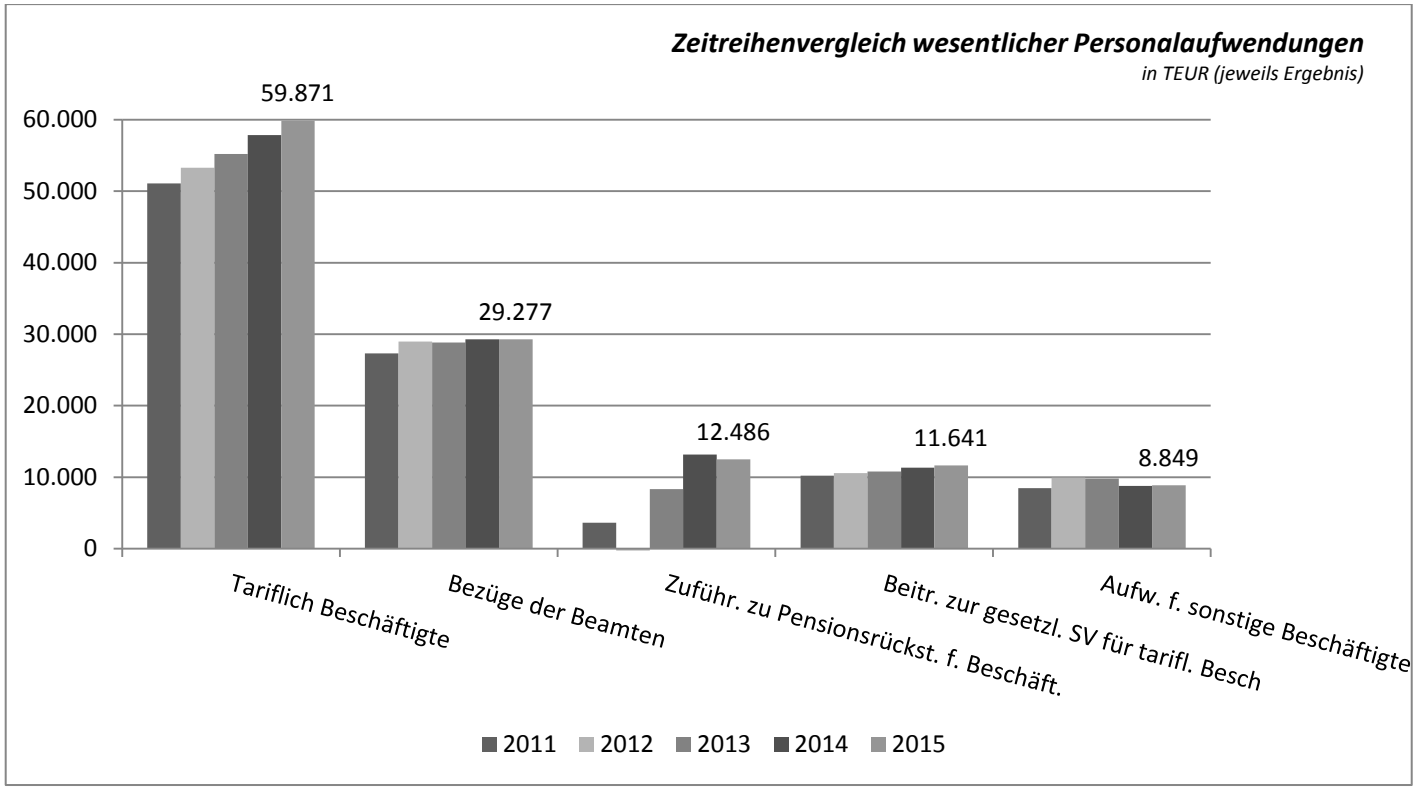
	Plan	Ist	Abweichung
2011	113.673	113.256	- 417
2012	118.910	110.117	- 8.793
2013	120.305	125.547	+ 5.242
2014	117.966	128.537	+ 10.571
2015	119.429	131.174	+ 11.745

Bei den Personalaufwendungen konnten gegenüber dem Originalansatz (119.429 TEUR) keine Einsparungen realisiert werden (+ 11.745 TEUR, + 9,8 %) . Dies ist wesentlich auf Mehraufwendungen bei den Zuführungen zu den einzelnen Rückstellungsarten, welche im Nachgang tabellarisch dargestellt werden, zurückzuführen.

Zuführungen Rückstellungen (Entwicklung)

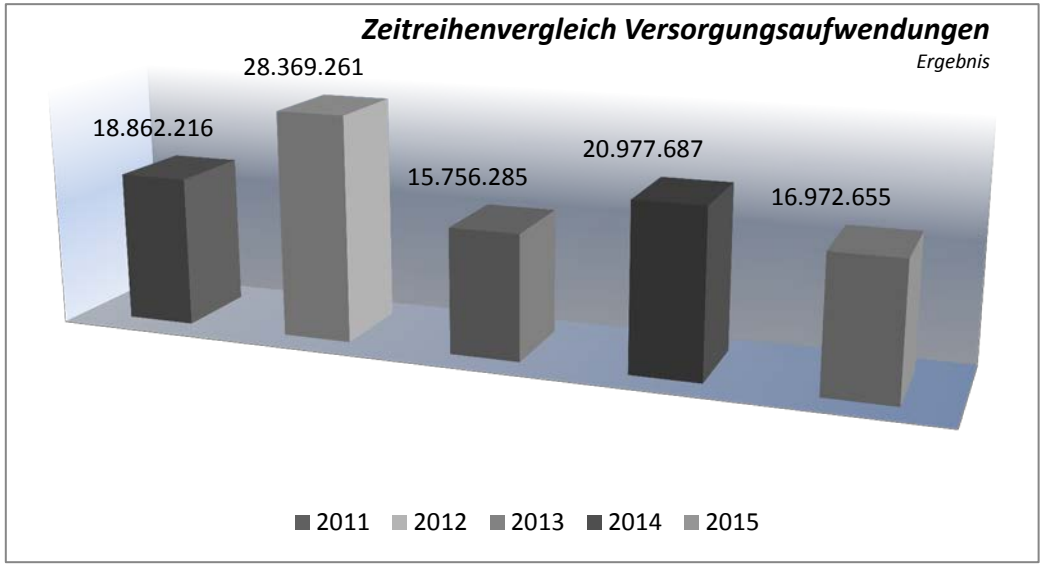
	2011 Ergebnis in TEUR	2012 Ergebnis in TEUR	2013 Ergebnis in TEUR	2014 Ergebnis in TEUR	2015 PLAN TEUR	2015 Ergebnis TEUR	2015 Abweichung TEUR
Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	3.622	- 3.217	8.313	13.184	3.400	12.486	+ 9.086
Zuführung zu Rückstellungen für Altersteilzeit	1.199	706	- 430	- 1.092	13	- 847	- 860
Zuführung zu Beihilferückstellungen. für Beschäftigte.	700	- 709	1.684	2.649	600	2.525	+ 1.925
Rückstellungen .für nicht genommenen Urlaub Beamte	176	- 195	184	- 249	100	52	- 48
Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub Angestellte	29	307	- 34	324	100	197	+ 97

Die Zuführungen zu den Rückstellungen werden jährlich im Rahmen eines systemgestützten, komplexen Verfahren zum Jahresende ermittelt und sind von vielen Faktoren abhängig. So finden beispielsweise Besoldungserhöhungen Berücksichtigung die auf die Folgejahre hochgerechnet werden müssen. Dies bedingt die zum Teil hohen Abweichungen. Grundsätzlich sind diese Beträge nur bedingt planbar.


Zeitreihenvergleich wesentlicher Personalaufwendungen
in TEUR (jeweils Ergebnis)
60.000
50.000
40.000
30.000
20.000
10.000
0
59.871
29.277
12.486
11.641
8.849
Tariflich Beschäftigte
Bezüge der Beamten
Zuführ. zu Pensionsrückst. f. Beschäft.
Beitr. zur gesetzl. SV für tarifl. Besch
Aufw. f. sonstige Beschäftigte
2011
2012
2013
2014
2015

Versorgungsaufwendungen
(Ergebnisanteil 2,4 %)

Von den Personalaufwendungen getrennt auszuweisen sind die Versorgungsaufwendungen für Beamte / Beschäftigte (16.973 TEUR; - 30 %). Sie fallen um 7.275 TEUR geringer aus als im Haushaltsplan ausgewiesen. Wesentlich zur Ergebnisverbesserung haben die geringeren Zuführungen zu den Rückstellungen (- 8.307 TEUR) beigetragen.

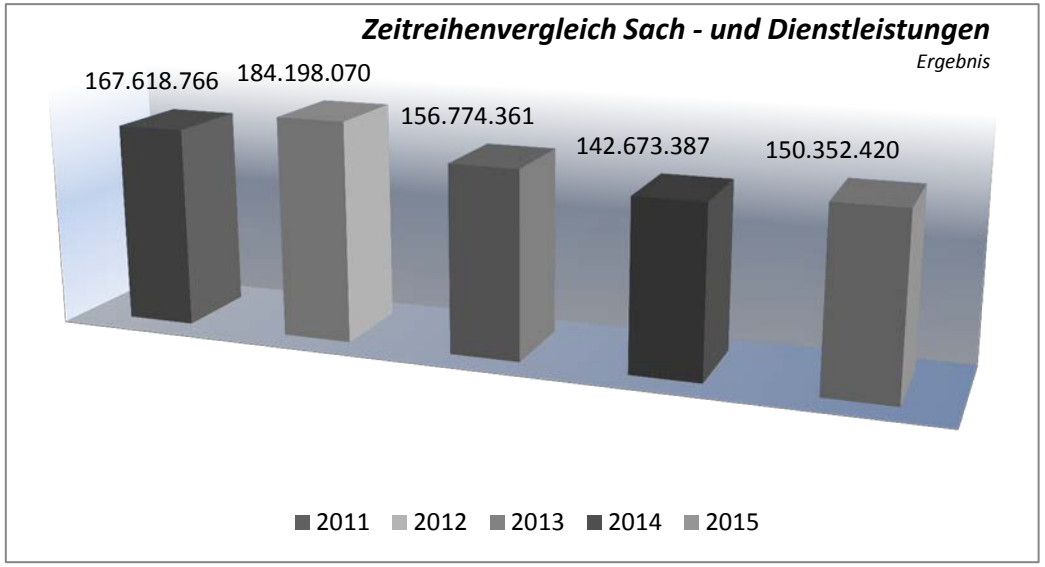


Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	18.295	18.862	+ 567
2012	18.745	28.369	+ 9.624
2013	18.971	15.756	- 3.215
2014	23.166	20.978	- 2.188
2015	24.248	16.973	- 7.275

Sach – und Dienstleistungen
(Ergebnisanteil 21,1 %)

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (150.352 TEUR) bilden zusammen mit den sonstigen ordentlichen Aufwendungen den klassischen „Sachaufwand“ der Kommune ab. Hier ist eine Abweichung gegenüber dem Originalansatz in Form eines Mehraufwands von + 2.511 TEUR (+ 1,7 %) festzustellen.



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

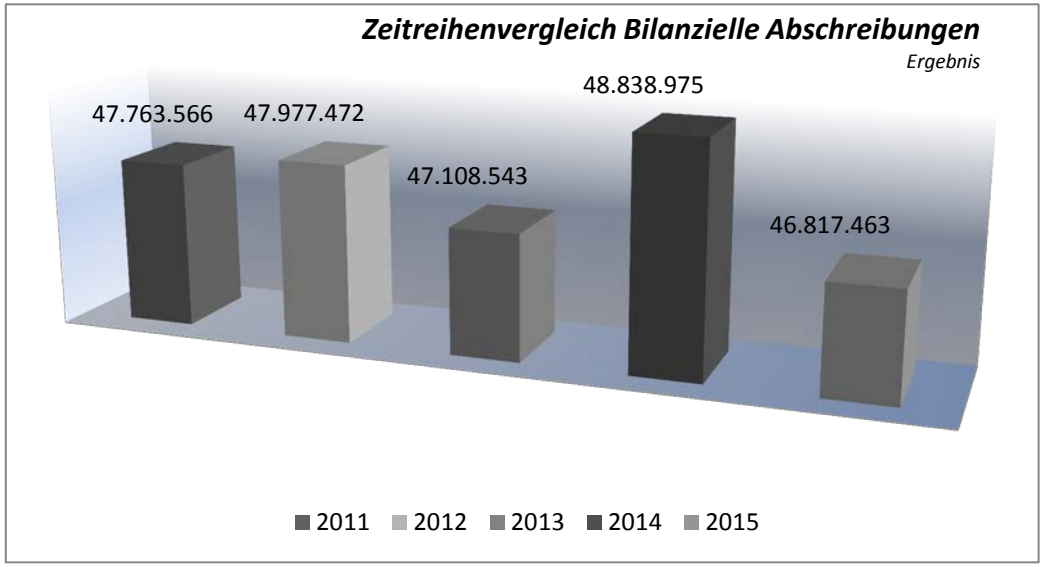
	Plan	Ist	Abweichung
2011	179.530	167.619	- 11.911
2012	160.440	184.198	+ 23.758
2013	157.191	156.774	- 417
2014	148.140	142.673	- 5.466
2015	147.841	150.352	+ 2.511

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen setzten sich aus folgenden wesentlichen Positionen zusammen (in TEUR):

Aufwendungen für…	Originalansatz	Ergebnis	Abweichung absolut	Abweichung prozentual
sonstige Dienstleistungen - WBO	34.634	34.502	-132	-0,4
LVZ 1 Instandhaltungsmanagement	19.966	19.665	-302	-1,5
sonstige Dienstleistungen	17.053	13.961	-3.092	-18,1
LVZ 10 Unterhaltung Grün-/Freiflächen	8.988	10.560	1.572	17,5
FL Energiemanagement	8.549	8.278	-271	-3,2
LVZ 8 Gebäude-/Glas-/Sonderreinigung	6.350	6.897	547	8,6
Bäderwesen (PR) - OGM	6.225	6.225	0	0,0
LVZ 9 Haustechnischer Dienst	5.432	7.086	1.654	30,5
Nutzungsentgelte Ausstattungsgüter - OGM-	4.116	3.618	-498	-12,1
FL IT- und TK Dienste	3.011	3.789	778	25,8
Erstattungen an Gemeinden (GV)	2.835	4.648	1.812	63,9
LVZ 6 Energiemanagement	2.650	2.671	21	0,8
Schülerbeförderungskosten	2.649	2.471	-178	-6,7
EV IT-und TK-Dienste	2.621	2.637	16	0,6
Erstattungen an übrige Bereiche	2.375	2.428	53	2,2
Dienstleistungen OGM-Notunterkünfte	0	1.733	1.733	/

Bilanzielle Abschreibungen
(Ergebnisanteil 6,5 %)

Bilanzielle Abschreibungen (46.817 TEUR) bilden den jahresbezogenen Werteverzehr von aktiviertem Vermögen für die Dauer der Nutzung ab. Gegenüber den Plandaten verringerte sich der Aufwand um 83 TEUR (- 0,2 %).

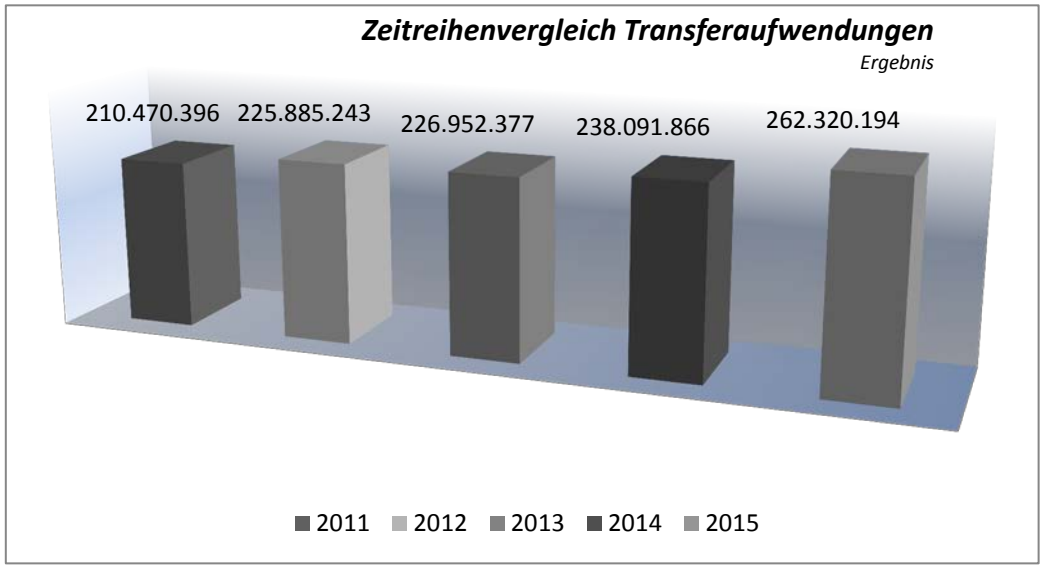


Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	46.575	47.764	+ 1.189
2012	47.476	47.977	+ 501
2013	47.380	47.109	- 271
2014	47.290	48.839	+ 1.549
2015	46.901	46.817	- 84

Transferaufwendungen
(Ergebnisanteil 36,7 %)

Den größten Teil der Aufwendungen der Stadt Oberhausen stellen die Transferaufwendungen dar (262.320 TEUR). Gegenüber den Plandaten erhöhte sich der Aufwand um 10.739 TEUR (+ 4,3 %).



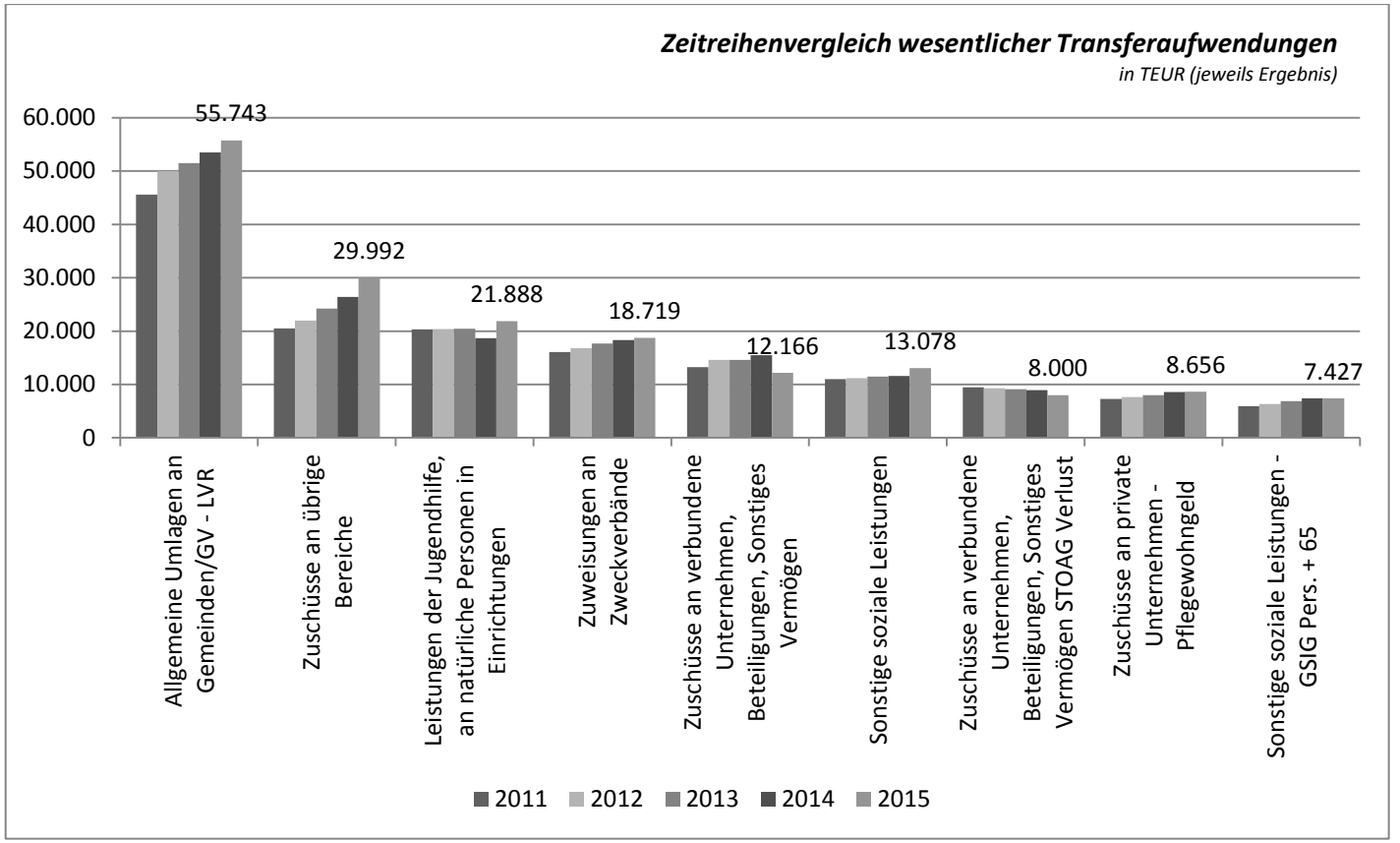
Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

	Plan	Ist	Abweichung
2011	219.096	210.470	- 8.626
2012	221.929	225.885	+ 3.956
2013	234.347	226.952	- 7.395
2014	239.730	238.092	- 1.638
2015	251.581	262.320	+ 10.739

Wesentliche Positionen sind:

Aufwendungen für…	**Originalansatz**	**Ergebnis**	**Abweichung absolut**	**Abweichung prozentual**
Allgemeine Umlagen an Gemeinden/Gemeindeverbände - LVR	54.361	55.743	1.382	2,5
Zuschüsse an übrige Bereiche	32.326	29.992	-2.334	-7,2
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtugen	20.596	21.888	1.292	6,3
Zuweisungen an Zweckverbände	17.758	18.719	961	5,4
Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	12.720	12.166	-553	-4,4
sonstige soziale Leistungen	12.507	13.078	571	4,6
Zuschüsse von Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen - STOAG Verlust	11.465	8.000	-3.465	-30,2
Zuschüsse an private Unternehmen - Pflegewohngeld	8.600	8.656	56	0,6
sonstige soziale Leistungen - Grundsicherung Personen 65+	8.006	7.427	-579	-7,2
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - ambulante und flexible Hilfe	5.743	9.809	4.066	70,8
Gewerbesteuerumlage	5.727	5.109	-618	-10,8
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	5.564	4.963	-601	-10,8
Jugendhilfe außerhlab von Einrichtungen - Kinder in Tagespflege	4.145	5.074	929	22,4

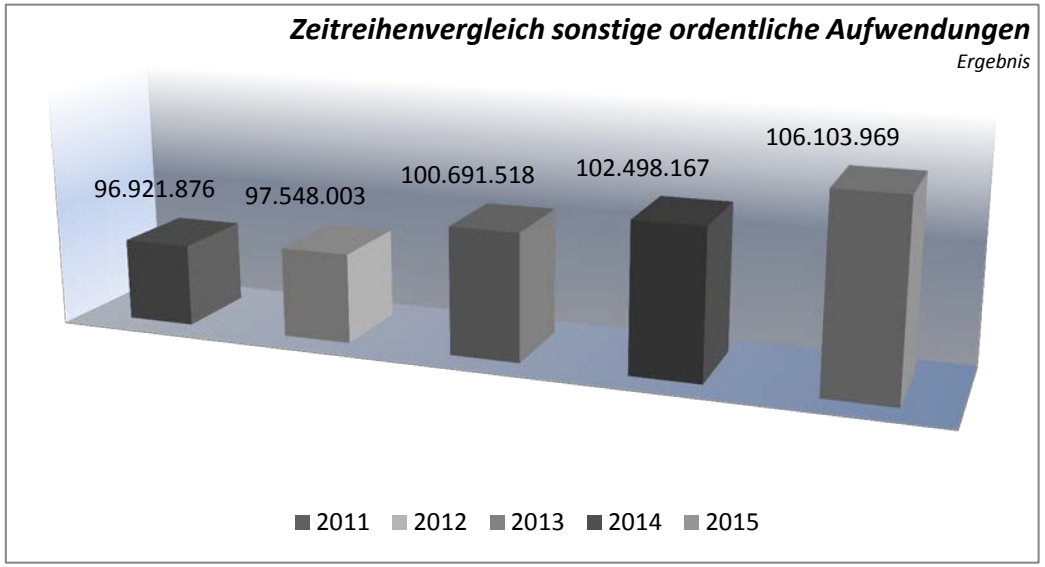
Aufwendungen für…	Originalansatz	Ergebnis	Abweichung absolut	Abweichung prozentual
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	3.965	5.072	1.108	27,9
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Unterbringung in Tagesgruppen	3.870	4.366	496	12,8
Rückstellung Altersteilzeit OGM	3.378	3.359	-19	-0,6
Sozialhilfe in Einrichtungen - Pflegestufe 2	3.300	3.539	239	7,2
Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	3.193	2.961	-232	-7,3
Sozialhilfe in Einrichtungen - Pflegestufe 3	2.900	2.764	-136	-4,7
Krankenhausumlage	2.413	2.464	52	2,1
Krankenhilfe §3 AsylbLG	900	1.982	1.082	120,2
Allgemeine Umlagen an Gemeinden/Gemeindeverbände - RVR	2.107	2.169	63	3,0
Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	1.248	4.462	3.214	257,5


Zeitreihenvergleich wesentlicher Transferaufwendungen
in TEUR (jeweils Ergebnis)
60.000
50.000
40.000
30.000
20.000
10.000
0
55.743
29.992
21.888
18.719
12.166
13.078
8.000
8.656
7.427
Allgemeine Umlagen an Gemeinden/GV - LVR
Zuschüsse an übrige Bereiche
Leistungen der Jugendhilfe, an natürliche Personen in Einrichtungen
Zuweisungen an Zweckverbände
Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sonstiges Vermögen
Sonstige soziale Leistungen
Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sonstiges Vermögen STOAG Verlust
Zuschüsse an private Unternehmen - Pflegewohngeld
Sonstige soziale Leistungen - GSIG Pers. + 65
2011
2012
2013
2014
2015

Sonstige ordentliche Aufwendungen
(Ergebnisanteil 14,9 %)

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (106.104 TEUR) ist ein erhöhter Aufwand entstanden (Planansatz + 4.686 TEUR / + 4,6 %).

Wesentlich für die Abweichung zum Originalbudget waren Aufwendungen für Wertkorrekturen zu Forderungen (+ 2.635 TEUR), Fremdleistungen Beschaffungswesen (OGM, + 1.338 TEUR) sowie Einzelwertberichtigungen (+ 1.277 TEUR). Dem gegenüber stehen Minderaufwendungen für sonstige Geschäftsaufwendungen (- 1.732 TEUR).



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

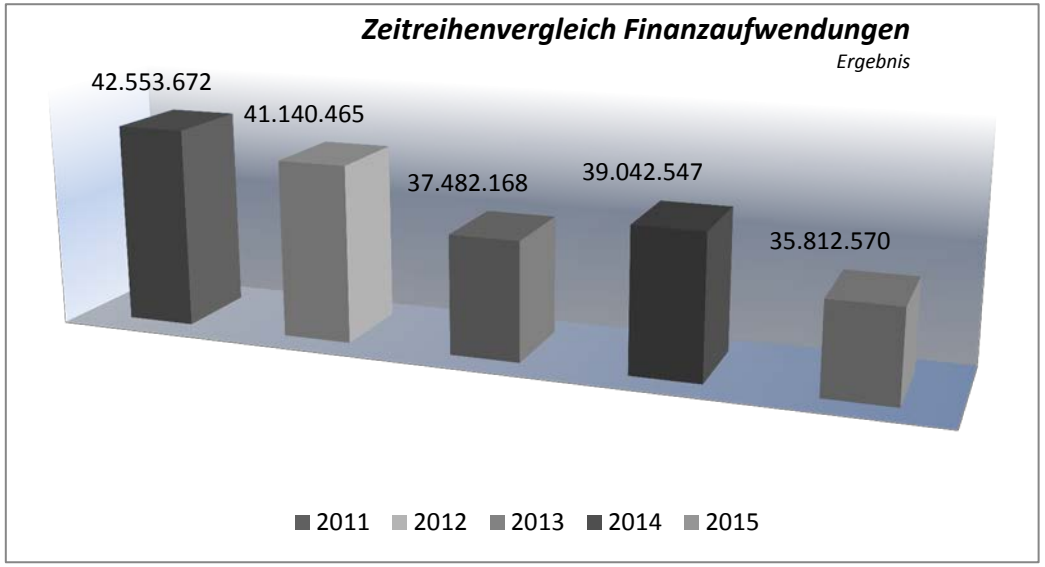
	Plan	Ist	Abweichung
2011	93.588	96.922	+ 3.334
2012	96.617	97.548	+ 931
2013	97.126	100.692	+ 3.566
2014	94.721	102.498	+ 7.777
2015	101.418	106.104	+ 4.686

Folgende Einzelaufwendungen sind dabei als bedeutend anzusehen (in TEUR):

Aufwendungen für…	Originalansatz	Ergebnis	Abweichung absolut	Abweichung prozentual
Leistungsbeteiligung Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchende - Unterkunft + Heizung	65.000	65.072	72	0,1
FL Beschaffungswesen (OGM)	6.741	8.079	1.338	19,9
Leistungsbeteiligung Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchende - Verwaltungskostenerstattung	2.600	2.618	18	0,7
Miete -OGM- (ohne Nebenkosten)	2.442	2.382	-60	-2,5
Sonstige Geschäftsaufwendungen	2.422	690	-1.732	-71,5
Miete technisches Rathaus -OGM- (ohne Nebenkosten)	2.087	2.280	192	9,2
Wertkorrekturen zu Forderungen	2	2.636	2.635	175.648,3
Einstellung in Einzelwertberichtigung	0	1.277	1.277	/

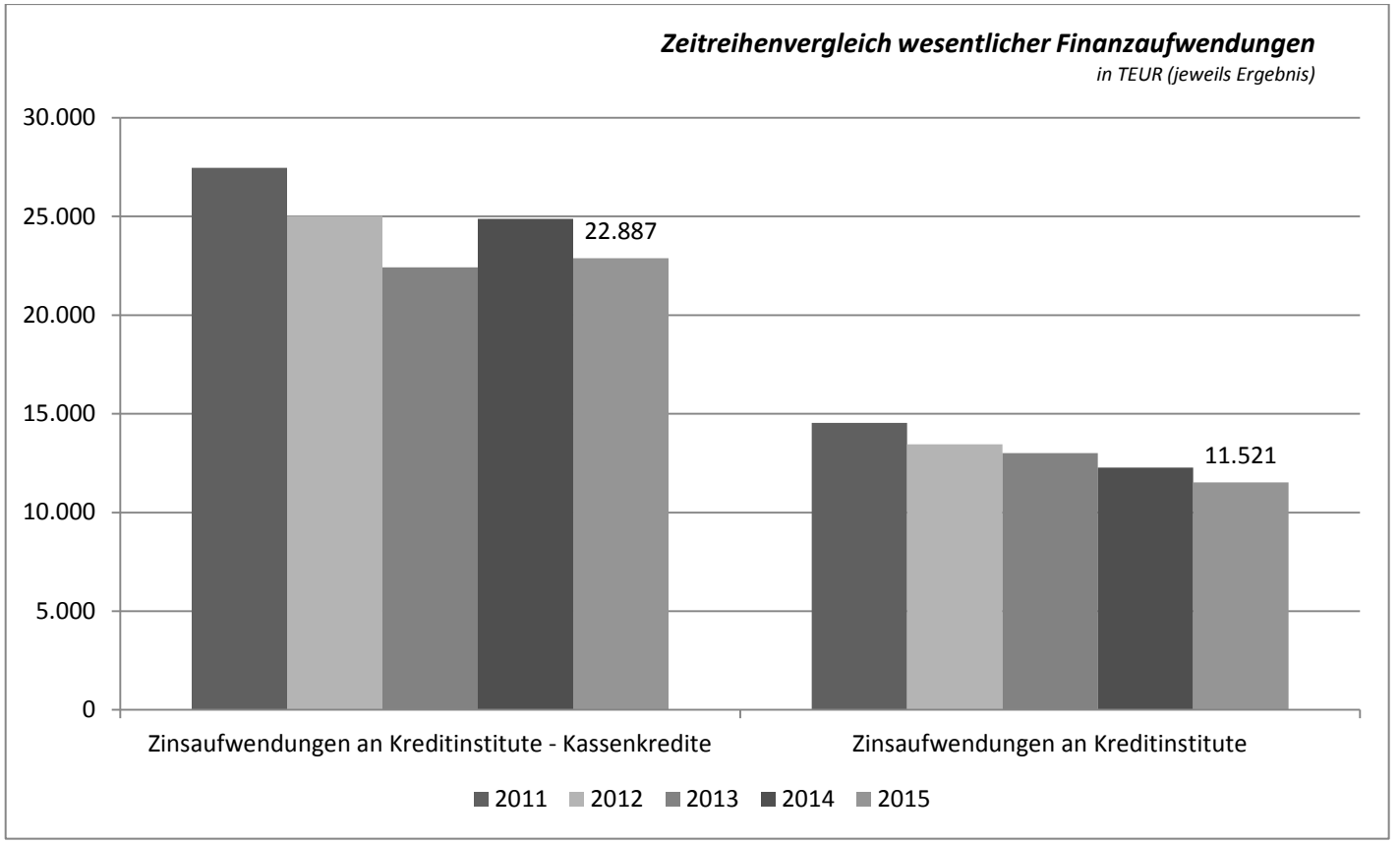
Finanzaufwendungen

Bei den Finanzaufwendungen (35.813 TEUR) sind die Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung (22.887 TEUR) sowie für Zinsaufwendungen an Kreditinstitute (11.521 TEUR) im Rahmen der Darlehensaufnahme für Investitionskredite für das Ergebnis verantwortlich. Wesentlich für die gegenüber dem Planansatz deutlich geringer ausfallenden Finanzaufwendungen war das Anhalten der Niedrigzinsphase (- 9.544 TEUR/ - 21 %).



Plan- Ist- Vergleich der Jahre 2011 bis 2015 (in TEUR)

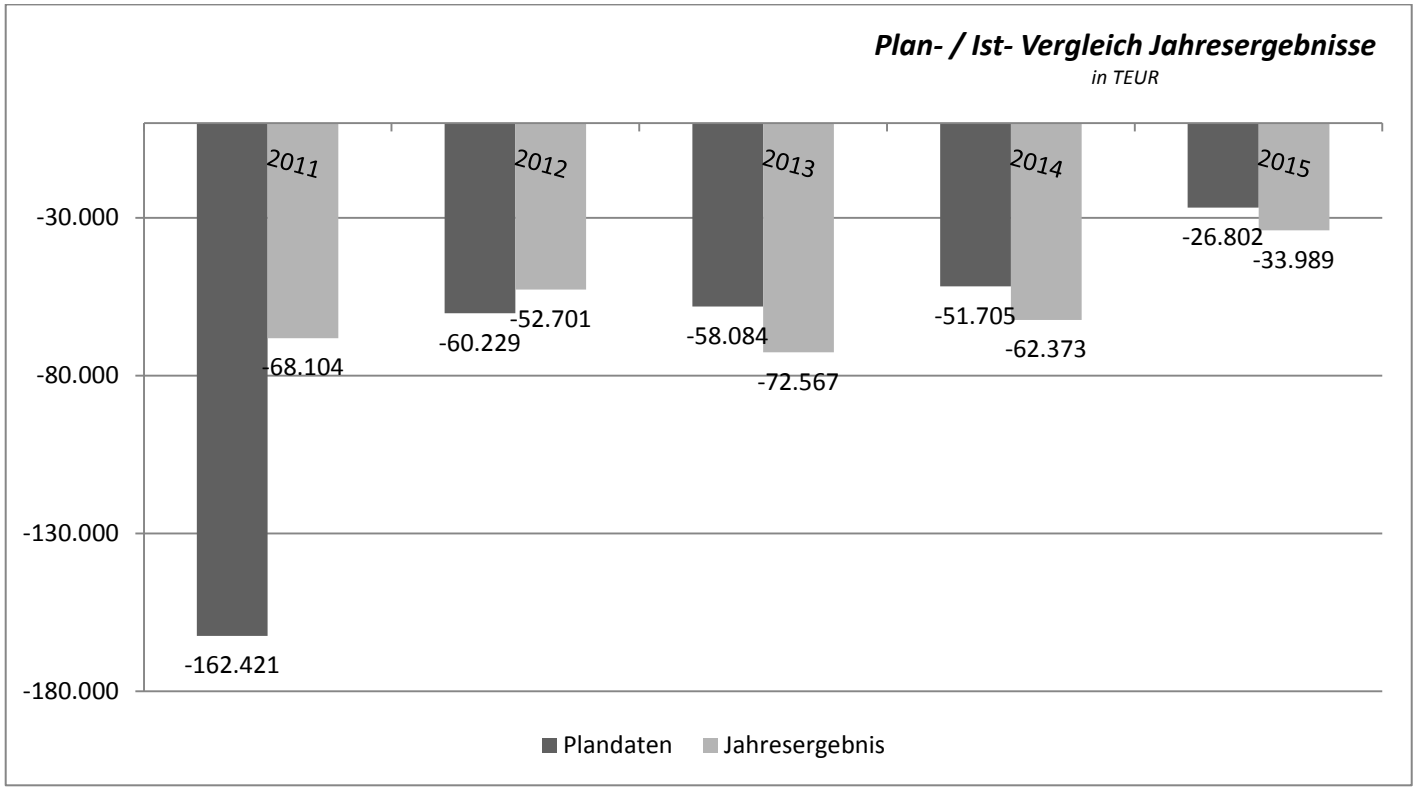
	Plan	Ist	Abweichung
2011	49.828	42.554	- 7.274
2012	45.480	41.140	- 4.340
2013	50.627	37.482	- 13.145
2014	52.702	39.043	- 13.659
2015	45.357	35.813	- 9.544



Im Bereich der Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen ist ein Minderaufwand gegenüber dem Originalansatz festzustellen (- 9.544 TEUR). Größten Anteil daran hat der Minderaufwand bei den Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung (- 12.928 TEUR). Die Abweichung zwischen Ansatz und Ergebnis resultiert aus Interventionsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Aufrechterhaltung des Interbankenhandels, in deren Folge die Zinssätze für Kredite beträchtlich sanken.

4.3.2.3 Zusammenfassung Ergebnishaushalt

Das Abschlussergebnis im Ergebnishaushalt (- 33.989 TEUR) liegt mit 7.186 TEUR über dem Originalbudget 2015 (- 26.802 TEUR).



4.3.3 Finanzlage

4.3.3.1 Übersicht über die Finanzlage

Nach Abschluss des Haushaltsjahres stellt sich die Finanzlage der Stadt Oberhausen im Vergleich zu den Plandaten 2015 wie folgt dar:

Finanzplan (konsumtiver Teil – in TEUR)

	Originalansatz	**Ergebnis**	**Abweichung absolut**	**Abweichung prozentual**
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungs-tätigkeit	684.551	684.071	- 480	- 0,1
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungs-tätigkeit	682.030	679.800	- 2.230	- 0,3
Saldo	2.521	4.271	1.750	69,4

Finanzplan (Investitionen - in TEUR)

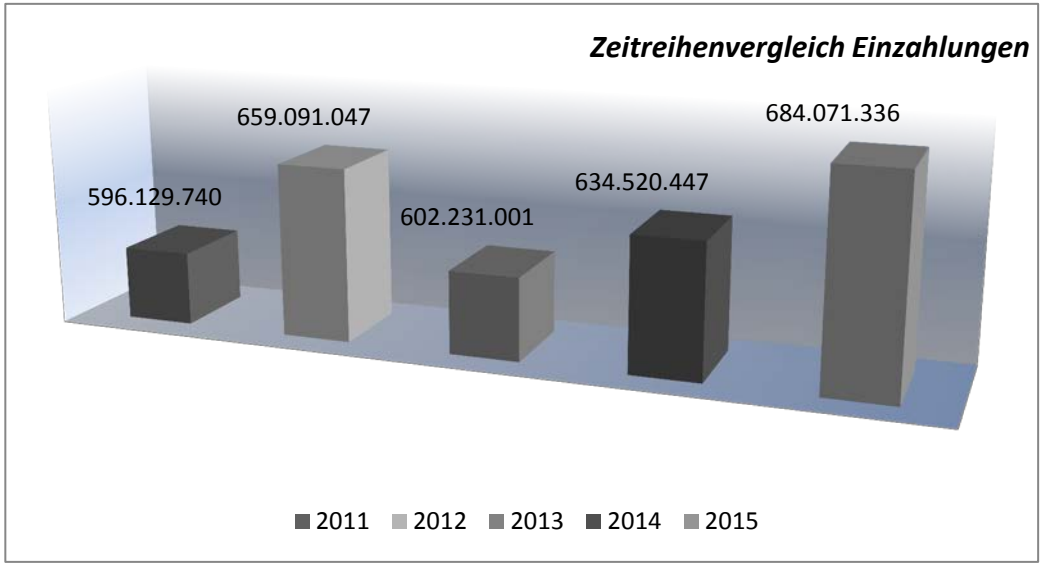
	Originalansatz	**Ergebnis**	**Abweichung absolut**	**Abweichung prozentual**
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	19.203	21.417	2.214	11,5
Auszahlung aus Investitionstätigkeit	34.963	40.422	5.459	15,6
Saldo	- 15.760	- 19.005	- 3.245	20,6

4.3.3.2 Finanzhaushalt (konsumtiver Teil)

Einzahlungen

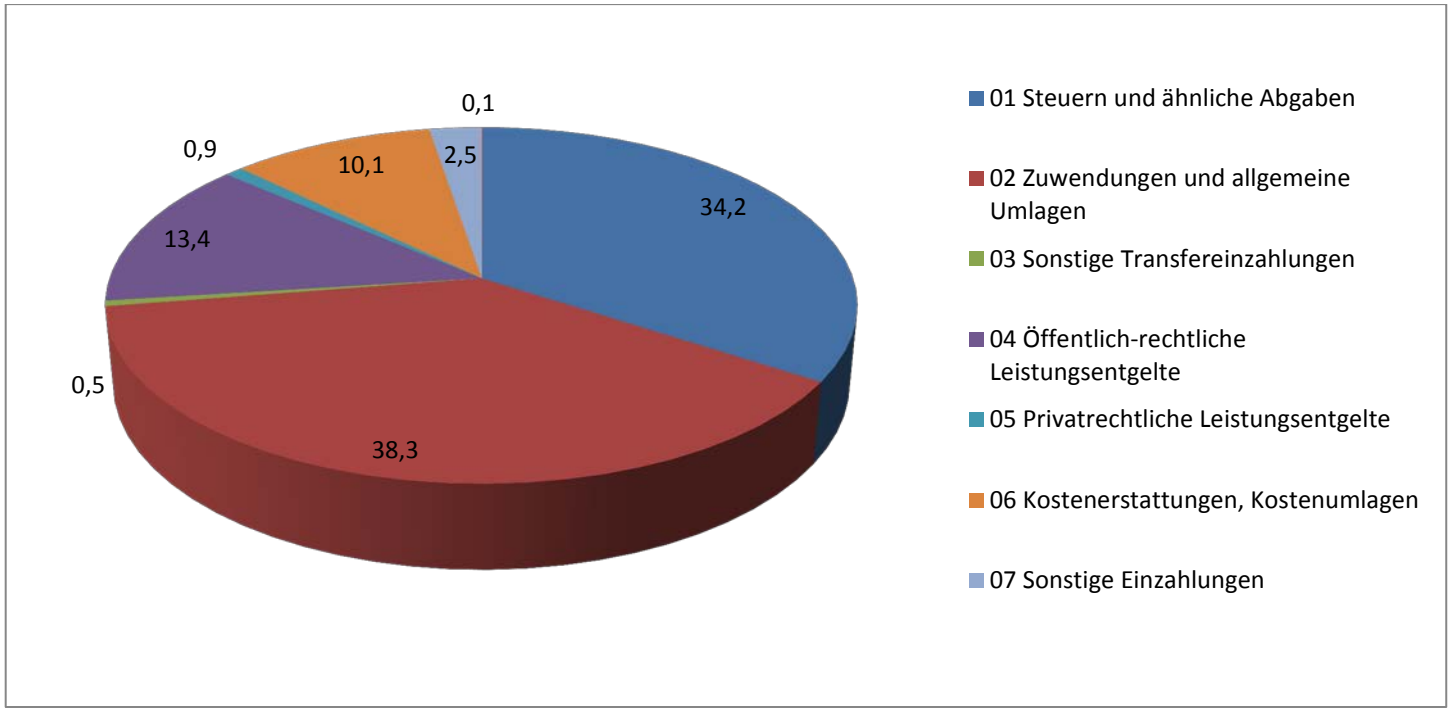
Mit einem Betrag von 684.071 TEUR liegen die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 480 TEUR (- 0,1 %) unter den ursprünglich angesetzten Werten.

Ein Zeitreihenvergleich der vergangenen fünf Jahre zeigt folgende Entwicklung:



Anteil der einzelnen Einzahlungsarten 2015

		v.H.	absolut
01	*Steuern und ähnliche Abgaben*	34,2	234.192
02	*Zuwendungen und allgemeine Umlagen*	38,3	262.026
03	*Sonstige Transfereinzahlungen*	0,5	3.174
04	*Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte*	13,4	91.857
05	*Privatrechtliche Leistungsentgelte*	0,9	6.110
06	*Kostenerstattungen und Kostenumlagen*	10,1	69.126
07	*Sonstige Einzahlungen*	2,5	16.830
08	*Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen*	0,1	756
			684.071



Vorstehende Grafik verdeutlicht den Anteil der einzelnen Einzahlungsarten im Verhältnis zu den Gesamteinzahlungen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Einzahlungsarten dargestellt.

Steuern und ähnliche Abgaben

Bei den Steuern und ähnlichen Abgaben (234.192 TEUR) sind Mindereinzahlungen von 6.363 TEUR zu verzeichnen. Diese Verringerung begründet sich im Wesentlichen durch Mindereinzahlungen bei der Gewerbesteuer (80.982 TEUR / - 9.018 TEUR, - 10 %) sowie bei der Grundsteuer B (41.732 TEUR/ - 1.637 TEUR, - 3,8 %). Beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (79.859 TEUR/ + 2 %) konnten rd. 1.600 TEUR höhere Einzahlungen erzielt werden..

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (262.026 TEUR) ergaben sich Mindereinzahlungen in Höhe von 5.939 TEUR gegenüber dem Planansatz. Ursächlich hierfür waren eine Vielzahl von zweckgebundenen Zuweisungen über den gesamten Haushalt verteilt. Wesentlicher Bestandteil der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind:

- Schlüsselzuweisungen vom Land 170.815 TEUR (-27 TEUR)
- Allgemeine Zuweisungen vom Land 52.716 TEUR (Stärkungspaktmittel)

Dass die Einzahlungen wesentlich von den Erträgen abweichen (Ergebnis 279.649 TEUR) ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nicht zahlungsrelevant sind und somit keinen Niederschlag in der Finanzrechnung finden.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte lagen mit 91.857 TEUR um 1.120 TEUR unter dem Planansatz für das Haushaltsjahr 2015. Wesentlichen Anteil hatten die Einzahlungen für Abfallbeseitigung (25.982 TEUR), aus Benutzungsgebühren für Schmutzwasser (25.606 TEUR) sowie für Niederschlagswasser (13.695 TEUR).

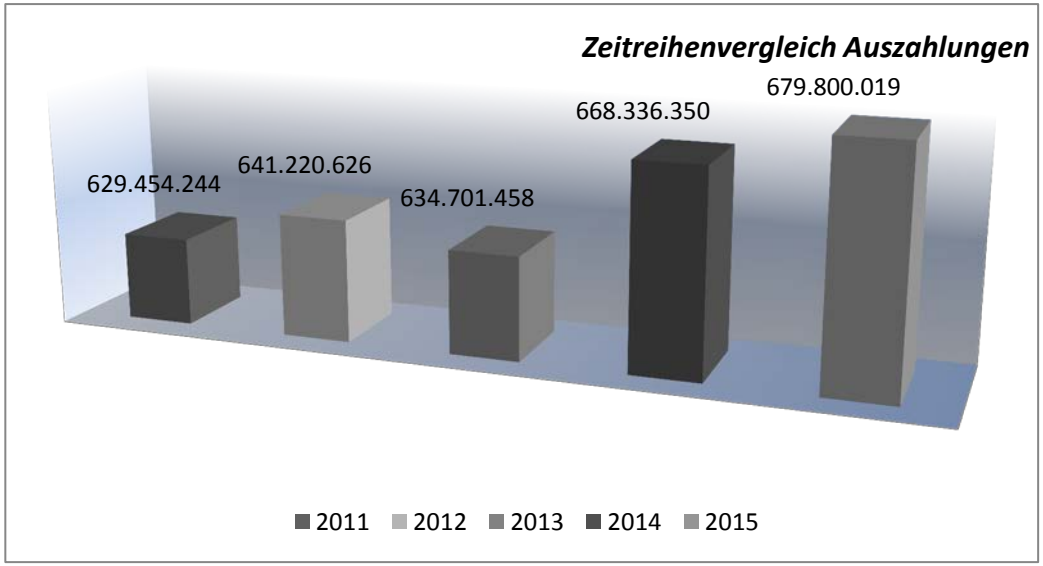
Kostenerstattungen, Kostenumlagen

Die Kostenerstattungen, Kostenumlagen lagen mit 69.126 TEUR um 16.955 TEUR über dem Planansatz für das Haushaltsjahr 2015. Wesentlichen Anteil hatten die Einzahlungen vom Land im Bereich der wirtschaftlichen Hilfen Asylbewerber (7.992 TEUR / + 7.222 TEUR, + 937,9 %)), aus Erstattungen vom Bund für Kosten der Unterkunft (23.710 TEUR / + 3.610 TEUR, + 18 %) sowie aus Erstattungen aus der Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung (4.462 TEUR / + 3.733 TEUR, + 512,2 %).

Auszahlungen

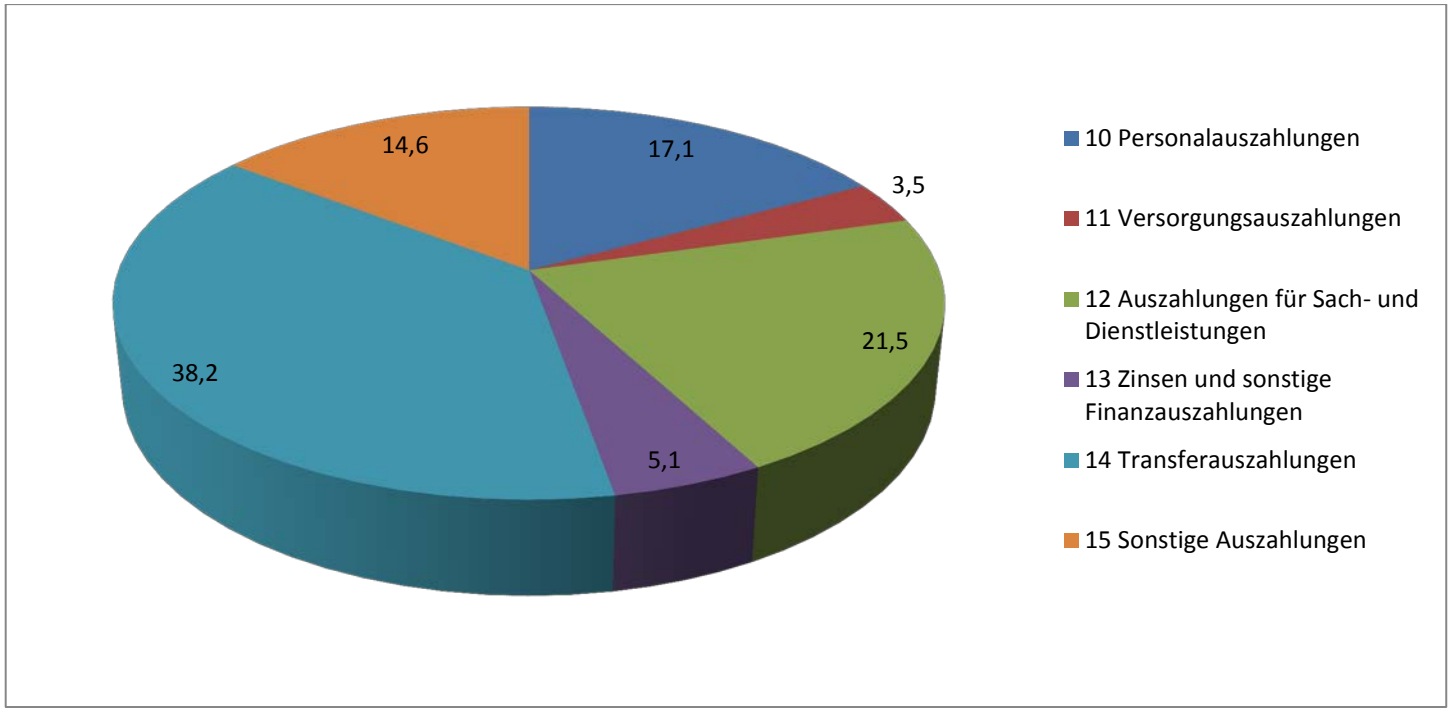
Mit einem Betrag von 679.800 TEUR liegen die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 2.230 TEUR unter den ursprünglich angesetzten Werten.

Ein Zeitreihenvergleich der vergangenen fünf Jahre zeigt folgende Entwicklung:



Anteil der einzelnen Auszahlungsarten 2015

		v.H.	absolut
10	*Personalauszahlungen*	17,1	116.283
11	*Versorgungsauszahlungen*	3,5	23.356
12	*Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen*	21,5	146.381
13	*Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen*	5,1	34.640
14	*Transferauszahlungen*	38,2	259.675
15	*Sonstige Auszahlungen*	14,6	99.465
			679.800



Vorstehende Grafik verdeutlicht den Anteil der einzelnen Auszahlungsarten im Verhältnis zu den Gesamtauszahlungen

Nachfolgend werden die wesentlichen Auszahlungsarten dargestellt.

Personalauszahlungen

Im Auszahlungsbereich ist zu erwähnen, dass die Personalauszahlungen (116.283 TEUR) gegenüber dem Originalansatz um 1.067 TEUR höher ausgefallen sind.

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (146.381 TEUR) ergaben sich Minderauszahlungen gegenüber dem Originalansatz in Höhe von 1.460 TEUR (- 1 %).

Wesentlichen Anteil an den Auszahlungen hatten die

Auszahlungen für…	**Originalansatz**	**Ergebnis**	**Abweichung absolut**	**Abweichung prozentual**
Sach- und Dienstleistungen WBO, u.a. Abfallwirtschaft (14.535 TEUR)	34.931	34.553	-378	-1,1
Sach- und Dienstleistungen, u.a. Abfallwirtschaft (13.054 TEUR)	25.886	20.590	-5.295	-20,5
LVZ 1 Instandhaltungsmanagement - OGM	19.966	19.665	-302	-1,5
LVZ 10 Unterhaltung Grün-/Sportflächen - OGM	8.988	11.017	2.029	22,6
FL Energiemanagement - OGM	8.549	8.946	397	4,6
LVZ 8 Gebäude-/Glas-/Sonderreinigung - OGM	6.350	6.780	430	6,8
Bäderwesen - OGM	6.225	6.225	0	0,0
Auszahlungen Erstattung an Bund	5.868	8.098	2.230	38,0

Transferauszahlungen

Bei den Transferauszahlungen (259.675 TEUR) ergaben sich Mehrauszahlungen gegenüber dem Originalansatz in Höhe von 8.093 TEUR.

Der wesentliche Anteil der Auszahlungen wird auf der Finanzposition 7300.00 – Transferauszahlungen – als Sammelposition gebucht (256.895 TEUR). Allein hier betrug die Mehrauszahlung 6.876 TEUR. Zur Auszahlung kommen u.a. Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV) – LVR, Gewerbesteuerumlage, Leistungen der Jugendhilfe u.a..

4.3.3.3 Investitionen und Finanzierung

Die **Einzahlungen** aus Investitionstätigkeit stellen sich folgendermaßen dar (in TEUR):

	Originalansatz	*Ergebnis*	*Abweichung vom Originalansatz*
Zuwendungen	10.441	10.322	- 118
Veräußerung von Sachanlagen	6.552	8.068	1.546
Veräußerung von Finanzanlagen	64	57	- 7
Beiträge und Entgelte	2.177	2.969	792
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0

(ggf. Rundungsdifferenzen)

Der weitaus größte Anteil an den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit entfiel auf die Zuwendungen. Im Haushaltsplan waren hierfür 10.441 TEUR veranschlagt. Beim Jahresergebnis lagen die Werte um 118 TEUR niedriger.

Die **Auszahlungen** aus Investitionstätigkeit entwickelten sich wie folgt (in TEUR):

	Originalansatz	*Ergebnis*	*Abweichung vom Originalansatz*
Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	1.052	832	- 220
Baumaßnahmen	30.442	38.155	7.714
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	3.469	1.435	- 2.035
Erwerb von Finanzanlagen	0	0	
Auszahlung von Zuwendungen	0	0	0
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0

(ggf. Rundungsdifferenzen)

Bei den Baumaßnahmen stiegen die Auszahlungen gegenüber dem Originalansatz von 30.442 TEUR um 7.714 TEUR. Dieser Umstand erklärt sich im Wesentlichen durch die Diskrepanz von Veranschlagungsbudget und dem tatsächlichen kassenmäßigen Abfluss. Das Budget wird oftmals zur Abdeckung von Mittelbindungen benötigt, die kassenmäßige Ist-Abwicklung erfolgt jedoch aus verschiedenen Gründen (z.B. Baufortschritt) erst später. In diesen Fällen erfolgt dann eine Neuveranschlagung von entsprechendem Budget.

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen wurden in Höhe von 1.435 TEUR getätigt. Gegenüber dem Originalansatz (3.469 TEUR) ergab sich eine Reduzierung um 2.035 TEUR. Das bewegliche Anlagevermögen wurde im Wesentlichen im Bereich „Feuerschutz“ (1.286 TEUR) sowie „Geschwindigkeitsüberwachung“ (76 TEUR) beschafft.

Finanzierungstätigkeit (in TEUR)

	Originalansatz	*Ergebnis*	*Abweichung vom Originalansatz*
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	16.981	21.030	4.050
*Kredite zur Liquiditätssicherung**		1.310.400	
Tilgung und Gewährung v. Darlehen	20.276	19.832	- 445
*Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung**		1.294.200	
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-3.296	17.399	20.694

** keine Planung (ggf. Rundungsdifferenzen)*

Beim Originalansatz ergab sich in der Planung ein negativer „Saldo aus Finanzierungstätigkeit“ von 3.296 TEUR. Im Ergebnis entsteht ein Saldo in Höhe von 17.399 TEUR.

Die hohe Diskrepanz zwischen Planung und Ergebnis ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die GemHVO die Einbeziehung von Krediten zur Liquiditätssicherung in die Finanzplanung bewusst nicht vorsieht, in der Finanzrechnung allerdings wesentlicher Bestandteil der Finanzierungstätigkeit ist.

4.4 Analyse der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage nach dem NKF-Kennzahlenset

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Kommunen sowie der GPA NRW und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfungen ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen das NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden, anhand dessen eine Analyse der Bilanzen und Jahresabschlüsse erfolgen kann.

Generell ist festzustellen, dass die singuläre Betrachtung der Oberhausener Werte eines Haushaltsjahres nur eingeschränkt aussagefähig ist. Der Vergleich mit anderen Städten sowie Analysewerte im Zeitvergleich erhöhen die Aussagefähigkeit deutlich. Wichtig dafür ist nicht zuletzt die interkommunale Vergleichbarkeit der zu Grunde liegenden Daten. Mit dem vom Innenministerium vorgegebenen Kennzahlenset sollen alle Kommunen in die Lage versetzt werden, vergleichbare Kernanalysedaten zu erstellen. Nachfolgend werden die entsprechenden Kennzahlen dargestellt.

4.4.1 Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

Die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Herkunft des Kapitals, das zur Finanzierung der auf der Aktivseite ausgewiesenen Vermögenswerte verwendet wurde. Zur Analyse der Schuldenlage bedarf es zuvor der Aufbereitung der Kapitalstruktur in Eigen- und Fremdkapital.

Da die Schulden das Vermögen übersteigen, wird auf der Aktivseite unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen. Der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2015 beträgt 33.989 TEUR, so dass sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2015 auf insgesamt 976.102 TEUR erhöht. Darüber hinaus sind Verrechnungen im Umfang von rd. 84.054 TEUR (2013), 16.081 TEUR (2014) sowie - 869 TEUR (2015) gem. § 43 Abs. 3 GemHVO (bzw. Korrekturen der Eröffnungsbilanz) vorgenommen worden, die dazu führen, dass der Gesamtbetrag des negativen Eigenkapitals auf 1.075.368 TEUR steigt.

Damit liegt die Eigenkapitalquote 1 bei – 37,87 % und ist als Folge des sich im Haushaltsjahr 2015 ergebenden Jahresfehlbetrages weiter rückläufig.

1. Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, in welchem Umfang die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden, das heißt der Aufwandsdeckungsgrad sollte 100 % betragen.

$$\textit{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\textit{Ordentliche Erträge x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}} \quad \frac{\textit{714.320 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 100,08 \%}}$$

Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 100,08 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Aufwandsdeckungsgrad	95,96 %	98,21 %	94,66 %	96,39 %	100,08 %

Die einzelnen Ertragsarten trugen mit folgenden Anteilen zum Gesamtaufkommen der ordentlichen Erträge bei:

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Steuern und ähnliche Abgaben	32,75 %	36,50 %	33,25 %	32,12 %	32,69 %
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41,05 %	39,65 %	39,15 %	38,98 %	39,15 %
Sonstige Transfererträge	0,55 %	0,46 %	0,48 %	0,49 %	0,48 %
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15,61 %	14,07 %	15,10 %	14,85 %	13,46 %
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,99 %	0,91 %	0,94%	0,93 %	0,81 %
Kostenerstattungen und –umlagen	5,24 %	5,69 %	7,11 %	8,45 %	9,75 %
Sonstige ordentliche Erträge	3,78 %	3,71 %	3,97 %	4,18 %	3,67 %

Die Anteile der Aufwandsarten an den ordentlichen Aufwendungen stellten sich wie folgt dar:

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Personalaufwendungen	*17,29 %*	*15,86 %*	*18,66 %*	*18,86 %*	*18,38 %*
Versorgungsaufwendungen	*2,88 %*	*4,09 %*	*2,34 %*	*3,08 %*	*2,38 %*
Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	*25,59 %*	*26,54 %*	*23,30 %*	*20,93 %*	*21,07 %*
Bilanzielle Abschreibungen	*7,29 %*	*6,91 %*	*7,00 %*	*7,17 %*	*6,56 %*
Transferaufwendungen	*32,14 %*	*32,54 %*	*33,73 %*	*34,93 %*	*36,75 %*
Sonstige ordentliche Aufwendungen	*14,80 %*	*14,05 %*	*14,97 %*	*15,04 %*	*14,87 %*

2. Eigenkapitalquote 1

Die Eigenkapitalquote 1 zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Kommune durch Eigenkapital finanziert ist. Für diese Kennzahl gilt: Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto größer ist die finanzielle Stabilität, die wirtschaftliche Sicherheit und die Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern.

$$\textit{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\textit{Eigenkapital x 100}}{\textit{Bilanzsumme}} \qquad \frac{\textit{- 1.075.368 TEUR x 100}}{\textit{2.839.599 TEUR}} \qquad \textit{= - 37,87 \%}$$

Die Eigenkapitalquote beträgt – 37,87 %. Die Quote ist negativ, da die Stadt Oberhausen kein Eigenkapital mehr besitzt und für die Berechnung der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ herangezogen wurde.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Eigenkapitalquote 1	- 27,77 %	- 29,53 %	- 34,64 %	-37,03 %	-37,87 %

3. Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Da bei Kommunen die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen und in der Regel nicht zurückzuzahlen und nicht zu verzinsen sind, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die „langfristigen“ Sonderposten erweitert. Hierzu zählen die Sonderposten für Zuwendungen und für Beiträge.

$$\textit{Eigenkapitalquote 2} = \frac{\textit{(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge) x 100}}{\textit{Bilanzsumme}} \qquad \frac{\textit{(- 1.075.368 TEUR + 427.540 TEUR) x100}}{\textit{2.839.599 TEUR}} \qquad \textit{= - 22,81 \%}$$

Die Eigenkapitalquote 2 beträgt - 22,81 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Eigenkapitalquote 2	- 10,43 %	- 12,66 %	- 18,53 %	- 21,51 %	- 22,81 %

4. Fehlbetragsquote

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil aus Sonderrücklagen. Da die Stadt Oberhausen weder über eine Ausgleichsrücklage, noch über eine Allgemeine Rücklage verfügt, ist ein Ausweis nicht möglich.

4.4.2 Kennzahlen zur Vermögenslage

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität zeigt an, wie hoch der Anteil des langfristig gebundenen Anlagevermögens am gesamten Vermögen ist. Je niedriger die Anlagenintensität, desto höher ist die finanzielle Anpassungsfähigkeit und Flexibilität einer Kommune. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge. Für Kommunen ist eine hohe Anlagenintensität allerdings aufgrund ihrer Aufgabenstellung normal.

$$\textit{Anlagenintensität} = \frac{\textit{Anlagevermögen x 100}}{\textit{Bilanzsumme}} \qquad \frac{\textit{1.694.781 TEUR x 100}}{\textit{2.839.599 TEUR}} \qquad \underline{\textit{= 59,68 \%}}$$

Die Anlagenintensität der Stadt Oberhausen beläuft sich auf 59,68 %. Durch Finanzierungsformen wie Leasing reduziert sich die Quote der Anlagenintensität, da das geleaste Vermögen, nicht im Anlagevermögen ausgewiesen wird. Darüber hinaus wird bewegliches Anlagevermögen, z. B. das Büromobiliar, der Stadt Oberhausen über die OGM GmbH beschafft und über Nutzungsentgelte abgerechnet.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Anlagenintensität	69,95 %	68,21 %	62,94 %	60,55 %	59,68 %

5. Infrastrukturquote

Die Infrastrukturquote verfeinert die Aussage der Anlageintensität im Hinblick auf das Infrastrukturvermögen als Bestandteil des Sachanlagebestands des Anlagevermögens und verdeutlicht, in welchem Umfang kommunales Vermögen in der Infrastruktur gebunden ist. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

$$\textit{Infrastrukturvermögen} = \frac{\textit{Infrastrukturvermögen x 100}}{\textit{Bilanzsumme}} \qquad \frac{\textit{852.927 TEUR x 100}}{\textit{2.839.599 TEUR}} \qquad \underline{\textit{= 30,04 \%}}$$

Die Infrastrukturquote, als spezielle Kennzahl zur Anlagenintensität des Infrastrukturvermögens, beträgt 30,04 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Infrastrukturquote	34,18 %	33,29 %	32,14 %	31,25 %	30,04 %

6. Abschreibungsquote

Die Abschreibungsquote (Abschreibungsintensität) zeigt an, in welchem Verhältnis zu den gesamten ordentlichen Aufwendungen die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

$$\textit{Abschreibungsintensität} = \frac{\textit{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}} \quad \frac{\textit{46.750 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 6,58 \%}}$$

Die Abschreibungsintensität beträgt 6,58 %.

Bei der Deutung dieser Quote ist zu beachten, dass eine geringe Abschreibungsquote auch bedeuten kann, dass das Vermögen bereits größtenteils abgeschrieben ist und dass "altes" Anlagevermögen nicht durch neue Anlagen ersetzt wurde. Entsprechend kann es sein, dass eine niedrige Abschreibungsquote einen Hinweis darauf gibt, dass das Vermögen überaltert ist. Die Quote sinkt ebenfalls, wenn sich die übrigen ordentlichen Aufwendungen erhöht haben, der Abschreibungsaufwand aber gleich geblieben ist.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Abschreibungsquote	7,29 %	6,91 %	7,00 %	7,17 %	6,58 %

7. Drittfinanzierungsquote

Die Drittfinanzierungsquote gibt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten an. Sie gibt Hinweise inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.

$$\textit{Drittfinanzierungsquote} = \frac{\textit{Erträge aus Auflösungen von Sonderposten x 100}}{\textit{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}} \quad \frac{\textit{21.105 TEUR x 100}}{\textit{46.750 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 45,14 \%}}$$

Die Drittfinanzierungsquote beträgt 45,14 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Drittfinanzierungsquote	49,78 %	47,60 %	46,19 %	46,60 %	45,14 %

8. Investitionsquote

Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüber stehen. Die Bruttoinvestition setzt sich aus der Summe der Zugänge des Anlagevermögens und der Zuschreibungen auf das Anlagevermögen zusammen.

Der Substanzverlust wird zu 79,87 % durch neue Investitionen ausgeglichen.

$$\textit{Investitionsquote} = \frac{\textit{Bruttoinvestitionen x 100}}{\textit{Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen des Anlagevermögens}} \quad \frac{\textit{41.110 TEUR x 100}}{\textit{4.724 TEUR + 46.750 TEUR}} \quad \underline{= 79{,}87\ \%}$$

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Investitionsquote	60,08 %	36,67 %	41,58 %	42,31 %	*79,87 %*

4.4.3 Kennzahlen zur Finanzlage

9. Anlagendeckungsgrad 2

Durch die Kennzahl Anlagendeckungsgrad 2 soll die langfristige Kapitalverwendung der Kommune bewertet werden. Es wird aufgezeigt, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Liegt die Kennzahl unter 100 %, so sind Teile des Anlagevermögens durch kurzfristiges Kapital finanziert. Das ist in Oberhausen der Fall. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad 2 100 % betragen.

$$\textit{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{\textit{(Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkapital) x 100}}{\textit{Anlagevermögen}}$$

$$\textit{Anlagendeckungsgrad 2} = \frac{\textit{(- 1.075.368 TEUR + 427.540 TEUR + 1.299.051 TEUR) x 100}}{\textit{1.694.781 TEUR}} \qquad \underline{\textit{= 38,43 \%}}$$

Der Anlagendeckungsgrad 2 beträgt 38,43 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Anlagendeckungsgrad 2	20,81 %	17,74 %	17,52 %	16,84 %	38,43 %

10. Dynamischer Verschuldungsgrad

Mit dem Dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Diese Kennzahl berechnet sich aus dem Quotienten zwischen der Effektivverschuldung und dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung. Dieser Saldo gibt an in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer).

Ein hoher Wert – wie in Oberhausen - sagt lediglich aus, dass das Tempo des möglichen Schuldenabbaus sehr gering ist; eine sinnvolle Interpretation der Kennzahl ist nur eingeschränkt möglich.

Dynamischer Verschuldungsgrad = *Effektivverschuldung* / *Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Finanzrechnung)*

Anlagendeckungsgrad 2 = *2.351.152 TEUR* / *4.271 TEUR* *= 550,45*

Der dynamische Verschuldungsgrad beträgt 550,45 Jahre.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Dynamischer Verschuldungsgrad	./.	123,96	./.	./.	550,45

11. Liquidität 2. Grades

Die Liquidität 2. Grades gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Eine Liquidität 2. Grades von 100 % bedeutet, dass die liquiden Mittel und die ausstehenden Forderungen mit kurzer Laufzeit ausreichen, um sämtliche kurzfristige Verbindlichkeiten zu decken. Sie sollte bei mindestens 100 % liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

$$\textit{Liquidität 2. Grades} = \frac{\textit{(Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) x 100}}{\textit{Kurzfristige Verbindlichkeiten}} \quad \frac{\textit{(9.373 TEUR + 30.839 TEUR) x 100}}{\textit{561.794 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 7,16 \%}}$$

Die Liquidität 2. Grades beträgt 7,16 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Liquidität 2. Grades	4,12 %	4,90 %	8,32 %	4,82 %	7,16 %

12. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Die Kurzfristige Verbindlichkeitsquote stellt dar, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet ist. Da Haushaltsfehlbeträge in der Regel über Kassenkredite finanziert werden, ist diese Kennzahl ein Indikator dafür, wie stark sich die aufgelaufenen Defizite auf die Finanzlage der Kommune auswirken. Kurzfristige Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (siehe Verbindlichkeitenspiegel).

$$\textit{Kurzfristige Verbindlichkeitsquote} = \frac{\textit{Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100}}{\textit{Bilanzsumme}} \quad \frac{\textit{561.794 TEUR x 100}}{\textit{2.839.599 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 19,78 \%}}$$

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	37,34 %	28,00 %	18,29 %	27,59 %	19,78 %

Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote beläuft sich auf 19,78 %

13. Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt die anteilmäßige Belastung der Kommune mit Zinsaufwendungen und sonstigen Finanzaufwendungen zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf. Sie verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation auswirken. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Stadt ein.

$$\textit{Zinslastquote} = \frac{\textit{Finanzaufwendungen x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}} \qquad \frac{\textit{35.813 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \qquad \underline{\textit{= 5,02 \%}}$$

Die Zinslastquote beträgt 5,02 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Zinslastquote	6,50 %	5,93 %	5,57 %	5,73 %	5,02 %

4.4.4 Kennzahlen zur Ertragslage

14. Nettosteuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Die Gemeinde ist umso unabhängiger von staatlichen Zuwendungen, je höher die Nettosteuerquote ist.

$$\textit{Nettosteuerquote} = \frac{\textit{(Steuererträge – Gew.St.Umlage – Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit) * 100}}{\textit{(ordentliche Erträge – Gew.St.Umlage – Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit)}}$$

$$\frac{\textit{(233.486 TEUR – 5.109 TEUR – 4.963 TEUR) x 100}}{\textit{(714.320 TEUR – 5.109 TEUR – 4.963 TEUR)}} \qquad \textit{= 31,72 \%}$$

Die Nettosteuerquote beträgt 31,72 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Nettosteuerquote	31,43 %	34,05 %	32,26 %	31,04 %	31,72 %

15. Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote verdeutlicht, wie abhängig die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

$$\textit{Zuwendungsquote} = \frac{\textit{Erträge aus Zuwendungen x 100}}{\textit{Ordentliche Erträge}} \qquad \frac{\textit{279.649 TEUR x 100}}{\textit{714.320 TEUR}} \qquad \underline{\textit{= 39,15 \%}}$$

Die Zuwendungsquote beträgt 39,15 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Zuwendungsquote	41,08 %	39,65 %	39,15 %	38,98 %	39,15 %

16. Personalintensität (Personalaufwandsquote)

Die Personalintensität weist den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen aus. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu betrachten.

$$\textit{Personalintensität} = \frac{\textit{Personalaufwendungen x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}} \quad \frac{\textit{131.174 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 18,38 \%}}$$

Die Personalintensität beträgt 18,38 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Personalintensität	17,29 %	15,86 %	18,66 %	18,86 %	18,38 %

17. Sach- und Dienstleistungsintensität

Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt, in welchem Maße sich die Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

$$\textit{Sach- und Dienstleistungsintensität} = \frac{\textit{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}}$$

$$\frac{\textit{150.352 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 21,07 \%}}$$

Die Sach- und Dienstleistungsintensität beträgt 21,07 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Sach- und Dienstleistungsintensität	25,59 %	26,54 %	23,30 %	20,93 %	21,07 %

18. Transferaufwandsquote

Die Transferaufwendungsquote veranschaulicht den Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen.

$$\textit{Transferaufwandsquote} = \frac{\textit{Transferaufwendungen x 100}}{\textit{Ordentliche Aufwendungen}} \quad \frac{\textit{262.320 TEUR x 100}}{\textit{713.741 TEUR}} \quad \underline{\textit{= 36,75 \%}}$$

Die Transferaufwandsquote beträgt 36,75 %.

	2011	*2012*	*2013*	*2014*	*2015*
Transferaufwandsquote	32,14 %	32,54 %	33,73 %	34,93 %	36,75 %

Hinweis:

Der Gesetzgeber hat die Struktur der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Sozialhilfe in die Organisationshoheit der Kommunen gegeben. Eine Aufgabenwahrnehmung kann danach sowohl als gemeinsame Einrichtung als Jobcenter - so in Oberhausen - oder aber in eigener Verantwortung (als sog. Optionskommune) erfolgen. Diese Strukturierung hat anschließend direkte Auswirkungen auf die Abbildung der damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen.

Bei der Stadt Oberhausen werden u.a. die nicht unerheblichen Aufwendungen der Kosten der Unterkunft (Kostenart 546140, Ergebnis 2015: 65.072 TEUR) seit 2009 nicht in den „Transferaufwendungen“ (Zeile 15 der Ergebnisrechnung), sondern unter den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ (Zeile 16 der Ergebnisrechnung) ausgewiesen. Hintergrund ist, dass die Erstattung nicht gegenüber dem/der Hilfeempfänger/in (dann: Transferaufwendung) erfolgt, sondern vielmehr gegenüber der Bundesagentur für Arbeit (deshalb: sonstige ordentliche Aufwendung). Gleichwohl handelt es sich inhaltlich bei diesen Aufwendungen um „Transferaufwendungen“.

Die Ausweisung in Zeile 16 entspricht den „Verwaltungsvorschriften, Muster zur Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung“ sowie den „Erläuterungen durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik“. Eine landesweit einheitliche Vergleichbarkeit der Transferaufwandsquote wird durch die gesetzeskonforme Ausweisung der Aufwendungen allerdings erschwert.

Übersicht der Kennzahlen

Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation		**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**
Aufwandsdeckungsgrad	(Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100	95,96 %	98,21 %	94,66 %	96,39 %	100,08 %
Eigenkapitalquote 1	(Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100	-27,77 %	-29,53 %	-34,64 %	-37,03 %	-37,87 %
Eigenkapitalquote 2	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	-10,43 %	-12,66 %	-18,53 %	-21,51 %	-22,81 %
Fehlbetragsquote	(negatives Jahresergebnis / (Ausgleichsrücklage + Allgemeine Rücklage)) x -100	keine Rücklagen	keine Rücklagen	keine Rücklagen	keine Rücklagen	keine Rücklagen
Kennzahlen zur Vermögenslage						
Infrastrukturquote	(Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	34,18 %	33,29 %	32,14 %	31,25 %	30,04 %
Abschreibungsintensität	(Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100	7,29 %	6,91 %	7,00 %	7,17 %	6,58 %
Drittfinanzierungsquote	(Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100	49,78 %	47,60 %	46,19 %	46,60 %	45,14 %
Investitionsquote	Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen)) x 100	60,08 %	36,67 %	41,58 %	42,31 %	79,87 %

Kennzahlen zur Finanzlage		**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**
Anlagendeckungsgrad 2	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	20,81 %	17,74 %	17,52 %	16,84 %	38,43 %
Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren)	Effektivverschuldung / Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)	./.	123,96	./.	./.	550,45
Liquidität 2. Grades	((Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	4,12 %	4,90 %	8,32 %	4,82 %	7,16 %
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	(kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	37,34 %	28,00 %	18,29 %	27,59 %	19,78 %
Zinslastquote	(Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	6,50 %	5,93 %	5,57 %	5,73 %	5,02 %
Kennzahlen zur Ertragslage						
Netto-Steuerquote	(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) / (ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) x 100	31,43 %	34,05 %	32,26 %	31,04 %	31,72 %
Zuwendungsquote	(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100	41,08 %	39,65 %	39,15 %	38,98 %	39,15 %
Personalintensität	(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	17,29 %	15,86 %	18,66 %	18,86 %	18,38 %
Sach- und Dienstleistungsintensität	(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	25,59 %	26,54 %	23,30 %	20,93 %	21,07 %
Transferaufwandsquote	(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	32,14 %	32,54 %	33,73 %	34,93 %	36,75 %

4.5 Ausblick

Der Lagebericht stellt einen Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr in zusammengefasster Form dar. Ungeachtet dessen ist - neben der Darstellung über Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind - ein Ausblick über die Chancen und Risiken der Zukunft vorzunehmen.

4.5.1 Vermögens-,Schulden- und Ergebnisentwicklung

	Ergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	**2014 RE** (EUR)	**2015 RE** (EUR)	**2016** (EUR)	**2017** (EUR)	**2018** (EUR)	**2019** (EUR)	**2020** (EUR)	**2021** (EUR)
01	Steuern und ähnliche Abgaben	211.024.107	233.485.974	250.955.930	266.289.390	280.613.670	289.450.830	295.632.280	303.028.310
02	+ Zuwendungen und allg. Umlagen	256.076.259	279.649.123	287.680.048	297.457.550	291.339.927	286.683.472	277.311.672	268.285.402
	davon Konsolidierungshilfe Stärkungspakt	*52.715.920*	*52.715.920*	*52.715.920*	*52.715.920*	*39.336.940*	*26.082.960*	*12.953.980*	*0*
	davon Schlüsselzuweisungen	*146.746.519*	*170.815.301*	*176.811.690*	*186.536.330*	*194.184.320*	*203.116.800*	*206.488.540*	*209.916.250*
03	+ Sonstige Transfererträge	3.233.307	3.448.946	3.008.610	3.008.610	3.005.590	3.005.590	3.005.590	3.005.590
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	97.588.928	96.133.699	100.123.678	99.485.598	99.440.598	99.485.598	99.485.598	99.485.598
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.085.038	5.788.080	6.309.490	6.280.500	6.283.160	6.283.160	6.283.160	6.283.160
06	+ Kostenerstattungen u. Kostenuml.	55.512.167	69.618.322	75.793.340	77.463.970	79.750.810	79.592.420	79.206.540	78.820.670
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	27.481.612	26.195.650	22.726.420	22.726.380	24.184.220	21.086.340	21.086.340	21.086.340
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
10	**= Ordentliche Erträge**	**657.001.418**	**714.319.794**	**746.597.516**	**772.711.998**	**784.617.975**	**785.587.410**	**782.011.180**	**779.995.070**
11	- Personalaufwendungen	128.537.201	131.174.415	127.548.178	129.403.030	131.240.860	133.050.050	134.395.810	135.374.580
12	- Versorgungsaufwendungen	20.977.687	16.972.655	23.871.180	24.436.070	25.034.490	25.647.830	25.647.830	25.647.830
13	- Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	142.673.387	150.352.420	154.669.030	153.843.830	154.124.246	154.328.081	154.520.070	155.226.710
14	- Bilanzielle Abschreibungen	48.838.975	46.817.463	46.896.620	46.892.150	46.892.150	46.892.150	46.892.150	46.892.150
15	- Transferaufwendungen	238.091.866	262.320.194	270.985.440	272.638.830	275.329.970	274.690.454	270.231.450	272.383.080
16	- Sonst. ordentliche Aufwendungen	102.498.167	106.103.969	101.907.000	101.827.240	101.763.360	98.178.250	97.031.270	95.906.270

	Ergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten	**2014 RE** (EUR)	**2015 RE** (EUR)	**2016** (EUR)	**2017** (EUR)	**2018** (EUR)	**2019** (EUR)	**2020** (EUR)	**2021** (EUR)
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	**681.617.283**	**713.741.117**	**725.877.448**	**729.041.150**	**734.385.076**	**732.786.815**	**728.718.580**	**731.430.620**
18	**= Ordentliches Ergebnis**	**-24.615.865**	**578.677**	**20.720.068**	**43.670.848**	**50.232.899**	**52.800.595**	**53.292.600**	**48.564.450**
19	+ Finanzerträge	1.285.334	1.245.335	1.196.800	1.178.510	1.143.430	1.107.120	1.107.120	1.107.120
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	39.042.547	35.812.570	38.331.190	41.125.840	43.962.700	47.082.720	48.382.720	48.602.720
21	**= Finanzergebnis**	**-37.757.212**	**-34.567.235**	**-37.134.390**	**-39.947.330**	**-42.819.270**	**-45.975.600**	**-47.275.600**	**-47.495.600**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-62.373.077**	**-33.988.558**	**-16.414.322**	**3.723.518**	**7.413.629**	**6.824.995**	**6.017.000**	**1.068.850**
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0
25	**= Außerordentliches Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
26	**= Jahresergebnis**	**-62.373.077**	**-33.988.558**	**-16.414.322**	**3.723.518**	**7.413.629**	**6.824.995**	**6.017.000**	**1.068.850**
	Höhe des Eigenkapitals (Stand: 31.12) in Mio.	**-942**	**-976**	**-992**	**-989**	**-981**	**-974**	**-968**	**-967**
	zzgl. Verrechnungen § 43 Abs. 3 GemHVO 2013 in Mio.	*-84*							
	zzgl. Verrechnungen § 43 Abs. 3 GemHVO 2014 in Mio.	*-16*							
	zzgl. Verrechnungen § 43 Abs. 3 GemHVIO, Nachaktivierung in Mio.		*1*						
	Höhe des Eigenkapitals (Stand: 31.12) unter Berücksichtigung § 43 Abs. 3 GemHVO in Mio.	**-1042**	**-1076***	**-1.092**	**-1.089**	**-1.081**	**-1.074**	**-1.068**	**-1.067**

**Abweichung resultiert aus Rundungsdifferenzen*

Die Stadt Oberhausen ist verpflichtet, spätestens im Jahre 2021 ohne Mittel aus dem Stärkungspaktgesetz einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Die Teilnahme an diesem Prozess ist verpflichtend und wird von der Bezirksregierung umfassend überprüft. Sollte die Stadt Oberhausen nicht in der Lage sein, einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, der die vorgegebenen Ziele erreicht, ist die Landesregierung gesetzlich verpflichtet den sogenannten Sparkommissar zu entsenden, der den Rat außer Kraft setzt und seine Aufgaben übernimmt.

Der Rat der Stadt hat Ende 2012 einen Haushaltssanierungsplan aufgestellt. Er weist an zwei entscheidenden Wegmarken einen Ausgleich aus: Im Jahre 2017 soll der Haushalt mit Unterstützung des Landes ausgeglichen sein und spätestens im Jahre 2021 ohne weitere Unterstützung durch das Stärkungspaktgesetz.

4.5.2 Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Haushaltsentwicklung

Die bereits mit dem Jahresabschluss zum 31.12.2014 formulierten Aspekte gelten auch mit dem Jahresabschluss zum 31.12.2015 unverändert fort:

Während der Haushaltssanierungsplan (HSP) 2012 den Haushaltsausgleich (mit Stärkungspaktmitteln) noch für das Jahr 2016 ausweisen und einen ausgeglichenen Haushalt (ohne Stärkungspaktmittel) bis 2021 prognostizieren konnte, waren erstmalig mit dem HSP 2013 sowie in der Folge die HSP 2014 / 2015 Anpassungen notwendig, die wesentlich ihre Ursache in der Reduzierung der nach dem Stärkungspaktgesetz vorgesehenen Stärkungspaktmittel hatten. Dies führte in Folge zwar zu einer von der Bezirksregierung genehmigten Verschiebung des Haushaltsausgleiches auf das Jahr 2017, hatte jedoch keine Kurskorrektur in der Genehmigungsfähigkeit des HSP zur Folge.

So konnten seit dem HSP 2012 die im Stärkungspaktgesetz vorgeschriebenen Rahmenbedingungen eingehalten werden. Seit diesem Zeitpunkt verfügt die Stadt Oberhausen erstmalig seit 1993 über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept resp. genehmigten Haushaltssanierungsplan, mit der Konsequenz, ihre Haushaltssatzungen öffentlich bekanntmachen zu dürfen.

Mit dem HSP sind hohe Belastungen für Bürgerinnen und Bürger und Leistungseinschränkungen der Verwaltung und der städtischen Betriebe verbunden. Dennoch wurde mit dem Haushalt 2013 der aufgezeichnete Weg weiter gegangen und kommt somit der Gewinnung neuer Handlungs- und Zukunftsperspektiven einen Schritt näher. Für das Gelingen dieses schwierigen Prozesses sieht der Stadtkämmerer allerdings wesentliche Voraussetzungen, die gewährleistet sein müssen:

- Die vom Rat der Stadt beschlossenen Maßnahmen müssen umgesetzt werden, damit der HSP funktionieren kann. Dies ist nicht nur deshalb wichtig, weil sonst die Sanktionsmaßnahmen des Stärkungspaktgesetzes greifen und Fördermittel gestrichen und Handlungsmöglichkeiten durch den Haushaltsbeauftragten des Landes abgeschafft werden. Es ist auch notwendig, um die eigene Glaubwürdigkeit dem Land und den anderen Kommunen gegenüber zu erhalten und das Vertrauen des Kapitalmarktes zu sichern.

- Die Landesregierung muss sich als Partner erweisen, dem es trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelingt, die Stärkungspaktmittel zu gewährleisten. Nur wenn diese Unterstützung verlässlich über die folgenden Jahre erfolgt, kann die Akzeptanz aller Beteiligten – Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Sozialverbände, Vereine und Initiativen, Banken, Politik – sichergestellt werden. Ein Vertrauensverlust an dieser Stelle gefährdet den Haushaltssanierungsprozess noch mehr als der mögliche finanzielle Ausfall bei reduzierten Mitteln.

- Die Bundesregierung muss ihre gesellschaftliche Verantwortung für die hohen Soziallasten wahrnehmen und die Kommunen insbesondere im Bereich der Kosten für die Unterkunft von Langzeitarbeitslosen und bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung entlasten. Nur

so kann der schwierige Prozess gelingen, den die Stärkungspaktkommunen zu bewältigen haben. Insbesondere wenn die ökonomische Entwicklung sich verschlechtert und neuer Handlungsbedarf zur Stabilisierung des Haushaltes erforderlich ist, sind finanzielle Spielräume unentbehrlich.

- Die Genehmigungspraxis der Kommunalaufsicht muss sich weiterentwickeln und den eingeschlagenen Weg partnerschaftlicher Beratung verbessern. Wir brauchen einheitliche Grundlagen bei allen Bezirksregierungen und individuelle Berücksichtigung der Lage vor Ort. Es muss eine Flexibilität entwickelt werden, die bei der Umsetzung der Maßnahmen die langen Zeiträume der Planung berücksichtigt und den Ausgleich zwischen den beschlossenen Maßnahmen zulässt. Insbesondere muss sich die Kommunalaufsicht viel stärker als in der Vergangenheit mit der kommunalen Praxis befassen und die Stadt ganzheitlich betrachten.

- Am wenigsten lassen sich über einen langfristigen Zeitraum die wirtschaftliche Entwicklung, höchstrichterliche Entscheidungen, neue gesetzliche Verpflichtungen und ähnliche Probleme prognostizieren. Hier liegt die größte Unsicherheit für die Umsetzung des HSP und die größte Herausforderung für die gemeinsame Entwicklung von Lösungen zur Überwindung problematischer Entwicklungen. Nur der gemeinsame Wille von Stadt und Land zur Verbesserung der Finanzlage der Kommunen kann in schwieriger Lage zu Lösungen und zur Fortführung des Prozesses führen.

- Erhebliche Risiken bergen die nicht abschätzbaren Aufwendungen für Flüchtlinge. Sah der Haushaltsplan 2015 noch einen Ansatz von 4.740.230 EUR an Aufwendungen für Asylbewerber vor, so waren die Aufwendungen bis zum 31.12.2015 erheblich höher. Für das Jahr 2016 werden weiter steigende Aufwendungen erwartet. Diese zusätzlichen Belastungen können für das Jahr 2016 durch die veränderte Auszahlungspraxis der Landesmittel ausgeglichen werden, allerdings ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2017 und in den Folgejahren gefährdet, was eine besondere Herausforderung darstellt. Um diese Herausforderung zu meistern, muss die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge übernehmen. Diese Aufgabe kann nicht allein den Kommunen und den Ländern überlassen werden. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in der Verantwortung der Gesetzgebung und der Außenpolitik der Bundesregierung liegt.

Die Aufzählung dieser Voraussetzungen macht deutlich, dass für die Stadt Oberhausen bisher nur ein Schritt in die Richtung neuer Perspektiven gemacht wurde, ein mühsamer Weg dagegen noch vor ihr liegt. Nur wenn alle anpacken und mithelfen kann dieser Weg bewältigt werden.

Die auch in 2015 angestiegene Verschuldung der Stadt Oberhausen erhöht – wie in den Jahren zuvor auch – das latente Liquiditätsrisiko der Stadt. Die allgemeine Diskussion um die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte bewirkt, dass sich Banken zunehmend aus der Kommunalfinanzierung zurückziehen oder ihre hausinternen Kreditvergabelinien zu Ungunsten einzelner Städte reduzieren. Dies birgt die Gefahr, dass Banken möglicherweise hoch verschuldeten Kommunen in Zukunft Kredite versagen. Der Stadt Oberhausen ist es bislang gelungen, dem latenten Liquiditätsrisiko durch eine breite Basis an Kreditgebern und durch vermehrten Abschluss mittel- und langfristiger Zinsvereinbarungen zu begegnen.

4.6 Ziele und Kennzahlen

Gesetzliche Grundlage und Zielsetzung

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) sollen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des § 12 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) neben der eigentlichen Umstellung des Rechnungswesens, auch produktorientierte Ziele für die gemeindliche Aufgabenerfüllung sowie Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung bestimmt werden. Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.

Im Vergleich zu bisherigen Ansätzen ist die Steuerung mit Zielen und Kennzahlen ein verpflichtender, integraler und operativ messbarer Bestandteil dieses Steuerungsansatzes (Outputorientierung unter Beachtung des Ressourcenaufkommens und –verbrauchs). Über die Erreichung der Ziele ist den politischen Gremien zu berichten.

Das bisherige Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung war rein inputorientiert. Paradebeispiel hierzu ist der ehemals kamerale Haushalt, wo in größtmöglicher Detaillierung und vor allem verbindlich festgelegt wurde, wie viel Geld die Verwaltung ausgeben darf (Input). Dagegen wurden die konkret zu erbringenden Leistungen / Produkte (Output), die beabsichtigten Wirkungen und die letztlich verfolgten Ziele nur vereinzelt, unsystematisch oder vage (z. B. in Form eines Budgets für die „Stadtbücherei“) festgelegt.

Unter dem Begriff „Outputorientierung“ wird nunmehr der Ansatz zur Überwindung dieses Mangels diskutiert. Mit der Bereitstellung von Ressourcen (Input) soll nunmehr auch möglichst genau festgelegt werden, welche Leistungen / Produkte (Output), in welcher Zahl, mit welcher Qualität und zu welchen Kosten dafür erbracht werden sollen. Je mehr dies gelingt, umso unbedenklicher kann die Umstellung von der traditionellen Inputsteuerung auf eine ergebnisorientierte Vorgabe von Finanzzielen, also letztlich auf eine Budgetierung umgestellt werden.

Auf staatlicher Ebene hat diese Art der „Wirkungsanalyse“ bereits Einzug in die öffentliche Verwaltung gehalten. Beispielhaft genannt seien hier die Kriminalitätsstatistik, die versucht den Grad der erreichten öffentlichen Sicherheit darzustellen oder die „Pisa-Studien“, die versuchen den erzielten Bildungserfolg zu greifen.

Durch die Fokussierung auf eine wirkungsorientierte Steuerung soll erreicht werden, dass

- die Wirkung des politischen Handelns in den Vordergrund der Steuerung rückt,
- die Wirkung der Aufgabenwahrnehmung nicht nur im Nachgang kontrolliert wird, sondern die Grundlage für die Haushaltsplanung bildet,

- der Budgetbedarf von Aufgabenbereichen anhand der geplanten Wirkung bemessen wird und

- über Kennzahlen der Grad der Zielerreichung messbar wird.

Zielbildung

Als grundsätzliche Vorgaben bei der Zielbildung kommen verschiedene Faktoren, wie bspw. die allgemeinen Haushaltsgrundsätze, Auswertungen und Analysen der Vorjahre oder Planungen der kommenden Jahre, sowie insbesondere die Vorgaben des Haushaltssanierungsplans (HSP) in Betracht.

Sowohl allgemeine als auch spezielle Entwicklungen und Änderungen, demografischer, gesellschaftlicher, technischer, personeller, rechtlicher, organisatorischer und / oder politischer Art können Anlass für eine geänderte Zielvereinbarung sein.

Der Anstoß hierzu wird regelmäßig unmittelbar aus den politischen Gremien oder aus den Bereichen der Verwaltung von den jeweils Verantwortlichen für die Produkte / Produktgruppen und Produktbereiche kommen müssen.

Die Entwicklung neuer Ziele und Kennzahlen ist nur durch die Mitarbeit der politischen Gremien möglich.

Bei der Auswahl der in Frage kommenden Produkte ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob diese ein ausreichendes Maß an Steuerungsmöglichkeiten bieten und möglichst auch eine politische Relevanz entwickeln.

Die Auswahl der Produkte muss jeweils für ein Haushaltsjahr gelten. Die Produktauswahl ist grundsätzlich bei jeder neuen Aufstellung des Haushalts dahingehend zu überprüfen, ob sie noch zeitgemäß ist oder aktualisiert werden muss.

Umsetzung bei der Stadt Oberhausen

Die Ziele und Kennzahlen für das jeweilige nächste Haushaltsjahr sollen im Rahmen der Haushaltsanmeldungen mitgeteilt werden.

Neben der Formulierung der jeweiligen Ziele und der zur Messung der Zielerreichung erforderlichen zielorientierten Kennzahlen, werden, soweit vorhanden, auch produktbezogene statistische Kennzahlen abgebildet, z.B. Anzahl der Anträge. Dem Betrachter soll so ein Überblick über die im Produkt zu verrichtenden Tätigkeiten ermöglicht werden.

Im Haushaltsplan der Stadt Oberhausen wird bewusst auf die Abbildung von Teilergebnisplänen/Teilfinanzplänen auf der Ebene der Produkte und Produktgruppen verzichtet. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Erträge und Aufwendungen findet sich in der auf Produktebene geführten Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) wieder, die eine Ergänzung zum Haushaltsplan darstellt und eine genaue und im Rahmen des NKF völlig ausreichende Betrachtungsweise der relevanten Kostenarten ermöglicht. Auf dieser Ebene treffen die politisch verantwortlichen Gremien ihre finanzpolitischen Entscheidungen.

Durch die Vorlage der KLR in den jeweils zuständigen Fachausschüssen wird den Mitgliedern, durch die Vereinbarung und die Formulierung der Ziele und der dazu korrespondierenden Kennzahlen auf dieser Ebene, die entsprechende Steuerungsmöglichkeit gegeben. Neben den produktbezogenen Ziel- und Kennzahlenblättern in der KLR werden die zielorientierten Kennzahlen zusätzlich im Haushaltsplan produktbereichsweise in einer Übersicht abgebildet.

Darüber hinaus werden seit dem Haushaltsjahr 2010 in der KLR zu jedem Produkt die fünf Standardkennzahlen „Aufwandsdeckungsgrad“, „Personalaufwandsquote“, „Produktkosten je Einwohner“, „Personalkosten je Einwohner“ und „Zuschussbedarf je Einwohner“ abgebildet.

Die Standardkennzahlen in der Kosten- und Leistungsrechnung werden systemseitig automatisch generiert und stehen in direktem Bezug zu den produktbezogenen Erträgen und Aufwendungen. Ihre Ausweisung soll zunächst lediglich einen komprimierten Überblick über die Kostenentwicklung innerhalb des Produkts ermöglichen.

Die Kennzahl **„Aufwandsdeckungsgrad“** zeigt an, zu welchem Anteil die Aufwendungen durch die Erträge gedeckt werden können. Die **„Personalaufwandsquote**“ (Personalintensität) gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den Gesamtaufwendungen des Produkts ausmachen. Die „**Produktkosten je Einwohner“** stellen das Verhältnis der Aufwendungen zur Einwohnerzahl dar. Bei den **„Personalkosten je Einwohner“** werden die Personalkosten des jeweiligen Produktes ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gesetzt. Beim **„Zuschussbedarf je Einwohner“** erfolgt eine entsprechende Betrachtung des jeweiligen Produktergebnisses (Saldo aus Ertrag und Aufwand).

Nachfolgend wird der Erreichungsgrad einiger ausgewählter Ziele des Haushaltsjahres 2014 dargestellt.

4.7 Berichtswesen Ziele und Kennzahlen Haushaltsjahr 2015

Nach § 48 GemHVO sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen gem. § 12 GemHVO in den Lagebericht einbezogen werden, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind. Da der Großteil der von den Bereichen bislang vereinbarten Ziele und Kennzahlen sich auf die Qualität und Quantität der erstellten Leistungen bezieht, ist eine direkte Auswirkung auf den Haushalt der Gemeinde nicht gegeben. Daher werden an dieser Stelle nur die Produkte abgebildet deren Ziele und Kennzahlen bereits finanzwirtschaftliche Bezüge zum Inhalt haben. Bei der Weiterentwicklung des Ziel- und Kennzahlensystems sollen künftig vermehrt die finanzwirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund treten.

Bereich	Produkt	Beschreibung	Zielbeschreibung 2015	Kennzahl 2015	Plan 2015	Jahresergebnis 2015	Erläuterung
0-7	011301	Unbebaute Grundstücke	Halten der Pachterträge von städtischen Kleingartenanlagen	Pachterträge Kleingartenanlagen	157.250,00 €	157.239,68 €	Der Pachtzins konnte wie geplant vereinnahmt werden.
0-7	011301	Unbebaute Grundstücke	Vermarktung der verfügbaren Grundstücke des Immobilienportals sowie der Restgrundstücke im Bereich des Bebauungsplans 421 (An Kahlens Kuhle). Außerdem weitere Vermarktung von Erbbaugrundstücken sowie von Grundstücken aus dem Sportstättenpaket.	Verkaufserlöse durch Vermarktung	5.761.200,00 €	7.624.370,68 €	Da der Kapitalmarkt anhaltend günstige Konditionen für Erwerber bietet, konnten im Bereich des Bebauungsplans 655 (Landwehr) die geplanten Einnahmen erheblich überschritten werden. Weiterhin sind aus diesem Grund auch vermehrt Erbbaugrundstücke veräußert worden. Mit der Vermarktung im Bereich der Bebauungspläne 659 (Dinnendahlstraße) und 662 (Lilienthalstraße), die mit 1.177.700,00 EUR in der Planzahl enthalten ist, konnte noch nicht begonnen werden.
0-7	011301	Unbebaute Grundstücke	Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken (Entwicklungs-, Arrondierungs-. Kompensationsflächen)	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	250.000,00 €	514.647,26 €	Zusätzlicher Erwerb von Grundstücken im Hintergelände der Duisburger Straße (Drucksache Nr. B/16/1054-01, Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)
0-7	011302	Bebaute Grundstücke	Vermarktung der noch disponiblen städtischen Wohn- und Geschäftshäuser. In 2015 wird die Veräußerung des Objektes Finanz-/Wilhelmstraße angestrebt.	Verkaufserlöse durch Vermarktung	650.000,00 €	240.000,00 €	Der Verkauf Finanz-/Wilhelmstraße konnte in 2015 nicht realisiert werden. Die Ergebnis von 240.000,00 EUR resultiert aus der Veräußerung des Gebäudes Edmundstr. 24.

Bereich	Produkt	Beschreibung	Zielbeschreibung 2015	Kennzahl 2015	Plan 2015	Jahresergebnis 2015	Erläuterung
2-5	080104	Sportplatz-gebäude	Kostenreduzierung durch Schließung im Rahmen der geplanten Sportplatzkonzeption 2012 ff.	Schließung von Gebäuden	1 (Stück)	Keine	Ziel wurde im Jahr 2015 nicht erreicht. Grund hierfür ist die Verzögerung der Baumaßnahmen an der Lindnerstraße. Realisierung des Ziels erfolgt vermutlich Mitte 2016.
3-1	060402	Jugendarbeit/ Jugendschutz	Jährlich sollen ca. 5500 Kinder und Jugendliche von Jugendarbeit im Form der Teilnahme an Projekten, Maßnahmen und Aktionen erreicht werden. Die Kosten belaufen sich dabei auf ca. 2,5 Millionen Euro	Kosten der Maßnahmen	2.500.000,00 €	k.A.	Hierzu kann für das Jahr 2015 keine belastbare Aussage getätigt werden. Es ist jedoch geschätzt davon auszugehen, dass die formulierte Zielbeschreibung mindestens erreicht wurde. Im Rahmen der Evaluation zum Kinder- und Jugendförderplan ist aktuell ein neuer Wirksamkeitsdialog mit den freien Trägern der Jugendhilfe vereinbart worden. Dieser wird in diesem Jahr erstmals durchgeführt. Hierdurch wird der Bereich 3-1 zum ersten Mal in die Lage versetzt, entsprechendes Zahlenmaterial zu liefern, so dass für das Jahr 2016 belastbare Aussagen zu der benannten Zielbeschreibung gemacht werden können.
3-5	050101	Grund-sicherung für Arbeit-suchende	Die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (KDU) sollen gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2014 nicht um mehr als 5% überschritten werden	Kostenentwicklung KDU	5%	4,63%	Das Ziel wurde erreicht.
3-5	050101	Grund-sicherung für Arbeit-suchende	Die Aufwendungen für Wohnungsbeschaffungskosten, Kaution und Umzug sollen gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2014 nicht um mehr als 5% überschritten werden	Kostenentwicklung Wohnungsbeschaffung	5%	25,57%	Die Überschreitung der Zielvereinbarung ist auf einen Anstieg der Bedarfsgemeinschaften (BG) und einen Preisanstieg zurück zu führen. Der Anstieg bei den Kosten für Wohnungsbeschaffungskosten begründet sich durch ein Zuwachs in der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, u. a. (Anstieg um 2,5%). Bei den kostenintensiven Einzel BG´s war erneut ein Zuwachs zu verzeichnen. Diese generierten sich unter anderem aus bestehenden BG´s (Trennungen und Scheidungen, vermehrter Auszug aus dem elterlichen Haushalt, sowie Asyl/ Flüchtlinge); in der Regel mit erstmaliger Haushaltsgründung. Im Bereich der Wohnungs-beschaffung ist hinsichtlich des Jahresergebnisses folgendes zu berücksichtigen: Im Sommer 2015 wurde A2LL (Anwenderprogramm der Leistungsabteilungen) durch das Programm ALLEGRO abgelöst. Durch die Erfassung im System ALLEGRO ist eine Verschiebung der Kosten zwischen den Sachkonten 546115 und 546155 zu erkennen. Mit Einführung ALLEGRO wurden die Kosten in dem richtigen Konto dargestellt. Die Wohnungsbeschaffungskosten sind ausschließlich im Bereich der Darlehnsvergabe gestiegen, sodass auch langfristige Rückläufe dadurch generiert werden.

Bereich	Produkt	Beschreibung	Zielbeschreibung 2015	Kennzahl 2015	Plan 2015	Jahresergebnis 2015	Erläuterung
3-5	050101	Grund-sicherung für Arbeit-suchende	Die Aufwendungen für Erstausstattung für Wohnung, Hausgeräte sollen gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2014 nicht mehr als 5% überschritten werden	Kostenentwicklung Erstausstattung Wohn.	5%	8,40%	Der Anstieg bei den Kosten für die Erstausstattung von Wohnungen/ Haushaltsgeräten begründet sich durch einen Zuwachs in der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, u. a. (Anstieg um 2,5%). Bei den kostenintensiven Einzel BG´s war erneut ein Zuwachs zu verzeichnen. Diese generierten sich unter anderem aus bestehenden BG´s (Trennungen und Scheidungen, vermehrter Auszug aus dem elterlichen Haushalt, sowie Asyl/ Flüchtlinge); in der Regel mit erstmaliger Haushaltsgründung. Die Kosten für Erstausstattungen sind absolut um 97.000,- € gestiegen.
5-1	090201	Städtebaul. Sanierung u. Entwicklung/ Sonderprogramme	Vollständige Abwicklung der für das Haushaltsjahr 2015 zur Verfügung stehenden Finanzmittel für die Projektgebiete:a) Soziale Stadt - Innenstadt Alt - Oberhausenb) Soziale Stadt - Lirich	Projektabwicklung Innenstadt Alt - Ob.	100%	Einnahme: 100%Ausgabe: 39%	Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel für das Projekt wurden abgerufen, die vollständige Abwicklung wird in Folgejahren fortgesetzt.
				Projektabwicklung Lirich	100%	Einnahme: 71% Ausgabe: 63,5%	Die vollständige Abwicklung wird in Folgejahren fortgesetzt.
5-6	120101	Gemeinde-straßen und sonstige Verkehrs-flächen	Erzielung von KAG-Beiträgen in Höhe von 945.000 EUR bis zum 31.12.2015.	Erzielte KAG-Beiträge	100%	57%	Die Maßnahmen Bachstraße von Moosstraße bis Skagerrakstraße und Düppelstraße von Hermann-Albertz-Straße bis Grenzstraße mit einem umlagefähigen Aufwand von rund 370.000 EUR konnte in 2015 wegen einer unbesetzten Stelle keiner Beitragserhebung zugeführt werden. Die Beitragserhebung musste in das Jahr 2016 verschoben werden.
9-5	150401	Beteiligungen	Begleitung der Gesellschaften zur Erzielung von Gewinnausschüttungen und Sicherstellung des Informationsflusses an die Stadt: Realisierung von Gewinnausschüttungen der ASO gGmbH i.H.v. 50.000 EUR (HSP Maßnahme Nr. 134)	Gewinnausschüttung ASO gGmbH	50.000,00 €	50.000,00 €	Der Betrag wurde aus dem Jahresergebnis 2014 der ASO Alteneinrichtungen erbracht.

Bereich	Produkt	Beschreibung	Zielbeschreibung 2015	Kennzahl 2015	Plan 2015	Jahresergebnis 2015	Erläuterung
9-5	150401	Beteiligungen	Realisierung von Gewinnausschüttungen der OGM GmbH i.H.v. 500.000 EUR (HSP Maßnahme Nr. 138)	Gewinnausschüttung OGM GmbH	500.000,00 €	500.000,00 €	Sollstellung im Haushalt erfolgt, Gesellschafterbeschlüsse zur Reduzierung der Kapitalrücklage sind gefasst.
9-5	150401	Beteiligungen	Begleitung der Gesellschaften zur Reduzierung des städtischen Zuschusses und Sicherstellung des Informationsflusses an die Stadt: Reduzierung des städtischen Zuschusses an die TMO GmbH i.H.v. 14.000 EUR durch die Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit (HSP Maßnahme Nr. 23A)	Zuschussminderung TMO GmbH	-14.000,00 €	-14.000,00 €	Das Ziel wurde erreicht.
9-5	150401	Beteiligungen	Reduzierung des Finanzierungsbeitrages an die STOAG AG i.H.v. 4.025.000 EUR (HSP 126A)	Reduzierung des operativen Defizits STOAG AG	-4.025.000,00 €	-5.260.000,00 €	Reduzierung des Finanzierungsbetrages aufgrund des vorläufigen Jahresergebnisses der STOAG
9-5	150401	Beteiligungen	Reduzierung der städtischen Zuschüsse an ENO GmbH, WFO GmbH und TMO GmbH i.H.v. 150.000 EUR durch die Generierung von Einsparmöglichkeiten (HSP Maßnahme Nr. 132A)	Zuschussminderung ENO,WFO,TMO GmbH	-150.000,00 €	0,00 €	In 2015 konnte eine Zuschussreduzierung ohne Bestandsgefährdung der Gesellschaften nicht erfolgen. Ab 2016 wurde die Maßnahme mit Beschluss B/16/1288-01 aufgehoben.
9-5	150401	Beteiligungen	Reduzierung der städtischen Zuschusszahlung an die STOAG AG durch eine erhöhte Gewinnausschüttung der WBO GmbH (HSP Maßnahme Nr. 140)	Gewinnausschüttung WBO GmbH	1.605.000,00 €	2.223.600,00 €	Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2014 in 2015.

Bereich	Produkt	Beschreibung	Zielbeschreibung 2015	Kennzahl 2015	Plan 2015	Jahresergebnis 2015	Erläuterung
9-5	150401	Beteiligungen	Reduzierung der städtischen Zuschusszahlung an die STOAG AG durch eine erhöhte Gewinnausschüttung der EVO AG (HSP Maßnahme Nr. 141)	Gewinnausschüttung EVO AG	5.500.000,00 €	5.596.000,00 €	Die EVO AG führt ihren Gewinn an die FSO GmbH & Co. KG ab. Die FSO GmbH & Co. KG schüttet ihren eigenen Jahresüberschuss zusammen mit dem Gewinn der EVO AG zu 50 % an die STOAG aus. Die STOAG kann auf diese Weise für 2015 einen Gewinnanteil von 5.596.000 EUR vereinnahmen.

4.8 Organe und Mitgliedschaften

Nach § 95 Abs. 2 GO NRW sind am Schluss des Lageberichts für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates neben dem Vor- und Familiennamen anzugeben:

1. der ausgeübte Beruf
2. Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes
3. Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde öffentlich-rechtlicher oder privat rechtlicher Form
4. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Mandate der Dezernenten in städtischen Beteiligungen zum 31.12.2015

Schranz, Daniel

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
GMVA	Gesellschafterversammlung	Mitglied
OGM	Gesellschafterversammlung	Mitglied
VKA	Gesellschafterversammlung	
WBO	Gesellschafterversammlung	Mitglied
ENO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
evo	Aufsichtsrat	Mitglied
PBO	Aufsichtsrat	Vorsitzender (Mitglied gem. § 113 GO)
WFO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
SSO	Verwaltungsrat	1. stellv. Vorsitzender

Tsalastras, Apostolos

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
ENO	Gesellschafterversammlung	
Gasometer	Gesellschafterversammlung	
IKF	Gesellschafterversammlung	
LAH	Gesellschafterversammlung	
Lokalfunk	Gesellschafterversammlung	
Lokalfunk Verw. mbH	Gesellschafterversammlung	
TZU	Gesellschafterversammlung	
WFO	Gesellschafterversammlung	
ENO	Aufsichtsrat	Gast
PBO	Aufsichtsrat	Gast
STOAG	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
TMO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk e. V.	Mitgliedervertreterversammlung	
ecce GmbH	Kuratorium	Mitglied gem. § 113 GO
VRR	Verbandsversammlung	Mitglied gem. § 113 GO

Schmidt, Jürgen

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
VZO	Gesellschafterversammlung	
OGM	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Motschull, Frank

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
GMVA	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO
Revierpark	Verwaltungsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Münich, Elke

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Revierpark	Geschäftsführung	Geschäftsführerin
ASO gGmbH	Gesellschafterversammlung	
ASO Service	Gesellschafterversammlung	
BFO	Gesellschafterversammlung	
Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Vorsitzende

Lauxen, Sabine

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
GMVA	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied (gem. § 113 GO)
WBO	Aufsichtsrat	Mitglied gem. § 113 GO

Costecki, Britta

Kurzname (Mandatsfirma)	Hauptgremium	Funktion (HG)
Jobcenter Oberhausen	Beirat	Mitglied

Mitglieder des Rates der Stadt Oberhausen (zum 31.12.2015)

SPD-Fraktion

Albrecht-Mainz, Elia	**Ältestenrat**		1. stv. Vorsitzende
Dipl.-Kauffrau	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Vorsitzende
	Hauptausschuss		1. stv. Vorsitzende
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Unweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	AWO Oberhausen		Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bischoff, Jörg	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Fleischermeister	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied

	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Revierpark Vonderort	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bongers, Sonja	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Rechtsanwältin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Fraktionssprecherin
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Gesellschafter-versammlung	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bramorski, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Jugendbildungsreferent	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied

	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Lokale Agenda 21	Lenkungsgremium	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Brands, Beatriks	**Hauptausschuss**		Mitglied
Hausmeisterin	**Sozialausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Finanz- und Personalausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderungen		stellv. Vorsitzende
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
Brodrick, Helmut	**Kulturausschuss**		Mitglied
Betriebsratsvorsitzender	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Cordes, Hubert	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Konditormeister	**Gestaltungsbeirat**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Derksen, Rene	**Gestaltungsbeirat**		stellv. Mitglied
Arbeitsvermittler	**Kulturausschuss**		stellv. Vorsitzender
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dröhne, Manuel	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Student	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Emmerich, Karl-Heinz	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Informationselektroniker	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied

	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	Umlegungsausschuss		Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
Flore, Manfred	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Bezirksschornsteinfegermeister	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Vorsitzender (alternierend)
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Vorsitzender
	Rheinisch-Westfäl. Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW)	Gesellschafterver-sammlung	Mitglied
	Ruhrverband	Verbandsversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Große Brömer MdL, Wolfgang	**Ältestenrat**		Mitglied
Ltd. Gesamtschuldirektor	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
während des Mandats beurlaubt	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Schulausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	1. stellv. Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Vorsitzender
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Jacobs, Silke	**Planungsausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Kösling, Klaus	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Fraktionssprecher
kfm. Angestellter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Vorsitzender
	Hauptausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied

Krey, Thomas	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
stellv. Geschäftsführer	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeister Osterfeld	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Oberste-Kleinbeck, Kirsten	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Hausfrau	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecherin
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecherin
	Sozialausschuss		Vorsitzende
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		MItglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Radtke, Dorothee	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Kauffrau i. E.	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Bezirksbürgermeisterin Alt-OB	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Vorsitzende
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Projekt Team City	Beirat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Real, Ulrich	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektor	**Hauptausschuss**		Mitglied
Bezirksbürgermeister Sterkrade	**Jugendhilfeausschuss**		Fraktionssprecher
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Sahin, Bülent	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwissenschaftler	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Scheffler, Stefan	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Rechtsanwalt	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Werner, Yannah	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Rechtsreferendarin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied

	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
Wolter, Horst	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Industriekaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Zimkeit MdL, Stefan	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Dipl.-Sozialwissenschaftler	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher

	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

CDU-Fraktion

Bandel, Frank	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Landschaftspflege	**Planungsausschuss**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Verbandsversammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Benter, Christian	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Bennewa, Helmut	**Sozialausschuss**		Mitglied
Fachkraft für Logistik - Chemie	**Integrationsrat**		Mitglied
	Beirat für Menschen mit Behinderung		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Bürgermeister Broß, Klaus Dieter	**Ältestenrat**		2. stellv. Vorsitzender
Polizeibeamter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		2. stellv. Vorsitzender
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Fraktionssprecher

	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Sängerkreis Oberhausen		Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Dubbert, Karin	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Mitglied
Journalistin	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
Hausmann-Peters, Gundula	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Schulausschuss**		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied

	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Ingendoh, Holger	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Diplom-Bauingenieur	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH		Mitglied
	Umlegungsausschuss		stellv. Mitglied
Köhler, Hans-Jürgen	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Sparkassenbetriebswirt i.R.	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		stellv. Vorsitzender
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Lenz, Eugen	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbeleiter	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Seniorenbeirat		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Müthing, Christa	**Finanz- und Personalausschss**		Fraktionssprecherin
freiberufl. Vermietungstätigkeit	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied

	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		Vorsitzende
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Verbandsversammlung Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Vorstand	Mitglied
Nakot, Werner	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Kriminalbeamter	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Fraktionssprecher
	Umweltausschuss		stellv. Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		Vorsitzender
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Osmann, Denis	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Immobilienkaufmann	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Planungsausschuss		Fraktionssprecher
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender

	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e. V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
Rubin, Dirk	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		Vorsitzender
Dipl.-Sozialpädagoge	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Bildungseinrichtung Löwenzahn e. V.	Geschäftsführender Leiter	
	Kinderpädagogisches Institut	Gesellschafter	
	Landschaftsverband Rheinland	Landschaftsversammlung	Mitglied
	Löwenzahn Immobilien Agentur	Gesellschafter	
	Polizeibeirat		Fraktionssprecher
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Schmidt, Georgis	**Kulturausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Stehr, Simone Tatjana	**Gleichstellungsausschuss**		stellv. Mitglied
Studiendirektorin	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecherin
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied

	Schulausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Tscharke, Hans Josef	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschss**		Vorsitzender
Dienstleistungsverband der	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
Kirchengemeinden im Bistum	**Jugendhilfeausschuss**		stellv. Mitglied
Essen (KöR)	**Kulturausschuss**		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecher
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	Arbeit und Leben DGB/VHS		Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzender
Tüzün, Saadettin	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied
Projektmanager, Dipl.-Ing.	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Integrationsrat		Fraktionssprecher
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Willing-Spielmann, Ulrike	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Dipl.-Sozialarbeiterin	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Fraktionssprecherin
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Vorsitzende
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Wissing, Matthias	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Assessor juris	**Finanz- und Personalausschss**		Mitglied

	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Revierpark Vonderort GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
Wolter, Marita	**Finanz- und Personalausschss**		stellv. Mitglied
Lehrerin (Altersteilzeit) Ruhephase	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Vorsitzende
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Vorsitzende
	Seniorenbeirat		Fraktionssprecherin
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V.	Mitgliedervertreter-versammlung	Mitglied

Fraktion DIE GRÜNEN

Axt, Norbert	**Hauptausschuss**		Mitglied
Lehrer	**Sportausschuss**		Mitglied
	Umweltausschuss		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	stellv. Mitglied
	Emschergenossenschaft	Genossenschafts-versammlung	Mitglied
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	stellv. Mitglied
Blanke, Andreas	**Beirat für Menschen mit Behinderungen**		stellv. Mitglied
Werbekaufmann	**Finanz- und Personalausschuss**		Fraktionssprecher
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Fraktionssprecher
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Vorsitzende
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Vorsitzende
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Gödderz, Sandra	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Lehrerin	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		Fraktionssprecher

	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Fraktionssprecher
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Bürgermeisterin Opitz, Stefanie	**Gleichstellungsausschuss**		Mitglied
Erzieherin	**Integrationsrat**		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Fraktionssprecherin
	Ältestenrat		3. stellv. Vorsitzende
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Jobcenter Oberhausen	Trägerversammlung	stellv. Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
Wittmann, Regina	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Dipl.-Ing. Architektin	**Hauptausschuss**		Fraktionssprecherin
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied

	Umweltausschuss		stellv. Mitglied
	Gestaltungsbeirat		Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Regionaler/Gemeinsamer Flächennutzungsplan	verfahrensbegl. Ausschuss	Mitglied
	Regionalverband Ruhr (RVR)	Verbandsversammlung	Mitglied

Die Linke.Liste-Fraktion

Diepenbrock, Ingrid	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Vorsitzende
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied
Goeke, Martin	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
Politikwisssenschaftler	**Hauptausschuss**		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Sportausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Mitglied
Koch, Lühr	**Integrationsrat**		Mitglied
Rentner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Vorsitzender
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Aufsichtsrat	Mitglied
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Karacelik, Yusuf	**Ältestenrat**		Mitglied
KFZ-Mechaniker	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Marx, Petra	**Ältestenrat**		stellv. Mitglied
Dipl.-Pädagogin	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		stellv. Mitglied

	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

BOB-Fraktion

Bruckhoff, Peter	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
Techniker	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Vorsitzender
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Wahlprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Mellis, Karl-Heinz	**Ältestenrat**		Mitglied
Dipl.-Ing. Architekt, Prokurist	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Planungsausschuss		Vorsitzender
	Gestaltungsbeirat		Mitglied
	Wahlausschuss		Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Nowak, Werner	**Rechnungsprüfungsausschuss**		Mitglied
Techniker	**Wahlprüfungsausschuss**		Mitglied
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied

Bürgerliste Oberhausen-Gruppe

Walther, Andrea-Cora	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
selbstständige Steuerberaterin	**Hauptausschuss**		stellv. Mitglied
	Integrationsrat		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Ältestenrat		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	stellv. Mitglied
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	stellv. Mitglied
Karschti, Albert	**Ältestenrat**		Mitglied
Dipl.-Ing. i. R.	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
	Umweltausschuss		Mitglied

FDP - Gruppe

Boos, Regina	**Ältestenrat**		Mitglied
Augenoptikermeisterin	**Finanz- und Personalausschuss**		stellv. Mitglied
	Gleichstellungsausschuss		Mitglied
	Hauptausschuss		stellv. Mitglied
	Planungsausschuss		stellv. Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		Mitglied
	Schulausschuss		Mitglied
	Jugendhilfeausschuss		Mitglied
	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	Aufsichtsrat	Mitglied
	Polizeibeirat		stellv. Mitglied
	TMO Tourismus und Marketing Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Runkler, Hans-Otto	**Ältestenrat**		Mitglied
Geschäftsführer	**Finanz- und Personalausschuss**		Mitglied
	Hauptausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Krankenhausausschuss 4	Ausschuss des LVR	Mitglied
	Landschaftsverband Rheinland (LVR)	Landschaftsversammlung	Mitglied
	LVR-InfoKom	Betriebsausschuss	Mitglied
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Rheinland Kultur gmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Sozial- und Kulturstiftung des LVR	Vorstand	Mitglied

	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	2. stellv. Vorsitzender
	STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender

Ausgeschiedene Ratsmitglieder 2015

Schranz, Daniel M. A.	**Ältestenrat**	15.10.04 – 06.10.2015	Fraktionssprecher
Landesbeauftragter	**Hauptausschuss**	30.06.14 - 06.10.2015	Fraktionssprecher
Bildungswerkleiter	**Kulturausschuss**	15.10.04 – 06.10.2015	Vorsitzender
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	Aufsichtsrat	Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
	Stadtsparkasse Oberhausen	Verwaltungsrat	stellv. Vorsitzender
	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Vorsitzender
Hans-Bernd Lösken	**Jugendhilfeausschuss**		Mitglied
	Sportausschuss		Mitglied
ausgeschieden am	**Integrationsrat**		Mitglied
09.02.2015	**Beirat für Menschen mit Behinderung**		Mitglied
	Sozialausschuss		Mitglied
	Rechnungsprüfungsausschuss		stellv. Mitglied
	Sozialausschuss		stellv. Mitglied
	Kulturausschuss		stellv. Mitglied
	Schulausschuss		stellv. Mitglied
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH		stellv. Mitglied
	ASO Alteneinrichtungen Oberhausen		stellv. Mitglied
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen		stellv. Mitglied
Klaus Wehling	**Ältestenrat**		Vorsitzender
	Hauptausschuss		Vorsitzender
	Stadtwerke Oberhausen GmbH (StOAG)	Aufsichtsrat	Vorsitzender
	Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)	Aufsichtsrat	Vorsitzender

		Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH (ENO)	Aufsichtsrat	Vorsitzender
		Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (PBO	Aufsichtsrat	Vorsitzender
		Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)	Gesellschafter-versammlung	
		Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)	Aufsichtsrat	
		Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)	Gesellschafter-versammlung	
		Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO)	Gesellschafter-versammlung	
		Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH (TZU)	Gesellschafter-versammlung	
		Verband der kommunalen RWEAktionäre GmbH (VkA)	Gesellschafter-versammlung	
		Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)	Gesellschafter-versammlung	
		RWE AG / RWE Deutschland	Beirat/Aufsichtsrat	
		Deutsche Städte Medien (DSM)	Beirat	
		Emscher Genossenschaft (EG)	Genossenschaftsrat	
		Emscher Gesellschaft für Wassertechnik mbH	Beirat	
		Wirtschaftsförderung Metropoleruhr (WMR)	Aufsichtsrat	Vorsitz
		KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH	Aufsichtsrat	
		Stadtsparkasse Oberhausen (SSO)	Beamter	
Erkens, Daniel		IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
19.10.15	09.11.15	Theater Oberhausen	Betriebsausschuss	Mitglied

5. Ergebnisrechnung 2015

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
		2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01	Steuern und ähnliche Abgaben	211.024.107,24	240.554.360	240.554.360	233.485.973,63	7.068.386-	2,9-
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	256.076.259,40	285.472.720	285.472.720	279.649.122,67	5.823.597-	2,0-
03	+ Sonstige Transfererträge	3.233.306,80	2.927.180	2.927.180	3.448.946,48	521.766	17,8
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	97.588.927,89	95.817.030	95.817.030	96.133.699,25	316.669	0,3
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.085.038,14	6.283.430	6.283.430	5.788.080,21	495.350-	7,9-
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	55.512.167,03	52.439.270	52.439.270	69.618.321,62	17.179.052	32,8
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	27.481.611,84	25.231.960	25.231.960	26.195.649,96	963.690	3,8
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**= Ordentliche Erträge**	657.001.418,34	708.725.950	708.725.950	714.319.793,82	5.593.844	0,8
11	- Personalaufwendungen	128.537.201,40	119.429.030	119.429.030	131.174.415,18	11.745.385	9,8
12	- Versorgungsaufwendungen	20.977.686,68	24.247.970	24.247.970	16.972.654,98	7.275.315-	30,0-
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	142.673.386,64	147.841.330	147.841.330	150.352.420,38	2.511.090	1,7
14	- Bilanzielle Abschreibungen	48.838.974,73	46.900.860	46.900.860	46.817.462,93	83.397-	0,2-
15	- Transferaufwendungen	238.091.866,27	251.581.420	251.581.420	262.320.194,06	10.738.774	4,3
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	102.498.167,22	101.417.890	101.417.890	106.103.969,15	4.686.079	4,6
17	**= Ordentliche Aufwendungen**	681.617.282,94	691.418.500	691.418.500	713.741.116,68	22.322.617	3,2
18	**= ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	24.615.864,60-	17.307.450	17.307.450	578.677,14	16.728.773-	96,7-
19	+ Finanzerträge	1.285.334,37	1.246.920	1.246.920	1.245.335,49	1.585-	0,1-
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	39.042.546,60	45.356.790	45.356.790	35.812.570,41	9.544.220-	21,0-
21	**= Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	37.757.212,23-	44.109.870-	44.109.870-	34.567.234,92-	9.542.635	21,6-
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 18 und 21)**	62.373.076,83-	26.802.420-	26.802.420-	33.988.557,78-	7.186.138-	26,8
23	+ Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	**= Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)**	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**= Jahresergebnis (=Zeilen 22 und 25)**	62.373.076,83-	26.802.420-	26.802.420-	33.988.557,78-	7.186.138-	26,8

Ertrags- und Aufwandsarten		Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz (€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
		2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage							
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	0,00	0	0	481.392,62	0	-
28	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
29	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögens-gegenständen	79.489,51	0	0	66.988,00	0	-
30	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	16.001.522,90	0	0	226.586,57	0	-
31	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 27 bis 30)**	16.081.012,41-	0	0	187.818,05	0	-

Der unter Pkt. 4.12 in der Bilanz ausgewiesene Betrag i.H.v. 869.239,24 EUR berücksichtigt neben dem Verrechnungssaldo (187.818,05 EUR) auch die Nachaktivierung eines Gebäudes (681.421,19 EUR). Letztere findet keinen Niederschlag in den nachrichtlich aufgeführten Verrechnungen von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage in der Ergebnisrechnung.

5.1 Erträge

5.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
240.554.360,00 €	233.485.973,63 €	-7.068.386,37 €	-2,9

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	401200	Grundsteuer B	43.368.850,00	41.664.998,23	-1.703.851,77	Die Zuwächse der Grundsteuer durch Neubaufertig-stellungen liegen in Oberhausen unter den Orientierungsdaten des Landes, die bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes berücksichtigt wurden.
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	401300	Gewerbesteuer	90.000.000,00	81.541.047,96	-8.458.952,04	Gegenüber den Vorjahren sind in einer erhöhten Anzahl von Steuerfällen Gewerbesteuermessbescheide von den Finanzämtern erlassen worden, in denen die Veranlagungen und infolgedessen auch die Forderungszugänge in den Vorjahren zu korrigieren waren.
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	402100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	78.259.220,00	78.836.720,80	577.500,80	Mehrertrag gemäß endgültiger Berechnungen des Landes NRW.
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	402200	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	10.639.250,00	11.556.002,34	916.752,34	Mehrertrag gemäß endgültiger Berechnungen des Landes NRW.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	403120	Sonstige Vergnügungssteuer	5.581.250,00	5.710.797,42	129.547,42	Der Haushaltsansatz konnte trotz leicht sinkender Anzahl von Geldspielgeräten übertroffen werden.
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	403200	Hundesteuer	1.500.000,00	1.653.600,13	153.600,13	Die Steigerung der Erträge ist mit der zunehmenden Anzahl der im Stadtgebiet Oberhausen gehaltenen und steuerpflichtigen Hunde zu begründen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der steuerpflichtigen Hunde um rund 300 auf insgesamt 11.400 gestiegen.
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	405100	Kompensationszahl. (Familienleist.ausgl.)	7.966.090,00	7.913.613,96	-52.476,04	Geringere Kompensationsleistungen an die Stadt Oberhausen gemäß Bescheid der Bezirksregierung vom 08.04.2015
110016010100	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	405200	Leist. w. Umsetz. Grunds. Arbeitssuch.	3.000.000,00	4.353.842,73	1.353.842,73	Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben gemäß Bescheid der Bezirksregierung vom 18.11.2015

5.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
285.472.720,00 €	279.649.122,67 €	-5.823.597,33 €	-2,0

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003010100	Grundschulen bis 2015	414100	Zuweisungen vom Land	3.850.000,00	4.458.257,81	608.257,81	Generell höhere Zuweisungen vom Land für offene Ganztagsschulen, zusätzliche Zuweisung für Flüchtlingskinder
140003010200	Hauptschulen bis 2015	414100	Zuweisungen vom Land	260.000,00	141.400,00	-118.600,00	Verringerung durch Schulschließungen
140003010400	Gymnasien bis 2015	414100	Zuweisungen vom Land	260.000,00	475.537,50	215.537,50	Aufbau gebundener Ganztag, höhere Zuweisungen
140003010500	Förderschulen bis 2015	414100	Zuweisungen vom Land	271.360,00	193.686,64	-77.673,36	Verringerung durch Schulschließungen
310006010101	Betriebsführung	414150	Zuweisungen vom Land - Personalkosten	2.970.930,00	3.044.330,12	73.400,12	incl. Verfügungspauschalen, Gesetzesänderung, konnte bei der Planung noch nicht berücksichtigt werden
310006010101	Betriebsführung	414200	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde-verbänden	18.743.150,00	16.030.656,08	-2.712.493,92	Kita-Ausbau konnte nicht wie geplant umgesetzt werden daher weniger Plätze als geplant und somit auch weniger Zuschüsse zu den Betriebskosten als geplant
310006010102	Integrationsarbeit	414200	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde-verbänden	5.000,00	142.414,00	137.414,00	Aufwendungen für die Sprachförderung Delfin 4, Zuwendungen des Landes erfolgten bereits im Jahr 2014 auch für das Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016, entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden gebildet.
310006010107	U3-Maßnahmen freier Träger	413201	Allgemeine Zuweisungen von Gemeinden/Gemeindeverbänden - U3-Maßnahmen freier Träger	250.000,00	4.500,00	-245.500,00	Umsetzung Investitionskostenzuschüsse U3-Ausbau, durchlaufende Gelder, siehe Kostenart 521152

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
310006010190	Kindergärten	414150	Zuweisungen vom Land - Personalkosten	0,00	466.724,52	466.724,52	Förderung der Inklusion in Kitas, Personalkosten, Zuwendungen sind in Zukunft unter dem Auftrag 310006010105 zu vereinnahmen
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds.Arbeits. (bis 2015	419100	Erst.v.PK_SK_gE .GrdSichArbSuch	4.300.000,00	0,00	-4.300.000,00	Es handelte sich um die Umbuchung der Erstattung von Personalkosten des Jobcenters an die Stadt (refinanzierte Personalkosten). Diese waren unter Kostenart 448350 zu führen.
320005020404	BIWAQ (bis 2015)	414000	Zuweisungen vom Bund	0,00	234.011,63	234.011,63	Das Projekt BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanungen für das Jahr 2015 noch nicht bekannt. Die Maßnahme startete 2015 außerplanmäßig. Die Fördermittel wurden als durchlaufende Posten unter dem Auftrag 320005020404, Kostenart 531800 in gleicher Höhe an die Maßnahmeträger weitergeleitet.
320005030400	Hilfe f. Asylbewerber (bis 2015)	414100	Zuweisungen vom Land	205.000,00	809.504,46	604.504,46	Die Landeszuweisungen sind aufgrund der Entwicklung im Flüchtlingswesen unkalkulierbar.
320005040400	Hilfe f. Kriegsopfer u. Schwerbeh. (b15)	414200	Zuweisungen von Gemeinden und Gemeinde-verbänden	335.160,00	250.509,13	-84.650,87	Delegationsaufgabe - Mittelzuweisung erfolgte vom Landschaftsverband Rheinland (LVR); nicht verausgabte Mittel mussten zurückgezahlt werden
320006030300	Jugendgeri., Drogenberatg., Adoption(b15)	414100	Zuweisungen vom Land	89.600,00	0,00	-89.600,00	Siehe 414150. Der Betrag hätte unter 414150 geplant werden müssen, da es sich um Zuwendungen zu den Personalkosten handelt.
320006030300	Jugendgeri., Drogenberatg., Adoption(b15)	414150	Zuweisungen vom Land - Personalkosten	0,00	89.600,00	89.600,00	Siehe Kostenart 414100
320006040200	Jugendarbeit/ Jugendschutz (bis 2015)	414100	Zuweisungen vom Land	7.670,00	390.324,00	382.654,00	Für die Schulsozialarbeit wurde in 2015 eine nicht geplante Zuwendung von 911.978,00 EUR gewährt, über 531.987,00 EUR wurde eine passive Rechnungsabgrenzung gebildet.
320006040201	Koordinierungsst. Übergang Schule/B. (b15)	414100	Zuweisungen vom Land	14.630,00	83.250,00	68.620,00	Die Abweichung resultiert aus einer kurzfristig festgelegten Ausschreibung von Potentialanalysen durch die Landesregierung, wodurch die Erträge höher ausgefallen sind als sie geplant waren.
320006040202	Jugend stärken im Quartier (b2015)	414000	Zuweisungen vom Bund	200.000,00	0,00	-200.000,00	Die Zuwendungen können erst in 2016 abgerufen werden.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
540009020158	Lirich - soziale Stadt	414000	Zuweisungen vom Bund	413.610,00	192.670,00	-220.940,00	Ein entsprechender Mittelabruf für das Projekt "Wohnpark Bebelstraße" musste bereits im Jahr 2014 erfolgen, da diese Mittel ansonsten verfallen wären. Eine Planungskorrektur für das Jahr 2015 konnte nicht mehr erfolgen. Insoweit konnten im Haushaltsjahr 2015 nur noch die entsprechenden Restmittel abgerufen werden.
540009020158	Lirich - soziale Stadt	414100	Zuweisungen vom Land	550.960,00	241.918,00	-309.042,00	Ein entsprechender Mittelabruf für das Projekt "Wohnpark Bebelstraße" musste bereits im Jahr 2014 erfolgen, da diese Mittel ansonsten verfallen wären. Eine Planungskorrektur für das Jahr 2015 konnte nicht mehr erfolgen. Insoweit konnten im Haushaltsjahr 2015 nur noch die entsprechenden Restmittel abgerufen werden.
540009020161	Masterplan Innenstadt	414000	Zuweisungen vom Bund	358.530,00	206.794,00	-151.736,00	Gesamterträge Bund/Land 1.030.454 EUR, davon 607.060 EUR planmäßige Erträge für das Teilprojekt Haus der Jugend, Restbetrag bezieht sich auf abzurufende Mittel gemäß Bewilligungsbescheid für die Teilprojekte Fassadenprogramm und Verfügungsfond.
540009020161	Masterplan Innenstadt	414100	Zuweisungen vom Land	380.530,00	823.660,00	443.130,00	Gesamterträge Bund/Land 1.030.454 EUR, davon 607.060 EUR planmäßige Erträge für das Teilprojekt Haus der Jugend, Restbetrag bezieht sich auf abzurufende Mittel gemäß Bewilligungsbescheid für die Teilprojekte Fassadenprogramm und Verfügungsfond.
540009020171	Aktives Ortsteil Zentrum Sterkrade	414000	Zuweisungen vom Bund	112.000,00	35.100,00	-76.900,00	Die abgerufenen Erträge beziehen sich auf die Kassenwirksamkeit der konkreten Bewilligungsbescheide.
540009020171	Aktives Ortsteil Zentrum Sterkrade	414100	Zuweisungen vom Land	112.000,00	35.000,00	-77.000,00	Die abgerufenen Erträge beziehen sich auf die Kassenwirksamkeit der konkreten Bewilligungsbescheide.
540009020190	Städtebaul. Sanierg. u. Entwicklg.	414000	Zuweisungen vom Bund	53.200,00	0,00	-53.200,00	Verschiebung der Teilprojekte Modernisierungsmaßnahmen/Quartiersarchitekt und Klimarelevante Grünstrukturen nach 2016.
540009020190	Städtebaul. Sanierg. u. Entwicklg.	414100	Zuweisungen vom Land	53.200,00	0,00	-53.200,00	Verschiebung der Teilprojekte Modernisierungsmaßnahmen/Quartiersarchitekt und Klimarelevante Grünstrukturen nach 2016.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010600	ÖPNV Neubau und Unterhaltung	414100	Zuweisungen vom Land	187.980,00	22.978,05	-165.001,95	Aufgabenträgerpauschale des VRR (ein Betrag in Höhe von ca. 165.000 EUR wurde umgebucht und investiv abgebildet, analoge Ein-/Auszahlungen bei Finanzstelle 5600120108400, siehe auch Kostenart 522100.
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	414100	Zuweisungen vom Land	250.000,00	-1.325,90	-251.325,90	Es wurden im Jahr 2015 insgesamt 247.675 EUR vereinnahmt. Da die Einrichtung der Stadtbibliothek Sterkrade über die Nutzungsentgelte abgewickelt wurde, wurde die Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens für Investitionskostenzuschüsse aus 2015 notwendig. Somit kann in den Jahren 2016 bis 2026 jeweils 10% der Fördersumme im Rahmen einer Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus Investitionskostenzuschüssen 2015 erfolgen.
880004030100	Ludwig Galerie, Schloß Oberhausen	414800	Zuschüsse von übrigen Bereichen	51.000,00	150.809,16	99.809,16	Es konnten im laufenden Haushalt 2015 noch zusätzlich diverse Drittmittel eingeworben werden, insgesamt: 99.809,16 EUR.
890004040107	Grundbildung, Schulabschlüsse (b. 2015)	414100	Zuweisungen vom Land	94.800,00	26.561,61	-68.238,39	Fehlerhaft geplante Aufteilung der refinanzierten Personalkostenerstattung. Mittel des Weiterbildungsgesetzes (siehe Kostenart 414150)
890004040107	Grundbildung, Schulabschlüsse (b. 2015)	414150	Zuweisungen vom Land - Personalkosten	0,00	76.310,63	76.310,63	Fehlerhaft geplante Aufteilung der refinanzierten Personalkostenerstattung. Mittel des Weiterbildungsgesetzes (siehe Kostenart 414100)
890004040107	Grundbildung, Schulabschlüsse (b. 2015)	414800	Zuschüsse von übrigen Bereichen	23.000,00	81.959,25	58.959,25	In 2015 zusätzlich bewilligte Mittel des Europäischen Sozialfonds in Höhe von 55.099 EUR
890004040190	Bild.-Angeb.i.R.d. WeiterbildG (b. 2015)	414100	Zuweisungen vom Land	112.100,00	166.978,62	54.878,62	Fehlerhaft geplante Aufteilung der refinanzierten Personalkostenerstattung. Mittel des Weiterbildungsgesetzes (siehe Kostenart 414150)
890004040190	Bild.-Angeb.i.R.d. WeiterbildG (b. 2015)	414150	Zuweisungen vom Land - Personalkosten	359.100,00	304.223,50	-54.876,50	Fehlerhaft geplante Aufteilung der refinanzierten Personalkostenerstattung. Mittel des Weiterbildungsgesetzes (siehe Kostenart 414100)
div.	div.	416110	Ertr. a. Auflös. v. SoPo a. Zuw. v. Land	14.840.830,00	14.914.698,58	73.868,58	Erhöhte Erträge aus der Auflösung von Sonderposten des Landes als geplant.
div.	div.	416130	Ertr. a. Aufl. v. SoPo a. Zuw. Zweckver.	0,00	60.938,00	60.938,00	Erhöhte Erträge aus der Auflösung von Sonderposten als geplant.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
div.	div.	416170	Ertr. a. Aufl. v. SoPo a. Zusch. priv.U.	952.600,00	716.401,99	-236.198,01	geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten privater Unternehmen als geplant.
div.	div.	416180	Ertr. a. Auflös. v.SoPo a. Zusch. /übr. Ber.	448.090,00	273.236,48	-174.853,52	geringere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten Übriger Bereich als geplant.

5.1.3 Sonstige Transfererträge

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
2.927.180,00 €	3.448.946,48 €	521.766,48 €	17,8

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005020201	Grundsicher., Dauer erwerbsgem. a.v.E.	421120	Leist. v. Soz.leist.trägern (o.Pflegev.)	17.500,00	98.401,57	80.901,57	Höhere Erstattungen vorrangig verpflichteter Leistungsträger
320005020202	Grundsicher., ab Altersgrenze a.v.E.	421120	Leist. v. Soz.leist.trägern (o.Pflegev.)	17.500,00	75.801,14	58.301,14	Höhere Erstattungen vorrangig verpflichteter Leistungsträger
320005020204	Grundsicher., ab Altersgrenze i.v.E.	421121	Leist. v. Soz.leist.trägern (o.Pflegev.)	130,00	65.189,72	65.059,72	Einmalige Sondereinnahme - Streitbeilegung mit den Krankenkassen zur Höhe der Beiträge zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung mit Erstattungen der Krankenkassen
320005030200	Wirtschaftl.Hilfe f.Asylbew.(bis 2015)	421120	Leist. v. Soz.leist.trägern (o.Pflegev.)	0,00	68.939,88	68.939,88	Falsche Kostenart bebucht. Änderung ab 2016.
320005040100	Hilfe zur Pflege	421110	Überg.UHansprüche g.bürg.rechtl.UHverpfl	300.000,00	401.964,91	101.964,91	Mehrerträge durch forcierte Prüfung selbständiger Unterhaltspflichtiger

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006031000	Amtsvormundsch., -pflegsch.,-beist.(b15)	421110	Überg.UHansprüche g.bürg. rechtl.UHverpfl	575.000,00	257.029,16	-317.970,84	Durch erhebliche Vakanzen bzw. noch einzuarbeitende Mitarbeiter im Aufgabengebiet konnte die Unterhaltsheranziehung nicht in erforderlichem Maße betrieben werden. Im Vordergrund der Arbeit stand die Leistungsgewährung.
320006031000	Amtsvormundsch., -pflegsch.,-beist.(b15)	421140	Rückzahlung gewährter Hilfe	50.000,00	187.340,62	137.340,62	Rückzahlungen durch unterbliebene Mitteilungen der Hilfeempfänger, Höhe nicht exakt vorhersehbar
320006040104	Inobh.-Nahme,fam.ers.+-unterst.Hilf(b15)	422110	Überg. Unterh. anspr. g. bürg.-r. UnterhV	770.000,00	842.366,98	72.366,98	Hier werden alle zu fordernden Kostenbeiträge bei Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahmen gebucht. Darunter fallen auch auf Grund von Erstattungsansprüchen geltend gemachte Kindergeldzahlungen durch die Familienkassen. Im Jahr 2015 wurde das Kindergeld erhöht, was eine unmittelbare Steigerung der Erträge bedeutete. Darüber hinaus stieg im Bereich der stationären Hilfen auch die Anzahl der Fälle, in denen Erträge generiert werden konnten.
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	422120	Leist. v. Soz.leist. trägern (o.Pflegev.)	90.000,00	233.590,63	143.590,63	Hier werden sämtliche Leistungen von Sozialleistungsträgern im Rahmen von Hilfen für junge Volljährige vereinnahmt. Gerade im Bereich der jungen Volljährigen konnten längere Laufzeiten der Hilfen verzeichnet werden, so dass die Anzahl der stationären Fälle insgesamt gegenüber den Vorjahren gestiegen ist. Mehr stationäre Fälle bedeuten automatisch auch mehr Fälle, in denen überhaupt Erträge erzielt werden können. Der Ansatz wird aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre ermittelt, ist jedoch nicht passgenau planbar, da die Erträge immer von der Besonderheit der Einzelfälle abhängen.

5.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
95.817.030,00 €	96.133.699,25 €	316.669,25 €	0,3

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110011020200	Abfallbeseitigung	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	28.407.940,00	25.940.849,97	-2.467.090,03	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011020200	Abfallbeseitigung	438130	Ertr. Aufl. SoPo Gebührenausgl. Abfallb.	749.530,00	102.270,00	-647.260,00	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasserbeseitigung	432132	Benutzungs-gebühr - Schmutzwasser	25.383.330,00	25.514.664,79	131.334,79	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasserbeseitigung	432133	Benutzungs-gebühr – Niederschlags-wasser	12.677.930,00	13.683.615,01	1.005.685,01	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasserbeseitigung	437100	Ertr. a. d. Auflös. v. SoPo für Beiträge	0,00	997.781,94	997.781,94	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasserbeseitigung	438120	Ertr. Aufl. SoPo Gebührenausgl. Abwasser	88.930,00	0,00	-88.930,00	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110012050100	Straßenreinigung	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	3.469.710,00	3.727.233,67	257.523,67	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110012050100	Straßenreinigung	438110	Ertr. Aufl. SoPo Gebührenausgl. Straßenr.	71.800,00	-12.940,00	-84.740,00	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
140003010100	Grundschulen bis 2015	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	1.910.500,00	1.168.392,90	-742.107,10	Differenz wegen Transferleistungsbeziehern im OGS, Stadt trägt die Kosten
240002120100	Aufenth.-Regelg./ Allgem.Ausl.-Angelegenh	431100	Verwaltungs-gebühren	250.000,00	171.269,80	-78.730,20	Es wurden vermehrt Aufenthaltstitel an Empfänger von öffentlichen Leistungen erteilt, die nach der Aufenthaltsverordnung von den Gebühren befreit sind. Hinzu kommt, dass seit Mitte 2014 der Gebührenrahmen für türkische Staatsangehörige reduziert wurde ("Verschlimmerungsverbot")
310006010190	Kindergärten	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	3.900.000,00	4.534.331,70	634.331,70	Mehr Plätze in Kitas und Tagespflege, Mehreinnahmen auch durch besser verdienende Eltern und damit verbundene höhere Elternbeiträge.
400001150101	Internationale Begegnungen	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	51.500,00	900,00	-50.600,00	Der Ertrag wurde versehentlich auf der Kostenart 446100 vereinnahmt
520009030300	Grundst.-bez. Ordnungsm.u.Grdstbew. (b15)	431100	Verwaltungs-gebühren	30.000,00	93.719,99	63.719,99	Fehlbuchung in Höhe von 56.100 EUR. Richtigerweise hätte der Ertrag bei der Kostenart 456550 - Mehrwertausgleiche im Umlegungsverfahren ausgewiesen werden müssen.
530010010100	Bauaufsichtliche Verfahren	431100	Verwaltungs-gebühren	1.150.000,00	1.205.323,41	55.323,41	Der Ansatz aus den Verwaltungsgebühren wurde aus den Ergebnissen der letzten 3 Jahre gebildet. Ansonsten können bei der Aufstellung des Haushaltes keine anderen Erkenntnisse zugrunde gelegt werden, wieviel und welche Art von Bauanträgen im nächsten Jahr zu erwarten sind.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	212.000,00	306.122,03	94.122,03	Die Ansätze konnten nur grob geschätzt werden und hängen von der Anzahl der Anträge ab. Die Mehrerträge im aktuellen Fall lassen sich durch zwei Großprojekte in Osterfeld erklären (Sondernutzungserträge).
560012010500	Parkplätze, Parkleitsystem u Erlaubnisse	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	900.000,00	1.050.896,64	150.896,64	Höhere Erträge durch verstärkte Nutzung der Parkscheinautomaten des Kaisergartens unter anderem aufgrund der guten Witterung.
610002160101	Krankentransport	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	2.484.460,00	1.832.261,05	-652.198,95	Durch die Feuerwehr wurde im Haushaltsjahr 2015 weiterhin intensiv daran gearbeitet, die Rückstände in der Gebührenabrechnung abzuarbeiten. Durch die Priorisierung der Abrechnungen des Rettungstransportes kam es zu Verschiebungen in der Abarbeitung des Krankentransports.
610002160102	Rettungstransport	432100	Benutzungs-gebühren und ähnliche Entgelte	2.803.030,00	3.378.347,60	575.317,60	Durch die Feuerwehr wurde im Haushaltsjahr 2015 weiterhin intensiv daran gearbeitet, die Rückstände in der Gebührenabrechnung abzuarbeiten. Durch die Priorisierung der Abrechnungen des Rettungstransportes kam es zu Verschiebungen in der Abarbeitung des Krankentransports.

5.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
6.283.430,00 €	5.788.080,21 €	-495.349,79 €	-7,9

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	446100	Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	329.500,00	149.480,22	-180.019,78	Im Jahr 2013 wurden die Jahresgebühren der Bibliothek von 12 auf 16 EUR erhöht, wodurch es zu einem Verlust an „Altkunden“ kam. Daher wurde die geplante zweite Stufe der Erhöhung der Jahresgebühren von 16 € auf 20 € von Januar 2015 auf Januar 2016 verschoben. Die Ertragssteigerung konnte daher nicht 2015 realisiert werden. Es wird mit einem langsameren Anstieg der Erträge gerechnet als ursprünglich prognostiziert.
890004040104	Gesundheit (b. 2015)	446100	Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	40.000,00	91.203,95	51.203,95	Neuzuordnung von Kursen "Psychologie" aus Auftrag 890004040102 sowie überplanmäßiges Teilnehmeraufkommen

5.1.6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
52.439.270,00 €	69.618.321,62 €	17.179.051,62 €	32,8

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110011020200	Abfallbeseitigung	448500	Erstatt. v. verb. Unt.,Beteil., Sonderv.	237.500,00	91.728,46	-145.771,54	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011020200	Abfallbeseitigung	448700	Erstattungen von privaten Unternehmen	0,00	1.113.808,13	1.113.808,13	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds.Arbeits. (bis 2015	448098	Erstattungen vom Bund - BUT	1.751.020,00	0,00	-1.751.020,00	Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Steigen die zugrunde liegenden Aufwendungen, steigt auch der Anteil des Bundes an den Kosten für Bildung und Teilhabe. Der Ertrag wurde unter der Kostenart 448099 vereinnahmt.
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds.Arbeits. (bis 2015	448099	Erstattungen vom Bund - KDU	20.100.000,00	23.751.315,87	3.651.315,87	Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft. Steigen die zugrunde liegenden Aufwendungen, steigt auch der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds.Arbeits. (bis 2015	448350	Erst. v. Zweckverbänden - Personalkosten	0,00	4.418.518,62	4.418.518,62	Es handelte sich um die Erstattung von Personalkosten des Jobcenters an die Stadt (refinanzierte Personalkosten). Der Planansatz befindet sich fälschlicherweise bei der Kostenart 419100. Dieser beinhaltet auch die Personalkosten-erstattung BuT, Auftrag 320005010111, Kostenart 448350.
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds.Arbeits. (bis 2015	448805	Tilgung Darlehen-Wohnungs-beschaffung	500.000,00	655.350,05	155.350,05	Darlehnstilgungen durch (ehemalige) Leistungsempfänger. Steht in Abhängigkeit zur Zahlungsmoral und Zahlungs-möglichkeit der Schuldner.
320005010111	Pers.Kosten städt.MA – BuT (b15)	448350	Erst. v. Zweckverbänden - Personalkosten	728.850,00	0,00	-728.850,00	Siehe Erläuterung zu Auftrag 320005010100, Kostenart 448350.
320005020100	Hilfe zum Lebensunterhalt	448200	Erstattungen von Gemeinden (GV)	750.000,00	656.960,56	-93.039,44	Vorleistungen für den Landschaftsverband Rheinland (LVR), die Höhe war nicht genau planbar
320005020200	Hilfe z.Grundsicherung	448000	Erstattungen vom Bund	0,00	17.501.459,42	17.501.459,42	Die Erstattung wurde kalkuliert bei den Aufträgen 320005020201, 320005020202, 320005020204. Eine Aufteilung war nicht möglich
320005020201	Grundsicher., Dauer erwerbsgem. a.v.E.	448000	Erstattungen vom Bund	8.528.880,00	0,00	-8.528.880,00	Erstattung verbucht beim Auftrag 320005020200, Aufteilung nicht möglich
320005020202	Grundsicher., ab Altersgrenze a.v.E.	448000	Erstattungen vom Bund	8.036.380,00	0,00	-8.036.380,00	Erstattung verbucht beim Auftrag 320005020200, Aufteilung nicht möglich
320005020203	Grundsicher., Dauer erwerbsgem. i.v.E.	448200	Erstattungen von Gemeinden (GV)	599.620,00	539.946,38	-59.673,62	Vorleistungen für den Landschaftsverband Rheinland (LVR), die Höhe war nicht genauer planbar

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005020204	Grundsicher., ab Altersgrenze i.v.E.	448000	Erstattungen vom Bund	789.620,00	0,00	-789.620,00	Erstattung verbucht beim Auftrag 320005020200, Aufteilung nicht möglich
320005020400	Sonstige Sozialhilfe (bis 2015)	448350	Erst. v. Zweckverbänden - Personalkosten	0,00	542.300,00	542.300,00	Ordnungsgemäße Zuordnung refinanzierter Personalkosten, siehe Kostenart 448400.
320005020400	Sonstige Sozialhilfe (bis 2015)	448400	Erstattungen vom sonst. öffentl. Bereich	500.000,00	0,00	-500.000,00	Ordnungsgemäße Zuordnung refinanzierter Personalkosten, siehe Kostenart 448350.
320005020401	BuT - Wohngeld – WoGG (bis 2015)	448400	Erstattungen vom sonst. öffentl. Bereich	577.000,00	0,00	-577.000,00	Erstattung für BuT beim Auftrag 320005010100, Kostenart 448099. Die Umbuchung ist nicht erfolgt.
320005030200	Wirtschaftl.Hilfe f.Asylbew. (bis 2015)	448100	Erstattungen vom Land	770.000,00	7.991.917,70	7.221.917,70	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030400	Hilfe f.Asylbewerber (bis 2015)	448100	Erstattungen vom Land	45.000,00	182.449,21	137.449,21	Soziale Betreuung von Flüchtlingen nach § 4 FlüAG (Flüchtlingsaufnahmegesetz)
320005030401	Landeseinr.Asyl Notunterk. (bis 2015)	448151	Erstatt.v.Land Notunterkünfte - Personal	0,00	290.076,05	290.076,05	Landeszuweisungen aufgrund der Entwicklung im Flüchtlingswesen unkalkulierbar.
320006031000	Amtsvormundsch.,-pflegsch.,-beist.(b15)	448100	Erstattungen vom Land	1.867.000,00	1.533.299,06	-333.700,94	Erstattung in Abhängigkeit von Kostenart 533990
320006040104	Inobh.-Nahme,fam.ers.+-unterst.Hilf(b15)	448200	Erstattungen von Gemeinden (GV)	915.000,00	1.939.037,40	1.024.037,40	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend".

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	448200	Erstattungen von Gemeinden (GV)	40.000,00	392.784,36	352.784,36	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend".
340007010200	Gesundheitsschutz (b15)	448100	Erstattungen vom Land	5.050,00	56.159,83	51.109,83	Erstattung der BZR Arnsberg für die Durchführung von Röntgenuntersuchungen, Impfungen und die Beschaffung von Impfstoffen für Flüchtlinge in Landesunterkünften. Die Buchung erfolgte unter den Aufträgen 340007010100 Kostenart 528128 und 501900, sowie 340007010200 Kostenart 543132
340007020201	Versorgungsverw. MEO-Kooperation(b15)	448126	Erstattungen vom Land - Bel.pauch.Vers.v	750.000,00	848.137,58	98.137,58	Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen setzt den finanziellen Ausgleich jährlich neu fest. Der Ansatz konnte somit bei den Haushaltsplanungen nur geschätzt werden.
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	448000	Erstattungen vom Bund	9.000,00	149.269,27	140.269,27	Außerordentliche Erstattungen bei Dienstherrenwechsel von Beamten/innen waren nicht vorhersehbar bzw. planbar.
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	448350	Erst. v. Zweckverbänden - Personalkosten	55.000,00	0,00	-55.000,00	Aufgrund der Rundverfügung "Refinanzierung von Personalkosten" wurden die Personalkosten der Gemeinsamen Einrichtung Jobcenter nur beim Produkt 050101 vereinnahmt. Zum Haushaltsjahr 2016 wurde der Ansatz auf "0" EUR gesetzt.
410001080300	Personalabrechnung und -verw. (b15)	448500	Erstatt. v. verb. Unt.,Beteil.,Sonderv.	400.000,00	336.654,03	-63.345,97	Der Anteil der von Beteiligungsgesellschaften an die Stadt gezahlten Versorgungszuschläge konnte nur geschätzt werden. Die rückläufige Entwicklung wird zum Haushalt 2017 angepasst.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
460001110200	Sach- u.Haftpfl.Vers.+Aufsichts. (b 15)	448502	Erstatt. v. verb. Unt.-Beiträge	683.400,00	633.077,11	-50.322,89	Aufgrund dessen, dass sich die Versicherungsbeiträge im Haushaltsjahr 2015 günstiger als prognostiziert entwickelt haben und seitens der Eigenbetriebe und städtischen Tochtergesellschaften weniger beitragspflichtige Versicherungen in Anspruch genommen worden sind, waren weniger Beitragserstattungen zu leisten.
460001110200	Sach- u.Haftpfl.Vers.+Aufsichts. (b 15)	448503	Erstatt. v. verb. Unt.-Entgelte	129.500,00	0,00	-129.500,00	Aufgrund der Rundverfügung "Refinanzierung von Personalkosten" mussten die Erträge verursachungsgerecht verbucht werden. Zum Haushaltsjahr 2016 wurden die Haushaltsansätze entsprechend geplant. Siehe Kostenart 448550
460001110200	Sach- u.Haftpfl.Vers.+Aufsichts. (b 15)	448550	Erst.v.verb.Unt.,Beteil.,Sonderv. - PK	0,00	104.382,72	104.382,72	Aufgrund der Rundverfügung "Refinanzierung von Personalkosten" mussten die Erträge verursachungsgerecht verbucht werden. Zum Haushaltsjahr 2016 wurden die Haushaltsansätze entsprechend geplant. Siehe Kostenart 448503
460001110200	Sach- u.Haftpfl.Vers.+Aufsichts. (b 15)	448700	Erstattungen von privaten Unternehmen	600.000,00	1.126.350,32	526.350,32	Der Verlauf von Schadensereignissen hat sich ungünstiger als prognostiziert entwickelt. Aufgrund dessen waren seitens der Versicherer höhere Entschädigungszahlungen zu leisten.
460001110200	Sach- u.Haftpfl.Vers.+Aufsichts. (b 15)	448800	Erstattungen von übrigen Bereichen	250.000,00	194.785,83	-55.214,17	Aufgrund der Umlageabrechnung des Kommunalen Schadenausgleichs westdeutscher Städte in 2014 waren von den städtischen Bereichen anteilig weniger Umlagebeiträge als erwartet zu zahlen.
610002150100	Gefahrenabwehr	448700	Erstattungen von privaten Unternehmen	5.000,00	83.566,53	78.566,53	Die Brandmeldekonzession wurde zum Beginn des Jahres 2015 vergeben. Der Sachverhalt war bei Beginn der Haushaltsplanung für das Jahr 2015 nicht bekannt. Die für die Leistungen der Feuerwehr vom Konzessionsnehmer zu erstattenden Beträge wurden auf diesem Ertragskonto gebucht.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
890004040109	BamF (b. 2015)	448000	Erstattungen vom Bund	222.000,00	302.459,09	80.459,09	Überplanmäßige Durchführung von Integrationskursen, siehe Kostenart 501900
950015040600	WBO GmbH	448500	Erstatt. v. verb. Unt.,Beteil., Sonderv.	127.830,00	-196,22	-128.026,22	Es handelt sich um die Erstattungen für Personalkosten der WBO GmbH. Der Bereich 4-1/ Personal und Organisation veranlasste eine Umbuchung auf die korrekte Kostenart 501100.
950015040700	STOAG GmbH	448500	Erstatt. v. verb. Unt.,Beteil., Sonderv.	0,00	1.668.113,61	1.668.113,61	Erstattung aus der Endabrechnung des Finanzierungs-betrags 2014
990001020290	Verwaltungsführung(bis 2015)	448550	Erst.v.verb.Unt.,Beteil., Sonderv. - PK	0,00	56.537,82	56.537,82	Es handelt sich um Erstattungen von verschiedenen städtischen Beteiligungen im Rahmen der Arbeitssicherheit. Der Bereich "Arbeitssicherheit" ist zum Jahresende 2014 zurück in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Oberhausen gewechselt, sodass eine Ansatzplanung für 2015 nicht mehr stattfinden konnte.

5.1.7 Sonstige ordentliche Erträge

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
25.231.960,00 €	26.195.649,96 €	963.689,96 €	3,8

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110001090300	Stadtkasse	456500	Weitere sonstige Erträge	160.000,00	308.030,94	148.030,94	Der Mehrertrag resultierte aus einer gesteigerten Einziehungssumme im Rahmen von Vollstreckungsaufträgen. Die Vollstreckungskosten sind infolgedessen proportional gestiegen.
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg. u.allgem.Umlagen	456520	Verzinsung der Gewerbesteuer n. §233a AO	1.500.000,00	62.967,00	-1.437.033,00	Für die Vorjahre festgesetzte Gewerbesteuernachforderungen mussten rückgängig gemacht werden. Daraus resultierte ein entsprechender Rückgang von zuvor festgesetzten Nachforderungszinsen.
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg. u.allgem.Umlagen	458310	Korrektur Wertberichtigung a. Forderungen	0,00	133.534,54	133.534,54	Mehrerträge aus nicht planbaren Erträgen aus Wertkorrekturen
130001130100	Unbebaute Grundstücke(bis 2015)	454100	Ertr. a. Veräuß. v. Grundst. u. Gebäuden	4.800.000,00	4.933.059,20	133.059,20	Im Bereich des Bebauungsplans 655 Landwehr wurden mehr Grundstücke vermarktet als ursprünglich geplant war.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
240002070100	Überwachung des ruh. Verkehrs (b.15)	456100	Bußgelder	720.000,00	803.148,12	83.148,12	Der Mehrertrag ist damit zu begründen, dass mehr Verwarnungen von den Bürgern sofort beglichen wurden und dadurch weniger Verfahren durch Einspruch in das Ordnungswidrigkeitenverfahren übergingen.
310006010107	U3-Maßnahmen freier Träger	459100	Andere sonstige ordentliche Erträge	263.910,00	767.382,89	503.472,89	Rechnungsabgrenzung der Investitionskostenzuschüsse, Verteilung anhand der Zweckbindungsjahre, Planung nicht möglich
320005030200	Wirtschaftl.Hilfe f.Asylbew. (bis 2015)	458200	Ertr. a. Auflös./ Herabsetz. Rückstell.	0,00	493.924,42	493.924,42	Eine Rückstellung in Höhe von 493.924,42 EUR wurde aufgelöst. (Urteil BVerfG Nachzahlung Grundleistung Asyl)
320005040100	Hilfe zur Pflege	458200	Ertr. a. Auflös./ Herabsetz. Rückstell.	0,00	274.629,58	274.629,58	Es handelt sich um eine Rückstellung. Da das Klageverfahren beendet wurde, wurden die Restmittel nicht mehr benötigt.
410001100200	Inform.-Technologie, Serv.,Strat. (b15)	459100	Andere sonstige ordentliche Erträge	0,00	260.366,00	260.366,00	Es handelt sich hierbei um eine unerwartete Gutschrift der OGM GmbH für die Telekommunikation.
460001110300	Ordnungswidrigkeit (b 15)	456100	Bußgelder	2.900.000,00	3.068.710,53	168.710,53	Die Fallzahlen hatten sich im Jahr 2015 stärker als erwartet erhöht.
520009030300	Grundst.-bez. Ordnungsm. u.Grdstbew. (b15)	456550	Mehrwertaus-gleiche im Umlegungs-verfahren	350.000,00	613.909,14	263.909,14	Mehrerträge bezüglich der Aufstellung des Umlegungsplanes "Walsumermark 15". Die vollständige Abwicklung sämtlicher Mehrwertleistungen war so nicht prognostizierbar.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010600	ÖPNV Neubau und Unterhaltung	458200	Ertr. a. Auflös./ Herabsetz. Rückstell.	0,00	147.587,19	147.587,19	Die Baumaßnahme "Ausbau der Steinbrinkstraße von Hildegard- bis Hospitalstraße" wurde im Jahr 2014 durchgeführt, jedoch nicht schlussgerechnet. Die Maßnahme wurde ursprünglich als konsumtive Maßnahme geplant und gewertet. Da es sich aber um eine aktivierbare Maßnahme handelte, wurden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (außerplanmäßige Auszahlung) durch Ratsbeschluss B/16/1063-01 vom 14.09.2015 geschaffen. Da es sich ursprünglich um eine konsumtive Maßnahme handelte, wurde mit dem Jahresabschluss 2014 eine Rückstellung (69) über insgesamt 147.587,19 EUR gebildet, da die Schlussrechnung fehlte. Diese musste aufgrund der Aktivierung aufgelöst bzw. korrigiert werden.
950015040400	RWW GmbH	451100	Konzessionsabgaben	3.000.000,00	3.330.891,12	330.891,12	Höhere Konzessionsabgaben aufgrund einer Gutschrift aus der Endabrechnung des Vorjahres
950015040500	EVO AG	451100	Konzessionsabgaben	9.779.000,00	8.725.917,34	-1.053.082,66	Geringere umsatzabhängige Konzenssionsabgabe durch reduzierte Strom-/Gasverbräuche
950015040700	STOAG GmbH	458200	Ertr. a. Auflös./ Herabsetz. Rückstell.	0,00	425.000,00	425.000,00	Die Mittel zur Defizitabdeckung 2014 wurden, aufgrund erfolgter Endabrechnung nicht mehr benötigt

5.1.8 Aktivierte Eigenleistung

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	-	-

5.1.9 Bestandsveränderungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	-	-

5.1.10 Ordentliche Erträge

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
708.725.950,00 €	714.319.793,82 €	5.593.843,82 €	0,8

5.2 Aufwendungen

5.2.1 Personalaufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
119.429.030,00 €	131.174.415,18 €	11.745.385,18 €	9,8

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003010100	Grundschulen bis 2015	501900	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	5.760.500,00	6.433.421,30	672.921,30	Mehr Personal für mehr Kinder im Offenen Ganztag.
310006010102	Integrations-arbeit	501900	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	144.850,00	79.094,80	-65.755,20	Minderausgaben durch den Streik der Beschäftigten in Kitas in 2015
410001080300	Personalab-rechnung und -verw.(b15)	505100	Zuführung zu Pensionsrückstellung für Beschäftigte	3.400.000,00	12.485.682,00	9.085.682,00	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalab-rechnung und -verw.(b15)	506100	Zuführung zu Beihilferückstellung für Beschäftigte	600.000,00	2.525.072,00	1.925.072,00	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalab-rechnung und -verw.(b15)	507200	Aufwendungen für Rückstellung für nicht genommenen Urlaub Angestellte	100.000,00	196.612,64	96.612,64	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
860004070101	Jedem Kind ein Instrument	501900	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	268.530,00	205.132,52	-63.397,48	Honoraraufwendungen stehen in direkter Verbindung zu den Schüler/innenzahlen. Die An-/Abmeldungen sind nicht kalkulierbar und es kann zu entsprechenden Abweichungen zur Planung kommen.

Auftrag	Bezeichnung	Ertragsart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
890004040109	BamF (b. 2015)	501900	Aufw. f. sonstige Beschäftigte	175.000,00	290.960,57	115.960,57	Mehraufwand aufgrund zusätzlicher Durchführung von Integrations-kursen und von Flüchtlingskursen, sowie Honorarsatzerhöhung für Integrationskursleiter zum 01.11.2015
D00000001	DR Personal (Zeile 11)	div.	div.	106.968.890,00	107.887.846,37	918.956,37	Der überplanmäßige Mehraufwand ergibt sich im Wesentlichen aus: Einrichtung von Neustellen, Tarifanpassungen im Sozial- und Erziehungsdienst, Nachversicherung ZVK, höhere Beihilfen
div	div.	505110	Zuführung zu Rückstellung für Altersteilzeit	13.300,00	-846.581,00	-859.881,00	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

5.2.2 Versorgungsaufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
24.247.970,00 €	16.972.654,98 €	-7.275.315,02 €	-30,0

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
410001080300	Personalab-rechnung und -verw.(b15)	515100	Zuführung zu Pensionsrückstellung für Versorgungsempfänger	1.500.000,00	-5.317.620,00	-6.817.620,00	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalab-rechnung und -verw.(b15)	516100	Zuführung zu Beihilferückstellung für Versorgungsempfänger	400.000,00	-1.089.112,00	-1.489.112,00	Der Rückstellungsverlauf ist nicht konkret vorhersehbar / bzw. berechenbar. Die Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
D00000001	DR Personal (Zeile 12)	div.	div.	22.347.970,00	23.379.386,98	1.031.416,98	Der überplanmäßige Mehraufwand ergibt sich im Wesentlichen aus: Versorgungserhöhungen, höhere Beihilfen, gestiegene Anzahl von Versorgungsempfängern, Zahlungen nach Versorgungslastenverteilungsgesetz

5.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
147.841.330,00 €	150.352.420,38 €	2.511.090,38 €	1,7

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110011020200	Abfall-beseitigung	523500	Erst. an verb.Untern., Beteil.,Sond.verm.	0,00	80.332,59	80.332,59	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011020200	Abfall-beseitigung	523700	Erstattungen an private Unternehmen	0,00	114.441,43	114.441,43	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011020200	Abfall-beseitigung	529100	Sonst. Aufw. für Dienstleistungen	15.738.940,00	12.989.255,81	-2.749.684,19	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011020200	Abfall-beseitigung	529102	Sonst. Aufw. für Dienstleistungen - WBO	14.748.940,00	14.636.559,10	-112.380,90	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasser-beseitigung	521190	Unterhaltung Kanalvermögen WBO	260.000,00	319.966,99	59.966,99	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110011030100	Abwasser-beseitigung	521191	Unterhaltung Kanalvermögen WBO	50.000,00	255.798,00	205.798,00	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110012050100	Straßen-reinigung	529100	Sonst. Aufw. für Dienstleistungen	245.440,00	170.787,86	-74.652,14	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
130001130100	Unbebaute Grundstücke (bis 2015)	523500	Erst. an verb.Untern., Beteil.,Sond.verm.	0,00	245.660,00	245.660,00	Es handelt sich um Bearbeitungskosten, die an die OGM GmbH zu zahlen waren. Die Verfahrensweise wurde erst nach der Planung des Haushalts 2015 festgelegt. Daher konnte für 2015 kein Ansatz gebildet werden. .
130001130200	Bebaute Grundstücke (bis 2015)	529134	LVZ 8 Gebäude-/Glas-/Sonderreinigung	6.350.000,00	6.896.757,74	546.757,74	Erhöhte Reinigungskosten an Schulen und Flüchtlingsunterkünften, die bei der Haushaltsplanung noch nicht absehbar waren.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
130001130200	Bebaute Grundstücke (bis 2015)	529136	LVZ 10 Unterhaltung Grün-/Freiflächen	8.988.490,00	10.560.291,24	1.571.801,24	Wiederherstellung des ursprünglichen Haushaltsansatzes im LVZ 10 Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen. (Gemäß Ratsbeschluss B/16/0831-01)
130001130200	Bebaute Grundstücke(bis 2015)	529138	LVZ 9 Haustechnischer Dienst	5.432.000,00	7.086.189,96	1.654.189,96	Die Kostensteigerung entstand im Wesentlichen durch zusätzliche Aufwendungen für den Wachdienst sowie den haustechnischen Dienst an Schulen und Flüchtlingsstandorten.
140003010100	Grundschulen bis 2015	523100	Erstattungen an das Land	0,00	489.046,00	489.046,00	Bildung von Rückstellungen wegen eventueller Rückforderung des Landes aus Konjunkturprogramm II und Investitionsprogramm wegen Schulauflösungen, siehe Vorlage B/16/1375-01 Hauptausschuss 01.02.16
140003010100	Grundschulen bis 2015	524155	LVZ 1 Instandhaltungs-management	0,00	-114.061,14	-114.061,14	Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015 (Baumängel, Bewertung von Gebäuden zur Eröffnungsbilanz)
140003010100	Grundschulen bis 2015	527102	Schülerbeförderungs-kosten	290.760,00	201.023,40	-89.736,60	Einsparung aufgrund verringerter Schülerzahlen
140003010100	Grundschulen bis 2015	529162	Aufw. f. Bäderwesen (PR) - OGM	1.745.060,00	1.471.962,66	-273.097,34	Ausgaben für Bäderwesen seit 2014 unverändert, Ansatz wurde nicht korrigiert
140003010300	Realschulen bis 2015	524155	LVZ 1 Instandhaltungs-management	0,00	-97.456,37	-97.456,37	Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015 (Baumängel, Bewertung von Gebäuden zur Eröffnungsbilanz)
140003010300	Realschulen bis 2015	529162	Aufw. f. Bäderwesen (PR) - OGM	268.460,00	151.656,76	-116.803,24	Ausgaben für Bäderwesen seit 2014 unverändert, Ansatz wurde nicht korrigiert
140003010400	Gymnasien bis 2015	529162	Aufw. f. Bäderwesen (PR) - OGM	134.230,00	240.866,60	106.636,60	Ausgaben für Bäderwesen seit 2014 unverändert, Ansatz wurde nicht korrigiert
140003010500	Förderschulen bis 2015	527102	Schülerbeförderungs-kosten	195.660,00	132.630,32	-63.029,68	Einsparung aufgrund verringerter Schülerzahlen
140003010600	Gesamtschulen bis 2015	527102	Schülerbeförderungs-kosten	620.530,00	559.948,57	-60.581,43	Einsparung aufgrund verringerter Schülerzahlen
140003010600	Gesamtschulen bis 2015	529162	Aufw. f. Bäderwesen (PR) - OGM	178.970,00	588.785,04	409.815,04	Ausgaben für Bäderwesen seit 2014 unverändert, Ansatz wurde nicht korrigiert

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003010700	Berufskollegs bis 2015	529162	Aufw. f. Bäderwesen (PR) - OGM	134.230,00	80.288,88	-53.941,12	Ausgaben für Bäderwesen seit 2014 unverändert, Ansatz wurde nicht korrigiert
140003010800	Auswärtige Schulen bis 2015	523200	Erstattungen an Gemeinden (GV)	104.000,00	203.265,55	99.265,55	Forderung der Stadt Dinslaken (Schulkostenbeteiligung Moltkeschule) aus 2009 bis 2012
220013010200	Baumschutz (bis 2015)	522100	Aufw. f. Unterhalt. Infrastrukturverm.	65.000,00	0,00	-65.000,00	Ersatzpflanzungen im Rahmen der Baumschutzsatzung konnten aufgrund nicht geeigneter Flächen (Ausgleichsflächen) nicht durchgeführt werden. Eine Planung zur Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes war noch nicht abgeschlossen.
240002010100	Allg. Gefahrenabw., Sondergen., Umweltzon	523700	Erstattungen an private Unternehmen	0,00	128.767,59	128.767,59	Zur Entschädigung Dritter entstand ein außerplanmäßiger Aufwand im Rahmen der Kampfmittelbeseitigung.
240002120100	Aufenth.-Regelg./ Allgem.Ausl.-Angelegenh	528190	Sonstige Materialaufwendungen	300.000,00	151.222,66	-148.777,34	Es wurden weiterhin weniger Aufenthaltstitel ausgestellt als in den Vorjahren. Die Nachfrage nach elektronischen Aufenthaltstiteln ist weiterhin rückläufig, weil mehrere Länder die Passmuster auf biometrische Merkmale umgestellt haben.
250008010200	Sport- u.Turnhallen auf/an Sportplätzen	524155	LVZ 1 Instandhaltungsmanagement	0,00	-77.391,00	-77.391,00	Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015 (Baumängel, Bewertung von Gebäuden zur Eröffnungsbilanz)
310006010107	U3-Maßnahmen freier Träger	521152	Aufw.f. Hochbaum. -U3 Maßn. freierTräger	250.000,00	4.500,00	-245.500,00	Umsetzung Investitionskostenzuschüsse U3-Ausbau, durchlaufende Gelder, siehe Sachkonto 521152
310006010190	Kindergärten	521150	Aufw.f.Sanierg.,Gebäude-u.Grundst.unterh	0,00	153.414,79	153.414,79	Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Sandaustausch auf Kinderspielplätzen und Kosten Abriss Knappenschule
320005010100	Leistg.-Bet.b.d.Grunds.Arbeits. (bis 2015	523220	Erst.a.Gemeinden/GV-n. § 36 a SGB II	80.000,00	26.796,12	-53.203,88	Die Aufwendungen für das Frauenhaus sind nicht kalkulierbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005020100	Hilfe zum Lebens-unterhalt	529171	Sonst. Aufw. für Dienstl. - Kommun.Reche	23.770,00	95.176,21	71.406,21	GKD Paderborn-AKDN-sozial.(Gemeinschaft für Kommunikationstechnik , Informations- und Datenverarbeitung) Budget 88.310,00 EUR verteilt auf die Anträge 320005020100, 320005020200, 320005020300, 320005020400. In einer Summe bei 050201 verbucht.
320005030400	Hilfe f.Asylbewerber (bis 2015)	523500	Erst. an verb.Untern.,Beteil.,Sond. verm.	0,00	713.212,45	713.212,45	Unplanbare Aufwendungen für die Herrichtung einer Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung (OGM GmbH)
320005030401	Landeseinr. Asyl Notunterk. (bis 2015)	529183	Dienstleistungen OGM-Notunterkünfte	0,00	1.732.800,82	1.732.800,82	Aufwendungen aufgrund der Entwicklung im Flüchtlingswesen unkalkulierbar, hier: Landeseinrichtung (refinanziert)
320006031000	Amtsvormundsch.,-pflegsch., -beist.(b15)	523100	Erstattungen an das Land	268.500,00	113.080,68	-155.419,32	Erstattung in Abhängigkeit von Kostenart 421110
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	523200	Erstattungen an Gemeinden (GV)	2.000.000,00	3.612.093,60	1.612.093,60	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“.
320006040104	Inobh.-Nahme,fam.ers.+-unterst. Hilf (b15)	523200	Erstattungen an Gemeinden (GV)	0,00	93.722,94	93.722,94	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
340007020201	Versorgungs-verw. MEO-Kooperation(b 15)	523221	Erst.a.Gemeinden/GV Vers.Verw.MEO-Kooper	1.200.000,00	1.042.510,00	-157.490,00	Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen setzt den finanziellen Ausgleich jährlich neu fest. Der Ansatz kann somit bei den Haushaltsplanungen nicht genau kalkuliert werden.
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	521144	Aufw.f.Straßenbau-programm	700.000,00	534.629,14	-165.370,86	Bereits vergebene Aufträge für u. a. Dinnendahl- und Dorstener Straße werden erst in 2016 kassenwirksam.
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	521145	Aufw.f.Straßenbau-programm Ing.Lstg.	100.000,00	0,00	-100.000,00	Durch die verzögerte Beauftragung bzw. Durchführung von Baumaßnahmen des Straßenbauprogramms wurde das eingeplante Budget nicht in Anspruch genommen.
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	523800	Erstattungen an übrige Bereiche	180.000,00	25.772,91	-154.227,09	Minderaufwand im Rahmen der Schadensersatzansprüche aufgrund Wurzeleinwuchs an privaten haustechnischen Abwasseranlagen.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	529185	Aufw. für Dienstleistungen - Sonstiges	468.000,00	287.387,48	-180.612,52	Durch die verzögerte Beauftragung bzw. Durchführung von Baumaßnahmen des Straßenbauprogramms wurde das eingeplante Budget nicht in Anspruch genommen.
560012010290	Kreisstraßen (bis 2015)	521144	Aufw.f.Straßenbau-programm	200.000,00	0,00	-200.000,00	Aufgrund von zusätzlichem Klärungsbedarf aus vergaberechtlicher Sicht entstanden im Beauftragungsverfahren teils erhebliche unvorhersehbare Verzögerungen. Die geplanten Maßnahmen wurden in das Jahr 2016 verschoben.
560012010390	Landesstraßen (bis 2015)	521144	Aufw.f.Straßenbau-programm	100.000,00	-747,98	-100.747,98	Aufgrund von zusätzlichem Klärungsbedarf aus vergaberechtlicher Sicht entstanden im Beauftragungsverfahren teils erhebliche unvorhersehbare Verzögerungen. Die geplanten Maßnahmen wurden in das Jahr 2016 verschoben. Für die Maßnahme "Deckenerneuerung Hausmannfeld" wurde aufgrund einer Überzahlung ein Betrag in Höhe von 747,98 EUR erstattet.
560012010490	Bundesstraße n (bis 2015)	522120	Aufw. f. Brücken	343.200,00	58.191,58	-285.008,42	Die Sanierung der Brücke Mülheimer Straße musste aus planerischen und verkehrstechnischen Gründen in das Jahr 2016 verschoben werden. Die Maßnahme wird nun Anfang Juli 2016 ausgeführt. Von der dafür vorgesehenen Summe in Höhe von 300.000 EUR konnten lediglich Aufwendungen für Ingenieurleistungen verausgabt werden.
560012010500	Parkplätze, Parkleitsystem u Erlaubnisse	522130	Aufw. f. Parkplätze und Radwege	97.150,00	24.908,73	-72.241,27	Die geplante Maßnahme konnte nicht wie vorgesehen umgesetzt werden und wurde verschoben.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010600	ÖPNV Neubau und Unterhaltung	522100	Aufw. f. Unterhalt. Infrastrukturverm.	187.980,00	-111.840,00	-299.820,00	Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme "Steinbrinkstraße, Haltestelle Hagelkreuz" wurde festgestellt, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten nicht um Erhaltungsaufwand handelte, sondern um Herstellungskosten, die aktiviert werden müssen. Die Maßnahme wurde im Jahre 2014 begonnen und 2015 abgeschlossen. Der investive Ansatz wurde durch Ratsbeschluss vom 14.09.2015 geschaffen (B16/1063-01). Durch die notwendigen Umbuchungen zur Aktivierung des Anlagegutes verzeichnen sich nun die aufgeführten Abweichungen. Die Gesamtkosten der Maßnahme haben sich nicht verändert.
560012010700	Beleuchtung (bis 2015)	524160	Energiemanagement und Wartungsverträge	0,00	-70.462,87	-70.462,87	Konsumtive Rechnungsanteile der Maßnahme "Leuchtenumrüstung"
560013040100	Gewässerschutz und -bewirtschaftung	522100	Aufw. f. Unterhalt. Infrastrukturverm.	164.000,00	0,00	-164.000,00	Konsumtiv geplante Anteile für die Zuschussmaßnahme "Nassenkampgraben". Gesamtumsetzung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2016.
610002160101	Krankentransport	523800	Erstattungen an übrige Bereiche	1.000.000,00	1.141.141,80	141.141,80	Mit Ratsbeschluss vom 14.09.2015 (Drucksache Nr. B/16/0966-01) wurden überplanmäßig 240.000 EUR bereitgestellt, da sich herausgestellt hat, dass die Vertragspartner von der Zahlung der Umsatzsteuer befreit waren. Die Überzahlungen wurden daher zum Ende des Jahres 2015 (Haushaltsjahr 2015) bzw. zu Beginn des Jahres 2016 (Haushaltsjahr 2016) von den Vertragspartnern zurückgefordert.
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	523410	Erstatt. an den sonst. öffentl. Bereich	300.000,00	0,00	-300.000,00	Aus dieser Kostenart sollte die Einrichtung der neuen Stadtbibliothek Sterkrade beglichen werden. Diese wurde jedoch über die Nutzungsentgelte abgewickelt.
D00000008	DR IT- und TK- Dienste, Nutzungsent.	div.	div.	7.127.110,00	7.406.348,90	279.238,90	Im Rahmen des DR werden sowohl die Nutzungsentgelte (OGM) sämtlicher Bereiche der Stadt Oberhausen als auch die Fremdleistungen im IT-Bereich (OGM) bewirtschaftet. Im Rahmen der Hauswirtschaft wurde deutlich, dass das veranschlagte Budget , welches im Rahmen des HSP in 2015 um rd. eine Millionen EUR gekürzt wurde, nicht auskömmlich war. Daraufhin wurden überplanmäßige Aufwendungen von 310.730 EUR genehmigt.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D00000009	DR FL Energie-management	524161	FL Energiemanagement	8.548.970,00	8.278.175,10	-270.794,90	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.
D00000012	DR Mieten (Zeile 13)	div.	Mietnebenkosten	1.679.450,00	1.521.750,38	-157.699,62	Erhebliche - nicht planbare - Nebenkostengutschrift für das Technische Rathaus.
D05000311	DR Soziales (Zeile 13)	div.	div.	200.630,00	118.933,60	-81.696,40	Die Abweichung resultierte daraus, dass Mittel für die Sozial- und Altenpflegeplanung wegen unbesetzter Stellen nicht verausgabt werden konnten.
D05000312	DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter (Zeile 13)	div.	div.	302.000,00	240.356,24	-61.643,76	Grundsätzlich ist die Steigerung des gesamten Deckungsringes (inkl. Zeile 15,16) auf den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften und auf den Preisanstieg zurück zu führen. Bei den kostenintensiven Einzel BG war erneut ein Zuwachs von 2,56 % zu verzeichnen. Diese generieren sich unter anderem aus bestehenden BG´s (Trennungen und Scheidungen), in der Regel mit erstmaliger Haushaltsgründung, in besonderem Maße aus U25 Auszug , aus dem elterlichen Haushalt und Stichwort Flucht und Asyl. Hier begründet sich im Wesentlichen auch der Anstieg bei den Kosten für Unterkunft und Erstausstg. für Wohnungen/Haushaltsgeräte. Hinsichtlich der Erstattungen an Gemeinden / Gemeindeverbänden sowie sonstige öffentliche Träger (Zeile 13) ist eine Reduzierung festzustellen. Die Abrechnung erfolgt auf Basis der Anforderungen Dritter und ist für die Stadt Oberhausen nicht steuerbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D06000321	DR Jugend (Zeile 13)	div.	div.	3.583.480,00	5.146.439,98	1.562.959,98	Die Abweichungen im Deckungsring Jugend resultieren aus einer Vielzahl von Faktoren. Hervorzuheben ist hier die Kostenerstattungspflicht gem. § 86.6 SGB VIII und 89a SGB VIII gegenüber den Gemeinden sowie die Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme, deren Planung durch nicht lineare und nicht vorhersehbare Fallzahlenentwicklungen kaum planbar sind. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass für den Bereich eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wurde, deren Ergebnisse für 2015 in den Haushalt eingestellt worden sind, die notwendigen, organisatorischen Veränderungen jedoch noch nicht durchgeführt wurden.
D30000011	DR Einheitspreise Bereich 1-1	div.	div.	1.097.680,00	915.013,80	-182.666,20	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D30000032	DR Einheitspreise Bereich 3-2	div.	div.	243.270,00	349.325,23	106.055,23	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

5.2.4 Bilanzielle Abschreibungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
46.900.860,00 €	46.817.462,93 €	-83.397,07 €	-0,2

5.2.5 Transferaufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
251.581.420,00 €	262.320.194,06 €	10.738.774,06 €	4,3

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110011030100	Abwasser-beseitigung	531300	Aufw. für Zuweisungen an Zweckverbände	17.732.950,00	18.701.507,58	968.557,58	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	534100	Gewerbesteuerumlage	5.727.270,00	5.108.832,47	-618.437,53	Minderaufwand gemäß endgültiger Berechnungen des Landes NRW.
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	534200	Finanzier.beteil. Fonds Deutsche Einheit	5.563.640,00	4.962.865,83	-600.774,17	Minderaufwand gemäß endgültiger Berechnungen des Landes NRW.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	537201	Allgem.Uml.an Gemeinden/GV - LVR	54.361.040,00	55.742.633,00	1.381.593,00	Umlage des Landschaftsverbandes Rheinland gemäß Bescheid vom 15.07.2015
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	537202	Allgem.Uml.an Gemeinden/GV - RVR	2.106.540,00	2.169.289,65	62.749,65	Verbandsumlage 2015 des Regionalverbandes Ruhr gemäß Bescheid vom 03.09.2015
250008010100	Förderung des Schul- und Vereinssports	531880	Aufw.f. Zusch.a. übr.Ber.-Sportstättenpak	0,00	181.487,50	181.487,50	Buchung im falschen Auftrag korrekter Auftrag 250008010390
250008010390	Sportfrei-anlagen	531880	Aufw.f. Zusch.a. übr.Ber.-Sportstättenpak	185.130,00	0,00	-185.130,00	Die Buchung erfolgte im falschen Auftrag unter 250008010100
310006010101	Betriebs-führung	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	29.700.000,00	26.748.225,98	-2.951.774,02	Kita-Ausbau konnte nicht wie geplant umgesetzt werden daher weniger Plätze als geplant und somit auch weniger Aufwendungen an Betriebskosten als geplant
310006010104	Tagespflege (bis 2015)	533128	Jugendhilfe a.v.E.-Kinder in Tagespflege	4.144.770,00	5.073.757,70	928.987,70	Mehraufwendungen durch Platzerhöhung siehe auch Ratsvorlage 14.12.2015 B/16/1264-01
320005020100	Hilfe zum Lebensunter-halt	533110	Leist. Sozialh. an natürl. Pers. a. Ein.	2.800.000,00	2.659.211,40	-140.788,60	Sozialhilfeleistungen sind nicht exakt planbar.
320005020201	Grundsicher., Dauer erwerbsgem. a.v.E.	533990	Sonstige soziale Leistungen	8.500.000,00	9.406.013,57	906.013,57	Grundsicherungsleistungen sind nicht exakter planbar, 100 % Erstattung Bund (siehe Kostenart 448000)
320005020202	Grundsicher., ab Altersgrenze a.v.E.	533991	Sonstige soziale Leistungen- GSIG Pers. +	8.000.000,00	7.436.800,46	-563.199,54	Grundsicherungsleistungen sind nicht exakter planbar, 100 % Erstattung Bund (siehe Kostenart 448000)
320005020204	Grundsicher., ab Altersgrenze i.v.E.	533993	Sonst.soz.Lstg.-GSIG Pers. +65 in Einr	800.000,00	882.471,91	82.471,91	Grundsicherungsleistungen sind nicht exakter planbar, 100 % Erstattung Bund (siehe Kostenart 448000)
320005020300	Hilfe zur Gesundheit	533210	Leist. Sozialh. an natürl. Pers. in Ein.	300.000,00	215.099,31	-84.900,69	Gesundheitskosten sind nicht exakt planbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005020404	BIWAQ (bis 2015)	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0,00	234.011,63	234.011,63	Das Projekt BIWAQ (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier) war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanungen für das Jahr 2015 noch nicht bekannt. Die Maßnahme startete 2015 außerplanmäßig. Die Fördermittel wurden als durchlaufende Posten unter dem Auftrag 320005020404, Kostenart 531800 in gleicher Höhe an die Maßnahmeträger weitergeleitet.
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533940	HLU § 2 Berecht. GL a.v. Einrichtunge	400.000,00	1.202.584,11	802.584,11	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533941	HLU f. § 2 Berecht. GL in Einrichtungen	200.000,00	320.952,25	120.952,25	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533942	Grundleistung §3 AsylbLG a.v. Einrichtun	900.000,00	1.729.653,77	829.653,77	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533943	Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtunge	1.248.000,00	4.461.900,13	3.213.900,13	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533947	Krankenh. f.Asylber. §2 analog SGB XII	100.000,00	353.384,81	253.384,81	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533948	einm. Beihilfen für Asylber. §3 analog S	30.000,00	326.921,34	296.921,34	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533949	einm. Beihilfen für Asylber. §3 analog S	30.000,00	667.321,97	637.321,97	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030200	Wirtschaftl. Hilfe f. Asylbew. (bis 2015)	533953	Krankenhilfe §3 AsylbLG	900.000,00	1.981.828,66	1.081.828,66	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen (Erstaufnahme, etc.).
320005030400	Hilfe f. Asylbewerber (bis 2015)	531813	KM-Erstattungen an übrige Ber	45.000,00	182.056,39	137.056,39	Unerwartete und unplanbare Situation im Flüchtlingswesen

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005040100	Hilfe zur Pflege	531705	Zusch.a.priv. Untern.-Pflegewohngeld	8.600.000,00	8.655.699,12	55.699,12	Pflegewohngeld hängt vom Zustand der Einrichtung und dem Ort (NRW-Zuständigkeit) ab und ist daher schwer einzuschätzen.
320005040100	Hilfe zur Pflege	531715	Zusch.a.priv. Untern.-Demenzgruppen	520.000,00	451.447,49	-68.552,51	Vermeidung der Kosten für auswärtige Unterbringungen
320005040100	Hilfe zur Pflege	533141	SH a.v.Einrichtg.-Fremdpflegekosten	300.000,00	164.066,36	-135.933,64	Hilfen durch nahe stehende Personen ist durch Überforderung oder Bereitschaftsverweigerung stark rückläufig
320005040100	Hilfe zur Pflege	533171	Pflegestufe 1	220.000,00	156.233,98	-63.766,02	In 2015 gab es Leistungserhöhungen der Pflegekasse. Offenbar hat dies vornehmlich bei der Pflegestufe 1 zu Ausgabeminderungen geführt.
320005040100	Hilfe zur Pflege	533211	SH in Einrichtg.-Pflegestufe 0	300.000,00	183.104,48	-116.895,52	Im stationären Bereich herrschte eine hohe Fluktuation. Neufälle sind weder hinsichtlich der Pflegestufenzuordnung noch hinsichtlich der Bedürftigkeit schätzbar. Nicht vorhersehbarer Rückgang an Fällen.
320005040100	Hilfe zur Pflege	533212	SH in Einrichtg.-Pflegestufe 1	1.850.000,00	1.736.138,50	-113.861,50	Im stationären Bereich herrschte eine hohe Fluktuation. Neufälle sind weder hinsichtlich der Pflegestufenzuordnung noch hinsichtlich der Bedürftigkeit schätzbar. Nicht vorhersehbarer Rückgang an Fällen.
320005040100	Hilfe zur Pflege	533213	SH in Einrichtg.-Pflegestufe 2	3.300.000,00	3.538.882,31	238.882,31	Im stationären Bereich herrschte eine hohe Fluktuation. Neufälle sind weder hinsichtlich der Pflegestufenzuordnung noch hinsichtlich der Bedürftigkeit schätzbar. Nicht vorhersehbare Zunahme an Fälle.
320005040100	Hilfe zur Pflege	533214	SH in Einrichtg.-Pflegestufe 3	2.900.000,00	2.763.756,61	-136.243,39	Im stationären Bereich herrscht eine hohe Fluktuation. Neufälle sind weder hinsichtlich der Pflegestufenzuordnung noch hinsichtlich der Bedürftigkeit schätzbar. Nicht vorhersehbarer Rückgang an Fällen.
320005040100	Hilfe zur Pflege	533221	Leist.SH.an natürl.Pers.i.E.-Tagespflege	300.000,00	218.989,72	-81.010,28	Tagespflegen sind Entlastungsangebote für pflegende Angehörige. Diese wurden nicht so abgerufen wie erwartet.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005040200	Eingliederungshilfe	533146	SH außerh.v.E.-Schulbildung	870.150,00	722.924,45	-147.225,55	Bewilligungen unterlagen einer strengen Prüfung zum Ausmaß der Hilfe.
320005040200	Eingliederungshilfe	533149	SH außerh.v.E.-Wohnungserhaltung	80.000,00	12.451,39	-67.548,61	Es wurden weniger Anträge als erwartet gestellt.
320005040200	Eingliederungshilfe	533169	Eingliederungshilfe - Frühförderung IFF	650.000,00	597.659,49	-52.340,51	Es handelt sich hierbei um antragsabhängige Leistungen. Bewilligungen unterliegen einer strengen Vorprüfung durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie der im Fachbereich tätigen Heilpädagogin.
320005040400	Hilfe f. Kriegsopfer u. Schwerbeh. (b15)	533934	Leist.a.Schwerbeschädigt-nachgehende Hil	335.160,00	250.509,13	-84.650,87	Es handelte sich hierbei um antragsabhängige Leistungen. Das Budget entspricht der in Aussicht gestellten Mittelzuweisung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR).
320006031000	Amtsvormundsch.,-pflegsch., -beist.(b15)	533990	Sonstige soziale Leistungen	4.000.000,00	3.673.740,93	-326.259,07	Bereits zum 01.01.15 erwartete Erhöhung wurde erst zum 01.07.15 umgesetzt.
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	533132	Jugendhilfe a.v.E.-sozialpädag.Fam.hilfe	25.000,00	906.494,85	881.494,85	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	533135	Jugendhilfe a.v.E.-soziale Gruppenarbeit	215.000,00	0,00	-215.000,00	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	533136	Jugendhilfe a.v.E.-ambul.+flexible Hilfe	4.043.360,00	7.566.208,88	3.522.848,88	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	533166	JH außerh.v.Einr.-präventive Hilfen	300.520,00	183.723,10	-116.796,90	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	533167	JH außerh.v.Einr.-Jug.Soz.Arb.§13SGBVIII	0,00	445.806,71	445.806,71	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040101	Allgem. Förderung in der Familie (b 2015)	533220	Leist. Jugendh. an natürl. Pers. in Ein.	2.275.000,00	2.019.366,92	-255.633,08	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533120	Leist.Jugendh.an natürl.Pers.außer.Ein.	3.439.000,00	4.287.292,55	848.292,55	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533133	Jugendhilfe a.v.E.-Unterbring.i.Tagesgru	3.750.000,00	4.245.853,42	495.853,42	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533134	Jugendhilfe a.v.E.-sozialpädagogische Ei	1.010.000,00	834.621,91	-175.378,09	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533135	Jugendhilfe a.v.E.-soziale Gruppenarbeit	0,00	121.273,36	121.273,36	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533137	Jugendhilfe a.v.E.-Schutz v.Kindern u.Ju	700.000,00	1.503.092,99	803.092,99	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040104	Inobh.-Nahme, fam.ers.+-unterst.Hilf (b15)	533220	Leist. Jugendh. an natürl. Pers. in Ein.	14.546.000,00	15.519.324,62	973.324,62	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	533120	Leist.Jugendh.an natürl.Pers.außer.Ein.	165.500,00	360.643,46	195.143,46	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	533136	Jugendhilfe a.v.E.-ambul.+flexible Hilfe	1.600.000,00	509.172,22	-1.090.827,78	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	533220	Leist. Jugendh. an natürl. Pers. in Ein.	1.945.000,00	2.547.881,56	602.881,56	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040106	Eingl.-Hilfe f.seelisch beh. Kinder (b15	533120	Leist.Jugendh.an natürl.Pers.außer.Ein.	214.000,00	288.545,85	74.545,85	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040106	Eingl.-Hilfe f.seelisch beh. Kinder (b15	533136	Jugendhilfe a.v.E.-ambul.+flexible Hilfe	0,00	1.294.892,37	1.294.892,37	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040106	Eingl.-Hilfe f.seelisch beh. Kinder (b15	533220	Leist. Jugendh. an natürl. Pers. in Ein.	1.580.000,00	691.511,42	-888.488,58	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040107	Hilfe f. jg.Volljähr. i.Verb.m.se (b15)	533136	Jugendhilfe a.v.E.-ambul.+flexible Hilfe	100.000,00	442.203,67	342.203,67	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040107	Hilfe f. jg.Volljähr. i.Verb.m.se (b15)	533220	Leist. Jugendh. an natürl. Pers. in Ein.	250.000,00	1.106.569,71	856.569,71	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006040200	Jugendarbeit/ Jugendschutz (bis 2015)	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	162.000,00	985.448,00	823.448,00	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040200	Jugendarbeit/ Jugendschutz (bis 2015)	531802	Aufw.f.Zusch.a.übr.Ber. -offene Einricht.	621.470,00	753.316,73	131.846,73	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040202	Jugend stärken im Quartier (b2015)	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	200.000,00	0,00	-200.000,00	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
320006040400	Prävent., Vereinbar- ungen, Kontrakte (b2015)	531806	Aufw.f.Zusch.a.übr.Ber. -Schulsoz.Arbeit	875.270,00	1.000.574,69	125.304,69	Siehe ausführliche Erläuterung "Abweichung Deckungsring Jugend“
340007010100	Gesundheits- förderung (b15)	539130	Krankenhausumlage	2.412.770,00	2.464.330,00	51.560,00	Durch das Land NRW wird die Umlage jährlich neu festgesetzt. Die Höhe der Umlage kann immer nur durch Schätzungen erfolgen
540009020158	Lirich - soziale Stadt	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	964.570,00	891.823,12	-72.746,88	Mit den Mitteln wurden die Projekte Wohnpark Bebelstraße, Verfügungsfonds sowie private Innenhof- und Fassadengestaltung finanziert. Die Abweichungen betreffen die Teilmaßnahmen "Innenhof- und Fassadengestaltung" sowie "Verfügungsfonds". Die hierfür bereitgestellten Mittel wurden jedoch aufgrund der geringen Nachfrage der privaten Eigentümer bzw. Antragsberechtigten nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.
540009020171	Aktives Ortsteil Zentrum Sterkrade	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	280.000,00	138.976,89	-141.023,11	Aufgrund vergaberechtlicher Rahmenbedingungen und damit verbundenen Fristen wurde erst Mitte 2015 mit der Projektumsetzung begonnen.
540009020190	Städtebaul. Sanierg.u. Entwicklg.	531800	Aufw. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	55.000,00	0,00	-55.000,00	Verschiebung der Teilprojekte Modernisierungsmaßnahmen/Quartiersarchitekt und Klimarelevante Grünstrukturen nach 2016.
950015040700	STOAG GmbH	531500	Aufw. f. Zusch. an verb. U.,Beteil.,SoV.	900.000,00	783.288,00	-116.712,00	Der Mittelabruf durch den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr für gemeinwirtschaftliche Leistungen geringer als erwartet
950015040700	STOAG GmbH	531540	Aufw. Zusch. v. U.,Bet.,S.,STOAG Verlust	11.465.000,00	8.000.000,00	-3.465.000,00	Ergebnisverbesserung aufgrund höherer Betriebserträge bei gesunkenem Betriebsaufwand

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
950015041900	Theater Oberhausen	531500	Aufw. f. Zusch. an verb. U.,Beteil.,SoV.	8.278.130,00	7.983.545,00	-294.585,00	Aufgrund des abweichenden Wirtschaftsjahres des Theaters setzt sich der Ansatz zusammen aus 7/12 des Zuschusses der Stadt Oberhausen gemäß Wirtschaftsplan 2014/15 und 5/12 des Zuschusses gemäß Wirtschaftsplan 2015/16. Die Abweichung ergibt sich aus der geringeren Forderung des Theaters an Abschlagszahlungen zur Liquiditätssicherung im Wirtschaftsjahr 2014/2015 von 136.880 EUR und im Wirtschaftsjahr 2015/2016 von 157.710 EUR, insgesamt also 294.590 EUR. Für den städtischen Haushalt bedeutet es für 2015 eine Einsparung in vor genannter Höhe. Allerdings hat das Theater auf Grundlage der Wirtschaftspläne einen Anspruch auf Zahlung des Betrages bis zur Höhe des Haushaltsansatzes 2015, so dass der Saldo grundsätzlich im Folgejahr, also 2016, überplanmäßig bereitgestellt werden muss.
970001070100	Pressearbeit / Bürgerinfor-mation	531500	Aufw. f. Zusch. an verb. U.,Beteil.,SoV.	175.130,00	0,00	-175.130,00	Irrtümlich wurden die Zuschüsse an die TMO GmbH auf der Kostenart 531500 geplant und bei der Anweisung die Kostenart 531560 verwendet.
970001070100	Pressearbeit / Bürgerinfor-mation	531560	Aufw. Zusch. an verb. U.,Bet.,SoV. - TMO	0,00	175.122,40	175.122,40	Irrtümlich wurden die Zuschüsse an die TMO GmbH auf der Kostenart 531500 geplant und bei der Anweisung die Kostenart 531560 verwendet.
D05000311	DR Soziales (Zeile 15)	div.	div.	51.128.080,00	57.653.672,17	6.525.592,17	Aufgrund eines BSG-Urteils waren in bestimmten Fallkonstellationen höhere Regelbedarfe an volljährige behinderte Menschen im Haushalt ihrer Eltern zu erbringen. Die Leistungsansprüche waren rückwirkend zum 01.01.2013 umzusetzen. Die Mehraufwendungen werden durch eine 100%-ige Bundeserstattung kompensiert. Außerdem stieg die Zahl der in Deutschland Schutz suchenden Asylbewerber/innen und sonstigen Flüchtlinge in 2015 stark an. Die Anstieg und die damit verbundenen Kosten konnten im Voraus nicht geplant werden. Aufwendungen für die Erstaufnahme von Flüchtlingen werden vom Land erstattet.
D05000313	DR Bildungs- und Teilhabe-paket (Zeile 15)	div.	div.	552.390,00	362.980,60	-189.409,40	Unerwartet geringere Inanspruchnahme durch den Kreis der Berechtigten

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D06000321	DR Jugend (Zeile 15)	div.	div.	44.088.590,00	53.320.812,91	9.232.222,91	Die Abweichungen im Deckungsring Jugend resultieren aus einer Vielzahl von Faktoren. Hervorzuheben ist hier die Kostenerstattungspflicht gem. § 86.6 SGB VIII und 89a SGB VIII gegenüber den Gemeinden sowie die Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme, deren Planung durch nicht lineare und nicht vorhersehbare Fallzahlenentwicklungen kaum planbar sind. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass für den Bereich eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wurde, deren Ergebnisse für 2015 in den Haushalt eingestellt worden sind, die notwendigen, organisatorischen Veränderungen jedoch noch nicht durchgeführt wurden.

5.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
101.417.890,00 €	106.103.969,15 €	4.686.079,15 €	4,6

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110001090100	Allgem.Finanz - u.Haushaltsangelegenheiten	547350	Einstellung in Pauschalwertberichtigung	0,00	493.392,93	493.392,93	Nicht planbare Aufwendungen für Pauschalwertberichtigungen (allgemeine Risikoprüfung einzelner Forderungen anhand der statistischen Ausfallquote aus Vorjahren)
110001090300	Stadtkasse	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	279.106,00	279.106,00	Die Aufwendungen resultieren aus kaufmännisch ausgebuchten Nebenforderungen (Mahngebühren/Säumniszuschläge) deren dazugehörige Hauptforderungen auf Beschluss des zuständigen Beschlussgremiums bereits kaufmännisch ausgebucht wurden.
110011020200	Abfallbe-seitigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	96.084,97	96.084,97	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes.
110011020200	Abfallbe-seitigung	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	677.278,10	677.278,10	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110011030100	Abwasser-beseitigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	543.304,98	543.304,98	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes.
110012050100	Straßen-reinigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	95.572,35	95.572,35	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes.
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	1.172.300,06	1.172.300,06	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110016010100	Steuer,allgem. Zuweisg.u. allgem. Umlagen	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.092.752,00	1.092.752,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
130001130200	Bebaute Grundstücke (bis 2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	5.000,00	154.112,89	149.112,89	Buchverlust beim Verkauf des Gebäudes Edmundstraße 24. Dieser Ansatz war im Vorfeld nicht planbar.
310006010107	U3-Maßnahmen freier Träger	549150	Andere sonstige ordentliche Aufwendungen	264.560,00	767.382,89	502.822,89	Rechnungsabgrenzung der Investitionskostenzuschüsse, Verteilung anhand der Zweckbindungsjahre, Planung nicht möglich
310006010190	Kindergärten	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	54.324,33	54.324,33	Nicht planbare Aufwendungen für Einzel-wertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds. Arbeits. (bis 2015	546115	Leist.bet.Umsetz. Grunds. Arbeitssuch.-Wo	735.000,00	301.908,54	-433.091,46	Im Bereich der Wohnungsbeschaffung ist hinsichtlich des Jahresergebnisses folgendes zu berücksichtigen: Im Sommer 2015 wurde A2LL (Anwenderprogramm der Leistungsabteilungen) durch das Programm ALLEGRO abgelöst. Durch die Erfassung im System ALLEGRO ist eine Verschiebung der Kosten zwischen den Sachkonten 546115 und 546155 zu erkennen. Das Problem liegt darin, dass durch A2LL das falsche Sachkonto belastet bzw. nicht belastet wurde.
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds. Arbeits. (bis 2015	546140	Leist.bet.Umsetz. Grunds. Arbeitssuch.-Un	65.000.000,00	65.071.813,96	71.813,96	Anstieg der Bedarfsgemeinschaften; Preissteigerung
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds. Arbeits. (bis 2015	546155	Darlehensw.Übern.-Wohnungsbeschaffung	470.000,00	1.015.906,38	545.906,38	Steigerung der Bedarfsgemeinschaften in der Regel mit erstmaliger Haushaltsführung (da insbesondere der Posten Mietkaution), siehe dazu auch die Erläuterung zur Kostenart 546115
320005010100	Leistg.-Bet.b.d. Grunds. Arbeits. (bis 2015	546180	Darlehensw.Übern.-Unterkunft+Heizung	174.000,00	114.816,23	-59.183,77	Antragsrückgang bei Arbeitsaufnahme, Verweis auf Vorschuss beim AG
320006040201	Koordinier-ungsst. Übergang Schule/B. (b15)	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	10.000,00	81.799,31	71.799,31	
410001100100	Organisation u.allg.Verw.-Angeleg. (b15)	543132	Sonstige Geschäftsaufwendungen	250.000,00	110.793,82	-139.206,18	Organisationsuntersuchungen konnten nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
510009010106	Bauleitplanung	543132	Sonstige Geschäftsaufwen-dungen	150.000,00	27.743,50	-122.256,50	Sukzessiver Abbau langjähriger projektbezogener Verpflichtungen
520009030300	Grundst.-bez. Ordnungsm. u.Grdstbew. (b15)	549145	Geldabfind./Wertausgl. im Umlegungsverf.	150.000,00	58.925,00	-91.075,00	Die Umsetzung einer geplanten Betriebsverlagerung wurde auf Folgejahre verschoben und Geldabfindungen aus Umlegungsplänen konnten nicht im entsprechenden Umfang abgegeben werden.
540009020161	Masterplan Innenstadt	543132	Sonstige Geschäftsaufwendunge n	607.060,00	9.789,34	-597.270,66	Gemäß Ratsbeschluss vom 14.09.2015 wurden die konsumtiven Mittel in den investiven Haushaltsteil umgebucht (siehe Finanzposition785200) Drucksache Nr. B/16/1055-01.
540009020190	Städtebaul.Sa nierg.u. Entwicklg.	543132	Sonstige Geschäftsaufwendunge n	78.000,00	0,00	-78.000,00	Verschiebung der Teilprojekte Modernisierungsmaßnahmen/ Quartiersarchitekt und Klimarelevante Grünstrukturen nach 2016.
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	543132	Sonstige Geschäftsaufwendunge n	450.000,00	4.489,30	-445.510,70	Geplante Planungen / Ingenieuraufträge (z.B. Verkehrsentwicklungsplanung) werden in 2016 beauftragt bzw. fortgeführt.
560012010190	Gemeindestr.u .sonst. öffentl. Verkehrsflä	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	1.000.000,00	247.491,72	-752.508,28	Verschrottung / Rückbau von Straßen oder Lichtsignalanlagen. Abhängig von der Umsetzung der Baumaßnahmen.
560012010290	Kreisstraßen (bis 2015)	543132	Sonstige Geschäftsaufwen-dungen	50.000,00	0,00	-50.000,00	Geplante Planungen / Ingenieuraufträge werden in 2016 beauftragt bzw. fortgeführt
560012010290	Kreisstraßen (bis 2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	140.000,00	21.169,51	-118.830,49	Verschrottung / Rückbau von Straßen oder Lichtsignalanlagen. Abhängig von der Umsetzung der Baumaßnahmen.
560012010390	Landes-straßen (bis 2015)	543132	Sonstige Geschäftsaufwen-dungen	55.000,00	2.178,10	-52.821,90	Geplante Planungen / Ingenieuraufträge (z.B. Verkehrsentwicklungsplanung) werden in 2016 beauftragt bzw. fortgeführt.
560012010490	Bundes-straßen (bis 2015)	543132	Sonstige Geschäftsaufwen-dungen	60.000,00	400,00	-59.600,00	Geplante Planungen / Ingenieuraufträge (z.B. Verkehrsentwicklungsplanung) werden in 2016 beauftragt bzw. fortgeführt.
560012010490	Bundes-straßen (bis 2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	200.000,00	12,53	-199.987,47	Verschrottung / Rückbau von Straßen oder Lichtsignalanlagen. Abhängig von der Umsetzung der Baumaßnahmen.
560012010600	ÖPNV Neubau und Unterhaltung	543132	Sonstige Geschäftsaufwen-dungen	150.000,00	13.375,01	-136.624,99	Geplante Planungen / Ingenieuraufträge (z.B. Verkehrsentwicklungsplanung) werden in 2016 beauftragt bzw. fortgeführt.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010700	Beleuchtung (bis 2015)	543200	Aufw. für die Beschaffung von Festwerten	170.000,00	23.299,93	-146.700,07	Durch Verschiebung von Maßnahmen konnte nur ein Teilbetrag u.a. für Rechnungsanteile Beleuchtung gebucht werden.
810001010101	Ratsangele-genheiten	549135	Fraktionszuwendungen -Personalkosteners.	832.000,00	1.037.694,01	205.694,01	Grundsätzlich stehen Höhe & Umfang der Zuwendungen für die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt fest. Aufgrund von Neu- und Umstrukturierungen (neue Gruppierungen) kam es zu diesem überplanmäßigen Mittelbedarf.
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	542210	Aufw. f. Miete -OGM-	180.000,00	17.689,82	-162.310,18	Ursprünglich sollte die Stadtbibliothek Sterkrade schon Mitte des Jahres 2015 eröffnet werden. Durch die verzögerte Baumaßnahme wurden die neuen Räumlichkeiten erst im Dezember 2015 übergeben. Daher waren geringere Mietzahlungen als geplant in 2015 fällig.
950015041400	OGM GmbH	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	500.000,00	500.000,00	Korrekturbedarf wg. Ausschüttungshemmnissen, siehe Ratsbeschluss Drucksache Nr. B/16/1286-01
D00000005	DR Haftpflichtvers. Bereich 4-6	544155	Haftpflichtversicherungen u.a.	1.180.900,00	876.194,99	-304.705,01	Der Verlauf von Schadenereignissen hat sich günstiger als prognostiziert entwickelt. Aufgrund dessen waren geringere Entschädigungszahlungen zu leisten.
D00000006	DR Gebäudevers. Bereich 4-6	544160	Gebäudeversicherungen u.a.	1.545.590,00	1.392.713,84	-152.876,16	Die Höhe der Versicherungsbeiträge in 2015 hat sich günstiger als prognostiziert entwickelt. Darüber hinaus wurden seitens der Stadt Oberhausen und deren Eigenbetriebe sowie durch die städtischen Tochtergesellschaften weniger beitragspflichtige Versicherungen in Anspruch genommen als erwartet.
D00000007	DR Gerichts-kosten Bereich 4-6	543134	Gerichtskosten u.a.	303.600,00	164.116,14	-139.483,86	Im Rahmen verschiedener Rechtsangelegenheiten sind im Einzelnen weniger Anwaltskosten angefallen, die zu einem geringeren als ursprünglich geplanten Bedarf geführt haben.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D00000011	DR Grundbesitz-abgaben	544110	Grundbesitzabgaben	50.000,00	112.256,45	62.256,45	Ab 2014 werden die Grundbesitzabgaben aus 581195/ILV gezahlt. Bei der Umstellung ist nicht berücksichtigt worden, dass teilweise Grundbesitzabgaben nicht an die Stadt gezahlt werden und das Konto 581195 in diesen Fällen nicht genutzt werden kann. Daher wurde nachträglich für das Sachkonto 544110 ein Ansatz gebildet, der aus Vereinfachungsgründen komplett beim Produkt 011302/bebauter Grundbesitz eingestellt wurde. Die Höhe des benötigten Ansatzes hat sich erst im Laufe des Jahres 2015 herausgestellt.
D00000012	DR Mieten (Zeile 16)	div.	Mieten	4.349.120,00	4.643.819,11	294.699,11	Erheblich höhere Aufwendungen beim Produkt Hilfe für Asylbewerber durch Anmietung von Flüchtlingswohnungen.
D01110002	DR Schadensfälle	div.	div.	1.000.000,00	1.393.871,07	393.871,07	Der Verlauf von Schadenereignissen hat sich ungünstiger als prognostiziert entwickelt. Aufgrund dessen waren durch den Fachbereich 4-6-30 höhere Entschädigungszahlungen zu leisten.
D05000312	DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter (Zeile 16)	div.	div.	71.595.980,00	71.809.010,52	213.030,52	Die Steigerung ist auf den Anstieg der Bedarfsgemeinschaften und auf den Preisanstieg zurück zu führen. Bei den kostenintensiven Einzel BG war erneut ein Zuwachs von 2,56 % zu verzeichnen. Diese generieren sich unter anderem aus bestehenden BG´s (Trennungen und Scheidungen), in der Regel mit erstmaliger Haushaltsgründung, in besonderem Maße aus U25 Auszug , aus dem elterlichen Haushalt und Stichwort Flucht und Asyl. Hier begründet sich im Wesentlichen auch der Anstieg bei den Kosten für Unterkunft und Erstausstg. für Wohnungen/ Haushaltsgeräte.
D06000321	DR Jugend (Zeile 16)	div.	div.	31.150,00	89.543,23	58.393,23	Die Abweichungen im Deckungsring Jugend resultieren aus einer Vielzahl von Faktoren. Hervorzuheben ist hier die Kostenerstattungspflicht gem. § 86.6 SGB VIII und 89a SGB VIII gegenüber den Gemeinden sowie die Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme, deren Planung durch nicht lineare und nicht vorhersehbare Fallzahlenentwicklungen kaum planbar sind. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass für den Bereich eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wurde, deren Ergebnisse für 2015 in den Haushalt eingestellt worden sind, die notwendigen, organisatorischen Veränderungen jedoch noch nicht durchgeführt wurden.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D40000000	DR Fremd-leistungen PG Intern. Bez.	div.	div.	22.800,00	110.838,84	88.038,84	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.
D40000008	DR Fremd-leistungen Bereich 0-8	div.	div.	384.810,00	479.088,48	94.278,48	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D40000014	DR Fremd-leistungen Bereich 1-4	div.	div.	3.836.950,00	4.126.689,99	289.739,99	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.
D40000022	DR Fremd-leistungen Bereich 2-2	div.	div.	121.440,00	34.682,38	-86.757,62	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D40000024	DR Fremd-leistungen Bereich 2-4	div.	div.	282.970,00	401.875,54	118.905,54	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.
D40000032	DR Fremd-leistungen Bereich 3-2	div.	div.	313.630,00	758.647,91	445.017,91	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
D40000045	DR Fremd-leistungen Bereich 4-5	div.	div.	92.930,00	253.697,43	160.767,43	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.
D40000056	DR Fremd-leistungen Bereich 5-6	div.	div.	100.020,00	162.629,20	62.609,20	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zu damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.

5.2.7 Ordentliche Aufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
691.418.500,00 €	713.741.116,68 €	22.322.616,68 €	3,2

5.3 ordentliches Ergebnis

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
17.307.450,00 €	578.677,14 €	-16.728.772,86 €	-96,7

5.4.1 Finanzerträge

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
1.246.920,00 €	1.245.335,49 €	-1.584,51 €	-0,1

5.4.2 Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
45.356.790,00 €	35.812.570,41 €	-9.544.219,59 €	-21,0

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110016010200	Sonst. allgem. Finanz-wirtschaft	551700	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	13.300.000,00	11.520.521,18	-1.779.478,82	Die geringeren Zinsaufwendungen sind der Tatsache geschuldet, dass der Kreditansatz für 2015 nicht voll ausgeschöpft wurde sowie Neuaufnahmen und Umschuldungen zinsgünstiger als erwartet abgeschlossen wurden.
110016010200	Sonst. allgem. Finanz-wirtschaft	551702	Zinsaufw.a. Kreditinstitute-Liquiditätsk.	30.860.000,00	22.886.888,38	-7.973.111,62	Die Abweichung resultiert aus Interventionsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Aufrechterhaltung des Interbankenhandels, in deren Folge die Zinssätze für Kredite beträchtlich sanken.
110016010200	Sonst. allgem. Finanz-wirtschaft	559900	Sonstige Finanzaufwendungen	153.390,00	297,71	-153.092,29	Entgegen der Erwartung musste der Ansatz für Strafzinsen bzw. für Erstattungen von Sanierungsausgleichszahlungen nur zweimal im Jahr 2015 in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen werden.
950015042300	OVP mbH	551100	Zinsaufwendungen an das Land	0,00	369.118,11	369.118,11	Nach Entscheidung des OLG Düsseldorf musste ein Landeszuschuss auf Grundlage einer ausgereichten Bürgschaft verzinst zurückgezahlt werden.

5.5 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen

5.5.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2015

Überplanmäßige /außerplanmäßige Aufwendungen sind nur im Rahmen des § 83 GO NRW bewilligt worden. Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, die durch den Kämmerer bewilligt wurden (bis 100 TEUR), sind dem Rat zur Kenntnis gegeben worden.

Die Kenntnisnahmen erfolgten in den Ratssitzungen am:

22.06.2015, 14.09.2015, 14.12.2015 und 14.03.2016

Im Ergebnisplan 2015 wurden insgesamt (einschl. der erheblichen überplanmäßigen /außerplanmäßigen Aufwendungen, denen der Rat der Stadt zugestimmt hat) überplanmäßigen / außerplanmäßigen Aufwendungen wie folgt bewilligt:

überplanmäßige – Aufwendungen	**Deckung**	**ohne Deckung**
32.075.627 €	13.951.926 €	18.123.701 €

außerplanmäßige – Aufwendungen	**Deckung**	**ohne Deckung**
5.050.546 €	530.920 €	4.519.626 €

Gesamtsumme
37.126.173 €

Die tatsächliche Inanspruchnahme von insgesamt 34.401.365,15 EUR ergab sich wie folgt:

überplanmäßige Aufwendungen	29.642.492,02 EUR
außerplanmäßige Aufwendungen	4.758.873,13 EUR

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
1	**Innere Verwaltung**	**110001090200 Steuern u. grundstücksbezogene Benutzungsgebühren (DR Fremdleistungen Bereich 1-1)**	**543115**	**FL Postaufwendungen**	**30.000,00**	**9.156,36**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert.
2	**Innere Verwaltung**	**110001090300 Stadtkasse**	**543158**	**Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr**	**8.100,00**	**8.100,00**	Für die aufwandsmäßige Abbildung der Kontoführungsgebühren des Hauptgeschäftskontos 148148 für den Monat Dezember 2015 standen sowohl bei der nebenstehenden Haushaltsposition als auch im produktgruppenspezifischen Deckungsring (D01090001) keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung. Der erhöhte Ressourcenverbrauch ergibt sich insbesondere durch die von einem ortsansässigen Geldinstitut vorgenommene Erhöhung der Postengebühren beim Girokonto 119990 aufgrund der im Jahr 2015 stark angestiegenen Anzahl von einzulösenden Schecks durch Flüchtlings- bzw. Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Darüber hinaus wurde das Drucken von speziellen vom Bereich 3-2/ Soziales benötigten Scheckvordrucken notwendig, wodurch das geplante Budget zusätzlich überschritten wurde. Eine überplanmäßige Mittelbereitstellung war daher erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
3	**Innere Verwaltung**	**110001090300 Stadtkasse**	**543158**	**Aufwendungen für übrige betriebliche Aufwendungen - Bankverkehr**	**3.000,00**	**3.000,00**	Für die aufwandsmäßige Abbildung der Kontoführungsgebühren des Hauptgeschäftskontos 148148 für den Monat Dezember 2015 wurde mit Verfügung vom 14.01.2016 einen überplanmäßigen Aufwand über 8.100,00 EUR beantragt. Wie sich jedoch herausstellte, existierten im Fachbereich 1-1-60 noch Rechnungen von Gerichtsvollziehern, die das Jahr 2015 betrafen sowie im Fachbereich 1-1-50 Bedarf für Rückstellungsbuchungen für Saldenbestätigungen. Hierfür standen keine Mittel mehr in dem Deckungsring (D01090001) zur Verfügung. Daher wurde ein weiterer überplanmäßiger Aufwand in Höhe von 3.000,00 EUR für den Deckungsring beantragt.		
4	**Innere Verwaltung**	**110011030100 Abwasserbeseitigung**	**531300**	**Aufwendungen für Zuwendungen an Zweckverbände**	**35.125,00**	**35.125,00**	Mit Beschluss vom 14.12.2015 hat der Rat der Stadt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 933.440 EUR für Zuwendungen an Zweckverbände (hier: Ruhrverband, Emschergenossenschaft, Landesumweltamt) zugestimmt. Der Ruhrverband hat der Stadt Oberhausen mit Schreiben vom 17.12.2015 einen berichtigten Beitragsbescheid 2015 übersandt. Begründet wurde die Korrektur des ursprünglichen Beitragsbescheides vom 15.10.2015 mit einer fehlerhaften Datenübernahme der den Beitragsbescheiden 2013 und 2014 zugrundeliegenden Planansätze in das Jahr 2015. Demzufolge hatte die Stadt Oberhausen eine Nachzahlung von insgesamt 35.135,00 EUR zu leisten.	B/16/1496-01	
5	**Innere Verwaltung**	**130001130100 Unbebaute Grundstücke (DR Fremdleistungen Bereich 1-3)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**4.500,00**	**1.373,84**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
6	**Innere Verwaltung**	**130001130100 Unbebaute Grundstücke**	**523500**	**Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen**	**250.000,00**	**245.660,00**	Bis Ende Januar 2015 wurde im Falle einer Grundstücksveräußerung unter Beteiligung der OGM GmbH das Gesamtkaufgeld (Grundstück zzgl. Bearbeitungskosten) zunächst investiv bei der Finanzposition 682100 (Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden) vereinnahmt. Durch anschließende Umbuchung der im Gesamtkaufgeld enthaltenen Bearbeitungskosten auf das konsumtive Ertragskonto 446114 (Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte Bearbeitungskosten) konnte mittels entsprechender Zweckbindung sichergestellt werden, dass eine Rechnungsbegleichung aus dem Aufwandskonto 523500 (Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen) möglich wurde. Ungeachtet der vorangegangenen Beteiligung der für die buchungstechnische Abwicklung zuständigen Abteilung bei der OGM GmbH – Finanzen, Rechnungswesen, NKF – hat sich aufgrund einer dortigen Detailprüfung herausgestellt, dass die bis dahin praktizierte Vorgehensweise nicht mit der Gemeindehaushaltsverordnung in Einklang steht. Um der gegenüber der OGM GmbH entstandenen Zahlungsverpflichtung für die von ihr erbrachten Leistungen nachkommen zu können, musste das im Beschlussvorschlag genannte Aufwandsbudget sukzessive bei der Kostenart 523500 eingebucht werden. Die Höhe des im Haushaltsjahr 2015 entstandenen Gesamtaufwandes war erst mit Abschluss des Haushaltsjahres konkret zu beziffern, so dass die komplette außerplanmäßige Mittelbereitstellung erst zu einem späten Zeitpunkt beschlossen werden konnte. Diese Verfahrensweise wurde auch deshalb gewählt, um u. a. etwaige mehrfache unterjährige Nachfinanzierungen zu vermeiden. Somit wurde der Gesamtsachverhalt mit allen finanztechnischen Auswirkungen für das betreffende Haushaltsjahr 2015 in einer Vorlage abschließend dargestellt.	B/16/1499-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
7 a	**Innere Verwaltung**	**130001130200 Bebaute Grundstücke (DR Einheitspreise Bereich 1-3)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**2.500,00**	**2.500,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für EP Druck und Grafik. Zur Begleichung der ausstehenden monatlichen Rechnungen von der OGM GmbH war unter Berücksichtigung des Rechnungsergebnisses 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
7 b	**Innere Verwaltung**	**130001130100 Unbebaute Grundstücke (DR Einheitspreise Bereich 1-3)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**2.500,00**	**1.107,84**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
8	**Innere Verwaltung**	**130001130200 Bebaute Grundstücke (DR Grundbesitzabgaben)**	**544110**	**Grundbesitzabgaben**	**62.260,00**	**62.256,45**	Steuern und Gebühren für städtische Liegenschaften sind grundsätzlich im Rahmen interner Leistungsbeziehungen darzustellen. Zum Haushalt 2014 ist diese Vorgabe, resultierend aus einem Arbeitskreis NKF der Bezirksregierungen, des Ministeriums für Inneres und Kommunales und der GPA NRW am 14.12.2011, erstmalig umgesetzt worden. Allerdings ist zu beachten, dass neben den Steuern und Gebühren noch Kosten anfallen, die nicht in den Bescheiden zu den Grundbesitzangaben enthalten sind, sondern direkt an Dritte gezahlt werden. Diese Kosten für Containergestellung, Erstattung von anteiligen Grundbesitzabgaben u.ä. konnten jedoch zum Haushaltsplan 2015 noch nicht genau beziffert werden.		
9	**Innere Verwaltung**	**130001130200 Bebaute Grundstücke**	**529136**	**LVZ 10 Unterhaltung Grün-/ Freiflächen**	**1.600.000,00**	**1.571.801,24**	Wiederherstellung des ursprünglichen Haushaltsansatzes im LVZ 10 Unterhaltung und Instandsetzung von Grün- und Freiflächen. Siehe Ratsbeschluss vom 18.05.2015.	B/16/0831-01	
10	**Innere Verwaltung**	**130001130200**	**524161**	**FL Energiemanagement**	**569.420,00**	**400.172,53**	Das Gesamtbudget OGM ist auf eine Vielzahl von Kostenarten verteilt, um der differenzierten OGM-Struktur gerecht zu werden. Die neue Vertragsgestaltung im Jahr 2014 machte es aufgrund fehlender Erfahrungswerte allerdings nahezu unmöglich, eine realistische Verteilung des Gesamtbudgets auf einzelne Kostenarten bis zur Einbringung des Haushaltsplans 2015 im November 2014 vorzunehmen. Somit war abzusehen, dass es bei der Bewirtschaftung zu Verschiebungen innerhalb des Gesamtbudgets OGM kommen würde, die überplanmäßige Aufwendungen implizieren. Im konkreten Fall sind zur Deckung von solchen überplanmäßigen Aufwendungen potentielle Einsparungen bei der Kostenart 524161 - FL Energiemanagement, herangezogen worden. Bis einschließlich des 3. Quartals 2015 ergab die Hochrechnung bei dieser Position im Rahmen des Haushaltscontrollings eine prognostizierte Minderaufwendung von rd. 730.000 EUR. Zum Jahresende hin haben sich jedoch noch unerwartete Aufwendungen ergeben, die auf die verstärkte Zuwanderung von Asylsuchenden zurückzuführen sind. Dadurch stand die kalkulierte Einsparung dem Grunde nach nicht zur Verfügung, sodass hier nun umgekehrt rd. 570.000 EUR überplanmäßig bereitgestellt werden mussten. Die Mehraufwendungen konnten indes nicht mehr durch Einsparungen in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP-Maßnahme 135D gedeckt werden. Das Gesamtbudget OGM ist durch die unmittelbaren Auswirkungen der Flüchtlingskrise erheblich überschritten.	B/16/1495-01	Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
11	**Innere Verwaltung**	**130001130200 Bebaute Grundstücke**	**529130 529132 529134 529138**	**LVZ 6 Energiemanagement LVZ 7 Grundstücks- und Mietwesen LVZ 8 Gebäude- /Glas- /Sonderreinigung LVZ 9 Haustechnischer Dienst**	**2.260.500,00**	**2.233.494,48**	Die Aufwendungen sind durch nicht vorhersehbare Veränderungen nach Planung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2015 entstanden, die bereits Mitte des Jahres 2014 erfolgte. Bei den Leistungsverzeichnissen 6 und 7 ist die relativ geringe Kostensteigerung auf zusätzliche Entgelte für die Verwaltung von Flüchtlingswohnungen zurückzuführen. Die gestiegenen Reinigungskosten beim LVZ 8 sind auf zusätzliche Reinigungen in Flüchtlingsunterkünften sowie auf die an den Grundschulen durchgeführten Zweitreinigungen der Sanitärbereiche zurückzuführen. Beim Haustechnischen Dienst konnten geplante Einsparungen durch die Aufgabe von Schulen nicht realisiert werden, da diese Standorte zu Flüchtlingsunterkünften hergerichtet wurden. Außerdem mussten weitere Gebäude (Sporthalle Landwehr, Turnhalle Eschenstraße, Vennepothschule) durch den Haustechnischen Dienst betreut werden. Im Zusammenhang mit den Flüchtlingsstandorten haben sich auch die aus dem LVZ 9 zu begleichenden Speditionskosten von 2014 nach 2015 fast verdoppelt. Insbesondere hat aber der Haustechnische Dienst mit 24-stündiger Verfügbarkeit an Flüchtlingsunterkünften sowie ein teilweise notwendiger zusätzlicher 24-stündiger Wachdienst zu dieser bei der Haushaltsplanung nicht absehbaren Kostenentwicklung geführt.	B/16/1501-01	
12	**Innere Verwaltung**	**130001130200 Bebaute Grundstücke**	**529138**	**LVZ 9 Haustechnischer Dienst**	**2.500,00**	**2.500,00**	Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung vom 15.12.2014 beschlossen, einen Ratsbürgerentscheid zum Infrastrukturprojekt "Bau der Linie 105" durchzuführen. Einhergehend mit diesem Beschluss den Bürgern der Stadt Oberhausen den direkten demokratischen Weg zu ermöglichen, sind bei den für die Abstimmung notwendigen Rahmenbedingungen entsprechende Aufwendungen entstanden. Ein Teilbetrag in Höhe von 2.500 EUR ist im Rahmen des haustechnischen Dienstes angefallen, da zur Durchführung einer angemessenen Stimmabgabe auch Hausmeister ihre Tätigkeiten an verschiedenen Schulen wahrnehmen mussten. Der Rat der Stadt Oberhausen hat der überplanmäßigen Mittelbereitstellung im beschriebenen Umfang in der gleichen Sitzung bereits zugestimmt. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war die Haushaltsplanung für das Jahr 2015 bereits abgeschlossen und der Aufwand des Ratsbürgerentscheids konnte nicht mehr in die Planung mit aufgenommen werden. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung war unabweisbar, da die Leistungen seitens der OGM GmbH erbracht und in Rechnung gestellt wurde. Siehe Ratsbeschluss vom 15.12.2014.	B/16/0427-02	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
13 a	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen (DR Fremdleistungen PG Int. Beziehungen)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**52.080,00**	**52.080,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für Beschaffungen. Zur Wiederherstellung des aus der mittelfristigen Finanzplanung abgeleiteten Haushaltsansatzes in Höhe von 71.110 EUR war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
13 b	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen (DR Fremdleistungen PG Int. Beziehungen)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**2.327,00**	**2.327,00**	Im Rahmen der Planung der diesjährigen Jugendbegegnung "MULTI" war der Aufenthalt mehrerer Oberhausener Schülerinnen und Schülern in der Ukraine (Saporoshje) beabsichtigt. Aufgrund der politischen Ereignisse vor Ort entschied man jedoch, die diesjährige Jugendbegegnung in der Ukraine nicht stattfinden zu lassen und stattdessen einen Aufenthalt ukrainischer Schüler in Oberhausen zu organisieren. In der Zeit vom 02. bis 12.10.2015 fand der diesjährige Jugendaustausch demnach entgegen der Planung in Oberhausen statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland zweckgebundene Gelder überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (u. a. Flugtickets, Transfers) entsprechend abgedeckt werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
13 c	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen (DR Fremdleistungen PG Int. Beziehungen)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**16.200,00**	**16.200,00**	Im Zusammenhang mit der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ in diversen europäischen und nichteuropäischen Ländern sind entgegen der Planung unerwartet hohe Flug- und Transferkosten entstanden. Darüber hinaus sollte der Jugendaustausch mit der Ukraine 2015 nicht in Deutschland stattfinden. Aufgrund nicht ausreichender Mittel der Verantwortlichen vor Ort bzw. der politischen Ereignisse in der Ukraine hat man sich jedoch kurzfristig dazu entschieden, den Austausch mit der ukrainischen Jugendgruppe in Deutschland zu organisieren. Dies führte ebenfalls zu nicht geplanten Mehraufwendungen. Zur Finanzierung und Abwicklung der „MULTI“ wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland Zuschüsse in nicht geplanter Höhe überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (Flugtickets, Transfers) entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
13 d	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen (DR Fremdleistungen PG Int. Beziehungen)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**7.200,00**	**7.200,00**	Im Zusammenhang mit der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ in diversen europäischen und nichteuropäischen Ländern sind entgegen der Planung unerwartet hohe Flug- und Transferkosten entstanden. Darüber hinaus sollte der Jugendaustausch mit der Ukraine 2015 nicht in Deutschland stattfinden. Aufgrund nicht ausreichender Mittel der Verantwortlichen vor Ort bzw. der politischen Ereignisse in der Ukraine hat man sich jedoch kurzfristig dazu entschieden, den Austausch mit der ukrainischen Jugendgruppe in Deutschland zu organisieren. Dies führte ebenfalls zu nicht geplanten Mehraufwendungen. Zur Finanzierung und Abwicklung der "MULTI" wurden u.a. vom Landschaftsverband Rheinland Zuschüsse in nicht geplanter Höhe überwiesen. Damit die ungeplanten Mehraufwendungen (Flugtickets, Transfers) entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
13 e	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen (DR Fremdleistungen PG Int. Beziehungen)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**11.300,00**	**10.231,84**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem 1. Quartal 2014 jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
14	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen**	**543132**	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	**300,00**	**300,00**	Im Rahmen der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ wurden in Kooperation mit einer Privatfirma T-Shirts erstellt und bedruckt. Unter anderem finanzierte ein regionales Geldinstitut die durchgeführte Aktion anteilig mit einem zweckgebundenen Zuschuss in nebenstehender Höhe. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
15	**Innere Verwaltung**	**400001150101 Internationale Begegnungen**	**543132**	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	**524,00**	**524,00**	Im Rahmen der Durchführung der diesjährigen Jugendbegegnung „MULTI“ sind während des Aufenthaltes in der Türkei vom 27.06. - 12.07.2015 sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer erkrankt und mussten vor Ort stationär behandelt werden. Die entstandenen Kosten für den Krankenhausaufenthalt sind der Stadt Oberhausen als Veranstalter in Rechnung gestellt worden, wurden jedoch von einer Krankenversicherung in voller Höhe erstattet. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
16	**Innere Verwaltung**	**410001080300 Personalabrechnung und -verwaltung (DR Personal)**	**501100 501200 502200 514100 511100**	**Bezüge der Beamten Tariflich Beschäftigte Zusatzversorgung Beihilfe f. Vers.empf. Versorgungsbezüge**	**2.676.000,00**	**1.892.620,12**	Mehraufwendungen bei den Personalkosten der Kernverwaltung. Zum Beispiel: Nachwirkung der im November 2014 vom Landtag NRW beschlossenen gesetzl. Änderung der Beamtenbesoldung für den gehobenen / höheren Dienst ab Besoldungsgruppe A 11, Nachwirkung von Neueinstellungen zum Jahresende 2014 und Einstellungen 2015 beim Kinderpädagogischen Dienst (27 Stellen), Überdurchschnittlich hoher Beihilfeaufwand.	B/16/1177-01	Die für überplanmäßige Mittel prognostizierten Mehraufwendungen für Nachwirkungen der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen und Stellenbesetzungen im KITA-/Asyl-/Flüchtlingswesen sind nicht in voller Höhe ausgeschöpft worden.
17	**Innere Verwaltung**	**410001100100 Organisation und allgemeine Verwaltungsangelegen-heiten (DR Fremdleistungen Bereich 4-1)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**32.000,00**	**21.605,56**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
18	**Innere Verwaltung**	**410001100200 IT, Server, Strategie (DR Einheitspreise Bereich 4-1)**	**529140**	**EV IT- und TK - Dienste**	**44.000,00**	**16.273,12**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Darüber hinaus wurde die prozentuale Preissteigerung der einzelvertraglich geregelten Pauschale für IT- und TK-Dienste der OGM GmbH im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 irrtümlich nicht zugrunde gelegt. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe somit erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
19	**Innere Verwaltung**	**460001110200 Sach- und Haftpflichtver-sicherungen, Aufsichtsangelegen-heiten (DR Schadensfälle)**	**544151**	**LVZ 5 Leistungen zur Beseitigung von Versicherungsschäden**	**400.000,00**	**400.000,00**	Die Mittel waren u.a. erschöpft, weil durch eine Vielzahl von bisher in den Jahren 2014 und 2015 eingetretenen Schadensfällen im Bereich der Sachversicherungen, insbesondere bei den Risiken Leitungswasser, Sturm (ELA vom 09.06.2014) und Glas aber auch beim Einbruch und Feuer Risiko im Vergleich zu den Vorjahren ein erhöhtes Schadensaufkommen entstanden ist. Zu nennen ist hier insbesondere ein Brandschaden in der Betriebsstelle Westfriedhof (Schadenhöhe ca. 225.000 EUR). Die im Zusammenhang mit der Schadensbeseitigung seitens der OGM GmbH erbrachten Leistungen wurden der Stadt Oberhausen von der OGM GmbH gem. LVZ 5 in Rechnung gestellt und sind unverzüglich zu bezahlen.	B/16/1178-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
20	**Innere Verwaltung**	**460001110300 Ordnungswidrigkeiten (DR Einheitspreise Bereich 4-6)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**50.000,00**	**43.622,75**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, wurde zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
21 a	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten (DR Einheitspreise Bereich 0-1)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**12.000,00**	**12.000,00**	Eine Vielzahl von Druckaufträgen für Sitzungsniederschriften, darunter für den Rat sowie diverse Ausschüsse, die das Jahr 2014 betrafen, konnten aufgrund eines Rückstaus in der Bearbeitung erst im Haushaltsjahr 2015 bei der OGM GmbH in Auftrag gegeben werden. Die jeweilige Erstellung und Vervielfältigung der Niederschriften führte dazu, dass das vorgesehene Budget für Druck und Grafik nicht auskömmlich war. Darüber hinaus beschloss der Rat der Stadt im März 2015 eine Änderung des bestehenden Ortsrechts (Hauptsatzung, Geschäftsordnung, Zuständigkeitsordnung), die jedoch im Jahr 2014 bereits zur Beschlussfassung vorgesehen war. Die notwendige Erstellung der Druckvorlagen konnte ebenfalls bei der Planung für das Jahr 2015 nicht berücksichtigt werden. Damit die entstandenen Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
21 b	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten (DR Einheitspreise Bereich 0-1)**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**10.000,00**	**10.000,00**	Eine Vielzahl von Druckaufträgen für Sitzungsniederschriften, darunter für den Rat sowie diverse Ausschüsse, die das Jahr 2014 betrafen, konnten aufgrund eines Rückstaus in der Bearbeitung erst im Haushaltsjahr 2015 bei der OGM GmbH in Auftrag gegeben werden. Die jeweilige Erstellung und Vervielfältigung der Niederschriften führte im Haushaltsjahr 2015 dazu, dass das vorgesehene Budget für Druck und Grafik nicht auskömmlich war. Darüber hinaus wurde im Rahmen der aktuellen Asyl- bzw. Flüchtlingssituation und der Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum eine große Anzahl von Oberhausener Hauseigentümern angeschrieben. Diese ungeplanten Aufwendungen führten ebenfalls dazu, dass das entsprechende Budget im genannten Deckungsring nicht ausreichte. Damit die Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
21 c	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten (DR Einheitspreise Bereich 0-1)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**1.350,00**	**1.331,91**	Aufgrund der Asyl- und Flüchtlingssituation waren bereits Kosten für Anschreiben an Oberhausener Hauseigentümer hinsichtlich der Bereitstellung von Wohnraum angefallen. Diese nicht geplanten Aufwendungen verringerten jedoch das geplante Budget. Damit Rechnungen für erwartete Sachverhalte beglichen werden konnten, die ursprünglich im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt worden waren, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
22	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten (DR Fremdleistungen Bereich 0-1)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**60.000,00**	**49.857,98**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
23	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten**	**542130**	**Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten - Lohnausfall / Sitzungsgeld**	**40.000,00**	**36.943,39**	Im Rahmen der Haushaltsanmeldung für das Jahr 2015 konnte der Ansatz für die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, insbesondere Lohnausfälle und Sitzungsgelder, nur grob geschätzt werden. Der entstandene Mehrbedarf ist durch nicht vorhersehbare Sachverhalte, die im Rahmen der Planung keine Berücksichtigung mehr finden konnten, entstanden. Darüber hinaus war die angegebene Kostenart im Haushaltsjahr 2015 Bestandteil des produktgruppenspezifischen Deckungsrings des Bereiches 0-1/Stadtkanzlei. Darin werden neben den Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten auch die Sach- bzw. Personalaufwendungen der jeweiligen Fraktionen abgebildet. Durch ebenfalls nicht vorhersehbare Sachverhalte wie die Spaltung der BOB-Fraktion und die Gründung der neuen Gruppe Bürgerliste Oberhausen im Rat sind auch dort erhebliche Mehraufwendungen entstanden, die sich auf den gesamten Deckungsring ausgewirkt haben. Zur fristgerechten Auszahlung des Verdienstausfalls bzw. der Sitzungsgelder an die jeweils betroffenen Mandatsträger war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung daher erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
24	**Innere Verwaltung**	**810001010101 Ratsangelegenheiten**	**549135**	**Fraktionszuwendungen - Personalkostenerstattungen**	**255.000,00**	**205.694,01**	Die Aufwendungen sind durch Veränderungen nach der Planung der Ansätze für das Haushaltsjahr 2015 entstanden, die bereits Mitte des Jahres 2014 erfolgte. Insbesondere geht die Angelegenheit auf geänderte Rahmenbedingungen zurück, die sich im Anschluss an die Kommunalwahl in Form von Mehraufwendungen auf den städtischen Haushalt ausgewirkt haben (Erweiterung der Ratsgruppierungen durch die BOB-Fraktion). Die BOB-Fraktion wurde, genau wie allen anderen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Oberhausen, gemäß § 56 Abs.3 GO NRW aus Haushaltsmitteln Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung gewährt. Darüber hinaus erfolgte im März 2015 die Teilung der BOB-Fraktion in die BOB-Fraktion und die Gruppe Bürgerliste Oberhausen. Die Verringerung der Mitgliederzahl von 5 auf 3 hatte für die BOB-Fraktion nur einen unwesentlichen Einfluss auf die Höhe der zu gewährenden Zuwendung zu den Personal- und Sachkosten in Höhe von insgesamt 151.542 EUR im Jahr 2015. Allerdings waren der Gruppe Bürgerliste Oberhausen zukünftig zusätzlich Zuwendungen zu den Sach- und Personalkosten zu gewähren. Im Geschäftsjahr 2015 betrug der Zuschuss an die Bürgerliste für die Monate März - Dezember insgesamt 102.860,76 EUR.	B/16/1374-01	
25	**Innere Verwaltung**	**810001020100 Steuerungsunterstützung**	**529152**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit**	**30.000,00**	**19.749,24**	Mit Beschluss vom 18.05.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen die Entwicklung eines Konzeptes zur BürgerInnenbeteiligung in Oberhausen beschlossen. Zur konkreten Erarbeitung und Umsetzung dieses Konzeptes waren verschiedene Maßnahmen, darunter die wissenschaftliche Begleitung, Informationsveranstaltungen sowie die Entwicklung einer Web-Seite erforderlich und vom Rat bzw. vom Verwaltungsvorstand beschlossen worden. Unter Berücksichtigung von entsprechend vorliegenden Kostenvoranschlägen wurde ein außerplanmäßiger Betrag in nebenstehender Höhe erforderlich. Da die Mittel im Haushalt 2015 nicht eingeplant werden konnten war eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar.	B/16/0805-01	Die bereitgestellten Mittel wurden nicht in voller Höhe in Anspruch genommen, da durch die prozesshafte Gestaltung einige der geplanten Maßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden konnten.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
26 a	**Innere Verwaltung**	**820001050100 Rechnungsprüfung (DR Fremdleistungen Bereich 0-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**3.900,00**	**3.900,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		
26 b	**Innere Verwaltung**	**820001050100 Rechnungsprüfung (DR Fremdleistungen Bereich 0-2)**	**543115**	**FL Postaufwendungen**	**1.000,00**	**1.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
26 c	**Innere Verwaltung**	**820001050100 Rechnungsprüfung (DR Fremdleistungen Bereich 0-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**260,00**	**257,90**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
27	**Innere Verwaltung**	**820001050100 Rechnungsprüfung (DR Einheitspreise Bereich 0-2)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**3.000,00**	**2.160,08**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteil in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, wurde zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
28	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**543163**	**Aufwendungen für Projektent-wicklungen - Familienbüro**	**16.000,00**	**16.000,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes "Kein Kind zurücklassen", vereinnahmte der Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit wie auch in den Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat das Institut für soziale Arbeit e.V. /Koordinierungsstelle "Kein Kind zurücklassen" 16.000,00 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
29	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529172**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro**	**1.749,00**	**1.749,00**	Verwendung einer zweckgebundenen Zuweisung (Sponsoringgelder) zur Tätigung von ausstehenden Zahlungen im Rahmen der Frauenfilmtage „visuelle“.		
30	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529172**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro**	**1.300,00**	**1.300,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes der Frauenfilmtage „visuelle“ vereinnahmte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Zur Tätigung von ausstehenden Zahlungen im Rahmen dieses Projektes wurden nunmehr von einem Stromversorgungsunternehmen 1.300 EUR zweckgebunden überwiesen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
31	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**543163**	**Aufwendungen für Projektent-wicklungen - Familienbüro**	**11.500,00**	**11.487,46**	Ein Verband sowie eine Stiftung gewährten im Jahr 2014 eine Zuwendung in Höhe von insgesamt 23.000 EUR für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „achtung“. Ein entsprechender Nachweis über die Verwendung der Zuwendungen wurde durch den Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit gewährleistet. Da es sich um ein jahresübergreifendes Projekt handelte, wurden die Gelder im Jahr 2014 nicht vollständig in Anspruch genommen. Damit im Jahr 2015 eine ordnungsgemäße Umsetzung des geförderten Projektes weiterhin erfolgen konnte, wurden die im Jahr 2014 überplanmäßig vereinnahmten Mittel entsprechend bereitgestellt. Zur Sicherstellung eines korrekten Mittelflusses innerhalb der Haushaltsjahre 2014 und 2015 wurden die bereitgestellten Mittel über die Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) passiviert. Da dem erforderlichen Mehraufwand ein zweckgebundener Mehrertrag zugrunde lag und die erhaltenen Zuwendungen ausschließlich für dieses Projekt verwendet werden durften, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar.		
32	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529172**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro**	**1.500,00**	**1.500,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes der Frauenfilmtage „visuelle“ vereinnahmte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat ein Kreditinstitut 1.500 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend getätigt werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
33	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529172**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Familienbüro**	**2.500,00**	**1.696,34**	Im Rahmen der Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages am 08.03.2015 hat der Bereich 0-4/Büro für Chancengleichheit außerplanmäßige Sponsorengelder von einem Kreditinstitut erhalten. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		Die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Sponsorengelder erfolgte nicht in voller Höhe.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
34	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**11.640,00**	**6.350,00**	Seit 2009 ist der Verein SOLWODI (Solidarity with Women in Distress) mit der aufsuchenden Prostitutionsarbeit in Oberhausen tätig. Bis 2011 erfolgte dies im Rahmen eines durch Aktion Mensch geförderten Projektes (Lilja) mittels eines Beratungsbüros in der Blumenthalstraße. Nach Auslaufen dieser Projektförderung konnte ein Minimalangebot "Streetwork" (10 Wochenstunden) mithilfe einer Spendenfinanzierung des Zonta-Clubs Oberhausen sowie der Bereitstellung eines Raumes mit Sachausstattung im Gesundheitsamt Oberhausen sichergestellt werden. Mit Beginn des Jahres 2015 entfiel diese Möglichkeit allerdings aufgrund von Spendenkürzungen, auch hat sich dieses Minimalangebot als nicht ausreichend erwiesen. Des Weiteren kündigte die bisherige Koordinatorin ihre Stelle zum 31.01.2015. Es existierten keinerlei vergleichbare Finanzierungsmöglichkeiten seitens des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA). Auch die bisherige Refinanzierung aus Spendenmitteln des Zonta-Clubs Oberhausen entfiel aufgrund einer Kürzung der Spendengelder um mindestens 50 %. Zusätzlich drohte der Verlust der Arbeitserfolge der bisherigen Netzwerkarbeit. Um eine zeitnahe Wiederaufnahme der Arbeit zu sichern, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Ein entsprechender Beschluss wurde am 23.06.2015 bereits durch den Verwaltungsvorstand gefasst.		Die Inanspruchnahme der überplanmäßig beantragten Mittel bezog sich ausschließlich auf das vierte Quartal 2015, daher wurde nur ein Teilbetrag benötigt.
35	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529165**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit**	**22.325,00**	**12.690,60**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „In Sachen Integration“ hatte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Höhe von 45.020 EUR angefordert. Mit Bescheid vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg waren nunmehr Teilbeträge in Höhe von 22.325 EUR eingegangen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		Die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Sponsorengelder erfolgte nicht in voller Höhe.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
36	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**531810**	**Aufwendungen für Zuschüsse (Frauengesundheit)**	**4.695,00**	**4.695,00**	Im Rahmen der Gewaltprävention erstellte und veröffentlichte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren Infobroschüren. Zur Anfertigung der diesjährigen Neuauflage insbesondere zu den Themen "Stalking" und "Sexualisierte Gewalt" wurden vom Landschaftsverband Rheinland in Kooperation mit dem Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter zweckgebundene Gelder in nebenstehender Höhe vereinnahmt. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
37	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529165**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit**	**25,00**	**25,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „achtung“, vereinnahmte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes hat die Kindertageseinrichtung Freiligrathstraße Gelsenkirchen nunmehr 25,00 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
38	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit (DR Fremdleistungen Bereich 0-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**16.500,00**	**6.164,06**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte nunmehr aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
39	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**3.250,00**	**2.749,87**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes "Mädchenarbeit und Mädchenmerker" vereinnahmte der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie auch in Vorjahren laufend außerplanmäßige Sponsorengelder. Im Rahmen dieses Projektes wurden von Oberhausener Unternehmen nunmehr insgesamt 3.250 EUR zweckgebunden überwiesen. Damit die entsprechenden Mehraufwendungen fristgerecht beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
40	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**543163**	**Aufwendungen für Projektent-wicklungen - Familienbüro**	**13.334,00**	**13.275,38**	Im Rahmen des Projektes „Entwicklung altengerechter Quartiere“ hat der Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit nicht geplante Landeszuweisungen erhalten. In diesem Zusammenhang wurden nunmehr 13.334 EUR zweckgebunden vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter überwiesen. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
41	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529165**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit**	**1.948,00**	**1.948,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „In Sachen Integration“ erwartete der verantwortliche Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren auch im laufenden Haushaltsjahr außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Gesamthöhe von 45.020 EUR. Diese Mittel werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg in mehreren Teilbeträgen projektbezogen überwiesen. Gemäß Mitteilung der Gleichstellungsstelle wurde ein weiterer Teilbetrag in genannter Höhe vereinnahmt. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		
42	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**529165**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Integrationsarbeit**	**7.965,00**	**6.862,39**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes "In Sachen Integration" erwartete der verantwortliche Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit wie in Vorjahren auch im Haushaltsjahr 2015 außerplanmäßige und zweckgebundene Zuweisungen in Gesamthöhe von 45.020 EUR. Diese Mittel wurden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg in mehreren Teilbeträgen projektbezogen überwiesen. Gemäß Mitteilung der Gleichstellungsstelle wurde ein weiterer Teilbetrag in nebenstehender Höhe vereinnahmt. Damit Mehraufwendungen entsprechend beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
43	**Innere Verwaltung**	**840001030100 Büro für Chancengleichheit**	**531829**	**Aufwendungen für Förderung bürgerschaftliche Aktivitäten - Familienbüro**	**1.000,00**	**1.000,00**	Im Rahmen der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung "Gemeinsam engagieren - Barrieren abbauen" wurden von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in NRW (lagfa NRW / Koordinationsbüro c/o Freiwilligenzentrale Hagen e. V.) zweckgebundene Mittel in Höhe von 1.000 EUR zur Verfügung gestellt. Dieser Mehrertrag war in entsprechender Höhe umzusetzen und zur fristgerechten Begleichung von entsprechenden Mehraufwendungen im Rahmen von bürgerschaftlichen Aktivitäten überplanmäßig bereitzustellen.		
44	**Innere Verwaltung**	**920001040100 Personalrat (DR Einheitspreise Bereich 9-2)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**1.000,00**	**66,69**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
45 a	**Innere Verwaltung**	**920001040100 Personalrat (DR Fremdleistungen Bereich 9-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**8.900,00**	**8.900,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Darüber hinaus sah die Rechnungslegung der OGM GmbH im Jahr 2015 die Begleichung der Mietkosten für die Luise-Albertz-Halle im Rahmen der diesjährigen Personalversammlung aus der genannten Kostenart vor. Hierfür wurde irrtümlich in Vorjahren kein Ansatz gebildet. Eine entsprechende Anpassung zum Haushaltsjahr 2016 ff. wurde über die Veränderungsnachweisung sichergestellt. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
45 b	**Innere Verwaltung**	**920001040100 Personalrat (DR Fremdleistungen Bereich 9-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**1.810,00**	**1.804,27**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Darüber hinaus sieht die Rechnungslegung der OGM GmbH im Jahr 2015 die Begleichung der Mietkosten für die Luise-Albertz-Halle im Rahmen der diesjährigen Personalversammlung aus der nebenstehenden Kostenart vor. Hierfür wurden irrtümlich in Vorjahren kein Ansatz gebildet. Eine entsprechende Anpassung zum Haushaltsjahr 2016ff. wird über die Veränderungsnachweisung sichergestellt. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
46 a	**Innere Verwaltung**	**970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation (DR Fremdleistungen Bereich 9-7)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**6.000,00**	**6.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
46 b	**Innere Verwaltung**	**970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation (DR Fremdleistungen Bereich 9-7)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**10.000,00**	**10.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
46 c	**Innere Verwaltung**	**970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation (DR Fremdleistungen Bereich 9-7)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**3.110,00**	**3.107,74**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
47	**Innere Verwaltung**	**970001070100 Pressearbeit / Bürgerinformation (DR Einheitspreise Bereich 9-7)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**1.845,00**	**1.397,16**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
48	**Innere Verwaltung**	**990001020290 Verwaltungsführung**	**543141**	**Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV-Beratung**	**3.500,00**	**3.500,00**	Zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben sich die Städte und Kreise des Ruhrgebiets sowie des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis („Raus aus den Schulden“) zusammengeschlossen. Im Rahmen dieses Aktionsbündnisses haben in den Jahren 2013 und 2014 sogenannte Kämmerersitzungen stattgefunden. Zur wissenschaftlichen Beratung und Begleitung sowie zur Entwicklung von möglichen Handlungsstrategien wurde eine externe Firma beauftragt. Es wurde vereinbart, dass diese ihre Beratungsleistungen den teilnehmenden Kommunen in Rechnung stellt. Dabei handelt es sich um erbrachte Dienstleistungen aus den Jahren 2013 bzw. 2014, entsprechende Ermächtigungen standen in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung. Da die Rechnungslegung jedoch erst im Haushaltsjahr 2015 erfolgte, waren keine ausreichenden Mittel im Haushalt eingeplant. Damit die Mehraufwendungen entsprechend fristgerecht beglichen werden konnten, war der Betrag entsprechend überplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
49 a	**Sicherheit und Ordnung**	**240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u.a. (DR Fremdleistungen Bereich 2-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**95.000,00**	**95.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
49 b	**Sicherheit und Ordnung**	**240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u.a. (DR Fremdleistungen Bereich 2-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**26.365,00**	**14.941,81**	In seiner Sitzung vom 01.02.2016 hat der Hauptausschuss einer Dringlichkeitsentscheidung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung, Drucksache B/16/1444-01, zugestimmt. Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH wurden bereits Mittel in Höhe von 95.000 EUR überplanmäßig bereitgestellt. Da zum Ende des Jahres von Seiten der Zulassungsstelle weitere für den Dienstbetrieb notwendigen Dokumente und Plaketten beschafft werden mussten, wurde der seinerzeit ermittelte Mehrbedarf nochmals überschritten. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe war aufgrund laufender und gültiger Vertragsverhältnisse gegenüber der OGM GmbH erforderlich und unabweisbar.	B/16/1451-01	Bei der Berechnung des noch benötigten Budgets wurde ein falscher IST-Stand zu Grunde gelegt, sodass ein höherer Bedarf ermittelt wurde als tatsächlich benötigt.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
50	**Sicherheit und Ordnung**	**240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u.a.**	**523700**	**Erstattungen an private Unternehmen**	**128.770,00**	**128.767,59**	Im Rahmen des Erweiterungsbaues im Bereich des CentrO-Geländes wurde bei Bohrung eine Anomalie festgestellt, woraufhin nach einer entsprechenden Auswertung die Bezirksregierung Düsseldorf einen Baustillstand empfohlen hat. Die genaue Überprüfung des betroffenen Geländes nahm einen Zeitraum von über 7 Wochen in Anspruch. Dabei ist ein durch die Bauverzögerung bedingter finanzieller Schaden der Bauherrin CentrO entstanden. Da sich der Ursprungsverdacht, dass sich Kampfmittel im Erdreich befinden, nicht bestätigt hatte, ist der entstandene Vermögensschaden der Bauherrin durch die Gemeinde zu erstatten (siehe Runderlass des Innenministeriums vom 09.11.2007). Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen war die überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.	B/16/1147-01	
51	**Sicherheit und Ordnung**	**240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u.a.**	**529100**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen**	**10.000,00**	**1.462,45**	Durch vermehrte Tierfortnahmen durch die Amtsveterinäre aufgrund von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz sind die Unterbringungs- sowie Verpflegungskosten im Tierheim Gelsenkirchen gegenüber den Vorjahren unvorhersehbar gestiegen. Die Mehraufwendungen in Höhe von ca. 32.000 EUR konnten bisher durch anders gelagerte Minderaufwendungen kompensiert werden. Es standen keine ausreichenden Mittel mehr für die Begleichung von Bestattungsrechnungen für ordnungsbehördliche Bestattungen zur Verfügung. Hierbei handelte es sich um eine von den örtlichen Ordnungsbehörden durchzuführende Pflichtaufgabe gemäß § 8 (1) Bestattungsgesetz NRW. Zudem wurden mit den hiesigen Bestattern entsprechende vertragliche Vereinbarungen getroffen, welche nur durch die Rechnungsbegleichung erfüllt werden. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung war daher erforderlich und unabweisbar.		Die erwarteten Mehraufwendungen zum Jahresende sind nicht mehr in der angenommenen Höhe entstanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
52 a	**Sicherheit und Ordnung**	**240002010100 Allgemeine Gefahrenabwehr, Sondergenehmigungen, Umweltzone u.a. (DR Einheitspreise Bereich 2-4)**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**3.320,00**	**3.320,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
52 b	**Sicherheit und Ordnung**	**240002020300 Kirmes (DR Einheitspreise Bereich 2-4)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**5.500,00**	**5.496,55**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
53	**Sicherheit und Ordnung**	**240002020300 Kirmes**	**522100**	**Aufwendungen für Unterhaltung Infrastrukturver-mögen**	**1.000,00**	**41,63**	Bei der Durchführung der diesjährigen Sterkrader Fronleichnamskirmes ist ein Mehraufwand innerhalb der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens entstanden. Die Aufwendungen für die temporären Einrichtungen zur Verkehrsregelung sowie für die Trinkwasserversorgung, welche bei der Durchführung der Großveranstaltung angefallen sind, hatten sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Diese Kostenentwicklung war bei der Planung für den Haushalt 2015, im Jahr 2014, nicht absehbar. Es lagen noch offene Rechnungen von Dienstleistern vor, die mit dem noch verfügbaren Budget nicht abgedeckt werden konnten. Die Kostenart 522100 - Aufwendungen für Unterhaltung des Infrastrukturvermögens - ist in keinem Deckungsring hinterlegt und es gab keine weitere Möglichkeit zur Deckung des Mehrbedarfs im Rahmen eines Mehrertrages oder einer Minderaufwendung innerhalb des Kirmesbudgets. Da es sich um eine vertragliche Verpflichtung handelte und die Leistung bereits erbracht wurde, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar.		Die erwarteten Mehraufwendungen zum Jahresende sind nicht mehr in der angenommenen Höhe entstanden.
54	**Sicherheit und Ordnung**	**240002020300 Kirmes**	**529100**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen**	**3.950,00**	**3.909,15**	Im Nachgang zu einem Unfall auf einem Fahrgeschäft (Karussell) bei der Sterkrader Fronleichnamskirmes im Jahr 2015, wurde von Seiten der Stadt Oberhausen zur vollständigen Aufklärung der Ereignisse und zur Ursachenermittlung der TÜV Nord beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Da die Planung eines solchen Ereignisses zu keinem Zeitpunkt der Haushaltsplanung erwartet werden konnte, war die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in der nebenstehenden Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
55	**Sicherheit und Ordnung**	**240002060100 Tiergesundheit/-schutz**	**523200**	**Erstattungen an Gemeinden (GV)**	**34.380,00**	**34.376,83**	Gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Unterbringung von Fundtieren im Tierheim der Stadt Mülheim an der Ruhr vom 10.11.1977 und der Verpflichtungserklärung des Dezernats 2 vom 16.01.2003 ist die Stadt Oberhausen verpflichtet, die Hälfte des im Verwaltungshaushalts der Stadt Mülheim an der Ruhr ausgewiesenen Zuschussbedarfs zu begleichen. Die Unterbringung, Versorgung und Verwahrung von Fundtieren sind Pflichtaufgaben nach Weisung und dienen der Gefahrenabwehr (Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, BGB). Die Stadt Mülheim an der Ruhr hat mit Schreiben vom 20.11.2015 mitgeteilt, dass der von der Stadt Oberhausen zu zahlende Anteil bei 214.376,83 EUR liegt. Bei der Planung wurde von einem Anteil in Höhe von 180.000 EUR ausgegangen, so dass ein Fehlbedarf in Höhe von 34.380 EUR entstanden ist. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 war dies nicht absehbar. Der erhöhte Aufwand lässt sich unter anderem durch höhere Unterbringungskosten (Miete und Abschreibungen im Zuge der Sanierung und des Umbaus des Tierheims) begründen. Eine genaue Planung für die Jahre 2016 ff. war aufgrund der ungewissen Kostenentwicklung nicht möglich. Da jedoch im Weiteren nicht davon ausgegangen wird, dass die zukünftigen Erstattungen unter 200.000 EUR liegen werden, wurde zum Haushalt 2016 der Ansatz entsprechend von 180.000 EUR auf 200.000 EUR angehoben. Aufgrund der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung war eine Bereitstellung des überplanmäßigen Mittelbedarfs erforderlich und unabweisbar.		
56	**Sicherheit und Ordnung**	**240002060100 Tiergesundheit/-schutz**	**527104**	**Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen**	**21.000,00**	**20.838,83**	Aus tierschutzrechtlichen Gründen erfolgte im Jahr 2015 eine vermehrte Inobhutnahme von Tieren. Zum Beispiel wurde im Januar 2015 ein Haltungsverbot gegenüber einem Pferdebesitzer ausgesprochen. Damit einhergehend wurden 30 Pferde beschlagnahmt. Im Rahmen der artgerechten Unterbringung musste eine entsprechende Infrastruktur geschaffen und die Verpflegung sichergestellt werden. Im gesamten Jahr ist durch solche Maßnahmen ein Fehlbedarf in Höhe von 21.000 EUR entstanden. Zur Einhaltung der tierschutzrechtlichen Rahmenbedingungen war eine Bereitstellung des überplanmäßigen Mittelbedarfs erforderlich und unabweisbar. Die entstandenen Kosten werden im Nachgang gegenüber den Tierhaltern geltend gemacht. Damit wird der entstandene Aufwand im Nachgang refinanziert.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
57 a	**Sicherheit und Ordnung**	**450002130401 Wahlen (DR Einheitspreise Bereich 4-5)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**12.500,00**	**10.928,51**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
57 b	**Sicherheit und Ordnung**	**450002130401 Wahlen (DR Einheitspreise Bereich 4-5)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**12.500,00**	**12.406,48**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
58	**Sicherheit und Ordnung**	**450002130405 Sonstige Wahlen**	**529152 529199 543115 543188**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit FL IT- und TK-Dienste FL Postaufwendungen FL Beschaffungswesen**	**265.400,00**	**265.400,00**	Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung vom 15.12.2014 beschlossen, einen Ratsbürgerentscheid zum Infrastrukturprojekt "Bau der Linie 105" durchzuführen. Einhergehend mit diesem Beschluss, den Bürgern der Stadt Oberhausen den direkten demokratischen Weg zu ermöglichen, sind bei den für die Abstimmung notwendigen Rahmenbedingungen entsprechende Aufwendungen entstanden. Der Bereich Wahlen gliederte den Gesamtbedarf in Höhe von 265.400 EUR wie folgt: - 529152 - Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit 90.400 EUR - 529199 - FL IT- und TK-Dienste 10.000 EUR - 543115 - FL Postaufwendungen 106.000 EUR - 543188 - FL Beschaffungswesen 59.000 EUR - Gesamt 265.400 EUR Der Rat der Stadt Oberhausen hat der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung im beschriebenen Umfang in der gleichen Sitzung bereits zugestimmt. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war die Haushaltsplanung für das Jahr 2015 bereits abgeschlossen und der Aufwand des Ratsbürgerentscheids konnte nicht mehr in die Planung mit aufgenommen werden. Die außerplanmäßige Mittelbereitstellung war unabweisbar, da basierend auf dem Ratsbeschluss Wahlhelfertätigkeiten beansprucht und vertraglich festgelegte Leistungen seitens der OGM GmbH erbracht wurden. Siehe Ratsbeschluss vom 15.12.2014.	B/16/0427-02	
59	**Sicherheit und Ordnung**	**610002150100 Gefahrenabwehr (DR Einheitspreise Bereich 6-1)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**2.970,00**	**1.913,63**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenarten abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
60	**Sicherheit und Ordnung**	**610002150100 Gefahrenabwehr (DR Fremdleistungen Bereich 6-1)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**31.000,00**	**31.000,00**	Die Aufwendungen im Rahmen des Beschaffungswesens im Bereich 6-1/ Feuerwehr sind aufgrund erhöhter Unfall- und kostenintensiverer Reparaturzahlen sowie durch unplanmäßige Beschaffungen von Schutzausrüstungen für die Berufsfeuerwehr als auch für die freiwillige Feuerwehr, höher ausgefallen als seinerzeit geplant. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
61	**Sicherheit und Ordnung**	**610002150200 Abwehr von Großschadenser-eignissen**	**529100**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen**	**76.950,00**	**0,00**	Das Land NRW gewährte im Jahr 2014 eine Zuwendung in Höhe von 76.942,76 EUR für den Ausbau des kommunalen Frühwarnsystems bei Großschadensereignissen. Von Seiten des Landes wurde zugesagt, dass eine Umsetzung der Maßnahme auch im Jahr 2015 erfolgen kann. Ein entsprechender Nachweis war dazu bis zum 31.12.2015 zu erbringen. Im Jahr 2015 sollte die Umsetzung der geförderten Maßnahme durch die Beauftragung einer Firma zur Grundlagenermittlung erfolgen, um festzustellen, an welchen und wie vielen Standorten entsprechende Sirenenanlagen zu installieren sind. Somit waren die im Jahr 2014 überplanmäßig vereinnahmten Mittel im Haushaltsjahr 2015 bereit zu stellen. Damit ein korrekter Mittelfluss innerhalb der Haushaltsjahre 2014 und 2015 stattfinden konnte, wurden die bereitgestellten Mittel über die Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) passiviert. Da dem Aufwand ein zweckgebundener Mehrertrag im Rahmen einer Landesförderung zugrunde lag, der bei einem Nichtverbrauch die Mittel in entsprechender Höhe zurück zu erstatten war und eine künftige Ausstattung öffentlicher Gebäude durch Sirenen im Rahmen der Gefahrenabwehr zwingend notwendig war, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Die voraussichtlich daraus resultierenden investiven Auszahlungen werden frühestens im Haushaltsjahr 2016 anfallen und spätestens zur Veränderungsnachweisung durch die Fachverwaltung bzw. dem Bereich 0-7/ SIM bewertet und angemeldet.		Der Ausbau des kommunalen Frühwarnsystems bei Großschadensereignissen wurde in das Geschäftsjahr 2016 verschoben. Der Auftrag zur Sirenenplanung konnte im Haushaltsjahr 2015 aufgrund von vergaberechtlichen Aspekten nicht vergeben werden. Die Vergabe erfolgt daher erst im Haushaltsjahr 2016.
62	**Sicherheit und Ordnung**	**610002160101 Krankentransporte**	**523800**	**Erstattungen an übrige Bereiche**	**240.000,00**	**141.141,80**	Zum Jahr 2015 wurde die Aufgabe des Krankentransports neu vergeben. Bei der Haushaltsplanung 2015 wurde seinerzeit von einem gesamten Aufwand in Höhe von 1.000.000 EUR ausgegangen. Da die europaweite Ausschreibung erst im Herbst 2014 erfolgen konnte und die Planung des Haushalts 2015 zum gleichen Zeitpunkt abgeschlossen war, konnte nach der späteren Verteilung der einzelnen Zuschläge an die jeweiligen Bewerber keine Planungskorrektur mehr vorgenommen werden. Der tatsächliche Aufwand belief sich im Jahr 2015 auf 1.240.000 EUR. Aufgrund der geschlossenen Verträge mit den einzelnen Leistungserbringern war die überplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar.	B/16/0966-01	Erst zum Ende des HHJ 2015 stellte sich heraus, dass die Vertragspartner nicht umsatzsteuerpflichtig sind. Die geplanten Abschlagszahlungen wurden daher nachträglich reduziert.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
63	**Sicherheit und Ordnung**	**610002160103 Notarzteinsatz**	**549150**	**Andere sonstige ordentliche Aufwendungen**	**36.200,00**	**36.200,00**	Der hiesige Notarztdienst wird durch die in Oberhausen ansässigen Krankenhäuser sichergestellt. Die dabei entstehenden Kosten werden durch die Stadt erstattet. Zusätzlich wird für Großschadensereignisse eine „Leitende-Notarzt-Gruppe“ vorgehalten. Hierfür fallen Aufwandsentschädigungen im Rahmen des Bereitschaftsdienstes sowie für tatsächlich gefahrene Einsätze an. Die im Haushalt 2015 bereitgestellten Mittel in Höhe von 870.000 EUR waren aufgrund erhöhter Notarzteinsätze nicht auskömmlich und es wurde ein überplanmäßiger Mehrbedarf in Höhe von 36.200 EUR erwartet. Der entstandene Mehrbedarf wurde im Nachgang durch entsprechende Gebührenfestsetzungen refinanziert. Eine direkte Deckung des Mehraufwands durch die zu erwartenden Mehrerträge konnte jedoch nicht erfolgen. Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen sowie gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche den Notarztdienst vorschreiben, war die überplanmäßige Mittelbereitstellung notwendig und unabweisbar.		
64	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100 Grundschulen (DR IT- und TK-Dienste, Nutzungsentgelte)**	**527198**	**Aufwendungen für Nutzungsentgelte Ausstattungsgegenstände -OGM-**	**92.340,00**	**92.340,00**	Im Rahmen der HSP Maßnahme Nr. 135 D wurden verwaltungsweit Kürzungen bei den Aufwendungen für Nutzungsentgelte vorgenommen. Dies hatte für den Bereich 1-4/ Schule die Auswirkung, dass ca. 400.000 EUR weniger Mittel für Aufwendungen für Nutzungsentgelte bereitgestellt wurden. Da zum Einen das Ende der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der bereit gestellten Ausstattungsgegenstände noch nicht erreicht wurde und zum Anderen Neuanschaffungen und Ersatzbeschaffungen notwendig waren, waren die zur Verfügung stehenden Mittel für das Haushaltsjahr 2015 nicht auskömmlich. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Jahr 2015 unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
65	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100 Grundschulen**	**521150**	**Aufwendungen für Sanierung, Gebäude- und Grundstücksunterhaltung -OGM-**	**9.387,00**	**9.387,00**	In der Zeit von Juli bis November 2015 wurde auf öffentlichen Spielflächen, auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen und an zwei Grundschulen der notwendige Sand- bzw. Kiesaustausch durchgeführt. Für diese Leistungen stellte die OGM GmbH der Stadt Oberhausen insgesamt einen Betrag von 97.824,16 EUR in Rechnung. Im Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH sind diese Leistungen als "Eventualpositionen" aufgeführt und nach Aussage der OGM GmbH sind die Aufwendungen hierfür nicht durch den bestehenden Leistungsvertrag abgedeckt. Für die durchgeführten Dienstleistungen auf Spielflächen von zwei Grundschulen war ein Betrag in Höhe von 9.387 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen.		
66	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100 u. w. Grundschulen u. w. (DR Einheitspreise Bereich 1-4)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**43.000,00**	**43.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
67	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100 Grundschulen**	**523100**	**Erstattungen an das Land**	**489.046,00**	**489.046,00**	In seiner Sitzung vom 01.02.2016 hat der Hauptausschuss einer Dringlichkeitsentscheidung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung, Drucksache B/16/1375-01, zugestimmt. Im Rahmen des Konjunkturpakets II sowie des Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung wurden vom Land NRW Zuwendungen für entsprechende Umbauten und Ausstattungen gewährt. Mit Ratsbeschluss vom 15.12.2014, Drucksache B/16/0447-01, wurden Schulauflösungen beschlossen. Davon sind auch Schulen betroffen, welche seinerzeit durch die vorgenannten Zuwendungen gefördert wurden. Da laufende Bindungsfristen noch nicht abgelaufen waren, musste von Rückforderungsansprüchen seitens des Landes ausgegangen werden. Die Mittel waren daher in erwarteter Höhe außerplanmäßig zurückzustellen.	B/16/1449-01	
68	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100 Grundschulen (DR Fremdleistungen Bereich 1-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**289.740,00**	**289.740,00**	In seiner Sitzung vom 01.02.2016 hat der Hauptausschuss einer Dringlichkeitsentscheidung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung, Drucksache B/16/1446-01, zugestimmt. Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.	B/16/1477-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
69	**Kultur und Wissenschaft**	**850004060111 Öffentliche Bibliotheken (DR Fremdleistungen Bereich 0-5)**	**543115**	**FL Postaufwendungen**	**30.000,00**	**24.064,43**	Über die Fremdleistungen für Postaufwendungen werden innerhalb des Fachbereichs 0-3-10 / Fachbereich Bibliothek, Fahrdienstleistungen einer Spedition in Anspruch genommen. Dadurch werden z.B. die in den verschiedenen Zweigstellen zurückgebrachten Medien den ursprünglichen Häusern, zur Bestandswahrung, zurückgeführt. Der Fahrdienst der beauftragten Spedition ist kein Bestandteil der mit der Oberhausener Gebäudemanagement (OGM) GmbH geschlossenen Leistungsverträge und wird daher zusätzlich abgerechnet. Zur Begleichung der Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die Stadtbibliothek Sterkrade auf Grund einer Baumaßnahme bereits ab dem 01.12.2015 geschlossen war, fielen weniger Fahrten und dementsprechend weniger Kosten an.
70 a	**Kultur und Wissenschaft**	**860004070100 Musikschule (DR Fremdleistungen Bereich 0-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**7.800,00**	**7.800,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
70 b	**Kultur und Wissenschaft**	**860004070100 Musikschule (DR Fremdleistungen Bereich 0-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**11.700,00**	**11.700,00**	Im Haushaltsjahr 2015 sind verschiedene Mehraufwendungen entstanden, welche innerhalb der Haushaltsplanung im Jahr 2014 in dem Umfang nicht abzusehen waren. Davon betroffen waren unter anderem die Kosten für den Wachdienst, unaufschiebbare Restaurierungsarbeiten innerhalb des Stadtarchivs sowie Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienst- und Geschäftsbetriebes bei der Ludwig Galerie. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Die bereits bereitgestellten überplanmäßigen Mittel waren aufgrund nicht planbaren und unvorhersehbaren Ersatzbeschaffungen sowie Beschaffungen zur Aufrechterhaltung des Geschäfts- und Dienstbetriebes nicht auskömmlich. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
71	**Kultur und Wissenschaft**	**860004070102 Sinfoniekonzerte**	**543152**	**Aufwand für übrige betriebliche Aufwendungen**	**879,00**	**879,00**	Mit einer Universität wurde für das Sinfoniekonzert am 29.05.2015 vertraglich vereinbart, dass die fällig werdenden Gebühren der GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs-, und mechanische Vervielfältigungsrechte) durch diese übernommen werden. Eine Rechnungslegung durch die GEMA direkt an die Universität war nicht möglich, da die Gebührenfestsetzung immer gegenüber dem Veranstalter vorgenommen werden muss. Solche Kostenübernahmeregelungen sind Ausnahmeregelungen und waren hier erstmalig Bestandteil einer vertraglichen Vereinbarung. Eine Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsplanung war aufgrund der ungewissen unterjährigen Vertragsverhandlungen daher nicht möglich. Um der Gebührenforderung gegenüber der GEMA nachzukommen war die überplanmäßige und zweckgebundene Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.		
72	**Kultur und Wissenschaft**	**860004070300 Kulturbüro**	**529152**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit**	**20.000,00**	**20.000,00**	Bei einer weiteren Durchführung der Veranstaltung "Olgas Rock" konnte die geplante HSP-Maßnahme Nr. 68 A, Einsparvolumen von 20.000 EUR, nicht eingehalten werden. Der Rat der Stadt Oberhausen hat in seiner Sitzung am 22.06.2015 der Beschlussvorlage, Drucksache B/16/0888-01, zugestimmt, die HSP-Maßnahme aufzuheben und das Einsparvolumen auf 0,- EUR zu reduzieren. Damit ergab sich für das Haushaltsjahr 2015 ein überplanmäßiger Mittelbedarf in Höhe von 20.000 EUR. Zur Deckung der mit der Veranstaltung verbundenen Kosten war eine Bereitstellung der Mittel unabweisbar.	B/16/0888-01	
73	**Kultur und Wissenschaft**	**860004070300 Kulturbüro**	**531826**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche - Kultur und Schule**	**19.550,00**	**19.550,00**	Über die Kostenart 531826 – Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche - Kultur und Schule, werden etwaige zweckgebundene Landesprojekte wie Kultur und Schule, Kulturrucksack und Kulturstrolche abgewickelt. Die vom Land bereitgestellten Mittel sind dabei nachweislich in voller Höhe für die einzelnen Projekte umzusetzen. In den Fällen, in denen die Förderungen nicht in vollem Umfang abgerufen wurden, kann es seitens des Zuschussgebers zu Rückforderungen der Fördermittel kommen. Im Jahr 2015 wurden Fördermittel für das Projekt „Kulturrucksack“ aus den Jahren 2012 und 2013 zurückgefordert. Es bestand somit zu Recht ein Rückforderungsanspruch, da in den betroffenen Jahren nachweislich nicht die komplette Fördersumme umgesetzt werden konnte. Basierend auf den Regelungen innerhalb der jeweiligen Förderbescheide war die überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Rückerstattung der erhaltenen aber nicht umgesetzten Fördermittel erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
74	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen**	**521150**	**Aufwendungen für Sanierung, Gebäude- und Grundstücks-unterhaltung -OGM-**	**5.355,00**	**5.355,00**	Bei der Anschaffung einer neuen Garderobe im Schloss Oberhausen wurde festgestellt, dass vor der Montage umfängliche Renovierungsarbeiten an der Wand sowie am Boden vorzunehmen waren. Dieser Umstand wurde im Rahmen der Planung der Leistungsverzeichnisse der OGM GmbH (Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) nicht berücksichtigt. Damit waren die angefallenen Renovierungsarbeiten nicht im Leistungsvertrag enthalten und waren zusätzlich abzuwickeln. Bei einer Nichtdurchführung der Maßnahme bestand die Gefahr, dass die Tragfähigkeit von schweren Kleidungsstücken, insbesondere in den kommenden Wintermonaten, mit der vorhandenen veralteten Garderobe, in Verbindung mit der porösen und nicht intakten Bausubstanz, auf der diese installiert war, nicht mehr gegeben wäre. Um einen unbeeinträchtigten Galeriebetrieb nicht zu gefährden, war die vorgesehene außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Durchführung der entsprechenden Instandsetzungsmaßnahme erforderlich und unabweisbar.		
75	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen**	**521160**	**Aufwendungen für Ingenieurleistungen, Honorar- und Regiekosten -OGM-**	**1.190,00**	**1.187,03**	Bei der Anschaffung einer neuen Garderobe im Schloss Oberhausen wurde festgestellt, dass vor der Montage umfängliche Renovierungsarbeiten an der Wand sowie am Boden vorzunehmen waren. Dieser Umstand wurde im Rahmen der Planung der Leistungsverzeichnisse der OGM GmbH (Oberhausener Gebäudemanagement GmbH) nicht berücksichtigt. Damit waren die angefallenen Renovierungsarbeiten nicht im Leistungsvertrag enthalten und waren zusätzlich abzuwickeln. Bei einer Nichtdurchführung der Maßnahme bestand die Gefahr, dass die Tragfähigkeit von schweren Kleidungsstücken, insbesondere in den kommenden Wintermonaten, mit der vorhandenen veralteten Garderobe, in Verbindung mit der porösen und nicht intakten Bausubstanz, auf der diese installiert war, nicht mehr gegeben wäre. Für eine fachmännische Umsetzung der Maßnahme fielen Aufwendungen für Honorare für Architekten bzw. Ingenieure an. Um einen unbeeinträchtigten Galeriebetrieb nicht zu gefährden, war die vorgesehene außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Durchführung der entsprechenden Instandsetzungsmaßnahme erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
76	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen (DR Einheitspreise Bereich 0-8)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**6.000,00**	**2.933,19**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
77	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030100 Ludwig Galerie, Schloss Oberhausen (DR Fremdleistungen Bereich 0-8)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**94.280,00**	**92.833,59**	Im Haushaltsjahr 2015 sind verschiedene Mehraufwendungen entstanden, welche innerhalb der Haushaltsplanung im Jahr 2014 in dem Umfang nicht abzusehen waren. Davon betroffen waren unter anderem die Kosten für den Wachdienst, unaufschiebbare Restaurierungsarbeiten innerhalb des Stadtarchivs sowie Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienst- und Geschäftsbetriebes bei der Ludwig Galerie. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffung, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
78	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030103 Gedenkhalle**	**529176**	**Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit - Stolpersteine -**	**580,00**	**580,00**	Das Projekt "Stolpersteine" wurde zu 100% durch Sponsoren finanziert. Die zur Verfügung gestellten Mittel waren dabei zweckgebunden für dieses Projekt zu verwenden. Mit dem Wissen über die Mehrerträge wurden bereits weitere Exponate in Auftrag gegeben, zu denen die Rechnung vorlag. Unabhängig von der vertraglichen Verpflichtung, die Forderung des Künstlers zu begleichen, war darüber hinaus der überplanmäßige Aufwand unabweisbar, da im Falle einer Nicht-Bereitstellung eine Rückzahlungspflicht bestand.		
79	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030103 Gedenkhalle**	**529100**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen**	**1.070,00**	**1.070,00**	In der Gedenkhalle sollte im vorherigen Kalenderjahr eine Wechselausstellung stattfinden. Zur Bereitstellung entsprechender Ausstellungsgegenstände waren bereits verbindliche Vereinbarungen getroffen worden. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 die Durchführung einer solchen Ausstellung nicht abzusehen war, konnte die Veranstaltung innerhalb der Planung nicht mehr mit berücksichtigt werden. Somit standen zur Durchführung des Projekts bisher keine Mittel zur Verfügung. Damit das Vorhaben umgesetzt werden konnte und da bereits vertragliche Verpflichtungen vorlagen, waren die benötigten Mittel in Höhe von 1.070 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen.		
80	**Kultur und Wissenschaft**	**880004030103 Gedenkhalle**	**529152**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit**	**33.585,00**	**30.829,86**	Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben fördert bis zum Jahr 2019 lokale Partnerschaften für Demokratie. Bereits im Haushaltsjahr 2015 wurden für das Projekt „Demokratie leben“ Fördermittel durch den Bund bereitgestellt. Da sich die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen erst im Jahr 2015 ergeben und konkretisiert haben, war eine Planung für den Haushalt 2015 nicht möglich. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 ff. wurden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen bereits mit berücksichtigt. Um die Projektumsetzung im Jahr 2015 zu gewährleisten, war die außerplanmäßige und zweckgebundene Mittelbereitstellung erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
81	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040107 Grundbildung, Schulabschlüsse**	**523100**	**Erstattungen an das Land**	**3.670,00**	**3.666,78**	Das Land NRW fördert den nachträglichen Erwerb von schulischen Abschlüssen gemäß Weiterbildungsgesetz NW. Die Förderhöhe richtet sich dabei nach den geleisteten haupt- und nebenamtlichen Unterrichtseinheiten in den entsprechenden Lehrgängen. Die Leistung wird im Vorfeld anhand von Erfahrungswerten, vorbehaltlich der abschließenden Verwendungsnachweisung, bereitgestellt. Für die Jahre 2012 und 2013 wurde nunmehr durch die Bezirksregierung festgestellt, dass vorab mehr Unterrichtseinheiten angezeigt wurden als tatsächlich durchgeführt wurden. Somit ergab sich für das Land NRW ein entsprechender Rückforderungsanspruch. Daraus resultierte für die Jahre 2012 (1.875,08 EUR) und 2013 (1.791,70 EUR) ein gesamter außerplanmäßiger Mittelbedarf in Höhe von 3.666,78 EUR. Da die Anhörungen durch die Bezirksregierung erst im Dezember 2014 durchgeführt wurden, war der Rückforderungsanspruch zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung sowie der Veränderungsnachweisung 2015 noch nicht bekannt, so dass die Mittel außerplanmäßig bereitgestellt werden mussten. Die Mittelbereitstellung war unabweisbar, da der Forderung gesetzliche Rahmenbedingungen zugrunde lagen.		
82	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040107 Grundbildung, Schulabschlüsse** **890004040109 Deutsch als Zweitsprache**	**501900**	**Aufwendungen für sonstige Beschäftigte**	**100.000,00**	**90.844,54**	Durch die vermehrte Wahrnehmung von Sprachkursen an der Volkshochschule, durch im Laufe des Jahres angekommene Flüchtlinge, mussten zusätzliche Kurse angeboten werden. Darüber hinaus wurde ein weiterer Kurs "Abschluss Sekundarstufe I" durch die Bezirksregierung bewilligt. Hierfür entstandene entsprechende Mehraufwendungen für Honorar-/Lehrkräfte. Eine Refinanzierung des Mehrbedarfs wurde über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie über zusätzliche Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zugesagt. Aufgrund der geschlossenen Honorarverträge mit den jeweiligen Dozenten/Referenten bestand eine vertragliche zugesicherte Leistungspflicht. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung war daher erforderlich und unabweisbar.	B/16/1332-01	Noch ausstehende Honorare aus 2015 wurden von Dozenten bisher nicht angefordert / abgerechnet.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
83	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040109 BamF**	**501900**	**Aufwendungen für sonstige Beschäftigte**	**25.000,00**	**25.000,00**	Gemäß der Entscheidung des Verwaltungsvorstandes vom 30.03.2015 war der Ansatz für Honorarkosten im Fachbereich 0-3-30/Volkshochschule "Deutsch als Zweitsprache" um 25.000,00 EUR zu erhöhen. In den vergangenen Monaten war die Zahl der Flüchtlinge, die bei der Volkshochschule Deutschkurse besuchen, stark gestiegen. Da dieser Personenkreis keine Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhielt, war das Budget der Volkshochschule für die Einrichtung zusätzlicher Kurse nicht ausreichend.		
84 a	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes (DR Einheitspreise Bereich 0-9)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**1.540,00**	**1.540,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
84 b	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes (DR Einheitspreise Bereich 0-9)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**6.016,00**	**6.016,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
84 c	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes (DR Einheitspreise Bereich 0-9)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**874,00**	**873,52**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
85	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes**	**523100**	**Erstattungen an das Land**	**30,00**	**23,30**	Im Jahr 2013 wurden zweckgebundene Zuwendungen durch das Land für die Maßnahme „Evaluation des DOME-Verbundes (Vorstudie)“ nicht in voller Höhe benötigt und verausgabt. Die nicht benötigten Fördermittel wurden bereits zurück gefordert und wurden mit Bescheid vom 12.01.2015 verzinst. Dies war bei der Planung für den Haushalt 2015 nicht erkennbar. Die Mittelbereitstellung war aufgrund gesetzlicher Grundlagen unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
86	**Kultur und Wissenschaft**	**890004040190 Bildungsangebote im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes (DR Fremdleistungen Bereich 0-9)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**3.070,00**	**3.070,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
87	**Soziale Leistungen**	**PN0501 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung**	**546120** **546140**	**Leistungsbeteiligung bei der Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchender - Erstausstattung Wohnungen** **Leistungsbeteiligung bei der Umsetzung Arbeitssuchender Unterkunft und Heizung**	**55.000,00**	**55.000,00**	Durch nicht vorhersehbare Mehraufwendungen bei der Kostenart 546120 war ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders in der zweiten Jahreshälfte wirkten sich die Zugänge an Flüchtlingen aus, die erstmals eine Wohnung bezogen. Die Erstausstattung erfolgte über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft Kostenart 546140 mit der Bundesagentur für Arbeit.	B/16/1488-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
88 a	**Soziale Leistungen**	**PN0502 Leistungen nach dem SGB XII (DR Soziales)**	**533990**	**Sonstige soziale Leistungen**	**366.000,00**	**366.000,00**	Nach Urteilen des Bundessozialgerichtes über die Höhe des Regelbedarfs für volljährige behinderte Menschen, die bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grundlage von Artikel 85 Absatz 3 des Grundgesetzes folgende Weisung erteilt: Bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes, das die Regelbedarfsstufen neu ermittelt, wird erwachsenen Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel SGB XII, die weder einen Ein-Personen-Haushalt (alleinstehende Person) noch einen Alleinerziehenden-Haushalt noch einen Paarhaushalt führen, zwar die Regelbedarfsstufe 3 zugeordnet, bei diesen Personen ist jedoch, sofern sie außerhalb von stationären Einrichtungen leben, eine abweichende Regelsatzfestsetzung vorzunehmen, bei der an die Stelle des sich nach der Regelbedarfsstufe 3 ergebenden Betrages der sich nach Regelbedarfsstufe 1 ergebende Betrag tritt. Sich daraus ergebende höhere Leistungsansprüche sind für Zeiten ab dem 1. Januar 2013 zu bewilligen und auszuzahlen.	B/16/1304-01	
88 b	**Soziale Leistungen**	**PN 0503 Leistungen für Asylbewerber, Flüchtlinge und Obdachlose (DR Soziales)**	**533940 533942 533943 533953**	**Leist. §2 AsylbLG auß. E. Leist. §3 AsylbLG auß. E. G.leist. §3 AsylbLG i. E. Krankenhilfe §3 AsylbLG**	**5.592.000,00**	**5.592.000,00**	Die Zahl der in Deutschland Schutz suchenden Asylbewerber/innen und sonstigen Flüchtlinge ist in 2015 immens angestiegen und steigt weiter an. Wurden zum 01.01.2015 in Oberhausen noch 890 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz registriert, so waren es zum 01.11.2015 = 1662. Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die bundesweit zur erwartenden Asylbewerber/innen, die die Planungsgrundlage der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bildet, wurde in 2015 bereits wiederholt korrigiert. Der wachsende Zustrom machte auch in Oberhausen die Einrichtung zusätzlicher Notstandorte und Versorgung der Flüchtlinge erforderlich. Dieser Anstieg und die damit verbundenen Kosten konnten im Voraus nicht geplant werden. Eine präzise Kalkulation ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen kaum möglich, die endgültige Summe kann daher auch von der jetzigen Kalkulation noch abweichen.	B/16/1304-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
89	**Soziale Leistungen**	**260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)**	**529152**	**Sonstige Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit**	**18.000,00**	**12.400,00**	Das Projekt "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe" wird zu 100% vom Land gefördert, es entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Oberhausen. Das Programm wurde erst nach Aufstellung des Haushaltes 2015 vom Land ins Leben gerufen und konnte somit keine Berücksichtigung bei der Aufstellung des Haushaltes finden.		
90	**Soziale Leistungen**	**260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI) (DR Einheitspreise Bereich 2-6)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**4.000,00**	**1.647,88**	Es handelt sich hier um einen einmaligen Mehraufwand für Öffentlichkeitsarbeit nach Gründung des Kommunalen Integrationszentrums (KI). Das kommunale Integrationszentrum (ehemals Regionale Arbeitsstelle Ausländerangelegenheiten) benötigt aufgrund seiner (vom Gesetzgeber vorgegebenen) Namensänderung neue Flyer, Plakate etc.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
91 a	**Soziale Leistungen**	**260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI) (DR Fremdleistungen Bereich 2-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**1.000,00**	**1.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
91 b	**Soziale Leistungen**	**26005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI) (DR Fremdleistungen Bereich 2-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**3.000,00**	**3.000,00**	Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes wurden im Bereich 2-6 / Kommunales Integrationszentrum zwei neue Stellen eingerichtet. Da es sich bei der Einrichtung der neuen Stellen um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelte, konnte keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen. Allerdings führte dieser Sachverhalt auch zu keiner Verschlechterung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit, da eine Deckung innerhalb des Produktes 050501 – Kommunales Integrationszentrum gegeben war. Die Mittelbereitstellung war aufgrund vertraglicher Verpflichtungen unabweisbar.		
91 c	**Soziale Leistungen**	**260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI) (DR Fremdleistungen Bereich 2-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**271,00**	**271,00**	Beim Bereich 2-6 / Kommunales Integrationszentrum wurden im Jahr 2015 neue Mitarbeiter eingestellt, somit mussten neue Arbeitsplätze eingerichtet werden. Durch diesen Sachverhalt kommt es zu einem überplanmäßigen Aufwand in Höhe von 271 EUR für die ausstehende OGM Rechnung FL Beschaffungswesen für den Monat Dezember.		
92	**Soziale Leistungen**	**260005050190 Kommunales Integrationszentrum (KI)**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**15.500,00**	**15.500,00**	Das Projekt "Zusammenkommen und Verstehen" wird zu 100% vom Land gefördert, es entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Oberhausen. Das Programm wurde erst nach Aufstellung des Haushalts 2015 vom Land ins Leben gerufen und konnte somit keine Berücksichtigung bei der Aufstellung des Haushaltes finden.		
93 a	**Soziale Leistungen**	**320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchende (DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter)**	**546120**	**Leist.bet. Umsetz. Grunds. Arbeitssuch.- Erstausstattung Wohnungen**	**90.000,00**	**90.000,00**	Durch nicht vorhersehbare Mehraufwendungen bei der Erstausstattung für Wohnungen (Kostenart 546120) wurde ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders in der zweiten Jahreshälfte wirkten sich die Zugänge an Flüchtlingen aus, die erstmals eine Wohnung bezogen. Es handelte sich um Pflichtleistungen. Die Erstattung erfolgte über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft mit der Bundesagentur für Arbeit.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
93 b	**Soziale Leistungen**	**320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchende (DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter)**	**546125**	**Leist.bet.Umsetz.Grunds. Arbeitssuch.-Bekleidung/ Schwangere**	**9.000,00**	**3.784,09**	Am 17.12.2015 wurde dem Deckungsring Jobcenter bereits 90.000 EUR überplanmäßig zur Verfügung gestellt (hier: Erstausstattung Wohnungen). Durch nicht vorhersehbare Mehraufwendungen bei der Erstausstattung für Bekleidung, Schwangerschaft, Geburt wurde jedoch auch hierfür ein überplanmäßiger Aufwand im Haushaltsjahr 2015 unabweisbar. Besonders im 4. Quartal ist die Anzahl der Bewilligungen gestiegen, so dass die Anzahl der bisher im Jahr 2015 bewilligten Einzelfälle auf 1.062 gestiegen ist (Vorjahr insgesamt 969 Fälle). Es handelte sich um eine Pflichtleistung. Die Erstattung erfolgte über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft mit der Bundesagentur für Arbeit.		Die Ermittlung des überplanmäßigen Bedarfs erfolgte durch eine Jahreshochrechnung auf Basis des bisherigen Verbrauchs. Der Mittelabfluss ist aber nicht in kalkulierter Höhe erfolgt.
93 c	**Soziale Leistungen**	**320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende (DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter)**	**546140**	**Leist.bet.Umsetz. Arbeitssuchende Unterkunft und Heizung**	**55.000,00**	**55.000,00**	Mit Dringlichkeitsentscheidung vom 03.02.2016 durch den Oberbürgermeister Schranz mit dem Ratsmitglied Herrn Große Brömer wurden dem Deckungsring Gemeinsame Einrichtung Jobcenter (DR05000312) überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 55.000 EUR zur Verfügung gestellt, um nicht vorhersehbare Mehrausgaben Erstausstattung Wohnungen begleichen zu können. Die Erstattung erfolgt über die tägliche Abrechnung der Kosten der Unterkunft mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Finanzierung der Mehrausgaben kann mit den Mehrerträgen des Ertragskontos 448805 - Tilgung der Darlehen zur Wohnraumbeschaffung erfolgen.	B/16/1475-01	
94	**Soziale Leistungen**	**320005010100 Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende 320005020100 Hilfe zum Lebensunterhalt 320005040100 Hilfe zur Pflege**	**543132**	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	**23.000,00**	**8.522,06**	Die Justiziarin der Unterhaltsstelle hatte ihre Arbeitszeit von 41 auf 20 Stunden wöchentlich reduziert. Dadurch entstand ein Arbeitsüberhang in der Prozessvertretung. Zur Kompensation des Überhanges wurde ein Rechtsanwalt ergänzend eingeschaltet. Hierfür wurde ein zusätzliches Budget von 23.000,00 EUR bei der Kostenart 543134 - Gerichtskosten u. a. veranschlagt. Diese Kostenart dient jedoch dem Bereich 4-6/ Recht, um Verfahrenskosten zu begleichen. Es handelte sich bei dem zugeschalteten Rechtsanwalt nicht um Verfahrenskosten, sondern um Honorare, für deren Abwicklung der Bereich 4-6/ Recht nicht zuständig ist. Daher war das erforderliche Budget bei der Kostenart 543132 - Sonstige Geschäftsaufwendungen zu veranschlagen und der Ansatz der irrtümlich beplanten Kostenart 543134 - Gerichtskosten u. a. entsprechend zu reduzieren.		Der Sachverhalt kam in 2015 erstmalig zum Tragen. Eine genaue Kalkulation war durch fehlende Erfahrungswerte nicht möglich. Zudem war die Anzahl möglicher Klageverfahren im Vorfeld schwer zu prognostizieren.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
95	**Soziale Leistungen**	**320005020404 BIWAQ**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**344.315,00**	**234.011,63**	Am 23.03.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, dass Oberhausen an dem neuen Bundesförderprogramm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) teilnimmt. Erträge wurden in gleicher Höhe realisiert. Siehe Ratsbeschluss vom 23.03.2015.	B/16/0736-01	Restliche Auszahlung an die Träger erfolgt erst nach vorliegenden Verwendungsnachweisen im Jahr 2016.
96	**Soziale Leistungen**	**320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose**	**529141**	**Kontraktmanagement-Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, ambulantes Wohntraining**	**6.000,00**	**6.000,00**	Am 17.06.2015 hat der Sozialausschuss der Stadt Oberhausen (siehe Beschlussvorlage B/16/0835-01) eine Erhöhung der Vergütung an das Diakonische Werk Oberhausen beschlossen. Die Vergütung für die Durchführung von ambulant begleitetem Wohntraining für die Gefährdetenhilfe/ Wohnungslosenhilfe sollte erhöht werden. Aufgrund von tariflichen Gehaltserhöhungen für Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagogen/innen zuzüglich einer Sachkostenpauschale von 10 % der Personalkosten sind die Aufwendungen für das Diakonische Werk Oberhausen gestiegen. Die Aufwendungen fielen rückwirkend zum 01.01.2015 an.		
97	**Soziale Leistungen**	**320005030100 Hilfe für Obdachlose/ Wohnungslose**	**529133**	**Kontraktmanage-ment-Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, Tagestreffen Wohnungslose**	**19.000,00**	**18.353,20**	Am 17.06.2015 hat der Sozialausschuss der Stadt Oberhausen (siehe Beschlussvorlage B/16/0835-01) eine Erhöhung der Vergütung an das Diakonische Werk Oberhausen um 19.000,- EUR beschlossen. Die Vergütung für die ambulante Wohnungshilfe „Treffpunkt Grenzstraße“ sollte erhöht werden. Das anfallende Defizit in Höhe von rd. 50.000,- EUR sollte je zur Hälfte durch das Diakonische Werk und die Stadt Oberhausen aufgefangen werden. Die Aufwendungen fielen rückwirkend zum 01.01.2015 an. Damit der Standard aufrechterhalten werden konnte und das Diakonische Werk Oberhausen finanziell entlastet wurde, musste der städtische Zuschuss von ehemals 6.650,- EUR auf 25.000,- EUR angehoben werden. Für das Haushaltsjahr 2015 bedeutete das einen überplanmäßigen Mehrbedarf in genannter Höhe.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
98 a	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Mieten)**	**524142**	**Aufwendungen für Mietnebenkosten OGM**	**85.792,00**	**55.323,54**	Am 07.12.2015 hat der Hauptausschuss der Stadt beschlossen, dass dem Produkt Hilfe für Asylbewerber/innen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 88.882 EUR für den Abschluss eines Mietvertrages zur Verfügung gestellt werden. Der Mietvertrag begann am 01.12.2015, die Betriebskosten für den Monat Dezember betrugen 85.792 EUR und waren überplanmäßig bereit zu stellen.	B/16/1315-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	
98 b	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Mieten)**	**542210**	**Aufwendungen für Miete OGM**	**3.090,00**	**3.090,00**	Am 07.12.2015 hat der Hauptausschuss der Stadt beschlossen, dass dem Produkt Hilfe für Asylbewerber/innen überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 88.882 EUR für den Abschluss eines Mietvertrages zur Verfügung gestellt werden. Der Mietvertrag begann am 01.12.2015, der Mietzins für den Monat Dezember betrug 3.090 EUR und war überplanmäßig bereit zu stellen.	B/16/1315-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	
98 c	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Mieten)**	**542210**	**Aufwendungen für Miete OGM**	**60.000,00**	**60.000,00**	Im Jahr 2015 sind beim Auftrag 320005030400-Hilfen für Asylbewerber erhebliche Mietbeträge für angemietete Flüchtlingswohnungen angefallen. Diese Beträge waren zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung im Jahr 2014 nicht abzusehen. Diese nicht geplanten Aufwendungen, die aufgrund des Deckungsringes D00000012/Mieten dennoch gebucht werden konnten, haben dazu geführt, dass für ursprünglich geplante noch zu leistende Miet-/Nebenkostenzahlungen kein ausreichendes Budget mehr vorhanden war. Daher mussten 60.000 EUR überplanmäßig bereitgestellt werden.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
99 a	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Fremdleistungen Bereich 3-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**200.000,00**	**200.000,00**	Beim Produkt 050304 - Hilfen für Asylbewerber sind erhebliche Mehrbedarfe aufgetreten, die zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnten. Über den Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 werden Büromaterial, alle Verbrauchsgüter und Reparaturen gezahlt. Hierunter fällt zum Beispiel auch die Ausstattung der Asylbewohnerheime/ Flüchtlingsunterkünfte, wie die Anschaffung von Stahlrohrbetten, Matratzen, Schlafgarnituren, Stahlspinde und vieles mehr. Die Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge über die bundesweit zu erwartenden Asylbewerber/innen bildet die Planungsgrundlage der Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Diese wurde in 2015 bereits wiederholt korrigiert. Der wachsende Zustrom machte auch in Oberhausen die Einrichtung zusätzlicher Notstandorte erforderlich. Die Fachverwaltung rechnete im Haushaltsjahr 2015 mit einem Mehrbedarf von 200.000 EUR.	B/16/1232-01	
99 b	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Fremdleistungen Bereich 3-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**170.000,00**	**164.245,78**	Mit Dringlichkeitsentscheidung vom 01.02.2016 durch den Hauptausschuss wurden dem Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-2 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 170.000 EUR zur Verfügung gestellt (B/16/1424-01), um die erhöhten Kosten für die Beschaffung von Ge- und Verbrauchsgütern für die Ausstattung von Asylbewerberheimen/ Flüchtlingsunterkünften sicherzustellen.	B/16/1424-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
99 c	**Soziale Leistungen**	**320005040100 Hilfe zur Pflege (DR Fremdleistungen Bereich 3-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**80.000,00**	**80.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		
100	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen**	**523500**	**Erstattungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen**	**713.250,00**	**713.212,45**	In seiner Sitzung vom 01.02.2016 hat der Hauptausschuss einer Dringlichkeitsentscheidung zur außerplanmäßigen Mittelbereitstellung zur Herrichtung des Flüchtlingsstandortes Zum Eisenhammer 11, Drucksache B/16/1416-01, zugestimmt. Der Hauptausschuss hat in der Sitzung am 07.12.2015 den Abschluss eines Mietvertrages mit der OGM GmbH bzgl. der künftig als Notstandort für die Unterbringung von bis zu 300 Flüchtlingen zu nutzenden Gewerbehalle Zum Eisenhammer 11 beschlossen. In Punkt 1 des Beschlussvorschlages vom 07.12.2015 wurde auf die erforderliche Herrichtung der Halle hingewiesen. Die Kosten der Herrichtung konnten aufgrund ausstehender Rechnungslegung durch die OGM GmbH zu dem Zeitpunkt nicht beziffert werden. Die Rechnungen der OGM GmbH lagen vor und beliefen sich auf 713.250 EUR. Da der Betrag nicht geplant werden konnte, musste er außerplanmäßig bereitgestellt werden.	B/16/1416-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
101	**Soziale Leistungen**	**320005030401 Landeseinrichtungen Asyl-Notunterkünfte**	**529183**	**Dienstleistungen OGM - Notunterkünfte**	**1.200.000,00**	**1.200.000,00**	Die ehemaligen Schulen Fröbelschule, Stötznerschule und Hauptschule Eisenheim wurden als Flüchtlingsstandorte (Notunterkünfte) hergerichtet und werden als Landeseinrichtungen betrieben. Die Kosten für die Herrichtung und den Betrieb der Standorte trägt das Land. Diese Kosten sind durch die Stadt Oberhausen vorzufinanzieren. Am 14.12.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 1.200.000 EUR bereit zu stellen.	B/16/1328-01	
102	**Soziale Leistungen**	**320005030401 Landeseinrichtungen Asyl-Notunterkünfte**	**529183**	**Dienstleistungen OGM - Notunterkünfte**	**533.000,00**	**532.800,82**	Die ehemaligen Schulen Fröbelschule, Stötznerschule und Hauptschule Eisenheim wurden als Flüchtlingsstandorte (Notunterkünfte) hergerichtet und werden als Landeseinrichtungen betrieben. Die Kosten für die Herrichtung und den Betrieb der Standorte trägt das Land. Diese Kosten sind durch die Stadt Oberhausen vorzufinanzieren. Am 01.02.2016 hat der Hauptausschuss durch Dringlichkeitsentscheidung beschlossen außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 533.000 EUR bereit zu stellen. Siehe hierzu den Hauptausschussbeschluss zur Beschlussvorlage B/16/1404-02.	B/16/1498-01	
103 a	**Soziale Leistungen**	**320005030400 Hilfen für Asylbewerber/innen (DR Einheitspreise Bereich 3-2)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**6.360,00**	**6.360,00**	Mit Dringlichkeitsentscheidung vom 01.02.2016 durch den Hauptausschuss wurden dem Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-2 überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 6.360 EUR zur Verfügung gestellt (B/16/1423-01). Diese Mittel wurden notwendig, um die ausstehenden OGM Rechnungen EP Post und Botendienste für den Monat Dezember begleichen zu können. Der Mehraufwand ist insbesondere durch die hohen Druckkosten der Informationsmappe KIM – Kinder im Mittelpunkt- entstanden, die sich bis zum Haushaltsjahr 2015 ebenfalls im Deckungsring EP Einheitspreise Bereich 3-2 befanden.	B/16/1448-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
103 b	**Soziale Leistungen**	**320005040100 Hilfen zur Pflege (DR Einheitspreise Bereich 3-2)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**29.000,00**	**29.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		
104	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010104 Tagespflege**	**533128**	**Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen, Kinder in Tagespflege**	**943.175,00**	**928.987,70**	Kindertagespflegepersonen, die von der Kindertagespflegebörse der Stadt Oberhausen vermittelt werden, erhalten für die Betreuung Oberhausener Kinder eine laufende Geldleistung entsprechend den Kriterien des § 23 Abs. 2 SGB VIII und den durch den Rat am 15.01.2010 verabschiedeten „Rahmenbedingungen zur Förderung der Kindertagespflege in der Stadt Oberhausen“. Tatsächlich wurden im Jahr 2015 in der Kindertagespflege im Jahresdurchschnitt pro Monat 540 Kinder betreut. Außerdem hat eine Neuberechnung der Kosten pro Platz ergeben, dass sich die durchschnittlichen Platzkosten von 753,60 Euro auf 791,62 Euro erhöht haben. Dies resultiert aus der weiter gestiegenen Inanspruchnahme von 35 bzw. 45 Stunden-Plätze aufgrund der individuellen Versorgungsbedarfe der Eltern. Diese Entwicklung führt dazu, dass der Ansatz für die Tagespflegeentgelte in 2015 um 943.175 Euro überschritten wird.	B/16/1264-01	Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
105 a	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten (DR Einheitspreise Bereich 3-1)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**6.000,00**	**6.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem 1. Quartal 2014 jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget für EP Druck und Grafik. Zur Wiederherstellung des aus der mittelfristigen Finanzplanung abgeleiteten Haushaltsansatzes in Höhe von 20.100,00 EUR war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		
105 b	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten (DR Einheitspreise Bereich 3-1)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**20.000,00**	**20.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014, in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war eine erneute überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
105 c	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten (DR Einheitspreise Bereich 3-1)**	**529142**	**EP Post- und Botendienste**	**24.000,00**	**19.793,57**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, war zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014 in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war eine erneute überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar.		Vorliegend wurde der gesamte Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-1 begutachtet. Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
106	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten (DR Fremdleistungen Bereich 3-1)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**31.750,00**	**25.517,19**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig innerhalb einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen, war eine Aufteilung dieser Aufwendungen auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz innerhalb der beiden neuen Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 abbilden zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen des ersten Quartals 2014 vorgenommen worden. Diese Neuverteilung führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus den Vorjahren in Verbindung mit einer nicht stabilen Datenlage aus dem ersten Quartal 2014, in manchen Teilbereichen zu einem nicht ausreichenden Budget innerhalb der neu geschaffenen Kostenarten. Bereits im Monat August ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung von insgesamt 44.000 Euro im Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-1 / Kinder, Jugend, Bildung notwendig geworden. Dieser Fehlbedarf wurde über Mittel aus dem Deckungsring Fremdleistungen Bereich 3-1 gedeckt, da von entsprechenden Minderaufwendungen im Rahmen des Caterings für die Kindertageseinrichtungen aufgrund des im Jahr 2015 stattgefundenen fünfwöchigen Streiks im Sozial- und Erziehungsdienst ausgegangen wurde. Eine im Jahr 2015 durchgeführte Bedarfsabfrage zu den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren sowie notwendig gewordene Ersatzbeschaffungen haben den erwarteten Minderaufwand innerhalb der Fremdleistungen jedoch fast egalisiert, so dass zum Jahresende wiederum ein Fehlbedarf in nebenstehender Höhe entstanden ist. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war eine erneute überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Jahr 2015 erforderlich und unabweisbar.		Vorliegend wurde der gesamte Deckungsring Einheitspreise Bereich 3-1 begutachtet. Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
107	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten**	**521150**	**Aufwendungen für Sanierung, Gebäude- und Grundstücksunterhaltung -OGM-**	**65.000,00**	**65.000,00**	Zwecks Umsetzung der Investitionsmaßnahme KTE Oberhausen-Ost war der Abbruch mit anschließender Neubebauung von Teilen der ehemaligen Knappenschule unumgänglich. Siehe Ratsbeschluss vom 14.09.2015.	B/16/1046-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
108	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190 Kindergärten**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**70.000,00**	**0,00**	Am 22.06.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, dass Oberhausen die Elternbeiträge für städtische Kindertageseinrichtungen aufgrund des Streiks an die betroffenen Eltern zurückerstattet. Siehe Ratsbeschluss vom 22.06.2015.	B/16/0970-01	Erstattung an die Eltern erfolgte über das EDV-Abrechnungssystem Jugis als Einnahmeabsetzung. Es wurden keine Kreditorenrechnungen gefertigt.
109	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010192 Kinderbetreuung in besonderen Fällen**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**45.540,00**	**34.740,00**	Laut Zuwendungsbescheid des LVR vom 25.06.2015, erhielt die Stadt Oberhausen einen Zuschuss in Höhe von 45.540,00 EUR für niedrigschwellige Betreuungsangebote für Kinder der Altersgruppe vor Schuleintritt aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen. Die Mittel wurden in voller Höhe an die freien Träger weitergeleitet, da diese die geförderten Maßnahmen durchführen. Der Aufwand musste somit auf der Kostenart 531800 - Zuschüsse an übrige Bereiche bereitgestellt werden.		Es konnten nicht alle beantragten Maßnahmen durchgeführt werden. Für 2015 wurden insgesamt 34.740 EUR beim Land für die Kinderbetreuung in besonderen Fällen abgerufen und an die freien Träger weiter geleitet.
110	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010290 Spielplätze**	**521150**	**Aufwendungen für Sanierung, Gebäude- und Grundstücksunterhaltung -OGM-**	**88.438,00**	**88.438,00**	In der Zeit von Juli bis November 2015 wurde auf öffentlichen Spielflächen, auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen und an zwei Grundschulen der notwendige Sand- bzw. Kiesaustausch durchgeführt. Für diese Leistungen stellte die OGM GmbH der Stadt Oberhausen insgesamt einen Betrag von 97.824,16 EUR in Rechnung. Im Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH sind diese Leistungen als "Eventualpositionen" aufgeführt und nach Aussage der OGM GmbH sind die Aufwendungen hierfür nicht durch den bestehenden Leistungsvertrag abgedeckt. Für die durchgeführten Dienstleistungen an öffentlichen Spielflächen und auf Spielflächen von städtischen Kindertageseinrichtungen war ein Betrag in Höhe von 88.438 EUR außerplanmäßig bereit zu stellen.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
111	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006030100 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie**	**529100**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen**	**3.000,00**	**308,03**	Aufgrund der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen kam es vermehrt zu Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die über nicht ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Nach § 1793 (1a) BGB besteht für den Vormund eine monatliche Besuchspflicht des Mündels. Aufgrund der nicht ausreichenden Sprachkenntnisse war für die monatlichen Kontakte die Beauftragung eines Dolmetschers notwendig. Die Mittelbereitstellung war aufgrund gesetzlicher Grundlagen unabweisbar.		Der außerplanmäßig bereitgestellte Betrag musste in 2015 nicht voll in Anspruch genommen werden, da die in den Einrichtungen vorhandenen Dolmetscher in Anspruch genommen werden konnten.
112	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006031100 Kinder im Mittelpunkt (DR Einheitspreise Bereich 3-2)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**70.700,00**	**70.695,73**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Die Abweichung war insbesondere durch die hohen Druckkosten der Informationsmappe, die durch 3-1-60/ KIM – Kinder im Mittelpunkt – im Rahmen der Beratungstätigkeit an Eltern ausgehändigt wird, begründet. Mit der OGM GmbH wurde zwischenzeitlich eine günstigere Form der Mappe abgestimmt, so dass künftig die Druckkosten erheblich niedriger eingeschätzt werden. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
113 a	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040100 Regionalteams (DR Jugend)**	**533136**	**Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen, ambulante und flexible Hilfe zur Erziehung**	**7.747.510,00**	**7.747.511,00**	Mit Dringlichkeitsentscheidung vom 30.11.2015 hat der Hauptausschuss dem Deckungsring Jugend überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 7.747.510 EUR zur Verfügung gestellt. Vorab wurde davon durch Dringlichkeitsentscheidung vom 20.11.2015 durch Oberbürgermeister Schranz und einem Ratsmitglied überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 400.000 EUR zur Verfügung gestellt. Am 14.12.2015 hat der Rat der Stadt beide Dringlichkeitsentscheidungen genehmigt. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung im DR Jugend resultierte aus einer Vielzahl von Faktoren. Hervorzuheben ist hier die Kostenerstattungspflicht gemäß § 89.6 und 89a SGB XIII gegenüber Gemeinden sowie die Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme, deren Planung durch nicht lineare und nicht vorhersehbare Fallzahlentwicklungen kaum planbar war. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die bereits eingeplanten Einsparpotentiale und Zeitrahmen des Consens-Gutachtens geändert wurden.	B/16/1255-01	
113 b	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040100 Regionalteams (DR Jugend)**	**533136**	**Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen, ambulante und flexible Hilfe zur Erziehung**	**2.600.000,00**	**2.229.862,94**	Die Basis für die gemachte Prognose der überplanmäßigen Aufwendungen vom 30.11.2015 (Drucksache B/16/1255-01 und B/16/1308-01) hat sich als nicht valide erwiesen, da ein großer Teil der Leistungen im Bereich der Erzieherischen Hilfen durch späte Rechnungslegung der Träger sehr verzögert erfasst wurden. Im Weiteren wurde bei der Prognoseerstellung im November 2015 ein Buchungsbetrag von 1.600.000 EUR aus dem Haushaltsansatz 2015, der sich auf Leistungen des Jahres 2014 bezog, versehentlich nicht mit berücksichtigt. Zu dieser nicht periodengerechten Verbuchung ist es gekommen, weil seinerzeit das EDV-System die Buchungen nicht vollständig periodengerecht zugeordnet hatte. Eine vollständige periodengerechte Zuordnung von Leistungen und Zahlungen ist mittlerweile sichergestellt.	B/16/1438-01	
113 c	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040200 Jugendarbeit/ Jugendschutz (DR Jugend)**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**911.980,00**	**379.993,00**	Am 22.06.2015 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, dass Oberhausen am Landesprogramm NRW "Schulsozialarbeit" teilnimmt. Siehe Ratsbeschluss vom 22.06.2015.	B/16/0958-01	Von den Landesmitteln wurden 531.987 EUR nicht verausgabt, diese Mittel sind dafür vorgesehen, die Schulsozialarbeit mit Auslaufen der Förderung in 2018 weiter zu finanzieren. Über den Betrag von 531.987 EUR wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
113 d	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040200 Jugendarbeit/ Jugendschutz (DR Jugend)**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**458.800,00**	**443.457,00**	Fortführung der Sozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz. Siehe hierzu den Ratsbeschluss zur Beschlussvorlage B/15/3303-01 vom 10.03.2014 sowie den Beschluss des Schulausschlusses zur Beschlussvorlage B/16/0453-01 vom 19.11.2014. Erträge aus der Bundesbeteiligung wurden in korrespondierender Höhe im Haushaltsjahr 2011 und 2013 realisiert.	B/16/0689-01	
114	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule / Beruf**	**521150**	**Aufwendungen für Sanierung, Gebäude- und Grundstücksunterhaltung -OGM-**	**2.900,00**	**0,00**	Zur Einrichtung eines Jugendbündnishauses ist zur Einhaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt der Umzug der entsprechenden Organisationseinheit notwendig geworden. Damit die hiesigen Datenschutzbestimmungen bezüglich personenbezogener Daten eingehalten werden konnten, waren im Rahmen des Umzugs Arbeiten an der Elektroumverteilung zur Trennung der EDV-Netzwerke zwingend erforderlich. Da es sich bei dem Umzug der Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelte, konnte keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen.		Der Umzug hat stattgefunden. Die EDV-Arbeiten wurden durchgeführt. Die Rechnungsstellung der OGM erfolgte aber erst Anfang 2016 und zwar so spät, dass eine Zahlung aus dem Haushalt 2015 nicht mehr möglich war.
115	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**320006040201 Koordinierungsstelle Übergang Schule / Beruf**	**521160**	**Aufwendungen für Ingenieurleistungen, Honorar- und Regiekosten -OGM-**	**290,00**	**0,00**	Zur Einrichtung eines Jugendbündnishauses ist zur Einhaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt der Umzug der entsprechenden Organisationseinheit notwendig geworden. Damit die hiesigen Datenschutzbestimmungen bezüglich personenbezogener Daten eingehalten werden konnten, waren im Rahmen des Umzugs Arbeiten an der Elektroumverteilung zur Trennung der EDV-Netzwerke zwingend erforderlich. Da es sich bei dem Umzug der Koordinierungsstelle Übergang Schule/Beruf um einen ungeplanten Sachverhalt der Haushaltsplanung 2015 handelte, konnte keine Einsparung in entsprechender Höhe im Rahmen der Gesamtaufwendungen OGM GmbH unter Berücksichtigung der HSP Maßnahme 135D erfolgen.		Der Umzug hat stattgefunden. Die EDV-Arbeiten wurden durchgeführt. Die Rechnungsstellung der OGM erfolgte aber erst Anfang 2016 und zwar so spät, dass eine Zahlung aus dem Haushalt 2015 nicht mehr möglich war.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
116	**Gesundheitsdienste**	**340007010100 Gesundheitsförderung**	**539130**	**Krankenhausumlage**	**51.560,00**	**51.560,00**	Gemäß der Festsetzung der Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2015 vom 05.03.2015 hatte die Stadt Oberhausen einen Finanzierungsbeitrag von 2.464.330 EUR zu leisten. Da der Haushalt 2015 bereits am 17.11.2014 im Rat der Stadt verabschiedet wurde, konnte der nebenstehende Betrag nicht im Haushaltsplan 2015 berücksichtigt werden. Der Ansatz betrug lediglich 2.412.770 EUR. Um die letzte Rate von 616.081 EUR für das Jahr 2015 anweisen zu können, war ein Betrag von 51.560 EUR überplanmäßig bereit zu stellen.		
117	**Gesundheitsdienste**	**340007010100 Gesundheitsförderung (DR Fremdleistungen Bereich 3-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**23.900,00**	**19.713,64**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
118 a	**Gesundheitsdienste**	**340007010100 Gesundheitsförderung (DR Einheitspreise Bereich 3-4)**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**300,00**	**294,62**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
118 b	**Gesundheitsdienste**	**340007020100 Gesundheitshilfen (DR Einheitspreise Bereich 3-4)**	**529126**	**EP Druck und Grafik**	**7.500,00**	**7.500,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Mit einer Auflösung der beschriebenen Problematik kann erst mit dem Haushalt 2017 gerechnet werden, wenn erstmalig ein Rechnungsergebnis für die neu eingerichteten Kostenarten zur Ansatzplanung zugrunde gelegt werden kann. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
119	**Gesundheitsdienste**	**340007010200 Gesundheitsschutz**	**528195**	**Sonstige Materialaufwendungen - OGM**	**20.000,00**	**18.731,97**	Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen am 20.07.2015 insgesamt 147 Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelte, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, konnte nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorlag. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen konnten, war die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher sollte der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Es wurde von Impfungen für insgesamt 145 Menschen ausgegangen, da bei zwei schwangeren Personen eine Impfung nicht vorgenommen werden durfte. Der geschätzte Aufwand lag bei ca. 20.000 EUR für den benötigten Impfstoff. Im Rahmen der Gefahrenabwehr war die außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.		
120	**Gesundheitsdienste**	**340007010200 Gesundheitsschutz**	**501900**	**Aufwendungen für sonstige Beschäftigte**	**4.900,00**	**3.146,80**	Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen am 20.07.2015 insgesamt 147 Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelte, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, konnte nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorlag. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen konnten, war die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher sollte der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Es wurde von Impfungen für insgesamt 145 Menschen ausgegangen, da bei zwei schwangeren Personen eine Impfung nicht vorgenommen werden durfte. Der Impfvorgang für die Erwachsenen sollte durch niedergelassene Ärzte erfolgen. Die Impfung der Kinder erfolgte durch niedergelassene Kinder- und Jugendärzte oder durch den Kinder- und Gesundheitsdienst. Insgesamt wurde für die fachmännische Umsetzung der Impfungen von Honorarleistungen in Höhe von 4.900 EUR ausgegangen. Im Rahmen der Gefahrenabwehr war die außerplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt im Nachgang durch das Land NRW.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
121	**Gesundheitsdienste**	**340007010200 Gesundheitsschutz**	**501900**	**Aufwendungen für sonstige Beschäftigte**	**12.000,00**	**0,00**	Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen insgesamt 300 weitere Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelte, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, konnte nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen vorlag. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen konnten, war die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher sollte der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Die im Juli 2015 außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 4.900 EUR wurden bereits fast völlig verausgabt. Für die eingetroffenen 300 Flüchtlinge wurden somit zusätzliche Mittel benötigt. Darüber hinaus war nicht davon auszugehen, dass sich die Flüchtlingsproblematik kurzfristig entspannen wird und daher mit zusätzlichen Flüchtlingen gerechnet werden musste, welche wiederum entsprechend versorgt werden müssten. Der Impfvorgang für die Erwachsenen sollte weiterhin durch niedergelassene Ärzte erfolgen. Die Impfung der Kinder erfolgte analog durch niedergelassene Kinder- und Jugendärzte oder durch den Kinder- und Gesundheitsdienst. Insgesamt wurde für die fachmännische Umsetzung der Impfungen von weiteren Honorarleistungen in Höhe von 12.000 EUR ausgegangen. Im Rahmen der Gefahrenabwehr war die überplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.		Die Impfungen wurden nicht in dem Maße ausgeführt, wie bei Beantragung der außerplanmäßigen Mittel prognostiziert wurde. (Honorare für Ärzte)

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
122	**Gesundheitsdienste**	**340007010200 Gesundheitsschutz**	**528195**	**Sonstige Materialaufwendungen - OGM**	**60.000,00**	**18.042,74**	Im Rahmen der Amtshilfe musste die Stadt Oberhausen insgesamt 300 weitere Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen. Da es sich um Menschen handelte, welche nicht über eine Erstaufnahmestelle vermittelt wurden, konnte nicht sichergestellt werden, ob ein ausreichender Impfschutz bei den einzelnen Personen bestand. Da sich die Personen im gesamten Stadtgebiet frei bewegen konnten, war die Gefahr zur Ansteckung einer eventuellen Vireninfektion zu minimieren. Daher sollte der entsprechende Personenkreis die Möglichkeit zur Herstellung der Grundimmunisierung durch die notwendigen Impfungen erhalten. Die im Juli 2015 außerplanmäßig bereitgestellten Mittel in Höhe von 20.000 EUR wurden zur Beschaffung von Impfstoffen bereits fast völlig verausgabt. Für die eingetroffenen 300 Flüchtlinge wurden somit zusätzliche Mittel zur Impfstoffbeschaffung benötigt. Darüber hinaus war nicht davon auszugehen, dass sich die Flüchtlingsproblematik kurzfristig entspannen würde und daher mit zusätzlichen Flüchtlingen gerechnet werden musste, welche wiederum entsprechend versorgt werden mussten. Im Rahmen der Gefahrenabwehr war die überplanmäßige Mittelbereitstellung unabweisbar. Eine Deckung des Aufwands in entsprechender Höhe in Form einer Kostenerstattung erfolgt voraussichtlich im Nachgang durch das Land NRW.		Die Impfungen wurden nicht in dem Maße ausgeführt, wie bei Beantragung der außerplanmäßigen Mittel prognostiziert wurde. (Impfstoffe)
123	**Gesundheitsdienste**	**340007020100 Gesundheitshilfen**	**529145**	**Kontraktmanagement - Entgelt an Dritte - Aidshilfe**	**6.000,00**	**5.852,40**	Die Aidshilfe Oberhausen e. V. erhält von der Stadt Oberhausen einen jährlichen Personal- und Sachkostenzuschuss für die psychosoziale Betreuung von Menschen mit HIV und Aids, basierend auf der geschlossenen Vereinbarung aus dem Jahr 2010. Laut einer darin enthaltenen Klausel erhöht sich der Zuschussbetrag bei einer tariflichen Erhöhung der Personalkosten. Der eingeplante Zuschuss im Haushaltsjahr 2015 von 91.000,00 EUR reichte aufgrund einer erneuten Tarifanpassung und eines vorzeitigen Stufenaufstieges zweier Mitarbeiter nicht aus. Der Stufenaufstieg wurde bereits durch den Bereich 4-6/ Recht geprüft und als tarifliche Entwicklung anerkannt. Dieser Umstand war bei der Haushaltsplanung 2015, im Jahr 2014, nicht absehbar. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 6.000,00 EUR war unabweisbar, da die Stadt Oberhausen anderenfalls ihre vertraglich vereinbarten Verpflichtungen gegenüber der Aidshilfe Oberhausen e. V. nicht einhalten würde.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
124	**Sportförderung**	**250008010100 Förderung des Schul- und Vereinssports**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**8.700,00**	**5.978,54**	Der überplanmäßige Mittelbedarf wurde aus mehreren Gründen notwendig: a) Auf einigen Sportanlagen hat es unterjährige Veränderungen gegeben, weil zum Teil neu gegründete Sportvereine "angesiedelt" und bestehende Sportvereine aufgrund fehlender technischer Voraussetzungen zur Durchführung des Trainings- und Sportbetriebes in den Wintermonaten (z.B. fehlendes Flutlicht) temporär "umgesiedelt" werden mussten (1. Alevitischer Fußballclub e.V. und FC Sterkrade 72 e.V. / Jugendteams). In diesen Fällen verfügen die aufnehmenden Vereine über vereinseigene Räumlichkeiten und stellen diese den aufgenommenen Vereinen zur Verfügung. Wie in vergleichbaren Fällen erhalten die aufnehmenden Vereine hierfür ein Nutzungsentgelt (insgesamt 1.342,00 EUR). b) Bei vielen Vereinen müssen Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden, welche im Vorfeld nicht genau kalkulierbar sind. Die erforderlichen Anträge zur Bezuschussung der einzelnen Maßnahmen werden bei Entstehung der einzelnen Bedarfe gestellt. Damit der Sportbetrieb nicht beeinträchtigt wurde, waren die benötigten Mittel möglichst zeitnah zu gewähren und zur Verfügung zu stellen. Da nicht absehbar war in welchem Umfang besonders zum Ende eines Haushaltsjahres noch Bedarfe entstehen, kam es dazu, dass keine Mittel zu Förderung mehr zur Verfügung standen. Damit jedoch der Sport-, Spiel- und Trainingsbetrieb, auch unter sicheren Rahmenbedingungen und im Rahmen der Gleichbehandlung aller Vereine erfolgen konnte, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
125	**Sportförderung**	**250008010200 Sport-u.Turnhallen auf/ an Sportplätzen (DR Fremdleistungen Bereich 2-5)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**18.000,00**	**15.988,43**	Im Rahmen des Beschaffungswesens werden nicht nur benötigte Ge- und Verbrauchsgüter beschafft, sondern auch Reparaturen von defekten Sportgeräten sowie Dienstleistungen der Medienwerkstatt abgewickelt. Der hierfür zu berücksichtigende Aufwand für die Folgejahre war nicht genau kalkulierbar. Unterjährig kam es daher zu Mehraufwendungen aufgrund erhöhter Reparaturbedarfe sowie durch vermehrte veranstaltungsbedingte Inanspruchnahme der Medienwerkstatt. Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2014 die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, wurde eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringertem verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
126	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**510009010190 Räumliche Planung / Stadtplanung (DR Fremdleistungen Bereich 5-1)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**1.100,00**	**762,70**	Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH konnten ab Dezember 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der Rechnung wurde für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 1.100 EUR benötigt. Dieser war überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
127	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**510009020158 Stadtteilprojekt Lirich**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**6.000,00**	**6.000,00**	Die Sparkassenbürgerstiftung förderte das neue Jugendclubhaus von Arminia Lirich mit einem Betrag in Höhe von 6.000 EUR. Der Betrag war zwischenzeitlich eingegangen und war an den Verein auszuzahlen. Eine überplanmäßige Mittelbereitstellung war daher notwendig.		
128	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020190 Städtebauliche Sanierung und Entwicklung (DR Fremdleistungen Bereich 5-4)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**5.170,00**	**3.627,63**	Im Rahmen der Verträge zwischen der OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK-Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. In einigen Budgetteilbereichen sind höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH konnten ab Oktober 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der Hochrechnung wurde bis Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 5.170 EUR benötigt. Dieser war überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
129	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**520009030100 Vermessung, Kartografie**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**5.260,00**	**4.199,62**	Der Ansatz im genannten Deckungsring für die Kostenarten 529126 - EP Druck und Grafik sowie 529142 - EP Post- und Botendienste für die Produktgruppe 0903 - Geodaten, Vermessung und Kataster, war mit der Zahlung für Juni fast erschöpft. Insbesondere bei den Kostenarten, die die OGM GmbH betrafen wurden die Plandaten der Bereiche unter Berücksichtigung des verbindlichen Gesamtvolumens zentral korrigiert, sodass es dort zu Verschiebungen kam. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung im Jahr 2015 unabweisbar.		Aus den überplanmäßig bereitgestellten Mitteln wurden 1.060 EUR nicht benötigt. Der Antrag für die Bereitstellung wurde am 12.06.2015 gestellt. Von daher waren noch keine signifikanten Ergebnisse vorhanden, die eine genauere Schätzung ermöglicht hätten. Im Verlauf des Jahres wurde auf den Druck von Überweisungsträgern verzichtet. Auch hieraus ergab sich eine Einsparung.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
130 a	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**520009030100 Vermessung, Kartografie (DR Fremdleistungen Bereich 5-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**1.700,00**	**1.700,00**	Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH konnten ab Oktober 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der Rechnung wurde für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 1.700 EUR benötigt. Dieser war überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.		
130 b	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**PN0903 Geodaten, Vermessung, Kataster (DR Fremdleistungen Bereich 5-2)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**16.000,00**	**16.000,00**	Durch nicht vorhersehbare Ausgaben bei dem Posten "Beschaffungswesen" (z. B. größere Reparaturen an Fahrzeugen und Messgeräten) reichte der für 2015 eingestellte Ansatz nicht aus. Die Mittel aus dem Deckungsring Fremdleistungen waren erschöpft. Die Rechnungen ab September 2015 konnten nicht mehr beglichen werden.		
131	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020111 Sanierung Südmarkt**	**523100**	**Erstattungen an das Land**	**10.700,00**	**10.670,66**	Im Zuge der Abrechnung des ehemaligen Sanierungsgebietes Südmarkt mussten die vereinnahmten Sanierungsausgleichsbeträge gem. § 154 BauGB in Höhe der seinerzeitigen Förderquote (86,5%) an das Land abgeführt werden. Zuletzt sind Einnahmen in Höhe von 12.336,02 EUR erzielt worden, so dass eine Erstattung an das Land in Höhe von 10.670,66 EUR fällig war. Ein Sonderposten in Höhe von 10.670,66 EUR wurde gebildet.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
132	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020168 Soziale Stadt NRW Osterfeld**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**30.000,00**	**27.227,00**	Im Zusammenhang mit dem Stadterneuerungsprogramm (STEP) 2015 wurde das erwähnte Programmgebiet vorgestellt. Aufgrund einer Bewilligungsreife sollte der Grundantrag erneut zum STEP 2016 gestellt werden, allerdings wurden zum STEP 2015 Zuschüsse als vorbereitende Untersuchungen zur „Qualifizierung des Grundförderantrages“ in Form einer Qualifizierung des Integrierten Handlungskonzeptes durch beratende Beauftragung eines externen Dritten beantragt. Diese Vorgehensweise erfolgte in Absprache mit der BZR sowie dem zuständigen Ministerium, eine Anfinanzierung des Projektes wurde somit ermöglicht. Ein entsprechender Bewilligungsbescheid für diese Teilmaßnahme wurde zum Ende des Jahres 2015 mit einer 80%igen Förderung in Aussicht gestellt. Die Vereinnahmung des Zuschusses erfolgt im Jahr 2016. Die Auftragsvergabe zur Qualifizierung des Integrierten Handlungskonzeptes konnte zuschussunschädlich erfolgen.		
133	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020169 Aktiv für Arbeit im Stadtteil**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**7.630,00**	**7.630,00**	Mit Zuwendungsbescheid vom 06.12.12 in Verbindung mit dem Änderungsbescheid vom 17.12.13 wurden Zuschussmittel i.H.v. 273.802 EUR für das ESF-Projekt „Aktiv für Arbeit im Stadtteil – Arbeitsmarktpolitisches Netzwerkcoaching in städt. Problemgebieten /Oberhausen-Innenstadt“ bewilligt und in den Jahren 2013 und 2014 vereinnahmt (80%-Förderung). Das Projekt wurde von dem Trägerverbund „Aktiv für Arbeit“ im Zeitraum 01.01.13 – 31.05.15 durchgeführt. Der 20%ige Eigenanteil wurde direkt durch den Verbund getragen, so dass der Stadt Oberhausen keine Kosten entstanden. Aufgrund des Schlussverwendungsnachweises stand dem Trägerverbund noch ein Betrag i.H.v. 20.629,33 EUR zu. Da im Ansatz 2015 nur noch ein Betrag in Höhe von 13.000 EUR zur Verfügung stand, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 7.630 EUR erforderlich. Insgesamt wurde dann ein Betrag in Höhe von 268.201,95 EUR an den Verbund ausgezahlt; überschüssige Fördermittel werden voraussichtlich 2016 an die BZR Münster erstattet.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
134	**Bauen und Wohnen**	**530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren (DR Fremdleistungen Bereich 5-3)**	**543115 543188**	**FL Postaufwendungen FL Beschaffungswesen**	**10.000,00**	**9.400,09**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die neuen Einheitspreise und Fremdleistungen (543115 - FL Postaufwendungen und 543188 - FL Beschaffungswesen) für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in machen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der zum damaligen Zeitpunkt noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
135	**Bauen und Wohnen**	**530010010100 Bauaufsichtliche Verfahren (DR Einheitspreise Bereich 5-3)**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**4.000,00**	**991,19**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet. Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
136	**Ver- und Entsorgung**	**110011020200 Abfallbeseitigung**	**531500**	**Aufwendungen für Zuschüsse an verb. Unternehmen/ Beteiligungen/ Sondervermögen**	**6.150,00**	**6.144,44**	Die Stadt Oberhausen ist gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 20 Abs. 2 des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAVG) zahlungspflichtiges Mitglied des Verbandes für Flächenrecycling und Altlastensanierung in NRW. Dieser teilte mit Bescheid vom 29.06.2015 den für 2015 zu entrichtenden Beitrag, welcher sich an den von IT.NRW zum 30.09.2014 ausgewiesenen Bevölkerungsständen orientierte, mit. Da die Planung für das Jahr 2015 bereits abgeschlossen war und entsprechende Haushaltsmittel zur fristgerechten Beitragsleistung fehlten war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in nebenstehender Höhe erforderlich und unabweisbar.		
137	**Ver- und Entsorgung**	**110011030100 Abwasserbeseitigung**	**531300**	**Aufwendungen für Zuwendungen an Zweckverbände**	**933.440,00**	**933.432,58**	Am 14.12.2015 hat der Rat der Stadt beschlossen, dass bei der Kostenart 531300 - Aufwendungen für Zuwendungen an Zweckverbände (Ruhrverband, Emschergenossenschaft, Landesumweltamt) überplanmäßige Mittel in Höhe von 933.440 EUR zur Verfügung gestellt werden.	B/16/1274-01	
138	**Ver- und Entsorgung**	**220011020100 Abfallwirtschaft**	**559200**	**Verzinsung von Steuernach-zahlungen**	**2.030,00**	**2.022,00**	Basierend auf Erkenntnissen der Betriebsprüfung für die Jahre 2008 bis 2011 wurde unter anderem für das Jahr 2012 eine berichtigte Steuererklärung eingereicht. Mit dem Steuerbescheid erfolgte aufgrund einer Steuernachzahlung die Zinsfestsetzung gem. §233 a AO für 2012 in Höhe von 2.666 EUR. Ein Teilbetrag in Höhe von 2.022 EUR war unstrittig. Bezüglich des übersteigenden Betrages war das Finanzamt um eine nochmalige Prüfung gebeten worden.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
139	**Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV**	**u. a. 560012010190 Gemeindestr. u. sonst. öffentl. Verkehrsflächen (DR Einheitspreise Bereich 5-6)**	**529126 529142**	**EP Druck und Grafik EP Post- und Botendienste**	**17.000,00**	**8.284,87**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die beiden neuen Einheitspreise Druck und Grafik bzw. Post- und Botendienste für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		Da die zu erwartenden Aufwendungen teilweise für mehrere Monate hochgerechnet wurden, konnten keine genauen Angaben zu den noch benötigten Mitteln gemacht werden. Letztendlich fielen die tatsächlichen Rechnungsbeträge geringer aus als prognostiziert. Aus diesem Grund sind noch Restmittel von dem ursprünglich überplanmäßig beantragten Betrag vorhanden.
140 a	**Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV**	**u. a. 560012010190 Gemeindestr. u. sonst. öffentl. Verkehrsflächen (DR Fremdleistungen Bereich 5-6)**	**543115 543188**	**FL Postaufwendungen FL Beschaffungswesen**	**32.000,00**	**32.000,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden die Aufwendungen für Beschaffungen, Druck und Grafik sowie Post- und Botendienste vollständig auf einer Kostenart abgebildet (543188). Im Zuge der Neufassung des Leistungsvertrages zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen war eine Aufteilung dieser Kosten auf zukünftig drei Kostenarten, unterteilt in Fremdleistungen und Einheitspreise, unumgänglich. Um einen Planansatz für die neuen Einheitspreise und Fremdleistungen (543115 – FL Postaufwendungen und 543188 – FL Beschaffungswesen) für das Haushaltsjahr 2015 ermitteln zu können, ist zum damaligen Zeitpunkt eine prozentuale Verteilung anhand der OGM-Rechnungen der Monate Januar bis März 2014 vorgenommen worden. Diese Problematik der Neuverteilung der Ansätze führte aufgrund fehlender Rechnungsergebnisse aus Vorjahren jedoch in manchen Teilbereichen zu einem verringerten verfügbaren Budget. Zur Begleichung der noch ausstehenden Rechnungen von der OGM GmbH war in Anlehnung an das Rechnungsergebnis 2014 eine überplanmäßige Mittelbereitstellung in genannter Höhe erforderlich und unabweisbar.		

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
140 b	**Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV**	**u.a. 560012010190 Gemeindestr. u. sonst. öffentl. Verkehrsflächen (DR Fremdleistungen Bereich 5-6)**	**543188**	**FL Beschaffungswesen**	**30.800,00**	**30.609,20**	Im Rahmen der Verträge zwischen OGM GmbH und Stadt Oberhausen wurden mit den Verträgen zum Beschaffungswesen, Postaufwendungen, IT- und TK –Dienste die bisherigen Regelungsbereiche des Leistungsvertrages neu zusammengefasst. Die Budgetplanung 2015 hat sich am Plan 2014 orientiert. Aufgrund der geänderten Leistungsbeziehungen zur OGM GmbH konnten jedoch keine belastbaren Erfahrungswerte zu Grunde gelegt werden. Nun sind in einigen Budgetteilbereichen höhere Aufwendungen entstanden. Die Rechnungen der OGM GmbH konnten hier ab Dezember 2015 nicht mehr beglichen werden. Aufgrund der Rechnung wurde für Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 30.800 EUR benötigt. Dieser war überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.		
141	**Verkehrsflächen- und anlagen, ÖPNV**	**560012010600 ÖPNV Neubau und Unterhaltung**	**522200**	**Aufwendungen für Kollektivanlagen**	**550,00**	**0,00**	Als Teil des Bauvorhabens "P+R Parkplatz Bahnhof Holten" wurde dort eine Fahrradabstellanlage errichtet. Mit einer Privatfirma wurde mit Datum vom 26.08.2015 ein Wartungs-/ Bereitstellungsvertrag geschlossen, um den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten. Für das Jahr 2015 fielen dafür Kosten in Höhe von 535,50 EUR brutto an. Für die Zeit ab 01.01.2016 sind entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant.		Die Aufwendungen wurden beim Auftrag 560012010600, Kostenart 524200 - Aufwendungen für Kollektivanlagen in Höhe von 535,50 EUR in Anspruch genommen.
142	**Natur- und Landschaftspflege**	**560013040100 Gewässerschutz und -bewirtschaftung**	**529102**	**Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen - WBO**	**65.600,00**	**49.994,24**	Im Rahmen der Gefahrenabwehr und zur Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht waren vorher nicht planbare Ingenieurleistungen durch die WBO GmbH im Rahmen des Gewässerschutzes notwendig geworden (Nassenkampgraben, Alsbach). Es wurde daher ein überplanmäßiger Bedarf in Höhe von 65.600 EUR brutto notwendig.		Die WBO GmbH wurde mit Planungen zum Gewässerschutz beauftragt. Abgerechnet werden konnten jedoch nur Planungen für den Ruhrdeich.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
143	**Umweltschutz**	**220014010104 Klimaschutzkonzept**	**543132**	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	**2.750,00**	**0,00**	Am 30.09.2013 hatte der Rat die Umsetzung des Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzeptes (Drucksache B/15/2991-01) beschlossen. Mit Förderbescheid vom 02.06.2015 wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für die fachliche Unterstützung bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in Oberhausen durch Klimamanager ein Gesamtbetrag in Höhe von 336.338 EUR (85%-Förderung) bewilligt. Der Betrag teilte sich in Sach- und Personalkosten auf und war für den Zeitraum 01.10.15 bis 30.09.18 bestimmt. Für das Jahr 2015 fielen Sachkosten in genannter Höhe an. Eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung war für die Umsetzung des Projektes zwingend notwendig. Die Mittel für 2016 ff. wurden im Rahmen der Veränderungsnachweisung bzw. Finanzplanung entsprechend berücksichtigt.		Der ausgewiesene außerplanmäßige Betrag für anteilige Sachkosten im Rahmen des Förderprojektes wurde nicht wie vorgesehen in 2015 realisiert. Aufgrund des verspäteten Vertragsabschlusses mit den Klimaschutzmanagern zum 01.12.2015 und 01.01.2016 wurde in Abstimmung mit dem Projektträger Jülich eine Laufzeitverlängerung der Fördermaßnahme zum 31.12.2018 mit entsprechender Mittelverschiebung beantragt, um den in 2015 ungenutzten dreimonatigen Durchführungszeitraum nachholen zu können.
144	**Umweltschutz**	**220014010105 Lokale Agenda**	**543132**	**Sonstige Geschäftsaufwendungen**	**1.500,00**	**0,00**	Der Betrag diente dem Erwerb von Sachpreisen zur Verlosung an die Teilnehmer der Aktion "Stadtradeln 2015". Auszahlungen wurden nur in Höhe der entsprechenden Erträge geleistet. .		Durch Zuschüsse von privaten Sponsoren konnten außerplanmäßig Gelder für die Aktion Stadtradeln vereinnahmt werden. Der ursprüngliche Ansatz der Haushaltsposition reichte aus, um die Kosten der ausgelobten Sachpreise zu decken, so dass der vorsorglich angemeldete außerplanmäßige Aufwand in Höhe von 1.500 EUR nicht benötigt wurde.
145	**Umweltschutz**	**220014010190 Umweltmanagement und Immissionsschutz**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**40.420,00**	**38.333,33**	Im Rahmen der Weiterführung der mit Landes- und EU-Mitteln geförderten Bürger-und Energieberatung der Verbraucherzentrale in Oberhausen wurde für das Jahr 2015 erstmalig ein Eigenanteil der Stadt Oberhausen notwendig. Ohne Übernahme des Eigenanteils hätte eine Schließung des Büros erfolgen müssen. 10 Jahre lang konnte die Beratung allein mit Landes- und EU-Mitteln erfolgen. Siehe Ratsbeschluss vom 23.03.2015.	B/16/0646-01	Der außerplanmäßig angemeldete Aufwand für den kommunalen Eigenanteil reduzierte sich leicht aufgrund nicht in Anspruch genommener Räumlichkeiten durch die Verbraucherzentrale in den Monaten Januar bis April 2015, so dass lediglich 38.333,33 EUR verausgabt wurden. Der Eigenanteil wird sich in den Jahren 2016 und 2017 auf jeweils 30.000 EUR verringern, weil Drittmittel in Höhe von 20.000 EUR über das Duale System Deutschland bereitgestellt werden.

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
146	**Wirtschaft und Tourismus**	**950015040600 WBO GmbH**	**543141**	**Aufwendungen für Wirtschafts- und EDV- Beratung**	**24.510,00**	**24.510,00**	Mit Beschluss vom 07.04.2014 beauftragte der Rat der Stadt eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie eine Rechtsanwalts-/Steuerberatungsgesellschaft zur Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich der Fortführung der Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH. Nunmehr waren, unter Berücksichtigung noch zur Verfügung stehender Haushaltsmittel, über diesen ursprünglichen Auftrag hinausgehende Zusatzarbeiten in nebenstehender Höhe angefallen. Die Unabweisbarkeit des Mehrbedarfs stützte sich insbesondere darauf, dass die entsprechende vertragliche Vereinbarung eine Option zur Geltendmachung von Auftragsnachträgen enthielt.		
147	**Wirtschaft und Tourismus**	**950015041400 OGM GmbH**	**573100**	**Abschreibungen auf das Umlaufvermögen**	**500.000,00**	**500.000,00**	Wie bereits in Drucksache B/16/0828-01 vom 18.12.2015 thematisiert (Zeilen 130-150) ist die Gewinnausschüttung der OGM GmbH für das Jahr 2013 gemäß Ergebnisverwendungsbeschluss des Rates vom 30.06.2014 (Drucksache B/16/0055-01) aufgrund des Ausschüttungsverbotes gemäß § 29 GmbHG nicht realisierbar. Der mit der Gewinnausschüttung verbundene HSP-Beitrag des Jahres 2014 konnte durch erhöhte Einsparungen auf städtischer Seite im Bereich der Leistungsverträge trotz nicht möglicher Ausschüttung dennoch nachgewiesen werden. Gleichwohl wurde die Gewinnausschüttung bereits im Haushaltsjahr 2014 aufgrund der bestehenden Beschlusslage als Forderung erfolgswirksam eingebucht. Diese Forderung war im Rahmen des Haushaltsjahres 2015 ebenso aufwandswirksam durch Abschreibung auszubuchen. Die hierfür erforderlichen Mittel waren außerplanmäßig bereit zu stellen. Auswirkungen auf den Finanzplan ergaben sich nicht, da es sich bei der Abschreibung um die Korrektur eines Buchwertes handelte, mit der kein echter Finanzmittelabfluss verbunden war.	B/16/1286-01	

lfd. Nr.	Produkt-bereich	Auftrag	Kostenart	Bezeichnung Kostenart	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
148	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**110016010100 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen**	**531800**	**Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche**	**12.000,00**	**5.726,75**	Aufgrund der akuten Einsturzgefahr des Wohnhauses an der Thüringer Straße 3a in Oberhausen durften die Mieter ihre Wohnungen nicht mehr betreten. Sie hatten somit keine Gelegenheit mehr ihren Hausstand in Sicherheit zu bringen. Ebenfalls aufgrund statischer Probleme mussten auch die Bewohner des Hauses Thüringer Straße 3 evakuiert werden. Auch die Mieter der Thüringer Straße 1 konnten nicht in ihren Wohnungen verbleiben. Der Stadtkämmerer hat in Vertretung des Oberbürgermeisters dem betroffenen Personenkreis unbürokratische Unterstützungsleistungen in Form einer Soforthilfe (Unterbringung in Übergangswohnung etc.) zugesichert. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Verwaltungsvorstand am 14.04.2015 gefasst. Da entsprechende Mittel im Haushalt 2015 nicht geplant waren, war der Betrag außerplanmäßig bereitzustellen.		
149	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**110016010100 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen**	**537201**	**Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV) - LVR**	**1.381.593,00**	**1.381.593,00**	Am 14.12.2015 hat der Rat der Stadt beschlossen, dass bei der Kostenart 537201 - Umlage Landschaftsverband Rheinland überplanmäßige Mittel in Höhe von 1.381.593 EUR zur Verfügung gestellt werden.	B/16/1275-01	

5.5.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015

Die in § 83 GO NRW enthaltenen Verfahrensregelungen und Zuständigkeiten für überplanmäßige /außerplanmäßige Aufwendungen sind auf Erfordernisse und die Ausführungen des Haushaltsplans innerhalb des Haushaltsjahres ausgelegt (siehe 5.3.1). Soweit Aufwendungen – auch erhebliche – erst im Rahmen des Jahresabschlusses (d.h. nach dem offiziellen Buchungsschluss) dem abgelaufenen Haushaltsjahr wirtschaftlich zugeordnet werden können, bedarf es nicht des in § 83 GO NRW bestimmten Verfahrens.

Vielmehr können im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit

- der Stadtkämmerer bei der Aufstellung des Jahresabschlusses (siehe 5.5.2.1),
- der Oberbürgermeister bei der Bestätigung (siehe 5.5.2.1) und
- der Rat bei der Feststellung (siehe 5.5.2.2),

den erforderlich gewordenen Aufwendungen zustimmen. Zu den Abschlussbuchungen (nicht abschließend) zählen:

- die Rechnungsabgrenzungen
- die Wertberichtigungen
- die Bildung und Auflösung von Rückstellungen

Nachfolgend werden die Abschlussbuchungen, die zu überplanmäßigen / außerplanmäßigen Aufwendungen im Zuge des Jahresabschlusses geführt haben, dargestellt:

5.5.2.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015 unter 100.000 EUR

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Stadtkämmerer/der Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen die nachfolgenden überplanmäßigen / außerplanmäßigen Aufwendungen gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW. Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die Bewilligung zur Kenntnis.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003011000	Schulpsychologie bis 2015	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	5.842,56	5.742,56	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
220013020190	Landschaftsentwicklung u. Artenschutz	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	28.620,90	28.520,90	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
220013040190	Gewässerschutz und -bewirtschaftung	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	1.873,60	1.773,60	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
220014010190	Umweltmanagement und Immissionsschutz	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	3.180,10	3.080,10	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
220014050190	Bodenschutz/Altlasten	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	16.862,40	16.762,40	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
240002030100	Lebensmittel u. Bedarfsgeg. überw.(b 15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	39.605,00	39.605,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
240002100300	Staatsangehörigkeitsangeleg. (b 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	49.256,00	49.256,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
240002110100	Personenstandswesen (bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	39.805,00	39.705,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320005020100	Hilfe zum Lebensunterhalt	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	19.421,16	19.321,16	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320005020200	Hilfe z.Grundsicherung	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	19.575,00	19.475,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320005020400	Sonstige Sozialhilfe(bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	7.872,11	7.772,11	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320005040300	Altenhilfe/ Blindenh. §71 u.72 SGB XII	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	14.339,68	14.239,68	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320006031100	Kinder im Mittelpunkt (bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	60.289,36	60.289,36	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006031200	Früherkennungs-untersuchungen (bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	24.773,84	24.773,84	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	1.745,14	1.645,14	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
320006040200	Jugendarbeit/Jugendschutz (bis 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	47.524,24	47.424,24	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
340007020100	Gesundheitshilfen (b15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	38.541,45	38.441,45	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
340007020201	Versorgungsverw. MEO-Kooperation(b15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	78.013,00	78.013,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
400001150101	Internationale Begegnungen	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	12.450,50	12.350,50	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
400001150102	Jugendkunstschule	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	12.450,50	12.350,50	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080101	Sonderstellenplan	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	13.158,00	13.058,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	60.741,00	60.741,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001100200	Inform.-Technologie,Serv., Strat.(b15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	39.027,00	38.927,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
450002130100	Statistik	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	5.757,15	5.657,15	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
450002130401	Wahlen	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	164,49	64,49	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
450002130402	Europawahl	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	164,49	64,49	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
450002130403	Kommunalwahl	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	164,49	64,49	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
450002130404	Landtagswahl	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	164,49	64,49	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
450002130405	Sonstige Wahlen	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	164,49	64,49	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
460001110300	Ordnungswidrigkeit (b 15)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	28.677,00	28.577,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
850004060112	Schulbibliotheken (b. 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	0,00	14.691,00	14.691,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
860004070100	Musikschule	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	76.925,90	76.825,90	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
890004040107	Grundbildung, Schulabschlüsse (b. 2015)	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	40.346,00	40.246,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
920001040100	Personalrat	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	8.175,00	8.075,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
950015040600	WBO GmbH	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	82.000,00	81.900,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	507200	Aufw.f.Rückst.f.nicht genomm.Urlaub Ang.	100.000,00	196.612,64	96.612,64	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg.u. allgem.Umlagen	537100	Allgemeine Umlagen an das Land	1.585.430,00	1.586.174,42	744,42	Einheitslastenabrechnung
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg.u. allgem.Umlagen	537202	Allgem.Uml.an Gemeinden/GV - RVR	2.106.540,00	2.169.289,65	62.749,65	Verbandsumlage 2015 des Regionalverbandes Ruhr gemäß Bescheid vom 03.09.2015
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	539120	Aufw. Rückz. v. Investitionsförd.maßn.	0,00	3.413,32	3.413,32	Anteil Sonderposten Josefstr., Tiroler Str., Steiermarker Str.
560012010290	Kreisstraßen (bis 2015)	539120	Aufw. Rückz. v. Investitionsförd.maßn.	0,00	404,07	404,07	Anteil Sonderposten Westmark Str., Vestische Str.
140003010100	Grundschulen bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	30.012,26	30.012,26	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003010200	Hauptschulen bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	10.004,09	10.004,09	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003010300	Realschulen bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	10.004,09	10.004,09	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003010400	Gymnasien bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	18.896,61	18.896,61	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003010500	Förderschulen bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	3.334,70	3.334,70	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003010600	Gesamtschulen bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	16.673,48	16.673,48	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003010700	Berufskollegs bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	20.008,17	20.008,17	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003011000	Schulpsychologie bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	1.111,57	1.111,57	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
140003011100	Medienzentrum bis 2015	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	1.111,55	1.111,55	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
310006010290	Spielplätze	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	6.268,61	6.268,61	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
560012010100	Verkehrsanlagen Gemeindestraßen	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	47.438,00	47.438,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
560012010390	Landesstraßen (bis 2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	350.000,00	389.671,55	39.671,55	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
560013010390	Grünflächenun. 5-6-40 (b2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	0,04	0,04	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
610002150100	Gefahrenabwehr	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	2.342,00	2.342,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
610002160102	Rettungstransport	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	210,00	210,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
610002160103	Notarzteinsatz	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	265,00	265,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
610002160190	Rettungsdienst	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	1,00	1,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
860004070101	Jedem Kind ein Instrument	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	0,00	1,00	1,00	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer
130001130100	Unbebaute Grundstücke(bis 2015)	547300	Verl. aus Wertmind./Abgängen v. Ggst. UV	0,00	3.989,07	3.989,07	An Kahlens Kuhle
110011020200	Abfallbeseitigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	96.084,97	96.084,97	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes.
110012050100	Straßenreinigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	95.572,35	95.572,35	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes.
110001090200	Steuern u.grundst.bezogene Benutzungsgeb	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	55,00	55,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110011030100	Abwasserbeseitigung	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	1.113,94	1.113,94	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110012050100	Straßenreinigung	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	1.994,55	1.994,55	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
240002010100	Allg. Gefahrenabw., Sondergen.,Umweltzon	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	22,00	22,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
240002070100	Überwachung des ruh. Verkehrs (b.15)	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	513,25	513,25	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
240013060100	Friedhöfe	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	476,30	476,30	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
250008010100	Förderung des Schul- und Vereinssports	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	1.000,00	1.000,22	0,22	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
530010010100	Bauaufsichtliche Verfahren	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	1.992,49	1.992,49	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
890004040103	Kultur, Gestalten (b. 2015)	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	30,00	30,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
970001070100	Pressearbeit / Bürgerinformation	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	16,00	16,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110001090200	Steuern u.grundst.bezogene Benutzungsgeb	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	718,00	718,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
110001090300	Stadtkasse	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	23,75	23,75	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
110011020200	Abfallbeseitigung	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	293,87	293,87	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
110011030100	Abwasserbeseitigung	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	64,74	64,74	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
110012050100	Straßenreinigung	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	6,44	6,44	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
140003010100	Grundschulen bis 2015	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	20.397,20	20.397,20	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
220013020190	Landschaftsentwicklung u. Artenschutz	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	20,50	20,50	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
220014010103	Betrieblicher Umweltschutz	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	100,00	100,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002010100	Allg. Gefahrenabw., Sondergen.,Umweltzon	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.311,76	1.311,76	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002020100	Allg. Gewerbeangelegenheiten	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	660,00	660,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002020300	Kirmes (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	398,97	398,97	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002030100	Lebensmittel u. Bedarfsgeg. überw.(b 15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.502,20	1.502,20	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002070100	Überwachung des ruh. Verkehrs (b.15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	2.658,14	2.658,14	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
240002070200	Verkehrsrechtl. Genehmig. (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	50,00	50,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002080100	Fahrerlaubnisse (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	5.435,13	5.435,13	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002080200	Fahrschul- u. Pers.bef.erlaub.(bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	110,00	110,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240002090100	Zulassung (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	32.842,46	32.842,46	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
240013060100	Friedhöfe	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	5.038,50	5.038,50	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
250008010490	Sportzplatzgebäude	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	58,10	58,10	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
310006010190	Kindergärten	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	54.324,33	54.324,33	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320005020100	Hilfe zum Lebensunterhalt	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	3.972,30	3.972,30	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
320006030400	Inobhutnahme,Fam .ersetzende Hilfe (b15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	160,00	160,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006031000	Amtsvormundsch.,-pflegsch., -beist.(b15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	4.717,43	4.717,43	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006031300	Ferienangebote (b2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.158,00	1.158,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006040100	Regionalteams (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.165,43	1.165,43	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006040104	Inobh.-Nahme,fam.ers.+ -unterst.Hilf(b15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	26.417,03	26.417,03	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006040105	Hilfe f. junge Volljährige (bis 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	657,00	657,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
320006040106	Eingl.-Hilfe f.seelisch beh. Kinder (b15	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	184,00	184,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
400001150102	Jugendkunstschule	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	185,00	185,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
460001110100	Justiziariat	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	40,00	40,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
460001110300	Ordnungswidrigkeit (b 15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	828,80	828,80	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
520009030200	Geobasisdaten d. Liegensch.kata.(b2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	910,85	910,85	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
520009030300	Grundst.-bez. Ordnungsm.u.Grdstbew.(b15)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	220,00	220,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
530010010100	Bauaufsichtliche Verfahren	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	5.794,67	5.794,67	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
540010040100	Wohnungsbauförderung	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	5.269,20	5.269,20	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.120,50	1.120,50	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
560012010500	Parkplätze, Parkleitsystem u Erlaubnisse	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	168,78	168,78	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
610002150100	Gefahrenabwehr	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.931,70	1.931,70	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.517,66	1.517,66	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
860004070100	Musikschule	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	494,83	494,83	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
860004070101	Jedem Kind ein Instrument	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	20,00	20,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
890004040102	Politik, Gesellschaft, Umwelt (b. 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.003,00	1.003,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
890004040190	Bild.-Angeb.i.R.d.WeiterbildG (b. 2015)	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	366,00	366,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
970001070100	Pressearbeit / Bürgerinformation	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	64,00	64,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung
130001130100	Unbebaute Grundstücke(bis 2015)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	15.818,00	15.818,00
140003010119	Offene Ganztagsgrundschule(b15)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	35.511,00	35.511,00
140003010219	Erweiterte Ganztagshauptschule(b15)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	3.098,00	3.098,00
140003010300	Realschulen bis 2015	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	395.210,00	424.972,64	29.762,64
140003010400	Gymnasien bis 2015	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	1.350.890,00	1.421.366,27	70.476,27
220013010100	Grünanlagen und Kleingartenan.(b15)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	2.114,10	2.114,10
220013010190	Grünanlagen und Kleingartenanlagen	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	5.385,80	5.385,80
240013060100	Friedhöfe	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	22.350,07	22.350,07
250008010302	Freizeitsportanlagen	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	946,00	946,00
250008010490	Sportzplatzgebäude	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	223.840,00	262.663,01	38.823,01
251008010301	Sanierungsprogramm Sportplätze OB	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	52.035,00	52.035,00
252008010301	Sanierungsprogramm Sportplätze ST	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	18.990,00	18.990,00
310006010115	KTE City-West	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	21.590,00	25.449,00	3.859,00
310006010119	KTE Lirich	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	18.890,00	20.280,00	1.390,00
310006010122	KTE Stader Weg	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	19.310,00	19.926,00	616,00
310006010190	Kindergärten	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	74,14	74,14
310006010201	KTE freie Träger	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	71.737,00	71.737,00
310006010290	Spielplätze	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	505.530,00	538.987,28	33.457,28
320005030100	Hilfe f.Obdachl./Wohnungslose (bis 2015)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	95.530,00	110.628,13	15.098,13
340007010100	Gesundheitsförderung (b15)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	88.730,00	88.748,00	18,00
420001030100	Gleichstellung von Frau und Mann	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	65.943,00	65.943,00
560013010390	Grünflächenun. 5-6-40	571110	AfA auf Gebäude u.	0,00	8.381,00	8.381,00

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung
	(b2015)		Gebäudeeinrichtungen			
560013040100	Gewässerschutz und -bewirtschaftung	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	3.177,00	3.177,00
610002150100	Gefahrenabwehr	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	460.100,00	462.588,01	2.488,01
880004030103	Gedenkhalle	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	16.350,00	17.898,00	1.548,00
460001110300	Ordnungswidrigkeit (b 15)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	35.558,21	35.558,21
560012010200	Verkehrsanlagen Kreisstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	33.616,60	33.616,60
560012010300	Verkehrsanlagen Landesstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	58.868,09	58.868,09
560012010400	Verkehrsanlagen Bundesstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	8.838,31	8.838,31
560012010500	Parkplätze, Parkleitsystem u Erlaubnisse	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	13.140,00	13.140,00
560012010600	ÖPNV Neubau und Unterhaltung	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze,Verkehrslenk.anl	0,00	5.374,00	5.374,00
320005030100	Hilfe f.Obdachl./Wohnungslose (bis 2015)	571135	AfA sonst. Bauten d. Infrastrukturvermö.	0,00	48.488,04	48.488,04
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	571135	AfA sonst. Bauten d. Infrastrukturvermö.	0,00	65.517,00	65.517,00
610002150100	Gefahrenabwehr	571145	Abschreibungen auf technische Anlagen	0,00	1.205,00	1.205,00
510010030100	Denkmalschutz/Denkmalpflege	571150	Abschreibungen auf Fahrzeuge	0,00	14.969,00	14.969,00
610002150100	Gefahrenabwehr	571150	Abschreibungen auf Fahrzeuge	455.200,00	468.839,05	13.639,05
220014050190	Bodenschutz/Altlasten	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	11.692,00	11.692,00
240013060100	Friedhöfe	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	146,00	146,00
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	14.818,00	14.818,00
610002150100	Gefahrenabwehr	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	22.000,00	84.373,76	62.373,76

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung
610002160101	Krankentransport	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	500,00	708,00	208,00
610002160102	Rettungstransport	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	1.000,00	55.787,37	54.787,37
610002160103	Notarzteinsatz	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	500,00	1.260,00	760,00
610002160190	Rettungsdienst	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	7.500,00	25.418,19	17.918,19
850004060112	Schulbibliotheken (b. 2015)	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	86.309,00	86.309,00
860004070101	Jedem Kind ein Instrument	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	2.046,00	2.046,00
860004070300	Kulturbüro	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	969,00	969,00
880004030100	Ludwig Galerie, Schloß Oberhausen	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	30.180,00	30.180,00
460001110300	Ordnungswidrigkeit (b 15)	571160	AfA auf geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	1.177,10	1.177,10
860004070101	Jedem Kind ein Instrument	571160	AfA auf geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00	6.439,00	6.439,00
130001130200	Bebaute Grundstücke(bis 2015)	573100	Abschreibungen auf das Umlaufvermögen	12.560,00	67.455,08	54.895,08

Deckungsring	Bezeichnung Deckungsring	Originalbudget	Ergebnis 2015	Abweichung	verfügbares Budget üpl. / apl.	Abweichung absolut	
D01110001	DR Produktgr.spez.- Sach u. Dienstl.-	8.070,00	12.636,89	4.566,89	8.070,00	4.566,89	Anpassung des Bestandes "Betriebsmittelfonds KSA Bochum" (Bestandskonto 178101). Keine Zahlung (Jahresabschlussbuchung)

5.5.2.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen im Jahresabschluss 2015 über 100.000 EUR

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Rat der Stadt Oberhausen die nachfolgenden überplanmäßigen / außerplanmäßigen Aufwendungen:

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	505100	Zuführ. zu Pensionsrückst. f. Beschäft.	3.400.000,00	12.485.682,00	9.085.682,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
310006010123	KTE Stadtmitte	505110	Zuführ. zu Rückstell. f. Altersteilzeit	100,00	102.737,00	102.637,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
410001080300	Personalabrechnung und -verw.(b15)	506100	Zuführ. zu Beihilferückst. f. Beschäft.	600.000,00	2.525.072,00	1.925.072,00	Rückstellungsverlauf nicht konkret vorherseh-/berechenbar. Ansatzbildung muss auf Basis qualifizierter Schätzungen erfolgen, zu denen sich entsprechende Abweichungen ergeben können.
110011030100	Abwasserbeseitigung	521191	Unterhaltung Kanalvermögen WBO	50.000,00	255.798,00	205.798,00	Gemäß Jahresabrechnung des Gebührenhaushaltes
130001130200	Bebaute Grundstücke(bis 2015)	547120	Verl. a. Abgang des Sachanlagevermögens	5.000,00	154.112,89	149.112,89	Abgang von Anlagegütern vor Ablauf der Nutzungsdauer(Edmundstr.)
110011030100	Abwasserbeseitigung	547310	Einstell. u. Zuschr. in d. Sonderposten	0,00	543.304,98	543.304,98	Zuführung Sonderposten Gebührenausgleich 2015
110001090300	Stadtkasse	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	279.106,00	279.106,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
110011020200	Abfallbeseitigung	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	677.278,10	677.278,10	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg.u.allgem. Umlagen	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	1.172.300,06	1.172.300,06	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
950015041400	OGM GmbH	547330	Wertkorrekturen zu Forderungen	0,00	500.000,00	500.000,00	Nicht planbare Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen
110016010100	Steuer,allgem.Zuweisg.u.allgem. Umlagen	547340	Einstellung in Einzelwertberichtigung	0,00	1.092.752,00	1.092.752,00	Nicht planbare Aufwendungen für Einzelwertberichtigungen (individuelle Risikoprüfung einzelner Forderungen, Niederschlagungen)
110001090100	Allgem.Finanz- u.Haushaltsangelegenheiten	547350	Einstellung in Pauschalwertberichtigung	0,00	493.392,93	493.392,93	Nicht planbare Aufwendungen für Pauschalwertberichtigungen (allgemeine Risikoprüfung einzelner Forderungen anhand der statistischen Ausfallquote aus Vorjahren)
950015042300	OVP mbH	551100	Zinsaufwendungen an das Land	0,00	369.118,11	369.118,11	Nach Entscheidung des OLG Düsseldorf musste ein Landeszuschuss auf Grundlage einer ausgereichten Bürgschaft verzinst zurückgezahlt werden.
140003010700	Berufskollegs bis 2015	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	963.100,00	1.081.586,42	118.486,42	Gebäude, Aufbauten + Betriebsvorr. bei Schulen Bspw. Hans-Sachs-Berufskolleg (518 TEUR) , Hans-Böckler-Berufskolleg (214 TEUR)
250008010390	Sportfreianlagen	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	738.365,06	738.365,06	Aufbauten und Betriebsvorrichtungen auf Grünfläche Bspw. Fußballleistungszentrum Emscherinsel (83 TEUR), Stadion Niederrhein (70 TEUR)
410001100300	Raumplanung (bis 2015)	571110	AfA auf Gebäude u. Gebäudeeinrichtungen	0,00	1.424.833,52	1.424.833,52	Gebäude, Aufbauten + Betriebsvorr. bei so. Gebäuden Bspw. Rathaus Oberhausen (551 TEUR), Bert-Brecht Haus (428 TEUR)

Auftrag	Bezeichnung	Kostenart	Bezeichnung	Originalbudget	Ergebnis	Abweichung	Erläuterung
560012010190	Gemeindestr.u.sonst. öffentl.Verkehrsflä	571115	Abschreibungen auf Brücken und Tunnel	0,00	853.274,00	853.274,00	Bspw. Wittekindstraße (76 TEUR) Mülheimer-Str. (62 TEUR),
110011030100	Abwasserbeseitigung	571125	AfA Entwässer.-/Abwasserbeseitigungsanl.	9.641.340,00	10.541.375,00	900.035,00	Bspw. Königshardter Strasse (184 TEUR), Centroallee (Centro) (121 TEUR), SW/RW-PW Neue Mitte (maschin. Teil) (112 TEUR),
560012010290	Kreisstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze, Verkehrslenk.anl	0,00	1.970.226,33	1.970.226,33	Bspw. Bebelstraße (Fahrbahn) (112 TEUR), Vestische Straße (Fahrbahn) (70 TEUR)
560012010390	Landesstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze, Verkehrslenk.anl	0,00	2.429.013,15	2.429.013,15	Bspw. Teutoburger Straße (Fahrbahn) (131 TEUR), Duisburger Straße (Fahrbahn) (124 TEUR)
560012010490	Bundesstraßen (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze, Verkehrslenk.anl	0,00	509.622,00	509.622,00	Bspw. Mülheimer Straße (Fahrbahn) (165 TEUR), Essener Straße (Fahrbahn) (127 TEUR)
560012010700	Beleuchtung (bis 2015)	571130	AfA Straßen,Wege,Plätze, Verkehrslenk.anl	0,00	476.453,88	476.453,88	Bspw. Marktstraße (16 TEUR), Vestische Straße (10 TEUR), Dorstener Straße (8 TEUR)
610002160102	Rettungstransport	571150	Abschreibungen auf Fahrzeuge	58.400,00	201.986,00	143.586,00	Bspw. Rettungswagen (RTW) (199 TEUR)
850004060111	Öffentliche Bibliotheken (b. 2015)	571155	AfA a. Betriebs- u. Geschäftsausstattung	0,00	149.598,00	149.598,00	Bspw. Festw. Bücher/Medien öffentl. Bibliothek.(135 TEUR)

Deckungsring	Bezeichnung Deckungsring	Originalbudget	Ergebnis 2015	Abweichung	verfügbares Budget üpl. / apl.	Abweichung absolut	
D05000311	DR Soziales	51.358.280,00	57.807.902,10	6.449.622,10	57.653.595,00	154.307,10	Rückstellungsbuchungen: Zuführungen 1.066.000 EUR; Inanspruchnahmen 432.090,71 EUR (Jahresabschlussbuchungen)
D06010001	DR Produktgr.spez. - Sach u. Dienstl.-	734.470,00	1.096.999,60	362.529,60	734.470,00	362.529,60	Buchungen von ARAP (Investitionskostenzuschüsse / Jahresabschlussbuchungen) in Höhe von 767.382,89 EUR.

5.6 Übersicht Deckungsringe

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Jahresergebnis 2015*	*Abweichung absolut*	*Abweichung prozentual*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D00000001	**DR Personal**	129.354.860,00	131.290.974,12	-1.936.114,12	1,50	131.920.860,00	629.885,88
D00000003	**DR Aus- und Fortbildung Bereich 4-1**	278.630,00	229.792,62	48.837,38	-17,53	278.630,00	48.837,38
D00000004	**DR Dienstreisen Bereich 4-1**	354.380,00	317.900,28	36.479,72	-10,29	354.380,00	36.479,72
D00000005	**DR Haftpflichtvers. Bereich 4-6**	1.180.900,00	876.194,99	304.705,01	-25,80	980.900,00	104.705,01
D00000006	**DR Gebäudevers. Bereich 4-6**	1.545.590,00	1.392.713,84	152.876,16	-9,89	1.445.590,00	52.876,16
D00000007	**DR Gerichtskosten Bereich 4-6**	303.600,00	164.116,14	139.483,86	-45,94	180.600,00	16.483,86
D00000008	**DR IT- und TK- Dienste, Nutzungsent.**	7.127.110,00	7.406.348,90	-279.238,90	3,92	7.437.840,00	31.491,10
D00000009	**DR FL Energiemanagement**	8.548.970,00	8.278.175,10	270.794,90	-3,17	8.333.310,00	55.134,90
D00000010	**DR Unfallkasse NRW Bereich 4-1**	1.843.900,00	1.809.524,17	34.375,83	-1,86	1.843.900,00	34.375,83
D00000011	**DR Grundbesitzabgaben**	50.000,00	112.256,45	-62.256,45	124,51	112.260,00	3,55
D00000012	**DR Mieten**	6.028.570,00	6.165.569,49	-136.999,49	2,27	6.108.560,00	-57.009,49
D01010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	2.037.690,00	2.276.864,95	-239.174,95	11,74	2.332.690,00	55.825,05
D01020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	32.070,00	54.219,35	-22.149,35	69,07	65.570,00	11.350,65
D01030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	50.200,00	73.108,60	-22.908,60	45,63	82.463,00	9.354,40
D01040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	15.000,00	2.297,54	12.702,46	-84,68	15.000,00	12.702,46
D01070001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	31.160,00	29.346,64	1.813,36	-5,82	31.160,00	1.813,36
D01080001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	500.900,00	495.057,37	5.842,63	-1,17	500.900,00	5.842,63
D01090001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	319.500,00	328.636,22	-9.136,22	2,86	330.600,00	1.963,78
D01100001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	564.000,00	353.957,44	210.042,56	-37,24	564.000,00	210.042,56
D01110001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	8.070,00	12.636,89	-4.566,89	56,59	8.070,00	-4.566,89
D01110002	**DR Schadensfälle**	1.000.000,00	1.393.871,07	-393.871,07	39,39	1.400.000,00	6.128,93
D01130001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	30.000,00	261.599,52	-231.599,52	772,00	280.000,00	18.400,48
D01150001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	70.700,00	69.880,72	819,28	-1,16	71.524,00	1.643,28
D02010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	236.100,00	364.383,38	-128.283,38	54,33	374.870,00	10.486,62
D02030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.400,00	1.347,27	52,73	-3,77	1.400,00	52,73
D02060001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	190.250,00	242.675,65	-52.425,65	27,56	245.630,00	2.954,35
D02070001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	23.060,00	15.419,69	7.640,31	-33,13	23.060,00	7.640,31
D02080001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	86.500,00	64.713,53	21.786,47	-25,19	86.500,00	21.786,47

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Jahresergebnis 2015*	*Abweichung absolut*	*Abweichung prozentual*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D02090001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	23.000,00	22.457,42	542,58	-2,36	23.000,00	542,58
D02100001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	988.730,00	981.507,11	7.222,89	-0,73	988.730,00	7.222,89
D02110001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	102.440,00	100.583,61	1.856,39	-1,81	102.440,00	1.856,39
D02120001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	362.500,00	210.035,59	152.464,41	-42,06	362.500,00	152.464,41
D02130001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	172.500,00	158.865,71	13.634,29	-7,90	262.900,00	104.034,29
D02150001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	234.120,00	196.095,62	38.024,38	-16,24	311.070,00	114.974,38
D02160001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.999.500,00	2.147.190,25	-147.690,25	7,39	2.275.700,00	128.509,75
D02180001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.000,00	0,00	1.000,00	-100,00	1.000,00	1.000,00
D03010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	9.529.850,00	10.579.956,78	-1.050.106,78	11,02	10.018.896,00	-561.060,78
D04030001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	282.610,00	358.068,59	-75.458,59	26,70	357.133,00	-935,59
D04040001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	554.600,00	650.049,75	-95.449,75	17,21	683.300,00	33.250,25
D04060001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	428.210,00	415.004,56	13.205,44	-3,08	428.210,00	13.205,44
D04070001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	492.350,00	463.808,31	28.541,69	-5,80	512.350,00	48.541,69
D05000311	**DR Soziales**	51.358.280,00	57.807.902,10	-6.449.622,10	12,56	57.653.595,00	-154.307,10
D05000312	**DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter**	71.967.980,00	72.118.996,92	-151.016,92	0,21	72.126.980,00	7.983,08
D05000313	**DR Bildungs- und Teilhabepaket**	2.613.090,00	2.430.550,94	182.539,06	-6,99	2.613.090,00	182.539,06
D05050001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	40.590,00	51.108,36	-10.518,36	25,91	58.590,00	7.481,64
D05050002	**DR Kommunales Integrationskonzept OB**	209.210,00	184.169,94	25.040,06	-11,97	202.210,00	18.040,06
D06000321	**DR Jugend**	47.859.070,00	58.678.028,80	-10.818.958,80	22,61	59.580.358,00	902.329,20
D06010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	734.470,00	1.096.999,60	-362.529,60	49,36	734.470,00	-362.529,60
D07010001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	126.670,00	134.165,92	-7.495,92	5,92	143.570,00	9.404,08
D07020001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	49.440,00	16.240,03	33.199,97	-67,15	49.440,00	33.199,97
D08010001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	65.010,00	47.612,44	17.397,56	-26,76	56.310,00	8.697,56
D09010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	250.900,00	77.263,70	173.636,30	-69,21	250.900,00	173.636,30
D09020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	756.380,00	78.185,92	678.194,08	-89,66	172.080,00	93.894,08
D09030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	237.000,00	72.823,08	164.176,92	-69,27	237.000,00	164.176,92
D10010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	41.500,00	1.098,71	40.401,29	-97,35	41.500,00	40.401,29
D11020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	16.040.920,00	13.519.306,44	2.521.613,56	-15,72	16.040.920,00	2.521.613,56
D12010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	3.512.880,00	1.572.241,49	1.940.638,51	-55,24	3.512.880,00	1.940.638,51
D13010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	140.000,00	39.984,31	100.015,69	-71,44	140.000,00	100.015,69
D13020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	29.500,00	4.272,19	25.227,81	-85,52	29.500,00	25.227,81

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Jahresergebnis 2015*	*Abweichung absolut*	*Abweichung prozentual*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D13040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	224.000,00	21.813,59	202.186,41	-90,26	224.000,00	202.186,41
D14010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	76.330,00	57.793,85	18.536,15	-24,28	80.580,00	22.786,15
D14050001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	73.230,00	59.599,91	13.630,09	-18,61	73.230,00	13.630,09
D15040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	10.000,00	28.854,34	-18.854,34	188,54	34.510,00	5.655,66
D16010200	**DR Zinsaufwendungen**	44.433.620,00	34.517.551,19	9.916.068,81	-22,32	44.433.620,00	9.916.068,81
D30000000	**DR Einheitspreise PG Intern. Bez.**	90,00	0,00	90,00	-100,00	90,00	90,00
D30000001	**DR Einheitspreise Bereich 0-1**	13.890,00	37.221,91	-23.331,91	167,98	37.240,00	18,09
D30000002	**DR Einheitspreise Bereich 0-2**	6.870,00	9.138,87	-2.268,87	33,03	9.870,00	731,13
D30000004	**DR Einheitspreise Bereich 0-4**	21.470,00	14.419,43	7.050,57	-32,84	21.470,00	7.050,57
D30000005	**DR Einheitspreise Bereich 0-5**	39.970,00	35.835,43	4.134,57	-10,34	39.970,00	4.134,57
D30000006	**DR Einheitspreise Bereich 0-6**	20.270,00	11.665,99	8.604,01	-42,45	20.270,00	8.604,01
D30000008	**DR Einheitspreise Bereich 0-8**	18.230,00	21.855,60	-3.625,60	19,89	24.230,00	2.374,40
D30000009	**DR Einheitspreise Bereich 0-9**	20.770,00	29.199,52	-8.429,52	40,59	29.200,00	0,48
D30000011	**DR Einheitspreise Bereich 1-1**	1.097.680,00	915.013,80	182.666,20	-16,64	1.088.215,00	173.201,20
D30000013	**DR Einheitspreise Bereich 1-3**	3.190,00	7.183,47	-3.993,47	125,19	8.190,00	1.006,53
D30000014	**DR Einheitspreise Bereich 1-4**	180.510,00	218.120,81	-37.610,81	20,84	223.510,00	5.389,19
D30000022	**DR Einheitspreise Bereich 2-2**	17.470,00	14.081,66	3.388,34	-19,40	17.470,00	3.388,34
D30000024	**DR Einheitspreise Bereich 2-4**	101.400,00	110.216,55	-8.816,55	8,69	110.220,00	3,45
D30000025	**DR Einheitspreise Bereich 2-5**	10.340,00	8.286,01	2.053,99	-19,86	10.340,00	2.053,99
D30000026	**DR Einheitspreise Bereich 2-6**	1.330,00	3.654,39	-2.324,39	174,77	5.330,00	1.675,61
D30000031	**DR Einheitspreise Bereich 3-1**	27.990,00	73.783,57	-45.793,57	163,61	77.990,00	4.206,43
D30000032	**DR Einheitspreise Bereich 3-2**	243.270,00	349.325,23	-106.055,23	43,60	355.690,00	6.364,77
D30000034	**DR Einheitspreise Bereich 3-4**	22.530,00	30.324,62	-7.794,62	34,60	30.330,00	5,38
D30000041	**DR Einheitspreise Bereich 4-1**	2.675.420,00	2.709.226,45	-33.806,45	1,26	2.719.420,00	10.193,55
D30000045	**DR Einheitspreise Bereich 4-5**	23.640,00	46.974,99	-23.334,99	98,71	48.640,00	1.665,01
D30000046	**DR Einheitspreise Bereich 4-6**	111.770,00	153.049,64	-41.279,64	36,93	161.770,00	8.720,36
D30000051	**DR Einheitspreise Bereich 5-1**	38.080,00	18.999,08	19.080,92	-50,11	36.080,00	17.080,92
D30000052	**DR Einheitspreise Bereich 5-2**	6.830,00	11.029,61	-4.199,61	61,49	12.090,00	1.060,39
D30000053	**DR Einheitspreise Bereich 5-3**	10.760,00	11.751,19	-991,19	9,21	14.760,00	3.008,81
D30000054	**DR Einheitspreise Bereich 5-4**	3.370,00	1.244,96	2.125,04	-63,06	3.370,00	2.125,04
D30000056	**DR Einheitspreise Bereich 5-6**	13.960,00	22.244,87	-8.284,87	59,35	30.960,00	8.715,13

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Jahresergebnis 2015*	*Abweichung absolut*	*Abweichung prozentual*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D30000061	**DR Einheitspreise Bereich 6-1**	9.020,00	11.982,39	-2.962,39	32,84	11.990,00	7,61
D30000092	**DR Einheitspreise Bereich 9-2**	590,00	1.333,91	-743,91	126,09	1.590,00	256,09
D30000095	**DR Einheitspreise Bereich 9-5**	770,00	160,65	609,35	-79,14	770,00	609,35
D30000097	**DR Einheitspreise Bereich 9-7**	8.090,00	9.933,33	-1.843,33	22,79	9.935,00	1,67
D30000099	**DR Einheitspreise Bereiche 5-1 u. 5-4**	2.160,00	4.124,20	-1.964,20	90,94	4.160,00	35,80
D40000000	**DR Fremdleistungen PG Intern. Bez.**	22.800,00	110.838,84	-88.038,84	386,14	111.907,00	1.068,16
D40000001	**DR Fremdleistungen Bereich 0-1**	63.800,00	109.944,53	-46.144,53	72,33	123.800,00	13.855,47
D40000002	**DR Fremdleistungen Bereich 0-2**	5.650,00	10.807,90	-5.157,90	91,29	10.810,00	2,10
D40000004	**DR Fremdleistungen Bereich 0-4**	25.700,00	30.815,91	-5.115,91	19,91	42.200,00	11.384,09
D40000005	**DR Fremdleistungen Bereich 0-5**	55.990,00	79.331,52	-23.341,52	41,69	85.990,00	6.658,48
D40000006	**DR Fremdleistungen Bereich 0-6**	31.480,00	50.201,01	-18.721,01	59,47	50.980,00	778,99
D40000008	**DR Fremdleistungen Bereich 0-8**	384.810,00	479.088,48	-94.278,48	24,50	479.090,00	1,52
D40000009	**DR Fremdleistungen Bereich 0-9**	51.380,00	54.441,70	-3.061,70	5,96	54.450,00	8,30
D40000011	**DR Fremdleistungen Bereich 1-1**	171.310,00	192.917,00	-21.607,00	12,61	201.310,00	8.393,00
D40000013	**DR Fremdleistungen Bereich 1-3**	9.630,00	11.125,64	-1.495,64	15,53	14.130,00	3.004,36
D40000014	**DR Fremdleistungen Bereich 1-4**	3.836.950,00	4.126.689,99	-289.739,99	7,55	4.126.690,00	0,01
D40000022	**DR Fremdleistungen Bereich 2-2**	121.440,00	34.682,38	86.757,62	-71,44	121.440,00	86.757,62
D40000024	**DR Fremdleistungen Bereich 2-4**	332.750,00	451.655,54	-118.905,54	35,73	454.115,00	2.459,46
D40000025	**DR Fremdleistungen Bereich 2-5**	48.370,00	63.391,92	-15.021,92	31,06	66.370,00	2.978,08
D40000026	**DR Fremdleistungen Bereich 2-6**	5.220,00	9.491,79	-4.271,79	81,84	9.492,00	0,21
D40000031	**DR Fremdleistungen Bereich 3-1**	530.750,00	517.266,71	13.483,29	-2,54	518.500,00	1.233,29
D40000032	**DR Fremdleistungen Bereich 3-2**	313.630,00	758.647,91	-445.017,91	141,89	763.630,00	4.982,09
D40000034	**DR Fremdleistungen Bereich 3-4**	42.030,00	60.316,39	-18.286,39	43,51	65.930,00	5.613,61
D40000041	**DR Fremdleistungen Bereich 4-1**	85.600,00	108.079,50	-22.479,50	26,26	117.600,00	9.520,50
D40000045	**DR Fremdleistungen Bereich 4-5**	92.930,00	253.697,43	-160.767,43	173,00	257.930,00	4.232,57
D40000046	**DR Fremdleistungen Bereich 4-6**	241.360,00	218.855,34	22.504,66	-9,32	241.360,00	22.504,66
D40000051	**DR Fremdleistungen Bereich 5-1**	25.150,00	28.912,70	-3.762,70	14,96	29.250,00	337,30
D40000052	**DR Fremdleistungen Bereich 5-2**	44.740,00	62.439,50	-17.699,50	39,56	62.440,00	0,50
D40000053	**DR Fremdleistungen Bereich 5-3**	28.950,00	38.350,09	-9.400,09	32,47	38.950,00	599,91
D40000054	**DR Fremdleistungen Bereich 5-4**	8.150,00	3.126,04	5.023,96	-61,64	5.150,00	2.023,96
D40000056	**DR Fremdleistungen Bereich 5-6**	100.020,00	162.629,20	-62.609,20	62,60	162.820,00	190,80

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Jahresergebnis 2015*	*Abweichung absolut*	*Abweichung prozentual*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D40000061	**DR Fremdleistungen Bereich 6-1**	1.283.980,00	1.277.695,47	6.284,53	-0,49	1.314.980,00	37.284,53
D40000092	**DR Fremdleistungen Bereich 9-2**	7.240,00	17.944,27	-10.704,27	147,85	17.950,00	5,73
D40000095	**DR Fremdleistungen Bereich 9-5**	4.750,00	4.287,66	462,34	-9,73	4.750,00	462,34
D40000097	**DR Fremdleistungen Bereich 9-7**	25.310,00	44.417,74	-19.107,74	75,49	44.420,00	2,26
D40000099	**DR Fremdleistungen Bereiche 5-1 u. 5-4**	12.580,00	15.658,83	-3.078,83	24,47	17.750,00	2.091,17

Das dargestellt verfügbare Budget beinhaltet etwaige überplanmäßige / außerplanmäßige Mittelbereitstellungen. In einzelnen Fällen ist es gleichwohl zu Budgetüberschreitungen gekommen. Diese werden in der nachfolgenden Tabelle erläutert.

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Jahresergebnis 2015*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*	*Erläuterung*
D00000012	**DR Mieten**	6.165.569,49	6.108.560,00	-57.009,49	Versehentlich wurden überplanmäßige Aufwendungen über 60.000 nicht in die Ergebnisrechnung übernommen.(vgl. M/16/1503-01 - lfd. Nr 85)
D01110001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	12.636,89	8.070,00	-4.566,89	Anpassung des Bestandes "Betriebsmittelfonds KSA Bochum" (Bestandskonto 178101). Keine Auszahlung, daher konnte die Verfügbarkeitskontrolle (Budget) nicht greifen. Es handelt sich um eine Jahresabschlussbuchung, so dass die Bereitstellung von überplanmäßigen Budgets im Zuge des Jahresabschlusses nachgeholt wird **(vgl. 5.5.2.1)**
D03010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	10.579.956,78	10.018.896,00	-561.060,78	Zweckbindung von Mehrerträgen (414100) - Mehraufwendungen 501900
D04030001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	358.068,59	357.133,00	-935,59	Zweckbindung von Mehrerträgen (414800) - Mehraufwendungen im Produkt 040301

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Jahresergebnis 2015*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*	*Erläuterung*
					Rückstellungsbuchungen: Zuführungen 1.066.000 EUR; Inanspruchnahmen 432.090,71 EUR
D05000311	**DR Soziales**	57.807.902,10	57.653.595,00	-154.307,10	Keine Auszahlung, daher konnte die Verfügbarkeitskontrolle (Budget) nicht greifen. Es handelt sich um eine Jahresabschlussbuchung, so dass die Bereitstellung von überplanmäßigen Budgets im Zuge des Jahresabschlusses nachgeholt wird **(vgl. 5.5.2.2)**
					Buchungen von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (Investitionskostenzuschüsse)
D06010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.096.999,60	734.470,00	-362.529,60	Keine Auszahlung, daher konnte die Verfügbarkeitskontrolle (Budget) nicht greifen. Es handelt sich um eine Jahresabschlussbuchung, so dass die Bereitstellung von überplanmäßigen Budgets im Zuge des Jahresabschlusses nachgeholt wird **(vgl. 5.5.2.2)**

5.7 Abschlüsse der Gebührenhaushalte

Kalkulation nach § 6 KAG

Grundlage für die Kalkulation der Gebühren ist § 6 KAG. Danach dürfen die Abschreibungen aufgrund von Wiederbeschaffungszeitwerten ermittelt werden.

Bei Abschreibungen vom Wiederbeschaffungszeitwert werden die liquiden Mittel über die Dauer der Nutzung des Vermögensgegenstandes oder der Anlage zurückerwirtschaftet, die für eine Neubeschaffung/ Neubau notwendig sind. Ebenso werden Preissteigerungen in die Kalkulation eingerechnet. Dadurch wird ein Substanzverlust vermieden.

Ein ebenfalls erhobener kalkulatorischer Zinssatz soll dazu dienen, das im Anlagevermögen langfristig gebundene Eigenkapital entsprechend zu verzinsen. Er beträgt in Oberhausen zz. 6,4 %.

Nachweis von Posten aus den Gebührenhaushalten unter NKF

In der Ergebnisrechnung werden Aufwendungen für Zinsen nur für das aufgewandte Fremdkapital gebucht. Abschreibungen werden auf der Grundlage der Anschaffungs- bzw. der Herstellungskosten als Aufwand gebucht und werden im Normalfall linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Aufgrund der Tatsache, dass Baumaßnahmen im Gebührenhaushalt nur anhand der tatsächlichen Fremdkapitalzinsen (niedriger als der kalk. Zinssatz) und die Abschreibung aufgrund der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten im NKF – Haushalt ausgewiesen werden, wird nicht selten der Fall eintreten, dass bei den kostenrechnenden Einrichtungen ein Ertragsüberschuss in der Ergebnisrechnung ausgewiesen wird. Dies ist aber keine echte Kostenüberdeckung im Sinne des § 6 KAG.

5.7.1 Rettungsdienst (Produkt 021601)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
7.226.300	7.273.837	7.537	0,1

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
7.336.300	7.979.851	643.551	8,8

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
- 70.000	- 706.014	- 636.014	908,6

5.7.2 Straßenreinigung (Produkt 120501)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
4.847.310	5.046.534	199.224	4,1

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
4.982.230	5.000.962	18.732	0,4

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
- 134.920	45.572	180.492	-133,8

5.7.3 Abwasserbeseitigung (Produkt 110301)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
47.156.870	49.118.381	1.961.511	4,2

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
36.183.060	38.854.882	2.671.822	7,4

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
10.973.810	10.263.499	- 710.311	- 6,5

5.7.4 Abfallbeseitigung (Produkt 110202)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
30.688.090	28.331.049	- 2.357.041	- 7,7

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
31.464.590	29.744.414	- 1.720.176	-5,5

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
- 776.500	- 1.413.365	- 636.865	82

5.7.5 Märkte (Produkt 020204)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
280.000	266.341	- 13.659	- 4,9

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
296.070	288.402	- 7.668	- 2,6

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
- 16.070	- 22.062	- 5.992	37,3

5.7.6 Kirmes (Produkt 020203)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
260.000	253.295	- 6.705	- 2,6

Aufwand

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
268.420	382.561	114.141	42,5

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
- 8.420	- 129.266	- 120.846	1.435,2

5.7.7 Friedhöfe (Produkt 130601)

Ertrag

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
2.316.870	2.348.826	31.956	1,4

Aufwand

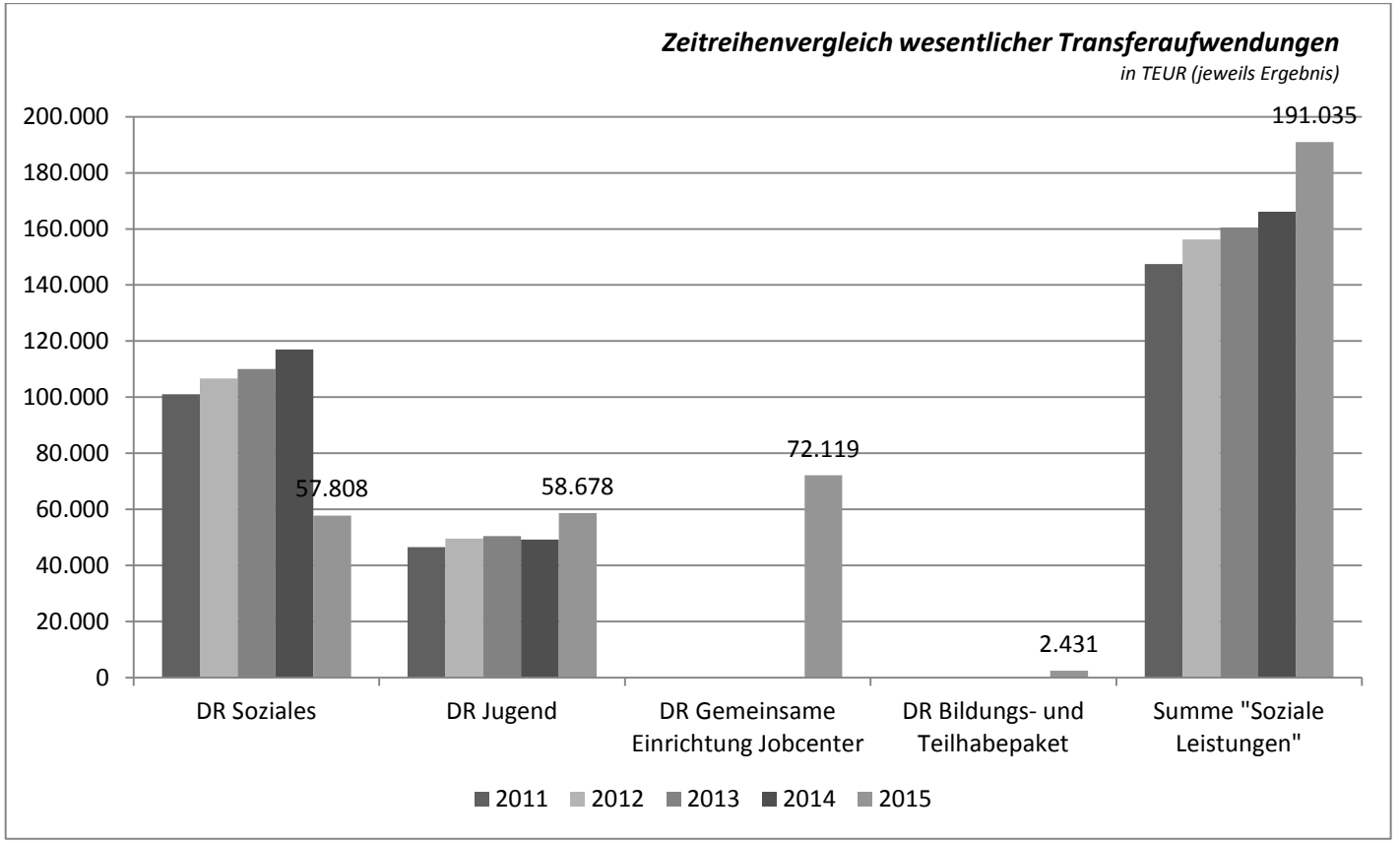
Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
2.038.420	2.071.225	32.805	1,6

Saldo

Ansatz	Jahresergebnis	Abweichung	Abweichung v.H.
278.450	277.601	- 849	- 0,3

5.8 Entwicklung der „Sozialen Leistungen“

Die originären „Sozialen Leistungen“ werden seit dem Haushaltsjahr 2015 im Wesentlichen in vier unterschiedlichen Deckungsringen geführt. Bis 2014 erfolgte der Ausweis zum größten Teil in den Deckungsringen „Jugend“ und „Soziales“.



Die wesentlichen Abweichungen zwischen den Jahresergebnissen 2015 und 2014 werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Aufwendungen für…		Ergebnis 2015	Ergebnis 2014	Abweichung absolut	Abweichung prozentual
Leistungsbeteiligung Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchende - Unterkunft	*Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchender*	65.072	62.149	2.922	4,7
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	*Inobhutnahme familienersetzende und -unterstützende Hilfen*	15.519	13.673	1.846	13,5
Sonstige soziale Leistungen	*Grundsicherung, Dauerhaft erwerbsgeminderter außerhalb von Einrichtungen*	9.406	8.044	1.362	16,9
Grundleistung §3 AsylbLG in Einrichtungen	*Wirtschaftliche Hilfe für Asylbewerber*	4.462	1.718	2.744	159,8
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - Unterbringung in Tagesgruppen	*Inobhutnahme familienersetzende und -unterstützende Hilfen*	4.246	3.475	770	22,2
Erstattungen an Gemeinden (GV)	*Regionalteams*	3.612	1.966	1.646	83,7
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	*Hilfe für junge Volljährige*	2.548	2.046	502	24,6
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	*Allgemeine Förderung in der Familie*	2.019	1.339	680	50,8
Krankenhilfe §3 AsylbLG	*Wirtschaftliche Hilfe für Asylbewerber*	1.982	1.074	908	84,6
Grundleistung §3 AsylbLG außerhalb von Einrichtungen	*Wirtschaftliche Hilfe für Asylbewerber*	1.730	863	867	100,4
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - ambulante + flexible Hilfen	*Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder*	1.295	0	1.295	*2014 kein Ausweis innerhalb eines DR*

Aufwendungen für…		Ergebnis 2015	Ergebnis 2014	Abweichung absolut	Abweichung prozentual
HLU § 2 Berecht. GL außerhalb von Einrichtungen	*Wirtschaftliche Hilfe für Asylbewerber*	1.203	143	1.060	741,9
Leistungen der Jugendhilfe an natürliche Personen in Einrichtungen	*Hilfe für junge Volljährige in Verbindung mit seelischen Behinderungen*	1.107	0	1.107	*2014 kein Ausweis innerhalb eines DR*
Zuschüsse an übrige Bereiche	*Jugendarbeit/Jugendschutz*	985	328	657	200,1
Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - sozialpädagogische Familienhilfen	*Regionalteams*	906	386	520	134,8
einalige Beihilfen für Asylberechtigte. §3 analog	*Wirtschaftliche Hilfe für Asylbewerber*	667	116	551	474,7
Erstattung Beteiligung und Teilhabe - Lernförderung	*Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchender*	580	0	580	*2014 kein Ausweis innerhalb eines DR*
Erstattung Beteiligung und Teilhabe - Schulmaterial/ -basispaket	*Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchender*	533	0	533	*2014 kein Ausweis innerhalb eines DR*
Erstattung Beteiligung und Teilhabe - Schule, Mahlzeiten, Zuschuss	*Leistungsbeteiligung bei der Grundsicherung Arbeitssuchender*	530	0	530	*2014 kein Ausweis innerhalb eines DR*

Darüber hinaus sind, unabhängig von den gebildeten Deckungsringen, weitere wesentliche Aufwendungen erwähnenswert. So werden über den Produktbereich 06 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) u.a. die Betriebsführung von Kindertageseinrichtungen (26.748 TEUR) oder Leistungen der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen (5.074 TEUR, Kinder in Tagespflege) abgebildet.

6. Finanzrechnung 2015

Ein- und Auszahlungsarten			Jahresergebnis	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	215.200.661,86	240.554.360	240.554.360	234.191.569,66	6.362.790-	2,7-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	239.220.180,79	267.965.420	267.965.420	262.026.062,41	5.939.358-	2,2-
03	+	Sonstige Transfereinzahlungen	3.415.024,12	2.927.180	2.927.180	3.173.924,34	246.744	8,4
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	91.275.866,97	92.977.720	92.977.720	91.857.484,21	1.120.236-	1,2-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.476.660,31	6.283.430	6.283.430	6.109.830,12	173.600-	2,8-
06	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	54.716.018,76	52.171.270	52.171.270	69.126.356,62	16.955.087	32,5
07	+	Sonstige Einzahlungen	23.442.637,11	20.424.960	20.424.960	16.829.777,19	3.595.183-	17,6-
08	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	773.397,35	1.246.920	1.246.920	756.331,53	490.588-	39,3-
9	**=**	**Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	634.520.447,27	684.551.260	684.551.260	684.071.336,08	479.924-	0,1-
10	-	Personalauszahlungen	114.002.687,10	115.215.730	115.215.730	116.282.743,94	1.067.014	0,9
11	-	Versorgungsauszahlungen	22.684.203,66	22.347.970	22.347.970	23.356.269,82	1.008.300	4,5
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	148.332.628,83	147.841.330	147.841.330	146.381.186,38	1.460.144-	1,0-
13	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	38.516.403,73	45.356.790	45.356.790	34.639.914,98	10.716.875-	23,6-
14	-	Transferauszahlungen	244.841.479,06	251.581.420	251.581.420	259.674.713,08	8.093.293	3,2
15	-	Sonstige Auszahlungen	99.958.947,18	99.687.190	99.687.190	99.465.191,25	221.999-	0,2-
16	**=**	**Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	668.336.349,56	682.030.430	682.030.430	679.800.019,45	2.230.411-	0,3-
17	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 9 und 16)**	33.815.902,29-	2.520.830	2.520.830	4.271.316,63	1.750.487	69,4
18	+	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	8.585.478,75	10.440.860	10.440.860	10.322.408,65	118.451-	1,1-
19	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	4.886.128,12	6.521.800	6.521.800	8.067.825,50	1.546.026	23,7
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	103.789,50	63.700	63.700	57.155,78	6.544-	10,3-
21	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	2.878.260,28	2.177.000	2.177.000	2.969.200,56	792.201	36,4
22	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
23	**=**	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	16.453.656,65	19.203.360	19.203.360	21.416.590,49	2.213.230	11,5

Ein- und Auszahlungsarten			Jahresergebnis	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	129.677,16	1.052.180	1.052.180	832.074,72	220.105-	20,9-
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	23.985.814,33	30.441.620	30.441.620	38.155.257,85	7.713.638	25,3
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von Beweglichem Anlagevermögen	564.693,80	3.469.450	3.469.450	1.434.533,93	2.034.916-	58,7-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
29	-	sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
30	**=**	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	24.680.185,29	34.963.250	34.963.250	40.421.866,50	5.458.617	15,6
31	**=**	**Saldo aus Investitionstätigkeit (=Zeilen 23 und 30)**	8.226.528,64-	15.759.890-	15.759.890-	19.005.276,01-	3.245.386-	20,6
32	**=**	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (=Zeilen 17 und 31)**	42.042.430,93-	13.239.060-	13.239.060-	14.733.959,38-	1.494.899-	11,3
33	+	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	31.049.312,67	16.980.960	16.980.960	21.030.473,38	4.049.513	23,9
34	+	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	848.200.000,00	0	0	1.310.400.000,00	1.310.400.000	-
35	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	40.058.761,18	20.276.460	20.190.338	19.831.917,43	358.420-	1,8-
36	-	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	797.100.000,00	0	0	1.294.200.000,00	1.294.200.000	-
37	**=**	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	42.090.551,49	3.295.500-	3.209.378-	17.398.555,95	20.607.933	642,1-
38	**=**	**Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (=Zeilen 32 und 37)**	48.120,56	16.534.560-	16.448.438-	2.664.596,57	19.113.034	116,2-
39	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	5.193.180,97	0	0	4.799.617,18	4.799.617	-
40	+	Bestand an fremden Finanzmitteln	441.684,35-	0	0	1.909.116,34	1.909.116	-
41	**=**	**Liquide Mittel (=Zeilen 38, 39 und 40)**	4.799.617,18	16.534.560-	16.448.438-	9.373.330,09	25.821.768	157,0-

6.1 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
684.551.260,00 €	684.071.336,08 €	-479.923,92 €	-0,1

6.2 Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
682.030.430,00 €	679.800.019,45 €	-2.230.410,55 €	-0,3

6.3 Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
2.520.830,00 €	4.271.316,63 €	1.750.486,63 €	69,4

6.4 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

6.4.1 Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
10.440.860,00 €	10.322.408,65 €	-118.451,35 €	-1,1

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
140003010100000	Grundschulen 140003010100000	6811.00	Investitions-zuweisungen vom Land	0,00	286.531,14	286.531,14	Inklusionspauschale des Landes NRW. Eine Planung war nicht möglich, da erst zum Ende des Jahres 2014 die Maßnahme konkret beschrieben und beziffert werden konnte.
310006010100600	KTE OB-Ost 310006010100600	6811.00	Investitions-zuweisungen vom Land	240.000,00	0,00	-240.000,00	Baubeginn erst in 2016, erst dann Mittelabruf möglich.
540009020105800	Lirich-Soziale Stadt 540009020105800	6810.00	Investitionszu-weisungen vom Bund	533.960,00	250.400,00	-283.560,00	Die investiven Abweichungen betreffen die Teilmaßnahme „Neugestaltung Altenbergpark“ sowie „Umbau Altenberger Straße“. Bei dem vereinnahmten Zuschuss handelt es sich um die Mittel 2015 aus dem betreffenden Zuwendungsbescheid. Diese mussten trotz fehlender Auszahlung (siehe 7852.00) gem. Kassenwirksamkeit des Bescheides abgerufen werden, da sie ansonsten verfallen wären.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
540009020105800	Lirich-Soziale Stadt 540009020105800	6811.00	Investitions-zuweisungen vom Land	533.960,00	331.800,00	-202.160,00	Die investiven Abweichungen betreffen die Teilmaßnahme „Neugestaltung Altenbergpark“ sowie „Umbau Altenberger Straße“. Bei dem vereinnahmten Zuschuss handelt es sich um die Mittel 2015 aus dem betreffenden Zuwendungsbescheid. Diese mussten trotz fehlender Auszahlung (siehe 7852.00) gem. Kassenwirksamkeit des Bescheides abgerufen werden, da sie ansonsten verfallen wären.
540009020106100	Masterplan Haus d.Jugend 540009020106100	6810.00	Investitions-zuweisungen vom Bund	50.330,00	0,00	-50.330,00	Der Gesamtbetrag wurde bei der Finanzposition 6811.00 - Investitionszuweisungen vom Land, vereinnahmt.
540009020106100	Masterplan Haus d.Jugend 540009020106100	6811.00	Investitions-zuweisungen vom Land	211.450,00	261.780,00	50.330,00	Siehe Erläuterung zu 6810.00
540009020106103	Bahnhofsturm-Tandem 540009020106103	6810.00	Investitionszu-weisungen vom Bund	142.000,00	0,00	-142.000,00	Die Zuwendungsmittel wurden beantragt, jedoch erst gegen Ende 2015 bewilligt. Das Projekt verschiebt sich in das Jahr 2016 (siehe 7851.00).
540009020106103	Bahnhofsturm-Tandem 540009020106103	6811.00	Investitionszu-weisungen vom Land	142.000,00	0,00	-142.000,00	Die Zuwendungsmittel wurden beantragt, jedoch erst gegen Ende 2015 bewilligt. Das Projekt verschiebt sich in das Jahr 2016 (siehe 7851.00).
560011030100100	Versicker. Niederschlag. 560011030100100	6813.00	Investitionszu-weisungen von Zweckverbänd	0,00	736.533,30	736.533,30	Gemäß Zuwendungsbescheid mussten die Zuwendungen in 2015 abgerufen werden.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010108400	Steinbrinkstraße - 560012010108400	6811.00	Investitionszu-weisungen vom Land	0,00	165.000,00	165.000,00	Im Rahmen der Umsetzung der Maß-nahme wurde festgestellt, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten nicht um Erhaltungsaufwand handelte, sondern um Herstellungskosten, die aktiviert werden mussten. Eine Umschichtung der Finanzmittel war notwendig. Das Budget musste daher außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden. Zusätzliche Kosten entstanden nicht (siehe Ratsbeschluss B/16/1063-01). Entsprechende Sachkontenbuchungen wurden vorgenommen. Da die Maßnahme aus Zuwendungen nach § 11 Abs.2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen finanziert wurde, musste auch die Einzahlung außerplanmäßig vereinnahmt bzw. umgebucht werden.
560012010190000	Str.bauprogr.Gemeindestr 560012010190000	6817.00	Investitionszuschüsse von privaten Unter	351.960,00	0,00	-351.960,00	Die geplanten Rückerstattungsbeträge konnten nicht vereinnahmt werden, da die Maßnahmen (Brammenring, Arminstr.) noch nicht abgerechnet bzw. durchgeführt wurden. Mit der Einzahlung wird im Jahre 2016/2017 gerechnet.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010205500	K10-von-Trotha-Str. 560012010205500	6810.00	Investitions-zuweisungen vom Bund	200.000,00	474.300,00	274.300,00	Im Rahmen der Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetz-Maßnahme "Umbau K 10 von-Trotha-Straße von Hagedornstraße bis Kreisverkehr Weierstraße" übersandte die Bezirksregierung Düsseldorf mit Schreiben vom 21.05.2015 den Abrechnungsbescheid zum Zuwendungsbescheid vom 17.10.2011 und den dazu ergangenen Bescheid bis zum 25.10.2015. Danach konnten noch Zuweisungen nach Entflechtgesetz in Höhe von 474.300 EUR im Jahre 2015 vereinnahmt werden.
560012010306700	Ost-West Rampe - 560012010306700	6811.00	Investitions-zuweisungen vom Land	426.500,00	0,00	-426.500,00	Die Maßnahme wurde noch nicht mit der Bezirksregierung abgerechnet. Einzahlungen werden in 2016 erwartet.
560012010308100	L 155 Weseler Str. 560012010308100	6811.00	Investitionszu-weisungen vom Land	150.000,00	350.000,00	200.000,00	Gemäß Zuwendungsbescheid Nr.6 vom 10.10.2014 konnten Zuwendungen für das Jahr 2015 in Höhe von 350.000 EUR abgerufen werden. Zum Zeitpunkt der Zustellung des Zuwendungsbescheides war die Haushaltsplanung für 2015 bereits abgeschlossen und konnte nicht mehr verändert werden.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010608500	P+R Parkpl. Bhf Holten 560012010608500	6811.00	Investitionszu-weisungen vom Land	385.000,00	312.000,00	-73.000,00	Nach dem Zuwendungsbescheid vom 16.03.2015 des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr Anstalt öffentlichen Rechts konnten nur Zuwendungen in Höhe von 312.000 EUR für 2015 abgerufen werden.
560012010700200	Leuchtenumrüstung 560012010700200	6810.00	Investitionszu-weisungen vom Bund	0,00	105.916,08	105.916,08	Im Rahmen der Überprüfung des Zuwendungsbescheides wurde festgestellt, dass ein Abruf der bewilligten Bundesmittel für das Jahr 2015 erfolgen muss. Ursprünglich war der Abruf der gesamten Restmittel für 2016 geplant.
560013040100100	Bachlauf Nassenkamp. 560013040100100	6811.00	Investitionszu-weisungen vom Land	0,00	62.147,00	62.147,00	Gemäß Zuwendungsbescheid konnten Zuwendungen für das Jahr 2015 abgerufen werden. Zum Zeitpunkt der Zustellung des Zuwendungsbescheides war die Haushaltsplanung für 2015 bereits abgeschlossen und konnte nicht mehr verändert werden.

6.4.2 Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
6.521.800,00 €	8.067.825,50 €	1.546.025,50 €	23,7

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
130001130100000	Unbeb. Grundstücke 130001130100000	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	500.000,00	1.404.769,00	904.769,00	Da der Kapitalmarkt anhaltend günstige Konditionen für Erwerber bietet, konnten vermehrt Erbbaugrundstücke veräußert werden.
130001130100100	BPlan 421 Grundverm. 130001130100100	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	150.000,00	79.610,93	-70.389,07	In 2015 konnte entgegen der Planung im Bereich des Bebauungsplans 421 (An Kahlens Kuhle) nur ein Grundstück veräußert werden. Die Veräußerung eines weiteren Grundstücks hat sich in den Januar 2016 verschoben.
130001130100300	BPlan 655 Landwehr 130001130100300	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	3.333.500,00	5.513.120,75	2.179.620,75	Da der Kapitalmarkt anhaltend günstige Konditionen für Erwerber bietet, konnten im Jahr 2015 im Bereich des Bebauungsplans 655 (Landwehr/Rechenacker) erheblich mehr Grundstücke vermarktet werden als ursprünglich angenommen. Dementsprechend wurden die geplanten Einnahmeansätze erheblich überschritten.
130001130100400	BPlan 659 Dinnendahlstr. 130001130100400	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	500.000,00	0,00	-500.000,00	Die geplante Vermarktung des Grundstücks Dinnendahlstraße konnte auch in 2015 nicht realisiert werden und wird weiterhin in Folgejahren angestrebt.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
130001130100500	BPlan 662 Lilienthalstr. 130001130100500	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	677.700,00	0,00	-677.700,00	Mit der Vermarktung im Bereich des Bebauungsplans 662 (Llilienthalstr.) konnte in 2015 noch nicht begonnen werden, da der Bebauungsplan noch nicht rechtskräftig war. Mit dem Abschluss des Bebauungsplan-Verfahrens ist aber im Frühjahr 2016 zu rechnen.
130001130200000	Wohn.- u Geschäftsgrdst. 130001130200000	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	712.100,00	240.000,00	-472.100,00	Der geplante Verkauf Finanz-/Wilhelmstraße (Alte Bücherei) konnte in 2015 nicht realisiert werden. Das Ergebnis von 240.000,00 EUR resultiert aus der Veräußerung des Gebäudes Edmundstr. 24.
130015010100100	Gewerbegrundstücke 130015010100100	6821.00	Einzahlungen Veräußerung Grundst. + Gebä	7.500,00	174.800,00	167.300,00	Ungeplanter Verkauf des Grundstückes Fahnhorststraße.

6.4.3 Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
63.700,00 €	57.155,78 €	-6.544,22 €	-10,3

6.4.4 Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
2.177.000,00 €	2.969.200,56 €	792.200,56 €	36,4

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560011030100000	Kanalbauprogramm - 560011030100000	6881.10	Beiträge für "KAG"	75.000,00	144.384,57	69.384,57	Die übersteigenden Einnahmen resultieren aus einer Umbuchung von Kanalanschlussbeiträgen, die durch die Erwerber über den Kaufpreis für die Grundstücke Fritz-Eickelen-Straße und Fritz-Giga-Straße an den Bereich 0-7 entrichtet wurden.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010101200	Beiträge u.ähnl.Entgelte 560012010101200	6881.00	Beiträge für "BbauG"	0,00	1.260.037,48	1.260.037,48	Die Maßnahme Torgaustraße von Oldenburger Straßen bis Badenstraße konnte frühzeitig abgerechnet und einer Beitragserhebung zugeführt werden. Die Maßnahme Blattstraße von Kiepenfeld bis Im Sande ist bei der Aufstellung des Haushalts 2015 nicht mit eingeplant worden. Weitere zusätzliche Einnahmen resultieren aus einer Umbuchung aus der Ablösung der Erschließungsbeitragspflichten im Rahmen der Vermarktung der Grundstücke Fritz-Eickelen-Straße und Fritz-Giga-Straße durch den Bereich 0-7/Strategisches Immobilienmanagement.
560012010101200	Beiträge u.ähnl.Entgelte 560012010101200	6881.10	Beiträge für "KAG"	945.000,00	534.481,95	-410.518,05	Die Maßnahme Bachstraße von Moosstraße bis Skagerrakstraße und Düppelstraße von Hermann Albertz-Straße bis Grenzstraße mit einem umlagefähigen Aufwand von rund 370.000 EUR konnten in 2015 wegen einer unbesetzten Stelle im Fachbereich 5-6-30/Erschließung, Beiträge, keiner Beitragserhebung zugeführt werden. Die Beitragserhebung musste in das Jahr 2016 verschoben werden.
560012010201200	Beitr. u. ähnl. Entgelte 560012010201200	6881.10	Beiträge für "KAG"	0,00	142.911,44	142.911,44	Die Maßnahme Alstadener Straße von Bebelstraße bis Lenaustraße blieb bei der Planung des Haushalts 2015 versehentlich unberücksichtigt.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010301200	Beitr. u. ähnl. Entgelte 560012010301200	6881.10	Beiträge für "KAG"	1.000.000,00	736.431,58	-263.568,42	Die Maßnahme Duisburger Straße von Buschhausener Straße bis Wilmsstraße mit einem geschätzten umlagefähigen Aufwand von 300.000 EUR konnte aus personellen Gründen im Fachbereich 5-6-30/Erschließung, Beiträge, keiner Abrechnung und Beitragserhebung in 2015 zugeführt werden. Sie wird voraussichtlich erst im Jahr 2017 umgesetzt.

6.4.5 Sonstige Investitionseinzahlungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	0,00 €	0

6.5 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

6.5.1 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
1.052.180,00 €	832.074,72 €	-220.105,28 €	-20,9

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
130001130100000	Unbeb. Grundstücke 130001130100000	7821.00	Ausz. für den Erwerb von Grundstücken un	-250.000,00	-514.647,26	-264.647,26	Zusätzlicher Erwerb von Grundstücken im Hintergelände der Duisburger Straße (Drucksache Nr. B/16/1054-01, Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)
130001130100100	BPlan 421 Grundverm. 130001130100100	7821.00	Ausz. für den Erwerb von Grundstücken un	-150.000,00	-266.970,44	-116.970,44	Endausbau der Erschließungsanlage des Bebauungsplanes 421 (An Kahlens Kuhle) konnte nicht wie ursprünglich geplant in 2014 abgeschlossen werden. Aufgrund der Maßnahmenverschiebung konnte erst später eine aktuelle Rechnungslegung erfolgen. Die Gesamtkosten für die Maßnahme wurden insgesamt nicht überschritten.
560012010308000	Neubau der L 215n 560012010308000	7821.00	Ausz. für den Erwerb von Grundstücken un	-525.000,00	-11.465,21	513.534,79	Schwierige Grunderwerbsverhandlungen waren noch nicht abgeschlossen. Die Umsetzung wird für 2016 erwartet.

6.5.2 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
30.441.620,00 €	38.155.257,85 €	7.713.637,85 €	25,3

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
130001130100500	BPlan 662 Lilienthalstr. 130001130100500	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	334.500,00	0,00	-334.500,00	Mit dem Ausbau im Bereich des Bebauungsplans 662 (Lilienthalstr.) konnte nicht begonnen werden, da der Bebauungsplan noch nicht rechtskräftig war. Mit dem Abschluss des Bebauungsplan-Verfahrens ist aber im Frühjahr 2016 zu rechnen.
140003010100000	Grundschulen 140003010100000	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	78.000,00	950.668,07	872.668,07	Für Evakuierungsaufzug am Hans-Böckler-Berufskolleg (Inklusionsmaßnahme).
140003010100000	Grundschulen 140003010100000	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	7.000,00	278.401,91	271.401,91	HOAI-Kosten der Maßnahmen für Inklusion
140003010101900	Off. Gtagss. Primarb. 140003010101900	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	195.161,14	195.161,14	Beseitigung von Baumängeln 2015, Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015 sowie Neubau einer Küche an der Melanchthonschule. Hierfür sind 81.100 EUR Baukosten angefallen.
140003010300000	Realschulen	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	97.456,37	97.456,37	Beseitigung von Baumängeln 2015, Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015.
250008010200000	Turnhallen 250008010200000	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	162.390,49	162.390,49	Aktivierung von Baumängeln und Sanierung des Umkleidetraktes der Sporthalle Gesamtschule Osterfeld.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
250008010300740	Stadion Niederrhein 250008010300740	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	2.700.440,00	2.700.440,00	Ungeplanter Bau einer Tribüne im Stadion Niederrhein gemäß Ratsbeschluss (Drucksach-Nr. B716/1055-91)
250008010300740	Stadion Niederrhein 250008010300740	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	0,00	295.160,00	295.160,00	Anteilige HOAI-Kosten zum Tribünenbau Stadion Niederrhein.
253008010300400	Sportplatz Lindnerstr. 253008010300400	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	99.960,00	99.960,00	Außerplanmäßige Neugestaltung der Umkleidetrakte und Duschbereiche.
253008010300400	Sportplatz Lindnerstr. 253008010300400	7852.10	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen OGM	627.750,00	710.313,17	82.563,17	Neubau des Streetbasketballfeldes am Stadion Niederrhein.
310006010100610	KTE OB-Ost ParkHaus 310006010100600	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	215.390,00	215.390,00	Bau des Jugendzentrums "ParkHaus" wegen Abriss ehemaligen Knappenschule.
310006010100900	KTE Königshardt 310006010100900	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	239.000,00	0,00	-239.000,00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen wurden bereits in 2014 bezahlt.
310006010101000	KTE John-Lennon-Platz 310006010101000	7851.00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	0,00	147.600,00	147.600,00	1. Abschlag bereits in 2015, da der Umbau der Kindertageseinrichtung vorgezogen wurde.
310006010101000	KTE John-Lennon-Platz 310006010101000	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	0,00	57.300,00	57.300,00	1. Abschlag bereits in 2015, da der Umbau der Kindertageseinrichtung vorgezogen wurde.
320005030100000	Einricht. f. Wohnungsl. 320005030100000	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	1.221.425,14	1.221.425,14	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich. Hier: Standort Bahnstraße.
320005030100100	Flüchtl.wohn. Gabelstr 320005030100100	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	956.609,58	956.609,58	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
320005030100400	Tackenbergschule 320005030100400	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	166.679,05	166.679,05	Gemäß Beschluss des Verwaltungsvorstandes wurde festgelegt, diesen Schulstandort auch für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. Vorab waren deshalb bauliche Änderungen notwendig.
321005030100200	Flüchtlingsu.Duisbu.Str. 321005030100200	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	4.402.300,00	4.402.300,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
321005030100200	Flüchtlingsu.Duisbu.Str. 321005030100200	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	0,00	264.000,00	264.000,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
321005030100210	Flüchtlingsu.Ruhrorter. 321005030100210	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	2.594.000,00	2.594.000,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
321005030100210	Flüchtlingsu.Ruhrorter. 321005030100210	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	0,00	155.500,00	155.500,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
322005030100300	Weierstraße 322005030100300	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	158.656,04	158.656,04	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
323005030100220	Flüchtlingsu.Kapellenstr. 3230050301002	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	2.201.400,00	2.201.400,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.
323005030100220	Flüchtlingsu.Kapellenstr. 3230050301002	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	0,00	131.600,00	131.600,00	Aufgrund der Zuweisung von Flüchtlingen reichten die vorhandenen Kapazitäten nicht aus. Entsprechend investive Maßnahmen waren daher erforderlich.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
410001100300100	Stadtarchiv 410001100300100	7851.00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	0,00	55.252,58	55.252,58	Die Abweichung begründet sich durch den Einbau einer Rollregalanlage. Dieser Ausgabe steht eine 100-prozentige Förderung des LVR gegenüber. Die Vereinnahmung der Fördersumme steht noch aus, da momentan noch der Verwendungsnachweis erstellt wird.
410001100300100	Stadtarchiv 410001100300100	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	76.576,19	76.576,19	Die Abweichung begründet sich durch den Einbau eines klimatisierten Lagerraums für das Filmarchiv der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH. Diese Kosten konnten bei den ursprünglichen Planungen für das Stadtarchiv nicht berücksichtigt werden, da sich erst nach Auftragserteilung an die OGM GmbH die Notwendigkeit ergab, das Filmarchiv an diesen Standort zu verlagern.
540009020105800	Lirich-Soziale Stadt 540009020105800	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	1.334.900,00	0,00	-1.334.900,00	Die investiven Abweichungen betreffen die Teilmaßnahme „Neugestaltung Altenbergpark“ sowie „Umbau Altenberger Straße“. Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen insbesondere im Zusammenhang mit der Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen konnte im Jahr 2015 mit dem Projekt nicht mehr begonnen werden (siehe auch 6810.00 und 6811.00).
540009020106100	Masterplan Haus d.Jugend 540009020106100	7851.00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	857.940,00	1.272.518,14	414.578,14	Im Rahmen der Abwicklung der Gesamtmaßnahme wurde festgestellt, dass die ursprünglich konsumtiv veranschlagten Mittel nach Prüfung durch die Anlagenbuchhaltung sowie entsprechendem Ratsbeschluss vom 14.09.2015 in den investiven Haushaltsteil umgeplant und umgebucht werden mussten (Ratsbeschluss B/16/1055-01).

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
540009020106102	Grünstruktur Innenstadt 540009020106102	7851.00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	55.000,00	0,00	-55.000,00	Die Zuwendungsmittel wurden beantragt, jedoch erst gegen Ende 2015 bewilligt. Das Projekt verschiebt sich in das Jahr 2016.
540009020106103	Bahnhofsturm-Tandem 540009020106103	7851.00	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen	355.000,00	0,00	-355.000,00	Das Projekt verschiebt sich in das Jahr 2016 (siehe 6810.00 und 6811.00).
560011030100000	Kanalbauprogramm - 560011030100000	7852.30	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen WBO	9.690.000,00	11.118.286,91	1.428.286,91	Durch Kostensteigerungen bereits begonnener gesetzlich verpflichtender Kanalbaumaßnahmen musste zusätzliches Budget in Höhe von 2,1 Mio. EUR beantragt werden. Es konnten jedoch nicht wie geplant alle Maßnahmen endgültig im Haushaltsjahr 2015 abgerechnet werden.
560012010101000	Straßenbau. Ingl. 560012010101000	7852.40	Auszahlungen für Tiefbaumaßn. IngLeist W	377.470,00	0,00	-377.470,00	HOAI-Abrechnung der WBO GmbH wird zur Zeit noch vom Fachbereich 5-6-40/Schnittstelle WBO geprüft, erst danach können maßnahmengerechte Honorare zu den Maßnahmen des Straßenbauprogramms 2015 zu Lasten des Budgets 2016 zugeordnet und gebucht werden.
560012010101100	B-Plan NR 279 A - 560012010101100	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	79.200,00	0,00	-79.200,00	Der ausgewiesene Haushaltsansatz beinhaltet einen bereits vergebenen Planungsauftrag. Eine kassenmäßige Abwicklung kann erst in Folgejahren nach Abschluss der Hochbautätigkeiten erfolgen (Ausbau der Erschließungs*-anlage Burgstr. / Dinslakener Str.).
560012010102800	Wegeverbindungen 560012010102800	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	50.000,00	0,00	-50.000,00	Budget wurde durch konkreten Auftrag / Mittelbindung belastet. Eine kassenmäßige Abwicklung erfolgt jedoch erst im Haushaltsjahr 2016.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010103900	Brückenbau Breilstr. - 560012010103900	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	400.000,00	324.271,34	-75.728,66	Die Maßnahme "Neubau Brücke Breil-straße" wurde im Dezember 2015 fertiggestellt und schlussgerechnet. Da sich gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung für die Maßnahme ein günstigeres Ausschreibungsergebnis ergeben hat, ist der Abweichungsbetrag entstanden.
560012010104100	Tackenbergstraße 560012010104100	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	1.200.000,00	0,00	-1.200.000,00	Planung im Jahre 2015 noch nicht abgeschlossen, Maßnahmeverschiebung nach 2016.
560012010108400	Steinbrinkstraße - 560012010108400	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	140.872,53	140.872,53	Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme wurde festgestellt, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten nicht um Erhaltungsaufwand handelte, sondern um Herstellungskosten, die aktiviert werden mussten. Eine Umschichtung der Finanzmittel war daher außerplanmäßig notwendig (siehe Ratsbeschluss B/16/1063-01).
560012010108700	Erschl. Rostocker/Rügen. 560012010108700	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	220.000,00	166.000,00	-54.000,00	Abschlagszahlungen wurden nur in Höhe von 166.000 EUR gemäß tatsächlichem Baufortschritt im Jahr 2015 beglichen. Restabwicklung der Maßnahme in 2016.
560012010206200	Lindnerstraße K3 560012010206200	7852.40	Auszahlungen für Tiefbaumaßn. IngLeist W	96.530,00	0,00	-96.530,00	Von der WBO GmbH wurden keine Honorarkosten für die Maßnahme im Jahr 2015 in Rechnung gestellt. Die Restabwicklung erfolgt im Folgejahr.
560012010308000	Neubau der L 215n 560012010308000	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	2.000.000,00	4.598,13	-1.995.401,87	Für die Fördermaßnahme lag im Jahre 2015 noch keine Bewilligung der Bezirksregierung Düsseldorf vor. Auszahlungen wurden nur für notwendige bauvorbereitende Maßnahmen verausgabt. Maßnahmeverschiebung nach 2016.
560012010308000	Neubau der L 215n 560012010308000	7852.40	Auszahlungen für Tiefbaumaßn. IngLeist W	200.000,00	137,95	-199.862,05	Honorarkosten der WBO GmbH sind im Jahre 2015 nur in Höhe von 137,95 EUR angefallen. Restabwicklung in Folgejahren.
560012010308100	L 155 Weseler Str. 560012010308100	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	850.000,00	589.637,13	-260.362,87	Auszahlungen nach Baufortschritt, Fort-führung und Restabwicklung in 2016.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010308100	L 155 Weseler Str. 560012010308100	7852.40	Auszahlungen für Tiefbaumaßn. IngLeist W	120.000,00	49.252,12	-70.747,88	Auszahlungen nach Abrechnung mit der WBO GmbH, Restabwicklung in 2016.
560012010308600	Lärmaktionsplan 560012010308600	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	210.000,00	0,00	-210.000,00	Verschiebung der Maßnahme nach 2016/2017.
560012010401400	Bluetooths. Mülheimer 560012010401400	7853.10	Auszahl. für sonst. Baumaßn. -Betriebsan	0,00	95.640,30	95.640,30	Auftrag konnte erst im Dezember 2014 erteilt werden. Maßnahme konnte jedoch in 2014 nicht mehr fertiggestellt werden. Zur Abwicklung der Maßnahme wurde daher ein außerplanmäßiges Auszahlungsbudget benötigt. Die kassenmäßige Abwicklung erfolgte am 21.12.2015 und ist nunmehr endgültig fertiggestellt.
560012010401500	Knotenp.Mülheim-Danzig 560012010401500	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	120.000,00	0,00	-120.000,00	Aufgrund von notwendigen Abstimmungen mit Straßen NRW, StOAG, WBO (Kanal) musste die Durchführung der Maßnahme nach 2016 verschoben werden.
560012010600100	Eugen-zur-Nieden-Rg. - 560012010600100	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	128.081,32	128.081,32	Mit der Umsetzung der Maßnahme "Ausbau der Bushaltestelle Sterkrade; Eugen-zur-Nieden-Ring / Steinbrinkstraße" wurde am 22.09.2014 begonnen. Bei der Durchführung der Maßnahme traten unvorhergesehene Probleme in Bezug auf im Boden verlegte Kabel auf, wodurch sich die Abwicklung der Maßnahme verzögerte (siehe Ratsbeschluss B/16/0355-01). Im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 wurde davon ausgegangen, dass die Maßnahme im Jahr 2014 baulich und kassentechnisch komplett abgewickelt wird. Eine endgültige Gesamtabrechnung der Maßnahme erfolgte erst gegen Ende des Jahres 2015.
560012010608500	P+R Parkpl. Bhf Holten 560012010608500	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	627.000,00	473.281,08	-153.718,92	Die Maßnahme wurde noch nicht fertig-gestellt bzw. endgültig abgerechnet. Restabwicklung in 2016.

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010700100	Straßenbeleuchtung 560012010700100	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	250.000,00	31.420,48	-218.579,52	Fehlende Rechnungslegung der OGM GmbH. Diese wird für 2016 erwartet.
560012010700200	Leuchtenumrüstung 560012010700200	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	1.730.600,00	1.459.296,48	-271.303,52	Die Gesamtkosten der Maßnahme sind unter dem ursprünglichen Planansatz geblieben. Dies konnte erst nach Durchführung der Vergabe im November 2014 festgestellt werden. Zu diesem Zeitpunkt konnte der Haushaltsansatz 2015 nicht mehr angepasst werden.
560013040100100	Bachlauf Nassenkamp. 560013040100100	7852.30	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen WBO	77.500,00	0,00	-77.500,00	Die Ausschreibung musste aufgehoben werden. Die Maßnahme wird in 2016 fertig gestellt.
610002150100000	Feuerschutz 610002150100000	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	300.000,00	22.180,80	-277.819,20	Geplante Hofpflasterung der Feuerwache 1 wurde nicht durchgeführt, lediglich erhöhte Schlussrechnung der Schrankenanlage aus Vorjahren.

Straßenbauprogramm *(DR sowie Unterkonten)*

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung Original	**Erläuterung**
560012010100300	Kanalbegleitende Maßn. 560012010100300	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	149.350,00	0,00	-149.350,00	
560012010190000	Str.bauprogr.Gemeindestr 560012010190000	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	1.771.000,00	0,00	-1.771.000,00	
560012010200300	Kanalbegleitende Maßn. 560012010200300	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	37.500,00	0,00	-37.500,00	
560012010290000	Str.bauprogr.Kreisstr. 560012010290000	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	500.000,00	0,00	-500.000,00	
560012010300300	Kanalbegleitende Maßn. 560012010300300	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	61.310,00	0,00	-61.310,00	
560012010390000	Str.bauprogr. Landesstr. 560012010390000	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	400.000,00	0,00	-400.000,00	
Unterkonten							
560012010190077	StBP Rechenacker - 560012010190077	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	2.870,00	2.870,00	*Hauptursache sind Verzögerungen beim Vergabebeschluss aufgrund von Zuständigkeitsänderungen. Das Ist-Ergebnis ist bei einzelnen Unterkonten sichtbar, wobei in jedem Fall eine Budgetumschichtung vom Hauptkonto vorgenommen wurde.*
560012010190080	Schlägerheidstr./Franz.. 560012010190080	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	
560012010190101	Martin-Luther-Str. - 560012010190101	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	5.909,41	5.909,41	
560012010190103	Hegerfeldstraße - 5600120101900103	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	23.480,19	23.480,19	
560012010190104	Oberbruch - 560012010190104	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	57.028,74	57.028,74	
560012010190105	Stützmauer Fährstr. - 560012010190105	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	14.320,56	14.320,56	
560012010190106	Ziegelstraße 560012010190106	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	118.189,51	118.189,51	
560012010190107	Blumenthalstr. - 560012010190107	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	190.645,75	190.645,75	
560012010190108	Liebknechtstr. 560012010190108	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	
560012010190109	Am Alsbach - 560012010190109	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	61.100,00	61.100,00	
560012010190110	Mattlerstraße - 560012010190110	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	37.772,40	37.772,40	
560012010190111	Brammenring - 560012010190111	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	413.556,22	413.556,22	

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung Original	**Erläuterung**
560012010190112	Zum Buchenbach - 560012010190112	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	170.189,11	170.189,11	
560012010190113	Feldmannstr. 560012010190113	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	
560012010190114	Leuthenstr. 560012010190114	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	148.000,00	148.000,00	
560012010290003	Buchenweg - Höhenweg - 560012010290003	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	4.345,08	4.345,08	
560012010390006	Fernewaldstr. 560012010390006	7852.00	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	

DR KTE
Oberhausen-Ost D06019600

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
310006010100600	KTE OB-Ost 310006010100600	7851.10	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	1.831.000,00	197.200,00	-1.633.800,00	
310006010100600	KTE OB-Ost 310006010100600	7851.20	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen IngLei	329.600,00	59.500,00	-270.100,00	Die Maßnahme konnte in 2015 nur begonnen werden, sie wird in 2016 fortgeführt.
310006010100600	KTE OB-Ost 310006010100600	7852.10	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen OGM	210.000,00	0,00	-210.000,00	
310006010100600	KTE OB-Ost 310006010100600	7852.20	Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen IngLei	31.500,00	0,00	-31.500,00	
				2.402.100,00	256.700,00	-2.145.400,00	

DR
Lichtsignalanlagen D12019901

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
560012010108900	Erneuerung LSA 560012010108900	7853.10	Auszahl. für sonst. Baumaßn. - Betriebsan	10.000,00	1.568,50	-8.431,50	Günstige Ausschreibungsergebnisse
560012010205600	Signalwesen Kreisstraßen 560012010205600	7853.10	Auszahl. für sonst. Baumaßn. - Betriebsan	235.000,00	222.926,98	-12.073,02	
560012010308400	Erneuerung LSA 560012010308400	7853.10	Auszahl. für sonst. Baumaßn. - Betriebsan	475.000,00	428.721,66	-46.278,34	
				720.000,00	653.217,14	-66.782,86	

6.5.3 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
3.469.450,00 €	1.434.533,93 €	-2.034.916,07 €	-58,7

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
610002150100000	Feuerschutz 610002150100000	7831.00	Auszahlungen Erwerb bewegl. Sachanlagen	2.044.500,00	1.286.373,83	-758.126,17	Im Jahr 2015 begonnene Beschaffungsmaßnahmen konnten im Jahr 2015 zum Teil nicht abgeschlossen werden. Eine Auszahlung für diese Beschaffungsmaßnahmen erfolgte daher im Haushaltsjahr 2015 nicht.

DR
Rettungsdienst D02169000

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
610002160100100	Krankentransport 610002160100100	7831.00	Auszahlungen Erwerb bewegl. Sachanlagen	780.000,00	5.481,14	-774.518,86	2015 konnten Beschaffungsmaßnahmen nur teilweise, bzw. gar nicht durchgeführt werden. Die Beschaffungen wurden teilweise in das folgende Haushaltsjahr verschoben.
610002160100200	Rettungstransport 610002160100200	7831.00	Auszahlungen Erwerb bewegl. Sachanlagen	433.500,00	34.066,89	-399.433,11	
610002160100300	Notarzteinsatz 610002160100300	7831.00	Auszahlungen Erwerb bewegl. Sachanlagen	129.000,00	11.853,29	-117.146,71	
				1.342.500,00	51.401,32	-1.291.098,68	

6.5.4 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	0,00 €	0

6.5.5 Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	0,00 €	0

6.5.6 Sonstige Investitionsauszahlungen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
0,00 €	0,00 €	0,00 €	0

6.6 Saldo aus Investitionstätigkeit

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
- 15.759.890,00 €	-19.005.276,01 €	-3.245.386,01 €	20,6

6.7 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen

6.7.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015

Überplanmäßige / außerplanmäßige Auszahlungen sind nur im Rahmen des § 83 GO NRW bewilligt worden. Die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen, die durch den Kämmerer bewilligt wurden (bis 100 TEUR), sind dem Rat zur Kenntnis gegeben worden.

Die Kenntnisnahmen erfolgten in den Ratssitzungen am:

22.06.2015, 14.09.2015, 14.12.2015 und 14.03.2016

Im Finanzplan 2015 wurden insgesamt (einschl. der erheblichen überplanmäßigen /außerplanmäßigen Auszahlungen, denen der Rat der Stadt zugestimmt hat) überplanmäßige /außerplanmäßige Auszahlungen wie folgt bewilligt:

überplanmäßige - Auszahlungen	**Deckung**	**ohne Deckung**
5.304.770 €	904.530 €	4.400.240 €

außerplanmäßige – Auszahlungen	**Deckung**	**ohne Deckung**
17.848.058 €	1.256.320 €	16.591.738 €

Gesamtsumme
23.152.828 €

Die tatsächliche Inanspruchnahme von insgesamt 21.377.278,20 EUR ergab sich wie folgt:

üpl. Auszahlungen 4.473.815,53 EUR

apl. Auszahlungen 16.903.462,67 EUR

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
1	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130100000 Unbebaute Grundstücke**	**782100**	**Auszahlungen Grundstücke/ Gebäude**	**291.000,00**	**291.000,00**	Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 14.09.2015 zum Erwerb von Grundstücken im Hintergelände der Duisburger Str. (Gesamtkraufpreissumme 515.000 EUR).	B/16/1054-01 (Hauptausschuss , nichtöffentlicher Teil)	
2	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130100100 Unbebaute Grundstücke**	**782100**	**Auszahlungen Grundstücke/ Gebäude**	**95.000,00**	**95.000,00**	Endausbau der Erschließungsanlage des B-Planes 421 "An Kahlens Kuhle" konnte nicht wie ursprünglich geplant in 2014 abgeschlossen werden. Aufgrund der Maßnahmenverschiebung konnte erst später eine aktuelle Rechnungslegung erfolgen. Die Gesamtkosten für die Maßnahme wurden insgesamt nicht überschritten.		
3	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130100100 Unbebaute Grundstücke**	**782100**	**Auszahlungen Grundstücke/ Gebäude**	**22.000,00**	**22.000,00**	Endausbau der Erschließungsanlage des B-Planes 421 "An Kahlens Kuhle" konnte nicht wie ursprünglich geplant in 2014 abgeschlossen werden. Aufgrund der Maßnahmenverschiebung konnte erst später eine aktuelle Rechnungslegung erfolgen. Die Gesamtkosten für die Maßnahme wurden insgesamt nicht überschritten. Durch diese Mittelbereitstellung wurde ein ordnungsgemäßer Gesamtabschluss der Maßnahme sichergestellt.	B/16/1149-01	
4	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130100200 Unbebaute Grundstücke - Bplan 424 Im Weidenkamp**	**782100**	**Auszahlungen Grundstücke/ Gebäude**	**2.140,00**	**2.137,27**	Restabwicklung einer hauptsächlich im Jahr 2014 durchgeführten Grünmaßnahme an der Erschließungsanlage "Im Weidenkamp". Die Gesamtkosten für die Maßnahme wurden insgesamt nicht überschritten. Durch diese Mittelbereitstellung wurde ein ordnungsgemäßer Abschluss der Maßnahme sichergestellt.		
5	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130200000 Bebaute Grundstücke**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**49.000,00**	**49.000,00**	Die Lebenshilfe Oberhausen beabsichtigte eine Bürofläche von rd. 390 qm im städtischen Gebäude Stadtmittehaus für die Dauer von 20 Jahren anzumieten. Hierzu waren einige bauliche Maßnahmen erforderlich, da die Flächen ansonsten aufgrund ihres schlechten baulichen Zustands nicht vermietet hätten werden können.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
6	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130200000 Bebaute Grundstücke**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahme Ingenieur-leistungen OGM**	**9.000,00**	**9.000,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 5)		
7	**01**	**Innere Verwaltung**	**130001130200100 Verwaltungsgebäude**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**4.520,00**	**4.517,25**	Aufgrund der Wahl der Partei BOB in den Rat der Stadt im Jahr 2014 sind der Partei entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Dies konnte nur durch einen Umbau von Räumlichkeiten im Rathaus Oberhausen geschehen. Zum Zeitpunkt des Baubeginns war die Veränderungsnachweisung für das Haushaltsjahr 2015 bereits abgeschlossen, so dass für das Jahr 2015 kein Ansatz gemeldet werden konnte. Die Schlussrechnung der OGM GmbH für diese Maßnahme lag vor. Es bestand noch eine Restforderung in Höhe von 4.520 EUR. Aufgrund der vertraglichen Verpflichtung gegenüber der OGM GmbH war der Betrag außerplanmäßig bereitzustellen.		
8	**01**	**Innere Verwaltung**	**410001100300100 Stadtarchiv**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**76.600,00**	**76.576,19**	Der Rat der Stadt Oberhausen hatte beschlossen, das Archiv zur Eschenstr. 60 zu verlegen. In diesem Rahmen der Umsetzung wurde festgestellt, dass die Installation des Filmarchivs der Kurzfilmtage nicht vorgesehen war. Aufgrund der besonderen klimatischen Bedingungen für Filmlagerung mussten aufwendige technische und bautechnische Zusatzarbeiten vorgenommen werden. Die Bereitstellung des außerplanmäßigen Betrages war daher notwendig.	B/15/2977-01	
9	**01**	**Innere Verwaltung**	**410001100300100 Stadtarchiv**	**785100**	**AiB Hochbaumaß-nahmen**	**52.680,00**	**52.680,00**	Der Rat der Stadt Oberhausen hatte beschlossen, das Archiv zur Eschenstr. 60 zu verlegen. In diesem Rahmen wird die Neuanschaffung der Rollregalanlage notwendig. Die Anschaffung wird zu 100% vom Landschaftsverband Rheinland gefördert.	B/16/1121-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
10	**01**	**Innere Verwaltung**	**410001100300100 Stadtarchiv**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahme Ingenieur-leistungen OGM**	**2.380,00**	**2.380,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 9)	B/16/1121-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	
11	**01**	**Innere Verwaltung**	**410001100300100 Stadtarchiv**	**785100**	**AiB Hochbaumaß-nahmen**	**2.600,00**	**2.572,58**	Bezüglich der Beschaffung von Rollregalen lag die Schlussrechnung der OGM GmbH vor. Der nebenstehende Betrag musste als Differenz zum Ursprungsbetrag zur Begleichung der Rechnung bereitgestellt werden.		
12	**01**	**Innere Verwaltung**	**460001110300000 Geschwindigkeitsüber-wachungen**	**783100**	**Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR**	**5.600,00**	**5.600,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden zwei Überwachungsanlagen planmäßig angeschafft. Eine Finanzierung erfolgte in Form von Ratenzahlungen. Da es sich jedoch um jahresübergreifende Projekte handelte, wurden die Restratenzahlungen bei der Haushaltsanmeldung 2015 nicht berücksichtigt. Im Jahre 2015 wurde bereits eine weitere Überwachungsanlage angeschafft, so dass kein ausreichendes Budget für die noch zu leistenden Ratenzahlungen vorhanden war. Unter Berücksichtigung der noch zur Verfügung stehenden Restmittel 2015 und der Ratenzahlungen für 2015 wurde ein zusätzlicher Bedarf in Höhe von 5.600 EUR zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen benötigt.		
13	**01**	**Innere Verwaltung**	**460001110300000 Geschwindigkeitsüber-wachungen**	**783100**	**Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR**	**10.000,00**	**10.000,00**	Eine im Einsatz befindliche Geschwindigkeitsmesskamera war defekt, eine Reparatur war unwirtschaftlich. Mit der Beschaffung einer neuen Kamera konnten außerdem verbesserte Ergebnisse erzielt werden. Im Rahmen der Verkehrssicherheit war somit die Beschaffung zwingend notwendig, um diesbezügliche Geschwindigkeitsmessungen vornehmen zu können. Eine indirekte Refinanzierung erfolgte durch entsprechende Mehrerträge im konsumtiven Bereich.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
14	**01**	**Innere Verwaltung**	**460001110300000 Geschwindigkeitsüber-wachungen**	**783100**	**Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR**	**11.500,00**	**11.500,00**	Im Haushaltsjahr 2014 wurden mehrere Überwachungsanlagen planmäßig angeschafft. Eine Finanzierung erfolgte in Form von Ratenzahlungen. Da es sich jedoch um jahresübergreifende Projekte handelt, wurden die Restratenzahlungen bei der Haushaltsanmeldung 2015 nicht berücksichtigt. Im Jahre 2015 wurden weitere Überwachungsanlagen angeschafft, so dass kein ausreichendes Budget für die noch zu leistenden Ratenzahlungen vorhanden war. Unter Berücksichtigung der noch zur Verfügung stehenden Restmittel 2015 und der Ratenzahlungen für 2015 wurde ein weiterer zusätzlicher Bedarf in Höhe von 11.500 EUR zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen benötigt. Die formale Mittelbereitstellung war zwingend erforderlich, um den haushaltsrechtlichen Vorgaben zu entsprechen (Relation Budget/Ist-Finanzrechnung).		
15	**01**	**Innere Verwaltung**	**PN 0103 Büro für Chancengleichheit**	**740000**	**Sonstige Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**11.500,00**	**11.500,00**	Ein Verband sowie eine Stiftung gewährten im Jahr 2014 eine Zuwendung in Höhe von insgesamt 23.000 EUR für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des Projektes „achtung“. Ein entsprechender Nachweis über die Verwendung der Zuwendungen wurde durch den Bereich 0-4/ Büro für Chancengleichheit gewährleistet. Da es sich um ein jahresübergreifendes Projekt handelte, wurden die Gelder im Jahr 2014 nicht vollständig in Anspruch genommen. Damit im Jahr 2015 eine ordnungsgemäße Umsetzung des geförderten Projektes weiterhin erfolgen konnte, wurden die im Jahr 2014 überplanmäßig vereinnahmten Mittel entsprechend bereitgestellt. Zur Sicherstellung eines korrekten Mittelflusses innerhalb der Haushaltsjahre 2014 und 2015 wurden die bereitgestellten Mittel über die Rechnungsabgrenzungsposten (RAP) passiviert. Da dem erforderlichen Mehraufwand ein zweckgebundener Mehrertrag zugrunde lag und die erhaltenen Zuwendungen ausschließlich für dieses Projekt verwendet werden durften, war eine überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2015 unabweisbar.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
16	**02**	**Sicherheit und Ordnung**	**610002160100000 Rettungsdienst**	**783100**	**Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR**	**5.000,00**	**4.043,19**	Für eine fachgerechte Desinfektion und Aufbereitung von Gerätschaften (z.B. Defibrillatoren, Absaugpumpen, Vakuummatratzen) nach einem Rettungseinsatz war die Einrichtung eines Hygieneplatzes mit Edelstahlmobiliar mit entsprechender Reinigungswanne für Vakuummatratzen und Lagermöglichkeiten sowie die Anschaffung eines Mischautomaten zur Ansetzung der Desinfektionsmittellösung erforderlich (insbesondere nach Kontamination mit Blut, Sekreten, usw.). Die notwendige Infektionsprävention diente der Gefahrenabwehr.		
17	**02**	**Sicherheit und Ordnung**	**610002160100300 Rettungsdienst (DR Rettungsdienst)**	**783100**	**Auszahlungen für Sachanlagen über 410 EUR**	**8.000,00**	**0,00**	Die Ersatzbeschaffung eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF) wurde für 2015 geplant und Mittel entsprechend eingestellt. Durch eine verzögerte Beschaffungsmaßnahme aus dem Jahr 2014 (Fahrgerät), die kurzfristig erst im Jahr 2015 abgewickelt und somit nicht mehr geplant werden konnte, reichten die vorhandenen Mittel für die Ersatzbeschaffung des NEF nicht mehr aus. Daher waren diese fehlenden Mittel in Höhe von 8.000 EUR nun überplanmäßig bereitzustellen. Die Kosten flossen in die Gebührenkalkulation des Rettungsdienstes ein.		Für die Beschaffung eines Noteinsatzfahrzeuges wurden Haushaltsmittel in Höhe von 125.000 EUR eingeplant und auch vor Durchführung einer nationalen Ausschreibung zur Bewirtschaftung freigegeben. Nach erfolgter Submission beliefen sich die Investitionskosten jedoch auf einen geringeren Betrag. Die zusätzlichen Haushaltsmittel wurden daher nicht benötigt.
18	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010000000 Weiterführende Schulen**	**785210**	**AiB Tiefbaumaßnahmen OGM**	**40.000,00**	**40.000,00**	Dem Bertha-von-Suttner-Gymnasium wurden angemietete Klassenräume im Gebäude Goethestr. 65 gekündigt. Um Unterrichtsausfälle zu vermeiden, sollte kurzfristig ein gemieteter Container aufgestellt werden. Zur Aufstellung waren unterirdische Leitungsverlegungen und Gründungsarbeiten notwendig.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
19	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010000000 Weiterführende Schulen**	**785220**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**7.600,00**	**7.600,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer18)		
20	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100000 Inklusion an Schulen**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**234.950,00**	**234.950,00**	Umsetzung von Baumaßnahmen für Inklusion an Schulen, siehe Ratsbeschluss vom 22.06.2015.	B/16/0944-01	
21	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100000 Inklusion an Schulen**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**51.580,00**	**51.580,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer **20**)	B/16/0944-01	
22	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100000 Inklusion an Schulen**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**623.100,00**	**623.100,00**	Umsetzung einer Baumaßnahme für Inklusion am Hans-Böckler-Berufskolleg.	B/16/1329-01	
23	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010100000 Inklusion an Schulen**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**242.100,00**	**234.821,91**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 22)	B/16/1329-01	
24	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010101900 Offener Ganztag, Melanchtonschule**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**90.210,00**	**90.210,00**	Umsetzung von Baumaßnahmen für die Melanchtonschule, siehe Ratsbeschluss vom 22.06.2015.	B/16/0976-01	
25	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010101900 Offener Ganztag, Melanchtonschule**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**8.330,00**	**7.400,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 24)	B/16/0976-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
26	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**21.500,00**	**18.337,20**	Wiederholt mussten aufgrund gestiegener Anmeldezahlen und nicht genug verfügbaren Räumlichkeiten Kinder nach der Anmeldung abgelehnt werden. Bisher wurde für den Ganztagsbereich die Gymnastikhalle und ein weiterer Raum als Ess- und Spielraum genutzt. Ab dem kommenden Schuljahr werden über 150 Kinder diesen kleinen Ganztag besuchen, die Umnutzung einer leerstehenden Hausmeisterwohnung der nebenstehenden Ganztagsgrundschule zu 2 Spielräumen und einem Ganztagesbüro würde den räumlichen Engpass beheben. Die geforderten Brandschutzvorschriften waren dabei zwingend zu beachten.		
27	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010101901 Offener Ganztag, Robert-Koch-Schule**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**3.400,00**	**3.400,00**	Wiederholt mussten aufgrund gestiegener Anmeldezahlen und nicht genug verfügbaren Räumlichkeiten Kinder nach der Anmeldung abgelehnt werden. Bisher wurde für den Ganztagsbereich die Gymnastikhalle und ein weiterer Raum als Ess- und Spielraum genutzt. Ab dem kommenden Schuljahr werden über 150 Kinder diesen kleinen Ganztag besuchen, die Umnutzung einer leerstehenden Hausmeisterwohnung der nebenstehenden Ganztagsgrundschule zu 2 Spielräumen und einem Ganztagesbüro würde den räumlichen Engpass beheben. Die geforderten Brandschutzvorschriften waren dabei zwingend zu beachten.		
28	**03**	**Schulträgeraufgaben**	**140003010500100 Erweiterte Ganztagsförderschule, Herderschule**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**2.920,00**	**2.912,55**	Die vertragliche Verpflichtung aus Vorjahren bzgl. einer Zuschussmaßnahme für die Herrichtung der Herderschule zu einer erweiterten Ganztagsförderschule konnte unter Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung in 2015 abgewickelt werden. Nach Einschätzung sowohl seitens der OGM GmbH als auch vom Bereich 0-7/ SIM war trotz der unklaren Rechtssituation (Insolvenz, Mahnbescheid, Widerspruch) damit zu rechnen, dass eine rechtliche Bestätigung zu Gunsten der Privatfirma erfolgen wird. Zur Vermeidung evtl. weiterer Kosten (z.B. Zinsen) war deshalb eine kurzfristige Abwicklung erforderlich.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
29	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100000 Flüchtlingsunterkunft Bahnstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**1.222.000,00**	**1.221.425,14**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1148-01	
30	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100000 Flüchtlingsunterkunft Bahnstr.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**42.000,00**	**41.650,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 29)	B/16/1148-01	
31	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100100 Flüchtlingsunterkunft Gabelstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**292.000,00**	**292.000,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1148-01	
32	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100100 Flüchtlingsunterkunft Gabelstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**664.700,00**	**664.609,58**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	
33	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100100 Flüchtlingsunterkunft Gabelstr.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**42.310,00**	**42.106,46**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 32)	B/16/1051-01	
34	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100400 Flüchtlingsunterkunft Tackenbergschule**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**167.000,00**	**166.679,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1148-01	
35	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100400 Flüchtlingsunterkunft Tackenbergschule**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**17.000,00**	**16.667,90**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 34)	B/16/1148-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
36	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100500 Fluchtweg Tackenberg**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**17.900,00**	**17.879,93**	Aus Sicherheitsgründen musste bei dem Flüchtlingsstandort Tackenbergschule eine Nottreppe an der Außenfassade des Gebäudes zwingend angebracht werden. Eine sofortige Umsetzung war erforderlich.		
37	**05**	**Soziale Leistungen**	**320005030100500 Fluchtweg Tackenberg**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahme Ingenieurlei-stungen OGM**	**1.800,00**	**1.788,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 36)		
38	**05**	**Soziale Leistungen**	**321005030100200 Flüchtlingsunterkunft Duisburger Str.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**4.402.440,00**	**4.402.300,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	
39	**05**	**Soziale Leistungen**	**321005030100200 Flüchtlingsunterkunft Duisburger Str.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**264.150,00**	**264.000,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 38)	B/16/1051-01	
40	**05**	**Soziale Leistungen**	**321005030100210 Flüchtlingsunterkunft Ruhrorter Str.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**2.594.150,00**	**2.594.000,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	
41	**05**	**Soziale Leistungen**	**321005030100210 Flüchtlingsunterkunft Ruhrorter Str.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**155.660,00**	**155.500,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 40)	B/16/1051-01	
42	**05**	**Soziale Leistungen**	**322005030100300 Flüchtlingsunterkunft Weierstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**35.700,00**	**35.700,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
43	**05**	**Soziale Leistungen**	**322005030100300 Flüchtlingsunterkunft Weierstr.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**6.380,00**	**6.374,95**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 42)	B/16/1051-01	
44	**05**	**Soziale Leistungen**	**322005030100300 Flüchtlingsunterkunft Weierstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**131.376,00**	**122.959,04**	Der seit drei Jahren bestehende Mietvertrag mit der OGM GmbH über 24 Wohncontainer am Standort Weierstraße endete vertragsgemäß am 31.12.2015. Da weiterhin von einer kontinuierlich steigenden Flüchtlingszahl ausgegangen werden konnte, werden die Wohncontainer auch zukünftig benötigt. Die OGM GmbH hat der Stadt Oberhausen die Container zum Kauf angeboten. Das Angebot entsprach dem aktuell durch den Fachbereich 5-2-40 / Grundstücksbewertung ermittelten Restwert der 24 Container und basierte auf einer geprüften Restnutzungsdauer von 12 Jahren. Durch den Kauf entfallen künftig zu entrichtende Mietzinsen, was den konsumtiven Haushalt entlastet. Die außerplanmäßige Bereitstellung der Mittel war daher erforderlich.	B/16/1318-01 (Hauptausschuss, nichtöffentlicher Teil)	
45	**05**	**Soziale Leistungen**	**323005030100220 Flüchtlingsunterkunft Kapellenstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**2.201.500,00**	**2.201.400,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	
46	**05**	**Soziale Leistungen**	**323005030100220 Flüchtlingsunterkunft Kapellenstr.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**131.800,00**	**131.600,00**	Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation war die Errichtung neuer Unterkünfte bzw. Erweiterung bestehender Unterkünfte notwendig.	B/16/1051-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
47	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010101000 KTE John-Lennon-Platz**	**785100**	**AiB Hochbaumaß-nahmen**	**918.040,00**	**147.600,00**	Vorzeitiger Beginn der für 2016 geplanten Einrichtungen der KTE John-Lennon-Platz aufgrund aktuell zusätzlich benötigter Unterbringungsplätzen. Hinsichtlich der vorgenannten Baumaßnahme handelte es sich lediglich um eine finanztechnische Verschiebung innerhalb der Haushaltsjahre 2015/2016. Siehe Ratsbeschluss vom 14.09.2015.	B/16/1046-01	In 2015 wurden lediglich 147.600 EUR verausgabt, da die Maßnahme im Jahr 2015 nur teilweise umgesetzt werden konnte.
48	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010101000 KTE John-Lennon-Platz**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**63.700,00**	**36.700,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 47)	B/16/1046-01	Die Maßnahme konnte im Jahr 2015 nur teilweise umgesetzt werden.
49	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010100200 KTE Bahnstraße**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**9.500,00**	**9.500,00**	Bezüglich der Herrichtung eines Gruppenraumes in der Kastellschule als Außenstelle der KTE Bahnstraße lag die Schlussrechnung der OGM GmbH vor. Der nebenstehende Betrag musste als Differenz zum Ursprungsbetrag der Begleichung der Rechnung bereitgestellt werden.		
50	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010100610 Jugendeinrichtung, ParkHaus**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**24.000,00**	**23.990,40**	Gemäß der Dringlichkeitsentscheidung vom 30.11.2015 musste außerplanmäßig Budget für die Einrichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung "ParkHaus" für die offene Kinder- und Jugendarbeit am Standort Uhlandpark bereitgestellt werden.	B/16/1310-01	
51	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010100610 Jugendeinrichtung, ParkHaus**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**215.500,00**	**215.390,00**	Gemäß der Dringlichkeitsentscheidung vom 30.11.2015 musste außerplanmäßig Budget für die Einrichtung eines Ersatzneubaus für die Einrichtung "ParkHaus" für die offene Kinder- und Jugendarbeit am Standort Uhlandpark bereitgestellt werden.	B/16/1310-01	
52	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010100200 KTE Bahnstraße**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**28.700,00**	**28.700,00**	An der KTE Holten mussten mehr Gruppen aufgenommen werden, als Gruppenräume vorhanden waren. Der vom Land NRW vorgeschriebene Mehrzweckraum entfiel daher. Damit der KTE eine Zulassung ausgesprochen wurde, musste eine Gruppe ausquartiert werden. Dafür war das ehemalige Verwaltungsgebäude der Kastellschule vorgesehen. Um diesen Standort längerfristig nutzen zu können musste er kindergartengerecht hergerichtet werden.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
53	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010100200 KTE Bahnstraße**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**4.600,00**	**4.600,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 52)		
54	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010190000 Kindertageseinrichtunge n**	**785220**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**2.600,00**	**2.600,00**	Entgegen der ursprünglichen Planung der OGM GmbH zur Umnutzung und Anbindung einer 2. Mieteinheit, Flucht- und Rettungsweg sowie die Planung Freianlagen für die KTE City-West beliefen sich die Ingenieurleistungen gemäß Vertragsentwurf auf insgesamt 6.044,86 EUR. Um das Außengelände entsprechend herzurichten und somit den ordnungsgemäßen Abschluss der Baumaßnahme zu gewährleisten, war die zusätzliche Mittelbereitstellung erforderlich.		
55	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010290400 Spielplätze/-geräte**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**4.500,00**	**4.084,67**	Spende eines privaten Unternehmens für die städt. KTE Dellwig zwecks Aufstellung eines Spielgerätes auf dem entsprechenden Außengelände.		
56	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**310006010290400 Spielplätze/-geräte**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**500,00**	**408,47**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 55)		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
57	**06**	**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**	**PN 0604 Erzieherische Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Prävention (DR Jugend)**	**723000**	**Auszahlung Erstattungen Bund**	**800.000,00**	**800.000,00**	Mit Ratsbeschluss vom 15.12.2014 wurde eine Rückstellung in Höhe von 800.000 EUR für die Produktgruppe 0604 in der Ergebnisrechnung 2014 berücksichtigt. Die Rückstellung bei den Regionalteams war notwendig für die kostenerstattungspflichtigen Leistungen anderer Gemeinden. Andere Gemeinden gehen beispielsweise in Vorleistung für Pflegekinder, bei denen Sonderzuständigkeit nach § 86.6 SGB VIII greift und wo Kostenerstattungspflicht nach § 89.a SGB VIII für das Jugendamt Oberhausen entsteht (nach zwei Jahren geht die örtliche Zuständigkeit an das Jugendamt, in dessen Stadt das Kind lebt, die Kosten müssen aber von der vorher zuständigen Kommune übernommen werden). Diese Gemeinden können auch im Laufe des Haushaltsjahres Rechnungen begleichen lassen, für die Rückstellungen gebildet wurden. Im Jahr 2015 ergaben sich durch die Auflösung der Rückstellung keine Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung, gleichwohl aber auf die entsprechende Finanzrechnung, da zusätzliche liquide Mittel benötigt wurden. Folglich wurde der Ergebnisplan 2015 nicht belastet, es entstanden keine Mehraufwendungen. Der Finanzplan 2015 wurde bereits im November 2014 verabschiedet, sodass die zusätzlichen Mittel im Finanzplan 2015 noch keine Berücksichtigung finden konnten. Die volle Inanspruchnahme der Rückstellung hat im Deckungsring Jugend dazu geführt, dass dort im Rahmen des Finanzplans nicht mehr genügend liquide Mittel zur Verfügung standen, obwohl im Ergebnisplan noch freie Budgets ausgewiesen wurden. Entsprechend waren im Rahmen des Finanzplanes 2015 die Mittel zur Auszahlung der Rückstellung in Höhe von 800.000 EUR bereitzustellen. Siehe Ratsbeschluss vom 08.02.2015.	B/16/0574-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
58	**07**	**Gesundheitsdienste**	**PN 0701 Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz**	**723000**	**Auszahlung Erstattungen Bund**	**87.200,00**	**87.200,00**	Erforderliche Bereitstellung der Mittel im Finanzplan zur Auszahlung der Inanspruchnahme der gebildeten Rückstellung in Höhe von 87.190,04 EUR, zur Begleichung der das Vorjahr betreffenden Rechnung. Hierbei handelte es sich um die anteiligen Personal- und Sachkosten der Stadt Oberhausen, gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen, für die Inanspruchnahme von Leistungen der Amtsapotheke der Stadt Essen. Aufgrund personeller Umstrukturierung innerhalb des zur Abrechnung zuständigen Bereichs der Stadt Essen, wurden im Jahr 2014 keine Abschlagszahlungen geleistet. Die Abrechnung für das Jahr 2014 durch die Stadt Essen erfolgte mit Rechnung vom 24.06.2015. Der fällige Rechnungsbetrag in Höhe von 87.732,66 EUR wurde mit den verfügbaren Budgets des Jahres 2015 beglichen. Eine Inanspruchnahme der Rückstellung wurde bereits veranlasst. Damit auch entsprechende Mittel im Rahmen der Finanzrechnung zur Verfügung standen und die vertraglich vereinbarten Abschlagszahlungen zum 31.07.2015 in Höhe von 50.000 EUR und zum 15.09.2015 sowie zum 15.12.2015 in Höhe von jeweils 25.000 EUR für das laufende Jahr 2015 geleistet werden konnten, war die Mittelbereitstellung unabweisbar. Das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung wurde nicht beeinflusst.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
59	**08**	**Sportförderung**	**250008010200000 Turnhallen**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**85.000,00**	**85.000,00**	Bereits im Jahre 2013 wurden zwei Umkleidetrakte der Sporthalle der GSO modernisiert. Die Maßnahme sollte in den Folgejahren fortgeführt werden. Dies konnte bisher wegen fehlender Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden. Die restlichen Umkleideräume waren in einem solch maroden Zustand, dass eine Reinigung sowohl in optischer, als auch in hygienischer Hinsicht nicht mehr ausreichend durchgeführt werden konnte und Folgeschäden z.B. durch Undichtigkeit nicht ausgeschlossen werden konnten. Dieser schlechte bauliche Zustand gefährdete die weitere Nutzung der Räume. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel war daher erforderlich.		
60	**08**	**Sportförderung**	**250008010200000 Turnhallen**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahme Ingenieur-leistungen OGM**	**8.500,00**	**8.500,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 59)		
61	**08**	**Sportförderung**	**250008010300740 Stadion Niederrhein**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**2.700.440,00**	**2.700.440,00**	Im Rahmen der Modernisierung des Stadion Niederrhein durch die Errichtung einer überdachten Stehtribüne wurden außerplanmäßig Finanzmittel benötigt. Siehe Ratsbeschluss vom 14.09.2015.	B/16/1055-01	
62	**08**	**Sportförderung**	**250008010300740 Stadion Niederrhein**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**295.160,00**	**295.160,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 61)	B/16/1055-01	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
63	**08**	**Sportförderung**	**252008010300100 SPK-Sportanlage Buschhausen**	**785210**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen OGM**	**19.000,00**	**17.558,32**	Aufgrund massiver Nachbarschaftsbeschwerden war es unabdingbar, zwei vorhandene Flutlichtstrahler auf der Sportanlage Buschhausen durch neue LED-Fluter auszutauschen. Die Beschwerden waren bereits seit April 2013 bekannt. Ein damaliges Gutachten erklärte, dass eine Veränderung an der herkömmlichen Flutlichtanlage technisch nicht möglich sei. Seit Anfang des Jahres 2015 bot eine technische Neuerung beim Flutlicht (LED-Leuchten) die Möglichkeit einer Leuchtmittelinstallation, die das Ausleuchten der Nachbargrundstücke verhinderte.		
64	**08**	**Sportförderung**	**253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**99.960,00**	**99.960,00**	Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft im Bereich der Stadtsportbund-Anlage entstand an der Lindnerstraße ein Kunstrasenplatz. Da dort Umkleide- und Duschmöglichkeiten nicht in ausreichendem Umfang vorhanden waren, musste das ehemalige Sozialgebäude des Freibades nun zu Duschen und Umkleiden umgebaut werden. Die Durchführung der Maßnahmen war unumgänglich, um den neu hergerichteten Platz vollumfänglich nutzen zu können. (Grundsatz Beschluss vom 17.11.2014, für entsprechende Maßnahmen mit Hinweis Hochbauprojekte)	B/16/0346-01	
65	**08**	**Sportförderung**	**253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**16.100,00**	**16.100,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 64)		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
66	**08**	**Sportförderung**	**253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.**	**785210**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen OGM**	**75.000,00**	**74.999,99**	Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft (Ratsbeschluss vom 17.11.2014) wurde die Neugestaltung einer Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein, Sportplatz Lindnerstraße, zum Streetbasketballfeld als ein sinnvoller, attraktivitätsteigender und abschließender Beitrag zur Gesamtumgestaltung vorgeschlagen (s. Beschlussvorlage des Sportausschusses vom 10.12.2015)	B/16/1309-01	
67	**08**	**Sportförderung**	**253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.**	**785220**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**9.000,00**	**8.999,97**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 66)		
68	**08**	**Sportförderung**	**253008010300400 Sportplatz Lindnerstr.**	**785210**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen OGM**	**7.580,00**	**7.563,19**	Im Rahmen des beschlossenen Konzeptes zur Neugestaltung der Sportplatz- und der Sportstättenlandschaft (Ratsbeschluss vom 17.11.2014) wurde eine Fläche in der Sport- und Freizeitanlage am Stadion Niederrhein, Sportplatz Lindnerstraße, neugestaltet. Die Schlussrechnung bzgl. des Neubaus eines Kunstrasensportplatzes lag vor und das Budget reichte nicht mehr aus, um die vertragliche Verpflichtung zur Begleichung der Rechnung erfüllen zu können. Durch diese Mittelbereitstellung wurde somit ein ordnungsgemäßer Gesamtmaßnahmenüberschuss gewährleistet.		
69	**08**	**Sportförderung**	**253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**12.400,00**	**12.373,67**	Eine Überprüfung (Lichtgutachten einer Privatfirma vom 18.09.2015) der Flutlichtanlage ergab, dass die aktuelle Luxzahl (11-66) deutlich unter der für Trainingsspielfelder vorgegebenen Luxzahl (75-100) lag. Da dadurch die Sicherheit der Sportplatznutzer gefährdet war, waren die alten Fluter gegen moderne Flächenstrahlfluter auszutauschen. Die dafür benötigten Mittel waren außerplanmäßig bereitzustellen.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
70	**08**	**Sportförderung**	**253008010300700 Sportanlage Wittekindstraße**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**2.300,00**	**2.236,61**	Eine Überprüfung (Lichtgutachten einer Privatfirma vom 18.09.2015) der Flutlichtanlage ergab, dass die aktuelle Luxzahl (11-66) deutlich unter der für Trainingsspielfelder vorgegebenen Luxzahl (75-100) lag. Da dadurch die Sicherheit der Sportplatznutzer gefährdet war, waren die alten Fluter gegen moderne Flächenstrahlfluter auszutauschen. Die dafür benötigten Mittel waren außerplanmäßig bereitzustellen.		
71	**08**	**Sportförderung**	**253008010300800 Sporthalle GSO**	**785110**	**AiB Hochbau OGM**	**28.000,00**	**28.000,00**	Aus Sicherheitsgründen wurden in den Hallenteilen 1-3 und 4-6 der Sporthalle GSO die Hauptbasketballanlagen bereits im Sommer 2015 außer Betrieb genommen. Inzwischen konnte auf die Erneuerung einer der Hauptanlagen und Errichtung von vier zusätzlichen Korbanlagen für Übungszwecke (insbesondere für den Schulsport) nicht mehr verzichtet werden. Die Bereitstellung der außerplanmäßigen Mittel war daher erforderlich.		
72	**08**	**Sportförderung**	**253008010300800 Sporthalle GSO**	**785120**	**AiB Hochbaumaß-nahmen Ingenieur-leistungen OGM**	**4.300,00**	**4.300,00**	Siehe textliche Erläuterung zu den Baukosten (lfd. Nummer 71)		
73	**09**	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020106100 Masterplan Innenstadt, Haus der Jugend**	**785100**	**AiB Hochbaumaß-nahmen**	**607.060,00**	**464.578,14**	Im Rahmen der Gesamtmaßnahme wurde festgestellt, dass die konsumtiv veranschlagten Mittel in 2015 nicht mehr benötigt wurden, da diese investiv anfielen. Eine Umschichtung der Mittel war im Hinblick auf die notwendige Aktivierung im Anlagevermögen erforderlich. Es entstanden keine zusätzlichen Kosten. Siehe Ratsbeschluss vom 14.09.2015.	B/16/1055-01	
74	**09**	**Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation**	**540009020106105 Integriertes Dachgewächshaus**	**785100**	**AiB Hochbaumaß-nahmen**	**55.600,00**	**0,00**	Siehe Zuwendungsbescheid vom 08.12.2015 (Betrag laut verbindlicher Kassenwirksamkeit) und entsprechendem Förderantrag vom 24.11.2015.		Abwicklung der Baumaßnahme verschiebt sich nach 2016 ff.

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
75	**11**	**Ver- und Entsorgung**	**560011030100000 Kanalbauprogramm**	**785230**	**AiB Tiefbau WBO**	**2.100.000,00**	**1.428.286,00**	Die Maßnahmen des Kanalbauprogramms ermöglichen die Erschließung von Bebauungsplangebieten, die Erweiterung des Kanalnetzes, die Erneuerung von Kanälen einschließlich der Sanierung sowie die Beseitigung von Kanalschäden. Zudem werden gesetzliche Vorgaben im Hinblick auf Kanalbaumaßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes realisiert. Durch Kostensteigerungen bereits begonnener gesetzlich verpflichtender Kanalbaumaßnahmen wurde zusätzliches überplanmäßiges Auszahlungsbudget in Höhe von 2.100.000 EUR für eine Kanalbaumaßnahmen benötigt.	B/16/1065-01	Witterungsbedingt konnten die Arbeiten nicht komplett in 2015 ausgeführt werden, weshalb sich eine Verschiebung nach 2016 ergeben hat.
76	**12**	**Verkehrsflächen - und anlagen, ÖPNV**	**560012010108400 Steinbrinkstraße**	**785200**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen**	**165.000,00**	**140.872,53**	Im Rahmen der Umsetzung der Maßnahme wurde festgestellt, dass es sich bei den durchgeführten Arbeiten nicht um Erhaltungsaufwand handelte, sondern um Herstellungskosten, die aktiviert werden mussten. Eine Umschichtung der Finanzmittel war notwendig, zusätzliche Kosten entstanden nicht. Die entsprechende Sachkontenbuchung bzgl. der Erträge/Einzahlungen wurde durch den Bereich 5-6 veranlasst. Siehe Ratsbeschluss vom 14.09.2015.	B/16/1063-01	Aufgrund von Massenverschiebungen / -kürzungen, entfallenden und nachträglichen Leistungen wurde die Auftragssumme unterschritten.
77	**12**	**Verkehrsflächen - und anlagen, ÖPNV**	**560012010401400 Bluetooth-Sensoren Mülheimer Straße**	**785310**	**AiB Betriebsanlagen**	**96.000,00**	**95.640,30**	Um den Grenzwert der Stickstoffbelastung im Rahmen der Luftreinhalteplanung einzuhalten, war eine Reduzierung der Verkehrsbelastung um etwa ein Drittel notwendig, dies war durch die Reduzierung des Durchgangsverkehrs möglich. Zur dauerhaften Routenverfolgung war die Installation von Bluetooth-Sensoren an mehreren Knotenpunkten im Bereich der Mülheimer Straße erforderlich. Die Maßnahme sollte bereits im Jahr 2014 durchgeführt werden, konnte aber wegen der späten Auftragsvergabe (Dezember 2014) nicht mehr fertiggestellt und abgerechnet werden.		

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
78	**12**	**Verkehrsflächen - und anlagen, ÖPNV**	**560012010600100 Eugen-zur-Nieden-Ring**	**785200**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen**	**178.000,00**	**128.000,00**	Mit der Umsetzung der Maßnahme "Ausbau der Bushaltestelle Sterkrade; Eugen-zur-Nieden-Ring / Steinbrinkstraße" wurde am 22.09.2014 begonnen. Bei der Durchführung der Maßnahme traten unvorhergesehene Probleme in Bezug auf im Boden verlegte Kabel auf, wodurch sich die Abwicklung der Maßnahme verzögerte (s. Drucksache Nr. B/16/0355-01). Im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 wurde davon ausgegangen, dass die Maßnahme im Jahr 2014 baulich und kassentechnisch komplett abgewickelt wird. Tatsächlich wurde von den geplanten Mitteln in Höhe von 220.000 EUR im Jahr 2014 nur 42.000 EUR verausgabt, sodass die Weiterführung und Fertigstellung der Maßnahme im Jahr 2015 ein außerplanmäßiges Auszahlungsbudget in Höhe von 178.000 EUR bereitgestellt werden musste. Die Gesamtkosten der Maßnahme blieben somit im ursprünglich geplanten Kostenrahmen.	B/16/0568-01	Durch den mehrmaligen Wechsel sowie Ausscheiden der mit der Abrechnung betrauten Bauleiter / Abrechner war es der bauausführenden Firma erst Ende 2015 möglich eine korrekte Schlussrechnung aufzustellen. Darum erfolgt die Endabrechnung erst Anfang 2016.
79	**13**	**Natur- und Landschaftspflege**	**220013010100100 Grün- und Parkanlagen**	**785210**	**AiB Tiefbaumaß-nahmen OGM**	**14.100,00**	**14.065,80**	Das seinerzeit beschlossene Parkkonzept (Seniorensportgeräte Königshütter Park) wurde nicht mit allen Aspekten im städtischen Haushalt berücksichtigt (siehe Beschluss Bezirksvertretung Alt-Oberhausen vom 26.03.2014). Vor dem Hintergrund der durch die OGM GmbH avisierten Kosten für die im Park zu installierenden Seniorensportgeräte wurde daher eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich, um eine zweckentsprechende Nutzung gewährleisten zu können.	B/15/3144-02	

lfd. NR	Nr.	Produktbereich	Finanzstelle	Finanz-position	Bezeichnung Finanzposition	üpl. / apl. Betrag in EUR	Inanspruchnahme in EUR	Sachverhalt	Drucksache Nr.:	Erläuterung Inanspruchnahme
80	**15**	**Wirtschaft und Tourismus**	**PN 1504 Anteile an Unternehmen**	**740000**	**Sonstige Auszahlungen der laufenden Verwaltungs-tätigkeit**	**41.412,00**	**41.412,00**	Mit Beschluss vom 07.04.2014 beauftragte der Rat der Stadt eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie eine Rechtsanwalts-/Steuerberatungsgesellschaft zur Erstellung eines Gutachtens hinsichtlich der Fortführung der Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH. Für Aufwendungen im Rahmen der vertraglichen Verpflichtungen sind zu diesem Zweck im Jahr 2014 Rückstellungen gebildet worden. Diese Rückstellung sollte in nebenstehender Höhe in Anspruch genommen werden (keine Verschlechterung im Ergebnisplan). Da zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung der Haushalt 2015 bereits beschlossen war, konnte der Ansatz im Finanzplan 2015 nicht entsprechend angepasst werden. Der Auszahlungsbetrag in Höhe von 41.412 EUR war deshalb zur Begleichung weiterer Rechnungen außerplanmäßig bereitzustellen.		

6.7.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015

Die in § 83 GO NRW enthaltenen Verfahrensregelungen und Zuständigkeiten für überplanmäßige /außerplanmäßige Auszahlungen sind auf Erfordernisse und die Ausführungen des Haushaltsplans innerhalb des Haushaltsjahres ausgelegt (siehe 6.7.1). Soweit Auszahlungen – auch erhebliche – erst im Rahmen des Jahresabschlusses (d.h. nach dem offiziellen Buchungsschluss) dem abgelaufenen Haushaltsjahr wirtschaftlich zugeordnet werden können, bedarf es nicht des in § 83 GO NRW bestimmten Verfahrens.

Vielmehr können im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit

- der Stadtkämmerer bei der Aufstellung des Jahresabschlusses (siehe 6.7.2.1),
- der Oberbürgermeister bei der Bestätigung (siehe 6.7.2.1) und
- der Rat bei der Feststellung (siehe 6.7.2.2),

den erforderlich gewordenen Auszahlungen zustimmen. Zu den Abschlussbuchungen (nicht abschließend) zählen:

- die Rechnungsabgrenzungen
- die Wertberichtigungen
- die Bildung und Auflösung von Rückstellungen

Nachfolgend werden die Abschlussbuchungen, die zu üpl. / apl. Auszahlungen im Zuge des Jahresabschlusses geführt haben, dargestellt:

6.7.2.1 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015 unter 100.000 EUR

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Stadtkämmerer/der Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen die nachfolgenden überplanmäßigen / außerplanmäßigen Auszahlungen gem. § 83 (2) Satz 1 GO NRW. Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die Bewilligung zur Kenntnis.

Finanzstelle	*Bezeichnung*	*Finanzposition*	*Bezeichnung*	*Originalbudget*	*bewilligte außerplan-mäßige Auszahlungen*	*IST*	*üpl./apl. Betrag im Jahresabschluss*	*Sach-konto*	*Auftrag*	*Bezeichnung*	*Betrag*
140003010201900	Hauptschulen "1.000 Schulen"	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00		8.041,00	+ 8.041,00	524155	140003010200	Hauptschulen	8.041,00
140003010300000	Realschulen	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00		97.456,37	+ 97.456,37	524155	140003010300	Realschulen	97.456,37
140003010600000	Integrative Lerngruppen	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00		3.357,00	+ 3.357,00	524155	140003010600	Gesamtschulen	3.357,00
140003010700000	Hans-Sachs-Berufskolleg	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00		1.275,00	+ 1.275,00	524155	140003010700	Berufskollegs	1.275,00
250008010200000	Turnhallen	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	85.000,00	162.390,49	+ 77.390,49	524155	250008010200	Sporthallen	77.391,00

Erläuterung:
Aktivierung unterlassener Instandhaltung an Gebäuden zum Jahresabschluss 2015 (Baumängel, Bewertung von Gebäuden zur Eröffnungsbilanz)

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses musste ein ursprünglich konsumtiv geplanter Geschäftsvorfall investiv abgebildet und dementsprechend aktiviert werden. Eine formelle Beschlussfassung war aufgrund der zeitlichen Rahmenbedingungen nicht mehr möglich. Die Gesamtkreditvorgabe wurde eingehalten.

6.7.2.2 Überplanmäßige und außerplanmäßige Auszahlungen im Jahresabschluss 2015 über 100.000 EUR

Im Rahmen seiner Zuständigkeit bewilligt der Rat der Stadt Oberhausen die nachfolgenden überplanmäßigen / außerplanmäßigen Auszahlungen:

Finanzstelle	*Bezeichnung*	*Finanzposition*	*Bezeichnung*	*Original budget*	*bewilligte außerplan-mäßige Auszahlungen*	*IST*	*üpl./apl. Betrag im Jahresabschluss*	*Konto*	*Auftrag*	*Bezeichnung*	*Betrag*
140003010101900	Off.Ganztagss.Primarbereich	785110	Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen OGM	0,00	90.210,00	195.161,14	+ 104.951,14	524155	140003010100	Grundschulen	114.061,14

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses musste ein ursprünglich konsumtiv geplanter Geschäftsvorfall investiv abgebildet und dementsprechend aktiviert werden. Eine formelle Beschlussfassung war aufgrund der zeitlichen Rahmenbedingungen nicht mehr möglich. Die Gesamtkreditvorgabe wurde eingehalten.

6.8 Ermächtigungsübertragungen von Auszahlungen

Gem. § 22 Abs.1 Satz 1 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragbar. Ausgehend von der Anweisung der Bezirksregierung Düsseldorf, dass grundsätzlich keine Ermächtigungen für Auszahlungen in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden dürfen, wurden im Bedarfsfall Neuveranschlagungen vorgenommen.

6.9 Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen

Bezeichnung	*Bezeichnung*	*Investitionsmaß-nahmennummer*	*Bezeichnung*	*VE 2015*	*üpl. / apl. VE und Sperren in EUR*	*in Anspruch genom-mene VE in EUR*
Sicherheit und Ordnung	Auszahlung für den Erwerb von Sachanlagen > 410 EUR	610002150100000	Feuerschutz	210.000	0	0
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Auszahlung für Baumaßnahmen	310006010100700	KTE OB-Sterkrade	2.402.100	0	0
Ver- und Entsorgung	Auszahlung für Baumaßnahmen	560011030100000	Kanalbauprogramm	4.700.000	2.900.000	7.600.000
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010100000	Gemeindestraßen	0	8.000	7.800
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010100300	Kanalbegleitende Maßnahmen	12.500	0	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010108700	Erschließung Rostocker/Rügenstr.	180.000	0	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010190000	Straßenbauprogramm Gemeindestraßen	386.300	0	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010200300	Kanalbegleitende Maßnahmen	37.500	0	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010290000	Straßenbauprogramm Kreisstraßen	32.040	0	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010308000	Neubau L 215n	2.974.000	-2.908.000	0
Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV	Auszahlung für Baumaßnahmen	560012010308300	Emmericher Str.	2.522.500	0	0

6.10 Finanzierungstätigkeit

6.10.1 Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
16.980.960,00 €	21.030.473,38 €	4.049.513,38 €	23,9

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	6927.00	Einzahl. aus Krediten von Kreditunterneh	15.759.890,00	20.000.000,00	4.240.110,00	Aufgrund der von der Bezirksregierung Düsseldorf genehmigten Zusammenlegung der Kreditermächtigung 2014/2015 wurde der Ansatz für 2015 überschritten. Die Gesamtermächtigung 2014/2015 wurde jedoch nicht ausgeschöpft.
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	6927.05	Einzahl.a.Kredit.v.Kredituntern. Umschul	215.360,00	0,00	-215.360,00	Das Darlehen wurde beim Altgläubiger prolongiert und nicht umgeschuldet.

6.10.2 Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
„0“	1.310.400.000 €	1.310.400,00 €	

Nach § 39 GemHVO sind in der Finanzrechnung die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen getrennt voneinander nachzuweisen. Für die Aufstellung der Finanzrechnung finden die § 3 und § 38 Abs. 2 entsprechende Anwendung. Entgegen der Darstellung im Finanzplan, in welchem nur die Kredite für Investitionen nach § 86 GO NRW veranschlagt werden, sind in der Finanzrechnung auch die Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung (siehe Ausführungen zu 6.10.4) von Krediten zur Liquiditätssicherung gesondert auszuweisen.

Der Finanzrechnung kommt die Aufgabe zu, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Gemeinde, also der Einzahlungs- und Auszahlungsströme, zu vermitteln. Sie bietet eine zeitraumbezogene Abbildung sämtlicher Zahlungsströme (Ein- und Auszahlungen) mit einer Darstellung der Finanzierungsquellen (Mittelherkunfts- und -verwendungsrechnung). Insofern stellt der gesonderte Ausweis aller Zahlungen aus der Aufnahme und Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung den kompletten, innerhalb des Jahres getätigten Umsatz an Kassenkreditein- und -auszahlungen dar.

6.10.3 Tilgung und Gewährung von Darlehen

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
20.276.460,00 €	19.831.917,43 €	-444.542,57 €	-2,2

Finanzstelle	Bezeichnung	Finanzposition	Bezeichnung	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	7927.05	Tilg.v.Kredit.f.Inv.v. Kredituntern. Umsc	215.360,00	0,00	-215.360,00	Das Darlehen wurde beim Altgläubiger prolongiert und nicht umgeschuldet.

DR
Darlehenstilgung D16019000

Finanzstelle	Finanzstelle Text	Finanzposition	Finanzposition Text	Originalbudget	Ist	Abweichung	Erläuterung
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	7920.00	Tilgung von Krediten für Investitionen v	9.200,00	9.159,38	-40,62	Die Abweichung resultiert im Wesentlichen daraus, dass der in 2015 zur Verfügung stehende Kreditansatz nicht in vollem Umfang ausgeschöpft wurde.
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	7921.00	Tilgung von Krediten für Investitionen v	400.000,00	392.876,75	-7.123,25	
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	7924.00	Tilgung von Krediten für Inv. vom s. öff	1.900,00	1.835,74	-64,26	
1100160102	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	7927.00	Tilgung von Krediten für Inv. von Kredit	19.650.000,00	19.428.045,56	-221.954,44	
				20.061.100,00	19.831.917,43	-229.182,57	

6.10.4 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung

Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
„0“	1.294.200.000,00 €	1.294.200.000,00 €	

Entgegen der Darstellung im Finanzplan, in welchem nur die Kredite für Investitionen nach § 86 GO NRW veranschlagt werden, sind in der Finanzrechnung auch die Zahlungen aus der Aufnahme (siehe Ausführungen zu 6.10.2) und der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung gesondert auszuweisen.

6.10.5 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

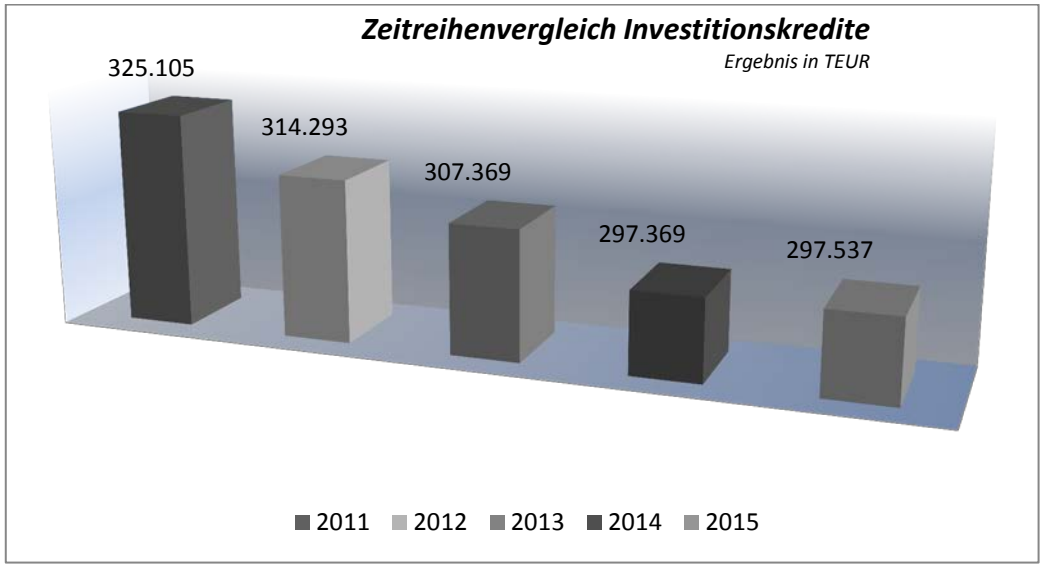
Haushaltsansatz	Jahresergebnis	Abweichung (absolut)	Abweichung (%)
- 3.295.500,00 €	17.398.555,95 €	20.694.055,95 €	-627,9

Unter der Finanzierungstätigkeit der Gemeinde sind die Aufnahmen und die Rückflüsse von Darlehen sowie die Tilgungen und Gewährungen von Darlehen zu erfassen. Der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit zeigt die rein finanzwirtschaftlichen Transaktionen auf. Dabei ist zu beachten, dass im Finanzplan nur die Kredite für Investitionen nach § 86 GO NRW veranschlagt werden, in der Finanzrechnung dagegen zusätzlich aber auch die Kredite zur Liquiditätssicherung nachzuweisen sind. Aus diesem Umstand resultiert die hohe prozentuale Abweichung zwischen Plan und Ergebnis.

6.11 Entwicklung der Liquiditätssituation

6.11.1 Investitionskredite

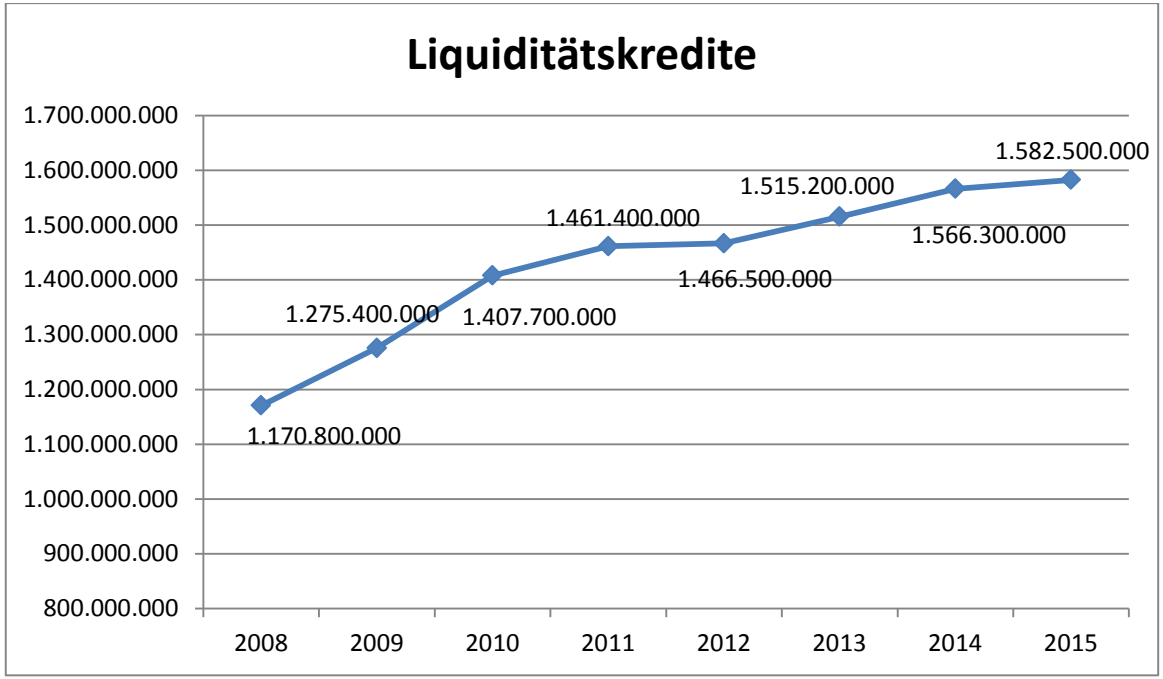
Die Investitionskredite umfassen ein Gesamtvolumen von 297.537 TEUR und sind im Vergleich zum 31.12.2014 (297.369 TEUR) um 168 TEUR gestiegen (297.537 TEUR).



6.11.2 Liquiditätskredite

Die Liquiditätskredite der Stadt Oberhausen umfassen zum 31.12.2015 ein Gesamtvolumen in Höhe von 1.582.500.000 EUR. Die Entwicklung seit dem 31.12.2008 (erster vollständiger NKF - Jahresabschluss) gestaltet sich wie folgt:

31.12.2008:	1.170.800.000 EUR	
31.12.2009:	1.275.400.000 EUR	(+ 104.600.000 EUR)
31.12.2010:	1.407.700.000 EUR	(+ 132.300.000 EUR)
31.12.2011:	1.461.400.000 EUR	(+ 53.700.000 EUR)
31.12.2012:	1.466.500.000 EUR	(+ 5.100.000 EUR)
31.12.2013:	1.515.200.000 EUR	(+ 48.700.000 EUR)
31.12.2014:	1.566.300.000 EUR	(+ 51.100.000 EUR)
31.12.2015:	1.582.500.000 EUR	(+ 16.200.000 EUR)



6.12 Übersicht Deckungsringe

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Ist 2015*	*Abweichung (Originalbudget)*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D00000001	**DR Personal**	129.354.860,00	130.878.318,83	-1.523.458,83	131.665.860,00	787.541,17
D00000003	**DR Aus- und Fortbildung Bereich 4-1**	278.630,00	216.977,67	61.652,33	278.630,00	61.652,33
D00000004	**DR Dienstreisen Bereich 4-1**	354.380,00	310.484,03	43.895,97	354.380,00	43.895,97
D00000005	**DR Haftpflichtvers. Bereich 4-6**	1.180.900,00	812.060,06	368.839,94	980.900,00	168.839,94
D00000006	**DR Gebäudevers. Bereich 4-6**	1.545.590,00	1.390.695,22	154.894,78	1.445.590,00	54.894,78
D00000007	**DR Gerichtskosten Bereich 4-6**	303.600,00	176.547,98	127.052,02	180.600,00	4.052,02
D00000008	**DR IT- und TK- Dienste, Nutzungsent.**	7.127.110,00	7.267.407,87	-140.297,87	7.437.840,00	170.432,13
D00000009	**DR FL Energiemanagement**	8.548.970,00	8.946.059,73	-397.089,73	8.333.310,00	-612.749,73
D00000010	**DR Unfallkasse NRW Bereich 4-1**	1.843.900,00	1.809.524,17	34.375,83	1.843.900,00	34.375,83
D00000011	**DR Grundbesitzabgaben**	50.000,00	109.661,24	-59.661,24	112.260,00	2.598,76
D00000012	**DR Mieten**	6.028.570,00	6.049.669,99	-21.099,99	6.168.560,00	118.890,01
D01010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	2.037.690,00	2.266.428,82	-228.738,82	2.334.240,00	67.811,18
D01020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	32.070,00	54.105,11	-22.035,11	65.570,00	11.464,89
D01030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	50.200,00	70.607,79	-20.407,79	82.463,00	11.855,21
D01040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	15.000,00	2.097,54	12.902,46	15.000,00	12.902,46
D01070001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	31.160,00	28.813,64	2.346,36	31.160,00	2.346,36
D01080001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	500.900,00	493.386,55	7.513,45	500.900,00	7.513,45
D01090001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	319.500,00	330.081,80	-10.581,80	330.600,00	518,20
D01100001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	564.000,00	343.820,72	220.179,28	564.000,00	220.179,28
D01110001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	8.070,00	19.552,90	-11.482,90	8.070,00	-11.482,90
D01110002	**DR Schadensfälle**	1.000.000,00	1.267.852,49	-267.852,49	1.400.000,00	132.147,51
D01130001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	30.000,00	251.137,05	-221.137,05	530.000,00	278.862,95
D01150001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	70.700,00	61.528,99	9.171,01	71.524,00	9.995,01
D02010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	236.100,00	342.245,42	-106.145,42	374.870,00	32.624,58
D02030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.400,00	1.347,27	52,73	1.400,00	52,73
D02060001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	190.250,00	257.974,84	-67.724,84	245.630,00	-12.344,84
D02070001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	23.060,00	15.799,88	7.260,12	23.060,00	7.260,12
D02080001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	86.500,00	64.186,25	22.313,75	86.500,00	22.313,75

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Ist 2015*	*Abweichung (Originalbudget)*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D02090001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	23.000,00	34.590,99	-11.590,99	23.000,00	-11.590,99
D02100001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	988.730,00	971.764,49	16.965,51	988.730,00	16.965,51
D02110001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	102.440,00	100.583,61	1.856,39	102.440,00	1.856,39
D02120001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	362.500,00	218.598,67	143.901,33	362.500,00	143.901,33
D02130001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	172.500,00	159.038,71	13.461,29	262.900,00	103.861,29
D02150001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	234.120,00	203.212,08	30.907,92	311.070,00	107.857,92
D02160001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.999.500,00	2.184.810,87	-185.310,87	2.275.700,00	90.889,13
D02180001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	1.000,00	0,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00
D03010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	9.529.850,00	9.387.928,79	141.921,21	10.138.107,81	750.179,02
D04030001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	282.610,00	331.009,98	-48.399,98	358.083,00	27.073,02
D04040001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	554.600,00	625.754,42	-71.154,42	683.300,00	57.545,58
D04060001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	428.210,00	341.737,04	86.472,96	428.210,00	86.472,96
D04070001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	492.350,00	479.226,01	13.123,99	512.350,00	33.123,99
D05000311	**DR Soziales**	51.358.280,00	56.048.456,97	-4.690.176,97	57.653.595,00	1.605.138,03
D05000312	**DR Gemeinsame Einrichtung Jobcenter**	71.967.980,00	72.124.987,64	-157.007,64	72.126.980,00	1.992,36
D05000313	**DR Bildungs- und Teilhabepaket**	2.613.090,00	2.409.211,88	203.878,12	2.613.090,00	203.878,12
D05050001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	40.590,00	47.118,99	-6.528,99	58.590,00	11.471,01
D05050002	**DR Kommunales Integrationskonzept OB**	209.210,00	169.294,44	39.915,56	201.938,00	32.643,56
D06000321	**DR Jugend**	47.859.070,00	55.606.609,98	-7.747.539,98	59.380.358,00	3.773.748,02
D06010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	734.470,00	410.327,85	324.142,15	734.470,00	324.142,15
D07010001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	126.670,00	229.067,44	-102.397,44	230.770,00	1.702,56
D07020001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	49.440,00	16.287,66	33.152,34	49.440,00	33.152,34
D08010001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	66.010,00	19.181,09	46.828,91	57.310,00	38.128,91
D09010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	250.900,00	62.263,70	188.636,30	250.900,00	188.636,30
D09020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	756.380,00	62.493,96	693.886,04	767.080,00	704.586,04
D09030001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	237.000,00	68.874,08	168.125,92	237.000,00	168.125,92
D10010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	41.500,00	1.098,71	40.401,29	41.500,00	40.401,29
D10040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	500,00	0,00	500,00	500,00	500,00
D11020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	16.040.920,00	13.630.600,62	2.410.319,38	16.040.920,00	2.410.319,38
D12010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	3.512.880,00	1.642.638,15	1.870.241,85	3.512.880,00	1.870.241,85
D13010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	140.000,00	35.954,46	104.045,54	140.000,00	104.045,54

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Ist 2015*	***Abweichung*** *(Originalbudget)*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D13020001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	29.500,00	4.866,19	24.633,81	29.500,00	24.633,81
D13040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	224.000,00	21.968,29	202.031,71	224.000,00	202.031,71
D14010001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	76.330,00	51.160,40	25.169,60	80.580,00	29.419,60
D14050001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	73.230,00	62.877,63	10.352,37	73.230,00	10.352,37
D15040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	10.000,00	83.118,34	-73.118,34	75.922,00	-7.196,34
D16010200	**DR Zinsaufwendungen**	44.433.620,00	33.716.984,87	10.716.635,13	44.433.620,00	10.716.635,13
D30000000	**DR Einheitspreise PG Intern. Bez.**	90,00	0,00	90,00	90,00	90,00
D30000001	**DR Einheitspreise Bereich 0-1**	13.890,00	25.213,61	-11.323,61	37.240,00	12.026,39
D30000002	**DR Einheitspreise Bereich 0-2**	6.870,00	4.626,96	2.243,04	9.870,00	5.243,04
D30000004	**DR Einheitspreise Bereich 0-4**	21.470,00	14.195,59	7.274,41	21.470,00	7.274,41
D30000005	**DR Einheitspreise Bereich 0-5**	39.970,00	29.356,12	10.613,88	39.970,00	10.613,88
D30000006	**DR Einheitspreise Bereich 0-6**	20.270,00	10.829,22	9.440,78	20.270,00	9.440,78
D30000008	**DR Einheitspreise Bereich 0-8**	18.230,00	19.030,45	-800,45	24.230,00	5.199,55
D30000009	**DR Einheitspreise Bereich 0-9**	20.770,00	19.159,44	1.610,56	29.200,00	10.040,56
D30000011	**DR Einheitspreise Bereich 1-1**	1.097.680,00	834.415,40	263.264,60	1.088.215,00	253.799,60
D30000013	**DR Einheitspreise Bereich 1-3**	3.190,00	5.762,97	-2.572,97	8.190,00	2.427,03
D30000014	**DR Einheitspreise Bereich 1-4**	180.510,00	182.009,60	-1.499,60	223.510,00	41.500,40
D30000022	**DR Einheitspreise Bereich 2-2**	17.470,00	10.807,16	6.662,84	17.470,00	6.662,84
D30000024	**DR Einheitspreise Bereich 2-4**	101.400,00	90.930,44	10.469,56	110.220,00	19.289,56
D30000025	**DR Einheitspreise Bereich 2-5**	10.340,00	7.491,33	2.848,67	10.340,00	2.848,67
D30000026	**DR Einheitspreise Bereich 2-6**	1.330,00	3.222,11	-1.892,11	5.330,00	2.107,89
D30000031	**DR Einheitspreise Bereich 3-1**	27.990,00	63.815,99	-35.825,99	77.990,00	14.174,01
D30000032	**DR Einheitspreise Bereich 3-2**	243.270,00	268.922,33	-25.652,33	349.330,00	80.407,67
D30000034	**DR Einheitspreise Bereich 3-4**	22.530,00	25.566,72	-3.036,72	30.330,00	4.763,28
D30000041	**DR Einheitspreise Bereich 4-1**	2.675.420,00	2.469.043,65	206.376,35	2.719.420,00	250.376,35
D30000045	**DR Einheitspreise Bereich 4-5**	23.640,00	46.123,09	-22.483,09	48.640,00	2.516,91
D30000046	**DR Einheitspreise Bereich 4-6**	111.770,00	130.090,47	-18.320,47	161.770,00	31.679,53
D30000051	**DR Einheitspreise Bereich 5-1**	38.080,00	9.623,28	28.456,72	36.080,00	26.456,72
D30000052	**DR Einheitspreise Bereich 5-2**	6.830,00	10.151,39	-3.321,39	12.090,00	1.938,61
D30000053	**DR Einheitspreise Bereich 5-3**	10.760,00	10.093,28	666,72	14.760,00	4.666,72
D30000054	**DR Einheitspreise Bereich 5-4**	3.370,00	855,09	2.514,91	3.370,00	2.514,91

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	*Originalbudget*	*Ist 2015*	*Abweichung (Originalbudget)*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D30000056	**DR Einheitspreise Bereich 5-6**	13.960,00	20.253,50	-6.293,50	30.960,00	10.706,50
D30000061	**DR Einheitspreise Bereich 6-1**	9.020,00	10.408,92	-1.388,92	11.990,00	1.581,08
D30000092	**DR Einheitspreise Bereich 9-2**	590,00	869,63	-279,63	1.590,00	720,37
D30000095	**DR Einheitspreise Bereich 9-5**	770,00	91,04	678,96	770,00	678,96
D30000097	**DR Einheitspreise Bereich 9-7**	8.090,00	7.956,86	133,14	9.935,00	1.978,14
D30000099	**DR Einheitspreise Bereiche 5-1 u. 5-4**	2.160,00	3.941,38	-1.781,38	4.160,00	218,62
D40000000	**DR Fremdleistungen PG Intern. Bez.**	22.800,00	115.940,83	-93.140,83	111.907,00	-4.033,83
D40000001	**DR Fremdleistungen Bereich 0-1**	63.800,00	103.188,30	-39.388,30	123.800,00	20.611,70
D40000002	**DR Fremdleistungen Bereich 0-2**	5.650,00	10.934,80	-5.284,80	10.810,00	-124,80
D40000004	**DR Fremdleistungen Bereich 0-4**	25.700,00	33.059,83	-7.359,83	42.200,00	9.140,17
D40000005	**DR Fremdleistungen Bereich 0-5**	55.990,00	131.525,68	-75.535,68	85.990,00	-45.535,68
D40000006	**DR Fremdleistungen Bereich 0-6**	31.480,00	41.240,11	-9.760,11	50.980,00	9.739,89
D40000008	**DR Fremdleistungen Bereich 0-8**	384.810,00	487.970,83	-103.160,83	479.090,00	-8.880,83
D40000009	**DR Fremdleistungen Bereich 0-9**	51.380,00	54.917,48	-3.537,48	54.450,00	-467,48
D40000011	**DR Fremdleistungen Bereich 1-1**	171.310,00	321.945,33	-150.635,33	201.310,00	-120.635,33
D40000013	**DR Fremdleistungen Bereich 1-3**	9.630,00	15.057,18	-5.427,18	14.130,00	-927,18
D40000014	**DR Fremdleistungen Bereich 1-4**	3.836.950,00	4.138.334,44	-301.384,44	4.126.690,00	-11.644,44
D40000022	**DR Fremdleistungen Bereich 2-2**	121.440,00	36.773,12	84.666,88	121.440,00	84.666,88
D40000024	**DR Fremdleistungen Bereich 2-4**	332.750,00	442.587,73	-109.837,73	454.115,00	11.527,27
D40000025	**DR Fremdleistungen Bereich 2-5**	48.370,00	64.123,56	-15.753,56	66.370,00	2.246,44
D40000026	**DR Fremdleistungen Bereich 2-6**	5.220,00	8.903,27	-3.683,27	9.492,00	588,73
D40000031	**DR Fremdleistungen Bereich 3-1**	530.750,00	517.278,66	13.471,34	518.500,00	1.221,34
D40000032	**DR Fremdleistungen Bereich 3-2**	313.630,00	725.425,80	-411.795,80	763.630,00	38.204,20
D40000034	**DR Fremdleistungen Bereich 3-4**	42.030,00	59.066,96	-17.036,96	65.930,00	6.863,04
D40000041	**DR Fremdleistungen Bereich 4-1**	85.600,00	121.383,36	-35.783,36	117.600,00	-3.783,36
D40000045	**DR Fremdleistungen Bereich 4-5**	92.930,00	254.583,31	-161.653,31	257.930,00	3.346,69
D40000046	**DR Fremdleistungen Bereich 4-6**	241.360,00	239.386,20	1.973,80	241.360,00	1.973,80
D40000051	**DR Fremdleistungen Bereich 5-1**	25.150,00	30.097,12	-4.947,12	29.250,00	-847,12
D40000052	**DR Fremdleistungen Bereich 5-2**	44.740,00	60.395,17	-15.655,17	62.440,00	2.044,83
D40000053	**DR Fremdleistungen Bereich 5-3**	28.950,00	41.102,11	-12.152,11	38.950,00	-2.152,11
D40000054	**DR Fremdleistungen Bereich 5-4**	8.150,00	3.549,03	4.600,97	5.150,00	1.600,97

Deckungsring	*Bezeichnung Deckungsring*	***Originalbudget***	***Ist 2015***	***Abweichung*** *(Originalbudget)*	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*
D40000056	**DR Fremdleistungen Bereich 5-6**	100.020,00	153.271,74	-53.251,74	162.820,00	9.548,26
D40000061	**DR Fremdleistungen Bereich 6-1**	1.283.980,00	1.267.353,01	16.626,99	1.314.980,00	47.626,99
D40000092	**DR Fremdleistungen Bereich 9-2**	7.240,00	17.130,46	-9.890,46	17.950,00	819,54
D40000095	**DR Fremdleistungen Bereich 9-5**	4.750,00	4.726,94	23,06	4.750,00	23,06
D40000097	**DR Fremdleistungen Bereich 9-7**	25.310,00	35.940,98	-10.630,98	44.420,00	8.479,02
D40000099	**DR Fremdleistungen Bereiche 5-1 u. 5-4**	12.580,00	16.205,26	-3.625,26	17.750,00	1.544,74
		430.602.270,00	429.290.328,47	1.311.941,53	455.703.364,81	26.413.036,34
D02169000	**DR Rettungsdienst**	1.342.500,00	51.401,32	1.291.098,68	1.350.500,00	1.299.098,68
D12019900	**DR Straßenbauprogramm**	2.919.160,00	0,00	2.919.160,00	0,00	0,00
D13069900	**DR Friedhofsprogramm**	132.500,00	121.801,07	10.698,93	132.500,00	10.698,93
D16019000	**DR Darlehenstilgung**	20.061.100,00	19.831.917,43	229.182,57	19.974.977,52	143.060,09
D06019600	**DR KTE Oberhausen-Ost**	2.402.100,00	256.700,00	2.145.400,00	1.420.360,00	1.163.660,00
D12019901	**DR Lichtsignalanlagen**	720.000,00	653.217,14	66.782,86	720.000,00	66.782,86
		458.179.630,00	450.205.365,43	7.974.264,57	479.301.702,33	29.096.336,90

Das dargestellt verfügbare Budget beinhaltet etwaige überplanmäßige / außerplanmäßige Mittelbereitstellungen. In einzelnen Fällen ist es gleichwohl zu Budgetüberschreitungen gekommen. Diese werden in der nachfolgenden Tabelle erläutert.

Deckungsring	***Bezeichnung Deckungsring***	***Ist 2015***	*verfügbares Budget üpl. / apl.*	*Abweichung absolut*	***Auszahlungen 2015 für Aufwendungen 2014***	***Auszahlungen 2015 für Aufwendungen 2015***	***Kostenstelle 2015***
D00000009	**DR FL Energiemanagement**	8.946.059,73	8.333.310,00	-612.749,73	2.342.163,11	6.603.896,62	
D01110001	**DR Produktgr.spez.-Sach u. Dienstl.-**	19.552,90	8.070,00	-11.482,90	15.523,65	4.029,25	
D02060001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	257.974,84	245.630,00	-12.344,84	230.242,60	27.732,24	
D02090001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	34.590,99	23.000,00	-11.590,99	13.549,04	21.041,95	
D15040001	**DR Produktgr.spez. -Sach u. Dienstl.-**	83.118,34	75.922,00	-7.196,34	12.852,00	70.266,34	
D40000000	**DR Fremdleistungen PG Intern. Bez.**	115.940,83	111.907,00	-4.033,83	23.129,60	92.811,23	
D40000002	**DR Fremdleistungen Bereich 0-2**	10.934,80	10.810,00	-124,80	2.415,76	8.519,04	
D40000005	**DR Fremdleistungen Bereich 0-5**	131.525,68	85.990,00	-45.535,68	61.070,55	70.455,13	
D40000008	**DR Fremdleistungen Bereich 0-8**	487.970,83	479.090,00	-8.880,83	116.639,91	371.330,92	
D40000009	**DR Fremdleistungen Bereich 0-9**	54.917,48	54.450,00	-467,48	13.341,34	41.576,14	
D40000011	**DR Fremdleistungen Bereich 1-1**	321.945,33	201.310,00	-120.635,33	158.199,17	163.746,16	
D40000013	**DR Fremdleistungen Bereich 1-3**	15.057,18	14.130,00	-927,18	4.705,28	10.351,90	
D40000014	**DR Fremdleistungen Bereich 1-4**	4.138.334,44	4.126.690,00	-11.644,44	992.337,61	3.145.996,83	
D40000041	**DR Fremdleistungen Bereich 4-1**	121.383,36	117.600,00	-3.783,36	34.598,15	86.785,21	
D40000051	**DR Fremdleistungen Bereich 5-1**	30.097,12	29.250,00	-847,12	5.178,86	28.314,54	-3.396,28
D40000053	**DR Fremdleistungen Bereich 5-3**	41.102,11	38.950,00	-2.152,11	11.201,34	29.900,77	

Die Prüfung von Auszahlungen in 2015 für Aufwendungen des Jahres 2014 erfolgt auf das Zahlungsbudget 2014 (Verfügbarkeitskontrolle). Jahresübergreifend ist es zu keinen Budgetüberschreitungen gekommen.

7. Teilrechnungen 2015 (nach Produktbereichen)

- **Teilergebnisrechnungen**
- **Teilfinanzrechnungen**

Jahresergebnis 2015 | **Innere Verwaltung** | **Verantwortliche/r:** Hr.Wehling,Hr.Tsalastras,Hr. Motschull,Hr.Schmidt

Produktbereich 01

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	700,00-	0	0	700,00-	700-	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.268.156,53	1.460.940	1.460.940	1.603.230,50	142.291	9,7
03	+	Sonstige Transfererträge	845,00	60	60	150,00	90	150,0
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.315,04	88.550	88.550	34.916,91	53.633-	60,6-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.130.640,97	3.045.910	3.045.910	3.033.387,35	12.523-	0,4-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.324.975,89	3.036.950	3.036.950	3.508.032,90	471.083	15,5
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	6.700.030,13	9.472.550	9.472.550	10.145.749,51	673.200	7,1
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	15.475.263,56	17.104.960	17.104.960	18.324.767,17	1.219.807	7,1
11	-	Personalaufwendungen	34.900.206,61	25.233.520	25.233.520	34.810.585,00	9.577.065	38,0
12	-	Versorgungsaufwendungen	2.624.136,87	6.470.490	6.470.490	2.014.075,87-	8.484.566-	131,1-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	53.611.638,56	52.154.330	52.154.330	56.333.235,55	4.178.906	8,0
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	4.880.317,16	3.189.250	3.189.250	3.232.075,91	42.826	1,3
15	-	Transferaufwendungen	222.265,43	231.840	231.840	239.449,08	7.609	3,3
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.669.042,20	7.976.750	7.976.750	8.988.980,52	1.012.231	12,7
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	104.907.606,83	95.256.180	95.256.180	101.590.250,19	6.334.070	6,7
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	89.432.343,27-	78.151.220-	78.151.220-	83.265.483,02-	5.114.263-	6,5
19	+	Finanzerträge	12.170,15	100	100	2.238,02	2.138	2.138,0
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	12.170,15	100	100	2.238,02	2.138	2.138,0
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	89.420.173,12-	78.151.120-	78.151.120-	83.263.245,00-	5.112.125-	6,5
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	89.420.173,12-	78.151.120-	78.151.120-	83.263.245,00-	5.112.125-	6,5
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.619.370,00	1.490.480	1.490.480	1.732.940,00	242.460	16,3
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	589.847,38	586.690	586.690	576.392,12	10.298-	1,8-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	88.390.650,50-	77.247.330-	77.247.330-	82.106.697,12-	4.859.367-	6,3

Jahresergebnis 2015 | **Sicherheit und Ordnung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull, Frau Münich

Produktbereich 02

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	619.661,00	460.570	460.570	629.908,98	169.339	36,8
03	+	Sonstige Transfererträge	1.365,15	6.620	6.620	1.020,00	5.600-	84,6-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.131.358,51	11.956.330	11.956.330	12.006.532,02	50.202	0,4
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	498.912,46	493.500	493.500	488.286,08	5.214-	1,1-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	308.648,59	56.500	56.500	126.111,52	69.612	123,2
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	849.442,66	748.590	748.590	876.943,26	128.353	17,2
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	14.409.388,37	13.722.110	13.722.110	14.128.801,86	406.692	3,0
11	-	Personalaufwendungen	22.248.803,25	22.387.670	22.387.670	22.842.006,93	454.337	2,0
12	-	Versorgungsaufwendungen	5.197.910,05	5.202.860	5.202.860	5.373.345,87	170.486	3,3
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.008.525,24	6.134.460	6.134.460	6.464.857,38	330.397	5,4
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.476.806,18	1.134.740	1.134.740	1.374.958,38	240.218	21,2
15	-	Transferaufwendungen	538.360,73	541.480	541.480	535.676,04	5.804-	1,1-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.530.208,77	3.204.610	3.204.610	3.644.708,94	440.099	13,7
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	39.000.614,22	38.605.820	38.605.820	40.235.553,54	1.629.734	4,2
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	24.591.225,85-	24.883.710-	24.883.710-	26.106.751,68-	1.223.042-	4,9
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	820,62	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	820,62-	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	24.592.046,47-	24.883.710-	24.883.710-	26.106.751,68-	1.223.042-	4,9
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	24.592.046,47-	24.883.710-	24.883.710-	26.106.751,68-	1.223.042-	4,9
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	494.492,09	436.730	436.730	477.347,32	40.617	9,3
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	25.086.538,56-	25.320.440-	25.320.440-	26.584.099,00-	1.263.659-	5,0

Jahresergebnis 2015 | **Schulträgeraufgaben** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich

Produktbereich 03

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.265.108,38	16.013.840	16.013.840	16.619.075,28	605.235	3,8
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.115.677,90	1.953.810	1.953.810	1.168.597,90	785.212-	40,2-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	181.658,06	283.500	283.500	180.367,52	103.132-	36,4-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	751,31-	24.530	24.530	53,85	24.476-	99,8-
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	354.506,14	520	520	2.118,38	1.598	307,4
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	17.916.199,17	18.276.200	18.276.200	17.970.212,93	305.987-	1,7-
11	-	Personalaufwendungen	11.036.235,15	11.035.360	11.035.360	11.390.075,32	354.715	3,2
12	-	Versorgungsaufwendungen	858.675,69	795.340	795.340	851.165,59	55.826	7,0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.547.498,51	12.173.560	12.173.560	11.978.732,05	194.828-	1,6-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	8.041.505,61	7.984.580	7.984.580	7.931.277,21	53.303-	0,7-
15	-	Transferaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.405.526,93	5.877.750	5.877.750	6.292.462,39	414.712	7,1
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	37.889.441,89	37.866.590	37.866.590	38.443.712,56	577.123	1,5
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	19.973.242,72-	19.590.390-	19.590.390-	20.473.499,63-	883.110-	4,5
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	19.973.242,72-	19.590.390-	19.590.390-	20.473.499,63-	883.110-	4,5
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	19.973.242,72-	19.590.390-	19.590.390-	20.473.499,63-	883.110-	4,5
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.302.710,24	1.503.000	1.503.000	1.271.530,25	231.470-	15,4-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	21.275.952,96-	21.093.390-	21.093.390-	21.745.029,88-	651.640-	3,1

Jahresergebnis 2015 | **Kultur und Wissenschaft** | **Verantwortliche/r:** Herr Tsalastras

Produktbereich 04

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.372.470,63	1.325.110	1.325.110	1.330.933,90	5.824	0,4
03	+	Sonstige Transfererträge	996,33	0	0	2.404,20	2.404	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.508.307,57	1.598.440	1.598.440	1.387.617,07	210.823-	13,2-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	273.278,69	252.300	252.300	329.739,75	77.440	30,7
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.686,61	0	0	1.115,83	1.116	-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	3.157.739,83	3.175.850	3.175.850	3.051.810,75	124.039-	3,9-
11	-	Personalaufwendungen	7.797.366,53	8.174.130	8.174.130	8.187.146,34	13.016	0,2
12	-	Versorgungsaufwendungen	1.339.607,95	1.240.580	1.240.580	1.415.724,01	175.144	14,1
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.570.276,33	1.978.360	1.978.360	1.699.687,29	278.673-	14,1-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	346.606,50	233.580	233.580	302.087,00	68.507	29,3
15	-	Transferaufwendungen	303.106,00	307.420	307.420	324.747,60	17.328	5,6
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.451.786,52	1.454.630	1.454.630	1.389.608,35	65.022-	4,5-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	12.808.749,83	13.388.700	13.388.700	13.319.000,59	69.699-	0,5-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	9.651.010,00-	10.212.850-	10.212.850-	10.267.189,84-	54.340-	0,5
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	9.651.010,00-	10.212.850-	10.212.850-	10.267.189,84-	54.340-	0,5
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	9.651.010,00-	10.212.850-	10.212.850-	10.267.189,84-	54.340-	0,5
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	59.601,72	58.800	58.800	60.460,22	1.660	2,8
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	9.710.611,72-	10.271.650-	10.271.650-	10.327.650,06-	56.000-	0,6

Jahresergebnis 2015 | **Soziale Leistungen** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich, Herr Motschull

Produktbereich 05

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	641.624,55	5.062.170	5.062.170	1.582.366,89	3.479.803-	68,7-
03	+	Sonstige Transfererträge	1.442.214,71	1.076.370	1.076.370	1.529.044,29	452.674	42,1
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.422,90	2.500	2.500	2.419,65	80-	3,2-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.672,90	0	0	11.217,64	11.218	-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	43.288.385,86	44.246.700	44.246.700	57.038.464,10	12.791.764	28,9
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	249.749,69	160	160	784.099,64	783.940	489.962,3
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	45.638.070,61	50.387.900	50.387.900	60.947.612,21	10.559.712	21,0
11	-	Personalaufwendungen	9.217.946,97	9.953.240	9.953.240	9.920.098,18	33.142-	0,3-
12	-	Versorgungsaufwendungen	1.971.876,36	2.026.660	2.026.660	2.111.031,72	84.372	4,2
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.539.161,49	2.009.670	2.009.670	4.479.908,97	2.470.239	122,9
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	170.581,00	225.150	225.150	258.504,17	33.354	14,8
15	-	Transferaufwendungen	48.712.324,88	52.349.650	52.349.650	58.731.974,89	6.382.325	12,2
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.369.903,74	75.023.610	75.023.610	75.857.337,07	833.727	1,1
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	132.981.794,44	141.587.980	141.587.980	151.358.855,00	9.770.875	6,9
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	87.343.723,83-	91.200.080-	91.200.080-	90.411.242,79-	788.837	0,9-
19	+	Finanzerträge	129,89	100	100	108,17	8	8,2
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	129,89	100	100	108,17	8	8,2
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	87.343.593,94-	91.199.980-	91.199.980-	90.411.134,62-	788.845	0,9-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	87.343.593,94-	91.199.980-	91.199.980-	90.411.134,62-	788.845	0,9-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	110.660,64	126.220	126.220	156.153,97	29.934	23,7
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	87.454.254,58-	91.326.200-	91.326.200-	90.567.288,59-	758.911	0,8-

Jahresergebnis 2015 | **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich

Produktbereich 06

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	20.549.068,13	23.999.930	23.999.930	22.069.138,51	1.930.791-	8,0-
03	+	Sonstige Transfererträge	1.760.434,49	1.816.680	1.816.680	1.888.876,87	72.197	4,0
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.480.482,79	4.198.430	4.198.430	4.839.946,15	641.516	15,3
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	108.052,31	99.250	99.250	99.479,35	229	0,2
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.812.098,39	2.899.000	2.899.000	3.939.429,79	1.040.430	35,9
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	908.374,40	282.250	282.250	797.884,93	515.635	182,7
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	32.618.510,51	33.295.540	33.295.540	33.634.755,60	339.216	1,0
11	-	Personalaufwendungen	22.851.978,78	20.851.430	20.851.430	22.988.460,64	2.137.031	10,3
12	-	Versorgungsaufwendungen	4.540.809,37	3.874.510	3.874.510	4.622.794,90	748.285	19,3
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.754.177,06	5.771.520	5.771.520	7.167.530,61	1.396.011	24,2
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.054.727,20	1.054.710	1.054.710	1.036.172,42	18.538-	1,8-
15	-	Transferaufwendungen	75.083.516,92	78.090.760	78.090.760	85.318.993,84	7.228.234	9,3
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.221.653,45	1.515.520	1.515.520	2.182.983,25	667.463	44,0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	111.506.862,78	111.158.450	111.158.450	123.316.935,66	12.158.486	10,9
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	78.888.352,27-	77.862.910-	77.862.910-	89.682.180,06-	11.819.270-	15,2
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	78.888.352,27-	77.862.910-	77.862.910-	89.682.180,06-	11.819.270-	15,2
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	78.888.352,27-	77.862.910-	77.862.910-	89.682.180,06-	11.819.270-	15,2
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	199.491,29	207.980	207.980	201.126,34	6.854-	3,3-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	79.087.843,56-	78.070.890-	78.070.890-	89.883.306,40-	11.812.416-	15,1

Jahresergebnis 2015 | **Gesundheitsdienste** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen

Produktbereich 07

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	106.243,00	120.510	120.510	125.243,00	4.733	3,9
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	107.514,60	136.500	136.500	125.591,20	10.909-	8,0-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.146.220,68	1.078.050	1.078.050	1.258.660,60	180.611	16,8
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	0	8.950,00	8.950	-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	1.359.978,28	1.335.060	1.335.060	1.518.444,80	183.385	13,7
11	-	Personalaufwendungen	3.234.182,80	3.763.520	3.763.520	3.474.858,55	288.661-	7,7-
12	-	Versorgungsaufwendungen	677.303,65	743.490	743.490	723.728,68	19.761-	2,7-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.786.632,14	2.007.660	2.007.660	1.847.059,96	160.600-	8,0-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	88.748,00	88.730	88.730	88.748,00	18	0,0
15	-	Transferaufwendungen	2.390.264,00	2.472.770	2.472.770	2.524.330,00	51.560	2,1
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	113.302,85	76.360	76.360	106.641,02	30.281	39,7
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	8.290.433,44	9.152.530	9.152.530	8.765.366,21	387.164-	4,2-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	6.930.455,16-	7.817.470-	7.817.470-	7.246.921,41-	570.549	7,3-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	6.930.455,16-	7.817.470-	7.817.470-	7.246.921,41-	570.549	7,3-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	6.930.455,16-	7.817.470-	7.817.470-	7.246.921,41-	570.549	7,3-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.086,96	22.000	22.000	20.849,95	1.150-	5,2-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	6.950.542,12-	7.839.470-	7.839.470-	7.267.771,36-	571.699	7,3-

Jahresergebnis 2015 | **Sportförderung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull

Produktbereich 08

Ertrags- und Aufwandsarten			Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.252.278,00	1.083.760	1.083.760	1.266.949,92	183.190	16,9
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	233.179,34	227.500	227.500	228.842,98	1.343	0,6
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.815,78	0	0	0,99-	1-	-
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	1.493.273,12	1.311.260	1.311.260	1.495.791,91	184.532	14,1
11	-	Personalaufwendungen	558.010,10	672.790	672.790	633.662,32	39.128-	5,8-
12	-	Versorgungsaufwendungen	120.911,28	149.970	149.970	139.244,01	10.726-	7,2-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.283.979,32	4.558.620	4.558.620	4.290.450,18	268.170-	5,9-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	1.954.285,20	2.252.210	2.252.210	1.967.162,07	285.048-	12,7-
15	-	Transferaufwendungen	720.939,58	749.330	749.330	750.419,87	1.090	0,2
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	355.341,80	396.020	396.020	358.449,08	37.571-	9,5-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	7.993.467,28	8.778.940	8.778.940	8.139.387,53	639.552-	7,3-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	6.500.194,16-	7.467.680-	7.467.680-	6.643.595,62-	824.084	11,0-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	6.500.194,16-	7.467.680-	7.467.680-	6.643.595,62-	824.084	11,0-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	6.500.194,16-	7.467.680-	7.467.680-	6.643.595,62-	824.084	11,0-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	332.469,34	415.010	415.010	410.410,10	4.600-	1,1-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	6.832.663,50-	7.882.690-	7.882.690-	7.054.005,72-	828.684	10,5-

Jahresergebnis 2015 | **Räuml. Planung u. Entwickl., Geoinfo.** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen

Produktbereich 09

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.675.915,00	2.075.990	2.075.990	1.612.189,66	463.800-	22,3-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	295.169,17	280.200	280.200	378.973,66	98.774	35,3
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.709,05	3.900	3.900	1.912,15	1.988-	51,0-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	37.516,99	0	0	26,53-	27-	-
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	205.845,00	350.000	350.000	618.416,64	268.417	76,7
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	2.218.155,21	2.710.090	2.710.090	2.611.465,58	98.624-	3,6-
11	-	Personalaufwendungen	5.989.093,35	6.757.580	6.757.580	6.339.396,42	418.184-	6,2-
12	-	Versorgungsaufwendungen	1.271.916,99	1.345.300	1.345.300	1.367.884,08	22.584	1,7
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	719.916,70	894.570	894.570	705.077,74	189.492-	21,2-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	27.803,00	27.810	27.810	27.803,00	7-	0,0-
15	-	Transferaufwendungen	660.327,77	1.414.970	1.414.970	1.144.446,59	270.523-	19,1-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	915.852,19	1.837.270	1.837.270	903.969,46	933.301-	50,8-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	9.584.910,00	12.277.500	12.277.500	10.488.577,29	1.788.923-	14,6-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	7.366.754,79-	9.567.410-	9.567.410-	7.877.111,71-	1.690.298	17,7-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	7.366.754,79-	9.567.410-	9.567.410-	7.877.111,71-	1.690.298	17,7-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	7.366.754,79-	9.567.410-	9.567.410-	7.877.111,71-	1.690.298	17,7-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.710,00	10.400	10.400	1.630,00	8.770-	84,3-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	7.365.044,79-	9.557.010-	9.557.010-	7.875.481,71-	1.681.528	17,6-

Jahresergebnis 2015 | **Bauen und Wohnen** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 10

Ertrags- und Aufwandsarten			Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71.504,00	84.010	84.010	15.417,00	68.593-	81,7-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.427.238,64	1.329.500	1.329.500	1.416.355,77	86.856	6,5
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.312,82	40.000	40.000	1.020,17	38.980-	97,5-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.111,81	23.140	23.140	22.899,84	240-	1,0-
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	101.768,86	47.500	47.500	19.015,26	28.485-	60,0-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	1.630.936,13	1.524.150	1.524.150	1.474.708,04	49.442-	3,2-
11	-	Personalaufwendungen	3.582.238,24	3.747.650	3.747.650	3.535.296,63	212.353-	5,7-
12	-	Versorgungsaufwendungen	775.079,27	793.490	793.490	773.162,78	20.327-	2,6-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	349.666,83	362.190	362.190	306.258,78	55.931-	15,4-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	89.820,00	89.820	89.820	14.969,00	74.851-	83,3-
15	-	Transferaufwendungen	0,00	25.000	25.000	0,00	25.000-	100,0-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	538.659,59	514.780	514.780	528.647,33	13.867	2,7
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	5.335.463,93	5.532.930	5.532.930	5.158.334,52	374.595-	6,8-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	3.704.527,80-	4.008.780-	4.008.780-	3.683.626,48-	325.154	8,1-
19	+	Finanzerträge	1.948,86	1.060	1.060	415,73	644-	60,8-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	1.948,86	1.060	1.060	415,73	644-	60,8-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	3.702.578,94-	4.007.720-	4.007.720-	3.683.210,75-	324.509	8,1-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	3.702.578,94-	4.007.720-	4.007.720-	3.683.210,75-	324.509	8,1-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.072,66	3.500	3.500	4.164,51	665	19,0
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	3.706.651,60-	4.011.220-	4.011.220-	3.687.375,26-	323.845	8,1-

Jahresergebnis 2015 | **Ver- und Entsorgung** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 11

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	713.055,00	1.069.910	1.069.910	686.777,00	383.133-	35,8-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	67.729.816,83	67.398.070	67.398.070	66.274.926,80	1.123.143-	1,7-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	2.450	2.450	0,00	2.450-	100,0-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.616.838,54	472.100	472.100	1.449.729,95	977.630	207,1
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	174,19	3.000	3.000	6,00	2.994-	99,8-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	70.059.884,56	68.945.530	68.945.530	68.411.439,75	534.090-	0,8-
11	-	Personalaufwendungen	628.117,50	716.860	716.860	654.723,07	62.137-	8,7-
12	-	Versorgungsaufwendungen	127.462,89	140.820	140.820	133.591,95	7.228-	5,1-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.151.018,27	40.261.390	40.261.390	37.847.515,24	2.413.875-	6,0-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	10.703.607,00	9.641.340	9.641.340	10.541.375,00	900.035	9,3
15	-	Transferaufwendungen	18.308.594,03	17.739.350	17.739.350	18.714.052,02	974.702	5,5
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.927.989,46	41.170	41.170	1.358.205,77	1.317.036	3.199,0
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	69.846.789,15	68.540.930	68.540.930	69.249.463,05	708.533	1,0
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	213.095,41	404.600	404.600	838.023,30-	1.242.623-	307,1-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	41.498,63	0	0	2.022,00	2.022	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	41.498,63-	0	0	2.022,00-	2.022-	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	171.596,78	404.600	404.600	840.045,30-	1.244.645-	307,6-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	171.596,78	404.600	404.600	840.045,30-	1.244.645-	307,6-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	9.446.981,04	9.556.550	9.556.550	9.687.144,46	130.594	1,4
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.621.140,00	1.501.520	1.501.520	1.685.070,00	183.550	12,2
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	7.997.437,82	8.459.630	8.459.630	7.162.029,16	1.297.601-	15,3-

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	8.730.603,01	8.384.010	8.384.010	8.293.285,17	90.725-	1,1-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.450.102,16	6.834.140	6.834.140	8.220.095,16	1.385.955	20,3
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	391.375,83	418.600	418.600	343.616,34	74.984-	17,9-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	221.469,14	30.000	30.000	52.068,58	22.069	73,6
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	81.800,61	15.000	15.000	181.119,55	166.120	1.107,5
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	17.875.350,75	15.681.750	15.681.750	17.090.184,80	1.408.435	9,0
11	-	Personalaufwendungen	3.357.018,66	3.154.630	3.154.630	3.065.899,74	88.730-	2,8-
12	-	Versorgungsaufwendungen	692.980,43	624.700	624.700	666.684,99	41.985	6,7
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.445.600,27	16.394.270	16.394.270	14.441.034,78	1.953.235-	11,9-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	19.437.264,35	19.614.710	19.614.710	19.485.120,80	129.589-	0,7-
15	-	Transferaufwendungen	9.166,18	15.000	15.000	3.817,39	11.183-	74,6-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.156.957,53	3.012.280	3.012.280	1.325.502,68	1.686.777-	56,0-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	41.098.987,42	42.815.590	42.815.590	38.988.060,38	3.827.530-	8,9-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	23.223.636,67-	27.133.840-	27.133.840-	21.897.875,58-	5.235.964	19,3-
19	+	Finanzerträge	184,25	5.120	5.120	0,00	5.120-	100,0-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	184,25	5.120	5.120	0,00	5.120-	100,0-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	23.223.452,42-	27.128.720-	27.128.720-	21.897.875,58-	5.230.844	19,3-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	23.223.452,42-	27.128.720-	27.128.720-	21.897.875,58-	5.230.844	19,3-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.593.119,26	1.592.940	1.592.940	1.639.340,82	46.401	2,9
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.957.940,88	7.821.580	7.821.580	8.232.934,07	411.354	5,3
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	29.588.274,04-	33.357.360-	33.357.360-	28.491.468,83-	4.865.891	14,6-

Jahresergebnis 2015 | **Natur- und Landschaftspflege** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 13

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	113.775,33	584.910	584.910	108.757,85	476.152-	81,4-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.765.401,85	1.594.000	1.594.000	1.630.674,28	36.674	2,3
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.216,83	62.780	62.780	12.083,56	50.696-	80,8-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	49.791,75	49.780	49.780	49.800,06	20	0,0
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	5.291,15	4.000	4.000	13.450,00	9.450	236,3
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	1.949.476,91	2.295.470	2.295.470	1.814.765,75	480.704-	20,9-
11	-	Personalaufwendungen	1.349.313,30	1.171.050	1.171.050	1.391.542,32	220.492	18,8
12	-	Versorgungsaufwendungen	280.017,09	234.610	234.610	292.834,47	58.224	24,8
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.572.397,22	2.904.770	2.904.770	2.579.622,87	325.147-	11,2-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	137.179,53	893.710	893.710	136.932,97	756.777-	84,7-
15	-	Transferaufwendungen	866.606,00	882.930	882.930	875.046,60	7.883-	0,9-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	235.906,70	269.710	269.710	234.052,72	35.657-	13,2-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	5.441.419,84	6.356.780	6.356.780	5.510.031,95	846.748-	13,3-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	3.491.942,93-	4.061.310-	4.061.310-	3.695.266,20-	366.044	9,0-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	3.491.942,93-	4.061.310-	4.061.310-	3.695.266,20-	366.044	9,0-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	3.491.942,93-	4.061.310-	4.061.310-	3.695.266,20-	366.044	9,0-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	688.200,00	703.740	703.740	696.320,00	7.420-	1,1-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	826.719,80	861.080	861.080	846.407,71	14.672-	1,7-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	3.630.462,73-	4.218.650-	4.218.650-	3.845.353,91-	373.296	8,9-

Jahresergebnis 2015 | **Umweltschutz** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen

Produktbereich 14

Ertrags- und Aufwandsarten			Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	316.773,00	38.260	38.260	4.598,00	33.662-	88,0-
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.427,50	45.000	45.000	34.669,75	10.330-	23,0-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	7.600	7.600	250,00	7.350-	96,7-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	128.644,74	126.590	126.590	140.542,55	13.953	11,0
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	0,00	4.000	4.000	0,00	4.000-	100,0-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	475.845,24	221.450	221.450	180.060,30	41.390-	18,7-
11	-	Personalaufwendungen	1.000.857,19	995.390	995.390	1.004.948,27	9.558	1,0
12	-	Versorgungsaufwendungen	200.840,51	201.950	201.950	205.527,34	3.577	1,8
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	219.764,03	116.860	116.860	103.044,58	13.815-	11,8-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	25.846,00	66.630	66.630	16.400,00	50.230-	75,4-
15	-	Transferaufwendungen	2.000,00	3.000	3.000	36.083,33	33.083	1.102,8
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	94.416,11	177.530	177.530	130.451,20	47.079-	26,5-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	1.543.723,84	1.561.360	1.561.360	1.496.454,72	64.905-	4,2-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	1.067.878,60-	1.339.910-	1.339.910-	1.316.394,42-	23.516	1,8-
19	+	Finanzerträge	0,00	0	0	0,00	0	-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	0,00	0	0	0,00	0	-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	1.067.878,60-	1.339.910-	1.339.910-	1.316.394,42-	23.516	1,8-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	1.067.878,60-	1.339.910-	1.339.910-	1.316.394,42-	23.516	1,8-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	1.067.878,60-	1.339.910-	1.339.910-	1.316.394,42-	23.516	1,8-

Jahresergebnis 2015 | **Wirtschaft und Tourismus** | **Verantwortliche/r:** Herr Wehling, Herr Schmidt

Produktbereich 15

		Ertrags- und Aufwandsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0,00	0	-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	170.074,00	144.580	144.580	170.030,00	25.450	17,6
03	+	Sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0,00	0	-
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	253.606,67	127.830	127.830	1.687.300,83	1.559.471	1.220,0
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	12.876.720,54	12.804.390	12.804.390	12.507.947,17	296.443-	2,3-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	13.300.401,21	13.076.800	13.076.800	14.365.278,00	1.288.478	9,9
11	-	Personalaufwendungen	785.832,97	814.210	814.210	935.715,45	121.505	14,9
12	-	Versorgungsaufwendungen	298.158,28	403.200	403.200	310.010,46	93.190-	23,1-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.044,33	42.270	42.270	34.599,51	7.670-	18,2-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	403.878,00	403.890	403.890	403.877,00	13-	0,0
15	-	Transferaufwendungen	24.379.824,52	27.414.000	27.414.000	23.545.634,69	3.868.365-	14,1-
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	118.601,84	39.900	39.900	536.917,31	497.017	1.245,7
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	26.015.339,94	29.117.470	29.117.470	25.766.754,42	3.350.716-	11,5-
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	12.714.938,73-	16.040.670-	16.040.670-	11.401.476,42-	4.639.194	28,9-
19	+	Finanzerträge	554.892,31	557.200	557.200	554.374,62	2.825-	0,5-
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	451.449,08	0	0	369.118,11	369.118	-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	103.443,23	557.200	557.200	185.256,51	371.943-	66,8-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	12.611.495,50-	15.483.470-	15.483.470-	11.216.219,91-	4.267.250	27,6-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	12.611.495,50-	15.483.470-	15.483.470-	11.216.219,91-	4.267.250	27,6-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.817,89	8.400	8.400	6.909,07	1.491-	17,8-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	12.618.313,39-	15.491.870-	15.491.870-	11.223.128,98-	4.268.741	27,6-

Jahresergebnis 2015 | **Allgemeine Finanzwirtschaft** | **Verantwortliche/r:** Frau Stöhr

Produktbereich 16

Ertrags- und Aufwandsarten			Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
			2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
01		Steuern und ähnliche Abgaben	211.024.807,24	240.554.360	240.554.360	233.486.673,63	7.067.686-	2,9-
02	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	201.209.949,84	223.564.220	223.564.220	223.531.221,01	32.999-	0,0-
03	+	Sonstige Transfererträge	27.451,12	27.450	27.450	27.451,12	1	0,0
04	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
05	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	0	0,00	0	-
06	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.514,82	15.800	15.800	15.514,82	285-	1,8-
07	+	Sonstige ordentliche Erträge	5.145.221,86	1.500.000	1.500.000	238.833,79	1.261.166-	84,1-
08	+	Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0	0	0,00	0	-
09	+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0	0	0,00	0	-
10	**=**	**Ordentliche Erträge**	417.422.944,88	465.661.830	465.661.830	457.299.694,37	8.362.136-	1,8-
11	-	Personalaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
12	-	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.090,34	76.830	76.830	73.804,89	3.025-	3,9-
14	-	Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	0	0,00	0	-
15	-	Transferaufwendungen	65.894.570,23	69.343.920	69.343.920	69.575.522,12	231.602	0,3
16	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.393.017,54	0	0	2.265.052,06	2.265.052	-
17	**=**	**Ordentliche Aufwendungen**	67.371.678,11	69.420.750	69.420.750	71.914.379,07	2.493.629	3,6
18	**=**	**ordentliches Ergebnis (=Zeilen 10 und 17)**	350.051.266,77	396.241.080	396.241.080	385.385.315,30	10.855.765-	2,7-
19	+	Finanzerträge	716.008,91	683.340	683.340	688.198,95	4.859	0,7
20	-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	38.548.778,27	45.356.790	45.356.790	35.441.430,30	9.915.360-	21,9-
21	**=**	**Finanzergebnis (=Zeilen 19 und 20)**	37.832.769,36-	44.673.450-	44.673.450-	34.753.231,35-	9.920.219	22,2-
22	**=**	**Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)**	312.218.497,41	351.567.630	351.567.630	350.632.083,95	935.546-	0,3-
23	+	Außerordentliche Erträge	0,00	0	0	0,00	0	-
24	-	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
25	=	Außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 23 und 24)	0,00	0	0	0,00	0	-
26	**=**	**Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehung (=Zeilen 22 und 25)**	312.218.497,41	351.567.630	351.567.630	350.632.083,95	935.546-	0,3-
27	+	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	176.670,59	198.400	198.400	192.380,35	6.020-	3,0-
28	-	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0,00	0	-
29	**=**	**Teilergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)**	312.395.168,00	351.766.030	351.766.030	350.824.464,30	941.566-	0,3-

Jahresergebnis 2015 | **Innere Verwaltung** | **Verantwortliche/r:**

Hr.Wehling,Hr.Tsalastras,Hr. Motschull,Hr.Schmidt

Produktbereich 01

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	4.801.883,97	6.473.300	6.473.300	7.857.500,68	1.384.201	21,4
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	97.645,25	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	4.899.529,22	6.473.300	6.473.300	7.857.500,68	1.384.201	21,4
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	104.699,95	400.000	400.000	783.754,97	383.755	95,9
für Baumaßnahmen	2.318.148,53	444.500	444.500	250.223,03	194.277-	43,7-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	17.980,84	50.000	50.000	76.275,59	26.276	52,6
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	2.440.829,32	894.500	894.500	1.110.253,59	215.754	24,1
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.458.699,90	5.578.800	5.578.800	6.747.247,09	1.168.447	20,9

Jahresergebnis 2015 | **Innere Verwaltung** | **Verantwortliche/r:**

Hr.Wehling,Hr.Tsalastras,Hr. Motschull,Hr.Schmidt

Produktbereich 01

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Unbeb. Grundstücke 130001130100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	2.514.235,62	500.000	**1.404.769,00**	904.769	181,0
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	214,80	250.000	**514.647,26**	264.647	105,9
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.514.020,82	250.000	**890.121,74**	640.122	256,1
BPlan 421 Grundverm. 130001130100100					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	246.249,60	150.000	**79.610,93**	70.389-	46,9-
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	60.603,61	150.000	**266.970,44**	116.970	78,0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	185.645,99	0	**187.359,51-**	187.360-	0
BPlan 424 Grundverm. 130001130100200					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	95.494,00	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	43.881,54	0	**2.137,27**	2.137	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	51.612,46	0	**2.137,27-**	2.137-	0
BPlan 655 Landwehr 130001130100300					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	1.232.904,75	3.333.500	**5.513.120,75**	2.179.621	65,4
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	97.645,25	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	1.769.895,01	100.000	**58.156,15**	41.844-	41,8-

Jahresergebnis 2015 | **Innere Verwaltung** | **Verantwortliche/r:**

Hr.Wehling,Hr.Tsalastras,Hr. Motschull,Hr.Schmidt

Produktbereich 01

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	439.345,01-	3.233.500	**5.454.964,60**	2.221.465	68,7
BPlan 659 Dinnendahlstr. 130001130100400					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	500.000	**0,00**	500.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	10.000	**0,00**	10.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	490.000	**0,00**	490.000-	100,0-
BPlan 662 Lilienthalstr. 130001130100500					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	677.700	**0,00**	677.700-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	334.500	**0,00**	334.500-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	343.200	**0,00**	343.200-	100,0-
Sport. Duisburger Str. 130001130100600					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	600.000	**620.000,00**	20.000	3,3
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	600.000	**620.000,00**	20.000	3,3
Wohn.- u Geschäftsgrdst. 130001130200000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	713.000,00	712.100	**240.000,00**	472.100-	66,3-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**58.000,00**	58.000	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	713.000,00	712.100	**182.000,00**	530.100-	74,4-
Verwaltungsgebäude 130001130200100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	70.686,00	0	**141,89-**	142-	0

Jahresergebnis 2015 | **Innere Verwaltung** | **Verantwortliche/r:** Hr.Wehling,Hr.Tsalastras,Hr. Motschull,Hr.Schmidt

Produktbereich 01

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	70.686,00-	0	**141,89**	142	0
WC-Anl. Kaisergarten 130001130200200					
Auszahlung für Baumaßnahmen	372.667,52	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	372.667,52-	0	**0,00**	0	0
WC-Anl. öfftl. Gebäude 130001130200300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	104.900,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	104.900,00-	0	**0,00**	0	0
Stadtarchiv 410001100300100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**134.208,77**	134.209	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**134.208,77-**	134.209-	0
Geschwindigkeitsüberwach 460001110300000					
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	17.980,84	50.000	**76.275,59**	26.276	52,6
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	17.980,84-	50.000-	**76.275,59-**	26.276-	52,6
Gesamtsaldo	2.458.699,90	5.578.800	**6.747.247,09**	1.168.447	20,9

Jahresergebnis 2015 | **Sicherheit und Ordnung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull, Frau Münich

Produktbereich 02

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	277.511,23	275.000	275.000	276.219,24	1.219	0,4
aus der Veräußerung von Sachanlagen	13.311,00	30.000	30.000	24.699,80	5.300-	17,7-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	290.822,23	305.000	305.000	300.919,04	4.081-	1,3-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	86.100,06	336.000	336.000	22.180,80	313.819-	93,4-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	527.725,46	3.397.000	3.397.000	1.351.818,34	2.045.182-	60,2-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	613.825,52	3.733.000	3.733.000	1.373.999,14	2.359.001-	63,2-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	323.003,29-	3.428.000-	3.428.000-	1.073.080,10-	2.354.920	68,7-

Jahresergebnis 2015 | **Sicherheit und Ordnung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull, Frau Münich

Produktbereich 02

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Feuerschutz					
610002150100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	277.511,23	275.000	**276.219,24**	1.219	0,4
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	700,00	20.000	**20.509,80**	510	2,6
Auszahlung für Baumaßnahmen	86.100,06	336.000	**22.180,80**	313.819-	93,4-
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	314.436,29	2.044.500	**1.286.373,83**	758.126-	37,1-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	122.325,12-	2.085.500-	**1.011.825,59-**	1.073.674	51,5-
Rettungsdienst					
610002160100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	12.611,00	10.000	**4.190,00**	5.810-	58,1-
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	6.252,56	10.000	**14.043,19**	4.043	40,4
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.358,44	0	**9.853,19-**	9.853-	0
Krankentransport					
610002160100100					
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	780.000	**5.481,14**	774.519-	99,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	780.000-	**5.481,14-**	774.519	99,3-
Rettungstransport					
610002160100200					
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	207.036,61	433.500	**34.066,89**	399.433-	92,1-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	207.036,61-	433.500-	**34.066,89-**	399.433	92,1-

Jahresergebnis 2015	Sicherheit und Ordnung	Verantwortliche/r:
	Produktbereich 02	Herr Motschull, Frau Münich

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Notarzteinsatz **610002160100300** Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	129.000	**11.853,29**	117.147-	90,8-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	129.000-	**11.853,29-**	117.147	90,8-
Gesamtsaldo	323.003,29-	3.428.000-	**1.073.080,10-**	2.354.920	68,7-

Jahresergebnis 2015 | **Schulträgeraufgaben** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich

Produktbereich 03

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	20.875,73	0	0	289.831,14	289.831	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	20.875,73	0	0	289.831,14	289.831	-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	2.093.624,66	333.000	333.000	1.854.278,65	1.521.279	456,8
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	2.093.624,66	333.000	333.000	1.854.278,65	1.521.279	456,8
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.072.748,93-	333.000-	333.000-	1.564.447,51-	1.231.448-	369,8

Jahresergebnis 2015	Schulträgeraufgaben	Verantwortliche/r:
		Frau Münich
	Produktbereich 03	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Weiterführende Schulen					
140003010000000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	24.000	**71.300,00**	47.300	197,1
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	24.000-	**71.300,00-**	47.300-	197,1
Ausbau Vernetzung Schul.					
140003010001000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	224.000	**216.574,85**	7.425-	3,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	224.000-	**216.574,85-**	7.425	3,3-
Grundschulen					
140003010100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**289.831,14**	289.831	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	157.683,31	85.000	**1.229.069,98**	1.144.070	1.346,0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	157.683,31-	85.000-	**939.238,84-**	854.239-	1.005,0
Off. Gtagss. Primarb.					
140003010101900					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**202.561,14**	202.561	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**202.561,14-**	202.561-	0
Robert-Koch-Schule					
140003010101901					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**21.730,76**	21.731	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**21.730,76-**	21.731-	0
Haupt. "1.000- Schulen"					
140003010201900					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**8.041,00**	8.041	0

Jahresergebnis 2015	Schulträgeraufgaben	Verantwortliche/r:
		Frau Münich
	Produktbereich 03	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**8.041,00-**	8.041-	0
Realschulen					
Auszahlung für Baumaßnahmen	72.317,00	0	**97.456,37**	97.456	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	72.317,00-	0	**97.456,37-**	97.456-	0
Heinrich-Heine-Gymn. 140003010400000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	230.313,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	230.313,00-	0	**0,00**	0	0
Sophie-Scholl Gymnasiu 140003010400100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	40.460,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	40.460,00-	0	**0,00**	0	0
Erw. Ganztagsfördersch. 140003010500100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**2.912,55**	2.913	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**2.912,55-**	2.913-	0
Integrative Lerngruppen 140003010600000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	13.244,50	0	**3.357,00**	3.357	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	13.244,50-	0	**3.357,00-**	3.357-	0
Gesamtschule Osterfeld 140003010600100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	1.249.500,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.249.500,00-	0	**0,00**	0	0

Jahresergebnis 2015	Schulträgeraufgaben	Verantwortliche/r:
		Frau Münich

Produktbereich 03

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Fasia-Jansen-Gesamtsch					
140003010600200					
Auszahlung für Baumaßnahmen	36.035,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	36.035,00-	0	**0,00**	0	0
Hans-Sachs-Berufskolleg					
140003010700000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	20.875,73	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	294.071,85	0	**1.275,00**	1.275	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	273.196,12-	0	**1.275,00-**	1.275-	0
Gesamtsaldo	2.072.748,93-	333.000-	**1.564.447,51-**	1.231.448-	369,8

Jahresergebnis 2015 | **Kultur und Wissenschaft** | **Verantwortliche/r:** Herr Tsalastras

Produktbereich 04

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	17.987,50	22.450	22.450	15.730,00	6.720-	29,9-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	17.987,50	22.450	22.450	15.730,00	6.720-	29,9-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	26.300,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	18.987,50	22.450	22.450	6.440,00	16.010-	71,3-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	45.287,50	22.450	22.450	6.440,00	16.010-	71,3-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	27.300,00-	0	0	9.290,00	9.290	-

Jahresergebnis 2015	Kultur und Wissenschaft	Verantwortliche/r:
		Herr Tsalastras
	Produktbereich 04	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Bibliothek					
85000406010000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	26.300,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	26.300,00-	0	**0,00**	0	0
Musikschule					
860004070100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	14.972,50	22.450	**15.730,00**	6.720-	29,9-
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	14.972,50	22.450	**6.440,00**	16.010-	71,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**9.290,00**	9.290	0
Ludwig Galerie					
880004030100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.015,00	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4.015,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.000,00-	0	**0,00**	0	0
Gesamtsaldo	27.300,00-	0	**9.290,00**	9.290	0

Jahresergebnis 2015 | **Soziale Leistungen** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich, Herr Motschull

Produktbereich 05

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	8.777,90	8.560	8.560	8.543,91	16-	0,2-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	8.777,90	8.560	8.560	8.543,91	16-	0,2-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	1.103.130,00	0	0	12.378.640,05	12.378.640	-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	1.103.130,00	0	0	12.378.640,05	12.378.640	-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.094.352,10-	8.560	8.560	12.370.096,14-	12.378.656-	144.610,5-

Jahresergebnis 2015	Soziale Leistungen	Verantwortliche/r:
		Frau Münich, Herr Motschull
	Produktbereich 05	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Einricht. f. Wohnungsl. 320005030100000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**1.263.075,14**	1.263.075	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**1.263.075,14-**	1.263.075-	0
Flüchtl.wohn. Gabelstr 320005030100100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	1.103.130,00	0	**998.719,04**	998.719	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.103.130,00-	0	**998.719,04-**	998.719-	0
Tackenbergschule 320005030100400					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**183.346,95**	183.347	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**183.346,95-**	183.347-	0
Fluchtweg Tackenberg 320005030100500					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**19.667,93**	19.668	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**19.667,93-**	19.668-	0
Wohlfahrtspflege 320005040100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen	8.777,90	8.560	**8.543,91**	16-	0,2-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	8.777,90	8.560	**8.543,91**	16-	0,2-
Flüchtlingsu.Duisbu.Str. 321005030100200					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**4.666.300,00**	4.666.300	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**4.666.300,00-**	4.666.300-	0

Jahresergebnis 2015	Soziale Leistungen	Verantwortliche/r:
		Frau Münich, Herr Motschull
	Produktbereich 05	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Flüchtlingsu.Ruhrorter. 321005030100210					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**2.749.500,00**	2.749.500	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**2.749.500,00-**	2.749.500-	0
Weierstraße 322005030100300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**165.030,99**	165.031	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**165.030,99-**	165.031-	0
Flüchtlingsu.Kapellenstr. 3230050301002					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**2.333.000,00**	2.333.000	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**2.333.000,00-**	2.333.000-	0
Gesamtsaldo	1.094.352,10-	8.560	**12.370.096,14-**	12.378.656-	144.610,5-

Jahresergebnis 2015 | **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich

Produktbereich 06

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	240.000	240.000	5.000,00	235.000-	97,9-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	0,00	240.000	240.000	5.000,00	235.000-	97,9-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	635.058,29	2.825.550	2.825.550	863.158,48	1.962.392-	69,5-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	635.058,29	2.825.550	2.825.550	863.158,48	1.962.392-	69,5-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	635.058,29-	2.585.550-	2.585.550-	858.158,48-	1.727.392	66,8-

Jahresergebnis 2015 | **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** | **Verantwortliche/r:** Frau Münich

Produktbereich 06

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
KTE Bahnstraße					
310006010100200					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**42.704,66**	42.705	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**42.704,66-**	42.705-	0
KTE OB-Ost					
310006010100600					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	240.000	**0,00**	240.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	2.402.100	**256.700,00**	2.145.400-	89,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	2.162.100-	**256.700,00-**	1.905.400	88,1-
KTE OB-Ost ParkHaus					
310006010100600					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**239.380,40**	239.380	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**239.380,40-**	239.380-	0
KTE Königshardt					
310006010100900					
Auszahlung für Baumaßnahmen	300.000,00	300.000	**0,00**	300.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	300.000,00-	300.000-	**0,00**	300.000	100,0-
KTE John-Lennon-Platz					
310006010101000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**204.900,00**	204.900	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**204.900,00-**	204.900-	0
KTE Villa Kunterbunt					
310006010108000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	190.000,00	0	**0,00**	0	0

Jahresergebnis 2015	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Verantwortliche/r: Frau Münich
	Produktbereich 06	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	190.000,00-	0	**0,00**	0	0
Kindertageseinrichtungen 310006010190000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	9.867,73	34.450	**36.984,85**	2.535	7,4
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.867,73-	34.450-	**36.984,85-**	2.535-	7,4
Spielplätze/Geräte 310006010290400					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**5.000,00**	5.000	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	135.190,56	89.000	**82.488,57**	6.511-	7,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	135.190,56-	89.000-	**77.488,57-**	11.511	12,9-
Gesamtsaldo	635.058,29-	2.585.550-	**858.158,48-**	1.727.392	66,8-

Jahresergebnis 2015 | **Sportförderung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull

Produktbereich 08

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	47.877,38	37.700	37.700	40.986,70	3.287	8,7
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	47.877,38	37.700	37.700	40.986,70	3.287	8,7
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	1.903.156,39	747.250	747.250	4.185.758,83	3.438.509	460,2
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	1.903.156,39	747.250	747.250	4.185.758,83	3.438.509	460,2
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.855.279,01-	709.550-	709.550-	4.144.772,13-	3.435.222-	484,1

Jahresergebnis 2015	Sportförderung	Verantwortliche/r:
		Herr Motschull
	Produktbereich 08	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Ausleihungen Vereine					
250008010100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen	47.877,38	37.700	**40.986,70**	3.287	8,7
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	47.877,38	37.700	**40.986,70**	3.287	8,7
Turnhallen					
250008010200000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	22.585,00	0	**170.890,49**	170.890	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	22.585,00-	0	**170.890,49-**	170.890-	0
Sportanlage Kaisergarten					
250008010200300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	35.700,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	35.700,00-	0	**0,00**	0	0
Stadion Niederrhein					
250008010300740					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**2.995.600,00**	2.995.600	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**2.995.600,00-**	2.995.600-	0
Sportanlage Kuhle					
251008010300720					
Auszahlung für Baumaßnahmen	463.800,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	463.800,00-	0	**0,00**	0	0
Sportanlage Schönefeld					
251008010300730					
Auszahlung für Baumaßnahmen	583.800,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	583.800,00-	0	**0,00**	0	0

Jahresergebnis 2015	Sportförderung	Verantwortliche/r:
		Herr Motschull
	Produktbereich 08	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Sporträume Schönefeld					
251008010300760					
Auszahlung für Baumaßnahmen	90.400,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	90.400,00-	0	**0,00**	0	0
Sportanlage Liricher Str					
251008010300800					
Auszahlung für Baumaßnahmen	2.150,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.150,00-	0	**0,00**	0	0
SPK-Sportanl.Buschhausen					
252008010300100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**17.558,31**	17.558	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**17.558,31-**	17.558-	0
Sportanlage Alsfeld					
252008010300400					
Auszahlung für Baumaßnahmen	7.846,20	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	7.846,20-	0	**0,00**	0	0
Sportplatz Lindnerstr.					
253008010300400					
Auszahlung für Baumaßnahmen	253.921,49	747.250	**954.799,76**	207.550	27,8
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	253.921,49-	747.250-	**954.799,76-**	207.550-	27,8
Sportzentrum Volksgarten					
253008010300500					
Auszahlung für Baumaßnahmen	442.953,70	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	442.953,70-	0	**0,00**	0	0
Sportanl. Wittekindstraß					
253008010300700					

Jahresergebnis 2015 | **Sportförderung** | **Verantwortliche/r:** Herr Motschull

Produktbereich 08

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**14.610,27**	14.610	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**14.610,27-**	14.610-	0
Sporthalle GSO 253008010300800					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**32.300,00**	32.300	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**32.300,00-**	32.300-	0
Gesamtsaldo	1.855.279,01-	709.550-	**4.144.772,13-**	3.435.222-	484,1

Jahresergebnis 2015 | **Räuml. Planung u. Entwickl., Geoinfo.** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen

Produktbereich 09

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	429.375,00	1.683.300	1.683.300	843.980,00	839.320-	49,9-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	5.709,05	0	0	5.090,34	5.090	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	435.084,05	1.683.300	1.683.300	849.070,34	834.230-	49,6-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	1.137.694,04	3.236.040	3.236.040	1.913.683,40	1.322.357-	40,9-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	1.137.694,04	3.236.040	3.236.040	1.913.683,40	1.322.357-	40,9-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	702.609,99-	1.552.740-	1.552.740-	1.064.613,06-	488.127	31,4-

Jahresergebnis 2015 | **Räuml. Planung u. Entwickl., Geoinfo.** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen

Produktbereich 09

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Sanierung Südmarkt					
540009020101100					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	5.709,05	0	**5.090,34**	5.090	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	5.709,05	0	**5.090,34**	5.090	0
Lirich-Soziale Stadt					
540009020105800					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	92.600,00	1.067.920	**582.200,00**	485.720-	45,5-
Auszahlung für Baumaßnahmen	440.757,41	1.334.900	**0,00**	1.334.900-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	348.157,41-	266.980-	**582.200,00**	849.180	318,1-
Masterplan Haus d.Jugend					
540009020106100					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	336.775,00	261.780	**261.780,00**	0	0,0
Auszahlung für Baumaßnahmen	696.936,63	1.459.140	**1.913.683,40**	454.543	31,2
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	360.161,63-	1.197.360-	**1.651.903,40-**	454.543-	38,0
Grünstruktur Innenstadt					
540009020106102					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	44.000	**0,00**	44.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	55.000	**0,00**	55.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	11.000-	**0,00**	11.000	100,0-
Bahnhofsturm-Tandem					
540009020106103					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	284.000	**0,00**	284.000-	100,0-

Jahresergebnis 2015 | **Räuml. Planung u. Entwickl., Geoinfo.** | **Verantwortliche/r:** **Frau Lauxen**

Produktbereich 09

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	355.000	**0,00**	355.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	71.000-	**0,00**	71.000	100,0-
Freizeitf.Friedrich-Karl 540009020106104					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	25.600	**0,00**	25.600-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	32.000	**0,00**	32.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	6.400-	**0,00**	6.400	100,0-
Gesamtsaldo	702.609,99-	1.552.740-	**1.064.613,06-**	488.127	31,4-

Jahresergebnis 2015 | **Bauen und Wohnen** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 10

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	47.134,22	17.440	17.440	7.625,17	9.815-	56,3-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	47.134,22	17.440	17.440	7.625,17	9.815-	56,3-
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	0,00	0	0	0,00	0	-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	47.134,22	17.440	17.440	7.625,17	9.815-	56,3-

Jahresergebnis 2015	Bauen und Wohnen	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Motschull
	Produktbereich 10_15	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Ausleihungen					
540010040100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzanlagen	47.134,22	17.440	**7.625,17**	9.815-	56,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	47.134,22	17.440	**7.625,17**	9.815-	56,3-
Gesamtsaldo	47.134,22	17.440	**7.625,17**	9.815-	56,3-

Jahresergebnis 2015 | **Ver- und Entsorgung** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 11

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	96.928,00	0	0	736.533,30	736.533	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	88.466,67	75.000	75.000	144.384,57	69.385	92,5
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	185.394,67	75.000	75.000	880.917,87	805.918	1.074,6
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	9.297.358,74	9.690.000	9.690.000	11.118.286,91	1.428.287	14,7
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	9.297.358,74	9.690.000	9.690.000	11.118.286,91	1.428.287	14,7
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.111.964,07-	9.615.000-	9.615.000-	10.237.369,04-	622.369-	6,5

Jahresergebnis 2015	Ver- und Entsorgung	Verantwortliche/r:
	Produktbereich 11	Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Kanalbauprogramm - 560011030100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	96.928,00	0	**0,00**	0	0
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	88.466,67	75.000	**144.384,57**	69.385	92,5
Auszahlung für Baumaßnahmen	8.667.016,21	9.690.000	**11.118.286,91**	1.428.287	14,7
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	8.481.621,54-	9.615.000-	**10.973.902,34-**	1.358.902-	14,1
Versicker. Niederschlag. 560011030100100					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**736.533,30**	736.533	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	630.342,53	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	630.342,53-	0	**736.533,30**	736.533	0
Gesamtsaldo	9.111.964,07-	9.615.000-	**10.237.369,04-**	622.369-	6,5

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	1.519.611,32	1.798.460	1.798.460	1.671.316,08	127.144-	7,1-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	8.991,66	1.000	1.000	10.825,02	9.825	982,5
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	2.288.010,31	2.102.000	2.102.000	2.819.725,65	717.726	34,1
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	3.816.613,29	3.901.460	3.901.460	4.501.866,75	600.407	15,4
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	24.977,21	634.680	634.680	48.319,75	586.360-	92,4-
für Baumaßnahmen	5.252.857,09	12.619.280	12.619.280	5.433.180,83	7.186.099-	57,0-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	5.277.834,30	13.253.960	13.253.960	5.481.500,58	7.772.459-	58,6-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.461.221,01-	9.352.500-	9.352.500-	979.633,83-	8.372.866	89,5-

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Erwerb von Grundstücken 560012010100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	8.991,66	1.000	**10.825,02**	9.825	982,5
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	24.044,76	52.000	**26.654,54**	25.345-	48,7-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	15.053,10-	51.000-	**15.829,52-**	35.170	69,0-
Kanalbegleitende Maßn. 560012010100300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	149.350	**0,00**	149.350-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	149.350-	**0,00**	149.350	100,0-
Straßenbau. Ingl. 560012010101000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	377.470	**0,00**	377.470-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	377.470-	**0,00**	377.470	100,0-
B-Plan NR 279 A - 560012010101100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	79.200	**0,00**	79.200-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	79.200-	**0,00**	79.200	100,0-
Beiträge u.ähnl.Entgelte 560012010101200					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.829.778,08	945.000	**1.794.519,43**	849.519	89,9
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.829.778,08	945.000	**1.794.519,43**	849.519	89,9
Anliegerbeitr. (Rückz.) 560012010101300					

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras
	Produktbereich 12	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	2.560	**0,00**	2.560-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	2.560-	**0,00**	2.560	100,0-
Sterkr.Grundst. II - 560012010102700					
Auszahlung für Baumaßnahmen	11.968,53	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.968,53-	0	**0,00**	0	0
Wegeverbindungen 560012010102800					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	50.000	**0,00**	50.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	50.000-	**0,00**	50.000	100,0-
Waghalsstr./Unterführung 560012010103700					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	7.000	**0,00**	7.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	7.000-	**0,00**	7.000	100,0-
Brückenbau Breilstr. - 560012010103900					
Auszahlung für Baumaßnahmen	1.597.761,88	450.000	**331.806,79**	118.193-	26,3-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.597.761,88-	450.000-	**331.806,79-**	118.193	26,3-
Hansastraße 560012010104000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	6.588,08	10.000	**0,00**	10.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.588,08-	10.000-	**0,00**	10.000	100,0-
Tackenbergstraße 560012010104100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	1.200.000	**0,00**	1.200.000-	100,0-

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	1.200.000-	**0,00**	1.200.000	100,0-
Förderung Nahmobilität 560012010104200					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	12.000	**0,00**	12.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	20.000	**0,00**	20.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	8.000-	**0,00**	8.000	100,0-
Steinbrinkstraße - 560012010108400					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**165.000,00**	165.000	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**140.872,53**	140.873	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**24.127,47**	24.127	0
Ripshorster Str. 560012010108500					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	438.157,40	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	438.157,40	0	**0,00**	0	0
Erschl. Rostocker/Rügen. 560012010108700					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	220.000	**200.000,00**	20.000-	9,1-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	220.000	**166.000,00**	54.000-	24,6-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**34.000,00**	34.000	0
Erneuerung LSA 560012010108900					
Auszahlung für Baumaßnahmen	39.079,18	10.000	**1.568,50**	8.432-	84,3-

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras
	Produktbereich 12	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	39.079,18-	10.000-	**1.568,50-**	8.432	84,3-
Str.bauprogr.Gemeindestr 560012010190000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	351.960	**0,00**	351.960-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	1.771.000	**0,00**	1.771.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	1.419.040-	**0,00**	1.419.040	100,0-
StBP Rechenacker -560012010190077					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**2.870,00**	2.870	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**2.870,00-**	2.870-	0
Sühlstraße - 560012010190079					
Auszahlung für Baumaßnahmen	163.889,19	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	163.889,19-	0	**0,00**	0	0
Buschkämpchen -560012010190086					
Auszahlung für Baumaßnahmen	37.207,03	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	37.207,03-	0	**0,00**	0	0
Siepenstraße - 560012010190091					
Auszahlung für Baumaßnahmen	20.825,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	20.825,00-	0	**0,00**	0	0
Am Lohbruch - 560012010190093					
Auszahlung für Baumaßnahmen	304,11	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	304,11-	0	**0,00**	0	0

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras
	Produktbereich 12	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Storchenring - 560012010190095					
Auszahlung für Baumaßnahmen	36.099,52	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	36.099,52-	0	**0,00**	0	0
DU Thüringer Str. - 560012010190098					
Auszahlung für Baumaßnahmen	2.439,92	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	2.439,92-	0	**0,00**	0	0
Broicher/Peterstraße - 560012010190099					
Auszahlung für Baumaßnahmen	19.331,68	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	19.331,68-	0	**0,00**	0	0
Landwehr - 560012010190100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	118.815,75	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	118.815,75-	0	**0,00**	0	0
Martin-Luther-Str. - 560012010190101					
Auszahlung für Baumaßnahmen	461.689,25	0	**5.909,41**	5.909	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	461.689,25-	0	**5.909,41-**	5.909-	0
Hegerfeldstraße - 5600120101900103					
Auszahlung für Baumaßnahmen	163.000,00	0	**23.480,19**	23.480	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	163.000,00-	0	**23.480,19-**	23.480-	0
Oberbruch - 560012010190104					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**57.028,74**	57.029	0

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras
	Produktbereich 12	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**57.028,74-**	57.029-	0
Stützmauer Fährstr. - 560012010190105					
Auszahlung für Baumaßnahmen	43.655,20	0	**14.320,56**	14.321	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	43.655,20-	0	**14.320,56-**	14.321-	0
Ziegelstraße 560012010190106					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**118.189,51**	118.190	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**118.189,51-**	118.190-	0
Blumenthalstr. - 560012010190107					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**190.645,75**	190.646	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**190.645,75-**	190.646-	0
Am Alsbach - 560012010190109					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**61.100,00**	61.100	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**61.100,00-**	61.100-	0
Mattlerstraße - 560012010190110					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**37.772,40**	37.772	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**37.772,40-**	37.772-	0
Brammenring - 560012010190111					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**413.556,22**	413.556	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**413.556,22-**	413.556-	0
Zum Buchenbach - 560012010190112					

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras
	Produktbereich 12	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**170.189,11**	170.189	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**170.189,11-**	170.189-	0
Leuthenstr. 560012010190114					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**148.000,00**	148.000	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**148.000,00-**	148.000-	0
Kanalbegleitende Maßn. 560012010200300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	20.092,74	37.500	**0,00**	37.500-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	20.092,74-	37.500-	**0,00**	37.500	100,0-
Beitr. u. ähnl. Entgelte 560012010201200					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	395.243,77	0	**142.911,44**	142.911	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	395.243,77	0	**142.911,44**	142.911	0
Teutoburger Str. - 560012010205100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	10.000	**0,00**	10.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	10.000-	**0,00**	10.000	100,0-
K10-von-Trotha-Str. 560012010205500					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	200.000,00	265.000	**538.400,00**	273.400	103,2
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	200.000,00	265.000	**538.400,00**	273.400	103,2
Signalwesen Kreisstraßen 560012010205600					

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für Baumaßnahmen	57.544,83	235.000	**222.926,98**	12.073-	5,1-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	57.544,83-	235.000-	**222.926,98-**	12.073	5,1-
Lindnerstraße K3 560012010206200					
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	38.000	**0,00**	38.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	6.664,48	96.530	**0,00**	96.530-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.664,48-	134.530-	**0,00**	134.530	100,0-
K20 Risphorster/Osterf. 560012010206300					
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	5.000	**0,00**	5.000-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	9.280,81	45.000	**2.449,00**	42.551-	94,6-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.280,81-	50.000-	**2.449,00-**	47.551	95,1-
Str.bauprogr.Kreisstr. 560012010290000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	63.035,00	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	500.000	**0,00**	500.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	63.035,00	500.000-	**0,00**	500.000	100,0-
Buchenweg - Höhenweg - 560012010290003					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**4.345,08**	4.345	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**4.345,08-**	4.345-	0
Kanalbegleitende Maßn. 560012010300300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	61.310	**0,00**	61.310-	100,0-

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	61.310-	**0,00**	61.310	100,0-
Beitr. u. ähnl. Entgelte 560012010301200					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	51.838,46	1.100.000	**808.634,78**	291.365-	26,5-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	51.838,46	1.100.000	**808.634,78**	291.365-	26,5-
MellinghofStr./AlteHeid 560012010304500					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	41.000	**0,00**	41.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	41.000-	**0,00**	41.000	100,0-
Ausbau Biefangstr. 560012010306500					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	22.060	**0,00**	22.060-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	22.060-	**0,00**	22.060	100,0-
Ost-West Rampe -560012010306700					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	426.500	**0,00**	426.500-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	426.500	**0,00**	426.500-	100,0-
Ausbau Holtener Str. 560012010307100					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	487.800,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	487.800,00	0	**0,00**	0	0
Neubau der L 215n 560012010308000					

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	525.000	**11.465,21**	513.535-	97,8-
Auszahlung für Baumaßnahmen	146.879,06	2.200.000	**4.736,08**	2.195.264-	99,8-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	146.879,06-	2.725.000-	**16.201,29-**	2.708.799	99,4-
L 155 Weseler Str. 560012010308100					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	55.000,00	150.000	**350.000,00**	200.000	133,3
Auszahlung für Baumaßnahmen	64.323,26	970.000	**638.889,25**	331.111-	34,1-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.323,26-	820.000-	**288.889,25-**	531.111	64,8-
Emmericher Str.-L4 560012010308300					
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	3.180	**0,00**	3.180-	100,0-
Auszahlung für Baumaßnahmen	8.241,23	85.700	**46.102,93**	39.597-	46,2-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	8.241,23-	88.880-	**46.102,93-**	42.777	48,1-
Erneuerung LSA 560012010308400					
Auszahlung für Baumaßnahmen	269.965,63	475.000	**428.721,66**	46.278-	9,7-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	269.965,63-	475.000-	**428.721,66-**	46.278	9,7-
Lärmaktionsplan 560012010308600					
Auszahlung für Baumaßnahmen	9.082,59	231.000	**0,00**	231.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	9.082,59-	231.000-	**0,00**	231.000	100,0-
Str.bauprogr. Landesstr. 560012010390000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	400.000	**0,00**	400.000-	100,0-

Jahresergebnis 2015 | **Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	400.000-	**0,00**	400.000	100,0-
LSA Bundesstraßen 560012010400300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	55.195,85	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	55.195,85-	0	**0,00**	0	0
Essener Straße 560012010401300					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	38.000	**0,00**	38.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	38.000-	**0,00**	38.000	100,0-
Bluetooths. Mülheimer 560012010401400					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**95.640,30**	95.640	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**95.640,30-**	95.640-	0
Knotenp.Mülheim-Danzig 560012010401500					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	120.000	**0,00**	120.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	120.000-	**0,00**	120.000	100,0-
Parkeinrichtungen 560012010500000					
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	11.150,00	45.000	**73.660,00**	28.660	63,7
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	45.000	**0,00**	45.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	11.150,00	0	**73.660,00**	73.660	0
Eugen-zur-Nieden-Rg. - 560012010600100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	42.000,00	0	**128.081,32**	128.081	0

Jahresergebnis 2015	Verkehrsflächen u. -anlagen,ÖPNV	Verantwortliche/r:
		Frau Lauxen, Herr Tsalastras

Produktbereich 12

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	42.000,00-	0	**128.081,32-**	128.081-	0
P+R Parkpl. Bhf Holten 560012010608500					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	385.000	**312.000,00**	73.000-	19,0-
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	932,45	11.500	**10.200,00**	1.300-	11,3-
Auszahlung für Baumaßnahmen	26.561,10	679.000	**487.261,56**	191.738-	28,2-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	27.493,55-	305.500-	**185.461,56-**	120.038	39,3-
Straßenbeleuchtung 560012010700100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	21.928,27-	250.000	**31.420,48**	218.580-	87,4-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	21.928,27	250.000-	**31.420,48-**	218.580	87,4-
Leuchtenumrüstung 560012010700200					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	275.618,92	0	**105.916,08**	105.916	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	1.836.299,46	1.730.600	**1.459.296,48**	271.304-	15,7-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.560.680,54-	1.730.600-	**1.353.380,40-**	377.220	21,8-
Gesamtsaldo	1.461.221,01-	9.352.500-	**979.633,83-**	8.372.866	89,5-

Jahresergebnis 2015 | **Natur- und Landschaftspflege** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 13

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	40.200,00	0	0	62.147,00	62.147	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	10.000	10.000	0,00	10.000-	100,0-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	398.429,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	438.629,00	10.000	10.000	62.147,00	52.147	521,5
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	10.000	10.000	0,00	10.000-	100,0-
für Baumaßnahmen	132.386,53	210.000	210.000	135.866,87	74.133-	35,3-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	132.386,53	220.000	220.000	135.866,87	84.133-	38,2-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	306.242,47	210.000-	210.000-	73.719,87-	136.280	64,9-

Jahresergebnis 2015 | **Natur- und Landschaftspflege** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 13

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
NaturErlebnisSchule					
220013010100000					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	40.200,00	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	40.200,00	0	**0,00**	0	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**0,00**	0	0
Grün-u.Parkanlagen					
220013010100100					
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	0	**14.065,80**	14.066	0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	0	**14.065,80-**	14.066-	0
Naturschutz-Ausgl.					
220013020100000					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	10.000	**0,00**	10.000-	100,0-
Einzahlung aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	398.429,00	0	**0,00**	0	0
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	10.000	**0,00**	10.000-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	398.429,00	0	**0,00**	0	0
Friedhofsprogramm Sterk.					
242013060190000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	70.977,69	100.000	**94.353,93**	5.646-	5,7-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	70.977,69-	100.000-	**94.353,93-**	5.646	5,7-
Friedhofsprogramm Ostf.					
243013060190000					
Auszahlung für Baumaßnahmen	21.208,84	32.500	**27.447,14**	5.053-	15,6-

Jahresergebnis 2015 | **Natur- und Landschaftspflege** | **Verantwortliche/r:** Frau Lauxen, Herr Motschull

Produktbereich 13

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	21.208,84-	32.500-	**27.447,14-**	5.053	15,6-
Bachlauf Nassenkamp. 560013040100100					
Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	**62.147,00**	62.147	0
Auszahlung für Baumaßnahmen	0,00	77.500	**0,00**	77.500-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	0,00	77.500-	**62.147,00**	139.647	180,2-
Gesamtsaldo	306.242,47	210.000-	**73.719,87-**	136.280	64,9-

Jahresergebnis 2015 | **Wirtschaft und Tourismus** | **Verantwortliche/r:** Herr Wehling, Herr Schmidt

Produktbereich 15

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Sachanlagen	61.941,49	7.500	7.500	174.800,00	167.300	2.230,7
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	61.941,49	7.500	7.500	174.800,00	167.300	2.230,7
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	7.500	7.500	0,00	7.500-	100,0-
für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	0,00	7.500	7.500	0,00	7.500-	100,0-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	61.941,49	0	0	174.800,00	174.800	-

Jahresergebnis 2015 | **Wirtschaft und Tourismus** | **Verantwortliche/r:** Herr Wehling, Herr Schmidt

Produktbereich 15

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Gewerbegrundstücke 130015010100100					
Einzahlung aus der Veräußerung von Sachanlagen	61.941,49	7.500	**174.800,00**	167.300	2.230,7
Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	7.500	**0,00**	7.500-	100,0-
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	61.941,49	0	**174.800,00**	174.800	0
Gesamtsaldo	61.941,49	0	**174.800,00**	174.800	0

Jahresergebnis 2015 | **Allgemeine Finanzwirtschaft** | **Verantwortliche/r:** Frau Stöhr

Produktbereich 16

Ein- und Auszahlungsarten	Jahresergebnis (€)	Haushaltsansatz(€)		Jahresergebnis (€)	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	Original	fortgeschrieben		absolut	prozentual
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	6.182.989,97	6.421.650	6.421.650	6.421.651,89	2	0,0
aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Einzahlungen)	6.182.989,97	6.421.650	6.421.650	6.421.651,89	2	0,0
Auszahlungen						
für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	0	0,00	0	-
für Baumaßnahmen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	0	0	0,00	0	-
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	0	0	0,00	0	-
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0,00	0	-
Summe: (invest. Auszahlungen)	0,00	0	0	0,00	0	-
Saldo: der Investitionstätigkeit (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.182.989,97	6.421.650	6.421.650	6.421.651,89	2	0,0

Jahresergebnis 2015	Allgemeine Finanzwirtschaft	Verantwortliche/r: Frau Stöhr
	Produktbereich 16	

Investitionsmaßnahmen	Jahresergebnis (€)	fortgeschriebener Haushaltsansatz (€)	**Jahresergebnis (€)**	Vergleich Ansatz/Ist	
	2014	2015	**2015**	absolut	prozentual
Investitionspauschale - 110016010100000 Einzahlung aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	6.182.989,97	6.421.650	**6.421.651,89**	2	0,0
Saldo Maßnahme (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	6.182.989,97	6.421.650	**6.421.651,89**	2	0,0
Gesamtsaldo	6.182.989,97	6.421.650	**6.421.651,89**	2	0,0